Jackson Library -UNCG
D531 .A42 1926 c.1 v.4 NGUU
Germany / Die Ursachen des deutschen Zusammen
3 0510 06488642 5

UNIVERSITY OF NORTH CAROLINA AT GREENSBORO

BOOK CARD

Please keep this card in book pocket

H--DIE-URSACHEN-DES-
PART
COPY

University of North Carolina at
Greensboro, North Carolina 27412

Walter Clinton Jackson Library

Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik u. Geschichte
m. b. H.

Herstellungs-Archiv

Erscheinungstag: 2. IV. 28

Preis in dieser Ausgabe: M. 62.- (31.45)

Gewicht: .....

Wer dieses Buch an anderer Stelle als in der Herstellung findet, gibt es bitte dort ab

1000. IX. 27

# Das Werk des Untersuchungsausschusses 1919–1928

Herausgegeben
im Auftrage des Deutschen Reichstages

DVPG

# Das Werk des Untersuchungsausschusses der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung und des Deutschen Reichstages 1919—1928

Verhandlungen / Gutachten / Urkunden

Im Auftrage des Reichstages

unter Mitwirkung von

Dr. Eugen Fischer

als Generalsekretär

Dr. Berthold Widmann / Dr. Walther Bloch

als Sekretären des 3. und 4. Unterausschusses

herausgegeben von den Abgeordneten

Dr. Walter Schücking / Dr. Johannes Bell

als Vorsitzenden des Gesamtausschusses

Dr. Johannes Bell / Dr. Rudolf Breitscheid
Dr. Albrecht Philipp

als Vorsitzenden der Unterausschüsse

Vierte Reihe

Die Ursachen des
Deutschen Zusammenbruches
im Jahre 1918

1 9 2 8

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK
UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W. 8

[Germany. Nationalversammlung ...]

# Die Ursachen des Deutschen Zusammenbruches im Jahre 1918

Zweite Abteilung

## Der Innere Zusammenbruch

Im Auftrage des Vierten Unterausschusses
unter Mitwirkung von
Dr. Eugen Fischer
als Generalsekretär

Dr. Walther Bloch
als Sekretär des 4. Unterausschusses

herausgegeben von
Dr. Albrecht Philipp, M. d. R.
Vorsitzendem des 4. Unterausschusses

Vierter Band

Entschließung und Verhandlungsbericht:
Die allgemeinen Ursachen und Hergänge des inneren Zusammenbruches, 1. Teil

1 9 2 8

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK
UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W 8

2.
Auflage
Alle Rechte,
besonders das der
Übersetzung, vorbehalten
Amerikanisches Copyright 1928
by Deutsche Verlagsgesellschaft für
Politik und Geschichte m.b.H. in Berlin W8,
Wilhelmstraße 66 / Amerikanische
Schutzzollformel: Made in Ger-
many / Gedruckt in der
Offizin C. G. Röder
G.m.b.H. in
Leipzig

D
531
A42
1926
v.4

## Inhalt


| | Seite |
|---|---|
| Vorwort zur zweiten Abteilung | IX—X |
| Aufbau der vierten Reihe im Werke des Untersuchungsausschusses | XI |
| Fortsetzung der Tafel der Sitzungen (vgl. Bd. 1 S. 7—11) | XIII—XXI |
| Fortsetzung der Tafel der Mitglieder (vgl. Bd. 1 S. 12) | XXIII—XXIV |
| Fortsetzung der Tafel der Mitarbeiter (vgl. Bd. 1 S. 13 bis 14) | XXV |
| Vorwort zu Band 4 und 5 | XXVII—XXIX |
| Rednerliste | XXXI—XXXII |
| Entschließung | 1—2b |
| Verhandlungsbericht | 3—337 |
| Beilagen: | |
| 1. Aussagen des Kapitäns z. S. Gladisch | 341—344 |
| 2. Äußerungen des Sachverständigen Dr. Herz vom 12. April 1927 | 345—346 |
| Register | 347—369 |


412267

## Vorwort zur zweiten Abteilung

Der 4. Unterausschuß des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses über die Kriegsschuldfragen hat im Jahre 1925 in drei stattlichen Bänden den ersten Teil seiner Arbeiten über die „Ursachen des Deutschen Zusammenbruchs im Jahre 1918" veröffentlicht. Es werden dort zunächst nur die Ursachen des deutschen *militärischen* Zusammenbruchs behandelt. Der deutsche Reichstag hat von dieser Veröffentlichung auf Grund eines Antrages des Gesamtuntersuchungsausschusses (Drucksache 1192) in seiner 97. Sitzung am 17. Juli 1925 nach einem kurzen Berichte des Unterzeichneten ohne Aussprache Kenntnis genommen. Dem damals geäußerten Wunsche des Untersuchungsausschusses, die Stellungnahme zu den Ergebnissen dieser Teiluntersuchung den „Fachmännern und Politikern außerhalb des Reichstags" zu überlassen, ist das Hohe Haus nachgekommen. Seitdem sind über zwei Jahre vergangen, und es kann festgestellt werden, daß die Ergebnisse der Untersuchungen über den militärischen Zusammenbruch entgegen manchen Voraussagen in der Öffentlichkeit des In- und des Auslandes im allgemeinen wohlwollende Aufnahme und Zustimmung gefunden haben. Abfällige Kritik ist nur vereinzelt geübt worden, und die damals ausgesprochene Hoffnung, die Veröffentlichungen möchten der Entgiftung des politischen Kampfes um die Kriegsschuldfragen dienen, hat sich zum guten Teile erfüllt.

Heute legt der 4. Unterausschuß den Anfang des zweiten Teiles seiner Veröffentlichungen vor. Nach den im Vorworte des ersten Bandes dieser Reihe des „Werkes des Untersuchungsausschusses" gemachten Mitteilungen hatte der Unterausschuß für seine Arbeiten über „Heimatpolitik und Umsturzbewegung" (Dolchstoßfrage) nur einen Band in Aussicht genommen. Dieser Plan hat sich nicht aufrechterhalten lassen. Dem Untersuchungsausschusse schien es notwendig, als Gegenstück zu den „Ursachen des militärischen Zusammenbruchs" die dem Politiker in seiner Tätigkeit viel näherliegenden „Ursachen des *inneren* Zusammenbruchs" festzustellen. Die Veröffentlichungen darüber erscheinen jetzt als zweite Abteilung dieser Reihe des „Werkes des Untersuchungsausschusses" und werden zunächst in drei besonderen Gruppen zusammengefaßt. Diese haben sich zwanglos aus dem Gange

der Verhandlungen des Unterausschusses während der letzten zwei Jahre ergeben. Zunächst werden gesondert behandelt die *„allgemeinen* Ursachen und Hergänge des inneren Zusammenbruchs“ (Dolchstoßproblem). Der Verhandlungsbericht dazu umfaßt zwei Bände (4 und 5 der Gesamtreihe). Ein weiterer Band (6) enthält die Gutachten dazu und eine Reihe wichtiger Aktenstücke und Denkschriften. Zu einer zweiten Gruppe sind die Untersuchungen über den „Deutschen Reichstag im Weltkrieg“ vereinigt. Der hier besonders bedeutsame Verhandlungsbericht ist in zwei Halbbänden (als Band 7 der Reihe) erschienen. Das Gutachten des Sondersachverständigen Abg. D. Dr. Dr. Bredt dazu wurde bereits im Jahre 1926 veröffentlicht. Die dort in der „Vorbemerkung“ gemachten Mitteilungen über die Einteilung der Veröffentlichungen des 4. Unterausschusses sind entsprechend dem hier bekanntgegebenen Plane (S. XI) zu berichtigen. Als dritte Gruppe sollen die Untersuchungen über „Marine und Zusammenbruch“ (Band 9 und 10 der Reihe) folgen. Weiterhin sind in Aussicht genommen die Untersuchungen über „Annexionismus und Zusammenbruch“ und über „Soziale Mißstände im Heere als Mitursache des Zusammenbruchs“. Bei dem Übergreifen der Einzeluntersuchungen ineinander und ihrem engen Zusammenhange mit der Gesamtfrage des inneren Zusammenbruchs war natürlich ein gelegentliches Sichüberschneiden der Verhandlungsberichte nicht zu umgehen. Um dem Benutzer die Übersicht über die Gesamtverhandlung zu den Fragen des inneren Zusammenbruches zu erleichtern, sind daher in dem Verhandlungsberichte über die allgemeinen Ursachen und Hergänge des Zusammenbruches (Band 4 und 5) auch knappe Hinweise auf die gleichzeitig stattgefundenen Verhandlungen über die Sonderfragen (Reichstag, Marine, Annexionismus) gegeben worden. Über den Gang der Verhandlungen vom 16. Juni 1925 bis 3. November 1927 unterrichtet die Fortsetzung der Tafel der Sitzungen (S. XIII bis XXI). Der Mitgliederwechsel im Unterausschusse in dieser Zeit ergibt sich aus der Zusammenstellung S. XXIII und XXIV. Die Mitarbeiter sind S. XXV verzeichnet.

Auch diesmal fühlt sich der Unterausschuß verpflichtet, für die Unterstützung seiner Arbeiten Herrn Reichstagspräsidenten Löbe und der Reichstagsverwaltung unter Leitung des Herrn Direktor Galle, den Herren Sachverständigen und Regierungsvertretern seinen besonderen Dank auszusprechen.

Berlin, 3. November 1927

*Albrecht Philipp*
Vorsitzender des 4. Unterausschusses

# Aufbau der Vierten Reihe im Werke des Untersuchungsausschusses: Die Ursachen des Deutschen Zusammenbruches im Jahre 1918

## Erste Abteilung

## Der militärische Zusammenbruch

Band 1 bis 3

Band 1: Verhandlungsbericht
Band 2 und 3: Gutachten
} (erschienen)

## Zweite Abteilung

## Der innere Zusammenbruch

(Heimatpolitik und Umsturzbewegung)

Band 4 bis 10

Band 4 bis 6: A. Allgemeine Ursachen und Hergänge des inneren Zusammenbruches (Dolchstoßproblem)
- Band 4 und 5: Verhandlungsbericht (erschienen)
- Band 6: Gutachten (erschienen)

Band 7 und 8: B. Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg
- Band 7, I. und II. Halbband: Verhandlungsbericht (erschienen)
- Band 8: Gutachten (erschienen)

Band 9 und 10: C. Marine und Zusammenbruch
- Band 9, I. und II. Halbband: Verhandlungsbericht
- Band 10: Gutachten

# Fortsetzung der Tafel der Sitzungen

(Vgl. Band 1 Seite 7—11)

Sitzungen des 4. Unterausschusses (1925—1927)

| Nr. der Sitzung | Tag | Gegenstand der Verhandlungen |
|---|---|---|
| **20. Ausschuß des Reichstags. III. Wahlperiode (1924—1927)** | | |
| 15. (44) | 16. Juni 1925 | Bericht des Abg. D. Dr. Dr. Bredt über „Reichstag und Zusammenbruch 1918". Auftrag des Unterausschusses an den Berichterstatter, seinen Bericht zu einem Gutachten zu erweitern. Aussprache über die Beendigung der Arbeiten des Unterausschusses. (Vgl. Bd. 4 S. 60 ff.) |
| 16. (45) | 3. Juli | Beschlußfassung über die Veröffentlichung von Band 1 bis 3 der vierten Reihe im „Werk des Untersuchungsausschusses", sowie über die Berichterstattung an den Gesamtausschuß und an das Plenum des Reichstags. Bestellung des Abg. Brüninghaus zum Mitberichterstatter über die Marinevorgänge im Anschlusse an einen in Aussicht gestellten Aktenbericht des Abg. Dittmann zu dieser Frage. Bestellung des Abg. Dr. Moses zum Berichterstatter über das Gutachten des Abg. D. Dr. Dr. Bredt. (Vgl. Bd. 4 S. 62.) |
| 17. (46) | 6. August | Bestellung des Abg. Dr. Rosenberg zum Berichterstatter über die allgemeinen Ursachen des inneren Zusammenbruchs und über die revolutionäre Bewegung (Dolchstoßfrage) und der Abgg. Graf zu Eulenburg und Dr. Bergsträßer zu Mitberichterstattern. (Vgl. Bd. 4 S. 62.) |
| 18. (47) | 26. November | Besprechung der Frage der Vertraulichkeit der Ausschußverhandlungen. Entgegennahme des Gutachtens des Abg. D. Dr. Dr. Bredt „Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg". (Vgl. Bd. 4 S. 63 ff.) |
| 19. (48) | 27. „ | Bericht des Generalsekretärs Dr. Fischer über den Verlauf des Münchner Dolch- |

| Nr. der Sitzung | Tag | Gegenstand der Verhandlungen |
|---|---|---|
| | | stoßprozesses. Bestellung des Abg. D. Dr. Dr. Bredt zum Sondersachverständigen für die Frage: „Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg". (Vgl. Bd. 4 S. 74 ff.) |
| 20. (49) | 2. Dezember 1925 | Bericht des Abg. Dr. Rosenberg über die allgemeinen Ursachen des Zusammenbruchs und über die revolutionäre Bewegung (Dolchstoßfrage). (Vgl. Bd. 4 S. 91 ff.) |
| 21. (50) | 22. Januar 1926 (öffentlich) | Bericht des Abg. Dittmann über die in der sogenannten Marinedenkschrift gegen ihn erhobenen Vorwürfe und über die Marinemeutereien 1917/18. (Vgl. Bd. 9, I S. 1 ff.) |
| 22. (51) | 23. Januar (öffentlich) | Fortsetzung des Berichtes des Abg. Dittmann. Erklärung des Vertreters der Marineleitung Korvettenkapitäns Canaris dazu. Vorläufige Stellungnahme des Mitberichterstatters Abg. Brüninghaus zu dem Berichte des Abg. Dittmann. (Vgl. Bd. 9, I S. 80 ff.) |
| 23. (52) | 25. Januar (öffentlich) | Vernehmung des Vizeadmirals v. Trotha als Zeuge. (Vgl. Bd. 9, I S. 163 ff.) |
| 24. (53) | 26. Januar | Bestellung des Abg. Joos zum Berichterstatter über die Marinevorgänge. (Vgl. Bd. 9, I S. 234 f.) |
| 25. (54) | 28. „ | Bericht des Abg. Dr. Bergsträßer. (Vgl. Bd. 4 S. 117 ff.) |
| 26. (55) | 4. Februar | Aussprache über die Berichte der Abgg. Dr. Rosenberg und Dr. Bergsträßer. (Vgl. Bd. 4 S. 142 ff.) |
| 27. (56) | 5. „ | Fortsetzung der Aussprache. (Vgl. Bd. 4 S. 174 ff.) |
| 28. (57) | 9. „ | Fortsetzung der Aussprache. (Vgl. Bd. 4 S. 190 ff.) |
| 29. (58) | 10. „ | Fortsetzung der Aussprache. Bestellung des Reichsarchivrats Prof. Dr. Martin Hobohm zum Sachverständigen mit der Aufgabe, die Frage der Mitschuld der annexionistischen Agitation der Alldeutschen und anderer Gruppen am Zusammenbruche zu prüfen. (Vgl. Bd. 4 S. 233 ff.) |

| Nr. der Sitzung | Tag | Gegenstand der Verhandlungen |
|---|---|---|
| 30. (59) | 5. März 1926 | Bestellung des bisherigen Zeugen Vizeadmirals v. Trotha zum Sondersachverständigen für die Marinevorgänge. Bericht des Abg. Grafen zu Eulenburg. Bestellung des Reichsarchivrats Volkmann zum Sondersachverständigen über die Frage: „Die Stellung der USPD im Kriege zur Frage der Landesverteidigung und zum nationalen Staat.“ (Vgl. Bd. 4 S. 265 ff.) |
| 31. (60) | 18. „ | Aussprache über den Bericht des Abg. Grafen zu Eulenburg. (Vgl. Bd. 4 S. 292 ff.) |
| 32. (61) | 19. „ | Fortsetzung der Aussprache. Vortrag des Gutachtens des Sondersachverständigen Volkmann. (Vgl. Bd. 4 S. 319 ff.) |
| 33. (62) | 27. März | Bestellung des Sondersachverständigen Volkmann zum Mitgutachter für das Gutachten des Sachverständigen Prof. Dr. Hobohm über die Frage der annexionistischen Propaganda. (Vgl. Bd. 4 S. 333.) |
| 34. (63) | 29. April | Bestellung des Zinngießers, früheren Matrosen, Richard Stumpf aus Nürnberg zum Sondersachverständigen über die Marinevorgänge. (Vgl. Bd. 4 S. 334.) |
| 35. (64) | 30. „ | Stellungnahme zu der Broschüre des Sachverständigen Prof. Dr. Hobohm: „Untersuchungsausschuß und Dolchstoßlegende. Eine Flucht in die Öffentlichkeit.“ (Vgl. Bd. 4 S. 334.) |
| 36. (65) | 5. Mai | Bericht des Abg. Dr. Moses zu dem Gutachten des Sondersachverständigen Abg. D. Dr. Dr. Bredt „Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg.“ (Vgl. Bd. 7, I S. 1 ff.) |
| 37. (66) | 6. „ | Fortsetzung des Berichtes. Aussprache. Abg. Graf v. Westarp spricht als „Altparlamentarier“. (Vgl. Bd. 7, I S. 74 ff.) |
| 38. (67) | 7. „ | Fortsetzung der Aussprache. Abg. Graf v. Westarp und Abg. Dr. David sprechen als „Altparlamentarier“. (Vgl. Bd. 7, I S. 116 ff.) |
| 39. (68) | 11. „ | Fortsetzung der Aussprache. (Vgl. Bd. 7, I S. 159 ff.) |

| Nr. der Sitzung | Tag | Gegenstand der Verhandlungen |
|---|---|---|
| 40. (69) | 12. Mai 1926 | Fortsetzung der Aussprache. Abg. Scheidemann und Abg. Dr. Bell sprechen als „Altparlamentarier". (Vgl. Bd. 7, I S. 206 ff.) |
| 41. (70) | 14. „ | Fortsetzung der Aussprache. (Bd. 7, I S. 224 ff.) |
| 42. (71) | 15. „ | Fortsetzung der Aussprache. Bestellung des früheren Marinesekretärs Emil Alboldt zum Sondersachverständigen für die Marinevorgänge. (Vgl. Bd. 7, I S. 273 ff.) |
| 43. (72) | 18. „ (öffentlich) | Gegenbericht des Abg. Brüninghaus zu dem Berichte des Abg. Dittmann vom 22., 23. und 25. Januar 1926 (s. 21., 22. und 23. Sitzung). (Vgl. Bd. 9, I S. 235 ff.) |
| 44. (73) | 19. Mai (öffentlich) | Fortsetzung des Gegenberichtes des Abg. Brüninghaus. Aussprache. (Vgl. Bd. 9, I S. 293 ff.) |
| 45. (74) | 20. Mai (öffentlich) | Erwiderung des Abg. Dittmann auf den Gegenbericht des Abg. Brüninghaus. (Vgl. Bd. 9, I S. 360 ff.) |
| 46. (75) | 8. Juni | Vortrag des Gutachtens des Sachverständigen Prof. Dr. Hobohm: „Die deutsche annexionistische Propaganda und der deutsche Zusammenbruch 1918." (Vgl. Bd. 4 S. 335.) |
| 47. (76) | 9. „ | Vortrag des Gutachtens des Sondersachverständigen Reichsarchivrat Volkmann: „Das Annexionsproblem im Weltkriege." (Vgl. Bd. 4 S. 335.) |
| 48. (77) | 10. „ | Fortsetzung des Vortrags des Gutachtens des Sachverständigen Prof. Dr. Hobohm. (Vgl. Bd. 4 S. 335.) |
| 49. (78) | 11. „ | Fortsetzung der Aussprache über das Gutachten des Sondersachverständigen Abg. D. Dr. Dr. Bredt „Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg" und den Bericht des Abg. Dr. Moses dazu. Abg. Landsberg spricht als „Altparlamentarier". (Vgl. Bd. 7, I S. 301 ff.) |
| 50. (79) | 12. „ | Fortsetzung des Vortrags des Gutachtens des Sachverständigen Prof. Dr. Hobohm. (Vgl. Bd. 4 S. 335.) |

| Nr. der Sitzung | Tag | Gegenstand der Verhandlungen |
|---|---|---|
| 51. (80) | 23. Juni 1926 | Fortsetzung der Aussprache über das Gutachten des Sondersachverständigen Abg. D. Dr. Dr. Bredt „Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg“ und den Bericht des Abg. Dr. Moses dazu. (Vgl. Bd. 7, I S. 341 ff.) |
| 52. (81) | 24. „ | Bericht des Abg. Joos über die Weiterbehandlung der Marinevorgänge. (Vgl. Bd. 9, I S. 449 ff.) Abg. Dr. Philipp wird zum Berichterstatter über die Gutachten der Sachverständigen Dr. Hobohm und Volkmann über den Annexionismus bestellt. (Vgl. Bd. 4 S. 335.) |
| 53. (82) | 25. „ | Vortrag der Gutachten der Sondersachverständigen Stumpf und Alboldt über die Marinevorgänge 1917/18. Aussprache darüber. (Vgl. Bd. 9, I S. 476 ff.) |
| 54. (83) | 4. November | Geschäftliches. (Vgl. Bd. 9, II S. 1 ff.) |
| 55. (84) | 9. „ | Bekundung des Abg. Dr. Pfleger über die Marinevorgänge 1917. (Vgl. Bd. 9, II S. 9 ff.) |
| 56. (85) | 12. „ | Fortsetzung der Ausführungen des Abg. Dr. Pfleger und Bekundung des früheren Abgeordneten Oberpräsident Noske über die Marinevorgänge 1917/18. (Vgl. Bd. 9, II S. 37 ff.) |
| 57. (86) | 23. „ | Stellungnahme des Sondersachverständigen Vizeadmirals v. Trotha zu dem Gutachten des Sondersachverständigen Alboldt über die Marinevorgänge 1917/18. (Vgl. Bd. 9, II S. 80 ff.) |
| 58. (87) | 24. „ | Fortsetzung der Ausführung des Sondersachverständigen v. Trotha. Aussprache darüber. (Vgl. Bd. 9, II S. 137 ff.) |
| 59. (88) | 4. Dezember | Weiterer Bericht des Abg. Joos über die Behandlung der Marinevorgänge. (Vgl. Bd. 9, II S. 191 ff.) |
| 60. (89) | 10. „ | Beschluß, den früheren Reichskanzler Dr. Michaelis unter Hinzuziehung der früheren Mitglieder des Siebener-Ausschusses über sein Verhalten zum Reichstage gelegentlich der Friedensaktion des Papstes im Jahre |

| Nr. der Sitzung | Tag | Gegenstand der Verhandlungen |
|---|---|---|
| | | 1917 in öffentlicher Sitzung zu vernehmen. (Vgl. Bd. 7, II S. 2 ff.) |
| 61. (90) | 14. Dez. 1926 (öffentlich) | Vernehmung des Reichskanzlers a. D. Dr. Michaelis unter Hinzuziehung der früheren Mitglieder des Siebener-Ausschusses. (Vgl. 60. Sitzung.) Anwesend von diesen waren: Abg. Graf v. Westarp, Abg. Dr. Wiemer, Abg. Scheidemann. (Vgl. Bd. 7, II S. 7 ff.) |
| 62. (91) | 15. „ (öffentlich) | Vernehmung des Staatssekretärs a. D. Dr. v. Kühlmann und Fortsetzung der Vernehmung des Reichskanzlers a. D. Dr. Michaelis unter Hinzuziehung der früheren Mitglieder des Siebener-Ausschusses. (Vgl. 60. Sitzung.) (Vgl. Bd. 7, II S. 61 ff.) |
| 63. (92) | 17. Dezember (öffentlich) | Fortsetzung der Vernehmung. (Vgl. 62. Sitzung.) (Vgl. Bd. 7, II S. 107 ff.) |
| 64. (93) | 20. Januar 1927 | Fortsetzung der Aussprache über das Gutachten des Sondersachverständigen Abg. D. Dr. Dr. Bredt „Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg“ und die dazu erfolgten Vernehmungen. (Vgl. Bd. 7, II S. 150 ff.) |
| 65. (94) | 25. „ | Beschluß, den Schriftsteller Adolf Stein über die Herkunft einer in der vorigen Sitzung erwähnten Notiz des „Deutschen Pressedienstes“ („Erzberger 1917“) zu vernehmen. (Vgl. Bd. 7, II S. 212.) |
| 66. (95) | 8. Februar | Vernehmung des Schriftstellers Adolf Stein. (Vgl. 65. Sitzung.) Aussprache. Beschluß, den Staatssekretär a. D. Dr. v. Kühlmann um Stellungnahme zu dem Artikel „Erzberger 1917“ zu ersuchen. (Vgl. Bd. 7, II S. 212 ff.) |
| 67. (96) | 22. „ | Geschäftliches. (Vgl. Bd. 7, II S. 214.) Beschluß, den früheren Oberheizer Sachse über die Marinevorgänge 1917 zu vernehmen. (Vgl. Bd. 9, II S. 214 ff.) |
| 68. (97) | 25. „ | Fortsetzung der Aussprache über das Gutachten des Sondersachverständigen Abg. D. Dr. Dr. Bredt „Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg“ und die dazu erfolgten Vernehmungen. (Vgl. Bd. 7, II S. 214 ff.) |

| Nr. der Sitzung | Tag | Gegenstand der Verhandlungen |
|---|---|---|
| 69. (98) | 11. März 1927 (zweite Hälfte öffentlich) | Vernehmung des früheren Oberheizers Sachse über die Marinevorgänge 1917. (Vgl. Bd. 9, II S. 219 ff.) |
| 70. (99) | 18. März | Fortsetzung der Aussprache über das Gutachten des Sondersachverständigen Abg. D. Dr. Dr. Bredt „Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg“ und die dazu erfolgten Vernehmungen. (Vgl. Bd. 7, II S. 260 ff.) Beschluß, die früheren Marineangehörigen Beckers und Weber über die Marinevorgänge 1917 zu vernehmen. (Vgl. Bd. 9, II S. 253 f.) |
| 71. (100) | 22. März (öffentlich) | Vernehmung des früheren Marineangehörigen Beckers über die Marinevorgänge 1917. (Vgl. Bd. 9, II S. 255 ff.) |
| 72. (101) | 23. März (öffentlich) | Vernehmung des früheren Marineangehörigen Weber über die Marinevorgänge 1917. (Vgl. Bd. 9, II S. 289 ff.) |
| 73. (102) | 25. März (öffentlich) | Fortsetzung der Vernehmung der früheren Marineangehörigen Beckers und Weber über die Marinevorgänge 1917. (Vgl. Bd. 9, II S. 316 ff.) |
| 74. (103) | 29. „ | Beschluß, den Landgerichtsrat Dr. Dobring, Untersuchungsrichter bei den Marinevorgängen 1917, zu vernehmen unter Zuziehung der bisherigen Zeugen Sachse, Beckers und Weber und der früheren Marineangehörigen Geisteuer, Schneider und Steilemann als weitere Zeugen. (Vgl. Bd. 9, II S. 336.) |
| 75. (104) | 7. April | Geschäftliches. (Vgl. Bd. 9, II S. 336.) |
| 76. (105) | 9. „ (öffentlich) | Schlußvernehmungen über die Marinevorgänge 1917. (Vgl. 74. Sitzung.) (Vgl. Bd. 9, II S. 336 ff.) |
| 77. (106) | 6. Mai | Schlußaussprache über das Gutachten des Sondersachverständigen Abg. D. Dr. Dr. Bredt „Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg“ und die dazu erfolgten Vernehmungen. (Vgl. Bd. 7, II S. 315 ff.) |
| 78. (107) | 7. „ | Erste Beratung einer Entschließung „Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg“. (Vgl. Bd. 7, II S. 353 ff.) |

| Nr. der Sitzung | Tag | Gegenstand der Verhandlungen |
|---|---|---|
| 79. (108) | 12. Mai 1927 | Zweite Beratung einer Entschließung „Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg". (Vgl. Bd. 7, II S. 385.) |
| 80. (109) | 14. „ | Fortsetzung der zweiten Beratung einer Entschließung „Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg". (Vgl. Bd. 7, II S. 385.) |
| 81. (110) | 18. „ | Fortsetzung der zweiten Beratung einer Entschließung „Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg". (Vgl. Bd. 7, II S. 385.) |
| 82. (111) | 24. Juni | Fortsetzung der Aussprache über die allgemeinen Fragen des Zusammenbruchs (Dolchstoßfrage). Schlußausführungen des Mitberichterstatters Abg. Grafen zu Eulenburg. (Vgl. Bd. 5 S. 1.) |
| 83. (112) | 30. „ | Dritte Beratung einer Entschließung „Der Deutsche Reichstag im „Weltkrieg". (Vgl. Bd. 7, II S. 385.) |
| 84. (113) | 1. Juli | Fortsetzung der dritten Beratung einer Entschließung „Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg". (Vgl. Bd. 7, II S. 385.) |
| 85. (114) | 2. „ | Fortsetzung der dritten Beratung einer Entschließung „Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg". (Vgl. Bd. 7, II S. 385.) |
| 86. (115) | 5. „ | Fortsetzung der Aussprache über die allgemeinen Fragen des Zusammenbruchs (Dolchstoßfrage). Sachverständiger Prof. Dr. Hobohm spricht über „Soziale Mißstände im deutschen Heer als Mitursache des Zusammenbruchs". (Vgl. Bd. 5 S. 35.) |
| 87. (116) | 8. „ | Schluß der dritten Beratung einer Entschließung „Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg". Beschluß, an den Gesamtausschuß über den Abschluß der Teiluntersuchung „Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg" zu berichten. (Vgl. Bd. 7, II S. 385.) |
| 88. (117) | 10. Oktober | Neuaufnahme der Beratung einer Entschließung „Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg". (Vgl. Bd. 7, II S. 385[1].) |

[1]) Die Beratung war am 8. Juli 1927 abgeschlossen, worauf der im Bd. 7, II dieser Reihe S. 385 angeführte Beschluß gefaßt wurde. Die Neuaufnahme der Beratung bezog sich im wesentlichen auf stilistische Einzelheiten.

| Nr. der Sitzung | Tag | Gegenstand der Verhandlungen |
|---|---|---|
| 89. (118) | 11. Oktober 1927 | Endgültiger Abschluß der Beratung einer Entschließung „Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg". (Vgl. Bd. 7, II S. 385.) Schlußberatung über die allgemeinen Fragen des Zusammenbruchs. (Vgl. Bd. 5 S. 133 ff.) |
| 90. (119) | 12. „ | Schlußberatung über die allgemeinen Fragen des Zusammenbruchs. (Vgl. Bd. 5 S. 198 ff.) |
| 91. (120) | 19. „ | Beratung über einen Briefwechsel zwischen dem früheren deutschen Kronprinzen und dem Reichskanzler a. D. Dr. Michaelis. (Vgl. Bd. 7, II S. 386 ff.) |
| 92. (121) | 20. „ | Beschluß, den erwähnten Briefwechsel des früheren deutschen Kronprinzen mit dem Reichskanzler a. D. Dr. Michaelis zu veröffentlichen. (Vgl. Bd. 7, II S. 391.) |
| 93. (122) | 2. November | Beratung einer Entschließung über die allgemeinen Fragen des Zusammenbruchs. (Vgl. Bd. 5 S. 242 ff.) |
| 94. (123) | 3. „ | Schlußberatung einer Entschließung über die allgemeinen Fragen des Zusammenbruchs. (Vgl. Bd. 5 S. 242 ff.) |

# Fortsetzung der Tafel der Mitglieder

(Vgl. Band 1, Seite 12)

Mitglieder des 4. Unterausschusses (ab 1925)

Reichstag, III. Wahlperiode, vom 5. Januar 1925 ab

## 20. Ausschuß

| | Mitglied vom | bis |
|---|---|---|
| **Sozialdemokratische Partei:** | | |
| Dr. Quessel | 21. 1. 25 | 15. 7. 25 |
| Dittmann | 21. 1. 25 | * |
| Dr. Moses, stellv. Vorsitzender | 8. 5. 25 | * |
| **Deutschnationale Volkspartei:** | | |
| Dr. Philipp, Vorsitzender | 21. 1. 25 | * |
| Für die allgemeinen Fragen des inneren Zusammenbruchs (Dolchstoß): | | |
| Graf zu Eulenburg | | |
| Für die Verhandlungen über den Deutschen Reichstag im Weltkrieg: | | |
| Dr. Spahn (Berlin) | | |
| Für die Marinevorgänge 1917 und 1918: | | |
| Treviranus | | |
| **Zentrum:** | | |
| Dr. Spahn (Berlin) | 21. 1. 25 | 31. 8. 25 |
| an dessen Stelle trat | | |
| Joos | 24. 11. 25 | * |
| **Deutsche Volkspartei:** | | |
| Frhr. v. Rheinbaben | 4. 5. 25 | 19. 6. 25 |
| an dessen Stelle trat | | |
| Für die allgemeinen Fragen des inneren Zusammenbruchs (Dolchstoß) und die Marinevorgänge 1917 und 1918: | | |
| Brüninghaus | 19. 6. 25 | * |

| | Mitglied von | bis |
|---|---|---|
| Für die Verhandlungen über den Deutschen Reichstag im Weltkrieg: | | |
| Frhr. v. Rheinbaben | | |
| **Kommunistische Partei:** | | |
| Eichhorn | 21. 1. 25 | 26. 7. 25 |
| an dessen Stelle trat | | |
| Dr. Rosenberg [1]) | 4. 8. 25 | 30. 4. 27 |
| an dessen Stelle trat | | |
| Höllein | 30. 4. 27 | * |
| **Deutsche Demokratische Partei:** | | |
| Dr. Bergsträßer [2]) | 15. 7. 25 | * |
| **Wirtschaftliche Vereinigung:** | | |
| Für die allgemeinen Fragen des inneren Zusammenbruchs (Dolchstoß) und die Marinevorgänge 1917 und 1918: | | |
| D. Dr. Dr. Bredt | 21. 1. 25 | * |
| Für die Verhandlungen über den Deutschen Reichstag im Weltkrieg: | | |
| Holzammer | | |
| und als dessen Vertreter | | |
| Bachmeier | | |

[1]) Abg. Dr. Rosenberg hat auf Beschluß des 4. Unterausschusses vom 6. Mai 1927 weiterhin an den Beratungen teilgenommen.

[2]) Da nach dem Verteilungsschlüssel der Mitglieder des Gesamtausschusses auf die Unterausschüsse die Deutsche Demokratische Reichstagsfraktion für den 4. Unterausschuß kein Mitglied zu stellen hatte, ist von der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion einer der ihr zustehenden Plätze auf dem im Reichstag üblichen Wege des Austausches zwischen den Fraktionen dem Abg. Dr. Bergsträßer abgetreten worden.

# Fortsetzung der Tafel der Mitarbeiter

(Vgl. Band 1, S. 13—14)

Die Mitarbeiter des 4. Unterausschusses (ab 1925)

| | vom | bis |
|---|---|---|
| **a) Sachverständige** | | |
| 1. Marinesekretär a. D. Emil Alboldt, Berlin . . . | 15. 5.26 | * |
| 2. Reichstagsabgeordneter D. Dr. Dr. Johannes Bredt . . . . . | 27.11.25 | 8. 7.27 |
| 3. Geheimer Regierungsrat Prof. Dr. Hans Delbrück, Berlin . . . . . | 24. 6.21 | * |
| 4. Amtsgerichtsrat Dr. Ludwig Herz, Berlin . . . | 12. 2.24 | * |
| 5. Reichsarchivrat Prof. Dr. Martin Hobohm, Potsdam . . . . . | 10. 2.26 | * |
| 6. General d. Inf. a. D. Dr. h. c. v. Kuhl, Berlin | 30.11.20 | * |
| 7. Oberst a. D. Bernhard Schwertfeger, Hannover | 19. 5.20 | * |
| 8. Zinngießer, früherer Matrose, Richard Stumpf, Nürnberg . . . . . | 29. 4.26 | * |
| 9. Vizeadmiral a. D. v. Trotha, Destedt (Braunschweig) . . . . . | 5. 3.26 | * |
| 10. Reichsarchivrat Erich Volkmann, Potsdam . . . | 10. 2.26 | * |
| **b) Vertreter der Reichsregierung** | | |
| Auswärtiges Amt: | | |
| Vortragender Legationsrat Dr. Hermann Meyer-Rodehüser . . . . . | 13. 7.22 | * |
| Reichswehrministerium: | | |
| Oberstleutnant Koch . . . . . | 1. 4.25 | 31. 1.27 |
| Vizeadmiral a. D. v. Trotha (zur Auskunftserteilung) . . . . . | 25. 1.26 | 4. 3.26 |
| Marineleitung: | | |
| Kapitänleutnant Reimer . . . . . | 22. 1.25 | 26.11.25 |
| an dessen Stelle trat | | |
| Korvettenkapitän Canaris . . . . . | 26.11.25 | * |
| **c) Sekretäre** | | |
| Dr. Walther Bloch, Landrichter . . . . . | 18. 4.20 | 30. 4.27 |
| Dr. Eugen Fischer, Generalsekretär . . . . . | 1. 1.24 | * |

## Vorwort zu Band 4 und 5

Über den Untersuchungen zum inneren Zusammenbruche, insbesondere zum sogenannten „Dolchstoße" hat von Anfang an ein gewisser Unstern gewaltet. Die Frage war ursprünglich als letzte Aufgabe des Unterausschusses gedacht und dementsprechend in den Verhandlungen während des Reichstags 1920—1924 in den Hintergrund getreten. Kurz vor dem damals beabsichtigten Abschlusse der Arbeiten des 4. Unterausschusses wurden die Sachverständigen, die sich über den militärischen und politischen Zusammenbruch geäußert hatten, zu einer kurzen Stellungnahme zur Dolchstoßfrage aufgefordert. So entstanden die „Gutachten" der Herren Sachverständigen v. Kuhl, Schwertfeger, Dr. Delbrück und Dr. Herz zur Dolchstoßfrage[1]). Als nach dem Zusammentritte des jetzigen Reichstags beschlossen wurde, die Verhandlungen über das sogenannte Dolchstoßproblem neu aufzunehmen und zu vertiefen, lieferte Dr. Herz eine Neubearbeitung seines Gutachtens, Dr. Delbrück eine Ergänzung. Die weiteren Grundlagen der Verhandlung wurden gewonnen durch Berichte der Abgeordneten Dr. Rosenberg (KP), Dr. Bergsträßer (DD) und Graf zu Eulenburg (DNV), die damit dem Unterausschuß einen großen Dienst erwiesen haben.

Infolge der in diesen Berichten behandelten allgemeinen Fragen hat sich die Untersuchung teilweise von der ursprünglich gestellten Aufgabe entfernt. Mit Recht suchte der Unterausschuß von dem bloßen Streite um den „Dolchstoß" nach Möglichkeit loszukommen und dafür die große Frage der *„allgemeinen* Ursachen und Hergänge des Zusammenbruchs" in den Vordergrund zu rücken. Im Hinblick auf die bereits abgeschlossenen Untersuchungen über den *„militärischen* Zusammenbruch" hielt sich der Unterausschuß hierbei, soweit es möglich war, besonders an die Fragen des *„inneren* Zusammenbruchs". Er war sich selbstverständlich hierbei klar, daß eine in jeder Hinsicht klare Scheidung der Fragen des „militärischen" und des „inneren" Zusammenbruchs nicht möglich ist. Da die eigentliche sogenannte „Dolchstoßfrage" sowohl für den militärischen wie für den inneren Zusammenbruch von größter Bedeutung ist, ja sogar

[1]) Vgl. Bd. 6 dieser Reihe S. 1—248.

nach der Meinung vieler das Kernproblem des ganzen deutschen Zusammenbruchs 1918 bedeutet, ist es erklärlich, daß auch bei diesen Verhandlungen des Unterausschusses gelegentlich militärische Fragen mit zur Erörterung kamen, trotz des formellen Abschlusses der Untersuchungen darüber.

Das galt hauptsächlich für die alte Streitfrage, wie weit das deutsche Feldheer bei Ausbruch der Revolution noch kampfkräftig war. An sich ist diese Frage bereits im ersten Teil der Entschließung des Unterausschusses behandelt[1]); es heißt dort: „Nach Abgang des Waffenstillstandsangebots berechtigte die militärische Lage im Hinblick auf die Schwierigkeiten, mit denen der vordringende Feind zu kämpfen hatte, trotz der mangelhaften rückwärtigen Stellungen zu der Hoffnung, an der Westfront noch einige Zeit in der Abwehr verharren zu können." Mit dieser „Feststellung" hätte die Untersuchung dieser Frage an sich erledigt sein können; das erwies sich aber praktisch als unmöglich, weil gerade zur Beurteilung der inneren Vorgänge im Oktober und November 1918 wertvoller neuer Tatsachenstoff an den Unterausschuß herangebracht wurde.

Der Abgeordnete Graf von der Schulenburg übermittelte am 2. Dezember 1925 eine von ihm verfaßte Denkschrift über „Die Lage bei der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz in den letzten Kriegsmonaten"; sie ist als „Beilage" in dem Gutachtenbande abgedruckt[2]). Als Ergänzung dazu stellte der Abgeordnete Dr. Bergsträßer „Beweismaterial aus den Kriegsakten" zur Verfügung; es ist ebenfalls im Gutachtenbande als Beilage mit abgedruckt[3]). Es handelt sich dabei um eine Zusammenstellung aus Berichten der vier deutschen Heeresgruppen an der Westfront an die Oberste Heeresleitung für die Zeit des Oktober und November 1918. Weiterhin stellte Abg. Dr. Bergsträßer eine Bearbeitung von Kriegsbriefen zur Verfügung, die als Anhang dem Verhandlungsbericht beigegeben wurden[4]).

Ferner wurde eine wichtige Ergänzung der Untersuchung notwendig durch das Hereinziehen der „elementaren Ursachen des deutschen Zusammenbruchs" in den Kreis der Betrachtung. Die Wirkungen des Krieges auf Gesundheit und Ernährung des deutschen Volkes sind sicherlich in weitestem Umfange mit von entscheidender Bedeutung für den unglücklichen Kriegsausgang gewesen. Deswegen hat der Unterausschuß, soweit es ihm möglich war, auch hierzu amtliche Unterlagen beschafft. Es sei nur auf die Mitteilungen des Ernährungsministeriums über die Aussichten der Lebensmittelversorgung beim Kriegsende[5]) und die dazu mitgeteilte „Denkschrift des

[1]) Vgl. Bd. 1 S. 24 Abschnitt IX letzter Satz.
[2]) Bd. 6 dieser Reihe S. 309—320.
[3]) Bd. 6 dieser Reihe S. 321—386.
[4]) Vgl. Bd. 5 dieser Reihe S. 255 ff.
[5]) Bd. 4 dieser Reihe S. 292—295.

Reichsgesundheitsamtes“ vom 16. Dezember 1918[1]) verwiesen. Die Erörterung der dort behandelten Fragen spielte auch eine Rolle bei den Untersuchungen über den „Reichstag im Weltkriege“, so daß auch hier wie bei fast allen Verhandlungen des Unterausschusses die Grenzen der Einzeluntersuchungen sich oft schnitten.

Als besonders nachteilig für die Verhandlungen hat sich öfters der Zwang erwiesen, diese auf Monate hin abzubrechen. Als im Sommer 1925 der Unterausschuß so weit war, die allgemeinen Fragen des inneren Zusammenbruchs näher zu untersuchen, stand der sogenannte „Dolchstoßprozeß“ des Professors Coßmann von den „Süddeutschen Monatsheften“ gegen den Redakteur Gruber von der „Münchener Post“ in Aussicht. Der Unterausschuß hielt es für zweckmäßig, erst den Ausgang dieses Prozesses abzuwarten; er wollte die dortigen Zeugenaussagen bei seinen Untersuchungen mit verwerten. Eine zweite Hemmung in den Verhandlungen trat Anfang 1926 ein, weil die öffentlichen Vernehmungen über die Marinevorgänge eingeschoben werden mußten. (Vgl. Band 9.) Fast der ganze Sommer 1926 ging für diese Untersuchung verloren wegen der Vernehmungen über das Gutachten des Sondersachverständigen Abg. D. Dr. Dr. Bredt über den „Deutschen Reichstag im Weltkrieg“. Der Winter 1926/27 war durch die Fortsetzung der Verhandlungen über den gleichen Gegenstand und weitere Vernehmungen über die Marinevorgänge in Anspruch genommen. Erst im Sommer 1927 kamen die „allgemeinen Fragen des inneren Zusammenbruchs“ wieder zur Erörterung. Sie sind dann im Herbste dieses Jahres endlich zum Abschlusse gekommen und in den folgenden beiden Bänden (4 und 5) dieser Reihe niedergelegt. Die Ergebnisse der Untersuchung wurden in der Entschließung (u. S. 1 ff.) zusammenzufassen versucht.

Berlin, 3. November 1927

*Albrecht Philipp*
Vorsitzender des 4. Unterausschusses

---

[1]) Bd. 6 dieser Reihe S. 387—442.

## Rednerliste


Dr. Bergsträßer, Abg., S. 67, 123—141, 145—147, 154/55, 250, 296—304, 322/23, 326
Brüninghaus, Abg., S. 65/66, 68/69, 149/50, 169—172, 317—319, 326/27
Bührmann, Vertreter des Reichswehrministeriums, S. 325/26
Canaris, Vertreter der Marineleitung, S. 68
Dr. Deermann, Abg., S. 19/20, 35/36
Dr. Delbrück, Sachv., S. 19, 31, 36/37, 45, 156—163, 166, 228, 248—250, 261, 268/69, 295
Dittmann, Abg., S. 55—64, 67—69, 145, 153/54, 166—168, 188, 232, 253—260, 295, 311—317
Eichhorn, Abg., S. 54—56, 59—61
Graf zu Eulenburg, Abg., S. 229—231, 269—292, 319—321, 332
Dr. Fischer, Generalsekretär, S. 74—91
Dr. Herz, Sachv., S. 16/17, 19/20, 30, 47/48, 50/51, 163/64, 173/74, 233—240, 265, 304—311
Dr. Hobohm, Sachv., S. 329—331
Joos, Abg., S. 69, 146—148, 155, 209—218, 224, 260/61
D. Dr. Kahl, Abg., S. 16, 26, 30, 35, 41/42, 44
Katzenstein, Sachv., S. 19—23, 40—43
Korell, Abg., S. 28/29
v. Kuhl, Sachv., S. 16/17, 26, 28, 36/37, 39/40, 44—47, 142—153, 163, 176, 223/24, 231/32, 323—325, 327
Dr. Moses, Abg., S. 24, 27/28, 34/35, 38/39, 43/44, 54, 56, 59, 69, 148, 189—209, 317, 321/22, 326/27
Dr. Philipp, Abg., Vorsitzender, S. 6—16, 25—27, 29/30, 35, 43, 48—50, 54, 57—61, 63—70, 148, 152—154, 168, 172, 175, 176, 189, 232, 240—248, 250, 265—269, 292—295, 311, 331
Rauch (München), Abg., S. 261—265
Reimer, Vertreter der Marineleitung, S. 59

Frhr. v. Rheinbaben, Abg., S. 62
Dr. Rosenberg, Abg., S. 68—70, 92—117, 149, 152, 168, 187/88
Dr. Schücking, Abg., S. 61, 224—228
Graf v. d. Schulenburg, Abg., S. 55/56
Schwertfeger, Sachv., S. 5/6, 17—19, 29—31, 37/38, 42/43, 117 bis 123, 174/75, 221—223, 229, 232/33, 251—253, 327/28, 331—333
Dr. Spahn (Berlin), Abg., S. 55, 62
Steffan, Vertreter der Marineleitung, S. 31—34, 36
v. Stülpnagel, Vertreter des Reichswehrministeriums, S. 26, 28, 56
Treviranus, Abg., S. 176—186
v. Trotha, Zeuge, S. 172/73, 218—221
Volkmann, Vertreter des Reichsministeriums des Innern, S. 164 bis 166, 186/87, 224

# A

# Entschließung[1]

[1]) Fortsetzung der Entschließung vom 26. Mai 1925 in Bd. 1 dieser Reihe S. 19—25. Vgl. auch Bd. 5 dieser Reihe S. 254.

Der 4. Unterausschuß hat in seiner Sitzung vom 3. November 1927 als Fortsetzung der Entschließung vom 26. Mai 1925 einstimmig folgende Entschließung angenommen:

Zweiter Teil

# Der innere Zusammenbruch

(Heimatpolitik und Umsturzbewegung)

## A. Allgemeine Ursachen und Hergänge des inneren Zusammenbruches

### *I. Voraussetzungen*

Im deutschen Volke waren vor dem Kriege mannigfache Gegensätze vorhanden, die die Bildung eines einheitlichen nationalen Charakters erschwerten. Das bestehende Regierungssystem und das Staatsbürgerbewußtsein weiter Kreise befanden sich in zunehmender Spannung. Der Kriegsausbruch hat die Unausgeglichenheiten in Volk und Staat vorübergehend zurücktreten lassen. Innerlich blieben sie bestehen.

Unter dem Eindrucke des Kriegsgewinnlertums und der schweren Mißstände in der Lebensmittelversorgung begann der Gedanke des Klassengegensatzes und der Wille zum Klassenkampf die Arbeitermassen von neuem zu ergreifen. Die Unzufriedenheit fand ihren stärksten Ausdruck in der Formel, daß der Krieg ohne Not für die Interessen der Besitzenden verlängert werde.

Die Unzufriedenheit drang mit der unerwartet langen Dauer des Krieges, mit den gewaltigen Verlusten an Menschenleben und an Volkskraft durch die Blockade, mit dem offenbar werdenden Gegensatze zwischen militärischer und politischer Leitung auch in weite Kreise des Bürgertums ein. Ohne daß hier die Ideologie des Klassenkampfes übernommen wurde, entwickelte sich ein Widerspruch gegen die Politik der Regierung. Dieser richtete sich gegen das Verblassen der Idee des Verteidigungskrieges, gegen die Anwendung der Zensur und gegen die Unterschätzung des Wertes demokratischer Reformen als Folge der allgemeinen Kriegspflicht. Auch in diesen Kreisen setzte sich die Ansicht fest, daß in der O. H. L. und in gewissen Wirtschaftsgruppen das Hindernis eines Friedensschlusses zu suchen sei.

## *II. Die Propaganda für Frieden und Umsturz*

Die weitverbreitete Unzufriedenheit bildete die Voraussetzung für drei innerpolitische Strömungen, deren Anhänger mit verschiedenen Mitteln und zu verschiedenen Zwecken eine grundlegende Änderung der Machtverhältnisse herbeiführen und den Krieg beendigen wollten. Die erste Strömung bestand aus den Parteien, die sich später auf dem Boden der Friedensresolution zusammenfanden (Mehrheitssozialdemokratie, Zentrum, Fortschrittliche Volkspartei). Zu der zweiten gehörten die Unabhängigen Sozialdemokraten, zu der dritten der Spartakusbund und die Linksradikalen.

Die Parteien der Friedensresolution und die hinter ihnen stehenden Massen wollten grundsätzlich die Landesverteidigung nicht gefährden. Aber ihr Vertrauen zu der politischen und militärischen Führung nahm immer mehr ab. Sie erstrebten eine Demokratisierung der Regierung. Deshalb stimmten sie allen auf parlamentarische Herrschaft gerichteten Bestrebungen zu. Ohne die oppositionelle und zwiespältige innere Einstellung der Massen von der sozialdemokratischen Arbeiterschaft bis weit in die Mittelparteien hinein wäre der Umsturz in der Heimat auf Widerstand gestoßen.

Die Unabhängige Sozialdemokratie vertrat den Gedanken, daß ein Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen den Regierungen aufgenötigt werden könne und müsse. Sie hielt deshalb das Proletariat jedes Landes für verpflichtet, zu diesem Zwecke seiner eigenen Regierung die Bereitwilligkeit zu einem solchen Frieden aufzuzwingen. Ihr Ziel suchte sie durch Beeinflussung der Massen zu erreichen. Sie war die Verfechterin des oppositionell gerichteten Massenwillens in der Arbeiterschaft.

Spartakusbund und Linksradikale, obschon zahlenmäßig gering, arbeiteten auf den gewaltsamen Umsturz hin und wollten mit allen Mitteln die Weltrevolution herbeiführen. Ihre Mitglieder benutzten bis Ende 1918 die legalen USPD-Organisationen als „schützendes Dach".

Für die Verwirklichung der Revolution war seit der russischen Revolution vom Februar 1917 ganz allgemein das russische Beispiel maßgebend. Eine den russischen Arbeiter- und Soldatenräten nachgebildete Organisation wurde vorbereitet, revolutionäre Operationspläne mit Rat und Hilfe russischer Bolschewisten von einzelnen Persönlichkeiten und Untergruppen ausgearbeitet.

## *III. Die Novemberrevolution*

Das seit Jahren erschütterte Vertrauen auf die bisherige Führung des deutschen Volkes brach zusammen, als bekannt wurde, daß der Krieg für Deutschland militärisch nicht mehr zu gewinnen war. Das

Verlangen, den Krieg auf alle Fälle baldigst zu beenden, drang nunmehr über die Massen, die hinter den Sozialdemokraten beider Richtungen und den anderen Parteien der Friedensresolution standen, weit hinaus.

Die ablehnende Haltung des Präsidenten Wilson [1]) auf die deutschen Vorschläge, die bezweckten, zu Verhandlungen zu kommen, ließen die allgemeine Stimmung in Deutschland noch tiefer sinken. Andererseits glaubten viele, durch die Erfüllung aller Forderungen des Präsidenten noch einen erträglichen Frieden erreichen zu können.

Die Verweigerung des Gehorsams einiger Schiffsbesatzungen der Hochseeflotte gegenüber dem Befehl zum Auslaufen [2]) am 30. Oktober 1918 gab das Signal zu der das ganze Reich mit Einschluß des Heeres ergreifenden Umsturzbewegung. Die Dynastien wurden abgesetzt, die Offiziere in ihrer Befehlsgewalt beschränkt. Es bildeten sich nach dem russischen Muster Soldaten- und Arbeiterräte, die die öffentliche Macht übernahmen. Den Führern der Mehrheitssozialdemokratie kam der Ausbruch der Revolution am 9. November 1918 unerwartet. Welche Personen und Gruppen im einzelnen Falle die Initiative ergriffen haben, läßt sich nicht überall feststellen.

Die Frage, ob die Gegner Deutschlands ihre Waffenstillstandsbedingungen ermäßigt hätten, wenn das deutsche Volk sich zum letzten Widerstand bereit gezeigt hätte, ist ungeklärt geblieben. Die Annahme des Waffenstillstandes hatte die des Versailler Friedens zur Folge. Ob die Bedingungen des Versailler Friedens trotz der militärischen Wehrlosigkeit Deutschlands durch politischen Widerstand irgendwie hätten ermäßigt werden können, blieb strittig.

---

[1]) Vgl. Amtliche Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes 1918, Zweite Auflage, S. 43—185.

[2]) Einzelheiten über die Motive der Seekriegleitung, ihre Stellung zur Reichregierung s. in den Verhandlungen über die Marinevorgänge 1917/18 in Bd. 9 dieser Reihe.

# B
# Verhandlungsbericht

## Sitzung, Dienstag, den 12. Februar 1924

Bericht des Abgeordneten Dr. Philipp über das Gutachten des Sachverständigen v. Kuhl zur „Dolchstoß"-Frage. Aussprache über das Gutachten des Sachverständigen Dr. Herz zu derselben Frage

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt der Sachverständige *Schwertfeger* folgende Erklärung zu Protokoll:

1. Durch Vorträge, die ich in der Schweiz über „Deutschland und die Frage der Schuld am Weltkriege" zu halten hatte, bin ich verhindert gewesen, an den letzten Sitzungen teilzunehmen. Ich bedaure mein Fehlen bei diesen Sitzungen, da ich nun nicht in der Lage gewesen bin, selbst meinen Standpunkt wegen der im Laufe der Zeit vorgenommenen Änderungen an der Fassung meines Gutachtens, wie ich es zunächst überreicht hatte, zu vertreten.

2. Es könnte der Anschein entstehen, als hätte ich — vielleicht aus inneren Zweifeln heraus — mein endgültiges Gutachten noch hinauszuschieben versucht. So mußte ich jedenfalls gewisse, gelegentlich laut gewordene Äußerungen auffassen. Diese Ansicht ist irrig. Meine Urteile sind in keiner Weise durch die nachträglichen Überarbeitungen meines Gutachtens verändert worden. Die Erstattung dieses Gutachtens ist für mich nach jeder Richtung hin eine Angelegenheit des Gewissens. Es handelt sich hierbei nicht um eine beliebige literarische Leistung, sondern um Darlegungen über die Verantwortlichkeit am Schicksal des ganzen deutschen Volkes. Durch den geleisteten Eid wird die Verantwortlichkeit des Sachverständigen auf das ernsteste verschärft und gesteigert. Mein Gutachten war vor Weihnachten 1923 im Rohsatz gedruckt. Zwischen Weihnachten und Neujahr erhielt ich die Payersche Schrift: „Von Bethmann Hollweg bis Ebert", das Buch des Generals der Infanterie Freiherrn v. Freytagh-Loringhoven: „Menschen und Dinge, wie ich sie in meinem Leben sah" und noch weitere wichtige Bekundungen des Staatssekretärs a. D. Grafen Roedern. Meine Gesamtanschauung wurde dadurch so weit abgerundet, daß ich mich verpflichtet fühlte, die ganze Arbeit von meinem heutigen Erkenntnisstandpunkte aus nochmals bis in die kleinsten Einzelheiten hinein zu überarbeiten und von Anfang bis Ende in Auffassung und Ausdrucksform einheitlich zu gestalten. Die

größte Vorsicht hierbei schien mir gerade deshalb geboten, weil sich schon an die ersten Gutachten der Sachverständigen unseres Unterausschusses peinliche Erörterungen in der Öffentlichkeit angeschlossen hatten, die dem Ansehen der Arbeiten des Untersuchungsausschusses nicht zum Vorteil gereicht haben. Kein noch so begreiflicher Wunsch nach endlichem Abschluß der nun schon so lange dauernden Arbeiten kann meines Erachtens den Sachverständigen von seiner Verantwortlichkeit entlasten.

In diesem Sinne erhebe ich gegen die Formulierung des Korreferates des Herrn Dr. Delbrück zu den Gutachten v. Kuhl und Schwertfeger (Bd. 3 dieser Reihe S. 348) Einspruch, wo es heißt, mein Gutachten bestätige es, in welchem Maße der General Ludendorff die tatsächliche Oberleitung sowohl „in Politik wie des Krieges *an sich gerissen hätte*". Dieser scharf zugespitzte Ausdruck findet sich nicht nur nirgends in meinen beiden Gutachten, ist zwar auch sachlich eine andere Auffassung, die sich aus meinem Gutachten hinreichend deutlich ergibt. Ich bitte auch den Herrn Abgeordneten Dr. Deermann, von diesem meinem Einspruch Kenntnis nehmen zu wollen. (Sachverständiger Dr. Delbrück hat auf diesen Vorhalt hin an Stelle von „an sich gerissen" gesetzt „in die Hand genommen".)

3. Aus dem Stenogramm habe ich entnommen, daß über die Frage der Verantwortlichkeit an den Ergebnissen des Ausschusses auch seitens des Herrn Vorsitzenden des 4. Unterausschusses gesprochen worden ist. Da ich mich in diesen Sitzungen nicht zur Sache habe äußern können, halte ich es für meine Pflicht, zu erklären, daß ich die Aufgabe des Untersuchungsausschusses, und insbesondere der vereidigten Sachverständigen, immer als eine historisch feststellende, nicht aber als eine aburteilende angesehen habe. Meiner persönlichen Überzeugung nach handelt es sich bei *allen* in meinem Gutachten erwähnten Persönlichkeiten um Männer von unbestrittener großer Vaterlandsliebe. Es kam meiner Ansicht nach darauf an, die Vorgänge aufzuklären und die Beweggründe der handelnden Persönlichkeiten psychologisch zu ergründen, wo sie nicht ohne weiteres verständlich erscheinen. Nicht Schuldigensuche, sondern Aufklärung und menschliches Verstehen scheinen mir hier am Platze zu sein, wo es sich um die höchsten und schwersten Aufgaben der Nation, um ihre Bewährung im Weltkriege handelt. Dann kann sich aus den Arbeiten des Untersuchungsausschusses, so wie es mir von Anfang an vorschwebte, durch Schaffung einer gemeinsamen Anschauung eine Beruhigung der öffentlichen Meinung ergeben, die aus den verschiedenen Gründen so dringend zu wünschen wäre.

Der Ausschuß tritt hierauf in die Tagesordnung ein.

Berichterstatter Abg. Dr. *Philipp:* Mit der sog. Dolchstoßfrage hat sich das deutsche Reichsparlament schon mehrfach beschäftigt. Abgesehen von einzelnen Hinweisen darauf in politischen

Aussprachen kommen hauptsächlich zwei Verhandlungen in Frage. Erstens: Am 18. November 1919 bei der Vernehmung des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg vor dem Untersuchungsausschuß der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung erklärte dieser nach dem amtlichen Protokoll:

„Ein englischer General sagte mit Recht: ‚Die deutsche Armee ist von hinten erdolcht worden.' Den guten Kern des Heeres trifft keine Schuld. Seine Leistung ist ebenso bewundernswert wie die des Offizierkorps. Wo die Schuld liegt, ist klar erwiesen. Bedurfte es noch eines Beweises, so liegt er in dem angeführten Ausspruch des englischen Generals und in dem maßlosen Erstaunen unserer Feinde über ihren Sieg."

Diese Äußerung wurde in der 246. Sitzung des Deutschen Reichstags am 7. Juli von dem sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Dr. David verlesen und daran anschließend behauptet:

„Hier hat Hindenburg die Dolchstoßlegende aufgenommen, seine Autorität dahintergesetzt und damit den antirepublikanischen Parteien die agitatorische Losung für den Kampf draußen gegeben. Es konnte gar nichts Verwerflicheres und Verhängnisvolleres für die Versöhnung der inneren Gegensätze geschehen als das Hinauswerfen dieser fürchterlichen Anklage gegen unser Volk, gegen die Heimat, die so Unsägliches im Kriege gelitten, die alle Kräfte daran gesetzt hat, um uns nicht zusammenbrechen zu lassen."

Für das Verständnis der vom Abg. Dr. David angeführten Äußerung Hindenburgs erscheint es mir notwendig, auf die unmittelbar vorangegangenen Worte des Feldmarschalls hinzuweisen. Er sagte:

„In dieser Zeit", also damals, als Ludendorff und Hindenburg an der Spitze des Feldheeres standen, „setzte die heimliche planmäßige Zersetzung von Flotte und Heer als Fortsetzung ähnlicher Erscheinungen im Frieden ein. Die Wirkungen dieser Bestrebungen waren der O. H. L. während des letzten Kriegsjahres nicht verborgen geblieben. Die braven Truppen, die sich von der revolutionären Zermürbung freihielten, hatten unter dem pflichtwidrigen Verhalten der revolutionären Kameraden schwer zu leiden; sie mußten die ganze Last des Kampfes tragen. Die Absichten der Führung konnten nicht mehr zur Ausführung gebracht werden. Unsere wiederholten Anträge auf strenge Zucht und strenge Gesetzgebung wurden nicht erfüllt. So mußten unsere Operationen mißlingen, es mußte der Zusammenbruch kommen; die Revolution bildete nur den Schlußstein."

Nach diesen Äußerungen spricht der Generalfeldmarschall der „planmäßigen Zersetzung von Flotte und Heer als Fortsetzung ähnlicher Erscheinungen im Frieden", der „revolutionären Zermürbung" und dem „pflichtwidrigen Verhalten der revolutionären Kameraden" entscheidenden Einfluß auf die Operationen zu. „Der Zusammenbruch mußte kommen", die Revolution bildete dazu nur den Abschluß.

Hindenburg spricht hiernach der Revolution selbst keine entscheidende Bedeutung für das Kriegsende zu, sondern legt den Nachdruck auf die revolutionären Bestrebungen in den Truppen vor der Revolution und wendet auf diese das Wort des englischen Generals von der *Erdolchung* der deutschen Armee an. Damit ist der Begriff *„Dolchstoß"*, wie ihn Hindenburg am 18. November 1919 aufgefaßt hat, nach meiner Meinung klargestellt.

Zum zweiten Male verhandelte der Reichstag über diese Frage am 6. Juli 1922 in der 245. Reichstagssitzung. Das war kurz nach der Ermordung des Reichsministers Dr. Rathenau anläßlich einer Aussprache über eine Hindenburgfeier in Königsberg i. Pr. Unter dem Drucke der schwülen politischen Atmosphäre kam es damals zu einer unerfreulichen Szene im Reichstage im Anschluß an eine Rede des deutschnationalen Abg. Hensel (Ostpreußen). Dieser bemerkte im Zusammenhang mit der Debatte auf Zurufe von links:

„Sie haben wohl deshalb die Ruhmestaten unserer Armee immer wieder zu schmälern versucht, weil Sie sich der Schuld entziehen wollen, die Sie damit auf Ihr Gewissen geladen haben, daß Sie diesem tapferen Heere in den Rücken gefallen sind."

Wegen dieser Äußerung erhob sich ein großer Tumult im Reichstage, in dem die Antwort des Abg. Hensel auf einen Zuruf des Abg. Sollmann in dem allgemeinen Lärm unterging:

„Ich erinnere Sie, Herr Sollmann, an den Unabhängigen Sozialdemokraten Vater in Magdeburg, der sich dessen gerühmt hat."

Der Lärm wurde daraufhin derartig, daß der Reichstagspräsident die Sitzung aufhob.

Die Äußerung des Abg. Hensel geht nicht so weit wie die des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg. Sie stellt lediglich fest, daß die politische Linke — ohne diese näher zu umgrenzen — „dem tapferen Heere in den Rücken gefallen ist" und folgert daraus eine Schuld, ohne diese näher zu bestimmen. Die Empörung im Reichstage über die Worte des Abg. Hensel war deswegen so groß, weil die Mehrheitssozialdemokraten sich dadurch getroffen fühlten. Der in dem Tumult untergegangene Hinweis des Abg. Hensel auf den Herrn Vater in Magdeburg zeigt aber, daß der Redner wohl in erster Linie an die revolutionären Umtriebe der Unabhängigen Sozialdemokraten gedacht hat. Ein ausdrückliches Bekenntnis zu dem Standpunkte, daß die revolutionären Umtriebe entscheidend für den katastrophalen Kriegsausgang gewesen seien, ist jedenfalls in den Worten des Abg. Hensel nicht vorhanden. Immerhin kann wohl angenommen werden, daß der Abg. Hensel im wesentlichen in der strittigen Frage der Auffassung des Generalfeldmarschalls gewesen sein wird.

Es war begreiflich, daß, nachdem der Linken bzw. einem Teil der Linken Schuld am Zusammenbruch 1918 zugesprochen war, sich diese dagegen wehrte. Das geschah in der 246. Reichstagssitzung am 7. Juli

durch den der Deutschen Demokratischen Partei angehörenden Abg. Dr. Goetz und den Sozialdemokraten Abg. Dr. David. Beide widersetzten sich in leidenschaftlicher Weise der *Dolchstoßlegende*. Dr. Goetz sprach ihr „irgendwelche geschichtliche Wahrheit" ab und bezeichnete sie als Lüge. Er berief sich auf General v. Kuhl, der den Zusammenbruch des Heeres Anfang Oktober 1918 „als vollendet" ansah, auf den Deutschen Kronprinzen, der Anfang August 1918 als Beginn des Zusammenbruchs nenne, und protestierte dagegen, „wenn man diesem Heere und diesem Volke vorwirft, es habe zuletzt Verrat an sich selbst geübt". Der Abg. Dr. David ging noch einen Schritt weiter. Auf die nach seiner Auffassung vom Abg. Hensel „der Volksvertretung ins Gesicht geschleuderte *Dolchstoßlüge*" antwortete er damit, daß er die Depesche Hindenburgs vom 1. Oktober 1918, die auf baldigste Abgabe des Friedens- und Waffenstillstandsangebotes drängte, als *„Dolchstoß"* bezeichnete. Dr. David sagte:

„Dieses Signal" — er meinte die Depesche — „war ein *Dolchstoß* für alle Truppen, die überhaupt noch glaubten, daß ein Sieg erfochten werden könnte." (Sehr richtig! Links.)

Man sieht aus diesem kurzen Bericht über die Behandlung des *„Dolchstoßes"* im Reichsparlamente, daß dieser Begriff eines allgemein anerkannten Inhaltes entbehrt. Im politischen Kampfe außerhalb der Parlamente ist natürlich die Flüssigkeit des Begriffes noch weit größer gewesen. Andererseits hat sich aber auch daneben im Sprachgebrauch des Volkes vielfach eine genaue Umgrenzung des Wortes geltend gemacht. Weite Kreise haben sich daran gewöhnt, unter dem *„Dolchstoß"* von 1918 lediglich das innerpolitische Ereignis vom 9. November zu verstehen, also mit dem Worte *„Dolchstoß"* lediglich die Revolution im Sinne eines einmaligen weltgeschichtlichen unerwarteten Ereignisses zu bezeichnen. Man wird daher gut tun, die Frage: Revolution gleich *„Dolchstoß"* gesondert zu behandeln.

Sprachlich ist es zweifellos richtiger, das Wort *„Dolchstoß"* lediglich zur Bezeichnung für einen bestimmten historischen Akt zu verwenden, als für eine Kette von Erscheinungen, die für einen längeren Zeitraum festgestellt werden und an dessen Ende der Zusammenbruch von Heer und Staat steht. Denn dieser Zusammenbruch ist eine höchst verwickelte geschichtliche Erscheinung, die sich nicht ohne Zwang auf die Formel *„Dolchstoß"* bringen läßt. Mannigfaltige Ursachen wirkten in beständiger Wechselwirkung aufeinander, je mehr das Erlahmen der militärischen Kraft, wirtschaftliche Not und die bei der Fortdauer des Krieges beständig sich ändernde psychische Einstellung des Volkes sich unheilvoll geltend machten.

Wenn trotzdem auch bei der Untersuchung dieser äußerst verwickelten Fragen vom *„Dolchstoß"* oder besser einer Reihe von *„Dolchstößen"* gesprochen werden soll, müssen grundsätzlich alle

die Ursachen von der Betrachtung ausgeschlossen werden, die gewissermaßen als natürliche Folgen des Krieges bei dessen Fortsetzung zu Deutschlands Ungunsten gewirkt haben, wie Nachlassen unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, Ersatznot infolge des Mangels an Menschen, allgemeine Zeichen der Kriegsermüdung. Für eine „*Dolchstoß*"-Betrachtung kommt allein in Frage die Summe der Erscheinungen, bei denen es sich um bewußte Handlungen einzelner Deutscher oder von Gruppen solcher handelt zu dem Zwecke, die deutsche Widerstandskraft zu schwächen oder zu brechen.

Aufgabe der Untersuchung ist es nun, festzustellen, wieweit bei all diesen Erscheinungen eine Schuld am militärischen Zusammenbruch erkannt werden kann.

Die *Dolchstoß*handlungen einzelner gegen das kämpfende Heer lassen sich m. E. in 3 Gruppen zusammenfassen. Es kommen in Frage:

a) Sabotagen der Kriegführung;
b) moralische Unterwühlung des Heeres mit dem Zwecke, zum baldigen Kriegsschluß zu kommen und
c) revolutionäre Propaganda zum Zwecke des Umsturzes.

Die Grenzen zwischen den 3 Gruppen sind natürlich fließend, da unaufhörliche Wechselwirkungen stattfanden. Ihr Gesamtergebnis hat General v. Kuhl m. E. mit Recht die „Vergiftung der Front" genannt.

## I. Sabotagen der Kriegführung

Hier kommen hauptsächlich in Frage:

1. *Drückebergerei.* Sie machte sich sowohl in der Heimat wie im Felde geltend. In der Heimat trat sie auf in der Form der *Reklamationen.* Es ist natürlich schwer, hier zu ziffernmäßigen Ergebnissen zu kommen. Die Öffentlichkeit hat während des Krieges vielfach an den zahlreichen Reklamationen von *Juden* Anstoß genommen. Schon während des Krieges wurden Klagen darüber laut, und zweifellos ist das auch für die Stimmung an der Front nicht ohne Belang geblieben. Bekanntlich ist auf Drängen jüdischer Kreise noch während des Krieges eine Statistik über die Juden im Felde aufgestellt worden. Die Veröffentlichung soll aber aus politischen Rücksichten unterblieben sein. Vielleicht kann dieser Frage noch nachgegangen werden. Anhalte dazu finden sich ja in einem der Bücher von Wrisberg. Während des Krieges hieß es, mit Rücksicht auf die Kriegsanleihen dürfe nichts Ungünstiges über die Juden veröffentlicht werden. Ich weiß z. B., daß die Veröffentlichung von Feldbriefen, in denen Auszüge über diese Frage zusammengestellt waren, von einem Generalkommando verhindert worden ist.

Im Felde führte die Drückebergerei zu schweren, die Kriegführung gefährdenden Anstauungen hinter der Front, die tausendfach bezeugt

sind. Außerdem kam Fahnenflucht, hauptsächlich nach Holland in Frage, Die Mitteilungen des Generals v. Kuhl über den *Genter Bund von 1916* sind m. E. voll beweiskräftig für die organisierte Fahnenflucht.

2. *Das Überläuferunwesen.* Das Überläuferunwesen scheint zu einer schweren Gefahr erst nach den ersten Mißerfolgen 1918 geworden zu sein. Auch hier kann man mit ziffernmäßigen Unterlagen nicht nachkommen. General v. Kuhl berechnet, daß für die Zeit vom 18. Juli bis zum Waffenstillstande die deutschen Verluste etwa 420 000 Mann an Toten und Verwundeten betrugen und wir gleichzeitig 340 000 Gefangene und Vermißte verloren. Das vorhandene Verhältnis von Verlusten an Toten und Verwundeten und Verlusten an Gefangenen und Vermißten betrug also ungefähr 4 zu 3. Wenn wir einen Schluß ziehen wollten, müßte versucht werden, das Verhältnis zwischen den beiden Gruppen von Verlusten zu früheren Zeitpunkten festzustellen. Vielleicht würde sich dazu die Zeit der Sommeschlacht eignen. Es muß sich doch nachweisen lassen, wie damals das Verhältnis des Verlustes an Toten und Verwundeten und andererseits an Gefangenen und Vermißten gewesen ist und ob und wie es sich später geändert hat.

3. gehört in diesen Fragenkreis die Frage der *Meutereien.* Meutereien sind wohl zuerst im Juli 1917 in der Flotte zum Ausbruch gekommen, im Landheere jedenfalls erst später. In dem Gutachten des Generals v. Kuhl fehlt es für die ganze frühere Zeit des Krieges darüber an näheren Angaben. Belege für Meutereien von großen Massen kommen erst aus den allerletzten Wochen des Krieges dort zum Nachweis. Ich weiß nicht, ob tatsächlich schon in den früheren Jahren beachtliche Fälle von Meutereien vorgekommen sind.

4. ist zu berücksichtigen der *Streik als Massenaktion* zur Sabotage des Krieges. Nach Barth wurde dieser seit 1916 betrieben. Der erste größere Streik fand aber erst im April 1917 statt. Aus einer Beilage zum Schwertfegerschen Gutachten geht hervor, daß die Regierung sich viel mit dieser Frage beschäftigt hat, aber wohl auch, daß die Mittel, um gegen diese Gefahr einzugreifen, bei der Regierung nicht durchaus einheitlich gewesen sind.

Die zweite große Gruppe der Zusammenbruchserscheinungen betrifft:

## II. Die moralische Unterwühlung des Heeres mit dem Zwecke, zum baldigen Kriegsschluß zu kommen

Zweifellos hat die allgemeine Propaganda gegen den Krieg aus pazifistischen Kreisen auch auf die Kraft der Front lähmend gewirkt. Es war natürlich, daß bei der weichen Einstellung vieler Deutscher der Gedanke der Völkerversöhnung Wurzel fassen konnte. Infolge der Zulassung der sozialistischen und pazifistischen Presse wurde auch der Irrglaube genährt, daß die internationale Zusammengehörigkeit der

Arbeiter einen Weg zu einem baldigen guten Frieden zu schaffen in der Lage sei. Besonders gefährlich war nach meiner Auffassung, daß mit der Propagierung des Friedensgedankens zugleich der Kampf gegen den Militarismus verbunden wurde. Mochten diese Einflüsse zunächst auch harmloser Art sein, sie wirkten doch in der Armee insgesamt furchtbar zersetzend und trübten das Verhältnis zwischen Offizieren und Mannschaften.

In diesen Fragenkreis gehört auch die Propaganda des sog. Verständigungsfriedens. Wenn auch der gemeine Mann im allgemeinen kein annexionistisches Friedensprogramm vertrat, so lehnte er doch, nach meiner Beobachtung, aus soldatischer Stimmung heraus so lange den Verständigungsfrieden ab, als er täglich an dem Verhalten der Feinde sehen mußte, daß diese keine Verständigung wollten. Erst die aus der Heimat kommenden Nachrichten über die Möglichkeit eines Verständigungsfriedens, aber die Sabotage eines solchen durch Deutschland, also das Scharfmachen gegen die eigene Regierung und gegen die Heeresleitung, lähmten den Kampfeswillen der Truppe.

Besonders gefährlich waren die Friedensforderungen aus der Heimat, wenn sie verbunden waren mit offenen Äußerungen gegen einen Sieg Deutschlands. Das am 23. Februar 1915 von dem Redakteur des „Vorwärts“ (Ströbel) abgelegte Bekenntnis: „Ich bekenne ganz offen, daß ein voller Sieg des Reiches den Interessen der Sozialdemokratie nicht entsprechen würde“, ist der Anfang zu zahlreichen Äußerungen ähnlicher Art bis zu dem „Vorwärts“-Satze vom 20. Oktober 1918: „Deutschland soll, das ist unser fester Wille, seine Kriegsflagge für immer streichen, ohne sie zum letzten Male siegreich hereingebracht zu haben.“ Meines Erachtens ist zweifellos erwiesen, daß weite Kreise der Sozialdemokratie einen Sieg Deutschlands in dem Weltkriege nicht gewünscht haben, wenn auch die Partei als solche diesen Standpunkt nicht geäußert hat. Ich persönlich habe mehrfach im Felde schon 1917 aus dem Munde einfacher Soldaten gehört, daß Deutschland nicht siegen dürfe, weil sonst „die oben“ zu üppig und die Arbeiter zu Sklaven herabgedrückt würden.

### III. Revolutionäre Propaganda zum Zwecke des inneren Umsturzes

Die von mir bis jetzt geschilderten Erscheinungen gehen bereits über in den dritten Fragenkreis, den der revolutionären Propaganda zum Zwecke des inneren Umsturzes. An einer planmäßigen Vorbereitung der deutschen Revolution kann nach den zahlreichen von Kuhl zusammengestellten Äußerungen nicht mehr gezweifelt werden. Die Absicht, während des Krieges zu revolutionieren, war bereits seit Anfang des Krieges bei gewissen Linkssozialisten vorhanden; 1916 wurde der formelle Beschluß zur Revolution gefaßt. Nach

Fechenbach, dem Sekretär Eisners, setzte die „im Stillen und Dunklen unermüdlich vorwärtsdrängende Arbeit gerade dann ein, als Deutschland scheinbar das Übergewicht hatte". Unbestimmt blieb nach Ledebour nur der Zeitpunkt des Losschlagens. Nach meinen persönlichen Beobachtungen waren gewisse Truppenteile schon während des Sommers 1917 stark revolutionär durchsetzt. Die Hauptarbeit im Sinne der Revolution begann aber erst im Jahre 1918, als bereits russisch-bolschewistische Gedankengänge sich in den Truppen hier und da breitmachten.

Die revolutionären Gedanken sind von rückwärts in die Truppe nach vorn getragen worden, jedenfalls sind sie kein autochthones Gewächs der Front. Die Heimat eilte in der revolutionären Entwicklung voran und brachte ihre innerpolitischen Ziele nur dadurch den Kämpfern nahe, daß sie diese mit der dem Soldaten naheliegenden Frage verquickte: Wann wird Schluß des Krieges sein? Die Drahtzieher, weit weg vom Schuß, waren hierbei klug genug, gewisse soldatische Empfindungen der Männer draußen zu schonen. So waren ihre Äußerungen für die Front über Hindenburg zunächst sehr vorsichtig, während dieser drinnen in der Heimat schon 1917 zur Abschreckung des Ersatzes als „Bluthund" verschrien wurde.

Diese Tausende von kleinen *„Dolchstößen"* der deutschen Revolutionäre hat der Feind mit großem Geschick und rücksichtslos sich zunutze gemacht. Die „Geheimnisse aus Crewe-House" bringen die „Geschichte eines hervorragenden Feldzuges". Es ist das ein Buch, das den Presse-propagandafeldzug von Northcliffe behandelt. Es ist erst kürzlich erschienen und bringt sehr interessante Hinweise. Aus ihm geht hervor, daß die feindliche Presse-propaganda zum großen Teile ihre Waffen aus dem Arsenal der deutschen Revolutionäre geholt hat. Verbotene deutsche Kriegsschriften und Zeitungen, Flugblätter usw. wurden planmäßig ausgeschlachtet zu dem Zwecke, wie es in der Denkschrift heißt, „jegliche Opposition in Deutschland zu stärken". Diese revolutionäre Propaganda der Feinde wurde vom Juni 1918 an großen Stils betrieben und hat eine überaus starke zersetzende Wirkung auf die Truppe ausgeübt. Die Heerführung wandte sich mehrfach gegen dieses „englische Gift". Zwischen den deutschen Revolutionären und unseren Feinden müssen gute Beziehungen bestanden haben in bezug auf die Übermittlung des revolutionären Nachrichtenmaterials. In den „Geheimnissen aus Crewe-House" wird berichtet: „Einige Sozialisten hatten sich bereits mit der Bitte an die französische Regierung gewandt, ihre Reden nicht für Propagandazwecke zu verwenden, weil dies ihre Bemühungen abschwächen könnte." An dem, auch von Breithaupt festgestellten systematischen Zusammenhang der deutschen Revolutionäre mit dem Feindbund ist daher nicht mehr zu zweifeln. v. Kuhl bringt in Ergänzung hierzu den Nachweis über die „wertvolle Hilfe", die deutsche

Überläufer unseren Feinden geleistet haben, um sie mit den nötigen revolutionären Gedanken zu versorgen, die dann in Flugblättern den deutschen Soldaten beschert wurden.

Ein besonderes Kapitel in der Revolutionierung der deutschen Armee bilden die russischen Einwirkungen. Die Dokumente der Bolschewisierung der Ostarmee sind reichhaltig genug, um die Vergiftung aus dem Osten zu beweisen. Bolschewistisch-revolutionäre Gedanken haben sich auch rasch in Innerdeutschland breitgemacht, aber von einer Bolschewisierung der Westarmee kann m. E. wohl kaum die Rede sein bis zum Zeitpunkte des Ausbruches der deutschen Revolution. Joffe und sein Helfershelfer Dr. Oscar Cohn leisteten hierbei ja mit russischem Gelde gründliche Arbeit und brauchten sich nicht erst mit der Revolutionierung der Westarmee abzuplagen, nachdem sie in Berlin bereits das Heft in den Händen hatten.

Faßt man diese Gesamterscheinungen zur Vergiftung bzw. Zersetzung der Front zusammen, so kann wohl als erwiesen gelten, daß sie verhängnisvoll für den Ausgang des Krieges geworden sind. Die Heeresleitung, die diese Dinge klar erkannt hat und sie abzustellen versuchte, wurde ihrer nicht Meister. Sie war sich teilweise über die Mittel zur Beseitigung dieser Übelstände wohl selbst nicht ganz klar und unterlag häufig politischen Rücksichten.

Aber selbst wenn es gelungen wäre, all diese Momente der Schwäche auszuschalten, wäre dadurch eine siegreiche Beendigung des Krieges für Deutschland kaum verbürgt gewesen, denn das Eintreffen der Amerikaner und der Zusammenbruch unserer Verbündeten hätten uns gezwungen, einen Abwehrkampf an den Grenzen des deutschen Gebietes zu führen, der zu einem Siege über den Gegner nicht mehr führen konnte.

Eng zusammen mit diesem weiten Fragenkreis hängt die Sonderfrage, ob Deutschland überhaupt noch in der Lage war, weiterzukämpfen, nachdem der Rückzug im Westen auf der ganzen Linie erfolgt war. v. Kuhl behandelt diese Frage ziemlich ausführlich und bejaht sie. Seine Gründe sind m. E. durchschlagend und widerlegen die Behauptung Kösters, daß uns eine Sedan-Katastrophe bevorgestanden hätte, wenn wir nicht damals zum Kriegsschlusse gekommen wären. Die Möglichkeit einer Fortsetzung des Kampfes auf einige Monate ist aber nicht bloß von den deutschen Heerführern v. Gallwitz, v. Mudra und v. Einem angenommen worden, sondern auch von den feindlichen Generalen Maurice, Haig und Bliss. Da ein mathematisch zwingender Beweis für die Möglichkeit einer Fortsetzung des Kampfes bei der Natur der Sache natürlich nie erbracht werden kann, wird hier stets Behauptung gegen Behauptung stehen. Ich für meine Person muß mich auch in dieser Frage dem Gutachten v. Kuhls in jeder Hinsicht anschließen.

Damit ist die Stellung zur Beurteilung der deutschen Revolution

vom 9. November bereits gegeben. Eines Beweises, daß die deutsche Armee nach diesem Ereignis nicht mehr kampffähig war, bedarf es m. E. nicht, denn einer der Hauptzwecke dieser Revolution war es ja, den Militarismus zu beseitigen, und dabei fing man gründlich im eigenen Lager an, indem die eigene Armee von hinten kaputtgeschlagen wurde. So entstand die Zwangslage, die zur Unterzeichnung des Waffenstillstandes führte. Wir mußten unterschreiben, wenn wir nicht Deutschland zum Kriegsschauplatze machen wollten. Die verhängnisvolle Wirkung der Revolution zeigte sich aber auch in den ungeheuren wirtschaftlichen Verlusten beim Heimmarsch der Truppe und im Unwesen der Soldatenräte, moralisch vielerorts in dem Aufbäumen der niedrigsten Instinkte. Es war, als ob alle bösen Geister auf einmal losgelassen wurden.

Diese Gesamtwirkung der Revolutionstat vom 9. November kam so allerdings einem *„Dolchstoß"* gleich, der Deutschland seiner Wehrmacht beraubte und damit den letzten Faktor nahm, der bei den Waffenstillstands- und später bei den Friedensverhandlungen in die Wagschale hätte geworfen werden können. Vom Gesichtspunkte ihrer Wirkung auf die Kriegführung und auf die Außenpolitik war die Revolutionstat vom 9. November, Scheidemanns „Sieg des deutschen Volkes auf der ganzen Linie", ein höchst überflüssiges und für unser Vaterland verhängnisvolles Ereignis.

Bei der Vieldeutigkeit des Wortes *„Dolchstoß"* wird dieses besser nicht angewandt für die aus der Heimat kommenden, den Kampfwillen des Heeres schwächenden Einflüsse. Daß solche zahlreich vorhanden waren, kann nicht bestritten werden. Zweifellos liegt eine schwere Schuld bei jenen Kreisen, die diese Bestrebungen der Zersetzung bzw. Vergiftung des Heeres betrieben haben. Der vorhandene Tatsachenstoff genügt aber nicht, eine Alleinschuld dieser Stellen zu beweisen. Ganz richtig erklärt v. Kuhl: „Wir sind aus vielen Gründen unterlegen." Nicht, das wir den Westen räumen mußten und damit die Aussichten auf einen Gewinn des Krieges aufgaben, kann all jenen revolutionären Bestrebungen zum Vorwurf gemacht werden, sondern die Art, wie das Kriegsende über Deutschland hereinbrach. Das Wort *„Dolchstoß"* ist unbedingt richtig als Werturteil über die Revolution als Einzelereignis, aber nur bedingt anwendbar für die treibenden Kräfte der Entwicklung, die den Boden für die deutsche Revolution vorbereitet haben.

Ich habe mich bei meinen Ausführungen natürlich nur auf den Stoff beschränken können, den Herr v. Kuhl in seinem Gutachten vorgelegt hat, und auf das, was ich selber aus persönlicher Erfahrung oder persönlichem Studium gesammelt habe. Ich möchte mein Urteil in keiner Hinsicht als abschließend bezeichnen. Es fehlen noch die Berichte der Herren Dr. Herz, Prof. Dr. Delbrück und vielleicht noch anderer. Ich habe versucht, ein paar Punkte

anzudeuten, wo vielleicht noch eine Aufklärung notwendig ist. Ich persönlich bin der Auffassung, daß es sich bei dieser ganzen Frage hauptsächlich um einen Streit um Worte handelt, über den wir uns wahrscheinlich nie verständigen werden, und daß es deshalb zweckmäßiger ist, an der Hand von Einzelfragen eine Reihe von positiven Tatsachen zusammenzustellen und zu prüfen, wieweit diese für die Schwächung unserer Widerstandskraft von Einfluß gewesen sind.

Vorsitzender Abg. D. Dr. *Kahl:* Zu den letzten Ausführungen darf ich noch bemerken, daß der Ausdruck „Dolchstoß", den wir bisher immer gebraucht haben, lediglich der Kürze halber gewählt war, und daß damit nicht gewissermaßen eine Überschrift gegeben ist für die Stellungnahme des Ausschusses, der daran natürlich gar nicht gebunden sein kann. Es war das nur ein Sammelbegriff, der verständlich ist, weil er populär war.

Sachverständiger Dr. *Herz* gibt einen kurzen Überblick des Inhaltes seines Gutachtens zur Dolchstoßfrage [1]).

Sachverständiger *v. Kuhl:* Nur ein paar Worte! Herr Dr. Herz hat sehr viele Sachen zu widerlegen gesucht, die ich nicht gesagt habe. Ich möchte das nur feststellen. Ich denke nicht daran, zu behaupten: das Volk hat das Heer von hinten erdolcht; das Volk hat das Heer verraten usw. Alles das sind Schlagworte, die ich nie gebraucht habe. In meinem Gutachten ist klipp und klar zum Ausdruck gebracht, weshalb wir nach meiner Meinung den Krieg verloren haben. Wir haben ihn nicht lediglich durch den Dolchstoß verloren, sondern ich habe gesagt: Die Umstände, die ich geschildert habe, haben alle dazu beigetragen. Ich möchte also nicht den Eindruck aufkommen lassen, als wenn ich irgendwie das Volk an sich angeklagt hätte, als ob ich irgendwie die schweren Lasten, die schweren Entbehrungen, die das Volk $4^1/_2$ Jahre lang heldenmütig getragen hat, verkannt oder in Zweifel gesetzt hätte. Daran denke ich gar nicht.

Ob der General Maurice das Schlagwort vom Dolchstoß gebraucht hat oder nicht, halte ich für völlig gleichgültig. Wir brauchen gar kein ausländisches Urteil. Ich bin darauf gar nicht eingegangen.

Ein paar Worte über die Volksehre! Gewiß, die Ehre des einzelnen ist etwas anderes als die Ehre des Volkes. Aber gerade die Ehre eines großen Volkes, wie wir es sind, erfordert es doch, daß die Waffen nicht eher niedergelegt werden, als bis das letzte getan worden ist. Die Frage ist also die, ob wir noch etwas tun konnten oder nicht. Konnten wir noch widerstehen, dann hätte die Ehre es nach meiner Auffassung verlangt, die Waffen nicht niederzulegen. Denn wir haben nachher ehrenlose Bedingungen annehmen müssen und haben unsere Ehre damals verloren. Die Bedingung, daß wir

[1]) Die endgültige Fassung des Gutachtens siehe Bd. 6 dieser Reihe S. 99ff.

den Kaiser und unsere Heerführer ausliefern sollten, ist ehrlos gewesen; wir haben unterschrieben. Also die Ehre hätte doch verlangt, daß wir die Waffen nicht eher niederlegten, als wir noch Widerstand leisten konnten. Die Frage wäre nur die: Konnten wir noch Widerstand leisten? War ein Widerstand nicht mehr möglich, dann konnte der Krieg natürlich nicht weitergeführt werden.

Die Zahl der Drückeberger ist nicht anzugeben. Es ist schwer, sich darüber ein Bild zu machen. Aus meiner eigenen Erfahrung, die sich auf die ganze Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht erstreckt, also auf eine Heeresgruppe, die damals 1,5 Millionen Mann zählte und fast die Hälfte der ganzen Westfront umfaßte, kann ich nur sagen, daß an den großen Bahnhöfen, wie Maubeuge usw., viele Zehntausende sich herumdrückten. Das ist durch Generalstabsoffiziere usw. festgestellt worden.

Dann möchte ich noch einer Sache widersprechen, die heute zur Sprache gekommen ist. Es ist gesagt worden: Manche wären der Ansicht gewesen, es sei besser, wir würden den Krieg nicht gewinnen, denn sonst müßten wir vor jedem Briefkasten schließlich noch strammstehen. Meiner Auffassung nach wäre es besser, wenn wir jetzt vor jedem Briefkasten strammstehen müßten und nicht vor den Feinden. So ist aber unsere Lage heute.

Sachverständiger Dr. *Herz:* Ich habe in der Vorbemerkung zu meinem Gutachten ausdrücklich gesagt, daß ich über das, was Exzellenz v. Kuhl in seinem Gutachten behandelt hat, habe hinausgehen müssen, weil die Dolchstoßidee weiter geht, als sie von Exzellenz v. Kuhl behandelt worden ist. Daß es natürlich besser wäre, vor jedem Briefkasten strammzustehen als vor dem Feinde, ist selbstverständlich. Aber die Leute wollten ja auch gar nicht den Sieg des Feindes, sondern sie wollten weder unseren Sieg noch den Sieg des Gegners, sie wollten einen Verständigungsfrieden.

Was die Ehre des Volkes betrifft, so ist das eine Frage, die, worauf ich vorhin schon hinwies, ins Irrationale geht. Ich glaube nicht, daß ein Staatsmann das Recht hat, lediglich um der Ehre des Volkes willen — es fragt sich noch, welches Teiles des Volkes willen — einen Krieg weiterzuführen, selbst wenn er ihn noch einige Monate weiterführen könnte. Diese Meinung halte ich aufrecht. Ich glaube, darüber werden wir uns nie einigen, weil es sich da eben um verschiedene Weltanschauungen handelt.

Sachverständiger *Schwertfeger:* Zunächst möchte ich eines herausgreifen, was Herr Dr. Herz gesagt hat. Er meinte, daß es für den Ausgang des Krieges gleichgültig gewesen sei, ob die Flotte revolutionierte, ob sie meuterte oder nicht. Ich habe das vorhin so aufgefaßt, als wenn Herr Dr. Herz der Meinung wäre, für den Kriegsausgang und für das Schicksal Deutschlands sei die Meuterei der Flotte gleichgültig gewesen. Dieser Meinung möchte ich wider-

sprechen. Ich bin der Ansicht, daß gerade die Meuterei der Flotte mit ihren Folgeerscheinungen, mit diesen auf das Deutsche Reich losgelassenen Marinesoldaten überhaupt erst die Revolution ausgelöst hat.

(Abg. Dr. *Moses:* Sie meinen die Meuterei von 1918, nicht die von 1917!)

Ich meine die Meuterei von 1918. Ich meine die letzten Vorgänge in Kiel, in Wilhelmshaven. Ich persönlich bin der Meinung, daß die zweifellos vorhandene Verstimmung, die in den großen Städten, beispielsweise in Berlin, wie unter der Asche glimmte, doch nicht zu einer hellen Flamme aufgelodert wäre, wenn nicht die Vorgänge in Kiel und Wilhelmshaven die Schrittmacher für die Revolution gewesen wären. Viele Städte, wie z. B. Berlin, Hannover und weitere Provinzstädte sind nur dadurch in die militärische Revolution hineingerissen worden, daß wilde Gestalten von der Waterkant erschienen und nun die Revolution überhaupt erst aufflackern ließen.

Die zweite Bemerkung bezieht sich auf den Bericht des Herrn Dr. Philipp. Ich möchte mit besonderer Genugtuung feststellen, daß wir darin restlos übereinstimmen, daß das Schlagwort des „Dolchstoßes der Heimat" begrifflich außerordentlich ungenau ist. Ich weiß nicht, ob den Herren bekannt ist, daß ich im Herbst 1921 im „Tag" einen Aufsatz geschrieben hatte: „Der Dolchstoß der Heimat" — wohlverstanden: „Der Dolchstoß *der Heimat*" — nicht, wie Exzellenz v. Kuhl in seinem Gutachten sehr vorsichtig und korrekt den Ausdruck gewählt hat: „Der Dolchstoß". Der „Dolchstoß *der Heimat*" ist meiner Meinung nach ein wirklich sehr schädliches Schlagwort, gerade wegen seiner begrifflichen Ungenauigkeit, weil jeder etwas anderes darunter verstehen kann. Deshalb habe ich mich damals im „Tag" dagegen gewendet. Aber wie irrig man diesen Begriff auffassen kann, wurde mir sofort klar, als ich damals von General v. Zwehl in der „Kreuzzeitung" in der schärfsten Weise dafür angegriffen wurde, und zwar in einer für mich persönlich außerordentlich unerfreulichen Weise, nur deshalb, weil ich mir gestattet hatte, die begriffliche Ungenauigkeit dieses sog. „Dolchstoßes der Heimat" darzutun. Ich bin der Meinung, daß man ganz genau zeitlich und sachlich präzisieren muß, was man sagen will. Der „Dolchstoß" besteht z. B. m. E. ganz unzweifelhaft, wenn man von der Revolution als solcher spricht. Steht vorn das kämpfende Heer, und in der Heimat bricht die Revolution aus, so ist in diesem Moment die Revolution der Heimat ganz unzweifelhaft der Dolchstoß für das kämpfende Heer. Aber im allgemeinen kurzweg vom „Dolchstoß der Heimat" zu sprechen und dieses Schlagwort auf alle möglichen anderen innerpolitischen Kämpfe auch der Gegenwart zu erweitern, darin sehe ich etwas sehr Bedauerliches, und insofern verfluche ich denjenigen Publizisten, der nach der uns vorher gewordenen Mitteilung des Herrn Dr. Herz dieses Wort „Dolchstoß der Heimat" einmal vorgebracht

hat, um einen journalistisch glänzenden Abschluß eines Artikels zu finden.

Sachverständiger Dr. *Delbrück:* Ich möchte nicht unterlassen, auszusprechen, daß ich in dem, was Exzellenz v. Kuhl über die Ehre des Volkes gesagt hat, durchaus ebenso empfinde wie er.

Sachverständiger Dr. *Herz:* Auf den Ausgang der Kämpfe zu Lande hätte das Auslaufen der Flotte keinen Einfluß gehabt.

Sachverständiger *Katzenstein:* Wenn man unter dem sog. „Dolchstoß der Heimat" die Tatsache verstehen will, daß von seiten der deutschen radikalen Linken gegen den Krieg und gegen die weitere Durchhaltung agitiert worden ist, so wird man damit nur eine landläufige Behauptung aufstellen, denn jene Seite hat das nie bestritten. Wer etwas die Literatur kennt, weiß, daß man dort mit Stolz berichtet, die Kampffähigkeit des Heeres beeinträchtigt und unterminiert zu haben. Es kann sich also nicht um die Frage handeln: Ist eine derartige Propaganda betrieben worden? sondern: Wieweit ist der Ausgang des Krieges auf diese agitatorische Tätigkeit zurückzuführen? Ich glaube allerdings, daß die Frage von einem Teil der Herren und auch von dem heutigen Herrn Berichterstatter in stark übertreibendem Sinne bejaht worden ist.

Es ist erstens die Frage: Haben andere entscheidende Ursachen den Kriegsausgang so wesentlich bestimmt, daß alle anderen dahinter zurücktreten mußten? Und zweitens: Haben neben oder vor jener revolutionären Propaganda andere Ursachen zermürbend und zerstörend eingewirkt?

Abg. Dr. *Deermann:* Zu der Meuterei und Revolution der Matrosen vom November 1918 möchte ich noch für die Herren Gutachter, besonders auch für den Herrn Oberst Schwertfeger, zur Erwägung geben, daß tatsächlich eine Handvoll Matrosen, wie ich genau informiert worden bin, in Düsseldorf, in Essen, in Köln usw. — je 10 oder 20 Mann — die ganze Stadt innerhalb 1 oder 2 Stunden vollständig auf den Kopf gestellt und revolutioniert haben. So ist es auch an vielen anderen Orten gewesen. Sie waren also in keiner Weise mehr die Ursache für die Revolution, sondern nur noch das letzte Fünkchen in diesen Städten. Eine Revolution ist nur dann möglich, mag sie staatspolitischer, religiöser oder kultureller Art sein, wenn die Zeitumstände und die bis dahin maßgebenden Personen und gesellschaftlichen Schichten oder die religiösen, staatlichen oder kulturellen Zustände sie vorbereitet und selbst die Hand gereicht hatten.

Sachverständiger Dr. *Herz:* Ich habe in meinem Gutachten ausgeführt, daß es keine Revolution von außen war, sondern ein Zusammenbruch nach innen. Die illegalen Organisationen brauchten ihre Handgranaten nicht, und 8 Tage vorher hatten 5 berittene Schutzleute genügt, um die ganze Liebknecht-Demonstration auseinanderzusprengen! Das habe ich als Beispiel dafür gewählt, daß die Sache

reif war. Ich habe die Revolution miterlebt. Die Matrosen kamen, das habe ich selbst erlebt, nach Harburg, und damit war es aus. In Hannover sind einige Matrosen ausgestiegen — und in ganz Hannover und auch in Berlin, wo eine Menge Offiziere waren, hat sich ihnen kein Mensch entgegengestellt. Diese hätten doch der revolutionären Bewegung mit Leichtigkeit Herr werden können. Die Truppe hat nicht gegen die Revolutionäre geschossen. Aber wenn sich ihre Offiziere bewaffnet hätten, hätte die Truppe ebensowenig auf sie geschossen. Sie wollte eben überhaupt nicht mehr schießen. Die Offiziere berufen sich auf das Schießverbot. Das scheint mir aber eine sehr mäßige Entschuldigung zu sein. Die Leute waren alle fertig, von oben bis unten; keiner wollte mehr und keiner konnte mehr.

Abg. Dr. *Deermann:* Ich weiß nicht, ob das, was ich jetzt sagen will, noch hierhergehört. Als die Revolution vor allem in Düsseldorf Erfolg gehabt hatte, in Düsseldorf, wo wir eine eigene vom Reich losgelöste Republik besaßen, da war es möglich, daß das zurückkehrende Reserve-Regiment Nr. 39, von dem man vorher behauptete, daß es vollkommen durchseucht war, was aber in keiner Weise der Fall war, obwohl es aus Industriearbeitern zusammengesetzt war, innerhalb kürzester Frist die ganze revolutionäre Regierung über den Haufen warf. Innerhalb einer halben Stunde krochen die Führer der Revolution zu Kreuze, daß manche Leute damals gedrängt haben — auch ich —, man sollte die Gelegenheit weiterbenutzen, um in ganz Deutschland die Revolution wieder über den Haufen zu rennen. Von oben her, von Berlin her, wurde noch am selben Abend, soweit ich informiert bin, befohlen, die neue Regierung in Düsseldorf wieder einzusetzen und alles beim alten zu lassen.

Sachverständiger *Katzenstein:* Ich möchte kurz zusammenfassend folgendes sagen: Daß die revolutionäre Propaganda im Heere stattgefunden hat, ist nie bestritten worden, ist selbst von den Beteiligten mit Stolz hervorgehoben worden. Es kann sich also nicht um die Frage handeln, ob dadurch irgendwelcher Einfluß ausgeübt worden ist, denn das ist ja selbstverständlich, sondern ob ein irgendwie für den Ausgang des Krieges entscheidender Einfluß auf diese „Dolchstoß"-Propaganda zurückgeführt werden muß.

Nun sind ja eine Reihe weiterer Fragen hiermit im Zusammenhang behandelt worden. Der Herr Abg. Dr. Philipp hat die Frage der *Drückeberger* behandelt und ist speziell dabei auf die *Juden* eingegangen. Ich habe mich damit nicht gründlich beschäftigt. Ich weiß nur, daß von jüdischer Seite viel Material veröffentlicht ist, aus dem hervorgehen soll, daß die Juden in mindestens genau der gleichen Weise wie die übrigen Volksteile an dem Kriege und an den Blutopfern teilgenommen haben. Ich weiß, daß von anderer Seite andere Schichten: Gutsbesitzer, Beamte und selbst ein Teil des Offizierkorps in gleicher Weise der Drückebergerei verdächtigt wer-

den. Ich weiß, daß im Reichstagsausschuß Vertreter des Kriegsministeriums sich mehrfach in der schärfsten Weise dahin geäußert haben, es könne von Drückebergerei in dem Sinne, daß taugliche Personen sich in der Heimat der Einziehung entzögen, durchaus nicht mehr die Rede sein. Allerdings hat Ludendorff in seinen Kriegserinnerungen erklärt, daß trotz alledem ein Gefühl des Mißtrauens in ihm dauernd lebendig geblieben sei. Daß eine große Zahl — die wirkliche Zahl festzustellen wird ja nicht möglich sein — der Wehrpflichtigen sich in den letzten Monaten dem Kriegsdienst an der Front entzogen haben, ist ja ebenfalls Tatsache. Es ist nur wieder die Frage, worauf dieser Umstand zurückzuführen ist. Ich habe von militärisch sachverständigen Herren die Meinung gehört, es sei einfach in jedem Kriege und namentlich in einem Kriege, der so ungeheure Anforderungen stellt und am Ende eine ungünstige Wendung nimmt, eine Selbstverständlichkeit, daß ein großer Teil der Leute sich den Wirkungen zu entziehen sucht. Ob die von Herrn Vater und anderen Leuten behauptete Propaganda der Desertion und dergleichen Dinge irgendwie nachhaltig im Verhältnis zu den übrigen Ursachen ins Gewicht gefallen ist, daß läßt sich, glaube ich, irgendwie sachverständig und entscheidend nicht beantworten.

Nun aber die andere Frage: Wie kam es, daß in einer gewissen Zeit die sog. Propaganda der Revolution einen so starken Nährboden und auch einen Widerhall im Heere gefunden hat? Es ist klar: Nicht das ganze Heer hat sich der Revolution angeschlossen, aber es ist ein so erheblicher Teil gewesen, daß doch die Wurzeln ziemlich weit zurückliegen müssen. Oberst Bauer weist in seinem Buche mit Entrüstung darauf hin, daß im kaiserlichen Hauptquartier eine große Zahl von Offizieren, er spricht von 800 oder 900, gewesen seien, die keinen Finger gerührt hätten, um ihren Obersten Kriegsherrn zu verteidigen, daß damals die Herren des Hauptquartiers in Automobilen mit roten Fähnchen umhergefahren seien. Es ist bereits hier hervorgehoben worden, daß von den zahlreichen Offizieren, die damals in Berlin gewesen seien, sich niemand gefunden habe, um einen Widerstand gegen die Revolution ins Werk zu setzen.

Ich bin nicht der Meinung, daß diese Herren sich plötzlich der Revolution angeschlossen haben. Ebensowenig glaube ich, daß sie plötzlich Feiglinge geworden seien. Tatsache aber scheint mir zu sein, daß sich ein gewisser Zustand der Ermüdung, der, wie ein Militärarzt sich ausdrückt, Willenslähmung herausgebildet hat, die allen diesen Dingen gegenüber zur Widerstandslosigkeit führte. Diese Willenslähmung, die auch in die weitesten Kreise des Heeres eingedrungen war, hat doch m. E. ganz sicher einen großen Teil zu dem Schlußergebnis, soweit es nicht auf rein militärischen Machtverhältnissen und strategischen Ursachen beruht, beigetragen. Die letzteren werden vielleicht in der Erörterung dieser Frage oftmals unterschätzt. Man

hat darauf hingewiesen, daß schon in den großen Kämpfen vom 15. Juli 1918 Verrat und dergleichen Dinge und gewollte Widerstandslosigkeit eine große Rolle gespielt hätten. Aber auch das wird zum Teil richtiggestellt. In der Schrift des Oberleutnants Kurt Hesse über das Marnedrama des 15. Juli 1918 werden für diese schwere und in mancher Hinsicht entscheidende Niederlage eine ganze Reihe rein militärischer Gründe und zum Teil auch erhebliche Versehen der Heeresleitung angeführt. Unter anderem sei es schon eine ganze Zeit vorher am Sitze des Hauptquartiers in Charleville bekannt gewesen, an der Marne solle angegriffen werden. Ein derartiges Versagen der Geheimhaltung sei auch sonst nicht selten gewesen. Auch Otto Dietz: „Der Todesgang der deutschen Armee", 1919, und Dehmel führen solche Fälle an. Also liegt eine Notwendigkeit, einen gewollten, planmäßigen Verrat zu unterstellen, nicht vor, wodurch er natürlich an sich noch nicht ausgeschlossen wird.

Nun fragt es sich aber: Wodurch ist der Nährboden für alle diese Willenslähmungen auf der einen Seite, für planmäßige, bewußte Widerstandslosigkeit auf der anderen Seite geschaffen worden? Es ist bekannt, daß der Ausgang der Erhebung im Heere bei der *Marine* gewesen ist. Ich möchte hier auf einige Schritte hinweisen, die von der Gegenseite her die Frage behandeln, z. B. die Schrift des Kapitäns zur See Persius über die Marine im Kriege. Auch in dem bekannten Buche von Gothein: „Warum verloren wir den Krieg?" sind die Fragen der Marine für sich behandelt. Die Moral ließ, je länger je mehr, zu wünschen übrig usw.

Ich habe hier ein ganz bemerkenswertes Schriftstück eines Mannes, der den Krieg in der Marine mitgemacht hat, der damals Vertrauensmann der Fortschrittlichen Volkspartei war, später zur Sozialdemokratischen Partei übergegangen ist, der aber niemals auf einem revolutionären Boden im Sinne der Kriegsfeindlichkeit gestanden hat. Dieser Mann, der nach seiner Darstellung eine Art politischer Vertrauensmann für einen großen Teil der Kieler Flottenangehörigen gewesen ist und den ich als wahrheitsliebend seit einer Reihe von Jahren kenne, erklärt mit aller Bestimmtheit, daß ihm von irgendwelchen politischen Beeinflussungen, von politischer Agitation nichts bekannt geworden sei.

Nun ist es trotzdem Tatsache, daß revolutionäre Flugblätter verteilt worden sind. Aber dieses Zeugnis eines Mannes, der mitten in der Mannschaft stand und weit und breit bekannt war, spricht doch dafür, daß sie keinen großen Einfluß geübt haben können, und das ist das Entscheidende.

Es spricht, wie ja auch andere Quellen bestätigen, viel dafür, daß es zum überwiegenden Teil die persönlich leidenden Mannschaften gewesen sind, und zum guten Teil persönliche Leiden, die nicht hätten sein müssen, die im starken Gegensatz zu dem Wohlleben der oberen

Schichten gestanden haben, daß diese es zum überwiegenden Teil gewesen sind, die die wachsende Unzufriedenheit und deren Ausbruch herbeigeführt haben. Viel weniger planmäßige politische, kriegsfeindliche, staatsfeindliche Einflüsse, die zweifellos obgewaltet haben, die aber nicht entfernt in der Art, wie es behauptet wird, die Entscheidung herbeigeführt haben.

Daß die politische Gesinnung der Truppen nicht in dem Maße, wie es behauptet wird, auf die militärische Haltung gewirkt hat, dafür möchte ich auf das Zeugnis des bekannten damaligen Hauptmanns Müller-Brandenburg am Schlusse seiner Schrift „Von der Marne zur Marne" verweisen. Durch richtige menschliche Behandlung seiner Leute schuf er in der ihm unterstellten Batterie einen Geist, der in den schwersten Proben nie versagte, obgleich ein großer Teil derselben politisch eben die Gesinnung mitbrachte, die man sonst für den Zusammenbruch verantwortlich macht. Man kann aus diesem und ähnlichen Zeugnissen schließen: Wenn jeder Offizier seine Leute richtig angefaßt hätte, wäre die Armee *nicht* zusammengebrochen. Selbst im November 1918 gab es noch eine große Anzahl ganz tadelloser Truppen. Das waren die, die richtig geführt wurden. Sache der Führer war es, die aus der Heimat kommenden Leute richtig zu fassen und ihnen seelisch näherzutreten. Dort, wo das geschah, da war der Geist der Truppe gut, mochten noch soviel „Bolschewisten" in ihr sein.

Ähnlich hat auch der Generalleutnant Löffler darauf hingewiesen, daß sich seine Division noch am 8. oder 9. November 1918, unmittelbar vor dem Waffenstillstandsabschluß, sehr gut geschlagen habe.

Kurz zusammenfassend will ich sagen: Es ist nicht zu bestreiten, wie es auch nie von irgendeiner Seite bestritten worden ist, daß revolutionäre Einflüsse auf das Heer gewirkt haben. Soweit sie aber überhaupt auf das Ergebnis eingewirkt haben, hätten sie niemals einen wesentlichen Einfluß gewonnen, wenn nicht erstens das Gesamtergebnis sich aus ganz anderen Gründen ungünstig gestaltet hätte, und wenn nicht zweitens seit Jahren ein Nährboden geschaffen worden wäre durch Mißstände und durch Verfehlungen solcher Personen, die für die Entwicklung des Geistes im Heere verantwortlich waren. Der Zusammenbruch, soweit er erfolgt ist, ist m. E. zum überwiegenden Teil auf die äußeren Machtverhältnisse zurückzuführen, zum anderen Teil auf die Unzuträglichkeiten und Übelstände, die im Heere und in der Heimat aus persönlichem Eigennutz, aus Vorurteilen und Klasseninteressen, aus Standesdünkel u. dgl. herbeigeführt worden sind, und nur zum kleinsten Teil aus bewußter revolutionärer Bearbeitung.

# Sitzung, Dienstag, den 19. Februar 1924

## Aussprache über den Bericht des Abgeordneten Dr. Philipp zur Frage des „Dolchstoßes"

Abg. Dr. *Moses:* In der letzten Sitzung ist darauf hingewiesen worden, daß wir uns über gewisse Fragen hier nie verständigen werden, weil hier Weltanschauung gegen Weltanschauung steht. In gewissem Sinne trifft das auch von dem Gesichtspunkte aus zu, von dem ich die ganzen Dinge betrachte. Ich habe immer den Eindruck gehabt, daß, als man den Zusammenbruch kommen sah, nicht bewußt, aber vielleicht unbewußt, von den Militärs die Schuld auf alles andere geschoben wurde, auf das Volk, auf die revolutionäre Propaganda, auf die Juden, auf die Tatsache der Unterernährung. Alles hat nach meiner Meinung dazu beigetragen, in etwas diesen Zusammenbruch zu fördern. Ich erinnere nur z. B. an die große Versammlung, die hier die Koryphäen der medizinischen Wissenschaft im Langenbeck-Haus im Dezember 1918 abgehalten haben und in der die Unterernährung und ihre Folgen besprochen wurden. In der Versammlung waren alle möglichen Professoren, Geheimrat Rubner, vom Ministerium aus der Ernährungsminister Wurm usw. anwesend, und alle haben darauf hingewiesen, wie von den Militärs systematisch all das während des Krieges unterdrückt wurde, auch bei den wissenschaftlichen Dingen, um die Ernährungslage des Volkes im Interesse des Durchhaltens möglichst günstig hinzustellen.

Ich will aber auf diese Dinge hier nicht näher eingehen. Ich möchte nur ein paar Ausführungen im Anschluß an den Bericht des Abg. Dr. Philipp machen, und zwar in bezug auf die Drückebergerei, die von den Juden geübt worden sein sollte. Herr Dr. Philipp hat gemeint, daß die Öffentlichkeit während des Krieges an den zahlreichen Reklamationen von Juden Anstoß genommen hat, daß schon während des Krieges darüber Klagen laut geworden sind, und gesagt, daß bekanntlich auf Drängen jüdischer Kreise noch während des Krieges eine Statistik, die über die Tätigkeit der Juden im Felde aufgestellt worden war, unterblieben sei, vielleicht, hat er gemeint, auch mit Rücksicht auf die Kriegsanleihen usw. Die Drückebergerei der Juden und ihre geringe Anteilnahme draußen an der Front hat ja im Laufe der letzten Jahre eine große Rolle gespielt, und da ist es nach meiner Meinung wichtig, auf die Statistik hinzuweisen, deren Zahlen eine klare Sprache reden.

Wir haben in Deutschland ungefähr $^1/_2$ Million Juden gehabt und von diesen haben 100 000 Juden am Feldzuge teilgenommen. Es waren 80 000 jüdische Kriegsteilnehmer an der Front, d. h. also $^4/_5$ aller jüdischen Feldzugsteilnehmer, und ungefähr 12 000 jüdische Kriegsteilnehmer haben die Heimat überhaupt nicht wiedergesehen,

sind also die Blutopfer des Krieges geworden. Das sind 15% gegen einen Durchschnitt von 12% Toten. Ferner sind 35 000 Juden kriegsdekoriert, 23 000 befördert worden, darunter mehr als 2000 zu Offizieren. Ich glaube, diese Tatsache allein widerlegt schon die Ausführungen des Herrn Dr. Philipp.

Darüber sind ja auch wiederholt Veröffentlichungen erfolgt, z. B. von Prof. Oppenheimer über die Judenstatistik des preußischen Kriegsministeriums. 12% aller Eingezogenen sind Kriegstote gewesen.

Ich möchte noch auf eine charakteristische Tatsache hinweisen. Der Münchener Antisemit Dietrich Eckart hat vor einiger Zeit einmal einen Preis von 1000 Mark für den Nachweis ausgesetzt, daß eine einzige jüdische Familie im Kriege 3 Wochen lang auch nur 3 Söhne bei einem der kämpfenden Truppenteile gehabt hat. Daraufhin hat der Rabbiner Dr. Freund in Hannover eine Liste von 20 Familien allein aus seiner Gemeinde vorgelegt, auf die das zutraf. Dr. Freund verklagte Eckart, brachte ein Verzeichnis von weiteren 50 Familien, die bis zu 7 Söhne im Felde hatten, von denen einige den Verlust von 3 Söhnen zu beklagen hatten, und darauf zahlte der Antisemit Dietrich Eckart die ausgesetzte Belohnung.

Auch General v. Deimling hat bezeugt, daß Tausende von Juden als Freiwillige zu den Fahnen geeilt, Tausende fürs Vaterland den Heldentod gestorben und Tausende zu Krüppeln geschossen worden sind.

Ich will auf diese Dinge nicht näher eingehen, hielt mich aber für verpflichtet, gegenüber den Angriffen, die Herr Dr. Philipp gegen die Juden im allgemeinen gerichtet hat, dies aus der Statistik gegenüber seinen Ausführungen festzustellen.

Im übrigen, wie gesagt, glaube ich, daß wir über manche Dinge wohl kaum zu einem gemeinschaftlichen Urteil kommen werden, weil hier eben zwei Weltanschauungen gegenüberstehen. Wir haben nachher im Ausschuß die Pflicht, zu sehen, ob wir da zu einer gemeinschaftlichen Erklärung oder zu gemeinschaftlicher Aufstellung irgendwelcher Thesen kommen werden.

Berichterstatter Abg. Dr. *Philipp:* Ich bin Herrn Dr. Moses sehr dankbar, daß er hier zahlenmäßige Unterlagen gebracht hat. Ich weiß nur nicht, ob diese Zahlen in Widerspruch zu der sog. amtlichen Judenstatistik stehen.

(Abg. Dr. *Moses:* Sie sind aus der amtlichen Statistik!)

Bekanntlich ist in dem Buche von Wrisberg: „Heer und Heimat" diese Frage näher behandelt worden. Die Quelle von Dr. Moses ist anscheinend eine jüngere Veröffentlichung.

(Abg. Dr. *Moses:* 1922! Die Statistik ist von Prof. Oppenheimer gegen Wrisberg aufgestellt!)

An und für sich ist es ja nicht verwunderlich, daß judenfeindliche Stimmungen sich in der Truppe geltend machten. Es liegt in der

Natur der Dinge, daß, bei der Fähigkeit der Juden für wirtschaftliche Aufgaben, sie für gewisse Posten bevorzugt wurden.

Vorsitzender Abg. D. Dr. *Kahl:* Kommt der Frage entscheidende Bedeutung zu?

Berichterstatter Abg. Dr. *Philipp:* Nein, es ist nur eine Nebenfrage, aber eine Frage, die der Klärung bedürftig und geeignet ist, Konfliktstoff in die Öffentlichkeit zu tragen, wenn wir darüber schweigen. Ich hatte das nicht etwa hier mit einer besonderen Spitze gegen die Juden vorgebracht, sondern „relata refero".

Vertreter des Reichswehrministeriums Oberstleutnant *v. Stülpnagel:* Ich bin zur Zeit über die Statistik in der angeregten Angelegenheit nicht genau orientiert, weiß aber, daß im Kriegsministerium seinerzeit eine Statistik aufgestellt worden ist, und wenn ich nicht sehr irre, ist in den letzten 8 oder 10 Wochen auch eine Statistik in einem österreichischen Buche herausgekommen; das ist eine Statistik, die auch von Deutschland ausgegangen ist. Die Statistik des Kriegsministeriums muß vorhanden sein.

Berichterstatter Abg. Dr. *Philipp:* Es heißt bei Wrisberg, daß die Veröffentlichung unterblieben ist, weil ein jüdischer Abgeordneter des Reichstags vorstellig geworden sei, daß eine solche inopportun wäre.

Sachverständiger *v. Kuhl:* Auch der Kriegsminister v. Stein hat sich darüber in seinen Erinnerungen geäußert. Die Statistik ist vorhanden, sie ist aber nicht in den letzten Jahren, sondern, soweit ich mich erinnere, schon 1917 aufgestellt worden, damals aber aus besonderen Gründen nicht veröffentlicht worden. Über den Inhalt sind Äußerungen in dem Buche von Wrisberg und auch in dem Buche des Herrn v. Stein enthalten.

Berichterstatter Abg. Dr. *Philipp:* Ich weiß nicht, ob seitens der Heeresleitung irgendwie eine Anweisung ergangen ist — ich will einmal sagen —, gegenüber den Juden eine gewisse Nachgiebigkeit zu zeigen. Ich erinnere mich eines persönlichen Falles. Ich führte einmal in den Argonnen eine Kompagnie auf Höhe 263. Es war ein sächsischer Truppenteil, aus dem man die jüngeren Leute herausgekämmt und den man nachher mit Berliner Ersatz aufgefüllt hatte, der nur garnisondienstfähig war und auf seinen Schein pochte. Darunter war auch eine Anzahl Juden. Nun sagte mir der Feldwebel, daß der eine Jude überhaupt nicht in die Stellung vorzubringen wäre. Er hing sich einfach beim Vormarsch in dem Grabengewirr hinten ab. Wenn nun eine Truppe vorrückt und bei Nacht und Nebel in die Stellung geht, ist natürlich gar nicht nachzukommen, falls jemand verschwindet. Der Jude war in der Stellung gewöhnlich 4 oder 5 Tage weg. Wenn die Truppe vorn war, meldete er sich hinten bei der Feldküche, faßte sein Essen und verkroch sich nachher irgendwo in einen Unterstand. Er wurde deswegen einmal zwischen zwei zuverlässigen Leuten in die

Stellung mit vorgebracht. Er stand auch Posten. Ich gab an die Posten die Mitteilung: Ich gehe nachts 12 Uhr vor dem Graben revidieren, daß also niemand schießt! Ich ging mit einem Offizierstellvertreter, und auf einmal war ein Schuß gefallen. Es war der Jude; er hatte in seiner Angst auf uns geschossen.

Das konnte natürlich den Leuten nicht verborgen bleiben. In der Kompagnie gab man die Sache dem Bataillon weiter, und da versackte die Geschichte. Der Jude wurde an die Waschanstalt abkommandiert und hat sich dort weiterhin betätigt. Er ist mir dann aus den Augen geraten. Ein solcher Vorgang mußte natürlich demoralisierend auf die anderen Soldaten wirken. Wir hatten vorn den Eindruck, daß das Bataillon es nicht wagte, eine Meldung wegen dieser Geschichte zu machen, um nicht Unannehmlichkeiten zu bekommen. Das ist ein kleiner Vorfall, der aber zeigt, wie eben die Verbitterung gegen die Juden unter den Frontkriegern sich breit machen konnte.

Abg. Dr. *Moses:* Ich möchte nur sagen, daß es solche Leute auch unter Nichtjuden gegeben hat und daß von jeher der Jude Prügelknabe gewesen ist. Wenn *ein* Jude das gemacht hat, heißt es dann: *die* Juden. Das ist immer die alte Geschichte.

Ich persönlich habe aus zwei Gründen die Sache hier erwähnt. Wenn Sie sie nicht angeschnitten hätten, hätte ich sie natürlich auch nicht erörtert. Aus zwei Gründen: einmal aus rein persönlichen Gründen. In meiner Familie und näheren Bekanntschaft sind eine Fülle von Tragödien gewesen, die mit Irrenhaus der Mutter endeten u. dgl., wo die einzigen Kinder gefallen sind. Ich selbst habe nur zwei Söhne. Beide Söhne haben jahrelang in den schwersten Kämpfen gestanden, der eine fortgesetzt die ganze Zeit am Chemin des dames, der andere bei einem badischen Stoßtrupp an Höhe 304. Ich fühle mich also in gewissem Sinne auch persönlich dadurch gekränkt, wenn immer solche Äußerungen kommen.

Aber ich möchte auch noch etwas anderes erwähnen. Als Herr v. Wrisberg sein Buch veröffentlicht hat, hat der bekannte Nationalökonom Prof. Oppenheimer gleich in der „Frankfurter Zeitung" darauf erwidert, und er hat vor ungefähr einem halben Jahre die Judenstatistik des Preußischen Kriegsministeriums einer Kritik in einer kleinen Schrift unterzogen, die eine Gegenschrift gegen die Ausführungen v. Wrisbergs bildet. Dort ist zahlenmäßig alles vom wissenschaftlichen und ökonomischen Standpunkte aus dargelegt, so daß man also die Angaben, die Herr v. Wrisberg in seinem Buche gemacht hat, immerhin als tendenziös zu bezeichnen Ursache hat.

Wie gesagt, die Statistik und das, was hier vorgelegt worden ist, ergibt, daß die Juden genau in derselben Weise ihre Schuldigkeit getan haben. Herr v. Wrisberg kommt hauptsächlich auf die Statistik in Berlin. In Berlin haben alle die Kriegsgesellschaften u. dgl. gesessen, und es ist durchaus richtig, wenn Herr Dr. Philipp sagt,

daß ein großer Teil der Juden in den Getreidestellen u. dgl. gewissermaßen sachverständig war, daß man sie also dorthin gezogen hat. Aber auch diese Stellen haben doch immerhin im Kriege etwas geleistet. Jedenfalls wäre es wünschenswert, daß alles, was nach dieser Richtung hin im Kriegsministerium usw. liegt, einmal einer ganz sachgemäßen, ruhigen und objektiven Erörterung unterzogen würde. Ich glaube — darin schließe ich mich Herrn Dr. Philipp an —, daß das viel zur Beruhigung innerhalb der Bevölkerung beitragen würde.

Sachverständiger *v. Kuhl:* Ich entsinne mich nur ungefähr des Inhalts und des Ergebnisses der Statistik. Es war allerdings in der Statistik festgestellt, daß ein verhältnismäßig größerer Prozentsatz von Juden rückwärts der Front in der Etappe und in der Heimat, in Kriegsgesellschaften usw. verwendet worden ist. Dagegen ist mir keine Feststellung irgendwelcher Art bekannt, daß die Juden an der *Front* ihre Schuldigkeit nicht getan hätten, sondern meine persönliche Erfahrung und die Erfahrungen, die mir von anderen übermittelt worden sind, lassen erkennen, daß die Juden an der Front ebensogut ihre Schuldigkeit getan haben wie die andern auch.

Vertreter des Reichswehrministeriums Oberstleutnant v. *Stülpnagel:* Ich möchte das, was Exzellenz v. Kuhl eben sagte, auch von meiner Seite aus bestätigen. Ich bin Generalstabsoffizier gewesen, von der Division anfangend, also direkt an der Front, bis herauf zur Heeresgruppe. Ich möchte scharf unterstreichen, was Exzellenz v. Kuhl eben sagte. Ich habe schon als junger Generalstabsoffizier bei der 6. preußischen Division die Erfahrung gemacht, daß diejenigen Juden, die an der Front waren, ihre vollste Pflicht und Schuldigkeit getan haben. Ich will erwähnen, daß es mir eine Freude war, als unter den ersten auch einem Juden das Eiserne Kreuz verliehen wurde.

Abg. *Korell:* Da hier einzelne Erlebnisse ausgeführt werden, erinnere ich mich des 11. Mai, als die Teile meiner Division, die zum Kern gehörten, in Pont de Nieppe an der Lys vorwärts Armentières lagen. Wir hatten einen heftigen Fliegerüberfall. Die Flieger schmissen Bomben, die in benachbarte Gebäude hineinfielen, in denen einige Offiziere untergebracht waren. Der erste, der seinen bombensicheren Unterstand in der Brauerei, in der wir untergebracht waren, verließ, war ein jüdischer Unteroffizier, der bei dem Versuch, seinen Vorgesetzten zu retten, der durch einen Bombensplitter schwer verwundet war, das Leben lassen mußte. Diesem jüdischen Unteroffizier ist damals von seiten der Division ein sehr ehrenvolles Begräbnis bereitet worden.

Ich möchte aber ergänzend etwas anderes sagen, was wenigstens bezüglich der Reklamationen zur Vorsicht mahnt. Damit Sie nicht glauben, daß ich allgemein spreche und ungerecht verallgemeinere,

will ich auch hier Ort und Zeit genau nennen. Ich bin 12 Jahre lang Pfarrer eines Dorfes Königstätt im Kreise Großgerau gewesen, 4 km von der Ohmenschen großen Fabrik in Rüsselsheim. Im Jahre 1917 sind in meiner Pfarrgemeinde Königstätt, die ich inzwischen verlassen hatte, weil ich Pfarrer in Ingelheim geworden war, allein 12 Bauern als Schlosser von der Ohmenschen Fabrik reklamiert worden. Es steht fest, daß sie vorher nie Schlosser gewesen waren, auch daß sie während der Zeit niemals die Fabrik betreten haben, sondern sich am Montag morgen gemeldet haben und die ganze Woche über der Landwirtschaft nachgegangen sind und am Samstag nachmittag zur Abmeldung für die Truppe wieder drüben gewesen sind. Es sind alles Landwirte gewesen.

Sachverständiger *Schwertfeger:* Ich habe im Kriege jahrelang Gelegenheit gehabt, die Verhältnisse im Generalgouvernement Belgien kennenzulernen, das als Etappe anzusehen ist. Im Bereiche des Generalgouvernements Belgien waren natürlich an verschiedenen Stellen, besonders der politischen Verwaltung und der wirtschaftlichen Behörden, Angehörige der jüdischen Religion, und es ist damals verschiedentlich auch an das Generalgouvernement mit dem Wunsche herangetreten worden, da eine stärkere Auskämmung im Sinne der Abgabe an die Front vorzunehmen. Es stellte sich aber dann in den meisten Fällen heraus, daß diese Herren auf dem Posten, auf dem sie waren, wirklich unentbehrlich waren und durch bessere und eingearbeitete Persönlichkeiten nicht ersetzt werden konnten, so daß sich auch die Mißstimmung, die gelegentlich darüber auch in Offizierskreisen geherrscht hat, verhältnismäßig bald gab, weil im einzelnen nachgewiesen werden konnte, daß man nicht in der Lage war, diese Leute aus ihrer Stellung zu entfernen und durch gleichwertige zu ersetzen. Überhaupt muß man, glaube ich, einen scharfen Unterschied zwischen den wirklichen Angehörigen des jüdischen Bekenntnisses und den vielen machen, denen das Judentum nur angehängt wurde, weil sie Juden gewesen sind und nachher zu einem anderen Bekenntnis übergetreten sind. Diese Persönlichkeiten haben sich ja sehr häufig selbst leidenschaftlich gerade über die vermeintliche Bevorzugung und Drückebergerei der Juden entrüstet.

Dieser Gegenstand wird verlassen und übergegangen zum Gutachten des Sachverständigen Dr. Herz[1]).

Berichterstatter Abg. Dr. *Philipp:* Die Auffassung der Marine steht dem Gutachten des Dr. Herz entgegen. Sie sagt: Es handelte sich um eine notwendige militärische Aktion der Flotte zur Deckung der Flanke, die schon früher hätte ausgeführt werden müssen.

Weiter kommt hinzu: Von einer Aufopferung der Flotte konnte keine Rede sein, denn es sollte sich ja nur um einen Vorstoß der

[1]) Vgl. Bd. 6 dieser Reihe S. 99 ff.

Torpedobootflottille handeln. Im Rücken sollte die Flotte zur Aufnahme bereitstehen. Die englische Flotte war am Auslaufen verhindert, weil an der englischen Küste die deutsche Minensperre lag. Mir hat ein Marinesachverständiger gesagt: Von einer Aufopferung der Flotte kann überhaupt keine Rede sein. Wenn es sich um die Möglichkeit von Verlusten handelte, hätten nur Torpedobootverluste in Frage kommen können. Im übrigen wäre bei gelungenem Verlauf der Unternehmung die Flotte in den Hafen zurückgekehrt. Einer Aufklärung bedarf diese Frage zweifelsohne.

Vorsitzender Abg. D. Dr. *Kahl:* Mein Bedenken liegt nach einer anderen Seite. Es hätte zwar nichts geändert, aber von da aus wurde die Stimmung weitergetragen. Nicht darauf kommt es an, ob eine Seeschlacht im November noch irgend etwas geändert hätte, sondern von diesem Zeitpunkt ab ist der Geist des Aufruhrs und der Meuterei ins Land und in alle übrigen Teile des Landheeres getragen worden. Das ist das Entscheidende.

Sachverständiger Dr. *Herz:* In München ist die Revolution ganz unabhängig von den Vorgängen in Kiel ausgebrochen; in Berlin sind die Revolten ohne die Matrosen losgegangen. Die Matrosen haben nur Hannover und Niederdeutschland revolutioniert.

(Zuruf: Das griff doch über!)

— Das Charakteristische ist eben, daß die Bewegung an den verschiedensten Punkten zu gleicher Zeit ausbrach. Die Matrosen sind erst nach Berlin gekommen, nachdem die Revolution hier bereits siegreich war.

Vorsitzender Abg. D. Dr. *Kahl:* Man muß nicht in loco Berlin gewesen sein, um die Revolution hier zu inszenieren. Gerade diese Ereignisse griffen aber — das ist das Entscheidende — über, so daß ich geneigt bin, gerade dieser Matrosenrevolution den allerschwersten Einfluß in bezug auf den Gang der revolutionären Entwickelung in Berlin zuzuschreiben. Es ist nicht notwendig, daß man an Ort und Stelle gewesen sein muß!

Sachverständiger Dr. *Herz:* In München brach die Bewegung vorher aus. Inzwischen waren auch Noske und Haußmann nach Kiel gefahren und hatten dort die Bewegung in ein gewisses ruhiges Fahrwasser gebracht. Hier in Berlin ging die Bewegung von Barth und Richard Müller aus. Auf der anderen Seite behauptet Ledebour, daß er die Revolution gemacht hat. Jedenfalls brach die Revolution hier aus durch die sog. illegalen Organisationen, die schon gegründet waren, lange ehe überhaupt an eine offene Meuterei zu denken war.

Sachverständiger *Schwertfeger:* In München ist die Revolution meiner Erinnerung nach unabhängig von der Marine am 5. November ausgebrochen. Aber in Norddeutschland besteht unbestreitbar ein ganz enger Zusammenhang mit der Marinerevolution. Ich bin mit dem Herrn Vorsitzenden der Meinung, daß gerade das Ver-

halten der Flotte, die Vorgänge in Kiel, überhaupt erst den Funken haben zur Glut entfachen können. Ich persönlich befand mich in jenen Tagen vor dem Ausbruch der Revolution hier in Berlin zu Besprechungen mit dem Auswärtigen Amt und wohnte in einer Pension am Kurfürstendamm. Als ich am 8. November vormittags auf dem Bahnhof Savignyplatz war, um mich ins Auswärtige Amt zu begeben, wurde mir dort schon von einem Stationsbeamten gesagt, daß Matrosentransporte auf Berlin im Anmarsch wären und daß das Kommando in den Marken den Befehl gegeben habe, die Schienen aufzureißen, um diese Transporte nicht nach Berlin hereinzulassen; daß Transporte von Offizieren aus Rostock ohne Achselstücke und Kokarden, und Mannschaften, die von den Matrosen entwaffnet seien, in Berlin angekommen seien; die Matrosen selber aber seien unterwegs — ich weiß nicht auf welcher Station, es war Wittenberge oder irgendeine der Vorstationen auf dem Wege von Hamburg nach Berlin — angehalten worden, und das Oberkommando in den Marken werde sie nicht nach Berlin hereinlassen. Ich glaube mich bestimmt zu erinnern, daß am nächsten Morgen, am 9., schon Matrosen in Berlin gewesen sind. Sie haben dann die ganze Führung an sich genommen. Ich erinnere mich noch sehr deutlich, daß unmittelbar nach Ausbruch der Revolution schon überall Matrosenposten standen, Leute in der verwahrlosesten Aufmachung, die die Posten besetzten; vor dem Abgeordnetenhause in der Prinz-Albrecht-Straße haben sie Wochen hindurch gestanden. Meine persönliche Überzeugung geht dahin, daß hier in Berlin und in allen den anderen norddeutschen Städten — von Hannover weiß ich es genau — es erst des leider sehr tatkräftigen Vorgehens der Marine bedurfte, um die Garnisonen wankend zu machen. Ich glaube, man kann den Einfluß dieser Marinerevolution auf Norddeutschland speziell gar nicht hoch genug einschätzen.

Sachverständiger Dr. *Delbrück:* Zu welchem militärischen Zwecke sollte eigentlich die Flotte am 2. November auslaufen? Das ist nirgends — soweit ich die Literatur verfolgt habe — aufgeklärt worden?

Vertreter der Marineleitung Kapitänleutnant *Steffan:* Ganz allgemein möchte ich zunächst die Bitte aussprechen, bei der Behandlung der Marinemeutereien Ursache und Wirkung gerade im Zusammenhang mit der Dolchstoßfrage streng zu unterscheiden. Als Ursache betrachte ich die Summe der Erscheinungen, die auch Herr Dr. Philipp in seinem Bericht ausgeführt hat, die dazu geführt haben, die Front der Marine wankend zu machen, und als Wirkung das, was nachher durch die Soldatenmeuterei geschehen ist.

Der Entschluß, die Flotte einzusetzen, wurde in der Obersten Seekriegsleitung schon am 17. Oktober gefaßt, und zwar auf Grund der Ereignisse auf dem Festlande. Die Ölbestände der Marine mußten zum Teil für die Armee bereitgestellt werden. Außerdem hat die Oberste

Seekriegsleitung damals beschlossen, um die wankende Front in Frankreich zu schützen, durch eine Flottenaktion noch eine Entlastung zu geben. Es kam noch hinzu, daß der U-Boot-Handelskrieg eingestellt war und daß die gesamten U-Boote von den Fronten im Mittelmeer und in der Atlantik zurückgeholt waren nach der Heimat und nun operativ im Zusammenhang mit der Flotte eingesetzt werden konnten. Das gab uns eine ganz besondere taktische und strategische Überlegenheit. Da aus früheren Erfahrungen bekannt war, daß alle unsere Operationen schon sehr frühzeitig immer dem Feinde verraten worden waren, so war damals noch besonderer Wert darauf gelegt worden, diese Operationen besonders geheim zu halten. Ich erwähne das, weil vielleicht aus dieser besonderen Geheimhaltung die Ansicht entstehen konnte, wie sie in manchen Kreisen entstanden ist, man habe die Flotte hinaussenden wollen, um sie noch einen besonders schönen Tod sterben zu lassen. In einer Zusammenstellung, die auf Grund amtlichen Materials gemacht worden ist, heißt es wörtlich folgendermaßen: „Je überraschender er für den Feind kam, um so günstiger mußten sich die Kampfbedingungen gestalten. Die Vorbereitungen wurden daher unter größter Geheimhaltung des tatsächlichen Zwecks getroffen. Die aus dem Handelskrieg zurückgezogenen U-Boote sollten vor den feindlichen Häfen und auf den Anmarschwegen der feindlichen Flotte Aufstellung nehmen, zahlreiche Minensperren, von der IV. Aufklärungsgruppe geworfen, sollten sie während des Anmarsches schädigen und die Flanke der vorstoßenden deutschen Flotte sichern. Diese selbst sollte gegen den Kanal vorgehen und durch die Kreuzer- und Torpedoboote die Seeflanke des feindlichen Heeres und die englische Küste unter Feuer nehmen. Griff die feindliche Flotte an, so hoffte man, sie durch die deutschen U-Boote und Minensperren bereits vor Beginn des eigentlichen Kampfes so geschwächt zu haben, daß die sich etwa bei Terschelling entwickelnde Schlacht unter günstigen Bedingungen geschlagen werden konnte."

Nach der ganzen Kriegslage schien auch der Feind mit einem Vorstoß der deutschen Flotte zu rechnen. Am 24. Oktober meldeten Flugzeuge bei Terschelling feindliche Panzerkreuzer, kleine Kreuzer und Minensuchdivisionen mit einer großen Anzahl von Zerstörern, die Flugboote schleppten. Am 25. Oktober begann der Aufmarsch für den deutschen Vorstoß. 10 U-Boote liefen unter dem Geleit von Sperrbrechern aus, am 29. folgten 12 weitere. Die IV. Aufklärungsgruppe ging zur Übernahme von 1 100 Minen nach Cuxhaven.

Als am Abend die Geschwader auslaufbereit auf Schillig-Reede sammelten, kam es auf Schiffen des III. Geschwaders zu Unruhen, deren ganze Bedeutung und Tragweite erst später erkannt wurde. Am 30. Oktober abends meuterten auch Mannschaften auf „Thüringen" und „Helgoland", Schiffen des I. Geschwaders. Der Vorstoß mußte aufgegeben werden. Am 31. wurde das III. Geschwader zu Übungen

nach Kiel entlassen, die IV. Aufklärungsgruppe erhielt Befehl, die Minen abzugeben. Auf „Thüringen“ und „Helgoland“ rottete sich ein Teil der Besatzungen in der Vorbatterie zusammen und wurde von Seesoldaten gefangen von Bord gebracht. Als das IV. Geschwader am 1. November von Wilhelmshaven nach Schillig-Rede dampfte, rissen auf „Friedrich der Große“ Heizer die Feuer aus den Kesseln, um das Auslaufen zu verhindern, jedoch übernahm dies Geschwader am 3. November ohne weitere Zwischenfälle den Vorpostendienst. Kreuzer, Torpedoboote, U-Boote und Minensucher blieben von den Unruhen noch unberührt. Am 3. November wurde das I. Geschwader nach Brunsbüttel verlegt. Als es am 5. November auf die Nachricht von den Unruhen in Kiel nach der Elbe auslaufen wollte, wurde dies von den Aufständischen von Landwehren verhindert. Gleichzeitig verließ in Wilhelmshaven ein großer Teil der Besatzung das Flotten-Flaggschiff „Baden“. Kurz darauf versammelte der Flottenchef dort alle Offiziere und regierungstreuen Mannschaften, um die Kriegsflagge zu verteidigen, bis Hilfe von außen eintreffen würde. Als das Stationskommando und die Kommandantur Wilhelmshaven die Möglichkeit hierzu verneinte, vor allem aber die Vertrauensleute der Mannschaften versicherten, sie würden an der Kriegsflagge unbedingt festhalten, wurde der Widerstand aufgegeben und der Weg der Verhandlungen beschritten.

Vom Hauptquartier aus befahl die Seekriegsleitung, Schiffe mit roter Flagge als feindliche zu behandeln. Wie durch Flieger festgestellt wurde, wehte über Kiel und Cuxhaven bereits die rote Flagge. Der Flottenchef befahl daher, durch Einwirkung der Offiziere auf die Mannschaften zur Aufrechterhaltung der Ruhe beizutragen, solange die Bewegung vom Standpunkt der Regierungssozialisten nicht abweichen würde. Konteradmiral Michelsen, der Befehlshaber der U-Boote, verließ daraufhin mit den fahrbereiten U-Booten Wilhelmshaven und ging nach Helgoland in See. Gleichzeitig ging das IV. Geschwader zur Sicherung der deutschen Bucht nach Borkum-Reede, wo der Führer der II. Aufklärungsgruppe, Kommodore Harder, mit den kleinen Kreuzern „Königsberg“ und „Köln“ den Vorpostendienst versahen. Dagegen befanden sich die Stützpunkte Emden, Wilhelmshaven, Cuxhaven und Helgoland bereits seit dem 7. November vollständig in Händen des von der Regierung nicht anerkannten Arbeiter- und Soldatenrats. Allmählich wurden den Schiffen auf Außenreeden und Vorposten Proviant, Brennstoff und Nachrichten von Land aus abgeschnitten.

Inzwischen meldeten Flieger zwei feindliche kleine Kreuzer und fünf Zerstörer nordwestlich der Ems. Auf „Königsberg“ und „Köln“ wird der Befehl „Klar Schiff zum Gefecht“ mit Begeisterung aufgenommen; 45 Minuten später laufen sie mit den Torpedobooten „B 98, V 6, G 9 und G 10“ und einem U-Boot dem Feind entgegen, während von der Helgoländer Bucht aus der Befehlshaber der U-Boote und II. Führer der Torpedoboote, die Kommodore Michelsen und Quaet Fas-

lem, mit „Graudenz“ und der IV. Torpedoboots-Halbflottille in derselben Richtung vorgehen. Als bis 4 Uhr 30 Minuten keine weiteren Meldungen vom Feind einlaufen, machten sie kehrt und besetzten mit U-Booten zusammen die Flußmündung. Fünf Luftschiffe hielten sich unter Führung ihrer Offiziere ebenfalls zum Eingreifen bereit. Dagegen wurde auf einzelnen Schiffen in Wilhelmshaven an diesem Tage, trotz der Versicherung des Soldatenrats, die Kriegsflagge niedergeholt und die rote Flagge gehißt. Um 2 Uhr nachmittags wurde sie auch vom Flotten-Flaggschiff gesetzt; gleichzeitig ließ der Chef seine Flagge niederholen und verließ das Schiff. In Emden erklärten die U-Boots-Offiziere, daß sie ihre Boote unter roter Fahne nicht mehr betreten würden. Nachmittags ankerten das I. und IV. Geschwader auf Wilhelmshaven-Reede. Als neun Linienschiffe ohne Befehl einschleusten, befahl der Arbeiter- und Soldatenrat das Einlaufen sämtlicher Streitkräfte. Die Abwehr eines feindlichen Angriffs war dadurch kaum mehr möglich; dennoch versuchte der Flottenchef mit dem Führer der II. Aufklärungsgruppe auf „Königsberg“ und dem Befehlshaber der U-Boote auf „Graudenz“, die Sicherung der deutschen Bucht aufrechtzuerhalten. Von Berlin traf die Nachricht ein, daß der Staatssekretär des Reichsmarineamts die Geschäfte vorläufig weiterführen werde und das gleiche von allen Offizieren und Beamten im Interesse des Vaterlandes erwarte. Am 10. November setzten alle Schiffe in Wilhelmshaven die rote Fahne. Als der Soldatenrat von Helgoland um Auskunft bat, wie sich die Flotte bei einem feindlichen Angriff verhalten werde, erwiderte der Soldatenrat der Flotte, daß in diesem Falle die weiße Flagge gesetzt werden solle. Diese Tatsache beweist, daß die mehrfach gehörte Behauptung, die Bewegung sei nur gegen die offensive Verwendung der Flotte gerichtet gewesen, unrichtig ist, der Befehl des Soldatenrats bedeutete kampflose Übergabe. In der Absicht, noch Schlimmeres zu verhüten, befahl der Flottenchef, daß trotzdem die Offiziere der Flotte, unbeschadet der weiteren politischen Entwicklung, zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes und des Restes an Schlagfertigkeit auf ihren Dienststellen zu verbleiben und den Dienst im Einvernehmen mit den Arbeiter- und Soldatenräten zu regeln hätten. Am 11. November, 12 Uhr mittags, trat der um 6 Uhr vormittags unterzeichnete Waffenstillstand in Kraft. Erst am folgenden Tage liefen „Königsberg“ und „Köln“ mit dem Rest der treugebliebenen Seestreitkräfte unter der Kriegsflagge in Wilhelmshaven ein.

Ich glaube, daß damit für die sachliche Klärung der Verhältnisse genügend gesagt ist.

Abg. Dr. *Moses:* Kann man Revolutionen machen? Das ist das Entscheidende. Ich stehe auf dem Standpunkt, man kann sie nicht machen. Ich erinnere daran, als 1905 in Rußland die Revolution ausbrach, daß es der konservative Politiker Liman gewesen ist, der ein Buch über die Revolution geschrieben hat, in dem er nachweist, daß

Revolutionen von einzelnen zu machen ein Unding wäre. Revolutionen entstehen, wenn die notwendigen Vorbedingungen gegeben sind. Wenn nun Emil Barth in seiner Großsprecherei aufgetreten ist und gesagt hat: Ich habe die Revolution gemacht! — und erzählt hat, wieviel Pistolen er gekauft hat und dergleichen Kinkerlitzchen — dann haben wir ihn einfach ausgelacht. So haben wir ihn gewertet. Auch wenn Ledebour einen ähnlichen Ausspruch tat: Ich habe die Revolution gemacht —, so hat man das in den Reihen der Sozialdemokratie immer nur als eine Art von Überheblichkeit angesehen. Man kann keine Revolution machen; das ist mein Standpunkt. Der Herr Sachverständige hat selbst gesagt: Es war der Funke, der zur Glut entfacht ist. Das mag sein. Irgend etwas trägt immer dazu bei; der letzte Tropfen ist es, der das Faß zum Überlaufen bringt. Ich möchte hinzufügen, daß auch in den verschiedenen Publikationen von Persius versucht ist, nachzuweisen, daß auch auf den Schiffen die Dinge so gelegen haben, daß es schließlich zur Entladung kommen mußte. München — das steht fest — war unabhängig von der Marinemeuterei, und ich glaube, daß von Süddeutschland aus mindestens ebensosehr der Anstoß zur Revolution gegeben worden ist, wie von Norddeutschland aus durch die Matrosen.

Daß die Matrosen nachher in den einzelnen Städten weiter revolutionierend gewirkt haben, darüber ist kein Zweifel. Aber es handelt sich hier nur um die Entscheidung der Frage: Haben die Meuterer die Revolution gemacht? — Und da wiederhole ich: Revolutionen kann man nicht machen; sie entstehen elementar und irgend etwas trägt dann immer dazu bei, den letzten Anstoß zu geben.

Vorsitzender Abg. D. Dr. *Kahl:* Die Revolution kommt nicht über einen wie etwas, dem man sich nicht entziehen kann. Es kommt der Zeitpunkt, wo die pflichtmäßige Erwägung einzusetzen hat.

Berichterstatter Abg. Dr. *Philipp:* Nach meiner Auffassung gehört zu einer Revolution zweierlei: einmal eine Entwickelung, die die Revolution vorbereitet, und dann ein Akt, der die Revolution zur Entzündung bringt. Von selbst, ohne weiteres, kommt eben die Revolution nicht. Es ist wie in der Landwirtschaft: erst muß man ein Feld ackern, gut düngen, und wenn nicht jemand kommt und streut den Samen hinein, dann geht die Saat nicht auf. Genau so ist es bei der Revolution. Die Revolution entwickelt sich, aber zu jeder Revolution gehört auch ein einmaliger Akt, der „gemacht" werden muß.

Abg. Dr. *Deermann:* Ich hatte bereits gebeten, auch einmal die Tatsachen sachverständig zu beleuchten, daß große Garnisonen wie Düsseldorf im Handumdrehen ein paar Matrosen zum Opfer gefallen sind. Denn da kann man ja wohl auch nur noch von dem letzten Anstoß reden, der die Revolution zur Tatsache werden ließ, nachdem sie durch die verschiedensten Dinge, durch Agitation usw., durch seelische Zerrüttungen über den Verlust des Krieges vorbereitet worden

war. Die verantwortlichen Leute haben doch letzten Endes dort so wenig Energie aufgebracht, daß von einer — sagen wir — großen Tat, einer besonders aktiven Tat der Revolution nicht mehr gesprochen werden kann.

Sachverständiger Dr. *Delbrück:* Wenn ich den Herrn Marinesachverständigen recht verstanden habe, so sagte er, man habe dadurch, daß man die U-Boote aus der ganzen Welt zusammengeholt habe, eine gewisse strategische Überlegenheit komponiert. Dann erhebt sich doch die Frage: Warum dann erst in dem Augenblick? Wenn es möglich war, die englische Flotte mit Hilfe der U-Boote zu besiegen oder auch nur den Kampf gut zu bestehen, dann wäre doch all die Jahre vorher diese Frage zu prüfen gewesen. Es war doch von unendlich größerer Bedeutung, als wir noch so viele Handelsschiffe versenkten, wenn wir einen erheblichen Erfolg mit wirklich strategischer Nachwirkung — mehr als bei Skagerrak, Skagerrak hatte keine — davongetragen hätten. Es ist mir nicht ganz klar und ich wiederhole die Frage, zu welchem Zwecke die Flotte Anfang November oder Ende Oktober auslaufen sollte.

Vertreter der Marineleitung Kapitänleutnant *Steffan:* Ich dachte, das genügend erklärt zu haben. Die Flotte sollte eingesetzt werden, um eine Entlastung des deutschen rechten Flügels, der zurückgenommen wurde, herbeizuführen. Es kommt noch hinzu, was nicht als gering angesetzt werden darf, daß unsere ganze U-Bootsbasis in Flandern mit ihrem wichtigen Material an Torpedobooten und Unterseebooten zurückgeholt werden mußte. Sie mußten zur See nach Hause gebracht und gewissermaßen eskortiert werden. Es lag sehr nahe, daß der Engländer, der vorher sehr wenig Gelegenheit zu Flottenvorstößen in die Nordsee genommen hatte, gerade diesen Augenblick ausnutzen würde, um mit den Transporten vom U-Boot-Stützpunkt in Flandern, Zeebrügge, nach der Weser und nach Emden aufzuräumen.

Sachverständiger Dr. *Delbrück:* Dann kommt es aber doch darauf hinaus, daß man jetzt, wo man diesen Rücktransport decken wollte, die große Seeschlacht beabsichtigte, von der man in all den Jahren vorher gemeint hatte, daß wir sie nicht bestehen könnten.

(Vertreter des Reichswehrministeriums Oberstleutnant *v. Stülpnagel:* Zu der uns eben keine Gelegenheit gegeben wurde!) — So ist es nicht. Wenn unsere Flotte hinausgegangen wäre, wäre der Feind schon gekommen.

Sachverständiger v. *Kuhl:* Das lag ja an Bethmann Hollweg, der die Flotte nicht hinausschicken wollte.

Sachverständiger Dr. *Delbrück:* Nein, das lag nicht an Bethmann Hollweg, sondern es lag daran, daß die sämtlichen marineführenden Herren hierüber einig waren, mit Ausnahme des Großadmirals v. Tirpitz, der nach dem Zeugnis des Herrn v. Reischach auch erst später zu der Überzeugung, die Seeschlacht müßte ge-

liefert werden, gekommen ist, nachdem er bestimmt wußte, daß der Kaiser und die anderen das nicht tun würden und der nach der Aussage des Herrn v. Reischach vorher in Koblenz auch direkt dagegen gesprochen hatte.

Sachverständiger *v. Kuhl:* Tirpitz, Behncke, Ingenohl sind dafür gewesen. Dagegen haben sich der Chef des Marinekabinetts v. Müller und Pohl ausgesprochen. Alle anderen sind dafür gewesen.

Sachverständiger *Schwertfeger:* Herr Dr. Deermann hat die sehr wichtige Frage aufgeworfen: Wie kam es, daß in den großen Garnisonen, z. B. in der großen Stadt Berlin, bei den vielen Truppen im November 1918 der Gedanke der Revolution ohne weiteres siegreich werden konnte. Ich glaube, dieses Problem muß noch mit einigen Worten beleuchtet werden. Es ist ja in der Tat erstaunlich, wie auf einmal ein fatalistischer Hauch der Ohnmacht durch diese ganzen großen Garnisonen hindurchging, so daß die Truppen sich dem Funken der Revolution nicht zu widersetzen vermochten.

(Abg. *Franz:* Nicht Ohnmacht, sondern Erlösung!)

— Erlösung möchte ich nicht sagen. Aber lassen Sie mich bitte meinen Gedankengang entwickeln. Ich glaube, daß gerade hier ein ganz verhängnisvoller Einfluß der Marinerevolution festzustellen ist. In der Landarmee hatte man bis dahin ja schon häufig von der Möglichkeit einer Revolution gesprochen. Man hatte gemeint, die russischen Verhältnisse könnten auch einmal auf Deutschland übergreifen. Das hat man aber im allgemeinen nicht ernst genommen. Ich weiß, daß speziell in Belgien oft die Frage erörtert worden ist. Da hieß es aber immer: So etwas ist bei uns unmöglich, eine Revolution kommt nicht. Es hat auch niemand ernstlich daran geglaubt, daß in der deutschen Landmacht derartige Erscheinungen in dieser Weise überhand nehmen könnten, denn die Haltung der Truppen an der Front sprach durchaus dagegen. Nun auf einmal zeigten die Vorgänge in Kiel, daß solche Dinge doch Erfolg haben könnten. Ganz plötzlich zeigte sich, daß ein verhältnismäßig kleiner Kreis von Marinesoldaten, von Meuterern, dort zu bestimmten revolutionären Ergebnissen gelangte. Dadurch wurde auf einmal auch in weiten Kreisen der Landmacht, der Ersatzbataillone und der Truppenteile, die sich in der Heimat befanden, der Gedanke wach: Mein Gott, das kann ja schließlich auch hier gelingen. Als nun die Nachrichten von Kiel kamen, wirkten sie in dieser Richtung ungeheuer zersetzend auf die Truppenteile, die sich in den großen Städten, z. B. in Berlin, befanden. In Berlin war ja, wenn ich mich recht erinnere, damals noch das Naumburger Jägerbataillon zwei Tage vorher mit der Bahn eingetroffen, ein Truppenteil, der vollständig guten Willens war. Ich habe am 8. November selber noch gesehen, wie die Naumburger Jäger verschiedentlich Umzüge durch die Straßen machten. Jeder hatte das Gefühl: in Berlin

passiert nichts. Es ist schon darauf hingewiesen worden, daß Tausende von Offizieren hier waren. Diese Offiziere waren, wenn ich nicht irre, am 7. oder 8. November auf die Kommandantur bestellt worden und hatten sich auch dort für den Fall zur Verfügung gestellt, daß es irgendwie notwendig werden sollte, gegen meuterische Bewegungen einzugreifen. Es herrschte die Meinung: in Berlin ist die Sache zu halten. Nun kamen aber diese Nachrichten von der Marine, und dadurch wurde die Revolution nicht etwa gemacht — diesen Ausdruck hat der Herr Abg. Dr. Moses ja auch beanstandet —, aber ihr Ausbruch ausgelöst. Wenn eine Revolution seit langer Zeit unter der Asche glimmt, so bedarf es schließlich nur der Auslösung dieser revolutionären Bewegung.

(Abg. Dr. *Moses:* Damit bin ich einverstanden!)

Es bleibt der ewige Fluch der Matrosenmeuterei, daß sich das so entwickelt hat. Es wäre ja durchaus ungerecht, wenn man die mildernden Umstände außer acht lassen wollte, die gerade für derartige Bewegungen in der Marine sprechen: Das Festhalten an Bord der Schiffe, die doch für jeden erwachsenen älteren Menschen auf die Dauer unnatürliche Lebensweise auf Jahre hinaus, die Fernhaltung von der Familie ohne entsprechende kriegerische Betätigung. Alles das sind ganz gewiß mildernde Umstände, und man kann eine kriegerische Begeisterung nicht von Menschen erwarten, die Jahre hindurch Garnison- und Küstendienst tun. Denn Begeisterung ist keine Heringsware, die man einpökeln kann auf viele Jahre. Aber an der geschichtlichen Tatsache, daß die Marinemeuterei für die noch nicht klar zum Ausdruck gebrachten revolutionären Tendenzen Norddeutschlands — insbesondere Berlins — einen entscheidenden, und zwar auslösenden Einfluß gehabt hat, können wir, glaube ich, nicht vorbeigehen.

Abg. Dr. *Moses:* Auch dann, wenn ich einen Teil der Ausführungen des Herrn Oberst Schwertfeger unterstreiche, komme ich zu dem Schluß, daß eine mindestens ebenso große Schuld die Militärs trifft, und zwar aus folgendem Grunde: Entweder man sah allgemein ein, daß diese oder jene, sagen wir einmal Meuterei die Revolution auslösen mußte oder auslösen würde, oder man sah dies nicht ein. Dann war das meiner Meinung nach ein schweres Vergehen der Militärs. Wir haben in Berlin allein 4000 Offiziere gehabt. Wenn die paar Mann, die von Norddeutschland hierherkamen, in der Lage gewesen sein sollten, nun die ganze Revolution zu machen, dann ist das eine schwere Unterlassungssünde der Militärs gewesen. Erinnern Sie sich doch an die Vorgänge, wie sie sich abgespielt haben. Die Sozialdemokratische Partei hat am 9. November frühmorgens ein Flugblatt herausgegeben: „Arbeiter, geht nicht auf die Straße, laßt euch nicht von irgendwelchen unkontrollierbaren Elementen zu irgend etwas hinreißen!“ Aber das hat gar keinen Einfluß mehr gehabt. Diese Maßnahme der Parteileitung war vollkommen ergebnislos. Die

Revolution war da, und wer mitten drin gestanden hat, sagt: Ein Widerstand ist überhaupt nicht mehr vorhanden gewesen. Ich habe selbst Gelegenheit gehabt, einen Teil der Dinge mitzumachen. In den Kasernen ist auch nicht der geringste Widerstand geleistet worden. Da sage ich: Wenn Sie den Matrosen einen großen Vorwurf machen, dann ist es klar, daß mindestens der gleiche Vorwurf denjenigen Soldaten und Offizieren zu machen ist, die in den Garnisonen waren und die an Zahl und Bewaffnung nach meiner Überzeugung hier in Berlin allein die Matrosen um ein Vielfaches übertrafen, die aber die ganze Revolution als etwas Selbstverständliches hinnahmen. Man könnte daraus schließen: das war eine elende Feigheit. Ich stehe durchaus nicht auf dem Standpunkte. Man muß eben die damalige Mentalität der Soldaten berücksichtigen. Es war alles zusammengebrochen, es war ein Fatalismus überall eingetreten. Es waren nicht nur Naumburger Jäger an dem Freitag abend in Berlin. An demselben Tag um 8 Uhr klingelte bei mir mein Junge an, von dem ich nicht wußte, wo er sich aufhielt, und zwar aus Spandau. Ich sagte: „Wo bist du?" Er antwortete: „Ich bin in Spandau; wir kommen aus Prenzlau. Wir marschieren gegen Berlin." Aber als sie ankamen, hat sich alles aufgelöst. Die Leute sind weggegangen und haben erklärt: Es fällt uns gar nicht ein, gegen Berlin zu marschieren. Also, macht man den Matrosen einen Vorwurf, dann muß mindestens der gleiche Vorwurf denjenigen Militärs gemacht werden, die in Berlin gesessen haben, die das alles über sich haben ergehen lassen, ohne auch nur den Finger zu rühren.

Sachverständiger *v. Kuhl:* Ich kann darauf Bescheid sagen, weil ich über die Vorgänge durch die Ehrengerichte, die in Sachen Scheüch, Groener usw. stattgefunden haben, genau unterrichtet bin. Die Dinge sind geklärt worden. Die Offiziere haben sich auf den Aufruf der Kommandantur hin gestellt; sie sind alle sofort auf der Kommandantur erschienen und haben sich zur Verfügung gestellt. Ich habe die Zahl nicht mehr im Kopfe, es sind sehr viele gewesen, tausend oder noch mehr. Leider ist aber durch die oberste Instanz, die militärische Instanz, nichts geschehen. Die Offiziere trifft jedenfalls kein Vorwurf. Sie sind sofort dagewesen.

Abg. Dr. *Moses:* Hätten sie sich nicht über diese Instanz hinwegsetzen und sagen können: dann machen wir die Sache.

Sachverständiger *v. Kuhl:* Das ist schwer zu sagen. Wir haben im Felde damals auch unter ähnlichen Verhältnissen gelitten. Wir im Felde wären bereit gewesen, die roten Fahnen und die Soldatenräte beiseite zu schaffen. Wir hatten sofort die Maßnahmen dazu ergriffen. Da kam der Befehl von oben: Die Soldatenräte sind nicht zu beseitigen, wir müssen Vertrauensräte einführen. Es ist schwer in einem Heer, wenn ein solcher Befehl von oben kommt, anders zu handeln. Wenn das in einem Falle geschieht, in dem es vielleicht ange-

bracht wäre, in wieviel anderen Fällen könnte es geschehen, in denen es nicht angebracht wäre! Die Disziplin im Heere kann es dem Untergebenen nicht überlassen, ohne weiteres zu entscheiden, ob er irgendeine taktische Maßnahme ausführen soll oder nicht. Wir sind an wenigen Köpfen gescheitert, auch hier, vielleicht an einem einzigen. Aber die Offiziere trifft ein Vorwurf nicht, weder die Offiziere im Felde, noch diejenigen, die sich hier befanden. Man ist uns überall in den Arm gefallen.

Herr Geheimrat Delbrück hat über die Marine gesprochen und hat den Vorwurf erhoben, daß die Marine damals nicht eingesetzt worden wäre. Die Marine ist — das ist aktenmäßig durch das Admiralstabswerk bewiesen — nicht eingesetzt worden, weil der Reichskanzler Bethmann Hollweg die Flotte als ein politisches Gewicht für den Friedensschluß aufsparen wollte. Es sind damals sonderbare Ansichten über die Verwendung der Flotte vorhanden gewesen. Ich brauche nur daran zu erinnern, daß Ballin, der doch überseeisches Verständnis hatte, an den Kaiser oder an Tirpitz — das weiß ich nicht mehr genau — geschrieben hat: Wir dürfen ja nicht die englische Flotte angreifen; ein Sieg über die englische Flotte würde die Engländer zur Wut reizen und wir bekämen nicht Frieden. Eine solche Stimmung ist in hervorragenden Kreisen vorhanden gewesen. Alles das ist aktenmäßig im Admiralstabswerk niedergelegt. Für die Verwendung der Flotte ist durchaus eingetreten Tirpitz, der doch der erste Sachverständige war. Zweitens ist dafür eingetreten der Hochseeflottenchef Ingenohl, drittens der stellvertretende Chef des Admiralstabes Behncke in Berlin. Alle diese Herren haben sich die größte Mühe gegeben. Entgegen standen vor allem der Chef des Marinekabinetts v. Müller und der Chef des Admiralstabes v. Pohl im Großen Hauptquartier. Sie haben im Einverständnis mit Bethmann Hollweg den Kaiser bestimmt, von der Verwendung der Flotte Abstand zu nehmen, entgegen dem Rate und der dringenden Mahnung der Hauptsachverständigen. Alles das ist im Admiralstabswerk belegt. Es ist gar nichts Neues.

Sachverständiger *Katzenstein:* Was das letzte betrifft, was Herr v. Kuhl vorgetragen hat, so geht aus seinen eigenen Ausführungen hervor, daß auch die Marinesachverständigen höchsten Ranges durchaus geteilter Meinung gewesen sind. Nach den Angaben, die Herr v. Kuhl gemacht hat, war das Zahlenverhältnis 2 zu 3. Das ist doch schließlich keine überwiegende Mehrheit auf einer Seite.

(Sachverständiger *v. Kuhl:* Zahlenmäßig ist das nicht zu entscheiden; es kommt darauf an, wer es ist!)

Was im übrigen die Haltung der Offiziere in den entscheidenden Tagen der Revolution anlangt, so möchte ich dazu folgendes sagen: Wenn ich Herrn v. Kuhl richtig verstanden habe, haben sich tausend

oder mehr Offiziere auf eine Aufforderung der Kommandantur hin gemeldet. Das wäre ein Bruchteil der Offiziere gewesen, die damals hier anwesend waren. Wenn man m. E. auch in bestimmten Fällen, z. B. dort, wo sich Offiziere die Achselstücke haben abreißen lassen, ruhig von persönlicher Feigheit wird reden müssen — denn mancher Offizier ist der Meinung, daß er eher sein Leben einsetzt, als daß er sich die Achselstücke abreißen läßt —, ich sage: wenn man in solchen einzelnen Fällen von persönlicher Feigheit sprechen kann, so glaube ich doch — und das habe ich bisher immer schon getan —, daß das im allgemeinen nicht geschehen kann, sondern man wird von einem inneren Zusammenbruch auch auf dieser Seite sprechen müssen.

Man beruft sich auf das Schießverbot, das der Oberkommandierende in den Marken erlassen hat. Wenn er es getan hat, dann beweist das deutlich das Gefühl der Machtlosigkeit; es beweist das eben schon den inneren Zusammenbruch, der sich auf allen Gebieten vollzogen hat und der zum Teil hervorgeht aus dem Gefühl einer inneren Schwäche nach all den schweren Erschütterungen, die man erlitten hatte, zum anderen Teil wohl auch aus dem Gewissen. Es scheint mir unbedingt notwendig zu sein, das hier mit aller Schärfe zu betonen.

Im übrigen betrachte ich es und werde es immer betrachten als ein großes Verdienst der Leute, die es zu einer Entscheidung gebracht haben, daß es zu einer Revolution gekommen ist; denn die Revolution mußte kommen. Sie hat wenigstens einen Teil der furchtbaren Lasten und Nöte, unter denen wir litten, hinweggeräumt und es lag nicht an inr, daß es nicht sehr viel mehr gewesen ist. Aber von ihrem Standpunkte aus, vom Standpunkte der Leute aus, die — um den Ausdruck zu wiederholen — die Auslösung der Revolution gebracht haben, war die Revolution die Erfüllung dessen, was sie als eine sittliche Pflicht ansehen mußten, denn sie entsprach ihrer inneren Überzeugung.

(Sachverständiger *v. Kuhl:* Herr Katzenstein hat in seinen Ausführungen das Offizierkorps der Feigheit bezichtigt.
Zwischenruf des Sachverständigen *Katzenstein:* Nein! Nein! Nur diejenigen Offiziere, die sich die Achselstücke haben abreißen lassen.)

Es wird im stenographischen Bericht festzustellen sein, ob die Offiziere der Feigheit beschuldigt worden sind. Von den aktiven Offizieren sind 94% teils gefallen, teils verwundet worden. Ich kann nur nochmals meiner Empörung darüber Ausdruck geben, daß hier das Offizierkorps, das viereinhalb Jahre am Feinde gestanden hat, es sich gefallen lassen muß, der Feigheit beschuldigt zu werden.

Vorsitzender Abg. D. Dr. *Kahl:* Ich gebe als Vorsitzender zunächst die Erklärung ab, daß ich die in Frage kommenden Ausfüh-

rungen des Herrn Katzenstein — ich war gerade von mehreren Seiten in Anspruch genommen — nicht gehört habe. Hätte ich den Ausdruck gehört, dann würde ich allerdings direkt dem Herrn Sachverständigen das Wort entzogen haben, auf jede Gefahr hin; denn unsere Verhandlungen müssen selbstverständlich auf einer Basis geführt werden, die unter keinen Umständen die Ehre eines Beteiligten irgendwie berühren könnte.

Sachverständiger *Katzenstein:* Ich bedaure, daß der Herr Vorsitzende, ohne mich, wie er selbst zugibt, gehört zu haben, auf eine Anschuldigung hin, von der ich gleich nachweisen werde, daß sie auf einer irrigen Voraussetzung beruht, eine so weitgehende, wenn auch bedingte Schlußfolgerung gezogen hat.

Sachverständiger *Schwertfeger:* Ich habe die Bemerkung des Herrn Katzenstein genau gehört. Er sagte: Bei den Offizieren, die sich am Tage der Revolution die Achselstücke hätten abreißen lassen, könne man schon von persönlicher Feigheit sprechen.

(Sachverständiger *Katzenstein:* Das habe ich gesagt!)

Das habe ich vorhin genau gehört, und dagegen wende ich mich mit aller Schärfe. Ich habe am 9. November von meinem Zimmer aus in einem Hause des Kurfürstendammes mit angesehen, wie halbwüchsige Jungens mit Hüten auf dem Kopf und Gewehren in der Hand, die sie irgendwo entwendet hatten, den Kurfürstendamm rechts und links entlang liefen. Ich hatte gerade von meinem Fenster aus gesehen, wie zwei verwundete Offiziere, einer mit einem schweren Kopfverband — es war direkt vor meinem Hause —, von diesen halbwüchsigen Lausejungens angegriffen wurden. Sie hielten ihnen das Gewehr vor und zwangen sie dazu, sich die Achselstücke abreißen zu lassen. Ich habe persönlich noch gesehen, daß dem einen Offizier, der einen schweren Kopfverband trug, von einem solchen Jungen die Mütze vom Kopfe geschlagen wurde. Ganze Gruppen dieser unreifen Burschen, für die wohl jeder anständige Mensch die Verantwortung ablehnt, standen einzelnen wenigen Offizieren auf der Straße gegenüber. Ich gebe den Herren zur Erwägung, wie denn unter solchen Umständen ein Widerstand überhaupt stattfinden soll. Wenn ein verwundeter Offizier, der einen Arm in der Binde trägt oder, wie in diesem Falle, eine schwere Kopfverletzung hat, von einer Gruppe bewaffneter Jungens angegriffen wird, wie soll er da für die Aufrechterhaltung seiner Offiziersabzeichen kämpfen? Das ist doch ganz unmöglich. Das war das würdeloseste und beschämendste Bild, und immer wird mir unvergeßlich sein, in welch widerlicher Weise sich gerade die Revolution an diesen Offizieren, die zur Genesung in Berlin waren, ausgewirkt hat. Diesen Offizieren Feigheit vorzuwerfen, halte ich für eine absolut ungerechte und unerhörte Anschuldigung.

Aber ich muß in diesem Zusammenhang noch einmal ausdrücklich auf den großen Unterschied hinweisen, den auch die Mannschaften

zwischen den Offizieren der alten Armee und den Offizieren schlechthin gemacht haben. Was an dem Tage hier in Berlin zu sehen war, waren ja auch zum Teil Offiziere, die erst im Kriege Offiziere geworden waren, auch viele Leute aus kleinsten Berufsarten, die sich draußen ihre Verwundung zugezogen haben. Ich habe sehr oft mit Angehörigen des Mannschaftsstandes, auch jetzt besonders durch meinen Wohnsitz in der Provinz mit Leuten einfacher Art, wie Bauern, gesprochen, mich sehr oft mit ihnen über die Verhältnisse im Kriege unterhalten. Sie machen ohne weiteres, nicht etwa weil sie dem Obersten, der mit ihnen spricht, nach dem Munde reden wollen, immer gleich von sich aus einen Unterschied zwischen den Offizieren der alten Armee und den im Kriege gewordenen. Unter diesen sind unendlich viel tüchtige Offiziere gewesen — es wäre ungeheuer ungerecht, das zu bestreiten —, aber es ist doch auch ganz unbestreitbar, daß sogar von Mannschaften immer wieder gesagt wird: Ja, hätten wir noch unsere alten Offiziere aus der Friedenszeit gehabt, unseren ersten Hauptmann, dann wäre das nicht passiert; aber als der Fürsorgeschüler Soundso, der mit mir zusammen auf der Schulbank gesessen hat, auf einmal Leutnant wurde, da hätten Sie mal sehen sollen, wie er uns geschuhriegelt hat. Man muß also da doch einen großen Unterschied machen, und ich glaube, daß die Angriffe, die der Herr Sachverständige Katzenstein vorhin gegen die Offiziere im allgemeinen gerichtet hat, doch sehr erheblich spezifiziert werden müßten, um in jedem Falle festzustellen, gegen wen sie sich eigentlich richten. Sie richten sich dann nämlich sehr oft gegen Angehörige gerade der Klasse, aus deren Psyche heraus Herr Katzenstein hier jetzt seine Vorwürfe vorgebracht hat.

Sachverständiger *Katzenstein:* Zu den Bemerkungen des Herrn Oberst Schwertfeger möchte ich nur hinzufügend sagen, daß es mir selbstverständlich fernliegt, kranken oder verwundeten Offizieren, die sich nicht zur Wehr gesetzt haben, den Vorwurf der Feigheit zu machen.

Berichterstatter Abg. Dr. *Philipp:* Ich bin insofern diesem unangenehmen Zwischenfall dankbar, als er bei der Aussprache einen Teil der Arbeit vorausnimmt. Aber Herrn Katzenstein möchte ich noch eins sagen. Der Vorwurf, daß sich jemand die Achselstücke abreißen läßt, trifft natürlich auch eine gute Reihe von Offizieren, die ihm politisch nahestehen. Mir ist z. B. bekannt, daß dem Parteifreunde des Herrn Katzenstein Göhre dasselbe Unglück zugestoßen ist, und man müßte natürlich den Vorwurf dann auch auf ihn und seine Freunde ausdehnen. Ein anständiger Mensch hat doch nicht Lust, sich mit solchen grünen Bengeln, wie sie damals die Offiziere belästigten, herumzuschlagen, wenn er von vornherein sieht, daß er dabei den kürzeren ziehen muß.

Abg. Dr. *Moses:* Ich muß Ihnen offen und ehrlich gestehen, daß ich diesen Zwischenfall außerordentlich tief bedaure. Ich kann

von meiner Arbeit hier, die sich doch schon auf eine ganze Zeit erstreckt, nur sagen, daß doch von allen Seiten die Debatte in rein objektiver, ruhiger und sachlicher Weise geführt worden ist und sich von allen persönlich aggressiven Dingen ferngehalten hat. Ich hätte gewünscht, daß das auch heute der Fall gewesen wäre. Man kann manche Dinge vielleicht auch sagen, indem man sie in eine andere Form gießt, und ich hätte gewünscht, daß das der Fall gewesen wäre. Ich bedaure diese Auseinandersetzung außerordentlich und glaube, daß sie auf alle Anwesenden einen sehr bedauerlichen Eindruck gemacht hat.

Nur eins möchte ich noch sagen. Es war damals in der Tat eine Stimmung, daß viele geglaubt haben, in den Achselstücken das Kennzeichen des Militarismus zu sehen, unter dem sie gelitten haben, daß sie nun eine Art Befreiung fühlten und von diesem Gesichtspunkt aus diese Angriffe gemacht haben. Es waren manchmal nicht bloß unreife Burschen, obwohl ich zugebe, daß manche dazwischen waren, sondern auch Leute, denen es später leid tat.

Aus dem Stenogramm muß festgestellt werden, welche Äußerung wirklich gefallen ist.

Vorsitzender Abg. D. Dr. *Kahl:* Ich möchte nun feststellen, wie der Wortlaut war, der die Veranlassung zu dieser kurzen erregten Szene gewesen ist. Der Wortlaut war folgender:

> . . . Wenn man m. E. auch in bestimmten Fällen, z. B. dort, wo sich Offiziere die Achselstücke haben abreißen lassen, ruhig von persönlicher Feigheit wird reden müssen — denn mancher Offizier ist der Meinung, daß er eher sein Leben einsetzt, als daß er sich die Achselstücke abreißen läßt —, ich sage: wenn man in solchen einzelnen Fällen von persönlicher Feigheit sprechen kann, so glaube ich doch — und das habe ich bisher immer schon getan —, daß das im allgemeinen nicht geschehen kann, sondern man wird von einem inneren Zusammenbruch auch auf dieser Seite sprechen müssen.

Also es steht objektiv fest, daß ein allgemeiner Vorwurf der Feigheit gegen das Offizierkorps als solches nicht ausgesprochen ist. Es ist nur ausgesprochen worden, daß man in einzelnen Fällen von Feigheit wird reden müssen. So liegt die Sache wenigstens vorläufig nach dem Protokoll.

Sachverständiger *v. Kuhl:* Aber doch sind die Offiziere, die sich die Achselstücke haben abreißen lassen, als feige bezeichnet worden.

Vorsitzender Abg. D. Dr. *Kahl:* Das steht fest, aber ich muß objektiv auch feststellen, daß das Offizierkorps allgemein als solches nicht als feige bezeichnet worden ist.

Sachverständiger *v. Kuhl:* Das Gutachten des Herrn Dr. Herz ist weniger ein Korreferat zu meinem Gutachten, weil es ja weit darüber hinausgeht und viele Dinge widerlegt, die ich gar nicht gesagt habe. Ich habe mich, glaube ich, gemäßigt und vorsichtig ausgedrückt und

von allen extremen Anschauungen, die hier so breit widerlegt werden, völlig ferngehalten. Ich kann mich also auf einige Punkte beschränken, die ich aber doch zur Sprache bringen muß, um zu zeigen, daß das Material und die Art der Gründe, die Herr Dr. Herz beigebracht hat, doch in vielen Punkten anfechtbar sind.

Wenn z. B. angeführt wird, daß Stegemann am 16. Februar die O. H. L. hätte warnen lassen, wir kämen doch höchstens bis Amiens und Reims, so kann ich nicht annehmen, daß Herr Dr. Herz gemeint hat, wir hätten diesen Ratschlag befolgen sollen. Denn wenn wir Ratschläge hätten befolgen sollen, die von unberufener Seite zahllos eingingen — es kamen jeden Tag soundso viel Vorschläge, wie wir in kurzer Zeit den Feind besiegen könnten —, so hätten wir überhaupt keinen Krieg mehr führen können. Daß wir diese Mahnung von Stegemann nicht befolgt haben, kann wohl kein Vorwurf für die O. H. L. sein.

Dann ist ein Brief hier aufgeführt — und das hat auch der Herr Geheimrat Delbrück wiederholt —, den der Kronprinz Rupprecht von Bayern am 1. Juni geschrieben hat, er glaube nicht mehr an den Sieg. Ludendorff hätte auf einen Deus ex machina gewartet. Das wäre ja natürlich eine sehr scharfe Verurteilung seiner Operationen aus seinem eigenen Munde, wenn Ludendorff das gesagt hätte. Mir ist nicht bekannt, worauf sich dieser Brief des Kronprinzen von Bayern stützt, und ich kann nur sagen, daß Ludendorff damals niemals von einem Deus ex machina gesprochen hat, niemals eine solche plötzliche überraschende Wendung erwartet hat, sondern wir haben von der Offensive auf Grund unserer Vorbereitung unserer Machtmittel Erfolg zu haben geglaubt. Aber Ludendorff hat niemals von einem Deus ex machina geprochen.

(Sachverständiger Dr. *Delbrück:* Er hat später davon gesprochen!)

— Dann kann der Kronprinz es aber nicht am 1. Juni schreiben.

Sachverständiger Dr. *Delbrück:* Es ist eine Bestätigung Ludendorffs. Er hat in einer Anrede an den Bund Oberland etwas Ähnliches im Januar 1920 gesagt: „Wie der alte Fritz gerettet worden wäre durch den plötzlichen Tod der Kaiserin Elisabeth von Rußland, so hätte Gott uns auch eine ähnliche Wohltat bescheren können." Das ist genau die Gesinnung, die in dem Briefe des Kronprinzen zum Ausdruck kommt.

Sachverständiger *v. Kuhl:* Was nach Jahren nach dem Kriege gesagt worden ist, weiß ich nicht. Ich weiß nur, was wir damals vereinbart haben und was damals tatsächlich geplant worden ist. Von einem Deus ex machina haben wir nichts erwartet. Wenn das der Fall gewesen wäre, wäre es allerdings ein Verbrechen gewesen, daraufhin eine große Operation, die die Entscheidung herbeiführen sollte, anzulegen.

Dann ist in einem anderen Punkt die Rede von der allzu milden Militärjustiz. Ludendorff hätte keinen psychologischen Scharfsinn ge-

gehabt und hätte sich über die allzu milde Militärjustiz beklagt. Es ist eine Erfahrung, die in allen Zeiten eines Krieges gemacht worden ist, daß die Justiz im Kriege schärfer angespannt werden muß. Das ist bei den Franzosen und Engländern der Fall gewesen. Wir wissen jetzt sehr genau, daß die englische Disziplin sehr scharf, auch mit Erschießen, gehandhabt worden ist. Unsere ist immer milder geworden. Die heutigen Vorschriften des Reichswehrministeriums betonen überall denselben Gedanken, daß im Kriege die Disziplin schärfer angespannt werden muß. Also der psychologische Scharfblick von Ludendorff in dieser Beziehung dürfte doch nicht angefochten werden.

Wir stehen aber auf einer ganz anderen Weltanschauung, und wir werden uns ja auch nicht einigen. Ich führe nur einige Beispiele an, um zu zeigen, weshalb ich nicht einverstanden bin. Herr Dr. Herz sagt dann: Es soll nicht darüber gerechtet werden, ob eine Zeit groß genannt werden kann, die nur Tod und Vernichtung spie und die Lehren der Bergpredigt hinter Blutdunst verschwinden ließ. Ich muß daraus eine pazifistische Richtung entnehmen. Mit der Bergpredigt hätten wir allerdings den Krieg nicht führen können. Und die Zeit halte ich doch für groß, wo ein ganzes Volk unter Aufopferung seines Lebens für seine Rechte und für seine Freiheit mit persönlichen Opfern eintritt.

Über die Ehre habe ich mich schon ausgesprochen. Ich brauche das nicht zu wiederholen. Ich kann nur sagen: Die Bedingungen, die wir angenommen haben, sind ehrlos gewesen und man nimmt ehrlose Bedingungen nicht an, wenn man noch kämpfen kann. Die Frage wäre also nur so zu stellen: Konnten wir noch kämpfen? Wenn wir nicht mehr kämpfen konnten, war es vorbei. Konnten wir aber noch, dann hätten wir es tun müssen.

Herr Dr. Herz sagt, man könnte den Krieg 1870/71 nicht mit dem Weltkrieg vergleichen, die Franzosen hätten damals noch nach ihrem Zusammenbruch Widerstand geleistet; wir hätten das nicht mehr gekonnt, es wäre jetzt kein Krieg mehr der Menschen, sondern ein Krieg der Maschinen. Mir ist unbekannt, worauf sich das gründet. Einstweilen führen wir den Krieg immer noch mit Menschen, und zwar in erster Linie. Die Maschinen sind nur Hilfsmittel.

(Sachverständiger Dr. *Herz:* Der Krieg ist durch Überlegenheit des Materials, nicht der Menschen gewonnen worden.)

Die Leistungen Frankreichs nach dem Sturze des Kaiserreichs sind sehr bedeutend gewesen. Die Franzosen haben nachher an 900 000 Mann unter den Fahnen gehabt. Das ist eine ganz ungeheure Leistung, und das ist ein moralisches Kapital, an dem Frankreich gezehrt hat. Es hat sein Letztes damals hergegeben.

Nun kommen wir auf etwas, was in das hineinklingt, was eben besprochen worden ist. Herr Dr. Herz hält es für den größten Ruhmestitel der Männer, die die Revolution gemacht haben und die nachher

das Heft in der Hand hatten, daß sie den Terror niemals versucht hätten und daß sie die Vertreter des früheren Systems, die Heerführer, die Schlachten verloren hätten, nicht zur Verantwortung gezogen hätten. Ich möchte sagen: Das hätte auch noch gerade gefehlt, wenn wir, nachdem uns bei der Rückkehr in die Heimat das dankbare Vaterland die Achselstücke und die Orden abriß, auch noch vor Gericht zitiert worden wären, weil wir die Schlacht verloren hätten.

Dann sagt Herr Dr. Herz, ich hätte mich auf ein Buch „Die Etappe Gent" bezogen. Ich habe mich nicht auf das Buch bezogen, sondern ausdrücklich gesagt, in dem Buch ist hinten ein Anzeigenteil, und in diesen Anzeigen habe ich die und die Annonce gefunden. Das hat mit dem Verfasser des Buches und dessen Wert oder Unwert absolut nichts zu tun.

Auf die Schrift von Lewinsohn habe ich mich berufen, weil Lewinsohn einer von den Soldatenräten ist, die angeblich Gutes gewollt haben. Er mag es auch gewollt haben, ich will es nicht bestreiten. Aber die Art und Weise, wie er seinen Zweck erstrebte, ist meiner Ansicht nach geeignet, jede Disziplin im Heere zu zerstören in einem Augenblick, wo wir zurückgingen und unter den schwierigsten Verhältnissen den Rückzug, gedrängt vom Feinde, durchführen mußten, wo alles darauf ankam, die Disziplin aufrechtzuerhalten. Die Forderungen, die Lewinsohn aufgestellt hat, waren: Die Ehrenbezeugungen für die Offiziere fallen außer Dienst weg. — Außer Dienst durfte also kein Offizier mehr gegrüßt werden. — Disziplinarstrafen werden im Einvernehmen mit dem Soldatenrat verhängt. Das war ja gerade das Entscheidende. Der Soldat ging plötzlich an dem Offizier vorüber, die Hände in den Taschen, die Mütze im Nacken, den Mantel offen und sah den Offizier auf der Straße groß an und grüßte ihn nicht. Ich frage jemanden, ob auf diese Weise in solchen schwierigen Verhältnissen im Felde die Disziplin aufrechtzuerhalten ist.

Und dann handelt es sich auch nicht um Milderungen der Ehrenbezeugungen, wie Herr Dr. Herz sagt, sondern es handelt sich um Aufhebung der Ehrenbezeugungen außer Dienst. Im Dienst kommen sie ja auch nicht in Frage; im Dienst steht der Mann im Glied und hat zu gehorchen.

Das sind die einzelnen Punkte, die ich zu beanstanden habe. Im großen und ganzen kann ich aber, wie gesagt, nur nochmals darauf hinweisen, daß alles das, was Herr Dr. Herz widerlegt, von mir nicht gesagt worden ist, und daß ich mich von extremen Urteilen in dieser Sache freigehalten habe.

Sachverständiger Dr. *Herz:* Der Brief des Kronprinzen Rupprecht steht in dem Buche des jungen Hertling, ist überall zitiert, aber niemals berichtigt worden.

Daß ich von „einem Krieg des Materials" gesprochen habe, soll bedeuten, daß die größte Tapferkeit der Mannschaften gegen die

Überlegenheit an Fliegern, Tanks, Artillerie usw. nicht aufkommen konnte. Ich glaube, daß man den Krieg so nennen kann, denn aus den Gutachten des Generals v. Kuhl ergibt sich ja, daß wir vieles nicht machen konnten, weil wir z. B. die nötige Artillerie nicht hatten.

Nun zu der Levée en masse. Die Levée en masse ist von Ludendorff selbst in der großen Sitzung der Staatssekretäre abgelehnt worden, nachdem sie von Rathenau in der Presse angeregt worden war. Mir liegt hauptsächlich daran, nachzuweisen, daß die Geschichte mit den Franzosen, die sich lieber hätten totschlagen lassen, als Elsaß-Lothringen aufzugeben, eine fromme Sage ist, die in Frankreich verbreitet worden ist. Ich habe aus den Memoiren von Schneegans das gerade Gegenteil nachgewiesen.

Ich möchte aber, um Mißverständnisse in der Frage der Volksehre auszuschalten, meinen Standpunkt zur Ehre noch darlegen.

(Folgt Verlesung der betreffenden Stellen des Gutachtens S. 138 und 139 in Band 6 dieser Reihe.)

Das ist meine Ansicht. Kein Staatsmann hat das Recht, die Existenz einer Nation aufs Spiel zu setzen, um sich einer augenblicklichen Demütigung zu entziehen. Es hat in der Geschichte den Römern niemals geschadet, daß sie einmal unter das kaudinische Joch gegangen sind, und es hat den Schweizern in der Nachwelt nicht geschadet, daß sie soundso lange den Hut von Geßler gegrüßt haben. Das ist eine Ansicht, die sich vielleicht verstandesmäßig nicht lösen läßt, aber das ist meine Anschauung. Ich kann nicht sagen, daß meine Anschauung richtig, die entgegengesetzte falsch ist, denn das geht ins Irrationale. Aber ich glaube, daß man auch diesen Standpunkt vertreten kann, genau so wie den anderen Standpunkt.

Berichterstatter Abg. Dr. *Philipp:* Es ist selbstverständlich, daß bei der verschiedenen Wesensart der vier Gutachten, die hier vorliegen, nur schwer etwas Einheitliches herauszubringen ist. Trotz des Umfanges der Gutachten scheint mir noch eine Reihe von Lücken vorzuliegen.

1. Vorhin ist davon gesprochen worden, daß in München und auf der Flotte gewissermaßen selbständige Revolutionsherde entstanden sind. Die Aktion ging in derselben Richtung; sie erfolgte nahezu gleichzeitig. Ist es möglich, den Nachweis zu bringen, daß eine revolutionäre Zentrale bestanden hat, die in Kiel und in München die Befehle gegeben hat? Ich frage die Sachverständigen. Es ist natürlich wesentlich für das ganze Endurteil, ob sich in dieser Beziehung etwas nachweisen läßt.

2. Der Herr Vertreter der Reichsmarine hat die Bemerkung gemacht, daß unsere Operationen vorher nahezu regelmäßig verraten worden sind. Gibt es dafür nähere Beweise? Kann man hier nachkommen, dann handelt es sich ja wirklich um einzelne Dolchstoßakte, die für unsere Betrachtung von Bedeutung sein müßten.

3. Soviel ich unterrichtet bin, sind die Vorwürfe in der Ernährungsfrage, die bei der Marinerevolte eine besondere Rolle gespielt haben, ungenügend begründet, weil bei den getrennten Küchen für Offiziere und Mannschaften auch ein getrennter Einkauf erfolgte. Getrennt wurde gefaßt. Die Offiziere gaben natürlich dazu noch private Zuschüsse; infolgedessen war formell meist alles in Ordnung. Ich glaube, wir sind es den alten Seeoffizieren schuldig, einwandfrei festzustellen, wie bei der Verpflegung das Verfahren auf der Marine war, damit mit der Legende aufgeräumt wird, als hätten die Offiziere den armen Matrosen das, was ihnen zukommen mußte, weggegessen.

4. Es wäre die Frage zu prüfen: Wieweit kommt die Priorität den revolutionären Bewegungen in der Armee oder denen in der Marine zu? Ich glaube aus dem Bericht des Herrn Kapitänleutnants Steffan gehört zu haben, daß er dem Landheere gern eine Auchschuld zuweisen möchte. Mir ist jedenfalls aufgefallen, er betonte besonders stark die Einflüsse *„von Land"*, z. B. daß die Torpedoboote ganz in Ordnung waren, aber sobald sie in den Hafen gingen, die revolutionäre Verwirrung einsetzte. Ich sehe hier noch nicht vollkommen klar. Man kann natürlich den Gegensatz der Vorgänge auf dem Wasser und zu Lande nicht zu eng fassen; was in Kiel zu Lande vorgeht, ist schließlich doch eine Erscheinung, die mit den ganzen Verhältnissen der Flotte zusammenhängt.

5. Ich vermisse in fast sämtlichen Gutachten ein Eingehen auf *die* Frage, die in der Erörterung und Publizistik einen großen Raum eingenommen hat, nämlich die *preußische Wahlrechtsfrage*. Ich bin der Auffassung, daß die Wirkung der Wahlrechtsfrage auf die Stimmung der Truppen draußen von völlig untergeordneter Bedeutung gewesen ist. Ich bin in vier Kriegsjahren im Felde gewesen, und ich muß Ihnen gestehen: Ich habe keinen Menschen — unter Württembergern, Preußen, unter allen möglichen Truppen bin ich gewesen — gefunden, der mich wegen der Wahlrechtsfrage einmal befragt hätte. Ich war doch damals schon Abgeordneter. Die Wahlrechtsfrage war im wesentlichen eine innerpolitische Frage, die man dadurch zu fördern versuchte, daß man sagte: Unsere Krieger draußen wollen die Wahlreform! — Da wirft sich natürlich die Frage auf: Hat das Versagen der Wahlrechtsreform die Stimmung für den Zusammenbruch begünstigt oder hat überhaupt die Aufrollung der Wahlrechtsfrage eine ungünstige Wirkung gehabt? Nach meiner Erfahrung ist draußen im Felde bei der Masse der Soldaten ein innerpolitisches Interesse dafür überhaupt nicht vorhanden gewesen; es ist durch die Magenfrage und die Frage der Kriegslage erdrückt worden.

6. Es würde auch zu prüfen sein, wieweit die Vorgänge Anfang Oktober 1918 hemmend auf die revolutionäre Bewegung gewirkt haben. Man kann hierbei auch den Standpunkt einnehmen: Nachdem durch die *kleine* Revolution vom Oktober 1918 der kleine Finger gereicht

worden war, wurde erst die Propaganda für die folgende *große* Revolution erfolgreich; sie erhielt so gewissermaßen eine moralische Rechtfertigung, den Segen von oben. Dieser Standpunkt ist hier nicht vertreten worden. Es ist mein Standpunkt; ich mache gar keinen Hehl daraus, daß ich die ganze damalige innenpolitische Entwicklung im Oktober 1918 als den Anfang vom Ende betrachtet habe. Dann wäre noch die Frage zu prüfen: Wenn die Oktoberreformen wirklich ein Schutzmittel gegen die Revolution waren, um sich gegen den Umsturz zu sichern, warum kamen sie nicht früher?

7. Die vielleicht wichtigste Frage von allen: Wieweit liegen Unterlassungssünden der Regierung vor in bezug auf Gegenmaßnahmen gegen die Revolutionierung der Truppen? General v. Kuhl hat darauf hingewiesen, wie die Militärjustiz immer schwächer geworden ist. Meiner Auffassung nach liegt hier ein starkes Versagen der Regierung vor; sie hat den Lauf der Dinge wohl erkannt, sie konnte sich aber nicht entscheiden, rechtzeitig etwas dagegen zu tun, und was sie tat, war nicht immer das richtige.

So gibt es also eine ganze Reihe von Fragen, die wohl einer Aussprache würdig wären und die große Lücken in unserer Untersuchung füllen könnten.

Noch eine Kleinigkeit! Im Gutachten des Herrn Dr. Delbrück wird im Zusammenhang mit den Verständigungsversuchen behauptet, daß in England eine große Friedenswilligkeit geherrscht habe. Es wäre vielleicht erwünscht, wenn auch hierfür ein kurzer Nachweis erbracht würde.

(Sachverständiger Dr. *Delbrück:* Den habe ich erbracht: die Rede von General Smuts!)

— In dem Gutachten von Delbrück über die Dolchstoßlegende findet sich nur ein Satz: „Nachdem wir geschlagen waren, konnte eine solche Erklärung nicht mehr nützen. Daß im Feinde ein entschlossener Vernichtungswille lebte, ist unbestritten; unbestreitbar aber ist auch, daß an der entscheidenden Stelle, in England, eine große Friedenswilligkeit herrschte usw.“ Ich vermisse für die letzte Behauptung hier die nötigen Beweise.

(Sachverständiger Dr. *Delbrück:* Das habe ich ausdrücklich im Gutachten begründet.)

Sachverständiger Dr. *Herz:* Wie die preußische Wahlrechtsfrage im Felde gewirkt hat, darüber kann ich nicht urteilen, weil ich nicht draußen war. Im Inland hat sie katastrophal gewirkt. Ich will keinen Hehl daraus machen, daß auch ich es für richtiger gehalten hätte, wenn man diese innere Reform bis nach dem Kriege verschoben hätte. Das ging aber nicht, weil Menschen eben Menschen sind, und die russische Revolution zwang dazu, innerpolitischen Forderungen nachzugeben. Ich habe mich in meinem Gutachten sehr ausführlich über die be-

sondere Stellung verbreitet, die die preußische Wahlrechtsfrage im Gegensatz zu allen anderen Fragen innerpolitisch hatte. Wenn man es aber machen wollte, mußte man es mit großer Geste gleich machen und nicht erst sagen: Wahlrechtsänderung! — Und nach ein paar Monaten: Allgemeines Wahlrecht! Das allgemeine wollte man zuerst ja nicht; das Wort „allgemein" stand in der ersten Botschaft nicht darin. Das allerschlimmste aber war, daß nun der Kampf der Parteien anfing, daß einzelne Parteien, anstatt nachzugeben, sich gegen die Reform sträubten.

Was die Frage der Ernährung betrifft, so wird von denjenigen, die diese Frage objektiv betrachten, gar nicht behauptet, daß sich die Offiziere Nahrungsmittel der Truppe angeeignet hätten. Worüber geklagt wird, ist, daß die Ernährung der Offiziere allgemein besser war — namentlich bei der Marine — als die der Mannschaften. Daß die Marineoffizierskreise sehr gut mit Lebensmitteln versorgt waren und Lebensmittel abgeben konnten, ist bekannt.

Eine Zentrale der Revolution, von der die Rede war, läßt sich nicht nachweisen. Man kann das sogar widerlegen. Alle leitenden Stellen der sozialistischen Parteien, einschließlich Dittmann und Haase, die Führer der Unabhängigen Partei, haben sich entschieden dagegen gesträubt. Ich rede nicht einmal von den Mehrheitssozialdemokraten, auch die Unabhängigen Sozialdemokraten haben sich mit allen Händen dagegen gewehrt und gesagt: Kinder, macht keine Dummheiten. — Das ist das Zeichen, daß keine Zentrale vorhanden war. Die Bewegung flackerte da und dort auf. Wenn Sie heute die Namen sehen, die da auftauchten, Richard Müller, Vater und wie sie alle heißen, — so waren sie in weiten Kreisen absolut unbekannt. Zum Beispiel kostete es mir die größte Mühe, zu ergründen, wer und was Vater in Magdeburg eigentlich war. Im wesentlichen waren es radikalisierte Funktionäre der Gewerkschaften, besonders der Metallarbeitergewerkschaften, die sich gegenseitig bekämpften und von denen jeder behauptete: Ich bin der einzige, der es richtig versteht. — Eine Zentrale der Revolution ist nicht nachzuweisen, und ich glaube auch nicht, daß sie bestanden hat.

## Zwischenbericht
## über die Zeit vom 13. März 1924 bis 4. Februar 1925

Am 13. März 1924 erfolgte die Auflösung des Reichstags. In einer nichtoffiziellen Sitzung des 4. Unterausschusses vom 15. April 1924 (vgl. Band 1 dieser Reihe, S. 283), in der insbesondere die Durchführung der Veröffentlichungen des 4. Unterausschusses beraten wurde, wurde auch mit Bezug auf die Frage des sogenannten „Dolchstoßes"

bestimmt, das bis dahin vorliegende Material (Gutachten der Sachverständigen[1]), Denkschrift über das Nachrichtenwesen der Marineleitung[2]), die dem Berichterstatter Abg. Dr. Philipp aus den Akten des ehemaligen Marineamtes zur Benutzung übermittelt war) und den unten als Anlage beigegebenen Entschließungsentwurf des Abg. Dr. Philipp mit der ausdrücklichen Bemerkung zu veröffentlichen, daß zu der behandelten Frage eine Stellungnahme des 4. Unterausschusses nicht erfolgt sei.

Da es in dem am 6. Mai 1924 gewählten neuen Reichstag, in dem der Untersuchungsausschuß erneuert wurde (vgl. Band 1 dieser Reihe, S. 298), infolge der Auflösung des Reichstags am 20. Oktober 1924 nicht mehr zur Bildung des 4. Unterausschusses kam, wurden die Arbeiten über die Fragen des inneren Zusammenbruchs erst von dem am 7. Dezember 1924 gewählten Reichstag wieder aufgenommen.

Der neue 4. Unterausschuß kam dem Beschlusse vom 13. März 1924 nicht nach, sondern entschied sich zufolge eines Beschlusses des Gesamtausschusses vom 21. Januar 1925, das den inneren Zusammenbruch betreffende Material durchzuberaten und dann erst zur Veröffentlichung zu bringen.

In der Sitzung vom 4. Februar 1925 erhielt auf Anregung des Abg. Dr. *Moses* der Abg. D. Dr. Dr. *Bredt* den Auftrag, einen Bericht über die Frage der *Verantwortlichkeit des Reichstages* zu erstatten. (Vgl. dazu Band 1 dieser Reihe, S. 303 oben.)

## *Anlage*

## Entwurf einer Entschließung über die Frage der Schuld der revolutionären Propaganda am Zusammenbruch

Von Dr. Albrecht Philipp[3])

1. Es steht fest, daß bald nach Kriegsbeginn eine planmäßige pazifistische, internationale und antimilitaristische Unterwühlung des Heeres stattgefunden hat. Diese nahm im Verlaufe des Krieges immer mehr zu und bekam in verstärktem Maße revolutionären Charakter; sie führte zu schweren Schädigungen bei der Kriegführung und bereitete die Zersetzung des Heeres vor.
2. Diese Bewegung ging von der Heimat aus und ist das Werk bestimmter Gruppen, die durch die Zertrümmerung der Armee die

[1]) Abgedruckt in Bd. 6 dieser Reihe.
[2]) Abgedruckt in Bd. 10 dieser Reihe.
[3]) Dieser Entwurf wurde am 29. März 1924 von dem damaligen Berichterstatter Dr. Philipp eingesandt. (Vgl. obigen Zwischenbericht über die Zeit vom 23. März 1924 bis 4. Februar 1925.)

Voraussetzungen für ihre politischen Ziele im Innern schaffen oder auf Grund ihrer pazifistischen und internationalen Einstellung die Beendigung des Krieges erzwingen wollten.

3. Die Wirkungen dieser verhängnisvollen revolutionären Arbeit traten hauptsächlich hervor, als nach dem Scheitern der deutschen Offensive im Sommer 1918 der Krieg für das Deutsche Reich nicht mehr zu gewinnen war.

1. Eine Alleinschuld der revolutionären Bestrebungen in dem deutschen Heere an dem Scheitern der deutschen Offensive im Sommer 1918 ist auf Grund der festgestellten Tatsachen nicht erwiesen; wohl aber haben nachweislich die revolutionären Umtriebe zusammen mit anderen Einflüssen das Erlahmen des deutschen Angriffsgeistes und später der deutschen Widerstandskraft wesentlich beschleunigt.

5. Im Hinblick auf die jahrelange Dauer der revolutionären Wühlereien in der Armee und die verschiedenen Formen, in denen diese betrieben wurden und gewirkt haben, ist es richtiger, für diese zersetzende Tätigkeit an Stelle der Bezeichnung „Dolchstoß“ das Wort „Vergiftung“ zu gebrauchen.

6. Das Wort vom „Dolchstoße“ trifft aber zu für die verheerende plötzliche Wirkung der Revolution selbst. Sie fiel dem Heere buchstäblich in den Rücken, löste die Etappe auf, verhinderte die Zufuhr und zerstörte jede Ordnung und Disziplin wie mit einem Schlage. Sie machte jedes Weiterkämpfen unmöglich und zwang zur Annahme jeder Waffenstillstandsbedingung.

7. Die Behauptung, die Revolution sei eine notwendige Folge des Scheiterns der deutschen Offensive, ist durch Tatsachen in keiner Weise begründet, wenn auch zweifellos die ungünstige militärische Lage seit Ende Sommer 1918 der revolutionären Werbearbeit zustatten kam.

8. Es steht fest, daß die deutsche Westfront bis zum Ausbruche der Revolution in der Heimat noch in der Lage war, sich längere Zeit zu halten und bei den Schwierigkeiten des Nachschubs der Feinde in rückwärtigen Stellungen noch monatelang hätte erfolgreich Widerstand leisten können.

9. Die Revolution selbst war überall von langer Hand vorbereitet; der Zeitpunkt wurde durch die Meuterei der Matrosen der Hochseeflotte bestimmt. Trotz des gleichzeitigen und gleichartigen Verlaufs der Revolution in den einzelnen Teilen des Reiches konnte eine einheitliche zentrale Leitung nicht erwiesen werden.

0. Infolge der Revolution wurde das deutsche Heer kampfunfähig; seine völlige Auflösung beim Rückmarsch wurde nur dank der ganz hervorragenden Anordnung des Rückzuges und dank der guten Disziplin bei der Mehrzahl der Fronttruppen mit äußerster Mühe abgewendet.

Der Aufklärung bedürfen noch folgende Fragen:

a) ob eine zentrale Leitung der Revolution bestanden hat,
b) welche Personen bezw. Organisationen die Revolution während des Krieges planmäßig betrieben haben,
c) wieweit innenpolitische Gesichtspunkte den Zusammenbruch gefördert haben,
d) wieweit auf besondere Maßnahmen der Feinde die Revolutionierung von Heimat und Front zurückzuführen ist,
e) ob die Regierung rechtzeitig die revolutionäre Gefahr erkannt und geeignete Gegenmaßnahmen getroffen hat?

## Sitzung, Donnerstag, den 12. Februar 1925

### Aussprache über die Bearbeitung der Dolchstoßfrage

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:* Als früherer Berichterstatter habe ich zu erklären, daß meine Vorschläge über das Ergebnis der Untersuchungen betreffend den Dolchstoß von mir im Februar 1924 auf Grund der mündlichen Verhandlungen, die damals stattgefunden haben, und auf Grund des schriftlichen Berichtes des Sachverständigen Generals v. Kuhl formuliert worden sind (vgl. S. 52ff.). Das Gutachten des Herrn Dr. Herz, das zunächst mündlich erstattet worden war, hat damals noch nicht in allen Einzelheiten festgelegen. Bei meinen Vorschlägen ist ebenfalls nicht das in der sogenannten Marinedenkschrift enthaltene Material berücksichtigt worden. Ferner haben mir damals auch noch nicht die beiden Hefte der „Süddeutschen Monatshefte" (April- und Mainummer) über den „Dolchstoß" und die „Auswirkung des Dolchstoßes" vorgelegen. Im übrigen stehe ich diesen Veröffentlichungen vollständig fern.

Die „Marinedenkschrift" ist im Jahre 1919 im Auftrage der Marineleitung hergestellt und seinerzeit von dem Vertreter der Marineleitung Kapitänleutnant Steffan mir als Berichterstatter zur Verwertung übermittelt worden.

Abg. Dr. *Moses:* Ich halte es für notwendig, der Aussprache einen gewissen Plan zugrunde zu legen. Zunächst kann über die Marinedenkschrift, die eine Tendenzschrift darstellt, wie sie nicht schlimmer gedacht werden kann, gesprochen werden.

Abg. *Eichhorn:* Eine Aussprache über die Dolchstoßfrage muß vermieden werden. Hier ist alles anfechtbar. Selbst das gut gemeinte Gutachten von Dr. Herz leidet an einer Reihe von Schiefheiten. Auch die übrigen Gutachten — von der Marinedenkschrift gar nicht zu reden — enthalten durchweg unkontrollierbare und anfechtbare Dinge. Jedem einzelnen Satz kann man Gegenbeweise gegenüberstellen. Besonders kindlich ist die Auffassung über die Art und Weise, wie Revolutionen gemacht werden. Ich kenne viele Vorgänge, die sich

seit dem Jahre 1915 abgespielt haben. Es ist aber naiv, anzunehmen, daß es sich dabei um eine revolutionäre Bewegung gehandelt hat, die von vornherein von dem Ziele, eine Revolution zu machen, geleitet gewesen ist.

Abg. *Dittmann:* Die Marinedenkschrift ist ein ganz tendenziöses Machwerk. Niemand weiß überhaupt, wer persönlich dahinter steht. In ihr ist ein Material von Anklageschriften zusammengetragen worden, obwohl gar keine Gerichtsverhandlungen, die die Beschuldigungen der Anklageschriften hätten nachprüfen können, stattgefunden haben. Selbst Zitate aus Urteilen, die doch während des Krieges von Militärgerichten gefällt worden sind, können als Grundlage für eine objektive Erforschung der historischen Wahrheit nicht angesehen werden.

Insbesondere wende ich mich gegen diejenigen Stellen der Marinedenkschrift, wo mir und anderen Abgeordneten nachgesagt wird, daß wir die Marinemeuterei sozusagen inspiriert haben. Mit keiner Silbe ist aber in der Denkschrift darauf hingewiesen worden, daß diese ganzen Anschuldigungen am 9. Oktober 1917 im Reichstag kläglich zusammengebrochen sind.

Ich kann dies im einzelnen an Hand des stenographischen Berichtes über die Plenarsitzung des Reichstages vom 9. Oktober 1917 beweisen.

Die Aussagen von Pallavicini sind in tendenziöser Weise benutzt worden. Es handelt sich dabei um ein Verfahren gegen Frau Zietz. Frau Zietz hat 14 Tage in Haft gesessen und ist wiederholt vernommen worden. Haase, Vogtherr und ich sind stundenlang als Zeugen über die auch gegen uns erhobenen Anschuldigungen vernommen worden. Obwohl der Bearbeiter der Aussagen von Pallavicini diese Vernehmungen aus den Akten gekannt haben muß, befindet sich in der Denkschrift keine Silbe darüber.

Falls sich der Ausschuß nicht auf den Standpunkt stellen will, die Denkschrift einfach zurückzugeben, beantrage ich, sämtliche Akten, auf die sich die Denkschrift stützt, einzufordern.

Abg. Dr. *Spahn* (Berlin): Es erscheint mir nicht zweckmäßig, daß wir uns schon jetzt materiell mit der Denkschrift beschäftigen; zunächst muß sich doch der Ausschuß darüber schlüssig werden, was weiter geschehen soll. Es liegen gutachtliche Äußerungen von Exzellenz v. Kuhl, Oberst Schwertfeger, Dr. Herz und Geheimrat Delbrück vor. Hier muß angeknüpft werden. Wir müssen einen Referenten bestellen, der sich das Material ansieht und uns darüber Vortrag hält.

Abg. Graf *v. d. Schulenburg:* Ich bin auch der Meinung, daß der Stoff begrenzt werden kann, indem man bestimmte Fragen stellt, z. B.: Ist der Krieg durch die Revolution verloren worden? Die zweite Frage kann lauten: Hat die Revolution oder die Unter-

wühlung die Offensiven ungünstig beeinflußt? Drittens: Konnten wir weiterkämpfen? Das sind mehr militärische Fragen, die aber von den Sachverständigen in ihren Gutachten berührt worden sind. Ferner: Inwieweit hat die Revolution den Waffenstillstand beeinflußt? Inwieweit den Rückmarsch und die Demobilmachung?

Abg. *Dittmann:* Man kann z. B. die Frage aufwerfen, wie das systematische Bestehlen der Mannschaften draußen im Felde durch Offiziere und Feldwebel auf die Stimmung der Mannschaften eingewirkt hat. Wie hat es auf die Leute eingewirkt, daß die Lebensmittel für die Mannschaften häufig in die Offiziersküche gewandert sind. Es kann auch geprüft werden, welche Kreise es im Inland gewesen sind, die die vorhandenen Lebensmittel aufgekauft und zu Riesenlagern aufgestapelt und die ganze Bevölkerung dadurch in einen Zustand ständigen Hungers versetzt haben. Einseitig kann man die Begrenzung nicht vornehmen.

Abg. *Eichhorn:* Ich begrüße den Vorschlag des Abgeordneten Grafen v. d. Schulenburg, die Materie auf ein paar Fragen zu reduzieren. Aber mit den angeführten Fragen sind die anderen untrennbar verbunden. Wenn man über die Folgen der Revolution Betrachtungen anstellt, kann man nicht von der Ursache der Revolution absehen. Eine Revolution kommt nicht vom blauen Himmel. Auch andere Dinge, wie die Einwirkung der revolutionären Bewegung auf die Demobilmachung, die Tätigkeit der Arbeiter- und Soldatenräte und anderes müssen dann untersucht werden. Das führt aber ins Endlose. Es ist daher richtig, die ganze Dolchstoßfrage beiseite zu lassen. Eine Grenze zu finden ist sehr schwer. Man muß z. B. auch die Akten des Oberkommandos in den Marken, die Akten aus den verschiedenen Generalkommandos in der Heimat und die Polizeiakten heranziehen. Zu diesem Zwecke müssen eine Reihe von Gutachtern gehört und Zeugen vernommen werden. Sonst kann man zu keinem Resultat kommen, das einigermaßen der historischen Wahrheit entspricht.

Abg. Dr. *Moses:* Nach den Darlegungen der Abgg. Dittmann und Eichhorn bekommt man ein gewisses Grauen davor, alle diese Dinge zu behandeln. Trotzdem halte ich es für falsch, nun einfach, wie es Kollege Eichhorn will, die Guillotine herunterklappen zu lassen. Es liegen doch Gutachten zum Dolchstoß vor. Gewisse Kapitel lassen sich dort herausnehmen. In irgendeiner Form muß man dann zum Abschluß kommen, wenn es auch ein non liquet ist. Die bestehenden Weltanschauungsgegensätze kann man natürlich nicht aus der Welt schaffen. Ein Urteil durch Mehrheitsbeschluß ist vom Standpunkt der historischen Forschung aus an und für sich ein Unding. Aber auf Grund des Materials, das vorhanden ist und noch ergänzt und beschafft werden muß, kann eine Aussprache stattfinden.

Abg. *Dittmann:* Die Marinedenkschrift ist absolut tendenziös.

Gegen den Abg. Bernstein wird z. B. die Beschuldigung ausgesprochen, er habe mit einem Spion aus Stockholm verabredet, er (Bernstein) solle mit unsichtbarer Tinte geschriebene Nachrichten übermitteln. Wer die Persönlichkeit Bernsteins kennt, kann darüber nur lachen.

Wenn man sich schon einmal mit diesen ganzen Vorgängen beschäftigt, muß man auch z. B. untersuchen, wie der militärische Belagerungszustand während des Krieges, wie die Handhabung der Zensur und wie die in unzähligen Fällen verhängte Schutzhaft gewirkt hat. Vielleicht stellt sich dann heraus, daß die Stimmung mehr von oben als von unten „kaputt" gemacht worden ist.

Vertreter des Reichswehrministeriums Oberstleutnant *v. Stülpnagel:* Ich halte es nicht für richtig, die Dolchstoßfrage einfach fallen zu lassen. Zu einem gewissen Urteil muß der Ausschuß kommen.

In dem Gutachten Kuhls über den Dolchstoß steht, „es könne keineswegs behauptet werden, der Krieg sei durch die Revolution verloren worden", es heißt aber ferner: „daß die pazifistischen und internationalen Bestrebungen und die verschwommenen Gedanken von Völkerversöhnung und ewigem Frieden und vor allem die von der Heimat ausgehende revolutionäre Unterwühlung des Heeres zum Zusammenbruch beigetragen haben, lasse sich erweisen."

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:* Die Aufgabe des Ausschusses besteht darin, zu dem vorhandenen Material Stellung zu nehmen. Es handelt sich nun darum, einen möglichst vernünftigen Arbeitsplan zu finden. Es gibt mehrere Möglichkeiten. Man kann in eine Besprechung der Gutachten und der Denkschrift eintreten. Es können auch sachliche Fragen, wie es Graf v. d. Schulenburg angedeutet hat, herausgegriffen werden. Hierbei teile ich jedoch die Bedenken des Abg. Eichhorn, daß dieser Weg leicht ins Uferlose führen kann. Es ist daher doch vielleicht das beste, zunächst in einer Art Generalaussprache die Auffassungen der Mitglieder des Ausschusses zu dem ganzen Fragenkreise entgegenzunehmen und dann die Meinungen gemäß den verschiedenen politischen Strömungen zu bestimmten Vorschlägen zu verdichten. Der Herr Berichterstatter hat dann festzustellen, ob sich in gewissen Punkten — es werden wohl nur untergeordnete sein — eine übereinstimmende Meinung des Ausschusses herbeiführen läßt.

Abg. *Dittmann:* Wenn man nach dem Vorschlag des Vorsitzenden verfahren will, ist es erforderlich, daß das Material vollständig vorliegen muß. Ich erkläre mich bereit, auf die Marineschrift in Form eines ausgearbeiteten Gegengutachtens einzugehen. Dazu benötige ich aber das Material, das der Denkschrift zugrunde liegt. Jedenfalls muß ich, wenn der Ausschuß das Material irgendwie verwerten will, die Möglichkeit haben, mich dazu zu äußern.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:* Diese Forderung ist berechtigt. Wenn der Ausschuß so beschließt, kann das Marineamt aufgefordert werden, die der Denkschrift zugrunde liegenden Akten zur Verfügung zu stellen.

Gegenüber der vom Abgeordneten Dittmann gegebenen Anregung, auch die Anordnungen der Befehlshaber im Innern in ihrer Wirkung auf die Bevölkerung zu prüfen, erinnere ich, daß ich am Schluß meines vorgelegten Entschließungsentwurfs eine Reihe von Fragen in den Vordergrund gestellt habe, z. B. ob eine zentrale Leitung der Revolution bestanden und ob Regierung und Reichstag geeignete Gegenmaßnahmen getroffen haben (vgl. S. 54). Bei diesen Fragen läßt sich das, was der Abgeordnete Dittmann meint, mitbehandeln.

Abg. *Dittmann:* Ich will gerade die Regierung verantwortlich machen.

(Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:* Das läßt sich aber doch daran angliedern.)

Abg. *Eichhorn:* Es ist unmöglich, auf Grund der beiden Gutachten und einer Aussprache zu einer Urteilsfällung an Hand der von dem Vorsitzenden vorgelegten Thesen zu kommen.

Es gibt nur den Weg, auf Grund der Gutachten eine ausführliche Aussprache der Mitglieder des Ausschusses herbeizuführen und es dabei sein Bewenden zu lassen.

Wir können auch nicht mit der Erörterung über die Marinedenkschrift beginnen. Wenn die Marineakten herbeigezogen werden sollen, dann müßten auch die Akten aus den verschiedenen Generalkommandos und vom Reichsgericht zugezogen werden, um die inneren Triebkräfte, die zu der sogenannten revolutionären Erhebung führten, klarzustellen. Das alles und insbesondere weitere Vernehmungen können umgangen werden, wenn man meinem Vorschlage folgt. Dann ist auch die Marinedenkschrift miterledigt.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:* Ich halte den von dem Abg. Eichhorn angedeuteten Weg für gangbar. Ich habe meinerseits Vorschläge gemacht. Die Herren, die eine andere politische Richtung vertreten, müssen nun ihrerseits Vorschläge machen. Liegen alle diese Vorschläge vor und findet sich kein Punkt, in dem Übereinstimmung besteht, dann muß der Ausschuß eben zu dem Schluß kommen, daß er zu einem Endurteil nicht gelangt sei, da die Meinungen zu weit auseinandergegangen seien. Dies wäre dann der technische Abschluß der Untersuchung.

Andererseits bin ich der Ansicht, daß den Herren, die nach der Marinedenkschrift. oder in anderen Schriftstücken irgendwie „belastet" erscheinen, Gelegenheit gegeben werden muß, ausführlich schriftlich oder mündlich zu antworten. Es geht doch z. B. nicht an, daß die Denkschrift herausgeht, ohne daß dem Abg. Bernstein Ge-

legenheit zur Äußerung über die ihm darin zur Last gelegten Handlungen gegeben wird.

Abg. Dittmann muß auch die Möglichkeit haben, das amtliche Material einzusehen, damit er sich verteidigen kann.

Vertreter der Marineleitung Kapitänleutnant *Reimer:* Das der Denkschrift zugrunde liegende Material ist im Jahre 1919 von einem Hilfsreferenten Dr. Eltgen, der jetzt Oberregierungsrat im Reichsfinanzministerium ist, in einer Ausarbeitung zusammengestellt worden, um die Vorgänge, die damals noch frisch in der Erinnerung waren, festzuhalten. Zu dem Zwecke einer Denkschrift ist das Material nicht zusammengestellt worden.

Wieweit die dabei benutzten Unterlagen noch vorhanden und in Berlin sind, kann ich nicht übersehen. Die gerichtlichen Akten sind wahrscheinlich an den Oberreichsanwalt zurückgegeben worden. Die übrigen Akten befinden sich wahrscheinlich bei den Stationskommandos und Abwicklungsstellen. Es ist auch möglich, daß ein Teil der Akten bei der Versenkung der Flotte in Scapa Flow verlorengegangen ist.

(Die letztere Bemerkung wird von mehreren Stellen stark angezweifelt.)

Von der Marineleitung ist nicht beabsichtigt gewesen, die Ausarbeitung in Form einer Denkschrift irgendwann zu veröffentlichen. Sie ist an den Untersuchungsausschuß gegangen, damit er sich des darin verarbeiteten Materials bedienen könne.

Abg. Dr. *Moses:* Die Auskunft ist uns schon einmal gegeben worden, daß diese Denkschrift nicht zu dem Zwecke verfaßt worden sei, um für den Untersuchungsausschuß als Denkschrift zu dienen. Man muß sich daher noch einmal die Frage vorlegen, ob man eine solche Denkschrift überhaupt als eine Denkschrift für den 4. Unterausschuß behandeln kann.

Abg. *Eichhorn:* Ich stelle noch einmal den Antrag, die Erörterung der Dolchstoßfrage völlig beiseite zu lassen.

Der Antrag wird gegen eine Stimme abgelehnt.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:* Ich stelle fest, daß der Ausschuß beschließt, die Akten des Reichsgerichts über die in der Denkschrift des Marineamts behandelten Vorgänge, sowie die übrigen der Marinedenkschrift zugrunde liegenden Akten einzufordern.

Abg. *Dittmann:* Da die Denkschrift in die Akten des Untersuchungsausschusses kommt, muß ich die Möglichkeit der Entgegnung haben, selbst wenn diese Entgegnung nicht veröffentlicht werden soll.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:* Ich halte es auch vom wissenschaftlichen Standpunkt aus nicht für verantwortlich, die Denkschrift ohne Entgegnung zu veröffentlichen.

(Gegen die Anregung des Abg. Dittmann wird kein Widerspruch erhoben.)

# Sitzung, Dienstag, den 16. Juni 1925

## Weitere Aussprache über die Bearbeitung der Dolchstoßfrage

Der Abg. D. Dr. Dr. Bredt erstattet einen vorläufigen Bericht über die Frage „Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg". Dieser Bericht soll später in der Form eines endgültigen Gutachtens vorgelegt werden.

Abg. Dr. *Philipp:* Gegenüber dem ursprünglichen Beschluß, die Arbeiten des Ausschusses in der Sommertagung zu beenden, ist eine neue Lage geschaffen, weil Herr Abg. Dr. Bredt sein Gutachten erst während der großen Ferien endgültig formulieren kann und auch Herr Abg. Dittmann, der beabsichtigt, sich über die Matrosenmeuterei 1917 zu äußern, nicht in der Lage ist, augenblicklich zu berichten, da er dazu ein ungeheures Material zu bewältigen hat. Hierzu ist zu bemerken, daß der Ausschuß sich ein wenig von dem Rahmen der ursprünglich vorgenommenen Aufgabe entfernt hat, indem die Untersuchung teilweise auf eine frühere Zeit als das Jahr 1917 zurückgreift. Ich halte es für notwendig, daß sich der Vorsitzende des Gesamtausschusses zur Sachlage äußert, denn ich als Vorsitzender des Unterausschusses fühle mich vorläufig an die bisher gegebenen Richtlinien für dessen Arbeit gebunden.

Stellv. Vorsitzender Abg. *Dittmann:* Es ist uns unmöglich, das für meinen Bericht erforderliche umfangreiche Aktenmaterial vor den Sommerferien durchzuarbeiten. Nun besteht ja die Möglichkeit für meine Fraktion, die Einsetzung eines besonderen Untersuchungsausschusses für diese Frage zu beantragen. Ich bezweifle aber, ob das allen Herren erwünscht ist. Außerdem hängen die Fragen der Marinemeuterei aufs engste mit den hier behandelten zusammen.

Abg. *Eichhorn:* Ich bin hinsichtlich der noch erforderlichen Zeit sehr pessimistisch. Ein unabsehbarer Fragenkomplex ist in der Dolchstoßfrage zu bewältigen. Dazu verweise ich nur auf die Breithauptschen Behauptungen in den Monatsheften, auf die Schrift von Barth, auf die Katzensteinschen Ausführungen. Aus diesem Grunde ist auch ein drittes Referat über die allgemeine revolutionäre Bewegung in den Massen erforderlich, zu dem gegebenenfalls Zeugen und Sachverständige vernommen werden müssen. Ich habe mich deswegen in der Sitzung des Gesamtausschusses gegen die Behandlung der sogenannten Dolchstoßfrage ziemlich eingehend gewendet. Zwar bin ich nicht mit allen Ausführungen einverstanden, aber vieles darin trägt doch zur Aufklärung bei. Dies ist m. E. ein Weg zu einem verhältnismäßig raschen Abschluß. Ich fürchte aber, bei der ganzen Sache kommt nicht viel heraus. Persönlich habe ich

natürlich nicht das geringste Interesse daran, daß abgebrochen wird, im Gegenteil, es wäre mir sehr angenehm, wenn die zahllosen falschen Auffassungen über die Revolution usw. richtiggestellt werden. Aber das ist wohl nicht Aufgabe eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses, sondern muß besser der freien Forschung überlassen werden.

Abg. Dr. *Philipp:* Vom wissenschaftlichen Standpunkt ist es zwar wohl richtig, das Problem noch einmal ex ovo aufzurollen. Aber dann kommt man in Schwierigkeiten mit der Zeit und mit der Veröffentlichung. Das bis jetzt vorhandene Material zur Dolchstoßfrage füllt bereits einen Band. Wenn man an den bisherigen Beschlüssen festhält, so wird sich die Tätigkeit des Ausschusses lediglich darauf erstrecken, noch eine Entschließung über die Dolchstoßfrage abzufassen. Da aber ein Bedürfnis nach Aufklärung vorliegt, namentlich was die vom Herrn Abg. Dittmann berührten Vorgänge anlangt, so ist es vielleicht das Einfachere, den vom Abg. Dittmann gewünschten neuen Untersuchungsausschuß einzusetzen.

Abg. Dr. *Schücking:* Ich will als Vorsitzender des Gesamtausschusses in dieser schwierigen Frage der Stellungnahme des Gesamtausschusses nicht vorgreifen. Persönlich bin ich der Meinung, nicht in eine weitere Untersuchung über die Vorbereitung der Revolution einzutreten, sondern ich will diese Aufgabe der Geschichte überlassen. Damit wird sich die konkrete Frage einer etwaigen Verlängerung des Untersuchungsausschusses auf das Gutachten und den Bericht der Herren Abg. Dr. Bredt und Abg. Dittmann zuspitzen.

Was die Frage der Matrosenrevolte anbetrifft, über die Herr Abg. Dittmann begreiflicherweise noch nicht hat vortragen können, so scheint keine Hoffnung zu bestehen, noch vor den Ferien einen Bericht darüber zu hören, aber es ist auch sehr schwierig, beim Gesamtausschuß durchzusetzen, daß wegen dieser Materie allein eine Verlängerung des Ausschusses beschlossen werde. Es muß also Herrn Abg. Dittmann überlassen bleiben, ob er mit seinen Fraktionsfreunden einen besonderen Ausschuß einsetzen oder privatim zu den Fragen Stellung nehmen will.

Stellv. Vorsitzender Abg. *Dittmann:* Es handelt sich nicht um Angriffe gegen einzelne Personen, sondern überhaupt um Aufklärung der Vorgänge, die sich 1917 abgespielt haben. Ich habe bereits gestern im Plenum die allgemeine Behauptung aufgestellt, daß politische Meutereien überhaupt nicht stattgefunden haben, und diesen Eindruck hatte ich schon 1917. Nach meinem bisherigen Aktenstudium sind die vorgekommenen Insubordinationen sämtlich auf die Verpflegungsverhältnisse, die Behandlung und den Urlaub zurückzuführen. Nur darum hat sich alles an Bord gedreht, während die politische Stellung der Matrosen und deren politische Lektüre mit diesen Dingen in gar keinem Zusammenhang steht. Bis jetzt ergibt sich

aus den Akten klar und deutlich, daß alle die eingeleiteten kriegsgerichtlichen Verfahren nur ein Teil der allgemeinen Aktion sind, die nach der Friedensresolution von 1917 einsetzte, um den Gedanken eines Verständigungsfriedens in der Armee und in der Marine kaputt zu machen. In Einzelheiten will ich aber dem Beweismaterial nicht vorgreifen, solange ich nicht das ganze Aktenmaterial durchgesehen habe. Man muß in diesen Dingen sehr vorsichtig sein. Ich weiß nicht, ob es zweckmäßig ist, einen besonderen Untersuchungsausschuß einzusetzen; denn für die Öffentlichkeit wird es merkwürdig erscheinen, wenn der Reichstag zwei Untersuchungsausschüsse einsetzt.

Abg. Dr. *Spahn* (Berlin): Wenn der Abg. Dittmann damit einverstanden wäre, kann man die Vorgänge von 1917 zunächst ausschalten und eine besondere Kommission bilden, die sich mit diesen Fragen befaßt. Ich habe aber gegen eine solche Sonderkommission Bedenken. Jedenfalls kann man, nachdem Herr Abg. Dittmann im Reichstag seine Erklärung abgegeben hat, sich einer Nachprüfung der Sache nicht entziehen.

Abg. Frhr. *v. Rheinbaben:* Ich glaube, daß bei Behandlung der Marineangelegenheit auch noch eine Reihe anderer Fragen auftauchen werden, die noch Gegenstand der Untersuchung bilden müssen. Man muß versuchen, die gesamte Materie zum Abschluß zu bringen, ohne einen neuen Ausschuß damit zu beauftragen, weil dies sonst schlecht wirken und zu Mißverständnissen Anlaß geben kann.

Ich schlage vor, für den vom Abg. Dittmann übernommenen Bericht einen Mitberichterstatter zu bestellen.

Stellv. Vorsitzender Abg. *Dittmann:* Demgegenüber weise ich darauf hin, daß eine gleichzeitige Benutzung der Akten durch verschiedene Abgeordnete nicht möglich ist, daß also die Einsetzung eines Mitberichterstatters eine *Verzögerung* mit sich bringt.

---

In einer geschäftlichen Sitzung des 4. Unterausschusses vom 3. Juli 1925 wird Abg. *Brüninghaus* zum Mitberichterstatter in der Untersuchung über die Marinemeutereien 1917, Abg. Dr. Moses zum Berichterstatter über die Frage des Verhaltens des Deutschen Reichstages im Weltkriege bestimmt.

---

In einer weiteren geschäftlichen Sitzung des 4. Unterausschusses vom 6. August 1925 wird der an Stelle des am 26. Juli 1925 verstorbenen Abg. Eichhorn (Komm.) neu in den Ausschuß eingetretene Abg. Dr. *Rosenberg* (Komm.) zum Berichterstatter des Ausschusses über die allgemeinen Ursachen des inneren Zusammenbruchs und über die revolutionäre Bewegung (Dolchstoßfrage) bestellt. Mitberichterstatter werden die Abgg. Dr. *Bergsträßer* und Graf *zu Eulenburg*.

Gegenüber Bedenken, die der Abg. Brüninghaus im Hinblick auf die Berichterstattung des Abg. Dittmann in Sachen der Marinevorgänge äußert, gibt der Vorsitzende Abg. Dr. Philipp erneut eine ausführliche Darstellung der Vorgänge, die seinerzeit widerspruchslos den Unterausschuß veranlaßt haben, dem Abg. Dittmann zu gestatten, über die Marinevorgänge auf Grund der amtlichen Akten zu berichten.

## Sitzung, Donnerstag, den 26. November 1925

### Frage der Vertraulichkeit der Ausschußverhandlungen

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:* Zur Frage der Vertraulichkeit der Ausschußverhandlungen ist zu bemerken, daß nach meiner Ansicht die Ausschußmitglieder nicht berechtigt sind, Veröffentlichungen aus dem Material des Ausschusses vorzunehmen und in Presseauseinandersetzungen Teile der bereits gedruckten, aber noch nicht veröffentlichten Sachverständigengutachten anzuführen.

Abg. *Dittmann:* Bereits in dem ersten Dolchstoßheft der „Süddeutschen Monatshefte" vom April 1924 sind zwei Artikel auf Grund unveröffentlichter Akten des Ausschusses, nämlich der dem Ausschuß vertraulich übergebenen Marinedenkschrift, erschienen. Zum Teil sind die Sätze der Denkschrift wörtlich übernommen. Dr. Philipp hat am 12. Februar 1925 seinerseits das Bedürfnis gehabt, im Ausschuß festzustellen, daß bei seinen Vorschlägen über die Behandlung der Dolchstoßfrage dieser Artikel der „Süddeutschen Monatshefte" noch nicht vorgelegen hat und er der Publikation fernsteht. Das Material kann also nur von anderen Ausschußmitgliedern oder aus dem Marineamt selbst geliefert worden sein.

Im Münchener Dolchstoßprozeß ist das dem Ausschuß zur Verfügung gestellte Marinematerial seitenlang vorgelesen worden. Aus diesem Material sind Angriffe gegen frühere Abgeordnete der USPD hergeleitet worden. Ich würde mich nicht für berechtigt gehalten haben, das vom Ausschuß mir übergebene vertrauliche Material in einem Privatprozeß zu verwenden. Nachdem ich aber die Akten kenne, ist es andererseits für mich unmöglich, bei einer Zeugenvernehmung meine Aktenkenntnis auszuschalten.

Infolge der in der Presse gegen einzelne Abgeordnete erhobenen Angriffe auf Grund der im Münchener Prozeß teilweise veröffentlichten Akten ergibt sich nun die Frage, wie lange die Vertraulichkeit des Ausschußmaterials noch aufrechterhalten werden kann. Z. B. hat der Admiral v. Trotha behauptet, die Abgg. Dittmann, Haase und Vogtherr seien die Veranlasser der Marinemeuterei von 1917. In seiner Aussage im Münchener Prozeß über eine Äußerung des seinerzeitigen

Abgeordneten Ebert hat der Admiral v. Trotha Teile des amtlichen Materials verwendet, wichtige Aktenstellen aber nicht mitgeteilt. So besagt der Bericht der „Münchener Neuesten Nachrichten“ über die Vernehmung v. Trothas u. a.:

> Der Zeuge verwies auf eine Äußerung des damaligen Abgeordneten Ebert, der in der Unterhaltung mit Admiral v. Capelle, als er von den Vorgängen erfuhr, unter dem ersten Eindruck äußerte, daß er von einem derartigen Vorgehen, das auch er als Landesverrat bezeichne und verurteile, völlig überrascht sei.

Diese Stelle der Äußerung Eberts ist in die Vorwürfe gegen die USPD eingestellt, so daß der Eindruck entstehen muß, daß Ebert sich entrüstet gegen die USPD geäußert habe. Tatsächlich hat aber Herr v. Trotha folgenden Teil aus den Akten nicht mitverlesen:

> Ebert sei der Ansicht, daß die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft — die damalige USPD im Reichstag — als Partei mit dem Flugblatt gar nichts zu tun habe. Er kenne aus früherem Zusammenarbeiten seine Kollegen Haase, Ledebour usw. ganz genau; das sei nicht ihr Stil, sie seien auch nicht so dumm; wenn kein weiteres Material gebracht werde, werde die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft diese Sache als Partei glatt ableugnen. Ein derartiges Vorgehen, das auch er — Ebert — als glatten Landesverrat bezeichne und in den schärfsten Ausdrücken verurteile, widerspreche durchaus der Ansicht von Haase, Ledebour usw. Diese würden zu ausgesprochenem Landesverrat nie die Hand bieten. Er halte es für richtig, daß, sowie die Sache spruchreif sei, möglichst bald der Haushaltsausschuß des Reichstags einberufen werde. Dort könne die Angelegenheit klargestellt werden. Er sei sicher, daß in diesem Falle sämtliche Parteien, einschließlich der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, von Putschversuchen weit abrücken würden. Damit wäre politisch der Erfolg erzielt, daß das Ausland sich nicht falschen Ideen über eine Demoralisierung von Heer und Flotte hingeben könnte.

Ich erkläre, daß ich mich bis zur Erstattung meines Berichts verpflichten will, die Vertraulichkeit zu wahren, und beantrage, daß ich meinen Bericht vor sämtlichen Reichstagsabgeordneten und unter Zuziehung der Presse halten kann. Nach Erstattung meines Berichts kann aber infolge der zu erwartenden Presseangriffe die Vertraulichkeit nicht mehr aufrechterhalten werden.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:* Der Herr Abg. Dittmann hat eine Sitzung vom 12. Februar 1925 erwähnt. Ich habe in dieser Sitzung (S. 54) ausdrücklich bemerkt, daß die beiden Dolchstoßhefte der „Süddeutschen Monatshefte“ bei der Formulierung meines Entschließungsentwurfs (S. 52 ff.) noch nicht berücksichtigt werden konnten. Sie sind erst später in meine Hände gelangt. Ich habe auch zur Zeit meiner Berichterstattung am 12. Februar 1924 (S. 6 ff.) die Denk-

schrift aus dem Marineamt noch nicht gekannt. Erst nachdem die „Süddeutschen Monatshefte" erschienen sind, ist mir in meiner Eigenschaft als Berichterstatter des Ausschusses kurz vor der Auflösung des Reichstages am 13. März 1924 die Marinedenkschrift zu Händen gekommen. Ich habe bereits damals gesagt, daß ich die Vermutung habe, die Marinedenkschrift und die „Süddeutschen Monatshefte" müßten in bezug auf gewisse Äußerungen mindestens auf dieselbe Quelle zurückgehen.

Was das weitere Vorgehen anlangt, schlage ich vor, daß der Abg. Dittmann demnächst innerhalb des Unterausschusses seinen persönlichen Bericht in bezug auf die in der Marinedekschrift erhobenen Anklagen auf Grund des vom Ausschuß eingeforderten Aktenmaterials erstattet. Nach Erstattung des Gegenberichtes des Abg. Brüninghaus muß der Ausschuß dann darüber befinden, welche Punkte noch einer weiteren Klärung bedürfen. Über diese ungeklärten Punkte wird dann wahrscheinlich eine öffentliche Zeugenvernehmung nötig werden.

Abg. *Brüninghaus:* Es erscheint mir bedenklich, daß ein Abgeordneter zum Referenten eines Untersuchungsausschusses bestellt worden ist, der nach den eigenen Worten des Abg. Dittmann persönlich stark interessiert an dem zu erstattenden Bericht ist. Abg. Dittmann hat doch selbst erklärt, er werde in der übelsten Weise angegriffen, sei aber, da er als Referent im Unterausschuß sitze, nicht in der Lage, sich öffentlich zu rechtfertigen. Ich selbst wäre an Abg. Dittmanns Stelle nach München gefahren und hätte mich sofort unter Zeugeneid von den Vorwürfen gereinigt. Auf die Bemerkung des Abg. Dittmann: „Was ich zu sagen hätte, habe ich im Reichstag schon gesagt" habe ich zu erwidern, daß es ein großer Unterschied ist, ob man als immunes Reichstagsmitglied etwas von der Tribüne des Reichstags herab sagt oder unter Zeugeneid vor Gericht. Wenn der Abg. Dittmann in München ausgesagt hätte, säße er jetzt in einer besseren Assiette. Jedenfalls erscheint es mir merkwürdig, daß ein Ausschuß einen Referenten über eine Sache einsetzt, der, wie die Dinge liegen, vollständig Partei sein muß. Die Objektivität des Unterausschusses wird dadurch m. E. in ein eigenartiges Licht gestellt. Ich möchte mich nicht der Situation aussetzen, Mitglied eines Unterausschusses zu sein, der auf einem subjektiv aufgebauten Bericht seine Beschlüsse zu fassen hat. Ich empfehle daher, bis zur Urteilsverkündung im Münchener Dolchstoßprozeß zu warten; dann kann man klarer sehen.

Was die sogenannte Marinedenkschrift anlangt, so handelt es sich nicht um eine offizielle Denkschrift der Reichsmarine, sondern diese Niederschrift ist von irgendeinem früher in der sogenannten Spionageabteilung beschäftigt gewesenen, später ausgeschiedenen Zivilbeamten, der diese Materie behandelt hat, auf Anregung des be-

treffenden Abteilungschefs im Jahre 1919 kurz nach der Revolution angefertigt worden. Dem Chef der Marineleitung hat sie meines Wissens gar nicht vorgelegen. Später hat der betreffende Offizier Herrn Kollegen Philipp diese Privatarbeit als Orientierungsbericht übergeben; Dr. Philipp hat wohl angenommen, es handele sich um eine Art offiziöse Denkschrift, und hat sie deshalb vervielfältigen und an die Mitglieder verteilen lassen. Eine solche Niederschrift nun aber zur Grundlage eines Berichtes, den dazu noch ein stark Beteiligter erstatten solle, zu machen, ist falsch und führt auf eine abschüssige Bahn. Gegen ein solches Verfahren würde ich in der Öffentlichkeit sowohl wie im Plenum des Reichstags auf das allerschärfste Einspruch erheben.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:* Die Bemerkungen des Abg. Brüninghaus über die Entstehung der Denkschrift sind richtig. Ich selbst habe nie behauptet, daß es sich bei der sogenannten Marinedenkschrift um eine amtliche Bekundung des Marineamtes handele. Die kurze Bezeichnung „Marinedenkschrift" hat nur zu bedeuten, daß diese Schrift aus dem Marineamt stammt.

Der Bericht des Abg. Dittmann geht auf folgende Vorgänge zurück. Gewisse Herren haben erklärt, sie seien in dieser Schrift persönlich angegriffen. Darauf konnte es der Ausschuß den Betreffenden nicht verwehren, ihren Standpunkt darzulegen, und er hat weiter beschlossen, die Akten heranzuziehen. Dem Abg. Dittmann als Mitglied des Ausschusses konnte man ja auch die Akteneinsicht nicht verwehren, die allen Mitgliedern zusteht.

Der Ausschuß hat den Abg. Dittmann seinerzeit ermächtigt, auf Grund der Akten seinen persönlichen Standpunkt zu dem Fragenkomplex darzulegen. Das kann ich als Vorsitzender keinem Abgeordneten verwehren. Als Gegenberichterstatter hat der Ausschuß außerdem den Abg. Brüninghaus bestellt. Der eigentliche Ausschußbericht wird erst nach Abschluß der einzelnen Fragen spruchreif. Voraussetzung ist aber, daß vorher gewisse Fragen gesondert behandelt werden.

Vertreter der Marineleitung Korvettenkapitän *Canaris:* Die Darstellung des Vorsitzenden über die Entstehung der Niederschrift entspricht den Tatsachen. Es handelt sich nicht um eine Denkschrift, sondern um eine unverantwortliche Niederschrift, eine Privatarbeit eines Referenten, der damals in der Spionageabwehr tätig war. Die Schrift hat keiner vorgesetzten Stelle in der Marineleitung vorgelegen, trägt also keinen offiziellen Charakter.

Diese Ausarbeitung ist von der Marineleitung den „Süddeutschen Monatsheften" nicht zur Verfügung gestellt worden. Es erscheint unerklärlich, wie ein Teil aus der Niederschrift in die „Süddeutschen Monatshefte" übergehen konnte. Vielleicht hat der Bearbeiter der

Privatarbeit ähnliche Quellen benutzt, die später die Personen für die Veröffentlichung in den „Süddeutschen Monatsheften" benutzt haben.

Die Marineleitung hat auch den Zeugen, die in München aufgetreten sind, die Marineakten nicht zur Verfügung gestellt. Der Zeuge Dr. Dobring hat einzelne Teile der Akten, die er selbst geschrieben hat, eingesehen. Die Akten selbst sind nicht aus dem Hause gegeben worden.

Abg. Dr. *Bergsträßer:* Ich stelle fest, auch wenn die sogenannte Marinedenkschrift eine im Reichsmarineamt privat hergestellte Ausarbeitung ist, die für die Marine nicht offiziell ist, wird sie doch in dem Augenblick, wo sie dem Ausschuß zugänglich gemacht worden ist, für den Ausschuß wie jedes ihm zur Verfügung gestellte Material offiziell.

Ich halte es für ein durchaus einwandfreies Verfahren, daß der Abg. Dittmann zunächst eine Ausarbeitung über die ihn persönlich betreffenden Fragen macht und der Ausschuß im Anschluß daran eine Ausarbeitung des Reichsmarineamts entgegennimmt.

Was die Vertraulichkeit angeht, so kann man, nachdem die eine Seite die Akten in der Öffentlichkeit benutzt hat, der anderen Seite die öffentliche Benutzung der Akten aus Gerechtigkeitsgründen nicht verwehren. Die Frage, wie das Material der Denkschrift mit den Veröffentlichungen in den „Süddeutschen Monatsheften" im Zusammenhang stehe, muß noch geklärt werden. Ebenso ist eine genauere Erklärung der Marine notwendig, inwieweit der Admiral v. Trotha Aktenmaterial im Reichsmarineamt eingesehen habe.

Zu der von mir dem Ausschuß vorgelegten „Denkschrift zur Prüfung der Dolchstoßfrage"[1]) habe ich zu bemerken, daß es sich dabei um einen Versuch handelt, die Methodik der Ausschußarbeiten festzulegen.

Abg. *Dittmann:* Ich werde die gegen mich erhobenen Vorwürfe auf Grund der Akten entkräften und im übrigen nach der Lage der Akten darstellen, wie die ganze Meuterei entstanden ist. Der Mitberichterstatter Abg. Brüninghaus kann danach prüfen, ob die Darstellung richtig ist.

Ich muß darauf bestehen, diesen Bericht vor den Abgeordneten und auch vor der Presse zu halten. Gegebenenfalls wird meine Fraktion einen entsprechenden Antrag an den Unterausschuß stellen. Nach dem Verhalten der Gegenseite, die nach den Zeitungsberichten Einsicht in die Akten bekommen hat, kann ich meinen Bericht nach seiner Erstattung doch nicht mehr geheimhalten.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:* Der Zulassung der Abgeordneten steht kein Hindernis im Wege; eine Zulassung der Presse halte ich aber bei der vorhandenen Rechtslage für ausgeschlossen. Ich

[1]) S. u. S. 70 ff.

stelle aber den Willen des Ausschusses fest, im unmittelbaren Anschluß an den Bericht zu „Vernehmungen" zu kommen, für die die breiteste Öffentlichkeit zuzulassen ist. Über die Zulassung der Presse bei Erstattung des Berichts muß der Gesamtausschuß gehört werden; dafür ist der Unterausschuß nicht zuständig.

Vertreter der Marineleitung Korvettenkapitän *Canaris:* Der Zeuge Dr. Dobring hat lediglich *den* Teil der Gerichtsakten eingesehen, wo er selbst Untersuchungsführer gewesen ist, weiter nichts. Wieweit der Admiral v. Trotha Akten eingesehen hat, darüber muß ich noch genaue Erkundigungen einziehen.

Abg. Dr. *Rosenberg:* Den Ausschuß interessiert weder die Frage der Akteneinsicht noch das Urteil in München, sondern lediglich der Bericht des Herrn Dittmann und die Frage, wieweit dieser berechtigt ist, aus den Akten unter Außerkraftsetzung der Vertraulichkeit in der Öffentlichkeit Mitteilung zu machen, und weiter der Antrag Dittmann. Die Entstehungsgeschichte des Berichts ist vom Herrn Vorsitzenden durchaus einwandfrei festgestellt worden und niemand kann gegen diesen Modus Einwendungen erheben. Schwieriger ist die zweite Frage. Von dem Vorschlag des Vorsitzenden, zur Zeugenvernehmung zu schreiten, bin ich wenig begeistert, weil das zu einer Art Revision des Münchener Prozesses führen würde. An sich ist der Antrag Dittmann durchaus berechtigt, und ich werde auch für ihn stimmen. Einfacher ist es aber, Herrn Dittmann freie Hand zu lassen. Dann sind alle Schwierigkeiten beseitigt.

Abg. *Dittmann:* Ich erkläre mich bereit, vor Erstattung meines Berichtes nichts in die Öffentlichkeit zu geben. Bis zur Erstattung des Gegenberichtes durch Herrn Abg. Brüninghaus kann ich aber nicht mehr warten.

Abg. *Brüninghaus:* Mir kommt es nicht darauf an, den Urteilsspruch aus München zu bekommen. Ich will nur das Material gedruckt haben.

Wie Kollege Dittmann sagt, will dieser weit über die ihm gewordene Aufgabe hinausgehen, wenn er nunmehr erklärt, daß die Rechtfertigung seiner Person keine Rolle spielt, sondern daß er in seinem Bericht den Nachweis versuchen will, daß die Marinemeuterei von 1917 der USPD zu Unrecht in die Schuhe geschoben werde.

In der Natur der Dinge liegt es, daß der Bericht des Abg. Dittmann einseitig sein wird. Deshalb muß auch der Gegenbericht gleichzeitig erscheinen.

Bezüglich der Geheimhaltung der Ausschußverhandlungen und Ausschußakten darf man nicht allzu bedenklich sein. Die Frage muß der Loyalität der einzelnen Abgeordneten überlassen bleiben.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:* Es ist schwer, bei einem Bericht eine ganz eindeutige Grenze zu ziehen. Es kann nicht verhindert werden, daß der Abg. Dittmann auch Dinge mitbehandelt, die nicht

unmittelbar mit der persönlichen Abwehr zusammenhängen. Erwünscht ist es, daß der Bericht und der Gegenbericht möglichst unmittelbar nacheinander erstattet werden. Keinesfalls darf eine längere Frist dazwischen liegen.

Im großen und ganzen muß die Vertraulichkeit auch weiterhin bestehen bleiben. Es muß geprüft werden, ob der Ausschuß bei offenkundigen Indiskretionen und falschen Berichten von sich aus eine kurze Berichtigung des Sachverhalts geben soll.

Abg. Dr. *Moses:* Ich empfehle, daß der Abg. Dittmann seinen Bericht hält und daß im Anschluß daran der Gegenbericht des Abg. Brüninghaus und ein Referat von seiten der Marine erstattet wird.

Abg. *Dittmann:* Die Marinedenkschrift ist amtlich von einem Vertreter des Reichsmarineamts überreicht worden, muß also als offizielles Material betrachtet werden. Im allgemeinen ist sie eine Zusammenstellung von Spezialberichten, von Behauptungen aus Anklageschriften und Urteilen. Es kann aber keine Rede davon sein, daß diese Marinedenkschrift für einen Historiker irgendwie eine Quelle der Wahrheitsforschung ist. Sie ist aber nun einmal da. Ich habe gar nichts dagegen, daß sie am selben Tage veröffentlicht werde, an dem ich meinen Bericht halte. Es besteht auch ein allgemeines Interesse, einmal die Gegenseite zu hören.

Wenn die Presse nicht zugezogen wird, muß man mir zugestehen, nach meinem Bericht zu veröffentlichen, was ich für richtig halte. Seither habe ich alles getan, um das Prestige des Ausschusses zu wahren und die Vertraulichkeit nicht preiszugeben. Ich hätte gewiß nach München fahren können, aber ich würde mich weigern, als Zeuge in einem solchen Prozeß auszusagen. Es ist ein grober Unfug, wenn Leute unter ihrem Zeugeneid drei Stunden lang alle möglichen subjektiven Auffassungen über die geschichtlichen Vorgänge wiedergeben. Das führt nicht zur Klärung, sondern zur Verwirrung.

Abg. *Brüninghaus:* Zur Abfassung meines Gegenberichtes muß man mir aber auch die nötige Zeit zugestehen. Zur Erforschung der geschichtlichen Wahrheit müssen dann noch Gutachter gehört werden. Ich bitte den Abg. Dittmann, mir seinen Bericht vorher zur Durcharbeitung zu übergeben.

Ab. *Dittmann:* Ich kann vor Erstattung meinen Bericht niemandem geben.

Abg. *Joos:* Bedenken, den Abg. Dittmann als Referenten anzuerkennen, habe ich nicht, da dessen Ausführungen zur Erkenntnis der Vorgänge und der Wahrheit beitragen können. Abg. Dittmann hat sich schon mit einer beschränkten Öffentlichkeit zufrieden gegeben. Ich habe dafür Verständnis, daß der Korreferent darauf Wert legt, seinen Gegenbericht gleichzeitig mit dem Bericht an die Öffentlichkeit gelangen zu lassen.

Abg. Dr. *Rosenberg:* Ich schlage vor, es bei dem bisherigen

Plan zu belassen und die Erklärung des Abg. Dittmann zur Kenntnis zu nehmen, daß er bis zur Erstattung seines Berichts keine weiteren Schritte tun will und sich vorbehält, dann aus den Akten falsche Darstellungen zu widerlegen und so zu veröffentlichen, wie er es für gut befindet.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:* Ich stelle im Sinne dieses Vorschlags fest: Der Ausschuß nimmt die Erklärung des Abg. Dittmann zur Kenntnis, daß er bis zur Erstattung seines Berichtes den zu verhandelnden Stoff als vertraulich zu behandeln gedenkt.

Ferner nehme ich Kenntnis von der Erklärung des Abg. Brüninghaus, daß er es zurzeit für unmöglich hält, seinen Gegenbericht unmittelbar im Anschluß an den Vortrag des Herrn Abg. Dittmann zu erstatten.

Der Abg. D. Dr. Dr. Bredt erstattet nunmehr sein Gutachten über „Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg“ [1]).

## *Anlage*

## Denkschrift zur Prüfung der Dolchstoßfrage

Von Abg. Dr. Bergsträßer

I. Die Aufgabe des Untersuchungsausschusses ist es, den gesamten Zusammenbruch zu untersuchen. Der Dolchstoß ist nur ein Teilproblem. Wenn man von ihm ausgeht, muß man ihn als Teilproblem definieren.

Zum Dolchstoß zu rechnen sind alle bewußt aus politischer Absicht ausgehenden Handlungen, die bezweckten, den militärischen Wert des Feldheeres zu mindern.

II. Es gilt

a) diese Handlungen selbst,

b) ihre tatsächliche Wirkung

festzustellen.

Das Material für die erste Aufgabe sind die vorhandenen Flugblätter, Flugschriften, auch Briefe, wenn solche wirklich vorhanden sind und ihr Vorhandensein nicht nur behauptet wird. Bei der Ausschöpfung dieses Materials ist zweierlei zu unterscheiden:

1. der Zweck. Sozialistische Propaganda an sich kann nicht als schädigend betrachtet werden, ebensowenig solche für einen Frieden der Verständigung, ebensowenig solche für eine Umbildung der Staatsform oder gegen den Militarismus an sich. Denn auch sie braucht nicht Anrecht zu haben, die militärische Kampfkraft zu mindern, ganz abgesehen davon, daß als neues Problem erst festzustellen ist, ob sie eine kampf-

[1]) Vgl. Bd. 8 dieser Reihe.

kraftmindernde oder eine allgemeine Wirkung überhaupt gehabt hat oder nicht. War sie ohne Wirkung auf das Heer und im Heere, so scheidet sie ohne weiteres für den Dolchstoß aus.

2. Da innerhalb der Zuständigkeit des Ausschusses auch die innerpolitische Schuldfrage liegt, so ist sehr scharf zu trennen zwischen SPD, USPD, Linksradikalen, Spartakus und vor allem der feindlichen Propaganda. Letztere darf nie einbezogen werden; auch dann nicht, wenn bewiesen wäre, daß einzelne Überläufer mitgearbeitet haben. (Vgl. als falsch Kuhl S. 21 [1]), Flugschrift: Kaiser und Krieg; sie ist feindliche Propaganda.)

Spätere Aussagen über revolutionäre Agitation können nicht als unbedingt zuverlässige Quellen angesehen werden, da sie vielfach übertrieben sind, um dem Einzelnen oder seiner Organisation die Gloriole des revolutionären Vorkämpfers zu verschaffen. Man darf noch weniger Miesmacher den Revolutionären einfach gleichsetzen. (Kuhl S. 17.)

Ebensowenig darf man Briefe aus der Heimat heranziehen, wenn man sie nicht hat. Briefe von Soldatenfrauen um Urlaub können als Beweisstücke nicht gebraucht werden. (S. 17.) Denn das ist Unterschiebung einer Absicht. Sie widerspricht einfachster geschichtlicher Methode. Ebenso, wenn Kuhl S. 16 Drückebergern des Oktober 1918 — ohne genaues Datum! — imputiert: „sie empfanden nicht, wie schmachvoll es war, das Vaterland im Entscheidungskampf im Stich zu lassen." Es ist auch möglich — es soll gar nicht als sicher hingestellt werden — daß solche Leute den Kampf als entschieden und weiteres Kämpfen als nutzloses Opfer betrachteten. Unterschiebung von Motiven ist methodisch immer falsch.

Gesicherte Urteile sind nur zu gewinnen, Gutachten und Referate haben für die Arbeiten des Ausschusses nur Wert, wenn sie methodisch einwandfrei und so gearbeitet sind, daß sie in ihrer Methode leicht kontrolliert werden können. Es muß deshalb unbedingt verlangt werden, daß jedes angezogene Aktenstück Provenienzvermerk und genaues Datum enthält; ebenso muß jedes literarische Zitat die Seitenzahl enthalten; beides ist leichterer Übersicht halber in Fußnoten zu geben.

Es ist selbstverständlich, daß alles Material je nach der Zeit verschieden zu werten ist. Angaben wie „Oktober 1918" (S. 16, vorletzter Absatz) oder „An die Front zurückgekehrt . . ." (S. 17, zweiter Absatz) sind völlig wertlos; es kommt, gerade gegen Ende, auf den Tag an.

In bezug auf die Rückkehrer aus Rußland und besonders auf die Truppenteile, die 1917 im Osten standen, muß die von Deutschland

[1]) Diese und die folgenden Anführungen beziehen sich auf das Gutachten des Sachverständigen v. Kuhl „Der Dolchstoß", abgedruckt in Band 6 dieser Reihe S. 1 ff.

ausgehende, vom deutschen Feldheer des Ostens organisierte Russenpropaganda verglichen werden.

Die tatsächliche Wirkung der einmal methodisch als vorhanden festgestellten Agitation muß untersucht werden. Das ist methodisch schon deshalb schwierig, weil die feindliche Propaganda als wirkendes Element methodisch gar nicht ausgeschaltet werden kann; denn es wird nur möglich sein, revolutionäre Gesinnung oder Stimmung an sich festzustellen, ihre Provenienz ist in seltensten Fällen unmittelbar nachzuweisen. Darin liegt ein Mangel, der unüberwindlich ist.

Fast ebenso schwierig ist es, das Vorhandensein der revolutionären Gesinnung in den einzelnen Truppenteilen überhaupt festzustellen. Streng methodisch kann als Material hierfür nur in Betracht kommen: Briefe und Tagebücher, d. h. gleichzeitige Quellen.

Alles später Entstandene ist in solchen aufgeregten, nervösen Zeiten als mindestens unzuverlässig zu bezeichnen. Es ist meist so oder so gefärbt.

Militärische Berichte oberer Militärstellen sind als Material ganz unbrauchbar; das beweist schon eine methodische Sichtung der bei Kuhl S. 18—20 verwendeten Stücke.

Erstens ist in ihnen von aufhetzerischer Propaganda die Rede, aber es wird nie gesagt, was unter solcher Propaganda konkret verstanden wird. Anscheinend ist (S. 19, Mitte) darunter auch die Propaganda für die sozialistische Friedensrichtung, d. h. den Scheidemannfrieden einbezogen. In einem Erlaß Ludendorffs wird der Umstand, daß die Stimmung der Heimat tief gesunken ist, „zum größten Teil der zielbewußten Agitation gewisser staatszerstörender Elemente zugeschrieben", ohne daß darin auch nur versucht wäre, einen Anhaltspunkt zu geben. Es sind Behauptungen, keine Beweise — also wissenschaftlich absolut wertlos. (S. 20.) Sie zu verwenden ist methodisch falsch und unzulässig.

Aus militärischen Berichten überhaupt können nur Tatsachen als Quellen benutzt werden, d. h. Anführungen über Agitation, denen das Agitationsstück beigegeben ist, wie das S. 20 unten angeführte. Oder Vorkommnisse wie S. 22, Mitte, wo aber die Auswertung unterblieben ist. Wenn die Leute sagten, so wird der Krieg nicht alle, da müssen wir ihn alle machen — so erscheint das als Hinweis auf ein weiteres Problem der Methode. Es ist der Zusammenhang zwischen revolutionärer Propaganda und Friedenssehnsucht zu untersuchen. Dabei ist der Versuch zu machen, festzustellen, was primär war. Deshalb wird in der Untersuchung der Agitation bis in den Kriegsanfang zurückgegangen werden müssen. Dabei wird man auch festzustellen haben, ob und wie Friedenssehnsucht sich äußerte. Nach meinen persönlichen Erfahrungen mindestens seit Mitte 1915, wo man vom Fall der russischen Festungen allgemein im Heer den Frieden erhoffte.

Methodisch geht das nur, wenn man an irgendeiner Formation

oder an einigen, die man als Modell nimmt, die Fragen untersucht, indem man die vorhandenen Briefe und Tagebücher (Sammlung des Reichsarchivs) zugrunde legt und versucht, weiteres Material von den damaligen Angehörigen der betreffenden Formation zu bekommen.

Die bisherige Methode der Untersuchung ist methodisch sinnlos. Das hat der Münchener Prozeß erwiesen; denn sie besteht in einer ganz unsystematischen Häufung von Zeugnissen und Gegenzeugnissen, deren man ja ganz natürlich in der Masse der beteiligten Personen noch je viele Tausende beibringen kann. Es sind überdies alles Zeugnisse aus der getrübten Erinnerung; gegenüber Briefen und Tagebüchern ein verhältnismäßig wertloses Material.

Die Ergebnisse der Feststellungen in bezug auf die Agitation aus der Heimat sowohl wie die revolutionäre Stimmung der Front dürfen nicht isoliert betrachtet, sie müssen vielmehr mit der Aktion und dem Verhalten des Gegenspielers verglichen werden. Das ist in bezug auf die Politik zunächst die Regierung. Es müssen also die Begründungen der einzelnen Gruppen des Agitationsmaterials mit den politischen Vorgängen und speziell mit den Handlungen der Regierung verglichen werden. Am wichtigsten ist in dieser Hinsicht die Frage des preußischen Wahlrechtes, die der Parlamentarisierung und vor allem die Stellung zu Annexionen und Frieden.

Einzurechnen ist auch die wirtschaftliche Not, die mir für die Wertung sowohl der an die Front gehenden Briefe wie für die Stimmung der rückkehrenden Urlauber wichtig erscheint. Sie wird im einzelnen nicht so leicht zu fassen sein.

Zu berücksichtigen ist ebenso die außenpolitische, d. h. im wesentlichen die Kriegslage und zwar, da es sich um die Stimmungswirkung handelt, nicht ihr objektiver Stand, sondern wie sie von den Soldaten aufgefaßt wurde; wesentlich wann sie als hoffnungslos angesehen worden ist. Ansätze der Erforschung dieses Komplexes gibt das Heft der Süddeutschen Monatshefte von Neter. Weiteres Material ist nötig; Modelluntersuchung wie oben der Weg.

Als anderer Gegenspieler kommt in Betracht die Befehlsgewalt des Heeres und ihre Träger, vom Obersten bis zum Untersten. Hier sind zu subsummieren die Tatsachengruppen, die man gemeinhin als Mißstände im Heere bezeichnet, wie Essen, Löhnung, Verteilung der Orden, Behandlung der Mannschaften, Materialkrieg, Ermüdung. Dazu kommt aber, bisher zu wenig beachtet, das Heer als Gegenspieler in bezug auf Politik.

Es handelt sich dabei einmal um die im Heere zu gunsten annexionistischer Ziele getriebene Agitation sowohl offizielle wie personelle, durch einzelne Träger der Befehlsgewalt. Sie ist teils modellhaft zu untersuchen, teils durch Feststellung, welche Literatur unter Zustimmung und durch Mithilfe militärischer Stellen dem Heere zu-

geleitet wurde; ebenso ist der vaterländische Unterricht in dieser Hinsicht zu untersuchen.

Eine weitere Rolle als Gegenspieler hat die militärische Befehlsgewalt gehabt durch ihre innerpolitische Stellungnahme. Es ist bekannt, daß bei höheren Trägern der Befehlsgewalt eine starke Stimmung gegen das Parlament bestand und es wäre festzustellen, ob und inwieweit sie sich den Mannschaften gegenüber äußerte und etwa dazu beitrug, diese in ihren politischen Gefühlen zu verletzen.

Neben den allgemeinen Untersuchungen müssen solche über einige begrenzte Teilbestände einhergehen, nämlich

1. Marinemeuterei 1917
2. Streik im Januar 1918
3. Entstehung der Marinerevolte in Kiel im November 1918.

Ziel dieser Untersuchung muß es sein, nicht nur den Verlauf an sich klarzulegen, sondern vor allem auch die Entstehung und die Motive der handelnden Personen, denn aus ihnen erst kann sich in bezug auf den Dolchstoß eine sachliche Beurteilung ergeben.

Nur bei diesen eng begrenzten Tatbeständen erscheint es möglich und eventuell notwendig, Zeugen zu vernehmen. Auch hier nur, um Tatsachen festzustellen. Vernehmung von Zeugen über Stimmung im Heere, Wirkung der Agitation kommt nicht in Betracht, da sie ins Endlose führen würde und derartige Aussagen ebenso minderwertig sind als geschichtliche Quelle, wie nachherige Darstellungen etwa in den Dolchstoßheften der Süddeutschen Monatshefte.

Anschließend an diese Untersuchungen wäre vielleicht das beim Reichsgericht erwachsene Material über Hochverratsprozesse aus der ganzen Kriegszeit durchzusehen.

Zum Problem des Dolchstoßes überhaupt ist methodisch zu bemerken, daß an sich die Niederlage eines Heeres immer und in dem vorhandenen Fall besonders, aus anderen Ursachen — militärische Fehler, Überlegenheit des Gegners an Menschen und Material, Hungerblockade, — erklärt und geschichtlich ausreichend erklärt werden kann. Daraus ergibt sich, daß die Beweislast denen obliegt, die die Dolchstoßtheorie vertreten. Sie müssen das Vorhandensein und die Wirkung der Agitation nachweisen; es wäre eine völlige Verschiebung, wenn die andere Seite das Nichtvorhandensein zu beweisen hätte.

## Sitzung, Freitag, den 27. November 1925

### Bericht des Generalsekretärs Dr. Fischer über den Münchener Prozeß[1])

Dr. *Fischer:* Ich nehme an, mein Bericht hier ist so gemeint, daß ich, der ich als Sachverständiger in München den Prozeß 3½

[1]) Generalsekretär Dr. Fischer war zu dem Münchener „Dolchstoßprozeß" vom Amtsgericht München als Sachverständiger geladen.

Wochen mitangehört habe, das Wesentliche, was ich an neuen und beachtenswerten Gedanken oder tatsächlichen Mitteilungen dort in mich aufnehmen konnte, Ihnen hier darlege und daß dieser mein Vortrag lediglich dem Material des Ausschusses zugefügt wird.

Es waren drei große Gruppen von Persönlichkeiten, die da aufgetreten sind: einmal die Zeugen der Cossmann-Partei, dann die Zeugen der beklagten Partei — das war der Redakteur Gruber von der „Münchener Post" — und dann die Sachverständigen. Ich stelle diese drei Gruppen ausdrücklich miteinander in Parallele, denn in der Tat sind die Zeugenaussagen, die man in München gehört hat, alle mehr oder weniger in das Geleise des Sachverständigen-Gutachtens hinübergeglitten. Das war geradezu das Charakteristikum dieser Zeugenaussagen. Es hat nur wenige Fälle gegeben, in denen die Zeugen ganz konkrete eigentliche Zeugenaussagen gemacht haben. Die meisten waren aufgefordert — so hat es das Gericht aber gewollt —, nach bestem Wissen und Gewissen die Erfahrungen, die sie in ihren Dienststellungen gemacht, die Eindrücke, die sie dabei gewonnen haben, und die Urteile, zu denen sie gekommen sind, darzulegen, so daß zwischen den Aussagen eines Admirals v. Trotha und eines Sachverständigen, wie etwa des Obersten Jochim, ein Unterschied eigentlich nur darin bestand, daß Herr v. Trotha sich auf das Gebiet der Marine beschränkt, während der Sachverständige sein eigentliches Erfahrungsgebiet durch wissenschaftliche Arbeit im Laufe der Jahre noch erweitert hatte und seine Meinung auch auf Grund dieser wissenschaftlichen Arbeiten und in mehr wissenschaftlicher Form vortrug. Aber in der Fragestellung waren alle Darlegungen sehr ähnlich.

Ich gehe also von dem aus, was die erste große Zeugengruppe, die Gruppe von Cossmann, vorbrachte. Bei dieser Zeugengruppe hat die Marine die Hauptrolle gespielt. Vom Landheer waren Oberst v. Manthey, General v. Hildebrand und ein Hauptmann Jüttner da. Die Zeugnisse dieser Herren sind aber — auch des Grafen Luxburg — entschieden hinter dem zurückgetreten, was die Marine zu sagen hatte. Das ist sehr begreiflich, wenn man das Ende des Prozesses und das Plädoyer des Rechtsanwalts Grafen Pestalozza sich vergegenwärtigt. Das Plädoyer Pestalozzas geht ja in der Hauptsache darauf hinaus, nachzuweisen, daß die frühere Unabhängige Sozialdemokratische Partei die Organisation war, die die Revolution vorbereitet und gemacht hat. Infolgedessen spielten die Meutereien der Marine schon aus dem Jahre 1917 und dann der Beginn der Gehorsamsverweigerung im November 1918 die entscheidende Rolle vom Standpunkt dieser Prozeßpartei aus.

Ich möchte das, was die Herren von der Marine ausgeführt haben, in zwei Komplexe zusammenfassen. Der eine ist, daß die Herren ganz nachdrücklich und mit geradezu auffallender Übereinstimmung bekundeten, es habe zwischen dem Offizierkorps der Marine und den

Mannschaften ein ausgezeichnetes, ein bis zum Schluß nicht getrübtes Vertrauensverhältnis bestanden. Gerade dieses Wort „Vertrauen" hat im Bericht des Vizeadmirals v. Trotha, aber auch in den anderen Aussagen, die entscheidende Rolle gespielt.

Herr v. Trotha hat seine Zeugenaussage mit einer prinzipiellen Darlegung über die Ausbildung des Marinesoldaten begonnen und sehr schön gezeigt, wie der Marinesoldat nach und nach dazu herangebildet wurde, ob er nun ein Heizer oder sonst etwas war, sich als unentbehrliches Glied eines wichtigen, wundervollen Organismus zu fühlen, daß er in diesem seinen Gefühl sich der Ehre seines Wirkens bewußt war, daß sich aus dieser inneren Einstellung ein Empfinden von Freiheit entwickelte und daß so auf Grund der ganzen Ausbildung zwischen dem Offizierkorps der Marine und den Marinemannschaften ein wahres Vertrauensverhältnis zustande kam. Die Betonung dieses Vertrauens hatte im Zusammenhang des Prozeßthemas den Zweck — wenn ich sage „Zweck", so möchte ich von vornherein das Mißverständnis vermeiden, als wollte ich den Herren eine Tendenz unterschieben; nach dem Charakter dieser Aussagen waren es aber aufgebaute Vorträge; wenn ich also sage: diese Betonung des Vertrauens hatte einen Zweck, so will ich damit lediglich den logischen Zweck bezeichnen —, hatte also den Zweck, nachzuweisen, daß aus dem Geist der Marinemannschaften heraus und auf Grund dieses ausgezeichneten Verhältnisses Gehorsamsverweigerungen, Meutereien und Revolten schlechterdings unerklärlich seien, daß also — und das ist der Schluß, auf den es den Herren Zeugen in dem Zusammenhange ankam — der Geist, aus dem Gehorsamsverweigerung, Meuterei und Revolte hervorging, von außen durch künstliche Agitation und Verhetzung hineingetragen sein mußte.

Es kamen in diesem Zusammenhang Einzelheiten zur Sprache, z. B. wie es mit dem Essen bestellt gewesen sei, wie mit der Behandlung. In allen diesen Punkten haben die Herren der Marine, ohne natürlich zu bestreiten, daß da und dort einmal etwas nicht gestimmt hat, doch im Prinzip das Vorhandensein von Mißständen mit allem Nachdruck bestritten. Es ist so weit gegangen, daß Bekundungen gemacht wurden, der eine und andere Offizier hätte einmal Mannschaftsküche mitgegessen und hätte sie viel besser gefunden, und Teile der Mannschaften hätten Offiziersküche gegessen und hätten sie viel schlechter gefunden.

Das ist in großen Zügen, was die Seeoffiziere prinzipiell über den Geist auf den Schiffen zu sagen hatten. Als die Bringerin des *bösen* Geistes, der die Marine plötzlich vergiftete — „das kam vom Teufel" hat der Admiral Heinrichs ausgerufen — wurde mit aller Entschiedenheit die Unabhängige Sozialdemokratische Partei hingestellt. Daß die Fraktion hier im Reichstag und ihr Büro Zentrum und organisierende Stelle gewesen sei, wurde mit allem Nachdruck behauptet.

Insbesondere hat in dieser Hinsicht der Landgerichtsrat Dobring, der damals die Untersuchung führte, kategorische Aussagen gemacht. Herr Dobring hat auf die Aussagen der erschossenen Matrosen Reichpietsch und Köbis hingewiesen, die wiederholt verhört wurden. Nicht nur vor ihrer Verurteilung, sondern auch nachher im Gefängnis habe er sie noch einmal aufgesucht und hat auf Grund sämtlicher Vernehmungen bekundet, daß sie unweigerlich auf ihrer Behauptung bestanden haben. Nach den eidlichen Aussagen des Zeugen Dobring haben diese Matrosen auch nach ihrer Verurteilung unmittelbar vor ihrer Erschießung, als für sie gar kein Interesse mehr bestehen konnte — nach der Auffassung des untersuchungführenden Richters —, die Wahrheit zu verschweigen, wiederholt, daß die Führer der Unabhängigen Partei, insbesondere auch der Abg. Dittmann, es gewesen seien, die ihnen das Material zuleiteten und von denen sie Instruktionen empfingen. Das ist mit allem Nachdruck bekundet worden.

In diesem Zusammenhang wurde von dem Landgerichtsrat Dobring auf eine Sitzung beim Reichskanzler am 25. August 1917 hingewiesen. Da hat nach der Bekundung des Landgerichtsrates Dobring — und es muß ein Aktenstück darüber vorhanden sein — sich z. B. der Abg. Fehrenbach auf den Standpunkt gestellt, daß wahrscheinlich die unabhängigen Abgeordneten ihre Hand im Spiele hätten, daß sie aber sicherlich zu schlau wären, um sich fangen zu lassen. Diese Erwägung sei mit dafür ausschlaggebend gewesen, daß das Reichsgericht von einer Strafverfolgung der Abgeordneten Abstand nahm. Ihre Strafverfolgung wäre nach der Meinung des Landgerichtsrates Dobring nach dem Stande der Voruntersuchung juristisch begründet gewesen. Sie wäre — das klang durch — sogar Pflicht gewesen, und das Reichsgericht habe sie nur auf Grund politischer Einwirkungen unterlassen. Nach den Bekundungen von Herrn Dobring hätte sich auch der Oberreichsanwalt in dem Sinne geäußert, daß der Tatbestand des Landesverrats äußerlich gegeben wäre, aber nach den Motiven nicht nachweisbar sei. So ungefähr hat sich Herr Dobring ausgelassen.

(Abg. *Dittmann:* Dobring hat vieles gesagt, was mit den Akten in krassem Widerspruch steht.)

Ich komme auf den zweiten noch interessanteren Komplex der Marine, der den Flottenvorstoß von Ende Oktober 1918 umfaßt. Dieser Flottenvorstoß hat einen Hauptgegenstand der Beweisaufnahme gebildet. Es kam dabei zum erstenmal absolut einwandfrei zutage, daß die Marine die große Seeschlacht bei dieser Gelegenheit schlagen wollte. Daran ist jeder Zweifel ausgeschlossen. Vizeadmiral v. Trotha, Herr v. Levetzow, auch Korvettenkapitän Hintzmann, sie haben ohne Ausnahme, mit aller Bestimmtheit, nicht so, daß man es erst durch eine Schlußfolgerung gewinnen mußte, ausgesprochen: es bestand die Absicht, die große Seeschlacht zu schlagen.

Admiral v. Trotha bezog sich auf eine Äußerung des englischen Ministers Winston Churchill, daß der Sieg der Alliierten bis zum Schluß an einem Fädchen gehangen habe, und er rief mit Nachdruck in den Saal: dieses Fädchen wollten wir zerreißen. Er hatte eine große Skizze machen lassen, die über dem Richtertisch hing. Jeder Zeuge und Sachverständige bekam ein Faksimile in die Hand. Daraus ging die Strategie der Schlacht durchaus zwingend und so eindeutig hervor, daß sie jeder Laie nacherzählen kann. Es wurde dabei vor allem klargestellt, daß es sich nicht um eine improvisierte Unternehmung handelte, sondern um eine Operation, die seit Jahren ausgearbeitet war. Das war ein Hauptpunkt der Beweisaufnahme. Auf die Frage, warum diese Operation, die seit Jahren vorbereitet war, nicht früher habe durchgeführt werden können, kam die Antwort, die marinetechnisch sicher einleuchtend war, daß die U-Boote draußen standen, und daß man die ganze Schlacht nicht schlagen konnte, wenn die englische Flotte, die von Norden von Scapa Flow herbeikam, nicht durch den Höllenring der U-Boote hindurch mußte. Die operative Anlage der Schlacht ging davon aus, daß kleine deutsche Streitkräfte in den Kanal vorstießen und an der englischen Ostküste so nachdrücklich anklopften, daß die Hochseeflotte sich wohl oder übel rühren mußte. Sie setzte sich dann in Bewegung und hatte die U-Boot-Linie nebst Minenfeldern zu passieren, wo ihr schwere Verluste gewiß waren.

Der naheliegende Einwand wurde, ich glaube von mir selbst, gemacht: warum hat man denn nicht, wenn diese Schlacht möglich und so aussichtsreich war — die Herren haben stark betont, es hätte keine Unternehmung gegeben, die so viel Chancen gehabt hätte wie diese so ausgezeichnet durchdachte Operation —, im Laufe des Frühjahrs 1918 oder wenigstens dann, als unsere Offensive zu Lande nicht mehr recht vorwärts kam, die U-Boote einmal auf vier Wochen zurückgezogen — sie leisteten ohnedies nicht mehr sehr viel —, um diese Schlacht zu schlagen? Da wurde darauf hingewiesen, daß damals gewisse Umgruppierungen in der Marine stattfanden — darüber kann ich ja allgemeine Bekanntschaft voraussetzen —, und mit dieser Umorganisation, die zur Schaffung der Seekriegsleitung führte, sei auch eine weitgehende Neueinteilung des Personalbestandes verbunden gewesen, so daß eine eigentlich schlagkräftige Flotte damals nicht zur Verfügung stand.

Ich habe hier nur zu referieren und nicht zu kritisieren. Ich kann es aber als meinen kritischen Einwand aus dem Prozeß selbst auch referieren, daß ich mich von der durchschlagenden Kraft dieser Erklärung nicht ganz überzeugen konnte. Wenn die Operation so unendlich aussichtsreich und schon jahrelang geplant war, so will es mir doch scheinen, daß die mit der Umgruppierung der Marine und der Schaffung der Seekriegsleitung verbundenen Personalveränderungen nicht hätten hindern dürfen, daß man die große Schlacht Seite

an Seite mit dem Landheer und spätestens dann schlug, als es dem Landheer anfing, schlecht zu gehen.

(Abg. Graf *v. d. Schulenburg:* Wahrscheinlich hat Scheer überhaupt erst den Entschluß dazu gefaßt; er wurde Chef der Seekriegsleitung. Das ist wahrscheinlich der tiefere Grund. Ich weiß es nicht, ich kann es mir nur so vorstellen, daß Scheer diesen großen Schlag hat machen wollen, daß er aber bei dem Chef der Admiralität auf Widerstand gestoßen ist.)

Das haben die Herren vielleicht nicht so deutlich sagen wollen. Die Schaffung der Seekriegsleitung wurde für die Schlacht als Voraussetzung hingestellt.

Nun kam es zu einem sehr interessanten Zusammentreffen des Vizeadmirals v. Trotha mit dem früheren Redakteur des „Vorwärts", Herrn Kuttner, der jetzt Mitglied des Landtages ist.

(Abg. Dr. *Moses:* Eine Zwischenfrage. Es ist nicht gesagt worden, daß durch die 1917er Angelegenheit der Geist der Flotte in irgendwelcher Weise geändert sei und daß dies 1918 noch nachgewirkt hätte?)

Da haben sich die Herren nach meinem Empfinden in einem unbewußten Widerspruch bewegt. Einerseits wurde der gute Geist der Flotte auch noch für das Jahr 1918 betont, und auf der anderen Seite wurde doch ein kausaler Zusammenhang oder wenigstens eine Kontinuität der Erscheinungen zwischen den Meutereien von 1917 und den Gehorsamsverweigerungen und Revolten von 1918 behauptet. Diese beiden Motive sind gegeneinander gegangen, was für den Unbeteiligten außerordentlich interessant zu beobachten war; auf der einen Seite das Bedürfnis, mit allem Nachdruck zu betonen, daß der Geist der Flotte auch im Jahre 1918 noch gut war und daß sie nur durch künstliche, auf politischer Machtgier und Vaterlandslosigkeit beruhende und momentan wirkende Verhetzung in ihre Rebellion hineingetrieben wurde und auf der anderen Seite doch auch wieder das historische Bedürfnis, zwischen den Meutereien von 1917 und den Gehorsamsverweigerungen von 1918 eine Verbindung zu ziehen. Hier ist volle Klarheit nicht geschaffen worden.

Weiter hat das Gericht den Zeugen Kuttner vernommen, und der Zeuge Kuttner hat bekundet, daß eines Tages im November 1918 nach der Revolution auf der Vorwärts-Redaktion zwei Admiräle erschienen. Noch zitterte in Herrn Kuttner die Überraschung nach, die dieser Besuch auf der Vorwärts-Redaktion ausgelöst haben muß. Die beiden Admiräle waren Vizeadmiral v. Trotha und Konteradmiral Brüninghaus. Herr v. Trotha hat bekundet, daß Herr Brüninghaus ihn, Herrn v. Trotha, als Begleiter mitgenommen habe, so daß aus dieser Zeugenaussage geschlossen werden mußte: derjenige, der eigentlich mit der Vorwärts-Redaktion sprechen wollte, war Brüninghaus. Aus den weiteren Ausführungen von Kuttner schien dann aber hervor-

zugehen, daß der einzige, der sprach, Herr v. Trotha war. Nun kann das ja so kommen: der eine will eigentlich etwas sagen, und der andere als der redegewandtere wird dann der tatsächliche Sprecher. (Heiterkeit.) Herr v. Trotha erklärte seinerseits, er habe damals Herrn Kuttner wahrheitsgemäß erzählt, was die Marine bei dem Vorstoß wollte. Herr Kuttner aber sagte, er habe die Sache so verstanden, daß Herr v. Trotha ihm mit allem Nachdruck bezeugen wollte, ein Verzweiflungscoup und eine große Schlacht seien nicht beabsichtigt gewesen. Admiral v. Trotha: Ein Verzweiflungsschlag war es nicht, sondern eine wohl vorbereitete und außerordentlich erfolgversprechende Operation. Aber daß nicht eine Schlacht daraus hätte entstehen können, habe ich Herrn Kuttner nicht gesagt. Herr Kuttner: Ich habe aber doch skizziert, was ich nachher im „Vorwärts" bringen wollte, habe es den Herren v. Trotha und Brüninghaus vorgelesen, und die Herren haben mir gesagt: Na, schön ist es nicht, aber es wird genügen. — Nun hat Herr Kuttner, wie aus dem „Vorwärts" selbst hervorgeht, den Eindruck gewonnen, Admiral v. Trotha habe ihm versichert, die Matrosen hätten sich bei ihrer Gehorsamsverweigerung im Irrtum befunden; es wäre nicht die Absicht gewesen, zu einer großen Schlacht auszulaufen. Der Widerspruch konnte nicht aufgeklärt werden. Die beiden Herren standen sich gegenüber, beide blieben bei ihren Äußerungen, und es kam schließlich darauf hinaus, daß der Zivilist wieder einmal den Militär nicht ganz verstanden hatte. Herr v. Trotha bestritt mit aller Bestimmtheit, daß ihm eine Skizze des „Vorwärts"-Artikels vorgelegt worden sei und daß er erklärt habe, das sei zwar nicht sehr schön, aber deutlich und genügend. Er konnte sich einer solchen Vorlesung schlechterdings nicht mehr entsinnen. Abg. Scheidemann hat als Zeuge bekundet, daß ihm von seiten des Reichsmarineamtes ein Flugblatt zur Unterschrift vorgelegt wurde, wonach die Absicht einer großen Schlacht nicht bestanden habe. Damit sollten die Matrosen in letzter Minute beruhigt werden. Scheidemann vertrat die Ansicht, daß er etwas Unwahres hätte unterschreiben sollen.

Das sind im wesentlichen die Bekundungen, die die Herren von der Marine gemacht haben. Die Offiziere vom Landheer haben in der Hauptsache dasselbe gesagt; daß der Geist der Truppe gut gewesen sei, und daß er ohne die künstliche Verhetzung, die von einer bestimmten Stelle organisatorisch ausgegangen sein müsse, unmöglich in das Gegenteil hätte umschlagen können.

Ein Hauptzeuge war der Major v. Roeder, der bei der O. H. L. die Spionageabwehr leitete. Er schilderte anschaulich, wie das Militär, da die Zivilgewalten in dieser Beziehung versagten, genötigt war, nachzuspüren, woher die verschiedenen Erscheinungen des beginnenden Mißtrauens gegen die Heeresleitung kämen, wie es zu erklären sei, daß der Geist sich verschlechtere und von wo dieser augenscheinliche systematische Kampf betrieben werde. Auch er kam auf Grund der Be-

richte, die seine Unterorgane ihm erstatteten, zu der festen Überzeugung, daß von einer bestimmten Stelle agitatorisch und organisatorisch gegen den Geist sowohl der Heimat wie der Truppe miniert werde. Er erinnerte an die Jammerbriefe, an die Unterhaltungen, die man in den Eisenbahnen, auf den Straßen hörte, an die Flugblätter, an die oft erfolgreichen Versuche, vom Ausland Bücher wie „J'accuse" hereinzuwerfen, und zog daraus den von mir erwähnten Schluß. Interessant war ein Hinweis des Zeugen v. Manthey, der Oberst beim Stellvertretenden Generalkommando des Gardekorps gewesen ist. Der hat seine sogenannte Sedanschrift geschrieben unter den Eindrücken, die er hauptsächlich im Lazarett und auch bei seinen Ersatztruppen empfangen hatte. In dieser Sedanschrift, die in 120 000 Exemplaren verbreitet wurde, hatte er zum ersten Male im Entwurf das Wort „Dolchstoß" geprägt. Dieses Wort wurde ihm aber als zu häßlich aus dem Entwurf herausgestrichen. Die Schrift erschien im Jahre 1918. Ein Exemplar konnte ich leider nicht einsehen, kenne deshalb nicht den genauen Titel und die genaue Erscheinungszeit. Sie sollte den guten Geist der Truppe aufrechterhalten.

General v. Hildebrand hat hauptsächlich von dem Zustand bei den Landsturmformationen gesprochen und an Einzelheiten auch seinerseits nachweisen zu können geglaubt, daß das Aufsichtspersonal von irgendeiner Seite verhetzt sein mußte. Es war übrigens merkwürdig, daß die Mehrzahl der vernommenen Zeugen, jeder aus seinem Dienstbereich, Gutes erzählten und den Eindruck erweckten, daß da, wo geeignete Persönlichkeiten als Vorgesetzte tätig waren, es im großen und ganzen auch gelang, die Truppe in der Hand zu behalten.

Ich darf nun zu der anderen Gruppe von Zeugen übergehen. Es begann also „die rote Woche" Da sind vor allem die Abgeordneten von der früheren Mehrheitssozialdemokratie aufgetreten, die Herren Landsberg, Noske, Scheidemann, Wels, sowie Herr Leipart, der Gewerkschaftsgeneralsekretär. Die Zeugen haben zunächst aus ihrer Erinnerung erzählt, wie es in den letzten Tagen zugegangen ist, und wie sie nicht nur in den letzten Tagen, sondern vom Ausbruch des Krieges sie für die Landesverteidigung eingetreten waren. Da kam die prinzipielle Frage zur Erörterung, wie sich eigentlich die sozialdemokratische Theorie und Geschichte zur Frage der Landesverteidigung stelle. Von sämtlichen Vertretern der Sozialdemokratie wurde betont, die Partei habe von ihrer ersten Entstehung an grundsätzlich auf dem Standpunkt der Landesverteidigung gestanden. Das wurde mit Nachdruck als die theoretische Ansicht und demnach wohl auch als die Praxis auch der Unabhängigen Partei betont. In der Frage der Landesverteidigung habe die sozialdemokratische Theorie nie geschwankt. Es wurde in diesem Zusammenhang der Einwand erhoben, bei solcher Stellungnahme habe die Entscheidung darüber, ob ein Verteidigungskrieg oder ein Angriffskrieg vorliege, in der Hand der Sozialdemo-

kratischen Partei, also in der Hand eines Teiles derjenigen gelegen, die im Falle des Kriegsausbruches einfach und unbedingt zu gehorchen hatten, und daß darin immerhin schon eine Gefährdung der Landesverteidigung steckte. Dann wurde hauptsächlich die Haltung der Sozialdemokratie beim Eintritt in die Regierung des Prinzen Max von Baden und besonders die Einflußnahme des damaligen Abgeordneten Ebert geschildert. Es trat klar und stark hervor, daß Ebert es damals gegen den Willen eines großen Teiles, vielleicht zunächst des größeren Teils seiner Fraktion, mit seiner ungeheuren Vehemenz durchriß, daß die Sozialdemokratie in die Regierung eintrat. Es wurde ihm entgegengehalten, die Partei sei doch nicht dazu da, um die Hinterlassenschaft der Hohenzollern zu liquidieren und ihr Ansehen in diese verlorene Sache hineinzuwerfen. Da soll Ebert leidenschaftlich erwidert haben, es gehe um das Vaterland und die Gesamtheit, die Partei habe ihre Pflicht zu tun und wenn sie darüber zuschanden gehe. Die Erregung, in der sich Ebert damals befunden haben muß und die ungewöhnliche Heftigkeit seiner Stellungnahme trat so eindeutig aus den Erzählungen seiner Parteifreunde zutage, daß ich nicht glaube, daß ein einziger Mensch im Gerichtssaal an diesen Erzählungen gezweifelt hat. Es wurde auch erzählt, wie der Vortrag des Majors v. d. Bussche nach dem Ersuchen der O. H. L. um Waffenstillstand im Reichstag auf Ebert gewirkt hat. Er sei vollkommen zerschmettert gewesen, — das im Zusammenhang mit der auch im Prozeß oft gestellten Frage, ob die Nachrichten der O. H. L. für den Laien oder auch nur für den Abgeordneten ausgereicht hätten, um sich über den wahren Stand der Dinge an der Front ein Urteil zu bilden. Die Herren Militärs, auch die Sachverständigen, neigten dazu, diese Frage zu bejahen. Da wurde aber die weitere Frage immer wiederholt: Wie ist es möglich, daß, wenn die Berichterstattung der O. H. L. zur Orientierung ausreichte, in Berlin bei allen maßgebenden Persönlichkeiten, im Reichstag und in der Regierung, eine wahre Panik ausbrach angesichts des Waffenstillstandsverlangens der O. H. L. vom 29. September und der Gesamtlage, wie Major Frhr. v. d. Bussche sie schilderte? Von den Sachverständigen ist besonders Oberst Jochim auf dieses Problem eingegangen, ohne es, meinem Eindruck nach, zu lösen.

Im weiteren war besonders interessant, was die Herren der Mehrheitssozialdemokratie zur Psychologie der Unabhängigen ausführten Einhellig haben die Zeugen bestritten, daß bei irgendeinem der Unabhängigen, Haase, Ledebour, Dittmann, Zietz usw., der Wunsch und Wille bestanden haben könnte, die Landesverteidigung zu schwächen. Es wurde von Haase wie von Ledebour mit Nachdruck behauptet, sie wären in ihrer Weise durchaus Patrioten; von Ledebour wurde wiederholt das Wort „glühender Patriot“ gebraucht, und der Zeuge General Groener hat nachher ausgeführt, wie Haase mit ihm zusammen den Streik am 1. Mai 1917 verhinderte. Die sozialdemokratischen

Zeugen argumentierten weiter, die Verweigerung der Kredite durch die Unabhängige Partei sei nur eine innerpolitische Demonstration gegen die Annexionspolitik gewesen, die Partei habe sich das leisten können, weil sie wußte, daß die Kredite ohnedies bewilligt wurden. Jetzt aber kommt das Interessanteste: Wenn es vielleicht Tatsache sei, daß die Unabhängige Partei durch ihre Politik, namentlich durch ihre Kreditverweigerung, die Einheit der Nation im Sinne der siegreichen Beendigung des Krieges gestört habe, wenn so wider Willen vielleicht auch dem Auslande gegenüber Hoffnungen erweckt wurden, die man besser nicht erweckt hätte, so habe das alles seinen psychologischen Grund darin gehabt, daß die Unabhängigen viel mehr als die Führer der Mehrheitspartei auf die Fähigkeit und Kraft der O. H. L. vertrauten, und daß sie infolgedessen gar nicht auf den Gedanken kamen, es stehe schlecht. So sagte Noske, ich glaube auch Landsberg, und Scheidemann ganz besonders: *Wir* haben längst nicht mehr geglaubt, daß es gut steht, *wir* haben längst das Gefühl gehabt, daß das Äußerste getan werden müsse, um überhaupt noch zu einem erträglichen Ende zu kommen. Die Unabhängigen aber waren von einem kaum begreiflichen Vertrauen in die Fähigkeit der O. H. L. und in den guten Stand der gesamten Operationen.

Ich komme zu der Aussage des Zeugen Groener. Man hat allgemein den Eindruck gehabt, daß unter den gesamten Zeugenaussagen die Groenersche den Höhepunkt darstellte. Es wehte wirklich etwas von der Luft der historischen Offenbarung durch den Saal, als Groener seine Bekundungen machte. Wenn auf eine Zeugenaussage das, was ich einleitend gesagt habe, nicht zutrifft, so ist es die Groenersche. Gerade Groener hat sich mehr als die anderen Zeugen im rein Tatsächlichen gehalten. Aus den Mitteilungen, die er machte, möchte ich drei Punkte hervorheben. Das erste ist die Tatsache, daß der Abgeordnete Haase unmittelbar vor dem 1. Mai 1917 von Groener zu einer Unterredung eingeladen wurde, daß er erschien, und daß Groener ihn davon überzeugte, es dürfe nicht gestreikt werden. Darauf hat Haase ihm die Hand gegeben und versprochen: Es wird nicht gestreikt, aber erzählen Sie niemand, daß ich mit Ihnen gesprochen habe. Es ist gefragt worden, warum denn Haase Anlaß gehabt habe, diese Unterredung geheimzuhalten. Das wurde von der Cossmannschen Seite anscheinend zunächst so aufgefaßt, daß Haase unterderhand bei seinen Parteifreunden eine entgegengesetzte, d. h. auf die Zertrümmerung der Wehrmacht gerichtete Politik getrieben habe. Groener hat aber sehr schnell diesen aus Mangel an Gefühl für den Parlamentarismus und für die Parteileitung geborenen Einwand widerlegt, indem er sagte: Wenn bekannt wurde, daß Haase bei mir gewesen war, von dem in jeder Fabrik ein Plakat hing: „Ein Hundsfott, wer streikt, wenn Hindenburg Waffen braucht", dann verlor er seinen Einfluß, die Leute liefen ihm davon.

In diesem Zusammenhange möchte ich hervorheben, daß die zwei sozialdemokratischen Gruppen und was links von ihnen stand spätestens vom Jahre 1917 an in einem dauernden Ringen um die Seele der Arbeiter sich befunden haben, und daß man einen großen Teil ihrer Äußerungen und Taten rein taktisch aus dem Gesichtspunkt heraus verstehen muß, daß jede dieser Organisationen das Äußerste aufwandte, damit ihr die Leute nicht wegliefen und zum Bruder weiter links oder auch weiter rechts abmarschierten.

Die zweite sehr wichtige Aussage Groeners war die über seine Tätigkeit im Kriegsamt. Groener war ja Chef des neu geschaffenen Kriegsamtes und kam zu der Überzeugung, daß innerpolitisch einschneidende Änderungen vorgenommen werden müßten. In erster Linie müsse die königliche Gewalt der stellvertretenden kommandierenden Generäle in den Provinzen zugunsten der Verantwortlichkeit der Zivilstellen beschnitten werden. Groener hat überzeugend gezeigt, daß das Gesetz über den Belagerungszustand veraltet und daß das allmähliche Versagen der Zivilstellen eben darauf zurückzuführen war, daß man ihnen von Anfang an alle Verantwortlichkeit aus der Hand genommen hatte. Die Verantwortungsfreudigkeit, die Tatkraft der Zivilstellen sei immer geringer geworden. Sodann hat Groener eingesehen, daß man im preußischen Wahlrecht ein Zugeständnis machen müsse, und zwar indem man nicht versprach, sondern handelte, notfalls oktroyierte, endlich, daß man die Gewinne der Rüstungsindustrie in geeigneter Weise so regeln müsse, daß sie kein öffentliches Ärgernis erregten. Er hat eine große Denkschrift verfaßt, in der er das alles niederlegte. Diese Denkschrift bewirkte, daß er von seinem Amte entfernt wurde, wenigstens glaubte ich, das seinen zurückhaltenden Äußerungen entnehmen zu sollen. Genau hat er nie gehört, wer seine Entfernung veranlaßte. Er war der Meinung, man müsse besondere Vorkehrungen treffen für den Fall, daß man den Krieg verlor, sowohl wirtschaftlich, wie auch rein militärisch, indem man kleine Formationen bildete, die bei Unruhen eingesetzt würden. Groener hat sich bemüht, für seine Pläne maßgebende Persönlichkeiten zu interessieren. Das ist ihm nicht gelungen. Zuletzt wandte er sich an Herrn Stinnes, und da fiel die Äußerung von Groener: Ich dachte, wenn Stinnes es Ludendorff sagt, dann wird er darauf eingehen. In der Unterredung hat aber Stinnes Groener gegenüber immer nur den stereotyp wiederholten Einwand gemacht: Sie sehen zu schwarz, Ludendorff wird siegen. Groener macht eine neue Attacke und sagt: Herr Stinnes, man muß auch daran denken, daß ein Geschäft schlecht enden kann. „Ludendorff wird siegen." Noch einmal, unter der Tür: Bedenken Sie, wie wichtig das alles ist. „Ludendorff wird siegen." Es hat einen außerordentlichen Eindruck gemacht, daß ein Mann wie Stinnes von der Persönlichkeit Ludendorffs so fasziniert gewesen sein muß.

Endlich war von kapitaler Bedeutung die Aussage Groeners über

das „Bündnis", das er am 10. November mit Ebert auf dem geheimen Draht von der Reichskanzlei nach dem Hauptquartier zur Unterdrückung der Revolution, zur allmählichen Verdrängung der Unabhängigen aus der Regierung und zur Herbeiführung der Nationalversammlung geschlossen hat. Es ging ein innerer Tumult durch den Saal, als diese Worte fielen. Denn zunächst wurden sie so verstanden, als hätte Groener sich mit Ebert verbündet, um die Monarchie wieder einzuführen. Das wurde nach der Pause von Groener als Mißverständnis aufgeklärt; darum habe es sich nicht gehandelt, sondern darum, die linksradikale Gruppe, die auf die Bolschewisierung Deutschlands hinarbeitete, außer Gefecht zu setzen, und zwar durch das Zusammenwirken der O. H. L. mit der Reichsregierung, die in der Hand von Ebert und seinen Freunden lag. Die Zusammenarbeit zwischen Ebert und Groener war also damit geradezu bündnismäßig festgelegt. Groener legte eben auf das Wort „Bündnis" ersichtlich Gewicht. Das war der Hauptgrund, der mich in meinem Gutachten zu der Geschichtskonstruktion veranlaßte, daß hier ganz deutlich Ebert zusammen mit der O. H. L. als die konservative Säule Deutschlands erscheine und daß eine Verbindungslinie von Bismarck zu Ebert führe.

Groener hatte die Auswirkung des Bündnisses mit Ebert im einzelnen geschildert. Es war amüsant, als er den Stand der Dinge am 23., 24. und 25. Dezember wiedergab, da Ebert nicht einen einzigen Mann zu seinem Schutze hier hatte und die paar Maschinengewehre, die aus den Fenstern der Reichskanzlei guckten, nicht schießen konnten. Da telephonierte er mit Groener: Was soll ich machen? Wenn Liebknecht kommt und mich aushebt, kann ich ihn nicht hindern. Darauf Groener: Meine Freiwilligen sind vor Januar nicht da. Nun erklärte Ebert: Ich habe in den letzten Tagen viel gearbeitet, ich gehe schlafen, verschwinde aus der Reichskanzlei und sorge dafür, daß niemand weiß, wo ich bin; kommt Liebknecht, so findet er mich nicht und macht einen Luftstoß; hinterher machen wir die Regierung in Kassel oder sonstwo auf, und die Sache geht weiter. Ebert tat so. Aber auch Liebknecht und seine Getreuen feierten Weihnachten und versäumten ihren günstigen Moment.

Endlich hat Groener sich zu der Kaiserfrage geäußert. Er schilderte seine Bemühungen, die Monarchie zu erhalten. Er habe geglaubt, das beste Mittel dazu wäre, daß der Kaiser an die Front ginge. Würde er verwundet oder fallen, so werde das Ansehen der Monarchie in dem sentimentalen deutschen Volke wunderbar gefestigt. Auf einem anderen Wege könne die Dynastie nicht erhalten werden. Schließlich kamen aus seinem Munde die resignierten Worte: Wenn die Monarchie sich nicht helfen lassen *will*, dann *kann* man ihr nicht helfen.

Ich komme zu den Sachverständigen. Ich spreche zuerst vom Obersten Jochim, Oberquartiermeister bei der 17. Armee, späterem Direktor im Reichsarchiv und jetzt Direktor im Reichsarchiv im zeit-

weiligen Ruhestand, weil er seine Aussagen mit einem kleinen Angriff auf den Untersuchungsausschuß begonnen hat.

Ich bitte dabei zu bedenken, daß die drei Bände des Untersuchungsausschusses vor dem Richter lagen und daß andauernd aus den Sätzen, die hier mit Mehrheit oder einstimmig angenommen waren, zitiert wurde. Die Feststellungen des Untersuchungsausschusses erschienen also dort mit einer starken Autorität, um nicht zu sagen, mit einem dogmatischen Gewicht, und sie wurden am Schluß der Beweisaufnahme noch einmal vom Richter in aller Form wörtlich verlesen.

Herr Jochim hat die Gesichtspunkte, die man gegen einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß erheben kann, nacheinander zur Geltung gebracht, insbesondere, daß Mehrheitsbeschlüsse kein endgültiges Mittel der Wahrheitsfindung seien — Gesichtspunkte, die auch hier nicht ganz unbekannt blieben — und ist dann auf seine Auffassung des Tatbestandes übergegangen. Außer Jochim war vom Reichsarchiv noch Major a. D. Volkmann, der ein Buch über den Marxismus im Heer geschrieben hat, als Sachverständiger tätig. Die anderen Sachverständigen gehörten ausschließlich dem Untersuchungsausschuß an, also die Herren v. Kuhl, Schwertfeger, Geheimrat Delbrück, Amtsgerichtsrat Dr. Herz und ich.

Die Aussagen, die die Sachverständigen Delbrück, Herz und v. Kuhl gemacht haben, sind hier bekannt, denn die Herren sind ganz bei ihren Gutachten geblieben. Das gilt im allgemeinen auch von Oberst Schwertfeger. Nur ein Punkt stach aus seiner Bekundung hervor, der etwas Neues brachte und hier erwähnt werden muß. Die Wendung seines Gutachtens, daß das Waffenstillstandsersuchen der Obersten Heeresleitung vom 29. September das Hissen der weißen Flagge bedeutete, hat Oberst Schwertfeger nun in einer, wie ich mich nicht enthalten kann zu sagen, überraschenden Weise interpretiert. Er erinnerte daran, daß das Wort vom Hissen der weißen Flagge nur bildlich gemeint sein könne. Heute bestehe der Brauch ja nicht mehr. Das Bild sei genommen von der Gepflogenheit früherer Jahrhunderte. Da habe man die weiße Flagge gehißt, wenn man einen Tag oder einen halben Tag Waffenruhe brauchte, um etwa die Toten zu beerdigen oder um Verhandlungen zu führen, und dann sei der Kampf weitergegangen. Der Nachdruck lag darauf, daß Schwertfeger mit dem Wort vom Hissen der weißen Flagge, das in seinem Gutachten steht, nicht ausdrücken wollte, daß man nachdem nicht mehr habe weiterkämpfen können. In der Frage des möglichen Weiterkämpfens und der damit zu erringenden günstigeren Friedensbedingungen stand Schwertfeger in einer Front mit den anderen Sachverständigen vom Militär. General v. Kuhl hat seine Überzeugung von jener Möglichkeit mit besonderem Nachdruck auseinandergesetzt, ebenso Oberst Jochim.

Oberst Jochim war der extreme Verteidiger der Obersten Heeresleitung. Er hat mit großem Aufwand von Gelehrsamkeit z. B. nach-

gewiesen, daß ein Verlangen nach sofortigem Waffenstillstand von der Obersten Heeresleitung nicht geäußert wurde. Wir haben uns da also völlig getäuscht. Jochim hat die Lage vom 29. September, nach dem das Waffenstillstandsangebot erging, so geschildert, daß wir damals eigentlich einen vollen Sieg errungen hatten. Er sagte: Die Amerikaner konnten nicht mehr; hätten wir nicht Schluß gemacht, so hätten die Amerikaner Schluß machen müssen; die Franzosen waren müde; die Engländer hatten, da sie sahen, daß man Belgien freigab, keinen Anlaß mehr, weiterzukämpfen. Der Schluß, der sich aus dieser Schilderung ergab, deren Zuspitzung natürlich dem Bedürfnis entsprang, die Lage nicht so verzweifelt erscheinen zu lassen, war, daß wir eigentlich glänzend dastanden. Oberst Jochim hat nicht bemerkt — das sage ich in diesem Kreise; in München ist es nicht so gesagt worden —, wie ungeheuer er die Oberste Heeresleitung, die den Waffenstillstand forderte, kompromittierte, wenn in Wirklichkeit die Lage so günstig war, wie er sie darstellte.

(Abg. Dr. *Rosenberg:* Ist die Äußerung des Herrn General Wetzell, der auch im Namen der Obersten Heeresleitung Mitteilungen gemacht hat, dem nicht entgegengehalten worden?)

Das war nicht möglich, weil das Gericht einem von mir gestellten dahingehenden Antrag keine Folge gab. Als Oberst Jochim geendet hatte, erklärte ich: Vom Herrn Sachverständigen sind die Feststellungen des Untersuchungsausschusses in wesentlichen Punkten angegriffen; wenn das Gericht Wert darauf legt, so bitte ich um die Möglichkeit, dazu Stellung zu nehmen. — Der Richter erwiderte, er könne noch nicht sagen, worauf er später Gewicht legen werde. — Er kam aber auf mein Angebot nicht zurück.

Ich kann nur kurz von der Frage der Friedensmöglichkeiten sprechen, die natürlich fortwährend und besonders nachdrücklich von Geheimrat Delbrück in die Debatte geworfen wurde. Die Sachverständigen außer Oberst Jochim — auch General v. Kuhl machte eine Einschränkung — waren darin einig, daß, wenn im Jahre 1917 eine Friedensmöglichkeit bestand, was man nicht beweisen kann, es dann jedenfalls nur ein Mittel gab, sie zu verwirklichen, nämlich den vorbehaltlosen Verzicht auf Belgien. Das kann wohl als die weit überwiegende Ansicht der Sachverständigen, die in dieser Frage ein Urteil haben, festgestellt werden.

Ich komme nun noch mit einigen Worten auf das Grundsätzliche der Erörterungen des Prozesses.

Bei der ganzen Sache ging es formell um die Beleidigungen, die die „Münchener Post", vertreten in dem verantwortlichen Redakteur Gruber, gegen Prof. Cossmann ausgestoßen hatte. Es war Privatklage erhoben aus §§ 185 und 186 der Strafprozeßordnung; dagegen war der Wahrheitsbeweis von der beklagten Partei angeboten, und in

diesem Zusammenhange kam man auf die großen historischen Auseinandersetzungen.

Es ging, wenn ich den Sinn der Erörterungen auf die entscheidenden Punkte reduzieren darf, um zwei Fragen. Die erste war: Konnte man vom November 1918 an durch Ablehnung der von den Gegnern gestellten Waffenstillstandsbedingungen und Fortsetzung des Kampfes politisch noch etwas gewinnen? Der politische Erfolg hätte darin liegen können, daß die Gegner wesentlich günstigere Friedensbedingungen machten, so daß wir nicht das Diktat von Versailles, sondern ein wesentlich anders geartetes Verhandlungsergebnis bekamen.

Das war die Frage, auf die hauptsächlich die Diskussion, die sich zwischen General v. Kuhl und mir entspann, hinauslief. General v. Kuhl war zunächst von dem Mißverständnis ausgegangen, ich hätte rein militärisch die Möglichkeit des Weiterkämpfens bestritten. Das konnte mir natürlich nicht in den Sinn kommen. Ich hatte wohl in diesem Zusammenhange das Wort gesprochen: Strategie ist keine Geheimwissenschaft. Aber diese Bemerkung bezog sich auf das Gesamturteil über die Möglichkeit eines noch zu erringenden militärischen Erfolges angesichts der Offenheit unserer anderen Fronten und der Lage im Westen. Ich habe General v. Kuhl in dieser Beziehung, wie ich glaube, eine befriedigende Erklärung gegeben. Nicht ob man bis zum letzten Mann weiterkämpfen konnte, stellte ich in Frage, nicht, daß man geordnet hinter den Rhein kam, sondern ob noch irgend eine militärische Schwierigkeit, die er zu scheuen hatte, vor dem Feind lag und ob, wenn eine solche Schwierigkeit nicht bestand, der Feind dennoch aus Scheu vor der Fortsetzung des Kampfes politische Zugeständnisse gemacht hätte.

Es wurde von den militärischen Sachverständigen, auch General Groener, als sicher angenommen, daß ein Weiterkämpfen vielleicht um einige Monate, vielleicht bis über den Winter, wenn alles gut ging, möglich war. Dabei ist allerdings eine interessante Differenz zutage getreten. Groener, der damals mit Hindenburg führte, war der Meinung, daß die Antwerpen-Maas-Linie nur noch ganz kurze Zeit zu halten gewesen wäre und daß er sehr schnell den Entschluß gefaßt hätte, die ganze Armee hinter dem Rhein aufzubauen. Nur die Rheinlinie hätte noch Monate gehalten werden können. Ich habe ihm den Einwand gemacht, ob er sich das angesichts der dann eintretenden Zerstörungen unserer industriellen Gebiete als möglich vorstelle. Er antwortete, daß selbstverständlich nur von einem Widerstand die Rede sein konnte, der die damals noch vorhandenen Mittel materieller Art wie an Menschen aufbrauchte. Dann kam aber das Ende.

(Abg. *Dittmann:* Ist über die Ernährungsfrage gesprochen worden? Es ist bekannt, daß die Bestände der Reichsgetreidestelle bis Anfang Januar, längstens 1. Februar reichten. Ein

Heer, das nicht ernährt werden kann, kann schwerlich den Krieg über den Winter weiterführen.)

Die Ernährungsfrage ist nicht eingehend besprochen worden. Es herrschte ja darüber Einigkeit, daß höchstens noch Monate gefochten werden konnte. Im Zusammenhang der Ernährung ist das nicht glückliche Wort des Obersten Jochim gefallen, daß der deutsche und der englische Soldat weniger genügsam gewesen seien als die Soldaten der anderen Armeen. Ich glaube, Herr Jochim hätte das lieber nicht sagen sollen. Er hat dabei gewiß nicht bestreiten wollen, daß unsere Soldaten gehungert haben, sondern der Sinn war: Die Leute waren infolge des Hungers sehr unzufrieden, haben geschimpft und Revolution gemacht, während andere genügsame Nationen so etwas nicht gemacht hätten.

(Abg. Dr. *Rosenberg:* Wurde irgendwie behauptet, daß der Entente diese verzweifelte Situation in Deutschland unbekannt war?)

Das war ein Gesichtspunkt, auf den ich selbst großen Nachdruck gelegt habe. Es wurde von den Vertretern des Weiterkämpfens auf Grund verschiedener Quellennachweise in amerikanischen, französischen und englischen Werken nur betont, daß es drüben militärisch auch so stand, daß man eine Atempause und eine Umpruppierung benötigte. Der Frage dagegen, ob den Gegnern der innere Zustand in Deutschland bekannt war, sind die Vertreter der Theorie des Weiterkämpfens begreiflicherweise nicht nahegetreten. Diese Frage mit ihren Folgerungen habe ich in einem Schlußwort scharf herausgearbeitet. Ich führte aus: Selbstverständlich konnte man rein physisch weiterkämpfen, bis der letzte Mann tot war; aber die Entente kannte genau unseren inneren Zustand, sie brauchte nicht einen Mann mehr einzusetzen, sie brauchte bloß die Blockade aufrechtzuerhalten, so fraßen wir uns vom Januar an gegenseitig auf, und es gibt kein Land, in dem, wenn der Hunger mit seiner Panik da ist, nicht Revolution ausbricht. Darauf gründe ich meine Anschauung, die ich aus den Tatsachen heraus für unwiderleglich halte, daß die Entente durch unseren längeren Widerstand zu einer Änderung ihrer Bedingungen nicht hätte veranlaßt werden können. Oberst Jochim und General v. Kuhl haben die Unbeugsamkeit des feindlichen Vernichtungswillens im Jahre 1917 mit aller Energie betont. Und doch standen wir im Jahre 1917 und im Frühjahr 1918 mit einer Armee, vor der die ganze Welt erbebte, an der Westfront. Wir waren im Jahre 1917 grundsätzlich bereit, Belgien aufzugeben. Es ist von Oberst Jochim unterstrichen, daß die O. H. L. Belgien nicht habe behalten wollen. Dennoch sollen die Engländer damals bereit gewesen sein, für Frankreich ihr Blut zu vergießen, soll der Kampfeswille der Franzosen unbeugsam gewesen sein. Und im November 1918, als wir wirklich nicht mehr weiterkonnten und unsere Auflösung eine Frage von Monaten war, da sollte es möglich gewesen sein, den politischen Vernichtungswillen der Gegner dadurch

zu brechen, daß wir uns noch acht Wochen hinter dem Rhein hielten! Ich kann die Vernunft dieses Gedankenganges beim besten Willen nicht finden.

Die andere entscheidende Frage war die: Ist in Deutschland das allmähliche Nachlassen des Willens zum weiteren Kampfe und die endliche Weigerung hervorgerufen worden durch eine in den Tatsachen nicht begründete künstliche Agitation der Unabhängigen Sozialdemokraten, die auf diese Weise zur Macht kommen wollten und das Vaterland verrieten, oder sind jene Erscheinungen das Ergebnis einer aus der tatsächlichen Lage, aus der Übermacht der Gegner, aus der je länger je deutlicher hervortretenden Unmöglichkeit für uns, den Nahrungs- und Rohstoffbedarf zu decken, entsprungen und ist aus dieser gesamten Sachlage evolutionistisch der Punkt erreicht worden, den wir in der sogenannten Revolution erreicht sehen, daß eben die Matrosen, wie die Heimat, wie die Front oder doch der für die Front bestimmte Ersatz sich weigerten, weiterzukämpfen? Ich habe die im Grunde geschichts-philosophische Frage dahin entscheiden zu sollen geglaubt, daß gewiß das Ausland durch seine Flugzettel und Bücher und persönlichen Einwirkungen den Geist der Heimat und der Front mit fantastischen Vorstellungen erfüllte und damit über das in den Tatsachen begründete Maß hinaus das Vertrauen bei uns schwächte, daß aber die entscheidende Erschütterung des Vertrauens einmal aus gewissen Gedanken über die Entstehung des Krieges und Zweifeln an der Interessiertheit der Völker am Krieg entsprang, dann aus der Beobachtung, daß man den Verteidigungskrieg aufgegeben hatte, endlich aus der Tatsache, daß die Berechnungen der O. H. L. trotz aller schönen Siege nicht zum Erfolg führten, wozu sich dann, nachdem die Amerikaner auf dem Kampfplatz erschienen, das Gefühl gesellte, daß gegen diese Übermacht auch an Material auf die Dauer ein Widerstand nicht mehr geleistet werden könne, daß also aus diesen in der Sache liegenden Gründen schließlich die Weigerung der Heimat, der Marine und der Front, weiterzukämpfen, sich erklärt.

(Zuruf des Abg. Grafen *v. d. Schulenburg:* Die Front hat sich nicht geweigert.)

Das wird ein Hauptgegenstand der weiteren Untersuchung sein müssen. Ich bin überzeugt, daß die Front, bei der sich, wenn ich so sagen darf, ein Landsknechts-Ehrenstandpunkt herausgebildet hatte, den ich selbst schon im Felde wahrnahm und teilte, nicht davongelaufen wäre. Aber die Müdigkeit, die Neigung, sich gefangen nehmen zu lassen, das Nichtwiederkommen aus dem Urlaub hätten zugenommen, und auch die Front hätte sich auf diese Weise mit zunehmender Geschwindigkeit verkrümelt. Andere Mittel, ihre Kriegsmüdigkeit oder ihre politischen Überzeugungen zum Ausdruck zu bringen, hatten die schwerkämpfenden Frontsoldaten ja nicht. Das wurde anders, sobald sie die Heimat berührten. Nun wäre es doch wohl eine unzureichende

Psychologie, zu sagen, daß die Leute plötzlich verhetzt und vergiftet, geradezu behext wurden. Vielmehr trat jetzt die Gesinnung, die sich in ihnen längst bewußt oder latent entwickelt hatte, zutage. Ich vertrat in München die Ansicht, daß die in Berlin vorhandenen Offiziere ausgereicht hätten, die Revolution niederzuhalten. Und vielleicht gälte dies auch für andere Städte. Ich fügte aber hinzu, daß gleichzeitig die Regierung den Entschluß fassen und öffentlich bekunden mußte, den Krieg endgültig abzubrechen, ähnlich wie die Russen es taten. Dann hätten sich die staatserhaltenden Elemente der alten Ordnung zur Verfügung gestellt. Mit dieser Lösung wären auch die zurückkehrenden Soldaten zufrieden gewesen. Die Revolution bedeutete, so führte ich in München aus, meiner Ansicht nach zunächst den Widerstand gegen die große Seeschlacht und gegen das letzte Auskämmen der Heimat, mit dem sich die Propaganda für die levée en masse verband. Die Revolution entsprang weiter dem allgemeinen Gefühl, daß die Regierung und die hinter oder über ihr stehende Oberste Heeresleitung einen verzweifelten und sinnlos gewordenen Kampf fortsetzten und daß irgend jemand in dieser Lage den einzig aber auch unbedingt nötigen Entschluß fassen mußte, den Krieg zu beendigen. Die neue Regierung fand den Entschluß; Heimat und Front hatten ihn verlangt und billigten ihn.

Ich hätte nun noch vorzutragen, was der Sachverständige Volkmann prinzipiell über den Marxismus und die Unabhängige Sozialdemokratie auseinandersetzte und was darüber, sowie über die „Macher" der Revolution, die Herren Emil Barth und Genossen, in München gesagt wurde. (Zuruf: Unnötig.) Dann bin ich mit meinen Ausführungen zu Ende.

Der Abg. D. Dr. Dr. Bredt wird zum Sondersachverständigen über „Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg" bestellt.

## Sitzung, Mittwoch, den 2. Dezember 1925

### Bericht des Abg. Dr. Rosenberg über die Frage der revolutionären Propaganda

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird beschlossen, eine Denkschrift des Abg. Graf *v. d. Schulenburg* zur Kenntnis zu nehmen und im geeigneten Zusammenhang zu veröffentlichen[1]). Hiernach erhält das Wort zur Erstattung seines Berichts der Abg. Dr. Rosenberg.

---

[1]) S. Bd. 6 dieser Reihe S. 309 ff.

Berichterstatter Abg. Dr. *Rosenberg:* Die Situation für diesen Bericht über die Dolchstoßfrage ist wesentlich anders als die Situation bei den Beratungen über die Ursachen des militärischen Zusammenbruchs. Während für die Analyse des militärischen Zusammenbruchs seitens der Herren Sachverständigen Arbeiten von wirklich wissenschaftlicher Bedeutung vorlagen, auf die der Berichterstatter einfach fußen konnte, ist es diesmal nicht der Fall. Für die Untersuchung des militärischen Zusammenbruchs sind ja die beiden wirklich bedeutenden wissenschaftlichen Werke von General v. Kuhl und Oberst Schwertfeger dem Ausschuß zur Verfügung gestellt worden. In diesem Falle muß ich mich aber der Beurteilung der verschiedenen Gutachten anschließen, wie sie Herr Prof. Bergsträßer in seiner Denkschrift gegeben hat. Es ist immerhin bemerkenswert, wieso diese Gutachten so außerordentlich unbefriedigend ausgefallen sind, obwohl doch unter ihren Verfassern Männer von anerkannt wissenschaftlichen Qualitäten sich befinden. Ich glaube, die Hauptursache liegt darin, daß eine richtige wissenschaftliche Methode für die Prüfung dieser Frage noch nicht gefunden wurde, sondern daß man sich damit begnügte, wahllos zusammengeraffte Einzeltatsachen, Stimmungen und Gefühle zu kombinieren und sodann ein Bild zusammenzustellen, das jeder Realität und jeder wissenschaftlichen Gründlichkeit entbehren mußte. Ich habe mir die Aufgabe gestellt, weniger neue Tatsachen zu entdecken, was bei diesen tausendfach erörterten Fragen nicht gut möglich wäre, sondern in erster Linie gewisse methodische Grundsätze zu zeigen, von denen ich hoffe, daß sie den Gegenstand fördern können.

Wenn wir uns nun die Frage des sogenannten Dolchstoßes vorlegen, so ist zunächst eine scharfe Definition dessen erforderlich, was man unter der Dolchstoßthese versteht, und ich glaube, daß man sie folgendermaßen wiedergeben kann. Es ist die Auffassung, daß Deutschland zu einem anderen Frieden, einem wesentlich besseren Kriegsausgang gekommen wäre, wenn nicht gewisse aktive Gegenwirkungen im Innern dagewesen wären. Die wissenschaftliche Prüfung dieser Behauptung zerfällt dadurch ganz von selbst in zwei Teile. Der eine Teil müßte nachprüfen, welches die Ursachen der deutschen Niederlage waren, ob sie nur militärische Gründe hatte oder ob innerpolitische Gründe dabei von Bedeutung waren, und der zweite Teil müßte sich mit einer möglichst klaren und scharfen Analyse solcher Bestrebungen und Strömungen befassen, die im Innern Deutschlands angeblich vorhanden waren und darauf abzielten, die Niederlage herbeizuführen. Das sind die beiden Grundaufgaben, die wissenschaftlich gestellt sind, wenn man der Dolchstoßfrage näher treten will.

Wenn wir uns zunächst die zweite Aufgabe ansehen, die zu analysieren hat, wie weit derartige Strömungen, Gruppen, Parteien im Innern Deutschlands vorhanden waren, die auf die Niederlage abzielten, muß man auch da möglichst klar sein und nicht Dinge durch-

einander werfen, die miteinander nichts zu tun haben. Die Analyse ergibt nämlich, daß es tatsächlich Gruppen gegeben hat, die im Kriege auf die Revolution hinarbeiteten. Das ist selbstverständlich und nicht zu leugnen. Aber es gehört selbstverständlich zu dieser ganzen Dolchstoßfrage der Nachweis eines aktiven Willens von irgendeiner politischen Richtung, für Revolution und Niederlage zu arbeiten, und man muß dabei die betreffenden politischen Richtungen scharf umreißen, man darf da nicht politische Gruppen durcheinander werfen, die selbst im Gegensatz zueinander gestanden haben. Das ist ein Punkt, wo die bisherige Bearbeitung der Dolchstoßfrage durchaus unzulänglich ist, wo die größten Fehler gemacht worden sind, erstens aus Unkenntnis der Arbeiterbewegung während des Krieges und dann vielleicht auch aus einem gewissen Unterbewußtsein heraus, das ich nachher noch näher zu charakterisieren habe.

Die sachliche Prüfung der Ereignisse und Strömungen im deutschen Volke während des Krieges führt nun noch zu etwas anderem; sie führt zur Feststellung einer Parallelität. Es gab auf der einen Seite eine Bewegung, die ganz aktiv auf die Revolution hinarbeitete. Es gab aber auch eine Friedensströmung im Volke, eine Strömung, die darauf abzielte, den Krieg um jeden Preis zu beendigen, die aber an sich Revolution, Umsturz nicht wollte. Es ist absolut notwendig, bei der Betrachtung der Ereignisse im Laufe des Krieges und auch bei der Betrachtung der Revolution selbst diese beiden Kräfte und Strömungen auseinander zu halten, auf der einen Seite die Strömung, die bewußt Revolution wollte, auf der anderen Seite die Strömung, die nur den Frieden an sich wollte, ohne revolutionäre Wünsche, Forderungen, Ideen damit zu verknüpfen. Ich will nicht leugnen, daß beide Strömungen Berührungspunkte hatten, daß Übergangsstellen vorhanden waren. Aber das zugeben heißt nicht, die beiden Strömungen zu identifizieren. Ich weiß zwar sehr gut, daß die Thesen und Auffassungen, die ich vertreten werde, nicht von allen Herren dieses Untersuchungsausschusses gebilligt werden. Aber ich hoffe doch entschieden, wir werden imstande sein, bei unseren endgültigen Thesen mindestens diese Unterscheidung scharf zu präzisieren zwischen der *Friedens*bewegung und der *Revolutions*bewegung. Das ist von außerordentlicher Wichtigkeit. Wenn wir das erreicht haben und wenn wir zweitens erreicht haben, die einzelnen oppositionellen Strömungen, die vorhanden waren, zu erfassen und richtig zu charakterisieren sind wir schon einen Schritt vorwärts gekommen und können sagen, daß die Arbeit dieses Untersuchungsausschusses zur Dolchstoßfrage nicht ganz vergeblich gewesen ist.

Ich will meine Darlegungen in folgender Weise einteilen. Ich will erst über die verschiedenen oppositionellen Strömungen in der Arbeiterschaft sprechen, denn die kommt hier nur allein in Frage, und dabei untersuchen, welche Kräfte da waren, die aktiv die Revolution

wollten. Zweitens möchte ich die allgemeine Friedensströmung untersuchen, die im Volke vorhanden war und die einen Hauptanteil an der Revolution hatte, wobei wir nachzuprüfen haben, ob die November-Ereignisse 1918 mehr von der Friedensströmung ausgingen oder von aktiv-revolutionären Teilen des Volkes. Drittens möchte ich noch kurz die Frage erörtern, welches die Gründe der deutschen militärischen Niederlage waren, ob die Niederlage nur in der strategischen Lage begründet war oder ob innerpolitische Motive irgendwelcher Art damit zusammenhingen.

Zunächst die Frage der verschiedenen oppositionellen Strömungen innerhalb der Arbeiterschaft, innerhalb des deutschen Sozialismus. Dabei wird ein erstaunlicher Fehler fast in der gesamten Literatur über die Dolchstoßfrage, auch in den Vorträgen, Gutachten usw. gemacht. Man stellt es so dar, als hätte es damals in der deutschen Arbeiterschaft nur zwei Strömungen gegeben, eine, die für die Landesverteidigung gewesen wäre, das wäre die Mehrheitssozialdemokratie, und eine gegen die Landesverteidigung, das wären die Linksradikalen und die USP, wobei man beide identifiziert. Das ist vollkommen falsch. Es gab während des Krieges in der Arbeiterbewegung *drei* Strömungen, die völlig voneinander zu trennen sind, einen rechten Flügel, die Mehrheitssozialdemokratie, eine mittlere Gruppe, die USP, und eine linke Gruppe, die ich als linksradikal bezeichnen möchte, deren Kern der Spartakus-Bund war, wozu aber noch verschiedene andere kleine oder größere Gruppierungen gekommen sind. Wenn Sie sich über diese Dinge orientieren wollen, möchte ich Ihnen ein Buch nennen, das von einem früheren Mitglied dieser linksradikalen Bewegung verfaßt wurde, von Paul Frölich: „10 Jahre Krieg und Bürgerkrieg", erster Teil, Berlin 1924, Vereinigung internationaler Verlagsanstalten.

Ich möchte gleich folgendes Allgemeine vorausschicken. Es ist mir nicht ganz klar, was in dieser Frage, man könnte sagen, geschichtsnotorisch ist, und vielleicht setze ich manches als geschichtsnotorisch voraus, was es nicht ist. Ich will zunächst so verfahren, daß ich nur dafür Belege bringe, wo es mir erforderlich zu sein scheint. Ich werde im Laufe dieser ganzen Ausschußarbeit noch Gelegenheit haben, zu Worte zu kommen. Sollten Dinge, die ich für selbstverständlich halte, angezweifelt werden, so bin ich sehr gern bereit, in meinem Schlußwort oder bei sonstigen Gelegenheiten noch soviel Material nachzutragen, als irgendwie gefordert wird.

Nun handelt es sich für uns darum, kurz auseinanderzusetzen, welches die Unterschiede zwischen diesen drei Gruppen gewesen sind; denn die Unterschiede waren groß, und vor allen Dingen war der Kampf zwischen der USP und dem Spartakus-Bund, den Linksradikalen, außerordentlich scharf, und wer nur einige Ahnung von der linksradikalen Literatur während des Krieges hat, muß feststellen, daß die Linksradikalen die USP noch mit viel größerer Heftigkeit

und Leidenschaft angegriffen haben, als die Mehrheitssozialdemokratie. Das gilt für alle Schriften von Liebknecht und Rosa Luxemburg, auch nach der Revolution. Ich erinnere nur an den letzten Artikel von Liebknecht, der sozusagen sein politisches Testament war, worin er als Losung die Vernichtung der USP ausgab. So scharf waren die Gegensätze bis zum letzten Moment. Beim ersten Überfliegen der sogenannten Marinedenkschrift ist mir aufgefallen, daß der Verfasser von diesem Unterschied der USP und der linksradikalen Bewegung nicht die entfernteste Ahnung hat. Aber auch andere bedeutende Männer haben in ihren Darlegungen jedes Verständnis dafür vermissen lassen.

Nun die Frage: Was bedeuten diese Differenzen, wie sind sie entstanden? Ich muß da mit einigen Worten auf die Stellungnahme der Sozialdemokratie zum Kriege an sich eingehen. Die sozialistische Lehre, der Marxismus, also die Weltanschauung, wie sie Marx und Engels vertreten haben, ist nicht grundsätzlich pazifistisch, lehnt an sich Kriege nicht ab, und Marx und Engels haben das Recht einzelner Völker, ihre Existenz zu verteidigen, durchaus anerkannt. Ich erinnere nur an die Schriften und Artikel von Marx und Engels gelegentlich der Jahre 1848 und 1849, an die Idee des deutsch-russischen Krieges, die damals Marx und Engels im Interesse der Revolution gefördert haben. Engels ist noch bis in seine letzte Lebenszeit hinein alles andere als Pazifist gewesen. Er hat sogar in den 90er Jahren die Möglichkeit eines Krieges Rußlands und Frankreichs gegen Deutschland erörtert, wobei Deutschland durchaus das Recht haben sollte, sich zu wehren. Aber für Engels war dann die Hauptvoraussetzung, daß bei dieser Gelegenheit die Arbeiterschaft die Regierung übernehmen sollte, daß also eine deutsche Arbeiterrepublik diesen Kampf gegen Frankreich und Rußland führen sollte, um dort die reaktionären Regierungen zu stürzen, vielleicht ebenso wie die französische Republik 1793 den Kampf gegen die reaktionären Staaten des damaligen Europa geführt hatte. Solche Ideen eines Volkskrieges sind auch Marx und Engels absolut nicht fremd gewesen, sie gehören mit zum Wesen ihrer ganzen Auffassung, und die moderne sozialistische Richtung, die am orthodoxesten und strengsten die alte marxistische Lehre wieder belebt hat, die russischen Bolschewiki, haben ja durch ihre Praxis gezeigt, daß sie durchaus nicht auf pazifistischer Grundlage stehen, sondern einen solchen Verteidigungskrieg des werktätigen Volkes, wenn es die Macht in einem Staate hat, durchaus für richtig und begründet ansehen. Ich darf darauf hinweisen, daß sogar noch während des Krieges Lenin in seinen Schriften, die er in der Schweiz veröffentlichte, eine gewisse Differenz zu Rosa Luxemburg hatte über die Frage eines nationalen Krieges. Ich möchte hier nur ein berühmtes Buch zitieren, das ist die Sammlung der Artikel, die Lenin und Sinowjeff während des Krieges in der Schweiz geschrieben haben, veröffent-

licht unter dem Titel: „Gegen den Strom". Lenin hat im Gegensatz zu Rosa Luxemburg sogar während des Krieges betont, nationale Kriege seien in der heutigen Zeit möglich, und er verwies besonders auf die asiatischen Völker: Wenn sie von imperialistischen Kräften angegriffen würden, wäre ein nationaler Krieg durchaus diskutabel.

Nun war die große Differenz bei Kriegsausbruch in der deutschen Sozialdemokratie folgende: Die einen waren der Meinung, daß dieser Krieg ein nationaler Verteidigungskrieg sei, der geführt werden müsse, um die Existenz des deutschen Volkes zu wahren, und daß man aus diesem Grunde die Kriegspolitik der Regierung unterstützen müsse. Das war ungefähr die These der Mehrheitssozialdemokratie. Demgegenüber hat die Gruppe, die Liebknecht und Rosa Luxemburg geführt haben, einen anderen Standpunkt vertreten. Diese andere Auffassung sagte folgendes: Es handelt sich nicht um einen nationalen Verteidigungskrieg des deutschen Volkes oder des französischen, des russischen oder eines anderen Volkes, sondern es handelt sich um eine Auseinandersetzung der imperialistischen Kräfte; darum, daß in jedem Staate die großen kapitalistischen Klassen, das sogenannte Finanzkapital die Macht hätten, daß diese finanzkapitalistischen Gruppen gegenseitig den Kampf um die Herrschaft der Welt führen. Es ist kein Krieg an sich, sondern ein ganz besonderer Einzelfall des Krieges: „der imperialistische Krieg", und Lenin in der Schweiz für die Bolschewiki, Rosa Luxemburg, Liebknecht und die anderen Führer der deutschen linksradikalen Bewegung vertraten die Auffassung: Die Arbeiterschaft hat kein Interesse daran, sich irgendwie aktiv im Interesse der Bourgeoisie an diesem Wettkampf der imperialistischen Mächte zu beteiligen, sondern die Aufgabe der Arbeiterschaft besteht darin, in jedem Lande die Revolution herbeizuführen, den Weltkrieg in die Weltrevolution ausmünden zu lassen, so daß also das kapitalistische Europa durch ein sozialistisches Europa ersetzt werden sollte. Um nicht zu sehr mich in Einzelheiten zu verlieren, will ich die verschiedenen Nuancen, die vorlagen, nicht erörtern. Es gab da gewisse Unterschiede, daß gewisse Gedanken von Lenin schärfer formuliert wurden als von den deutschen Linksradikalen, daß gewisse Folgerungen von den deutschen Linksradikalen noch nicht gleich gezogen wurden, und anderes mehr.

Ich will gleich eine andere Frage erörtern: Hatte diese linksradikale Bewegung die Absicht, etwa den Sieg der Entente über Deutschland im Endziel herbeizuführen? Davon kann gar keine Rede sein. Bei den Dolchstoß-Erörterungen ist doch immer mindestens im Unterbewußtsein die Auffassung, als hätten irgendwelche Gruppierungen in Deutschland im Interesse der Entente dieses oder jenes getan. Auch die sogenannte Marinedenkschrift hat eine gewisse Tendenz, indem erst sehr ausführlich behandelt wird, was die bezahlten Ententeagenten gemacht haben, was der Spionagedienst der Entente in Deutschland

gemacht hat. Daran wird das angeschlossen, was die Arbeiter-Organisationen in ihren verschiedenen Formen politisch und theoretisch vertreten haben. Eine solche Auffassung ist durchaus falsch. Ich möchte nur auf Rußland verweisen. Auch die Bolschewiki haben auf das entschiedenste den revolutionären unterirdischen Kampf gegen die zaristische Regierung geführt, und Lenin hat vor der Konsequenz nicht zurückgeschreckt, daß dieser revolutionäre Kampf auch die Niederlage der eigenen Regierung zunächst im ersten Akt fördern müßte. Aber die Konsequenz sollte dann nicht sein, daß etwa Rußland vor seinen Feinden kapituliert, sondern daß durch die Weitertragung der Revolution auch die Existenz des russischen Volkes gewahrt werden sollte, oder, wenn nur in Rußland die Revolution ausbrach und die anderen Länder blieben noch auf dem Boden des Kapitalismus, daß dann die Revolution in Rußland das Recht und die Pflicht hatte, sich zu verteidigen. Die ganze Praxis der Bolschewiki hat das gezeigt. Die Bolschewiki kamen zur Macht, sie haben sicher die zaristische Armee zunächst sehr erschüttert, es war das auch gewollt. Sie haben dann den Frieden allen Völkern angeboten. Das führte zunächst zu keinem Ergebnis. Die Bolschewiki mußten dann den Frieden von Brest-Litowsk schließen, wobei es sehr schwere Differenzen innerhalb der russischen Partei gab. Zur Zeit des Brest-Litowsker Friedens hat eine Minderheit der russischen Partei unter Führung Trotzkis aufs Entschiedenste den Frieden verworfen, weil er eine elende Kapitulation Rußlands wäre. Lenin hat sich für den Frieden eingesetzt, nicht etwa aus pazifistischen Gründen, sondern weil er sagte: Wir sind zurzeit zu schwach, wir brauchen eine Atempause, wir können nicht weiterkämpfen, und wenn wir uns wieder erholt haben, gehen wir wieder vorwärts. Lenin hat sich durchgesetzt. Der Friede von Brest-Litowsk wurde unterzeichnet. Aber sämtliche führenden Bolschewiki hatten die feste Überzeugung, daß er nur eine Atempause, ein Waffenstillstand sein könnte. Sie haben gerüstet und die erste Gelegenheit benützt, um das russische Reich und die Selbständigkeit des russischen Volkes soweit als möglich wiederherzustellen.

Ich möchte gleich andeuten, daß die russischen Bolschewiki 1918, als die Revolution in Deutschland heraufzog, die Meinung hatten, daß es in Deutschland ähnlich gehen würde. Die russischen Führer waren über die Einzelheiten der deutschen Vorgänge zu wenig orientiert. Sie kannten vor allen Dingen nicht die ungeheure physische Erschöpfung des deutschen Volkes. Sie hielten noch eine Fortsetzung des Krieges für möglich. Ich möchte einige Beispiele anführen. Ich habe hier eine Ausgabe der Spartakusbriefe, herausgegeben von der Kommunistischen Partei Deutschlands, 1921, Frankes Verlag. Da ist im Anhang auf Seite 160 eine Rede Lenins, die er in der Sitzung des Zentralexekutivkomitees vom 1. Oktober 1918 in Moskau gehalten hat. Ich will einige Stellen davon verlesen:

„In Deutschland ist eine politische Krise ausgebrochen. ... Das russische Proletariat wird begreifen, daß der Internationalismus von ihm bald die größten Opfer fordern wird. Die Zeit, in der die Umstände von uns verlangen werden, daß wir dem deutschen Volk, das sich von seinem Imperialismus befreit, im Kampfe gegen den englischen und französischen Imperialismus, zu Hilfe kommen, ist im Anzuge. Laßt uns also sofort mit den Vorbereitungen beginnen."

Es war damals die Meinung der bolschewistischen Führer, daß eine wirklich sozialistische deutsche Revolution sofort in einen schweren Konflikt mit dem englisch-französischen Imperialismus geraten und dann wahrscheinlich genötigt sein würde, den Krieg fortzusetzen, und daß für diesen Fall ein Bündnis der deutschen und russischen Arbeiterregierungen gegen England und Frankreich in Frage käme, eine Auffassung, die ja sachlich unmöglich war auf Grund der ganzen Kräfteverhältnisse in Deutschland. Ich wollte das nur anführen, um die allgemeine Tendenz darzulegen, die in der linksradikalen Bewegung in Deutschland vorhanden war, und es ist immerhin zweifelhaft, ob eine Regierung Rosa Luxemburg den Versailler Vertrag unterzeichnet hätte. Aber der Wille, auch über die Niederlage der eigenen Regierung hinweg zur Revolution zu kommen, war selbstverständlich da.

Ich glaube, es wird nicht nötig sein, wenn ich im Einzelnen noch die verschiedenen Flugschriften und Meinungsäußerungen der Linksradikalen anführe. Ich will mich zu der anderen wichtigeren Frage wenden, welche Differenz zwischen den Linksradikalen und der USP bestand. Es war ja eigenartig, daß in dem Münchener Dolchstoßprozeß von Liebknecht und seiner Gruppe fast gar nicht gesprochen worden ist. Liebknecht war im Zuchthaus, er hat aus seiner Überzeugung nie ein Hehl gemacht. Auch die anderen Führer dieser Gruppe haben klar ausgesprochen, daß hier eine Bewegung vorhanden ist, die aktiv die Revolution und den Sturz des bestehenden Systems will. Aber davon war in dem Prozeß wenig die Rede, sondern im Vordergrund stand seltsamer Weise die angeblich revolutionäre Tätigkeit der USP, und ich glaube, das geht auf folgendes Unterbewußtsein zurück: Jedermann kennt die Tätigkeit der Liebknecht-Gruppe. Jedermann weiß aber auch, daß die Liebknecht-Gruppe nur eine kleine Minderheit der Arbeiter hinter sich hatte, und daß die linksradikale Bewegung rein physisch so schwach war, daß sie einen entscheidenden Einfluß auf die Geschicke Deutschlands nicht ausüben konnte. Auf der anderen Seite stand die USP als eine Millionenbewegung, eine Partei, die zwar auch nicht die Mehrheit der Arbeiter hatte, aber z. B. bei den Wahlen zur Nationalversammlung im Januar 1919 zwei Millionen Stimmen bekam. Wenn man eine starke Kraft der deutschen inneren Politik haben will, von der man annimmt, sie habe durch ihre Aktion den Krieg beendigt und die Revolution herbeigeführt, so käme dafür höchstens die USPD als große Partei in Frage, aber

nicht die kleine Spartakusgruppe, deren Einfluß relativ nicht groß gewesen ist.

In klassischer Weise ist diese Auffassung — ich folge da aber nur dem, was hier berichtet wurde: die Protokolle der Aussagen im Münchener Prozeß habe ich nicht zur Hand — bei den Aussagen der Marinezeugen zutage getreten, die ungefähr die Meinung vertraten, der Krieg wäre für Deutschland zu einem guten oder erträglichen Ende zu führen gewesen erstens durch den Widerstand der Front, zweitens durch die geplante Seeschlacht, wenn nicht die USPD durch ihre Agitation 1917/18 die Marine unterwühlt, dann den Marineaufstand herbeigeführt, die Seeschlacht verhindert und so den Zusammenbruch der Front verschuldet hätte. Das wäre die klassische Formulierung der aktuellen Dolchstoßbehauptung, die besonders gegen die USPD zugespitzt worden ist.

Man muß sagen, daß das geschichtlich durchaus falsch ist, wobei jedes Werturteil von mir zunächst zurückgestellt wird, wie es überhaupt in solchen wissenschaftlichen Fragen zurückgestellt werden sollte. Denn das, was dem einen als Schande erscheint, ist dem anderen lobenswert. Das ist relativ und Modesache. Wenn eine radikale Strömung im Volke ist, wird jeder damit renommieren wollen, daß er gegen den Krieg gewesen sei. Nach der Revolution suchte jeder oder wenigstens sehr viele, um ihre politische Volljährigkeit zu beweisen, alles zu sammeln, was sie vorher angeblich als Oppositionsmänner gemacht hatten. Als die Welle umschlug, suchte man nach dem Gegenteil. Für wissenschaftliche Betrachtungen ist das ganz gleichgültig. Man muß jede geschichtliche und politische Strömung wissenschaftlich betrachten, als Ausdruck bestimmter realer Kräfte. Werturteile in dem einen oder anderen Sinne sollen damit nicht verbunden sein.

Ich fühle mich vom wissenschaftlichen Standpunkte aus verpflichtet, zu betonen, daß diese Behauptungen über die USPD vollkommen falsch sind. Ich möchte die Geschichte der USPD im einzelnen in diesem kurzen Vortrag nicht anführen. Es gibt Bücher genug, aus denen man das entnehmen kann, z. B. eine Geschichte der USPD von Prager, die das Material einigermaßen enthält.

Ich möchte in kurzen Worten den Standpunkt der USPD so formulieren, daß die USPD, die sich im Reichstag zunächst von der Mehrheitssozialdemokratie trennte und sich dann im großen Rahmen der Organisation selbständig machte, in erster Linie die Theorie des Burgfriedens verwarf, also die Auffassung der Mehrheitssozialdemokratie, daß man aktiv mit der Regierung, mit den bürgerlichen Parteien, mit dem Unternehmertum zusammenarbeiten müsse. Sie suchte demgegenüber den selbständigen Klassenstandpunkt der Arbeiterschaft, also Opposition im alten sozialdemokratischen Stil, zu betonen.

In der Frage der Landesverteidigung war die USPD nicht entschieden. Sie hat die Landesverteidigung prinzipiell nicht abgelehnt.

Aber sie meinte, daß es unter gewissen Umständen nicht nötig wäre, die Kriegskredite zu bewilligen.

Ich möchte hier einige Beispiele anführen. Ich habe hier in den „Spartakus-Briefen" auf Seite 56 des Bandes, der schon 1920 herausgekommen ist, einen Brief, der sich mit der Ersatzwahl beschäftigt, die 1916 im Wahlkreis Oschatz-Grimma stattfand. Bei dieser Ersatzwahl war als konservativer Kandidat Dr. Wildgrube aufgestellt und als Kandidat der USPD der bekannte Arbeiterführer Lipinski. Lipinski hat in einer Reihe von Reden sein Programm dargelegt, und die Spartakus-Briefe nehmen dazu Stellung und verurteilen aufs allerschärfste die Haltung von Lipinski, weil er praktisch dasselbe sage wie die Mehrheitssozialdemokratie.

Ich lese hier folgendes vor:

Der Kandidat Lipinski voran hat ein Wahlprogramm entwickelt, das nicht zur Klärung, sondern zur Verschleierung der politischen Situation beitragen mußte. Lipinski wiederholte als eigenes Programm alle die zweideutigen, unklaren Forderungen, die auch die Mehrheit erhebt.

Nun wird Lipinski zitiert:

Die Sozialdemokratie will Deutschland unversehrt und unabhängig erhalten wissen. Sie lehnt alle Annexionen fremdsprachiger Völker und Länder ab, weil Annexionen den Keim zu neuen Kriegen enthalten. Die Sozialdemokratie erstrebt eine Verständigung der Völker zum freien friedlichen Wettbewerb, zur gemeinsamen Kulturarbeit.

Nun sagt Spartakus:

Das sind die Phrasen der Scheidemänner, und Lipinski beeilt sich, ausdrücklich hinzuzufügen: „Diese Darlegung ist die Auffassung der gesamten Sozialdemokratie."

Lipinski verrät dabei, daß die Arbeitsgemeinschaft — so hieß damals die USPD — sich völlig auf den Boden der Landesverteidigung stellt. — Eine sehr dankenswerte Erklärung, wie die Arbeitsgemeinschaft sich selbst um diesen Punkt herumdrückt und sich noch in der von Bernstein verlesenen Begründung der letzten Kreditablehnung darüber ausschwieg. Lipinski lüftet endlich dieses von uns allerdings längst geoffenbarte Geheimnis.

Nun wird Lipinski zitiert:

Was die Fraktion der Arbeitsgemeinschaft von der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei trennt, liegt in der Wertung der einzelnen Tatsachen, die für die Beurteilung des Krieges bestimmend sind. Die Arbeitsgemeinschaft tritt wie die Fraktion für die Verteidigung des bedrohten Vaterlandes ein. Sie lehnt es aber ab, imperialistische Eroberungskriege zu unterstützen.

Nun kommt wieder Spartakus:

Auch Ledebour hat ja auf der Reichskonferenz verkündet, daß er wieder die Kredite bewilligen wolle, wenn die Russen an der Oder und die Franzosen am Rhein stehen. Ja, er war so gütig, auf einen Zwischenruf eines Mehrheitsmannes hinzuzufügen, daß er mit der Bewilligung nicht solange warten wolle. Solange die Arbeitsgemeinschaft sich nicht zu einer klaren, konsequenten Auffassung und Politik bekennt, wird ihre Agitation auch nicht in den Massen zünden. Lipinski hat es sogar ausdrücklich abgelehnt, sich zu dem rücksichtslosen Auftreten Liebknechts zu bekennen; er belehrt seine Wähler.

Nun kommt ein wörtliches Zitat von Lipinski:

Ebenso ist es falsch, von einer Fraktion Haase-Liebknecht zu schreiben, weil Liebknecht ja keiner Fraktion angehört und über die Auffassung der Arbeitsgemeinschaft mit seiner politischen Auffassung hinausgeht.

Es wird dann weiter gesagt:

So sehr der Arbeitsgemeinschaftler Lipinski die Grenzen der Auffassung zwischen sich und der Mehrheit zu verwischen sucht, so schroff rückt er von Liebknecht ab! Und damit hoffte er, die Massen zu gewinnen und zu begeistern?

Das war ein Zitat, das ich herausgegriffen habe. Es geht durch die ganzen Spartakus-Briefe die erbittertste Polemik der Linksradikalen gegen die USPD, was darauf zurückzuführen ist, daß die Linksradikalen die Revolution wollten, während die USPD sich auf eine Opposition mit gelegentlicher Ablehnung der Kredite beschränkte.

Sie sehen, wie absurd es ist, daß die USPD die Marinerevolution durchgeführt haben soll. Der Spartakus-Bund hat Flugschriften veröffentlicht, hat aber aktiv in einem bestimmten Truppenteil eine Meuterei usw. nicht angezettelt; ich will nicht sagen, aus inneren Hemmungen, sondern weil sein Einfluß und seine Kräfte nicht ausreichten. Die Entfesselung der Marine-Revolution wäre ein Schritt im Stile der russischen Bolschewiki gewesen. Die ganze Polemik der Linksradikalen gegen die USPD wäre sinnlos, wenn die USPD das in der Praxis gemacht hätte.

Ich möchte noch ein Dokument anführen, das neu ist. In der Zeitschrift „Kommunistische Internationale", die von der Kommunistischen Internationale herausgegeben wird, 1925, Heft 9, ist zum ersten Mal eine Schrift abgedruckt, die Rosa Luxemburg 1916 unter dem Titel „Entweder — oder" verfaßt hat. Sie finden diese Schrift auf Seite 952 mit einer kleinen sehr nützlichen Einleitung von Ernst Meyer. Da sehen Sie, wie rein organisatorisch die Liebknechtgruppe und die USPD standen, wie man 1916 so weit war, daß man nicht mehr zu gemeinsamen Sitzungen ging, wie die schärfsten Briefe gegeneinander gewechselt und Rundschreiben erlassen wurden.

Schon das Motto, das Rosa Luxemburg dieser Schrift vorausschickt: „Ach, daß du kalt oder warm wärest; weil du aber lau bist und weder kalt noch warm, werde ich dich ausspeien aus meinem Munde“ ist der USPD gegenüber recht „freundschaftlich“. Nun geht es los:

> Genossen und Genossinnen! Ihr alle habt Kenntnis von dem Zwiespalt, der im Schoße der Parteiopposition besteht.

Nun wird der Gedanke vertreten: die Arbeiter werden sagen: Schon wieder eine Spaltung, man soll die Opposition nicht wieder in zwei Teile zerreißen. Da sagt Rosa Luxemburg: Das ist absolut notwendig; denn es ist ein völliger prinzipieller Unterschied zwischen unserer Auffassung, der Auffassung der Linksradikalen, und der Auffassung der USPD, die damals noch Gruppe der Arbeitsgemeinschaft hieß. Infolgedessen ist ein Zusammenarbeiten nicht möglich. Es heißt u. a. auf S. 953:

> Diese Gruppe Ledebour-Haase. Nachdem sie viermal hintereinander im Reichstag die Bewilligung der Kriegskredite gehorsam geduldet und sich so zu Mitschuldigen des Verrats am Sozialismus gemacht haben, rafften sie sich endlich am 21. Dezember 1915 dazu auf, im Plenum dagegen zu stimmen.

Man muß dabei folgendes auseinanderhalten: Liebknecht hat im Dezember 1914 schon gegen die Kredite gestimmt, er stand aber isoliert. Die USPD-Gruppe, die 18 Abgeordneten, haben am 21. Dezember 1915 zum ersten Male die Kriegskredite abgelehnt. Das ist das wichtige Ereignis, auf Grund dessen Rosa Luxemburg schreibt: „Was bedeutet dieser Schritt? Bedeutet er, daß sie zu Liebknecht übergehen?“ Nun sagt sie folgendes:

> Der Wahn war kurz, und an der „mutigen“ Tat konnten nur diejenigen ungetrübte Freude haben, die ganz oberflächlich die Dinge betrachteten, ohne ihnen mit kritischem Blick auf den Grund zu sehen. Über ihre Verweigerung der Kredite haben die Geyer und Genossen im Reichstag eine Erklärung abgegeben, die alles wieder zunichte machte, was sie durch die Abstimmung Gutes geleistet haben. Denn warum haben sie diesmal gegen die Kredite gestimmt? „Unsere Landesgrenzen sind gesichert“, lautet ihre Erklärung.

Das ist dasselbe, was im Dolchstoßprozeß von sozialistischen Zeugen gesagt wurde:

> Was die guten Leute mit diesen Worten bezweckten, auf wen sie Rücksicht nehmen zu müssen glaubten, bleibt ihre Sache. Der Außenstehende, der nicht in die große Diplomatie eingeweiht ist, die hinter den Kulissen zu dieser Erklärung geführt haben mag, wird sie so verstehen: Die 20 stimmten offenbar diesmal gegen die Kredite, weil die deutschen Landesgrenzen gesichert seien.

Nun verhöhnt Rosa Luxemburg diese Auffassung außerordentlich und sagt, das sei keine grundsätzliche Stellungnahme:

Was sie von der Mehrheit scheidet, ist also nicht grundsätzliche Auffassung der ganzen Stellung zum Kriege, sondern bloß verschiedene Beurteilung der militärischen Lage. Nach den Scheidemann, David, Heine sind die deutschen Landesgrenzen noch immer nicht gesichert, nach den Haase, Ledebour, Geyer sind sie bereits gesichert. Nun wird das sehr scharf auseinandergesetzt.

Ich glaube, daß das vorläufig genügt. Wenn es gewünscht werden sollte, könnten im Laufe dieser Verhandlungen noch mehr Zitate darüber vorgebracht werden.

Nun möchte ich kurz darlegen, wie die Einwirkungen dieser verschiedenen Gruppen auf die Marinebewegung nach meiner Auffassung gewesen ist. Ich will hier auch nicht in die Details hineingehen, weil die ganzen Marinefragen Gegenstand besonderer Darstellungen von Dittmann und Brüninghaus sein werden und weil die Zuverlässigkeit dieser Denkschrift, die hier zugrunde liegt, stark bestritten worden ist. Das Urteil, das ich darüber abgebe, ist also nur provisorisch, und ich bin gern bereit, mich aus den Akten eines anderen belehren zu lassen. Ich will nur die eine Frage untersuchen, welche Einwirkung dieser verschiedenen Gruppierungen vorhanden gewesen ist: der Mehrheitssozialdemokratie, der USPD und der linksradikalen Bewegung.

Zunächst, welcher Anteil der linksradikalen Bewegung ist nach diesen Marinedokumenten in der Geschichte der Ereignisse von 1917 und 1918 festzustellen? Ich muß sagen: gar keiner. Die Matrosen, die 1917 in der Bewegung standen, also anfingen, über einen Frieden nachzudenken, hatten, wie eine an sich glaubwürdige Aussage besagt, zunächst die Meinung, sich an beide sozialistische Parteien zu wenden. Das ist äußerst charakteristisch. Sie finden das in der sogenannten Marinedenkschrift Bd. 10, S. 311, in der Aussage des Matrosen Sachse. Danach hatte Reichpietsch ursprünglich den Auftrag, nach Berlin zu fahren, um sich mit beiden Parteien, insbesondere auch mit Scheidemann zu verständigen. Als die Matrosen über den Frieden nachdachten und gewisse Schritte im Interesse des Friedens machen wollten, haben sie im ersten Augenblick geglaubt, sich an beide sozialistische Parteien wenden zu müssen, weil auch die Scheidemann-Partei für den Frieden einträte. Erst nachher hat man gemeint, daß die USPD für die Friedenssache mehr in Frage käme.

Es haben dann, ohne daß ich mich auf Einzelheiten einlasse, nach diesen sogenannten Akten gewisse Fühlungnahmen mit der USPD über die Friedenssache stattgefunden. Ich will dazu nebenbei nur folgendes bemerken: Auf Grund der Erfahrungen, die ich in sehr vielen politischen Prozessen auch im letzten Jahre sammeln konnte, habe ich zu derartigen Akten aus der Voruntersuchung sehr geringes Vertrauen. Ich konnte z. B. in Leipzig bei verschiedenen Prozessen feststellen, wie selbst Protokolle, die von sehr geschulten Untersuchungsrichtern aufgenommen wurden, nachher, als die Menschen

selbst vor Gericht standen, in den allerwichtigsten Punkten revidiert werden mußten.

Ich will nur eine Tatsache anführen und auf den sogenannten Mecklenburger Tscheka-Prozeß verweisen, ein Prozeß gegen eine Anzahl Mecklenburger, die einen gewissen Arbeiter Jonas ermordet haben sollten, und zwar im Jahre 1924, wo die Voruntersuchung von einem sehr geschulten Juristen, dem Landgerichtsdirektor Jürgens aus Stargard geführt worden war, und wie die Protokolle in der Hauptverhandlung durch das Kreuzverhör, das der Verteidiger mit den verschiedenen Angeschuldigten und Zeugen vornahm, völlig entkräftet wurden. Also an sich kann ich solche Protokolle, wie sie hier veröffentlicht werden, noch nicht als authentisches Zeugnis betrachten.

Ich persönlich habe von den Dingen folgenden Eindruck: daß bei den Matrosen eine starke Strömung für den Frieden vorhanden war, daß sie Verbindung mit der Partei suchten, von der sie meinten, daß sie am ehrlichsten für den Frieden einträte, mit der USPD, daß sie der USPD beitraten, was im Kriege durchaus legal war, und daß dann die wunderliche Idee entstanden ist, daß die Mitgliederliste der Matrosen, wenn sie in der Partei wären, die Friedensaktion unterstützen könnte, indem die Partei zeigen könnte, daß sie soundsoviele Mitglieder in der aktiven Wehrmacht besäße.

Was sich weiter entwickelt hat, will ich den späteren Referaten überlassen. Für mich ist wesentlich, welche Verbindung mit der linksradikalen Bewegung vorhanden war. Gar keine. Es scheint, daß Reichpietsch und Köbis keine Ahnung hatten, daß es außer der USPD noch etwas anderes gäbe. Mit keinem Wort wird in dem Protokoll angeführt, daß die Matrosen mit den linksradikalen Gruppen Verbindung hatten, obwohl es mindestens in Bremen eine linksradikale Gruppe gegeben hat. In Hamburg und Kiel war eine solche Gruppe nicht vorhanden. Dann erscheinen freilich nach dem Prozeß und nach der Hinrichtung verschiedene linksradikale Flugblätter, die gewissermaßen wie erratische Blöcke in der Marinedenkschrift auftauchen, die sehr scharf und klar und rücksichtslos in der Sprache sind.

Die Spartakus-Gruppe hat also die Marinevorgänge verfolgt, politisch ausgewertet und hat dazu zahlreiche Flugblätter revolutionären Inhalts herausgegeben. Es sind auch einige dieser Flugblätter in der Marinedenkschrift Bd. 10, S. 333 ff., veröffentlicht, deren Echtheit ich nicht zu bezweifeln in der Lage bin. Man kann nicht beschwören, ob jeder Satz richtig ist, aber der Stil und der Charakter ist der Charakter solcher Spartakus-Dokumente. Vom historischen Standpunkt aus würde ich die Flugblätter für echt halten. Sie zeigen, daß der Spartakus-Bund, als er von Marinevorgängen erfuhr, sie politisch zur Agitation verwandt hat. Aber eine direkte Verbindung zwischen dem Spartakus-Bund und diesen Matrosen ist nirgends nachzuweisen.

Um gleich noch ein Wort über 1918 zu sagen, wie steht es damit? Ist da eine Verbindung zwischen dem Matrosenaufstand Ende Oktober/Anfang November und den linksradikalen Gruppierungen vorhanden? Auch da bin ich nicht der Meinung, daß eine solche Verbindung bestanden hat, denn sonst wären die Programmforderungen und die Ideologie der Matrosen vollkommen anders gewesen. Ich möchte nur einiges Wenige anführen, obwohl es historisch außerordentlich reizvoll ist, die Psychologie der aufständischen Matrosen von 1918 zu verfolgen. Ich trete hier einmal aus meiner Reserve heraus und sage: *Es sind alles andere als Revolutionäre gewesen, sondern es waren wirklich nur Kindereien.*

Ich will, um das zu beweisen, einen Aufruf wiedergeben, den eine Spartakus-Konferenz am 1. Oktober 1918 erlassen hat. Sie finden diesen Aufruf in dem Buche von Frölich auf Seite 239:

Aufruf der Spartakus-Konferenz vom 1. Oktober 1918: Wir sind in die letzte Periode des Krieges eingetreten usw.

Das ist ein offener Aufruf zur Revolution. Es werden nun folgende Forderungen gestellt:

1. Annullierung sämtlicher Kriegsanleihen ohne jede Entschädigung.
2. Enteignung des Bankkapitals usw.
3. Enteignung alles Groß- und Mittelgrundbesitzes.
4. Durchgreifende Umgestaltung des Heerwesens.
5. Abschaffung der Todes- und Zuchthausstrafe für politische und militärische Vergehen.
6. Übergabe der Lebensmittelverteilung an Vertrauensleute der Arbeiter.
7. Abschaffung der Einzelstaaten und Dynastien.

Der Schluß lautet: Es lebe die soziale Revolution! Das ist die Parole des Spartakus-Bundes Oktober 1918, und nun vergleiche man die Losung der aufständischen Matrosen. Sie finden sie auch in der Marinedenkschrift Bd. 10, S. 292/93, die dreizehn sogenannten revolutionären Punkte des Soldatenrats:

1. Einheitliche Menage für Mannschaften und Offiziere.

2. Einschränkung der Posten bis aufs äußerste usw. usw., und dann kommt eine unerhörte Forderung Nr. 9 (auf der einen Seite 30 000 bis an die Zähne bewaffnete Matrosen, die alle Kanonen in der Hand hatten, auf der anderen Seite eine Gruppe wehrloser Offiziere): „Die Anrede ‚Herr Kapitän' hat nur am Anfang eines Satzes zu stehen, im weiteren Verlauf des Gesprächs fällt sie weg, und ich rede die Vorgesetzten mit ‚Sie' an." Das sind Kinder, keine Revolutionäre. Man denke sich die Kronstädter Revolutionäre in der Lage! Nun kommen diese Leute und bitten um die Erlaubnis, daß sie nur einmal „Herr Kapitän" zu sagen brauchen!! Von den revolutionären Forderungen der linksradikalen Gruppe ist auch nicht das geringste vor-

handen, sondern es ist der Ausdruck einer Friedensbewegung, die gewillt ist, den Krieg abzuschließen, und dazu gewisse Forderungen stellt.

Um auch diesen grotesken Teil etwas zu ergänzen: ein Militärarzt erzählte mir, daß er die Bewegung im Munsterlager miterlebt hat. Als in diesem großen Lager sich die Soldaten erhoben und Soldatenräte wählten, war die erste Forderung, eine Kommission einzusetzen, um nachzuprüfen, wohin ein Schwein verschwunden sei, von dem man meinte, daß es der Mannschaftsküche entzogen wurde. Das war der Geist der sogenannten Revolution im Munsterlager.

Auf S. 291 von Bd. 10 wird angeführt, daß bei einer Riesenversammlung in Brunsbüttel ganz friedlich neben der roten Fahne die schwarz-weiß-rote Fahne gehißt war. Man sah darin durchaus keinen Gegensatz. Oder die Verhandlung, die der Kapitän v. Abeken in Emden mit den aufständischen Matrosen hatte — Bd. 10 S. 338 ff. —, wo auch der eine Offizier Tausenden völlig bewaffneten Männern gegenüberstand und ihre Forderungen ablehnte und sie trotzdem ganz friedlich wieder fortgingen. Es ist also vollkommen klar — darauf kommt es mir an —, daß von irgendeinem aktiven Einfluß des Spartakus-Bundes gar keine Rede sein kann, weil keine einzige von den politischen Forderungen des Spartakus-Bundes in den Forderungen der aufständischen Matrosen wiederkehrt.

Dasselbe gilt von der USPD. Es war bezeichnend, daß nachher, um einen Ausdruck zu gebrauchen, der hier im Ausschuß gefallen ist, ein so ausgesprochener Konservativer wie Herr Noske ohne weiteres imstande war, das Oberkommando in Kiel zu übernehmen, daß ohne den geringsten Widerstand die Matrosen von Kiel sich Herrn Noske, dessen politische Stellung damals schon bekannt war, gefügt haben. Wenn irgendeine Spartakus-Gruppe oder eine breitere USPD-Gruppe vorhanden gewesen wäre, hätten diese Herrn Noske niemals als Führer geduldet. So hat er sich ohne weiteres durchsetzen können.

Ich glaube also damit den Beweis erbracht zu haben, daß von seiten der radikalen Oppositionsgruppen, die vorhanden waren, weder die Bewegung 1917, soweit damals überhaupt eine Bewegung bestand, was ich noch ganz dahingestellt sein lassen will, noch die Bewegung 1918 irgendwie ernsthaft beeinflußt worden ist. Es mag hie und da ein linksradikaler Matrose dabei gewesen sein, aber es war eine so verschwindende Minderheit, daß sie nicht entfernt einen Einfluß ausüben konnte.

Über das Landheer will ich deshalb nicht reden, weil ja eine Meuterei des Landheeres nicht erfolgte. Das ist eine feststehende Tatsache. Das Landheer hat bis zuletzt, bis die Revolution ausbrach, seine äußerlichen Formationen aufrecht erhalten, und Gehorsamsverweigerung ist in nennenswertem Umfang nicht vorgekommen.

Nun will ich den zweiten Teil meiner Ausführungen beginnen, der erheblich kürzer sein kann, nämlich die Ausführungen über die

allgemeine Friedensbewegung, die in Deutschland einsetzte, die ja die bekannten politischen und wirtschaftlichen Gründe hatte und in immer stärkerem Maße in der Bevölkerung um sich griff, eine Bewegung, die schon 1917 im wesentlichen vorhanden war, die einen gewissen Ausdruck in der sogenannten Friedensresolution der Reichstagsmehrheit fand und die 1918 immer mehr zunahm. Es ist zweifellos richtig, daß diese Friedensstimmungen im Laufe des Jahres 1918 auch in der Armee ihren Ausdruck fanden. Die Kriegsmüdigkeit, das Widerstreben zu kämpfen zeigte sich im Überhandnehmen dessen, was man Drückebergertum nennt und ähnliches mehr. Das sind geschichtliche Tatsachen, die niemand, der die Dinge objektiv sieht, leugnen kann. Aber man muß untersuchen, seit wann solche Erscheinungen in größerem Maße hervortreten und insbesondere, ob sie die Schlagfertigkeit der Armee gebrochen haben. Da ist es sehr wesentlich, daß die deutsche Armee noch in der ersten Hälfte von 1918 militärisch überhaupt die schwierigste Aufgabe hatte, die man sich denken konnte. Wenn ich auch selbst nicht an der Front war, kann ich mir doch denken, nach allem, was man gehört hat, was es bedeutete, einen Durchbruch an der Westfront zu machen, und diese ganz enormen militärischen Leistungen sind doch von der Armee im vierten Kriegsjahr vollbracht worden. Die letzte Offensive im Juli 1918, die dann zum Marne-Übergang führte, ist technisch und militärisch vielleicht die allerschwerste gewesen. Ich berufe mich da auf das Zeugnis des Generalmajors Wetzell. Dieser sagte im ersten Bande des Werkes des Untersuchungsausschusses auf Seite 329:

> „Es ist ja doch auch bemerkenswert, daß der schwerste Angriff, der an der ganzen Westfront vielleicht je geführt worden ist, der über den tiefen Marne-Abschnitt, trotz feindlichen Wissens und stärkster feindlicher Gegenwehr tatsächlich gelungen ist."

Man muß sagen, daß eine Armee, die solche Leistungen vollbringen kann, militärisch noch absolut auf der Höhe stand und durchaus nicht in irgendeiner Zersetzung begriffen war. Es wurde auch bei der Masse der Soldaten und der Bevölkerung vielfach empfunden, daß die Offensive den Frieden bringen würde. Das hat in großen Teilen der Bevölkerung und auch in der Armee anfeuernd gewirkt, solange man eben glaubte, daß die Offensive noch Erfolgsmöglichkeiten hätte. Von einer gewissen Erschütterung der Truppenstimmung und Truppenmoral kann man erst sprechen, seit der große Umschwung des Kriegsglücks erfolgt war. Der Wendepunkt war der 8. August, als die deutsche Offensive zu Ende war und die Gegenoffensive der Entente mit außerordentlicher Wucht und großem Erfolg einsetzte. Seitdem ist eine gewisse Erschütterung der Truppenmoral nicht zu leugnen. Ein Beweis, daß diese Erschütterung der Truppenmoral den Feldzug entscheidend beeinflußt habe, ist absolut nicht zu erbringen, das wäre auch durchaus phantastisch.

Nun ist für diese Friedensbewegung noch folgendes sehr wesentlich gewesen. Die Friedensbewegung, die parallel neben der linksradikalen revolutionären Bewegung einherging, hat ja schließlich gesiegt; denn ich finde in den beiden Matrosenbewegungen, ganz besonders in der Matrosenbewegung 1918, den typischen Ausdruck der Friedensbewegung viel mehr, als etwa der linksradikalen Bewegung. Um diese Friedensbewegung und die Revolution richtig verstehen zu können, muß man sich über die realen politischen Machtverhältnisse im damaligen Deutschland klar werden. Auch das geschieht viel zu wenig. Ich möchte da auf das Gutachten von Oberst Schwertfeger verweisen, der immer wieder schreibt und es als Problem heranzieht: Was hat der Kaiser gemacht? Und das ist ein sehr bedeutsames Problem. Es ist nicht nur die Person des Kaisers, sondern die ganze konstitutionelle Frage. Die Dinge liegen so, daß die alte deutsche Monarchie und die alte deutsche Verfassung bereits im Jahre 1916 untergegangen ist. Seitdem die O. H. L. von Hindenburg und Ludendorff übernommen war, ist die Monarchie eigentlich nicht mehr vorhanden gewesen, sondern wir hatten eine offene Militärdiktatur der O. H. L., weiter nichts, und wer Belege dafür suchen will, findet sie, so viel er will. Ich will nur aus dem Werke von Oberst Schwertfeger Band 2 dieser Reihe einiges anführen. Auf Seite 173 in den ergötzlichen Randbemerkungen Wilhelms II. vom Januar 1918 — es handelt sich um einen Zeitungsartikel über die Kriegszielfrage — stellt der Kaiser fest, daß er überhaupt nichts mehr zu sagen habe und daß das Unglück daher komme, „weil von beiden Stellen der Kaiser ignoriert wird". Der Kaiser hatte überhaupt nichts mehr zu sagen. Es war damals der Kampf der O. H. L. gegen gewisse zivile Stellen, wobei sich die O. H. L. am Ende immer durchsetzte. Es war eben eine militärische Diktatur, wobei ich kein Werturteil damit verbinden will, sondern nur Tatsachen anführe. Am interessantesten und bezeichnendsten waren die Vorgänge bei der Entlassung des Chefs des Zivilkabinetts Valentini, wo der Kaiser genötigt war, den Mann, der sozusagen sein persönliches Vertrauen genoß, der sein Privatsekretär war, zu entlassen auf Befehl der O. H. L. Als solche Dinge möglich waren, war es vollkommen klar, daß von einer Monarchie alten Stils nicht mehr die Rede sein konnte. Eine Hauptstütze des alten Systems, das wir von unserem marxistischen Standpunkt aus ein „Feudalsystem" nennen, war das alte Offizierkorps. Die rein physische Vernichtung des Offizierkorps 1914 hat natürlich auch die Grundlagen des Staates völlig verändert. Das alte Offizierkorps der Friedenszeit mit seinem feudalen Charakter war seit 1915 nicht mehr vorhanden, war größtenteils gefallen. Die neue Armee war ein Milizheer mit einem Milizoffizierkorps völlig anderen Charakters als die Friedensarmee und das Friedensoffizierkorps, so daß sich damit schon die ganze Grundlage des alten Staates völlig verschoben hatte. Dazu kommen noch alle die wirtschaftlichen Ver-

änderungen. In dieser neuen Staatsform, wie sie Deutschland seit 1916 hatte, gab es zwei große Kräfte, die militärische Diktatur, die sich vor allen Dingen in der Person des Generals Ludendorff verkörperte, der das Vertrauen weiter Kreise des Offizierkorps und auch weiter Kreise der Industrie usw. hatte, und eine Opposition, die sich verkörperte in den Parteien der Reichstagsmehrheit, in der bekannten Gruppierung der Fortschrittspartei, des Zentrums und der Sozialdemokratie, der Mehrheit der sogenannten Friedensresolution. Das war eine Mehrheit, die sich wesentlich auf die Arbeiterschaft und die Mittelschichten stützte und im Gegensatz zur militärischen Diktatur eine demokratische, zunächst bürgerlich demokratische Entwicklung verlangte. Weil diese ganzen Fragen bisher wissenschaftlich völlig unzulänglich behandelt worden sind, begrüße ich es, daß wir im Rahmen unseres Ausschusses bei einem besonderen Gutachten des Herrn Kollegen Bredt Gelegenheit haben werden, die Fragen gründlich zu behandeln. Es ist das für mich fast die zentrale politische Frage der Kriegs- und Revolutionszeit.

Nun haben sich die Dinge so gestaltet, daß die militärische Diktatur außerordentlich stark blieb, solange sie Erfolg hatte, daß aber die große militärische Niederlage selbstverständlich auch die völlige Erschütterung der militärischen Diktatur mit sich bringen mußte. Die beiden entscheidenden Momente, die diese Erschütterung charakterisierten, waren erstens das Waffenstillstandsangebot vom 29. September, zweitens die Entlassung des Generals Ludendorff. Die Entlassung Ludendorffs ist nach meiner Meinung geschichtlich viel wichtiger als die Abdankung Wilhelms II., weil damit der wirkliche Machthaber Deutschlands abtrat. Daß Wilhelm II. von der Armee fortging, war nunmehr eine rein dekorative Sache. Der 29. September und die Entlassung Ludendorffs im Oktober waren wirklich die großen geschichtlichen Wendepunkte. Ich will aus den Ausführungen von Oberst Schwertfeger gar nicht so sehr den Ausdruck von der „weißen Fahne“ pressen. Man soll eine solche Einzelformulierung nicht in diesem oder jenem Sinne übertreiben. Ich will nur noch einmal hervorheben, in welcher bestimmten klaren und richtigen Weise Oberst Schwertfeger im ganzen Tenor seiner Darstellung das Waffenstillstandsangebot vom 29. September charakterisiert hat. Ich zitiere vor allem die Stelle im ersten Band unseres Werkes, Seite 140 ff., wo Oberst Schwertfeger im Rahmen des Ausschusses seine Meinung noch einmal sehr scharf darlegt und sagt: „Ich persönlich stehe auf dem Standpunkt, daß mit dieser Forderung des Waffenstillstandes der Krieg beendet war“, und alles andere war nur noch Liquidation der Konkursmasse, eine Auffassung, die Oberst Schwertfeger im Laufe seiner Auseinandersetzungen immer wieder begründete.

Das Waffenstillstandsangebot war also das Eingeständnis der leitenden militärischen Diktatur, daß sie nicht mehr weiter kann, und

die Entthronung Ludendorffs war die Entthronung der militärischen Machthaber. Nun mußte eben die andere Macht, die da war, in die Lücke einspringen, und das war die Reichstagsmehrheit. So erklärt sich die Regierung des Prinzen Max von Baden, die einfach ihre Fortsetzung im Januar in der Regierung der Nationalversammlung fand, und was dazwischen lag, war ein gewisses Nachhelfen von seiten der Volksmassen, die meinten, daß sie die völlige Friedenssicherung nur hätten, wenn die Dynastien fort wären, und wenn die Gewalt der Offiziere in der Armee beseitigt wäre. Aber an der politischen Entwicklung konnte das absolut nichts ändern, wenn man die Vorgänge bedenkt, wie sie wirklich gewesen sind. Die Soldatenräte standen zu 95 Prozent hinter der Mehrheitssozialdemokratie. Weder die USPD, noch gar die Linksradikalen hatten nennenswerten Einfluß unter den Soldatenräten. Es waren ja die Abgeordneten der Mehrheitssozialdemokratie, die hier in Berlin den Übertritt der Truppen vollzogen haben und ähnliches mehr. Es ist auch bezeichnend, daß die Gebiete, in denen die linksradikale Bewegung oder die USPD stark waren, in der Revolution eine geringe Rolle spielten: Bremen, Braunschweig, Leipzig, Halle-Merseburg, Stuttgart, zum Teil Berlin. Die Revolution ging aus von Kiel und Hamburg und von München, also von den Gebieten, wo die linksradikale Bewegung keine wesentliche Rolle gespielt hat. Hamburg ist eine Hochburg der Mehrheitssozialdemokratie gewesen. Eine Bresche haben wir Kommunisten in Hamburg erst 1923 in die feste Burg der Mehrheitssozialdemokratie schlagen können. Eigentlich nur an einer einzigen Stelle in Deutschland hat man aktiv versucht, von linksradikaler Seite her die Revolution zu fördern. Das war in Berlin, wo sich ein Revolutionsausschuß bildete, der die sogenannten revolutionären Obleute umfaßte, wo Liebknecht und andere Führer des Spartakus-Bundes waren. Aber es sind erst kürzlich einige Aufzeichnungen Liebknechts in der „Roten Fahne“ veröffentlicht worden. Diese Ausführungen Liebknechts sind sehr interessant. Es geht aus ihnen hervor, daß dieser Revolutionsausschuß sein Losschlagen von Tag zu Tag verschoben hat und schließlich erst losschlug, als das ganze übrige Deutschland schon revolutioniert war, so daß Berlin nachgekommen ist. Wer die Wunderlichkeiten von Emil Barth ernst nehmen will, mag es tun. Er ist nur der Hofnarr der Revolution gewesen, nicht ihr Macher. Das wird jeder bezeugen, der mit diesem Herrn zu tun gehabt hat.

Ich will gar nicht leugnen, daß eine linksradikale Bewegung da war, die die Revolution gewollt hat, und daß sie zusammen mit gewissen USPD-Elementen in einigen Teilen Deutschlands stark war in den vorhin erwähnten Bezirken. Aber die sogenannte Revolutionsbewegung ging wesentlich von den Kräften im Volke und im Heer aus, die den sofortigen Frieden wollten. Die Linksradikalen waren nicht imstande, die Bewegung zu beherrschen. Das zeigte sich schon

am 10. November in der großen Zirkus-Busch-Versammlung der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte, wo die linksradikale Forderung, eine Regierung ohne Sozialdemokraten zu machen, glatt abgelehnt wurde und die Soldatenräte den entscheidenden Einfluß der Mehrheitssozialdemokratie in der Regierung erzwangen. Das zeigte sich sehr deutlich auf dem Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte, der zu vier Fünfteln von der Mehrheitssozialdemokratie beherrscht war, der die Abdankung der Arbeiter- und Soldatenräte und den Übergang der Gewalt in die Hand der Nationalversammlung dekretierte. Ein kleines bezeichnendes Symptom: Liebknecht und Rosa Luxemburg sind nicht einmal imstande gewesen, ein Mandat für diesen Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte zu bekommen. Das zeigt die Kräfteverhältnisse, die damals vorhanden waren.

Es war nur eine kleine, wenn auch tapfere und opferwillige Minderheit der deutschen Arbeiter, die weitergehen, die eine wirkliche soziale Revolution machen wollte. Die Minderheit wurde in den tragischen Kämpfen vom Januar bis März 1919 vollkommen niedergeschlagen.

In der großen geschichtlichen Linie wird man also sagen können: Der 9. November war die deutsche bürgerliche Revolution, es war die Machtübernahme durch die bürgerliche Linke, nachdem die Militärdiktatur zusammengebrochen war; und daß der Mantel des Bolschewismus über die geschichtliche Bühne in Deutschland gezerrt wurde, kann an dem Charakter dieser Dinge nichts ändern.

Nun noch ganz kurz einige Worte über die letzte Frage, ob die militärische Niederlage Deutschlands wesentlich oder überhaupt nennenswert durch die innerpolitischen Vorgänge beeinflußt wurde. Ich möchte dazu als meine Meinung folgendes sagen: Es war nicht ausgeschlossen, daß Deutschland den Krieg zu Lande gewinnen konnte. Jedermann wird zugeben, daß 1914 bei einer richtigen Anwendung des Schlieffenschen Planes ein Sieg in Frankreich möglich gewesen wäre. Ebenso war eine Möglichkeit zu einem Siege im Landkrieg 1915, wenn im Osten wirklich die taktischen Erfolge zu einem Vernichtungsschlage gegen die Russen ausgestaltet worden wären. Es wäre 1916 eine große Wendung gewesen, wenn man im Sinne der Vorschläge von Konrad v. Hoetzendorff die Offensive in Italien statt der Verdun-Offensive gemacht hätte. Ob das 1917 noch möglich war, wage ich in diesem kurzen Rahmen nicht zu entscheiden.

Aber es war selbstverständlich der Krieg aussichtslos, sobald Deutschland es mit den großen internationalen Seemächten, mit England und seinen Dominions, mit Amerika und Japan zu tun hatte. Der Sieg zu Lande hätte nicht die Möglichkeit geboten, den eisernen Ring zu durchbrechen, den die Seemächte besonders auf wirtschaftlichem Gebiete um Deutschland gelegt haben.

Nun war die Situation Anfang 1918 folgende: Um auch nur zu

Lande sich zu behaupten, mußte ein entscheidender Sieg über die Gegner im Westen erfochten werden, bevor die Amerikaner in nennenswerter Stärke da waren. Das ist die Auffassung, die auch alle maßgebenden Militärs vertraten. Ich persönlich sage, daß 1918 wirklich nur die beiden Alternativen für Deutschland vorhanden waren: vom bürgerlichen Standpunkt die Offensive, vom proletarischen Standpunkt die Revolution. Ich persönlich glaube an die Möglichkeit eines Verständigungsfriedens nicht. Ich bin der Meinung, daß die Legende des Verständigungsfriedens genau so falsch und irreleitend ist wie die Legende vom Dolchstoß. Denn auf der anderen Seite waren ja die eigentlich beherrschenden Kräfte des Krieges die großen Bankmächte in New York. Wall Street war derartig engagiert, daß es unbedingt bis zu einem vollständigen Erfolge kämpfen mußte, weil das westliche Kapital nur so seine Gesamtpläne durchführen konnte. Das westliche Kapital unter Führung Amerikas hat keinen Moment geschwankt, das System, das die Mittelmächte verkörperten, niederzuschlagen. Wer die Reden von Wilson aufmerksam verfolgt, wird sehen, daß die Formel „Belgien" nur für die Naiven da war. Was Wilson wirklich interessierte, war nicht die Annexion Belgiens, sondern war die Kombination Berlin-Bagdad. Die amerikanischen Kapitalisten wollten diese selbständige, konkurrierende Wirtschaftsorganisation der Mittelmächte vernichten. Das war das eigentliche Kriegsziel. Man kleidete das in die Formel „Vernichtung des deutschen Militarismus", sodaß eine sogenannte Verständigung, was ein schlechter Ausdruck für eine Remispartie ist, meines Erachtens nicht diskutabel war, weder 1917 noch 1918.

Das Eigenartige ist, daß diejenigen Politiker und Theoretiker und sonstigen Herren, die das für 1917 und 1918 zugeben, es nicht für die letzten Monate zugeben, daß sie annehmen, eine Verständigung wäre im November des Jahres 1918/1919 möglich gewesen.

(Abg. *Dittmann:* Ludendorff hat auch geglaubt, daß ein Verständigungsfrieden immer noch zu schließen gewesen wäre.)

— Das glaube ich kaum. Ludendorff machte sein Waffenstillstandsangebot in der Überzeugung, daß die Sache militärisch aussichtslos sei und man jede Bedingung annehmen müßte.

Es gab nur die beiden Alternativen: Offensive oder Revolution, ein Drittes war nicht diskutabel. Die Vertreter der bürgerlichen militärischen Auffassung haben die Offensive versucht. Ich will auch hier nicht entscheiden, ob sie an sich aussichtslos war. Ich will nur sagen, daß die Aussicht auf einen vollen militärischen Sieg nicht sehr groß gewesen ist.

Als dann der volle militärische Sieg ausblieb, hat die Ersatzfrage sich in immer entscheidenderer Weise bemerkbar gemacht. Die Ausführungen des Generals v. Kuhl sind in dieser Frage außerordentlich klar und eindeutig. In seinem Gutachten über den militärischen Zu-

sammenbruch (Band 3 dieser Reihe S. 6ff.) werden die Stärkeverhältnisse im einzelnen besprochen. Die deutsche Stärke im Westen betrug am 21. März 1918 $3^1/_2$ Millionen Mann, die Ententetruppen waren ungefähr ebenso stark. Nennenswerte amerikanische Truppenmassen waren damals noch nicht da, im ganzen etwa eine Viertelmillion. Nun entwickelten sich die Dinge durch die schweren Kämpfe derartig, daß am 1. Oktober die deutsche Heeresstärke nur noch $2^1/_2$ Millionen betrug, obwohl aus dem Osten viel Zuschuß und Ersatz gekommen war. Die Ententetruppen ohne Amerika waren mindestens ebenso stark. Ganz präzise Ziffern liegen nicht vor, aber man kann es ohne weiteres als Tatsache buchen. Zur selben Zeit war die Zahl der Amerikaner von $^1/_4$ auf 2 Millionen gestiegen, und es war eine weitere ständige Zunahme der amerikanischen Truppen zu erwarten.

Die militärische Situation war im Herbst die, daß das Zahlenverhältnis zwischen Deutschland und den gegnerischen Truppen 2 zu 1 war, während es im Frühjahr 1 zu 1 war, wobei ich von der Materialüberlegenheit vollkommen schweige, so daß militärisch die Dinge im Herbst 1918 völlig aussichtslos waren. Dabei muß man bedenken, daß der alte Stellungskrieg starren Stils, wie er 1914 bis 1917 gewesen war, unmöglich wurde. Indem die alten Fronten aufgegeben wurden, gab es keine Stellungslinie mehr, die jahrelang hätte verteidigt werden können. An Verlustziffern gibt der General v. Kuhl in seiner Dolchstoßarbeit (Bd. 6 dieser Reihe S. 4) folgendes an: Die deutschen Verluste betrugen in der Zeit vom 18. Juli 1918 bis zum Waffenstillstand an Toten und Verwundeten etwa 420 000 Mann, außerdem aber an Gefangenen und Vermißten etwa 340 000. Bei solchen Niederlagen ist während des ganzen Krieges die Zahl der Gefangenen stets sehr groß gewesen. Ich habe gar nicht den Eindruck, daß die Zahl der Gefangenen im Verhältnis enorm groß ist. Wenn man die blutigen Verluste und die Gefangenenzahlen in der Sommeschlacht vergleicht, wird man kaum zu anderen Verhältnissen kommen. Aber ich gebe zu, daß in einer Armee, die vom August bis Oktober 1918 dauernd so schwere Niederlagen erleidet, eine gewisse Demoralisierung eintreten muß und daß die Gefangenenzahlen etwas höher waren als sonst. Aber irgendeine entscheidende Beeinflussung des Stärkeverhältnisses ist dadurch nicht anzunehmen. Selbst wenn einige hunderttausend Mann auf deutscher Seite mehr gewesen wären, hätte das die Hoffnungslosigkeit nicht verändert. Die Fronten im Süden und Osten waren zusammengebrochen, so daß es jederzeit möglich war, im Rücken die deutsche Westfront anzugreifen. Das machte die Lage erst recht hoffnungslos.

Es ist durchaus möglich, und ich will es als erwiesen betrachten, daß die Entente im November eine Atempause hätte machen müssen. Wenn eine Armee drei Monate lang eine solche Offensive führt wie die Ententetruppen, muß sie sich einige Wochen wieder organisieren. Dann hätte der Angriff erneut eingesetzt, wenn die Revolution nicht

gekommen wäre. Daß dann nur noch ein Widerstand von einigen Monaten im besten Falle möglich gewesen wäre, ich glaube, darüber herrscht vollkommene Klarheit. Dazu kommt die Ernährungsfrage, auch die Frage des Benzins, die General v. Kuhl in Band 6 Seite 5 anführt. Nach einer Berechnung im Oktober 1918 war nach dem Abfall Rumäniens noch für zwei Monate Benzin da, so daß im Januar die Brennstoffversorgung erledigt gewesen wäre.

Die Möglichkeit, noch einige Monate Widerstand zu leisten, bestand aber nur, wenn kein wirklicher Durchbruch der Entente erfolgte. Wer will heute dafür bürgen, daß die angreifende siegreiche Armee des Marschalls Foch mit dem ungeheuren Material, mit ihren Tanks usw. nicht auch einen Durchbruch zu Wege gebracht hätte!

Man kann also zusammenfassend sagen, daß rein militärisch einige Monate nach dem 9. November ohne Zweifel der völlige Zusammenbruch eingetreten wäre, daß noch hunderttausend Tote mehr gewesen wären und daß das ganze Rheinland furchtbar verwüstet worden wäre. Das wäre das Ergebnis einer Fortsetzung des Krieges gewesen. Auch der nationale Widerstand, welcher Gedanke von einigen Seiten geäußert wurde, oder etwa die Übernahme der Regierung durch revolutionäre Kräfte und Fortsetzung des Kampfes, war unmöglich. So schön es wäre, sich auszumalen, daß sich eine rote Regierung Deutschlands mit Rußland hätte verbünden können, es wäre unmöglich gewesen, weil das deutsche Volk rein physisch so ausgepumpt war, die Ersatzlage so verzweifelt war, daß keine Regierung daran etwas ändern konnte.

Nun komme ich zu der größten Wunderlichkeit dieses ganzen Streites, zu der Behauptung, die von einigen Seiten vertreten wird, leider auch von Herrn v. Kuhl, daß die Entente zwar 1917 und 1918 die festesten, rücksichtslosesten Kriegsziele hatte, daß sie aber bereit gewesen wäre, ihre Kriegsziele zu ändern, wenn bei dieser völlig verzweifelten Lage, die jeder Mensch kannte, Deutschland noch einige Wochen weitergekämpft hätte. Man muß sich die Mentalität von Clémenceau, Wilson und Lloyd George denken und die rücksichtslose Entschlossenheit aller drei Länder. Wenn man vier Jahre gekämpft hatte und den Sieg in der Hand hielt, würde man nicht nachgelassen haben. Wenn das bezweifelt werden sollte, bin ich gern bereit, massenhafte Zitate aus den offiziellen Erklärungen von Clémenceau und Lloyd George beizubringen. Die Hoffnung, daß der Verständigungsfrieden, der auch 1917 nicht möglich gewesen war, im Dezember 1918 gekommen wäre, wenn man ein paar Wochen einen gewissen Widerstand am Rhein organisiert hätte, ist derartig phantastisch, daß man diese Meinung nicht ernsthaft verteidigen kann.

Nun noch einige Worte über die Aussichten eines Flottenvorstoßes. Sollte die Frage hier noch eine größere Rolle spielen, so würde ich genötigt sein, die Ladung von wirklichen Sachverständigen zu bean-

tragen und Herrn Admiral Scheer zu bitten, ein Gutachten zu geben. Es ist ja richtig, daß dadurch, daß die U-Boote zurückgerufen wurden, die Hochseeflotte eine gewisse Aktionsfreiheit zurückbekam, indem sie durch U-Boote gedeckt wurde, und dadurch eine gewisse Bewegungsfreiheit und Operationsmöglichkeit hatte.

Aber welche Aussichten eine Seeschlacht besaß, hat die Skagerrak-Schlacht deutlich gezeigt. Die Skagerrak-Schlacht war taktisch ohne Zweifel ein bedeutender deutscher Erfolg, strategisch hat sie an der Situation des Krieges gar nichts geändert. Denn das Eigenartige der Weltkriegssituation zur See war ja, daß die große englische Flotte eine fleet in beeing war. Einfach durch ihre brutale gewaltige Existenz hat die britische Hochseeflotte den Verkehr zwischen Amerika, England und Frankreich gesichert.

Welches waren die Aussichten einer Seeschlacht? Im besten Falle war es die Aussicht einer vergrößerten Skagerrak-Schlacht, wenn man die Materialverhältnisse und die gegenseitigen Kräfteverhältnisse erwägt. Die Engländer hätten eine Anzahl Schiffe verlieren können und die Deutschen auch eine Anzahl Schiffe. Eine reale Möglichkeit, bei den Kräfteverhältnissen, wie sie damals waren, die englische Flotte so zu schlagen, daß England die Herrschaft zur See verlor und Deutschland imstande war, den Verkehr England—Amerika abzuschneiden — nur das hätte den Krieg ändern können —, bestand nicht, so daß auch diese Seeschlacht nur Menschenopfer gekostet hätte, ohne politisch etwas zu ändern.

So komme ich zum Schluß meiner Betrachtungen. Ich will sie kurz dahin zusammenfassen:

1. Es gab in Deutschland eine revolutionäre Bewegung, die von den linksradikalen Kreisen getragen wurde und die den Willen hatte, durch Revolution den Krieg zu beendigen. Diese Bewegung ist nicht identisch mit der USP, sondern stand zu ihr in schärfster Feindschaft. Die USP hat zwar Opposition gegen die Regierung gemacht, aber keinerlei aktive revolutionäre Aktionen vorgeschlagen oder eingeleitet.
2. Es bildete sich in Deutschland eine große Friedensströmung im Verlaufe des Krieges. Diese Friedensströmung ergriff auch die Soldaten und die Matrosen in erheblichem Maße, und die Friedensströmung war es in erster Linie, die die Massen bei der Bewegung im Oktober-November 1918 leitete. Die linksradikalen Elemente haben selbstverständlich die Bewegung nach Kräften gefördert und haben versucht, sie in ihre Hand zu bekommen. Dieser Versuch ist aber völlig gescheitert, was sich nachher darin zeigte, daß die Mehrheitssozialdemokratie, überhaupt die Parteien der sogenannten Weimarer Koalition, ohne große Mühe die Macht in die Hand bekamen.

3. Die militärische Lage Deutschlands war derartig, daß die völlige militärische Niederlage gegen Ausgang 1918 nicht mehr zu vermeiden war und daß auch ein Weiterkämpfen zu Lande und zu Wasser zwar eine Galgenfrist von einigen Wochen, bestenfalls Monaten erkauft, aber eine Änderung nicht gebracht hätte. Die Möglichkeit, von der Entente einen sogenannten Verständigungsfrieden zu bekommen, war ganz besonders in den letzten Monaten von 1918 und im Anfang 1919 völlig ausgeschlossen. Die wirtschaftlichen Kräfte, die bei der Entente vorhanden waren, und die Mentalität der maßgebenden Staatsmänner der Entente lassen nur den einen Schluß zu, daß diese Kräfte sich bis zum Letzten eingesetzt hätten, um die vollkommene deutsche Niederlage in der Form, wie der Versailler Vertrag sie brachte, zu verwirklichen.

Gestatten Sie ein allerletztes Wort über meine persönliche Meinung zu dieser Frage. Die Entwicklung im Kriege war ja so, daß das deutsche Volk durch den Krieg derartig ausgepumpt wurde und ausgeblutet war, daß es im November 1918 weder im guten noch im schlimmen zu irgendeiner Kraftäußerung mehr fähig war. Wenn es möglich gewesen wäre, schon erheblich früher, etwa 1916 einen revolutionären Umschwung in Deutschland durchzuführen, dann hätte eine neue revolutionäre Regierung ganz andere Kräfte gehabt, dann wäre sie imstande gewesen, zusammen mit Rußland, das damals auch den Weg der Revolution beschritt, neue Pfade auch für Europa zu betreten. Dann wäre vielleicht der deutschen Bevölkerung die Entwicklung, die mit Versailles begann und jetzt in Locarno endigte, erspart geblieben. Das war durch den Gang der Entwicklung nicht möglich. Also ein sogenannter Dolchstoß von linksradikaler Seite, wenn Sie es so nennen wollen, der früher gekommen wäre und wirklich eine aktive rote Regierung hätte schaffen können, hätte sicher ein besseres Los gebracht als das Los, das Deutschland jetzt beschieden ist.

Zweitens: welche Möglichkeiten hätte es nach dem November 1918 gegeben, außenpolitisch, vom sogenannten nationalen Standpunkt aus? Es hätte die Möglichkeit gegeben, zunächst eine Atempause zu suchen und einen neuen Aufbau zu versuchen. In den linksradikalen Kräften, so ungeschickt, so täppisch sie manchmal im einzelnen sich zeigten, staken doch die Kräfte von etwas Neuem darin, und es war das große Verhängnis der deutschen Zukunftsentwicklung, daß sowohl die führenden Militärs als auch die Führer der Sozialdemokratischen Partei ihre Aufgabe darin sahen, dieses Neue, was sich im deutschen Volke regte, mit Anwendung der äußersten Gewaltmittel zu töten. So hat man die Keime einer neuen deutschen Entwicklung vom Januar bis März 1919 durch das Bündnis Groener-Ebert zerstört, das ja im Münchener Prozeß zum Ausdruck kam, und so wurde die Herrschaft des deutschen Großkapitalismus und damit auch des internationalen

Kapitalismus stabilisiert. Von meinem Standpunkt aus ist das der wirkliche Dolchstoß gewesen. An dem Krieg war Ende 1918 nichts mehr zu gewinnen. Aber die Zukunft des deutschen Volkes wäre zu retten gewesen, wenn damals sowohl bei den Führern der Sozialdemokratie wie auch vielleicht in der Armee andere Auffassungen vorhanden gewesen wären. *So hat man in dem Blutbad vom Januar bis März 1919 die deutsche Zukunft vernichtet.*

---

Am 22., 23. und 25. Januar 1926 finden öffentliche Sitzungen des 4. Unterausschusses statt, in denen der Abgeordnete Dittmann seinen Bericht über die in der sogenannten Marinedenkschrift gegen ihn erhobenen Vorwürfe und über die Akten betreffend die Marinemeutereien 1917/18 erstattet. In diesen Sitzungen kommen ferner zu größeren Ausführungen noch zu Wort: der Vertreter der Marineleitung Korvettenkapitän Canaris, Abg. Brüninghaus und als Zeuge Vizeadmiral a. D. v. Trotha.

---

Am 26. Januar 1926 folgt eine geschäftliche Sitzung, in der die Vorgänge in den öffentlichen Sitzungen besprochen werden und Abg. Joos zum Berichterstatter über die Marinevorgänge bestellt wird[1]).

## Sitzung, Donnerstag, den 28. Januar 1926

### Mitbericht des Abgeordneten Dr. Bergsträßer zum Berichte des Abgeordneten Dr. Rosenberg

Vor Eintritt in die Tagesordnung bespricht zunächst Abg. *Brüninghaus*[2]) eine Notiz des „Vorwärts“ vom 28. Januar 1926, betreffend sein Verhalten als Offizier den Mannschaften gegenüber vor dem Kriege. Er wendet sich ausdrücklich gegen die Darstellung des „Vorwärts“ und bittet den Unterausschuß, davon Kenntnis zu nehmen.

Sodann erhält außerhalb der Tagesordnung das Wort Sachverständiger *Schwertfeger:* Ich bin in der Lage, zu dem jetzt leidenschaftlich umstrittenen Thema, ob die oberste Reichsleitung im Oktober/November 1918 von dem beabsichtigten Marinevorstoß gewußt hat, Mitteilungen wiederzugeben, die mir soeben auf meine Anfrage vom *Prinzen Max von Baden* zugegangen sind. Sie sind wörtlich dem Buche des Prinzen Max von Baden entnommen, das sich im Druck befindet, und lauten:

„3. 11. 18. . . . Von der Marine lagen alarmierende Meldungen vor: Gehorsamsverweigerung auf mehreren Schiffen vor Wilhelmshaven. Noch waren die Mitteilungen nicht durchsichtig: war die

[1]) Vgl. hierzu Bd. 9, I dieser Reihe S. 234/35.

[2]) Zu der Frage des Flottenvorstoßes Ende Oktober 1918 vgl. Bd. 9, I dieser Reihe S. 235, außerdem unten S. 341ff., Beilage 1.

Mannszucht wieder hergestellt worden? Lagen bolschewistische Umtriebe zugrunde oder nur lokale Unzufriedenheiten? Ritter von Mann sei mit einem sehr ernsten Gesicht in der Kabinettssitzung vom 2. 11. erschienen und habe folgendes berichtet:

Die Mannschaften mehrerer großer Schiffe hätten sich geweigert, dem Befehl zum Auslaufen (am 29. und 30. 10.) Folge zu leisten. Sie hätten offen gemeutert und sich verbarrikadiert, so daß *Admiral von Hipper* sie von Torpedobooten umzingeln, ja die Torpedos auf sie richten ließ. Alsdann seien die Gehorsamsverweigerer verhaftet worden. Die Meuterer gaben als Beweggrund an: die Offiziere und das Flottenkommando wollten den Frieden nicht. *Sie hätten die Flotte in einer großen Schlacht opfern wollen. Staatssekretär von Mann* erbat einen Aufruf der Regierung, der eine Ermahnung zur Disziplin, aber keine Amnestieversprechen enthalten sollte.

4. 11. . . . Am Morgen des 4. November fand zwischen dem *General von Winterfeldt* und *Staatssekretär Scheidemann* ein bezeichnender Wortwechsel statt.

*General von Winterfeldt:* Wir rechnen mit schweren Bedingungen. Sollten diese zu schwer sein, so würden wir sie ablehnen unter Vorlegung der Bedingungen, die wir für erträglich hielten. Die Entente rechne selbst damit, daß wir ihre Bedingungen nicht sofort annehmen würden.

*Scheidemann:* Die OHL. muß genau orientiert werden über die Lage im Innern. Wir werden keinen Widerstand mehr leisten können. Die Lage hat sich sehr verschärft.

Seine Worte erhielten einen unheimlichen Nachdruck durch den Bericht, den gleich darauf Staatssekretär von Mann erstattete, dem Kabinett und mir persönlich:

Das dritte Geschwader war in Kiel eingetroffen, hatte sich sehr aufrührerisch benommen, „Forderungen revolutionärer Natur gestellt“ und „mit dem Erschlagen von Offizieren gedroht“. Zwischen Mannschaften des dritten Geschwaders und einer marschierenden Truppe sei es zu einem blutigen Zusammenstoß gekommen; es habe Tote und Verwundete gegeben, der Führer der zuverlässigen Truppe sei schwer verletzt worden. Die Lage sei sehr ernst; man hätte militärische Hilfe von Ratzeburg und Lübeck erbeten.

Die Nachrichten klangen noch verworren. Aber in dem einen Punkt waren sie deutlich genug. Die Marineleitung war nicht mehr Herr der Lage. Die Sozialdemokratie wurde zur Hilfe gerufen: der Staatssekretär des Reichsmarineamts bat, auch im Namen der lokalen Behörden, daß sozialdemokratische Abgeordnete nach Kiel geschickt würden, um beruhigend zu wirken. In der Redaktion des „Vorwärts“, so teilte er mit, werde soeben ein aufklärendes Flugblatt hergestellt; es solle von der Regierung und den militärischen

Stellen unterzeichnet werden. Die Kommandostellen wünschten sofortige Verbreitung. „Bei den Marinemannschaften müsse der Irrtum beseitigt werden, daß die Offiziere die Absicht hätten, die Flotte zu vernichten, um sie nicht ausliefern zu brauchen[1])."

Wir entsandten noch an demselben Tage den *Abgeordneten Noske,* der als Marinereferent der Sozialdemokratischen Partei bei den Matrosen große Achtung genoß. *Staatssekretär Haußmann* begleitete ihn als Vertreter der Regierung.

[1]) Das Flugblatt wurde von mir, dem Staatssekretär Scheidemann, und dem Staatssekretär Ritter von Mann unterzeichnet. Es hatte folgenden Wortlaut:

Seeleute! Arbeiter!

Tiefbedauerliche Ereignisse haben sich in den letzten Tagen zugetragen. Zwischen Mannschaften, welche die Ordnung gewaltsam zu stören versuchten, und anderen, die beauftragt waren, sie aufrechtzuerhalten, ist es zu Zusammenstößen gekommen, bei denen es Tote und Verwundete gegeben hat.

Eine Untersuchung der Vorfälle ist eingeleitet, bei der alle Umstände sorgfältig geprüft werden sollen, die zu diesen beklagenswerten Ereignissen geführt haben.

Nach den uns bisher gewordenen Nachrichten ist die herrschende Erregung durch unsinnige Gerüchte hervorgerufen worden. Es wurde behauptet, die Offiziere der Kriegsflotte seien mit der Friedenspolitik der Regierung nicht einverstanden und planten einen Handstreich, der die Mannschaften nutzlos dem Tode überliefern würde. Die Offiziere der Kriegsflotte leisten der Regierung Gehorsam, und der gegen sie gerichtete Vorwurf, sie hätten diesen Gehorsam verletzt oder wollten ihn verletzen, ist unberechtigt. Niemand denke daran, das Leben von Volksgenossen, Familienvätern zwecklos aufs Spiel zu setzen. Die Regierung hat schon am 5. Oktober den Gegnern den Abschluß eines Waffenstillstandes vorgeschlagen, um zweckloses Blutvergießen zu vermeiden.

Wenn der Waffenstillstand noch nicht abgeschlossen ist, so kommt das daher, daß die Gegner ihre Bedingungen noch nicht genannt haben. Solange die Kriegshandlungen durch den Willen der anderen Seite fortgehen, bestrebt sich die deutsche Kriegführung zu Lande und zur See, mit Menschenleben so zu sparen, wie dies mit den Zwecken notwendiger Abwehr vereinbar ist.

Die Aufgabe, unnützes Blutvergießen zu vermeiden, kommt aber nicht nur der Regierung, sondern dem ganzen Volke zu. Wir wollen den Völkerkrieg nicht abschließen, um den Bürgerkrieg zu beginnen. Gewissenlos handelt, wer durch Ausstreuung phantastischer Gerüchte Unruhe verbreitet und die Flamme des Bürgerkrieges entfacht.

Beschwerden sollen untersucht,
berechtigte Forderungen erfüllt werden.

Die Regierung ist aber auch verpflichtet, mit allen Mitteln, die ihr zu Gebote stehen, das Volk vor dem Elend zu schützen, das ihm aus der Zerstörung jeglicher Ordnung erwachsen würde, sie ist verpflichtet, nach Recht und Gerechtigkeit zu verfahren, dafür trägt sie vor dem ganzen Volk und seiner gewählten Vertretung, dem Deutschen Reichstag, die volle Verantwortung.

Seeleute! Arbeiter!

Seid auch Ihr Euch der Verantwortung bewußt, die Ihr vor Euren Volksgenossen tragt. Sorgt dafür, daß die traurigen Ereignisse der letzten Tage vereinzelt bleiben und daß wir ohne blutige Wirren unsere inneren Angelegenheiten in gesetzlicher Freiheit ordnen können, dem deutschen Volk und Euch selbst zum Heil!

. . . Über Kiel trafen noch im Laufe des Tages widerspruchsvolle Nachrichten ein. Offenbar funktionierte die Verbindung schlecht. Wir warteten mit großer Spannung auf Noskes und Haußmanns erste Meldung. Auch die Herren von der Marine sahen in diesem Augenblick nicht klar, aber sie verfügten über eine sichere Kenntnis von entscheidender Bedeutung. Warum wurde sie mir noch an diesem Tage vorenthalten? *Tatsächlich sollte am 29. Oktober die Flotte zur Entscheidungsschlacht ausfahren.* Tatsächlich wurde am 31. Oktober der Befehl zurückgezogen unter dem Eindruck der Meuterei, und wir wurden am 4. November aufgefordert, die „Legende von der Todesfahrt" durch Flugblätter zu zerstreuen. Gewiß, die Marine erwartete nicht den Untergang der deutschen Flotte, sondern ihren Sieg. Das Dementi war daher formal richtig, wurde aber allgemein dahin verstanden und sollte dahin mißverstanden werden, daß die Ausfahrt keineswegs einem Kampf mit England gelten, sondern nur eine der „üblichen Fahrten sein sollte, die man in letzter Zeit schon öfters machte, um die Mannschaften zu beschäftigen." [1])

Vor Gericht in München haben die Herren von der Marine ausgesagt: Ich wäre von dem geplanten Vorstoß der Flotte vorher in Kenntnis gesetzt worden. Ehe diese eidlichen Äußerungen vorlagen, hätte ich es auf meinen Eid genommen, daß ich durch keine Silbe im voraus informiert worden war. Heute steht für mich fest, daß *Admiral Scheer* in Gegenwart des *Konteradmirals von Levetzow* mir am 20. Oktober dem Sinne nach gesagt hat: „Daß der Hochseeflotte nach Einstellung des U-Bootkrieges die volle Freiheit des Handels zurückgegeben werden würde." [2]) Aber nie und nimmer kann ich diese allgemeine Wendung, die nicht einmal sehr akzentuiert gewesen sein kann, als eine genügend erleuchtende Ankündigung betrachten: die deutsche Flotte wird innerhalb der nächsten 10 Tage den Kampf auf Leben und Tod mit der englischen Flotte suchen. In jedem Falle hätte die Reichsleitung vor der endgültigen Befehlsausgabe präzise Meldung erhalten müssen. Ich kann die Erklärung nicht gelten lassen, daß mir aus Gründen der Geheimhaltung Zeitpunkt und Ziel der Unternehmung verschwiegen werden mußten. Dem Reichskanzler durften militärische Angelegenheiten von so weittragender politischer Bedeutung keine Geheimnisse bleiben. Aber ich bin überzeugt, daß ein Mißtrauen anderer Art der letzte Beweggrund gewesen ist. Rücksichten der militärischen Verschwiegenheit konnten nicht mehr wirksam sein, nachdem Hipper den Vorstoß aufgegeben hatte; und auch dann wurde ich nicht aufgeklärt.

---

[1]) Zitat aus dem Bericht des Gesandten eines Bundesstaates, den dieser auf Grund der ihm erteilten amtlichen Informationen am 6. 11. absandte.

[2]) Admiral Scheer: „Vom Segelschiff zum U-Boot."

Die Marine — das ist heute meine Überzeugung — besorgte, die Reichsleitung würde nicht genügend Verständnis und Glauben aufbringen, um die gewaltige Unternehmung gutzuheißen. Richtig ist, daß ich den Optimismus nicht durchaus geteilt haben würde. Wenn reale Grundlagen für eine solche Zuversicht gegeben waren, warum hatte dann der Admiral Scheer alle Hebel in Bewegung gesetzt, um die Einstellung des U-Bootkrieges zu verhindern? Er hätte sie vielmehr *fordern* müssen: Denn erstens konnte der U-Bootkrieg nicht rasch genug wirken, um das Schicksal des Krieges noch zu wenden; zweitens war sein Aufhören Vorbedingung für die Entscheidungsschlacht —: er band einen guten Teil der Hochseeflotte, und die U-Boote wurden bei dem geplanten Vorstoß gebraucht.

Ich gebe aber zu, wenn die Entscheidungsschlacht einmal beschlossene Sache war, so war es Pflicht der Flottenleitung, sich zum sicheren Glauben an den Sieg hinaufzustimmen. Wenn ich nun auch dieser Hochstimmung gegenüber nüchtern geblieben wäre, so hätte ich doch dem Grundgedanken des Marineunternehmens zugestimmt und zwar aus den folgenden Erwägungen heraus:

Wenn der Sieg erfochten wurde — und das war nicht unmöglich bei unserer Führung, der Schulung der Mannschaft und der Überlegenheit unseres Materials — dann wäre dem bedrängten Heere und der mit täglich steigender Ungeduld leidenden Heimat ein gewaltiger Auftrieb zum Durchhalten gegeben. Nach einem deutschen Flottensiege wären Revolution und Kapitulation am 9. und 11. November nahezu eine seelische Unmöglichkeit geworden; obgleich wir uns hätten sagen müssen, daß die Engländer durch ihre Niederlage fester denn je an unseren Todfeind Frankreich geschmiedet worden wären.

Wenn aber unsere Flotte eine ruhmreiche Niederlage erleiden, ja wenn wirklich ihre letzte Fahrt die Todesfahrt sein würde, so war dennoch die militärisch-politische Zweckmäßigkeit unbedingt zu bejahen. Von der Opfertat würde eine beschämende Kraft ausgegangen sein, der sich auch viele Treulose und Verzagende nicht hätten entziehen können. Man hat mit Recht an die Thermopylen erinnert. . . . Ich stelle fest: Das Mißtrauen der Marine war nicht gerechtfertigt.

Allerdings: Wenn Admiral Scheer mir vertraut und mich in den gewaltigen Plan eingeweiht hätte, so glaube ich, daß ich meine Pflicht als Kanzler getan und ihn beschworen haben würde, nicht auf eigene Faust nationale Verteidigung zu machen, *sondern erst zu schlagen, nachdem wir über die Waffenstillstandsbedingungen öffentliche Klarheit hätten.* Denn erst damit wäre das Vertrauen zu *Wilson* als grausame Täuschung nachgewiesen worden, vor dem ganzen Volke, insbesondere aber vor den Matrosen, die schon seit 1917 als

infiziert gelten mußten, und die nun ihre kühnste und gefährlichste Unternehmung des ganzen Krieges durchführen sollten.

Wenn heute die Marine die Verräter und Meuterer in ihren Reihen brandmarkt, so sage ich: sie hat recht. Die Aufrührer auf der Flotte haben der nationalen Verteidigung das Rückgrat gebrochen. Aber die Admirale von damals dürfen diese Anklage nicht erheben. Ehe der Feldherr die Entscheidungsschlacht sucht, hat er der Zuverlässigkeit seines Instrumentes sicher zu sein, der Moral der Menschen nicht minder, als der materiellen Machtmittel. — Der Feldherr — so fordert *Clausewitz* — muß bei längerer Kriegsdauer die subversiven Tendenzen in seine Rechnung einstellen. — Der Vorstoß der Flotte, unternommen während der schwebenden, mit hundert falschen Hoffnungen begleiteten Verhandlungen, mußte an dem Gefühl der Mannschaften scheitern. „Morgen ist Frieden. Was hat es für einen Sinn, noch heute zu sterben?" Anders, wenn nach dem Eintreffen der Bedingungen die Flotte ausgefahren wäre, um eine Schmach abzuwenden, die sie am schwersten treffen sollte. Dann hätte das große Unternehmen gelingen und die nationale Erhebung einleiten und beflügeln können. Bei einer rechtzeitigen Aussprache zwischen den leitenden Instanzen wäre es wohl so gekommen, daß ich entweder den Admiral Scheer dazu vermocht hätte, zu warten, oder aber, ich hätte eingesehen, daß aus technischen Gründen ein Aufschub unmöglich war; dann mußten wir versuchen, durch eine direkte Anfrage bei *Foch* die Bedingungen beschleunigt herauszuholen, in der Hofffnung, daß die Flottenaktion diese Demütigung wieder gutmachte.

. . . . Noch heute stehe ich vor einem Rätsel: *Warum hat sich die Marine mir nicht anvertraut?* Ich kann nur die eine niederdrückende Erklärung geben:

Wohl hat Bismarck die Sonderbündelei der deutschen Staaten aufs Haupt geschlagen, und zwar so entscheidend, daß sie sich auch nach der Revolution nur schüchtern zu erheben wagte; aber der Partikularismus sitzt wie ein eingeborener Fluch in der deutschen Natur, und hat sich vor dem Kriege, vor allem aber während des Krieges in die Ressorts, in die Behörden geflüchtet; in die Marine, in den Generalstab, in das Auswärtige Amt: Sie haben sich gegenseitig nicht vertraut und selten in bundesgenössischem Handeln so zusammengewirkt, wie das Wohl der Nation es forderte. . . .

. . . „Ohne Kiel keine Revolution, ohne die Revolution keine Kapitulation am 11. November."

Dieser schweren Anklage gegenüber wird immer geltend gemacht: die nationale Verteidigung wäre in jedem Fall sinnlos und aussichtslos gewesen.

Darauf habe ich zu sagen: es handelt sich darum, nicht nur

die materiellen Machtmittel, sondern den Willen der feindlichen Völker abzuschätzen. Wenn es gegolten hätte, Elsaß-Lothringen zu erobern, dann wären die alliierten Machthaber in der Lage gewesen, ihren Völkern noch einen jahrelangen Krieg zuzumuten.

Am 11. November aber war eine andere Situation denkbar: Die Wilson-Bedingungen wären angenommen; die Räumung Belgiens und Nordfrankreichs zugestanden, ja die Räumung Elsaß-Lothringens — gegen die Forderung aber, uns zu entwaffnen, stünde das Nein einer zum Äußersten entschlossenen Nation.

Dann ist es meine Überzeugung, daß sich unser Wille zum Verzweiflungskampfe nur wenige Wochen hätte zu bewähren brauchen, um den Feinden das Ziel unserer Vernichtung zu verleiden; aus ihren Völkern wäre ein übermächtiger Schrei aufgestiegen:

Wir müssen noch Hunderttausende opfern, bis wir über den Rhein sind. Der Preis ist zu hoch, nur um Fochs Waffenstillstandsbedingungen zu erzwingen. Von ihren Heimatfronten wäre die Stimmung auf die alliierten Heere übergesprungen, die mit der schlimmsten Jahreszeit und ungeheuren Transportschwierigkeiten zu kämpfen gehabt hätten. Und schließlich wäre der notwendige Offensivwille erloschen.

Neue Verhandlungen wären dann wohl eingeleitet worden. Die Waffenstillstandsbedingungen, die wir dann hätten annehmen müssen, wären sehr hart gewesen; aber sie hätten, das ist mein Glaube, Deutschland dem Versailler Diktat nicht wehrlos ausgeliefert."

Sodann erteilt der Vorsitzende Abg. Dr. *Philipp* dem Abg. Dr. *Bergsträßer* das Wort zu seinem Bericht:

Abg. Dr. *Bergsträßer:* Ich möchte von vornherein betonen, daß es sich nicht um ein abschließendes Korreferat zu dem Bericht des Herrn Kollegen Rosenberg handelt, sondern nur um einzelne Stücke und Vorarbeiten zu einem solchen, wobei ich gegenüber dem Bericht des Herrn Kollegen Rosenberg zunächst folgende Bemerkung machen muß. Er faßt als Dolchstoß oder als Gegenstand der Untersuchung über den Dolchstoß auf die Analyse von Betrachtungen, die auf die Revolution und die Niederlage abzielten. Das ist wissenschaftlich unbedingt richtig. Aber wenn man die Dinge so eng faßt, dann kommt man zu einer praktischen Unmöglichkeit, weil gerade diejenigen, die die These vom Dolchstoß vertreten, den Dolchstoß selber ganz anders auffassen. Sie fassen ihn vielmehr auf als die Gesamtheit aller der von der Heimat ausgehenden Handlungen und Bestrebungen, die geeignet sein *konnten,* die Kampfkraft der Front zu beeinträchtigen.

Bleibt man bei der These von Herrn Dr. Rosenberg, so ist eine Durchführung der Scheidung von Spartakus und Linksradikalen auf

der einen Seite, der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei auf der anderen Seite völlig zutreffend. Mit diesem, und zwar wesentlichen Teile der Ausführungen des Herrn Kollegen Rosenberg decke ich mich vollständig. Man könnte dazu noch eine ganze Menge anderer Nachweise bringen, wie sie in den Aussagen des Münchener Dolchstoßprozesses in Massen vorkommen. Der Grundpunkt ist doch der, daß die Unabhängige Sozialdemokratie nicht den Krieg an und für sich radikal bekämpft hat, sondern daß sie aus einer bestimmten Auffassung der Kriegslage heraus, nämlich, daß wir jetzt keinen Verteidigungskrieg, sondern einen Angriffskrieg führten, ihre politische Stellung genommen hat.

Praktisch besteht nun, wenn man einmal die Scheidung, die Herr Kollege Rosenberg so überaus klar vorgenommen hat, anerkennt, die sehr große Schwierigkeit, im einzelnen zwischen der Tätigkeit von Mitgliedern der USPD auf der einen Seite, der Linksradikalen und des Spartakus auf der anderen Seite, wirklich den Strich zu ziehen, und zwar deswegen, weil Spartakus und die Linksradikalen bis zum 1. Januar 1919 — da war der Gründungs-Parteitag der KPD — bei den Organisationen der USPD einen Unterschlupf gesucht haben. Wenn man zwar auch unterstellen kann, daß die Exekutivorgane der USPD, d. h. das Generalbüro und die einzelnen Parteisekretariate in der Richtung der wirklichen USPD gearbeitet haben, so wird man feststellen können, daß auf der anderen Seite einzelne Ortsgruppen eigentlich spartakistisch oder linksradikal gewesen sind. Man muß also infolgedessen jeweils, wenn es sich um USPD-Organisationen außerhalb der Zentrale und um die Tätigkeit von Mitgliedern der USPD außerhalb der bestellten Parteisekretäre handelt, untersuchen, ob dieser spezieller USPD-Mann ist oder ein Spartakus-Mann oder ein Linksradikaler. Das scheint mir für die Einengung und scharfe Durchführung des ganzen Problems ungemein wichtig.

Dabei ist festzustellen — ich schalte das nur nebenbei ein —, daß die Linksradikalen nicht, wie der Vertreter der Marineleitung ausgeführt hat, in der Flotte nicht gearbeitet haben, *sondern sie haben in der Flotte tatsächlich agitiert.* Das geht erstens aus den Flugblättern hervor, die bei den Akten liegen. Schon Herr Kollege Rosenberg hat darauf aufmerksam gemacht, daß die Flugblätter, die in der sogenannten Marinedenkschrift abgedruckt sind, wesentlich linksradikalen Charakter haben. Es geht zweitens auch aus einem größeren Aktenstück hervor, das sich in den Akten „Abwehr" des AOK. X. befindet. Ich bin dazu gekommen durch die Darstellung, die Herr *v. Roeder* in dem roten Dolchstoß-Heft der „Süddeutschen Monatshefte" gegeben hat. Es kommt da die Äußerung vor, daß auf einem einzelnen Schiff — ich weiß im Augenblick nicht, auf welchem — 20 Nummern der radikalen Bremer Zeitschrift „Arbeiterpolitik", die in dem Buch von Frölich angezogen ist, gelesen worden sind.

Es scheint also notwendig, in Bezug auf die USPD große methodische Vorsicht anzuwenden, und es scheint notwendig, der Arbeit der Linksradikalen selbst in noch größerem Maße nachzugehen, als es bisher geschehen ist, wozu man die Akten „Abwehr" der verschiedensten einzelnen AOK's heranziehen muß, da die Akten „Abwehr" des stellvertr. Großen Generalstabs nach der Auskunft des Herrn Vertreters des Herrn Reichswehrministers verbrannt sind.

Nun möchte ich dabei noch eine weitere Einschaltung machen. Es wird verschiedentlich so hingestellt, als ob die linksradikale Bewegung entstanden sei als ein sozusagen vergröbertes Ergebnis der Bewegung der USPD. Das ist die bekannte Vorfruchttheorie, die ja schon in der Betrachtung politisch-parteigeschichtlicher Ereignisse vor dem Kriege eine bedeutende Rolle gespielt hat, wo etwa die Freisinnige Partei als Vorfrucht der Sozialdemokratie bezeichnet wurde. Ich möchte hier gleich feststellen, daß diese sogenannte Vorfrucht-Theorie, die verschiedentlich in der Literatur vorkommt, vollkommen absurd ist; denn jegliche radikale Bewegung ist in sich originär, sie entsteht aus einer neuen politischen Situation. Ich erinnere nur aus der französischen Revolution an die Verschwörung von Babeuf und an die Ideenwelt von Saint Simon, die daraus entstanden, daß man vorher geglaubt hatte, die äußere bürgerliche Gleichheit werde auch die allgemeine Gleichheit der Menschen herbeiführen, und dann sah, daß dazu noch andere Dinge notwendig seien.

Im Gegenteil: *die extreme Gruppe steht immer in schärfstem Kampf gegen die minder extreme Gruppe,* die ihr Nachbar ist.

(Abg. Dr. *Rosenberg:* Jesus gegen die Pharisäer!)

Ich nehme das gern auf. Ich möchte beim rein Politischen bleiben und sagen: Kommunisten gegen Sozialdemokraten und könnte darauf hinweisen, wie beispielsweise Lassalle 1863 aufs schärfste die Fortschrittspartei bekämpft hat. Sie kennen ja alle die Bündnispläne zwischen Lassalle und Bismarck. Das sollen nur Beispiele sein.

Ich gehe jetzt zu einem anderen Teil meiner Betrachtungen über, und zwar erscheint mir nötig, sich einmal die Frage klar zu machen, wie es eigentlich mit der *Friedenssehnsucht der Heimat* und wie es mit der *Friedenssehnsucht des Heeres* stand. Ich kann das natürlich nicht im allgemeinsten Umfange tun, sondern ich muß mich — und ich schließe mich auch da an das Vorbild des Herrn Kollegen Dr. Rosenberg an — auf einzelne Gruppen beschränken, wo ich das gedruckte Material habe.

Ich gehe bei der Betrachtung der Friedensbewegung in der Heimat davon aus, daß sich die Dolchstoßthese wesentlich gegen die Linksgruppen, Sozialdemokratie, Unabhängige Sozialdemokratische Partei richtete, und da wäre zunächst einmal das Problem zu stellen, ob die Friedenssehnsucht in der Heimat am stärksten in den Gegenden gewesen ist, wo Arbeiterschaft und infolgedessen auch Ar-

beiterparteien, sozialistische Parteien am stärksten gewesen sind oder nicht. Dabei ist einzuschalten, daß in einigen ganz typischen Industriegegenden, wie allgemein bekannt ist, die Verpflegungsverhältnisse während des Krieges besonders schlecht waren. Das ist für das rheinisch-westfälische Industriegebiet, aber ebenso für das sächsische Industriegebiet nach meinen genauen Erfahrungen zu unterstellen und gilt bis zu einem gewissen Grade auch für das Industriezentrum Berlin.

Nun ist festzustellen, daß in allen diesen Gegenden die Friedenssehnsucht nicht stärker gewesen ist als anderswo; daß im Gegenteil der pointierteste Ausdruck der Friedenssehnsucht in *Bayern* zu finden ist, und zwar im wesentlichen bei der ländlichen bäuerlichen Bevölkerung, die ja durchaus nicht als sozialistisch angesprochen werden kann und die doch im Grund eigentlich am frühesten und am geschlossensten in großem Umfang Friedenssehnsucht gezeigt hat. Ich will kurz an der Hand verschiedener Schriften die Gründe angeben. Ich beziehe mich dabei zunächst auf eine Untersuchung von Mattes „Die bayerischen Bauernräte“ [1]). Es ist eine Dissertation aus dem Seminar des bekannten Soziologen Max Weber. Zweitens nehme ich Bezug auf das Buch von Hundhammer „Geschichte des bayerischen Bauernbundes“ [2]), das mir schon deswegen zuverlässig erscheint, weil Hundhammer dem Bayerischen Bauernbund nicht angehört, es also keine Parteischrift ist. Ich ziehe dann ab und zu noch Aussagen im Dolchstoßprozeß und anderes an.

Dabei ist nun zunächst einmal festzustellen, daß einer der Gründe für die Kriegsgegnerschaft und die Friedenssehnsucht der bäuerlichen Bevölkerung in Bayern der gewesen ist, daß diese Bevölkerung sehr starke Verluste zu tragen gehabt hat. Es wird behauptet, und es spricht einiges dafür, daß *die Kriegsverluste der ländlichen Bevölkerung besonders stark gewesen seien.*

„Die Erklärung hierfür dürfte sein: die vom Lande stammenden Feldsoldaten waren am wenigsten dazu geeignet, für besondere Zwecke verwendet zu werden, sei es in Schreibstuben, für Fernsprecher, für Spezialtruppen irgendwelcher Art. Diese hatten aber die geringeren Verluste. Die vom Lande stammenden Feldsoldaten waren Frontkämpfer in des Wortes eigenster Bedeutung [3]).“

Es kommt dazu ein weiteres Zitat aus einer Darlegung, die der bekannte Bauernführer Dr. *Heim* schon Anfang 1918 in seiner Arbeit „Kampf um das tägliche Brot“ gemacht hat, wo er sagt:

„Trauriger Anblick: In der Hälfte aller Gemeinden sind 3 und 4% aller Bewohner gefallen“ [4]).

---

[1]) Mattes, Die bayerischen Bauernräte. Eine soziologische und historische Untersuchung über die bäuerliche Politik (Diss.). Stuttgart 1921.

[2]) Hundhammer, Geschichte des bayerischen Bauernbundes. München 1924.

[3]) Mattes a. a. O. S. 53.

[4]) Vgl. hier 1916 Eingabe Gruber und Genossen. „Der Dolchstoß-

Es kommt weiter hinzu, daß diese bäuerliche Bevölkerung aufs allerstärkste die ungeheuerliche Ungerechtigkeit empfand, unter der sie während des Krieges zu leiden hatte. Ob das subjektiv oder objektiv richtig ist oder nicht, kommt für unsere Untersuchung nicht in Betracht, sondern nur, daß diese Meinung bestand und sie wird ja auch mit mancherlei Dingen begründet. Zum Beispiel damit, daß — und das ist richtig — damals schon das einsetzte, was man später die Preisschere genannt hat, weil für die Produkte der bäuerlichen Wirtschaft Höchstpreise festgestellt wurden, während für die Industrieprodukte keine bestanden. Also genau das, was in Rußland und in Deutschland verschiedentlich später noch vorgekommen ist. Darüber sagt Mattes:

„Die bäuerliche Bevölkerung fühlte sich einseitig und ungerecht bedrückt. Sie konnte es nicht verstehen, daß man ihr gegenüber einen oft kleinlichen Zwang ausübte und der Kriegsindustrie schrankenlose Freiheit in Betätigung und Erwerb gestattete. Die Hilflosigkeit der Regierung gegenüber diesen Klagen beleuchtet eine Erzählung Dr. Schlittenbauers im bayerischen Landtag: Als ich einmal im Kriegsernährungsamt Herrn von Batocki am 19. März 1917 sagte: Exzellenz, wenn diese Dinge so weitergehen, wenn auf der einen Seite die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse immer gebunden sind, während auf der anderen Seite die Preise für Bedarfsgegenstände der Landwirtschaft ungehemmt steigen, dann kommen wir zum wirtschaftlichen Zusammenbruch, sagte er: Wir können der Industrie keine Preise vorschreiben, sonst arbeitet sie nicht mehr“ [1]).

Dazu kam dann noch, daß der ländlichen Bevölkerung von der Stadt aus der Vorwurf einer besonderen Profitgier gemacht wurde, und daß dann Versuche zur Regelung der landwirtschaftlichen Produktion einsetzten, die für die landwirtschaftliche Bevölkerung, deren größter Stolz die freie Führung ihres Betriebes war, auch wiederum aufs stärkste verbitternd wirken mußten. Ähnlich verbitternd wirkte es, daß Höchstpreise erst festgesetzt und dann nachträglich erhöht worden sind [2]).

Es kommt hinzu, daß die Arbeit auf dem Lande in steigendem Maße von alten Leuten, von Frauen und Kindern getan werden mußte [3]).

Aus allem ergibt sich dann eine überaus starke Radikalisierung der landwirtschaftlichen Bevölkerung. Ich erlaube mir einfach dazu anzuziehen, was in dem Hundhammerschen Buch steht:

---

prozeß. Eine Ehrenrettung des deutschen Volkes.“ G. Birk. S. 149 und S. 267: „Unsere Verluste sind entsetzlich groß.“

[1]) Mattes a. a. O. S. 54.

[2]) Der Dolchstoßprozeß a. a. O. Eingabe Heim S. 145.

[3]) Der Dolchstoßprozeß a. a. O. Gruber, Eingabe an den König von Bayern, S. 266.

„Als dann aber die Viehkommissionen und die Milchkontrolleure auf die Höfe kamen, auf denen der Bauer sich bisher als freier Herr gefühlt hatte, und die Ablieferung von Getreide und Vieh erzwangen, weil die hungernden Städte und Industrieorte nach dem Wegfall der Einfuhr vom Inlande allein verpflegt werden mußten, da griff die Erbitterung um sich. Der Zwang drückte hart und wurde nicht immer als gerechtfertigt verstanden. Frauen, Kinder und Greise mußten in den Bauernfamilien vom grauenden Morgen bis spät in die Nacht hinein allein die schwere Arbeit leisten, die sonst die Männer getan, die Felder bebauen und das Vieh besorgen. Sie erarbeiteten mit fast unmenschlicher Anstrengung dem ganzen Volke das tägliche Brot und — durften sich selbst nicht daran satt essen. Die zugewiesene Ration konnte dem acht oder neun Stunden tätigen Büroarbeiter nicht genügen, um wieviel weniger dem zwölf und vierzehn Stunden tätigen Landarbeiter. Die Schweine waren im Stalle und durften nicht geschlachtet werden, das Getreide lag auf dem Boden und durfte nicht gemahlen werden. Die Landbevölkerung mußte zusehen, wie von fremder Hand der Erfolg ihrer Arbeit weggeführt und auch gewinnreich ausgenützt wurde. Wollte sie selbst ihren Lebensunterhalt auf das unerläßlich Notwendige ergänzen, so mußte sie dies trotz des eigenen Besitzes tun wie der Dieb in der Nacht. Durch diese Kriegserscheinungen wurde die heimische Bevölkerung erbittert, und deren Stimmung wirkte sich aus auf die Angehörigen im Heeresdienste. Mancher ländliche Urlauber ging nicht nur mit weinenden Augen, sondern auch mit geballter Faust von seinem Hofe weg wieder ins Feld und in die Kaserne [1])."

Damit haben Sie zugleich eine Verbindungslinie mit der Heimat und der Front. Ich erinnere an die These von den Jammerbriefen und an die so vielfach gemachten Beobachtungen, die ohne Zweifel wenigstens für die spätere Kriegszeit vollkommen richtig sind, daß der Urlauber lustig und wohlgemut von der Front nach Hause fährt und verbittert, verstimmt und verärgert wiederkommt.

„Diese Verhältnisse bildeten die beste Grundlage für das Aufkommen einer radikalen Bewegung in der Bauernschaft. Gandorfers Versammlungsreden mit ihrer scharfen Kritik der Kriegswirtschaft fanden wachsenden Beifall. Seine Forderungen einer möglichst baldigen Beendigung des Krieges, einer möglichst raschen Beseitigung der Zwangswirtschaft fanden Widerhall. Mit besonderer Schärfe wandte sich Gandorfer auch gegen die ‚Vaterlandspartei' und den ‚Bund der Kaisertreuen', die er als Kriegsverlängerer und daher als Hindernisse für die Erfüllung seiner Forderungen betrachtete [2])."

[1]) Hundhammer a. a. O. S. 121, 122.
[2]) Hundhammer a. a. O. S. 122.

Eine ähnliche Auffassung ist in der Eingabe enthalten, die Dr. Heim schon am 17. Februar 1916 gemacht hat.

„Aus allen Beobachtungsquellen ergibt sich übereinstimmend die Tatsache, daß die *Stimmung im Landvolk Tag für Tag ungünstiger und zum Teil erbittert wird.*

Es dürfte z. B. als bezeichnend betrachtet werden, daß ein Urlauber, der im Begriff war, zu seiner Truppe ins Feld zurückzukehren, im Eisenbahnwagen erklärt hat: ‚Liebknecht hat vollständig recht', und daß das Publikum ihm zugestimmt hat, darunter auch Militärs.

Ich (Heim) kann außerdem bestätigen, daß von den Feldgrauen erbitterte Briefe, besonders aus bäuerlichen Kreisen, über eine Reihe von Maßnahmen kommen, besonders über die nachträgliche Erhöhung der Preise für Agrarprodukte [1])."

Ebenso ist bestätigt, daß eine Unmenge von Briefen aus bäuerlichen Kreisen an die einschlägigen Stellen der Front gingen, wenn die Frühjahrsbestellung oder die Ernte einsetzte, Briefe, die jammerten, wie schlecht die Verhältnisse zu Hause waren, wie die Arbeitskräfte fehlten und daß unbedingt der Mann beurlaubt werden müsse [2]).

Da haben wir einmal greifbar Jammerbriefe, von denen vielfach geredet wird und von denen man sonst doch so wenig Genaues weiß.

Der bayerische Kriegsminister *Hellingrath* hat schon sehr früh auf diese Dinge aufmerksam gemacht. Schon im Jahre 1917 sagt er:

„Die bei Kriegsbeginn herrschende Begeisterung ist längst abgeflaut. Sie hat vielfach einem weitgehenden Pessimismus Platz gemacht, dessen Gefahren nicht unterschätzt werden dürfen."

Er setzt dann hinzu:

„Verhältnismäßig am besten werden die moralischen und materiellen Prüfungen von der organisierten Arbeiterschaft ertragen. Die hohen Löhne, die straffe Organisation, und der starke Einfluß der Führer der Sozialdemokratischen Mehrheitspartei, sowie der freien, christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften stützte und stärkte ihren Willen zum Aushalten [3])."

Und nun hierzu ein letztes Zitat. Troeltsch [4]) sagt:

„Als ich im August 1918 im Allgäu eine Versammlung von — übrigens durchaus „patriotischen" und damals höchst gläubigen Bauern und Käsefabrikanten mitmachte, da war ich erschreckt über den geradezu fanatischen Haß, der hier ganz allgemein gegen das Offizierkorps als den Inbegriff aller Ungerechtigkeit und Bevorzugung losbrach."

---

[1]) Der Dolchstoßprozeß a. a. O. Schreiben Dr. Heims S. 145.
[2]) Mattes a. a. O. S. 54.
[3]) Der Dolchstoßprozeß a. a. O. S. 148.
[4]) E. Troeltsch, Spektatorbriefe, Tübingen 1924, S. 10.

Alle diese Kriegsopfer und Ungerechtigkeiten, wie man sie empfand, wurden noch getragen, solange es Zweck zu haben schien, aber dann nicht mehr. „Es ist der Erfolg des Jahres 1918, auch diesen letzten Halt untergraben zu haben [1])." Das Ergebnis dieser Gesamtentwicklung in Bayern finden Sie nun in einem Bericht der 4. bayer. Infanterie-Division, der in der Sammlung von Bd. 6 dieser Reihe auf S. 361 steht. Da heißt es:

> „Durch heimatliche Beziehungen und die Friedenshoffnung sind die Truppen beeinflußt. Seit dem Eintreffen hier hat sich infolge der besseren Unterkunftsmöglichkeit, der körperlichen Reinigung und des Verständnisses, das die Leute ihrer jetzigen Verwendung entgegenbringen, der Zustand und der Geist der Truppen gebessert."

Diese „jetzige" Verwendung bestand darin, daß die Truppen in diesen Tagen gegen Innsbruck hin transportiert wurden, um die bayerische Heimat gegen etwaiges Einströmen italienischer Truppen zu schützen. Das heißt, diese Bevölkerung stellt sich vollständig auf den Standpunkt der Verteidigung und zwar in diesem Falle als bäuerliche Bevölkerung der Verteidigung der eigenen Scholle. Ich habe diese Linie gezogen, weil es mir wichtig erscheint, die Entwicklung an einem Modell auseinanderzusetzen.

Ich gehe dazu über, die *wachsende Friedenssehnsucht des Feldheeres* auch wieder modellhaft zu schildern zu versuchen, und ich unterstelle dabei als notorisch, daß diese Friedenssehnsucht mit einer gewissen Zwangsläufigkeit immer stärker werden mußte, auch dann, wenn in der Heimat nicht die Ernährungsverhältnisse und die großen Verluste und im Feldheere nicht die ständig steigenden Anstrengungen dahingewirkt hätten. Ich versuche, die psychologische Entwicklung des Feldheeres zu geben an der Hand eines mir überaus interessanten Buches, nämlich von Rudolf G. Binding, dem bekannten Dichter: „Aus dem Kriege" [2]). Dieses Buch hat den großen Vorzug, daß es ausschließlich Auszüge aus Briefen sind, die er damals schrieb, und zwar unveränderte Auszüge, und es hat den zweiten Vorzug, daß Binding, wie aus seinem Buche hervorgeht, durchaus nicht Pazifist und durchaus nicht etwa links gerichtet gewesen ist; denn er schimpft sich auch über den Parlamentarismus recht gründlich aus. Im August 1915 schreibt er:

> „Die vielen Urlauber, von Haus und Heimat zurückkehrend, finden nicht mehr die Erregung der mit erster Begeisterung und jungem Blutgeruch erfüllten kriegerischen Winde und Stürme; die Dinge der Heimat, obwohl an sich kleiner, haben ein größeres Gewicht erhalten, weil der Krieg gealtert ist. Der Friede als Zustand

---

[1]) Mattes a. a. O. S. 57.
[2]) Rudolf G. Binding, Aus dem Kriege. Frankfurt 1925.

läuft dem Kriege, während dieser noch besteht, den Rang ab. Während man sagt, man denkt nicht an Frieden, lechzt man darnach." [1])

Ich möchte da eine persönliche Erinnerung einschalten, die Bindings Anschauung belegt. Ich war im August 1915 als Landsturmmann in Gnesen. Damals fielen die großen russischen Festungen. Ich galt meinen Kameraden als ein kundiger Thebaner, weil ich den Doktortitel und politische Kenntnisse hatte, und ich weiß heute noch, wie ich ständig gefragt wurde: Wenn jetzt Warschau fällt, wenn jetzt das und das fällt, gibt es dann Frieden? Also diese Sehnsucht nach dem Frieden ist ohne Zweifel schon im Jahre 1915 unbedingt da gewesen. Die wesentliche Wirkung, die von der Heimat ausgeht und auf den Heimaturlauber wirkt, liegt doch schließlich darin, jedesmal, wenn der soldatische Bürger — denn das ist der Angehörige eines nach der allgemeinen Wehrpflicht zusammengesetzten Heeres — wiederum auf kurze Zeit in seine natürliche Umgebung, in sein selbsverständliches Wirkungsgebiet versetzt wird, steigt bei ihm die heiße Sehnsucht auf, wieder in seinem Arbeitsgebiet zu verbleiben. Für Heere der allgemeinen Wehrpflicht ist der Krieg und die Dauer des Krieges etwas anderes als für ein Heer der Söldner. Je schwächer die Gebundenheit, desto schwächer ist die Wirkung. Sie ist gering bei den jungen Leuten, die noch keine feste Stellung im Leben haben, z. B. bei den Studenten, gering auch bei dem jungen Arbeiter. Sie ist am stärksten bei denen, die durch ihrer Hände Arbeit einem bestimmten Stück Land verbunden sind, bei dem Bauer. Sie wird geistig zurückgedrängt vielfach bei denen, die gelernt haben, solidarisch zu denken. Das sind die Gebildeten, die Beamten; das sind aber ebenso die organisierten Arbeiter. Ich beziehe mich auf das, was bei Hellingrath steht. Ich kann mich auch auf das beziehen, was etwa *Groener* an verschiedenen Stellen über die Wirkung der Arbeiterorganisation gesagt hat. Der aktive Offizier steht diesem Gefühl notwendig anders gegenüber. Für ihn ist der Krieg die Zeit, wo er das, was er unter Umständen ein ganzes Leben hindurch gelernt hat, nun endlich einmal anwenden kann. Vielleicht kommt daher zu einem Teil die Gegensätzlichkeit im Denken über den Krieg, wie sie sich zwischen den Offizieren und gerade den aktiven Offizieren und gerade auch den Offizieren der höheren Stäbe, die ja in der Regel aktive Offiziere gewesen sind, auf der einen Seite und den Mannschaften auf der anderen Seite herausgebildet hat. Und nun führt das bestehende Autoritätsverhältnis wieder dazu, daß dem Offizier diese Gegensätzlichkeit zunächst weniger bewußt wird. Ich zitiere wieder Binding [2]):

---

[1]) Binding a. a. O. S. 18.
[2]) Binding a. a. O. S. 264, 265.

„Über die Stimmung der Truppe kann der Vorgesetzte sich schwer unterrichten. Die höheren zumal tappen im Dunkeln. Die kurze Frage bei Aufstellungen und zufälligen Besuchen: ‚Wie geht es Ihnen?' wird für einen General immer mit ‚gut' beantwortet, womit nicht viel gesagt ist."

Der Dichter Binding sieht die Realität, weil seine feinen Nerven die Vorgänge in der Seele des anderen empfinden, und ich möchte den Zusatz machen: der Dichter Binding ist keiner, der heute gegen den Krieg wettert. Er hat in Potsdam eine Vorlesung aus eigenen Werken gehalten und hat ausschließlich Kriegsgedichte und Kriegsnovellen dabei vorgetragen.

Wenn man alles das zusammenstellt, was Binding, der seit dem Beginn des vaterländischen Unterrichts Unterrichtsoffizier gewesen ist, von Anfang 1918 an über die Stimmung der Truppen sagt, so kann man daraus zusammenhängend folgende These aufstellen: „Die Truppe kämpft seit Anfang 1918 um das Kriegsende überhaupt. Sie will alles, was den Frieden fördert, auch eine Offensive, wenn die den Frieden fördert, und sie will nichts, was den Frieden hinauszieht."

Den Auftakt bildet ein Bericht, den Binding als Unterrichtsoffizier im Sommer 1918 auf Verlangen der O. H. L. über die Wirkung der Brest-Litowsker Friedensverhandlungen auf die Stimmung der Truppen gab:

„12. Januar 1918.

Von seiten der Obersten Heeresleitung wurde von den Offizieren, die den vaterländischen Unterricht leiten, ein Bericht über die Wirkung der Brest-Litowsker Friedensverhandlungen auf die Stimmung der Truppen verlangt. Die Erhebungen nach dieser Richtung waren von mir und auch von den mir unterstellten Offizieren sehr eingehend. Ich setze meinen nach eigenen Beobachtungen und nach den Erhebungen bei den Truppen zusammengestellten Bericht, wie er zunächst an das Oberkommando der 4. Armee erging, hierher.

‚Die Wirkung der Brest-Litowsker Verhandlungen auf die Truppe ist ohne Zweifel erhebend. Schon die Tatsache allein, daß Friedensverhandlungen schweben, erfüllt mit Hoffnung und Erwartung. Diese sind allein auf einen Frieden (zunächst mit Rußland, dann, vielleicht und wahrscheinlich erst nach erfolgter Offensive gegen die Westmächte, auf einen Frieden mit diesen) gerichtet. Sie sind so sehr auf den Frieden gerichtet, daß ein Scheitern der Verhandlungen im Osten eine sehr empfindlich fühlbare Niedergeschlagenheit auslösen würde. Die Bedingungen für den Frieden im Osten, wie sie von unseren Vertretern ausgesprochen und vertreten werden, sind den Leuten geläufiger und begreiflicher als die allgemeine Formel des »annexionslosen,

entschädigungslosen Friedens« mit dem »Selbstbestimmungsrecht der Völker.« Die ausgesprochenen Friedensbedingungen erregen kaum Bedenken. Formationen, die weit ab von den vordersten Linien liegen, scheinen die Neigung zu haben, an einen Frieden höhere Ansprüche zu stellen als die Kameraden unmittelbar am Feind.'

In allen Formationen, besonders da, wo ältere Mannschaften überwiegen, werden alle Forderungen unsererseits, die den Frieden erschweren oder hinausschieben würden, von der Hand gewiesen.

Der aktive Offizier und der aktive Unteroffizier hält vielfach die Formel des ‚annexionslosen Friedens ohne Entschädigung' für unbefriedigend und den mit Blut errungenen Vorteilen (wie er sie versteht) nicht entsprechend; doch herrscht fast durchgehendes Einverständnis, daß im Osten keine Einverleibungen nötig und nützlich seien, daß vielmehr dort der Friede so aussehen dürfe, wie er angebahnt ist. Als Hauptmittel zum endgültigen Frieden wird die Offensive im Westen nicht nur erwartet, sondern für notwendig gehalten. Von ihrem Einsetzen, wie von ihrem Gelingen ist jeder überzeugt. Im Gefühl des freien Rückens sind Zuversicht und Vertrauen in dieser Beziehung unbegrenzt. Allgemein aber wird sie bei den Mannschaften nirgends von dem Gesichtspunkt eines günstigen Friedens betrachtet, den sie uns bringen müsse, sondern nur von dem, *daß sie zum Ende führen werde.*"

Bei Binding steht über die März-Offensive: „Getragen von einer letzten Hoffnung ließen wir alles Gepäck willig zurück." [1]) Hierzu möchte ich einschalten, daß mein Kollege, der jetzige Professor der Theologie *Seeberg* in Breslau, mir seiner Zeit, nachdem er als Militärgeistlicher diese Offensive mitgemacht hatte, auch schilderte, daß der ungeheure Auftrieb dieser März-Offensive eben einfach darin bestanden habe, daß man das Kriegsende von ihr erhoffte, und ich darf auf das hinweisen, was Abg. *Graf Schulenburg* in seinem Berichte gesagt hat: „Die höchsten Anforderungen sind von der Truppe in der Hoffnung erfüllt worden, damit den Krieg nun endgültig und rasch zum Abschluß zu bringen, in dem Deutschland nicht der verlierende Teil war" [2]).

General *v. Kuhl* [3]) gibt zu, daß wir in der März-Offensive unser operatives Ziel nicht erreichten, und daß das zweifellos auf die Mannschaft niederdrückend gewirkt hat.

Mit dem Augenblick, wo die März-Offensive selbst nicht zur Entscheidung geführt hat, beginnt meiner Meinung nach das, was man die Vertrauenskrise im Feldheere selbst nennen kann. Sie beginnt

---

[1]) Binding a. a. O., S. 297.
[2]) Vgl. Bd. 6 dieser Reihe S. 310.
[3]) Der Dolchstoßprozeß a. a. O. S. 85.

selbstverständlich nur leise bei dem einzelnen, je nach Temperament und besonderem Charakter der Person und je nach dem besonderen Charakter der eigenen Verhältnisse. Sie wird allgemeiner nach den Mißerfolgen vom Juli und August. Am 19. Juli sagt Binding nach der Champagneschlacht: „Seit den Erlebnissen des 15. Juli weiß ich, daß es zu Ende geht; die Gedanken bedrücken mich[1]." Und unser Kollege Graf Schulenburg sagt[2]:

„Nach dem Scheitern der zweiten Marneschlacht, nach dem französisch-amerikanischen Gegenangriff, der uns zum Rückzug hinter die Vesle zwang, und schließlich nach dem schweren Rückschlag am 8. August bei der Heeresgruppe Kronprinz von Bayern, für dessen Ursache General v. Kuhl authentisch ist, sagte sich auch der Soldat in der Front, daß die in unseren Angriffen eingesetzte Kraft zu keiner Kriegsentscheidung geführt hatte, daß wir wieder in die Verteidigung zurückgeworfen waren, und das Stärkeverhältnis besonders auch durch das Auftreten der Amerikaner sich zu unseren Ungunsten verschoben hatte. —

Diese Tatsachen waren nicht dazu angetan, die Stimmung zu heben, die nach einer unglücklichen Schlacht immer eine gedrückte ist. Sie wurde in der Folge auch nicht besser, weil sich die Lage an der Front nicht festigte, sondern verschlechterte."

Daraus ergibt sich für mich etwas Weiteres. *Mit der Zuspitzung der militärischen Lage kommt erst die Möglichkeit überhaupt auf nur eine Wirkung von Agitation,* denn es ist doch mit der Agitation genau so wie mit den Bazillen. Genau so, wie wir jeden Tag Hunderttausende von Bazillen in uns aufnehmen, aber nur der Körper krank wird, der disponiert ist, genau so wird eine Agitation auch nur da wirken, wo eine Disposition für die Agitation überhaupt schon vorhanden ist. General v. Kuhl bemerkt richtig, und zwar schon für die Zeit nach der Märzoffensive, daß nun alle revolutionären Bestrebungen einen doppelt günstigen Boden fanden[3], und die Disposition besteht eben darin, daß das einsetzte, was ich die Vertrauenskrise im Heere nenne. Man kann auch ebenso sagen: das Sinken, das allmähliche Aufgeben der Hoffnung, daß auf diesem Wege ein Frieden überhaupt zustande kommen würde.

Ich zitiere wiederum Binding vom August 1918[4]:

„Ich habe eine schlechte Meinung. Aber wenn ich die äußere, finde ich zwar nicht verschlossene Ohren, aber eine verschlossene Vorstellung. Daß es so steht, wie es steht, will dem deutschen Offizier nicht einleuchten.

---

[1]) Binding a. a. O. S. 344.
[2]) Vgl. Bd. 6 dieser Reihe S. 311.
[3]) Der Dolchstoßprozeß a. a. O. S. 85.
[4]) Binding a. a. O. S. 348 ff.

Dazu Symptome. Man ist des Krieges müde. Man hört — und nicht von den schlechtesten, nein, von tapferen Frontsoldaten: ‚Gebt ihnen doch dieses Sch . .-Land Elsaß und Lothringen.' Die Manneszucht ist in einer Weise gelockert, daß sie nicht mehr straff zu ziehen ist. (Unsere Division bildet mit wenigen eine erträgliche Ausnahme.) Verschwendung und Verrohung nehmen zu wie Seuchen. Man fühlt, daß das Jahr, von dem man sich Entscheidung versprach — das erstemal ernstlich, weil es das letztemal sein mußte! — unausgenutzt verlief. Im Innern Impotenz: die Hirne sämtlicher Größen, die den Aufruf des ‚Bundes der Kaisertreuen' unterzeichnet haben, ergeben zusammengelegt auch nicht mehr als das Hirn eines phrasenhaften Toren. Und dann überall der unendliche Selbstbetrug. Gewiß: alles das ist bei den Gegnern auch zu spüren, aber das macht die Sache der Menschheit und unsere nicht besser.

Man sagt sich, daß nichts dabei herauskommt, wenn man sich verbraucht. Man sagt sich auch, daß man nicht dazu da ist, sich in dieser endlosen Sache des Wahnsinns weiter zu verbrauchen; gleichviel ob es in diesem feuchten Unterstand ist, wo man schimmelt, oder ob es anderswo ist, wo man trocken sitzt."

Ich entnehme dazu gleich eine andere Stelle [1]).

„Lager am Aisne-Kanal, 21. August 1918.

In diesen Tagen ging ich mit dem langen R. auf einer kleinen Insel spazieren, die gegenüber von unserem Lager in einem Aisne-Arm lag. Wir waren allein. ‚Wenn jemand eine gute aber frivole Wette machen will,' sagte ich, ‚so muß er wetten, daß die Hohenzollern abdanken müssen.' — Der Lange zuckte die Achseln. ‚Kann richtig sein,' sagte er trocken."

Daraus ergibt sich erstens, die Zahl derer mehrt sich mit jeder nicht geglückten Offensive, die nicht mehr glauben, daß auf diesem Weg überhaupt ein Friede erreichbar sei. Dann wollen Sie entweder den Frieden auf eine andere Weise, sagen wir einmal durch Verhandlungen, Schluß einerlei wie, zweitens Änderung der innerpolitischen Verhältnisse als Strafe und als Sühne für die, die das herbeigeführt haben. Der Einzelne will nicht mehr bei einer Sache mitmachen, die er für aussichtslos, also für zwecklos hält und für die er sich deshalb nicht totschießen lassen will, sondern er will sein Leben nicht unnütz vergeuden, er will es retten. Abg. Graf von der Schulenburg sagt [2]):

„Nach einem vierjährigen Kriege nach dem erfolgten Sieg haben sehr wenige noch die Neigung, sich in letzter Stunde tot- oder zusammenschießen zu lassen."

---

[1]) Binding a. a. O. S. 353.
[2]) Vgl. Bd. 6 dieser Reihe S. 316.

Das sagt er für Frankreich. Das ist aber um soviel richtiger für Deutschland, wo ein weit größerer Kreis von Menschen sich sagte: Das Sichtotschießenlassen bringt uns den Frieden doch nicht.

Über die Stärke dieser Tendenzen kann ich natürlich nichts sagen. Das kann man nicht nach Pfunden wiegen und nicht mit Thermometern messen. Es ist sicher, daß seit August 1918 diese Tendenzen da sind und steigen. Am meisten steigen sie natürlich mit dem Verlangen nach dem Waffenstillstand. Ich schließe mich da durchaus dem an, was Herr Sachverständiger *Schwertfeger* vielfach formuliert hat, daß mit dem Beginn des Waffenstillstandsangebots eigentlich der Krieg als erledigt zu betrachten sei.

Nun ist richtig, daß sich hierbei eine zweite Divergenz im Denken zwischen Offizier und Mannschaft ergibt. Nach einer Seite hin ist es in Bindings Auszügen schon angedeutet. Die Mannschaft ist in ihrem Denken über militärische und besonders auch über politische Dinge autoritätsloser und kritischer als der Offizier und gerade als der aktive Offizier. Das gilt für den Bauern, der mit bestimmten Realitäten verbunden ist, weil er von ihnen abhängt und darum zu Mißtrauen gegen alles neigt, was er nicht kennt, besonders auch gegen große Worte. Das gilt ebenso von den Sozialdemokraten, vielleicht überhaupt von allen Anhängern politischer Oppositionsparteien, die von früher her gewohnt sind, in Erklärungen und Darlegungen der amtlichen Autoritäten von vornherein Zweifel zu setzen.

Daraus ergibt sich, *daß Mannschaften die wirkliche Lage, das heißt die Unmöglichkeit des Sieges früher gesehen haben als die Offiziere,* die bis zuletzt — ich möchte es so ausdrücken — auf das Wunder hofften, d. h. sie hofften, daß irgendeine letzte Möglichkeit noch vorhanden sei. Typus ist dabei für mich der Flottenvorstoß, von dem wir ja jetzt wissen, daß nicht nur die Marineleitung, sondern auch die Heeresleitung dabei geistig beteiligt gewesen ist.

Eine andere Seite der Sache ist die, daß die Mannschaft nicht die dem Offizier wie dem Stande des Akademikers geläufigen Begriffe der *Ehre* kennt. Daraus ergibt sich die Stellung für den Akademiker und den Offizier zum Duell, die von anderen Volkskreisen als seltsam oder auch als lächerlich oder als gänzlich antiquiert aufgefaßt wird. Daraus ergibt sich aber auch der Gedanke vom Untergehen in Ehren statt dem Leben in Schande, wie er ohne Zweifel bei dem Flottenplan des Jahres 1918 mitgewirkt hat und wie er ja noch von Herrn Sachverständigen Dr. Delbrück so stark betont worden ist.

Aus den vom Abg. Dittmann mitgeteilten Auszügen der Matrosenaussagen geht diese ganze Gegensätzlichkeit sowohl an sich wie in ihren Konsequenzen für die Praxis und die Aktivität der Flotte ganz deutlich und nachdrücklich hervor.

Das Ergebnis für die Praxis ist, daß die Kreise, die so denken

und diesen Offiziersehrenstandpunkt nicht haben, zur *Verteidigung bereit* sind, zum *Angriff nicht,* weil sie ihn für nutzlos halten.

Dabei ist nun allerdings in den Darlegungen vom Abg. Dittmann eine Lücke. Die Entwicklung von der Weigerung gegenüber der Ausfahrt gegen England bis zu dem Willen zum Umsturz ist bei Dittmann nicht klargelegt. Ich muß gestehen, daß sie mir auch noch nicht klar ist, weil ich die einschlägigen Quellen noch nicht habe lesen können. Denn es ist doch ein wesentlicher Unterschied, daß auf der einen Seite die Marinemannschaften sagten: wir wollen nicht ausfahren, aber wir wollen verteidigen, und daß dann, für mich heute noch ganz unvermittelt, die Aussendung der Emissäre einsetzt, die ja erst das aktiv Revolutionäre, den Willen zum Umsturz, in der Kieler Novemberbewegung darstellt.

(Abg. Dr. *Rosenberg:* Psychologisch entscheidend ist der erste Schritt. Sobald man einmal die Autorität ablehnte, ergab sich das andere dann sehr leicht.)

Hiermit kommen wir nun zu dem anderen Problem, nämlich zu der *Entwicklung des politischen Radikalismus* überhaupt. Die beiden radikalen Richtungen sind vom Herrn Kollegen Rosenberg ja musterhaft geschildert worden. Es scheint mir notwendig zu sein, im Laufe unserer späteren Untersuchungen auch noch einmal die Stellung der Sozialdemokratie klarzulegen, weil, wie aus dem Dolchstoßprozeß hervorgeht, darüber noch ständig Unklarheiten vorhanden sind.

Ich will für heute nur folgendes bemerken: Neben der Agitation der USPD und der Linksradikalen geht noch anderes her, was bei der Betrachtung des Dolchstoßes als von der Heimat ausgehender Wirkungen abzuziehen ist. Erstens ist abzuziehen die feindliche Agitation vom Westen her. Sie wird aber sehr vielfach mit der radikalen Propaganda einfach zusammengeworfen. Wenn z. B. die bekannte Schrift „Kaiser und Krieg, Republik und Friede" angezogen wird, z. B. im Gutachten Kuhl[1]) . . ., so ist das feindliche Propaganda und hat also mit dem Dolchstoß gar nichts zu tun. Zweitens ist die bolschewistische Agitation aus dem Osten abzuziehen. Drittens ist die ganze Arbeit und Stimmung der aus dem bolschewistischen Osten zurückkehrenden früheren deutschen Kriegsgefangenen abzuziehen. Von deren Arbeit finden Sie ja in den Berichten, die ich Ihnen übermitteln konnte, mancherlei. Denn diese Leute sind nicht von der Heimat verhetzt worden, sondern sind in ihrer Kriegsgefangenschaft, wie es in einem dieser Berichte sehr hübsch heißt, mit unklaren Freiheitsideen vollgepfropft worden, haben diese unklaren Freiheitsideen nun nach Hause gebracht und kommen an die Front, nachdem sie einen kurzen Heimaturlaub gehabt haben und eine sehr schlechte

[1]) Vgl. Bd. 6 dieser Reihe S. 20.

Ausbildungszeit, wie aus allen diesen Berichten hervorgeht, und bilden hier nun etwas, was man wohl am besten mit dem Wort „subversive Elemente" bezeichnet. Aber das geht nicht auf das Konto der Heimat, und es erscheint mir dringend notwendig, daß wir diese Frage der Rückkehrer aus russischer Gefangenschaft noch genauer untersuchen, ebenso wie die bolschewistische Agitation, die man ja nicht auf die deutsche Heimat beschränkte, sondern die z. B. an der russischen Ostfront direkt sehr stark war.

Dann bin ich bei dem Lesen der Akten noch auf etwas Viertes gekommen, was mir bisher unbekannt war, nämlich auf die Tatsache, daß im Jahre 1918 mindestens aus den besetzten russischen Gebieten Arbeiter, die in den Akten ausdrücklich als *bolschewistische Arbeiter* bezeichnet sind, ersichtlich in *ziemlich großer Anzahl nach Deutschland herübergebracht* und eingestellt worden sind. Man hat diese Leute nach der Seite der geistigen Hygiene behandelt, wie man sonst Typhuskranke behandelt. Man hat versucht, sie immer wieder zu isolieren, aber natürlich haben sie auch auf ihre Wachmannschaften usw. wirken können. Auch diese Frage der bolschewistischen Arbeiter wäre zu untersuchen.

Ich möchte dann noch kurz folgendes bemerken: Mir scheint, daß ich einiges verallgemeinern dürfte. Ich habe davon gesprochen, daß die Empfindung der Ungerechtigkeit bei dem bayerischen Bauer eine so starke Wirkung gehabt habe. Ich erkühne mich, die These aufzustellen, daß das *allgemeine Grunderlebnis des Krieges von der ungeheuren Ungerechtigkeit der Welt psychologisch die Stimmung geschaffen habe, die nach Umsturz der bestehenden Verhältnisse geradezu schrie.* Wenn ich es mit der Soziologie von Max Weber bezeichne, so würde ich sagen, diese Empfindung der allgemeinen Ungerechtigkeit löste eine chiliastische Stimmung aus. Woher kommt diese Empfindung der Ungerechtigkeit? Ich bemerke ausdrücklich, ich untersuche dabei gar nicht, ob diese Empfindung im Einzelfalle berechtigt oder nicht berechtigt gewesen ist. Ich gebe nur Beispiele. Im Heere hat der eine einen anständigen Feldwebel, der andere einen Schikanör, der eine bekommt das Eiserne Kreuz, der andere nicht, der eine hat einen Offizier, der ihn gut behandelt, der andere einen Offizier, der ihn malträtiert. Der eine hat Glück und wird reklamiert, der andere hat Pech und kommt in den Schützengraben. Die eine Hausfrau hat Beziehungen zum Lande und bekommt Butter und Speck, und die andere hat keine Beziehungen zum Lande und bekommt Butter und Speck nicht. Auch das Hilfsdienstgesetz hat da sehr starke Wirkungen der Ungerechtigkeit ausgeübt, vor allem, seitdem die Hilfsdienstpflichtigen in die Etappe kamen und der merkwürdige Kontrast entstand, daß der eine die Stube fegte als Muskote und nur seine Löhnung bekam und der andere als Hilfsdienstpflichtiger einen Haufen Geld bekam, was übrigens auch in dem Buche

von Sichler und Tiburtius[1]) über die Arbeiterfrage im Kriege sehr hübsch geschildert ist.

Kurz und gut, wir können feststellen: jeder einzelne von der erwachsenen Bevölkerung des Deutschen Reichs hat während des Krieges einmal subjektiv die ungeheure Ungerechtigkeit der Welt schaudernd erlebt. Ich sage „schaudernd", weil unter den Verhältnissen des Friedens die Tatsache dieser Ungerechtigkeit zwar ebenso bestand; sie wurde aber weniger erlebt und weniger empfunden. Dieses Erlebnis der Ungerechtigkeit führt nun dazu, daß immer größere Mengen von Menschen sich sagten: so geht die Geschichte nicht weiter, so kann die Schweinerei nicht weitergehen, und was derartige Reden mehr sind, uns kann aus dieser ganzen Schweinerei nur eine völlige Änderung des gesamten Zustandes herausbringen. Das scheint mir die typische Revolutionsstimmung zu sein, das, was ich die starke Disposition des Staats- und Volkskörpers für die große revolutionäre Änderung nenne.

(Abg. *Joos:* Es wäre interessant, den psychologischen Vorgang in der christlichen Arbeiterschaft des Westens 1917/18 zu untersuchen. Da hatten wir gar keine Revolutionäre, da war eine aktive Stellung zum Kriege. Was sich geändert und warum es sich geändert hat, das habe ich miterlebt. Ich war Redakteur einer Zeitung.)

Ich bitte Sie, diese Untersuchung zu machen. Sie würden der Wissenschaft einen großen Dienst leisten.

(Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:* Diese wertvollen Anregungen werden wir vielleicht in der Aussprache weiter behandeln können.)

Mit dieser gesteigerten Disposition hängt nun noch ein Weiteres zusammen, nämlich die *Desillusionierung.* Ich spreche wieder ein großes Wort gelassen aus. In der Geschichte ist die Illusion die größte der Realitäten, und diese Illusion besteht darin, daß ein bestimmtes vorhandenes Staatssystem, eine bestimmte vorhandene Organisation für richtig und selbstverständlich gehalten wird. In dem Augenblick, wo die Vertrauenskrise gegenüber dem Heer und gegenüber dem Staat einsetzt — ich erinnere da an das preußische Wahlrecht —, geht die Illusion zum Teufel und bricht infolgedessen auch diese Stütze auseinander. So trifft die Revolution einen vorbereiteten Boden.

Ich möchte Sie schließlich mit einer kleinen methodischen Frage ein wenig darauf hinweisen, wie schwierig die Untersuchung dieser ganzen Probleme ist. In dem Dolchstoßheft der Süddeutschen Monatshefte steht im Anhang ein „Feststellung" betitelter Artikel des Majors *von Roeder.* Dieses Stück ist so grundlegend interessant, daß ich im einzelnen darauf eingehen möchte. Zunächst sagt Herr von Roeder in

---

[1]) Sichler und Tiburtius, Die Arbeiterfrage eine Kernfrage des Weltkrieges. Berlin 1925.

der Vorbemerkung,[1]) daß er frühere Notizen benutzt und Einsicht in entsprechende Akten genommen habe. Aus einer Korrespondenz, die der Herr Vertreter des Reichswehrministeriums mit Herrn von Roeder gehabt hat, kann ich feststellen, daß die Behauptung von der Einsicht entsprechender Akten falsch ist, denn er hat nachher zugegeben, daß diese Akten gar nicht mehr erhalten sind. Schon daraus geht hervor, daß die ganzen Ausführungen quellenkritisch höchst bedenklich sind. Die genannten Akten wurden in der Revolution verbrannt.

Zweitens: Herr von Roeder gibt an, die Akten „Abwehr" des Stellvertretenden X. AOK ergäben die Schuld der USPD. Ich habe diese Akten eingesehen, sie ergeben eine Masse Material gegen die Bremer Linksradikalen. Ich habe schon darauf verwiesen. Herr von Roeder, der die „Abwehr" geleitet hat, ist nicht fähig, Linksradikale und USPD überhaupt zu unterscheiden. Damit ist der Mann als wissenschaftliche Quelle erledigt.

Ferner macht Herr von Roeder[2]) — ich berufe mich auf einen Zwischenruf, den der Herr Abgeordnete Brüninghaus vorhin gemacht hat, daß die bolschewistische Agitation mit dem Dolchstoß zusammenhänge — Angaben darüber, daß die ausländische Agitation, und zwar die von Frankreich eingetretene, mit deutschen linksgerichteten Kreisen zusammengearbeitet habe, und behauptet, von deutschen linksgerichteten Kreisen habe sie Adressen bekommen. Er führt dabei an erstens den Kapitänleutnant Paasche, zweitens eine Sendung an den katholischen Arbeiterverein in Magdeburg-Sudenburg.

Herr Abgeordneter Joos hat mir auf eine Anfrage freundlichst bestätigt, daß das ein katholischer Arbeiterverein ist,

(Abg. *Joos:* Der hat niemals so etwas empfangen!)

der mit linksradikalen Kreisen nichts zu tun hat. Ich habe Herrn Dr. Bloch gebeten, über die Polizei Feststellungen über die anderen erwähnten Stellen zu machen. Hoffentlich können wir das herausbekommen. Jedenfalls stimmt das eine nicht, und der Herr von Roeder hat leichtfertig Behauptungen aufgestellt.

Es kommen auch sonst massenhaft Unklarheiten dieser Art vor. Nehmen Sie nur das einzige Wort „Verhetzung!" Dieses Wort Verhetzung ist so abgegriffen und so absolut unexakt, daß man wissenschaftlich überhaupt nichts damit anfangen kann. Die Verhetzung wird z. B. in einem marinegerichtlichen Urteil folgendermaßen umrissen:

> „Die politische Verhetzung zur Unterbindung der weiteren Kriegführung besteht darin, daß der Matrose Leschig an den „Vorwärts" einen Artikel schreibt, worin er dagegen protestiert,

---

[1]) Der Dolchstoßprozeß, nach den Berichten von Beckmann. München 1925. S. 207.

[2]) A. a. O. S. 208.

daß die Offiziere ihre politische Auffassung als die der Mannschaft ausgeben. Dieser Artikel ist niemals erschienen! Es könnte also höchstens ein Versuch der Verhetzung daraus konstruiert werden. Ich sehe darin keine Verhetzung. Von dem Wort „Verhetzung" kann man, wenn es nicht substantiiert ist, keinen Gebrauch machen. Man kann nur sagen: Wo Begriffe fehlen, da stellt zur rechten Zeit ein Wort sich ein."

Sehr hübsch ist in demselben Artikel auch der Ausdruck[1]: „Die international eingestellte linksradikale Sozialdemokratie, *also* im wesentlichen die USPD". Dieses „also" ist so köstlich vernichtend für diesen Mann, wie nur irgend möglich.

Nun den schönen Witz, den er sich geleistet hat[2]: Er sagt:

„Meiner Auffassung nach trifft aber die Mehrheitssozialdemokratie mindestens die gleiche Schuld; denn es besteht doch kein Zweifel darüber, daß die SPD bei ihren engen Verbindungen zur USPD, die viel besser waren als die der „Abwehr", unbedingt über die Ereignisse vollauf unterrichtet gewesen ist. Wenn sie den festen Willen gehabt hätte, den Krieg zu einem guten Ende zu bringen und die Folgen einer Revolution abzuwehren, so wäre sie zweifellos dazu in der Lage gewesen.

Sie hat es nicht getan, im Gegenteil hat sie der Sache ihren Lauf gelassen, um dann am 9. November 1918 die Früchte der Arbeit der Radikalen einzuheimsen. Sie ist und bleibt letzten Endes der intellektuelle Urheber des Zusammenbruchs."

Ich will dazu nur folgendes bemerken: *Eine Partei kann auf eine neben ihr stehende radikalere Partei überaus schwer einwirken.* Sie kann es eigentlich überhaupt nicht, weil die radikalere Partei immer die Möglichkeit der Flucht auf den längeren Hebelarm einer stärkeren Agitation hat. Nehmen Sie etwa die Versuche — ich sage das rein wissenschaftlich — der Deutschen Volkspartei einer Einwirkung auf die Deutschnationalen, die Versuche der Mehrheitssozialdemokratie — sie haben stattgefunden — auf die USPD, oder der USPD auf die KPD und ähnliche Dinge! Daraus zeigt sich, daß dieser gute Mann, der der Leiter der „Abwehr" gewesen ist, von Politik und politischen Dingen, d. h. von dem, was im Grunde genommen seines Amtes hätte sein müssen, überhaupt keine blasse Ahnung und Vorstellung gehabt hat, und daß die ganzen Aussagen, die dieser Mann macht, zu weiter nichts dienen, als den Kundigen zu amüsieren. *Wissenschaftlich sind sie wertlos.*

Ich habe Ihnen das einmal durchführen wollen, um an diesem Beispiel zu zeigen, um methodisch zu zeigen, wie schwierig es ist, überhaupt derartige Quellen zu benutzen.

---

[1]) Der Dolchstoßprozeß a. a. O. Beckmann S. 207.
[2]) Der Dolchstoßprozeß a. a. O. Beckmann S. 213.

## Sitzung, Donnerstag, den 4. Februar 1926

### Aussprache über die Berichte der Abgeordneten Dr. Rosenberg und Dr. Bergsträßer

Sachverständiger v. *Kuhl:* Herr Abg. Dr. Rosenberg stimmt mit meiner Ansicht in einigen wichtigen Punkten überein, insofern er der Ansicht ist, daß Deutschland den Krieg recht wohl zu Lande gewinnen konnte, wenn wir den Schlieffenschen Plan folgerichtig durchgeführt hätten, auch noch 1915, wenn wir im Osten die Russen so ausgeschaltet hätten, daß wir freie Hand gehabt hätten. Dann wäre 1916 die große Wendung möglich gewesen gegen den Westen oder gegen Italien.

Auch bin ich darin völlig derselben Ansicht, daß der *Verständigungsfriede*, der uns möglich gewesen wäre, *eine Legende sei.* Ich meine dabei, daß wir insbesondere im Jahre 1918 vor der Offensive — und darum handelt es sich ja für uns im wesentlichen — einen Verständigungsfrieden unter keinen Umständen haben konnten.

Mit den Schlüssen allerdings, die der Herr Abg. Dr. Rosenberg aus seinen Ansichten zieht, bin ich nicht einverstanden. Doch liegt eine Stellungnahme dazu nicht in meiner Zuständigkeit. Ich möchte auch in bezug auf mein Gutachten, das ich in der Dolchstoßfrage abgegeben habe, betonen, daß ich keinen besonderen Wert auf die Bemerkungen lege, die ich über die Heimat gemacht habe. Ich bin im ganzen Kriege nicht in der Heimat gewesen, am ersten Mobilmachungstage ausgerückt und im Jahre 1919 im Januar zurückgekommen. Ich habe daher nur einige Beispiele herausgegriffen: Aussagen, die von links gerichteter Seite gemacht worden sind, worin manche selber sich rühmen, in welcher Weise sie die Revolution vorbereitet hätten. Das sind Stichproben. Immerhin müssen sie, wenn man anderer Ansicht ist, widerlegt werden.

Ich lege den Schwerpunkt auf den zweiten Teil meines Gutachtens, worin ich von der Front spreche. Für mich kam es darauf an, zu schildern: was ist an der Front geschehen, inwiefern ist die Front von der Heimat aus beeinflußt worden, welche Wirkung hat das gehabt, und inwiefern ist dadurch unser Zusammenbruch beeinflußt worden? Was ich darüber zu sagen habe, steht in meinem Gutachten.

Ich stehe nicht auf dem Standpunkt, wie der Herr Abg. Dr. Rosenberg sagt, daß wir in der Lage gewesen wären, im Jahre 1918 nach der Offensive durch ein Weiterkämpfen die Entente zu veranlassen, ihre Kriegsziele völlig zu ändern. Ich bin von vornherein der Ansicht gewesen: *der Krieg war verloren, wenn die Offensive mißglückt war.* Danach konnte es sich nicht mehr darum handeln,

einen Verständigungsfrieden herbeizuführen. Den konnten wir nicht mehr haben. Sondern es konnte sich nur darum handeln, die äußerst harten Bedingungen in einer gewissen Weise zu mildern.

Der Herr Abg. Dr. Bergsträßer hat nach meiner Ansicht, wenn ich richtig verstanden habe, einen Gegensatz zwischen den Mannschaften und den Offizieren zu konstruieren gesucht, insbesondere in bezug auf die Friedenssehnsucht und die Friedensabsicht. Der Herr Abgeordnete hat sich zum großen Teil auf Briefe des bekannten Dichters Rudolf *Binding* berufen. Ich möchte mir doch die Bemerkung gestatten, daß Briefe, die im Kriege aus der Front nach der Heimat geschickt worden sind, mit großer Vorsicht aufzufassen sind, jedenfalls nicht als historische Dokumente, auf die man eine Geschichte des Kriegs und auch der Stimmungen im einzelnen genau aufbauen könnte. Ich habe mich sehr viel berufsmäßig mit der Post beschäftigen müssen, mit dem, was die Leute nach Hause geschrieben haben. Ich habe eine genaue Kontrolle ausgeübt. Es sind da unendlich viele Übertreibungen nicht bloß bei den Mannschaften, sondern auch bei den Offizieren vorgekommen. Es wird in der Erregung des Augenblicks geschrieben. Es wird geschrieben, ohne die Verhältnisse zu kennen, weshalb das alles so gemacht worden ist. Es wird über alles räsoniert. Dokumente sind das nicht.

Dann ist aber hier gesagt worden, daß der aktive Offizier in bezug auf sein ganzes Denken über den Krieg in einem gewissen Gegensatz zu den Mannschaften gestanden habe, und das scheint mir so gemeint zu sein, als wenn die Mannschaften den Krieg lediglich geführt haben sollten, um zum Frieden zu kommen, während die Offiziere mehr in dem Gedanken gewesen sind, den Krieg um des Krieges willen zu führen. Auch der Offizier wäre sehr froh gewesen, wenn das Ende des Krieges herbeigekommen wäre! Auch wir haben kein anderes Ziel gehabt, als zum baldigen Frieden zu kommen. Ich weiß auch nicht, welche Art von Offizieren hier gemeint ist. Etwa die jüngeren Offiziere, die Leutnants, die Hauptleute, die Majore, die mit den Mannschaften den ganzen Krieg hindurch im Schützengraben gelegen haben? Wer in der Flandernschlacht in den wassergefüllten Granattrichtern mit seinen Mannschaften gelegen hat, der hat dasselbe Gefühl in bezug auf das Ende des Krieges gehabt und wäre froh gewesen, wenn es zu Ende gewesen wäre. Wenn man gesehen hat, wie die Truppe, wenn sie abgelöst wurde, beispielsweise in der Flandernschlacht, zurückkam, bleich, erschöpft und völlig apathisch, von oben bis unten mit Lehmkruste bedeckt, wie die Leute hinfielen, wenn sie zur Ruhe kamen, dann muß man sich sagen: *die Leute haben sicherlich nicht den Krieg um des Krieges willen geführt, sondern um bald zu Ende zu kommen, Offiziere und Mannschaften.*

Nun könnte ja der Herr Abg. Dr. Bergsträßer die höheren Führer und Stäbe gemeint haben, die vielleicht eher in dem Sinne

den Krieg um des Krieges willen geführt haben könnten. Ich möchte da aus meiner eigenen Erfahrung sprechen. Wer 4½ Jahre diese schwere Verantwortung getragen hat, Tag und Nacht, wer Tag und Nacht keine Ruhe gehabt hat, wer immer diese schwere Sorge auf sich lasten sah, der brauchte sehr starke Nerven, um durchzuhalten, und der führte nachher den Krieg sicher nicht mehr um des Krieges willen. Wir Offiziere haben alle die Offensive 1918 zu demselben Zweck unternommen, wie die Mannschaften. Der Herr Abg. Dr. Bergsträßer sagt: die Mannschaften haben mit der Offensive das Ende des Krieges herbeiführen wollen. Auch wir haben dasselbe gewollt.

Wenn wir die Bücher — um einmal auf Bücher zu kommen, obwohl aus Büchern nicht viel über Stimmungen im Kriege zu beweisen ist —, aber wenn wir die Bücher von *Falkenhayn* und von *Ludendorff* nehmen, so ist doch da der Kernpunkt immer: wie kommen wir zum Frieden? In dem Buch von Falkenhayn steht auf jeder Seite: wie machen wir den Gegner friedensbereit? Die Ansichten gingen zwischen beiden Männern nur darüber auseinander, auf welche Weise das geschehen konnte. Falkenhayn meinte: wenn wir haushalten, vorsichtig mit unseren Kräften und Mitteln umgehen, um durchzuhalten, solange, bis der Feind einsieht, daß er uns nicht überwältigen kann, dann werden wir den Krieg gewinnen, dann werden wir zum Frieden kommen. Er sagt immer ausdrücklich: dann wird der Feind friedensbereit. General Ludendorff stand auf dem entgegengesetzten Standpunkt. Er meinte: wenn wir durchhalten wollen, zieht sich der Krieg in die Länge; dann arbeitet die Zeit gegen uns, die Blockade bringt uns zu Fall; wir müssen sehen, den Feind zu schlagen zu dem Zweck, um zum Frieden zu kommen. Auch die Unterseeboot-Offensive hat ausdrücklich den Zweck gehabt, den Gegner, die Engländer, in gewisser Zeit friedensbereit zu machen.

Also ich glaube, wir haben mit der Offensive 1918 in den höheren Stäben denselben Zweck gehabt, und ich bin der Ansicht, daß die höheren Stäbe den Krieg nicht des Krieges halber geführt haben, sondern auch nur, um zum Frieden zu kommen. Ich kann aus meiner eigenen persönlichen Erfahrung nur sagen: ich habe an einer Stelle gestanden, wo ich diese ganze schwere Lage empfunden habe und wo ich nur den Gedanken gehabt habe: *wie kommen wir am zweckmäßigsten und am besten und am schnellsten zu einem Frieden?*

Der Herr Abg. Dr. Bergsträßer bezieht sich vielfach auf Binding und sagt, er sei ein Dichter, er sehe die Realität, weil seine feinen Nerven die Vorgänge in der Seele des anderen empfänden. Wir waren keine Dichter, und wir haben diese feinen Nerven nicht gehabt, und wenn wir sie gehabt hätten, dann hätte man besser getan, uns eiligst nach Hause zu schicken. Mit feinen Dichternerven führen wir keinen Krieg, sondern mit stahlharten Nerven, und nur diese halten den Krieg 4½ Jahre aus. Ich meine, gerade ein Dichter

mit feinen Nerven sieht die Kriegsrealitäten nicht, sondern er macht sich ein dichterisches Bild. Ich bin also da entgegengesetzter Ansicht.

Abg. *Dittmann:* Der Zusammenbruch war letzten Endes eine Selbstverständlichkeit. Die Konsequenz ziehen Sie nicht. Nach 4 Jahren sind die Nerven bei der Mehrheit zusammengebrochen. Ich stimme vollkommen mit Ihnen überein.

Sachverständiger *v. Kuhl:* O nein, durchaus nicht. Wir haben es doch ausgehalten, denn es traten andere an die Stelle derjenigen, die es nicht aushalten konnten.

Abg. Dr. *Bergsträßer:* Binding hat es übrigens auch vier Jahre ausgehalten. Er war aktiver Offizier und vier Jahre an der Front, bis August 1918, und bekam dann die Ruhr.

Sachverständiger *v. Kuhl:* Ich beziehe mich nur darauf, daß er als Zeuge angeführt wird, weil er feine Nerven gehabt hätte und ein Dichter gewesen sei und deshalb die Realität besser gesehen hätte. Ich habe den Beweis führen wollen: weil der Krieg so schwer war und weil auch die höheren Stäbe durch die ungeheure Verantwortung und Inanspruchnahme aufs äußerste angestrengt waren, deshalb hatten auch wir nur das Bestreben, zum Frieden zu gelangen.

Dann ist hier gesagt — und dem muß ich ganz entschieden widersprechen —, die Mannschaften hätten die wirkliche Lage, die Unmöglichkeit des Sieges früher gesehen als die Offiziere, und die Offiziere hätten bis zuletzt auf ein Wunder gehofft. Auf ein Wunder haben wir wirklich nicht gehofft. So ganz gedankenarm sind wir doch nicht gewesen. Wir haben uns alles recht wohl überlegt.

Abg. Dr. *Bergsträßer:* Aber doch bei Ludendorff. Er hat doch schließlich aufs Wunder gewartet, weil er nicht mehr weiterkonnte.

Sachverständiger *v. Kuhl:* Woraus soll das bewiesen werden? Ich bitte um den Beweis, daß er auf ein Wunder gehofft hätte.

(Abg. Dr. *Bergsträßer:* Ich werde ihn schon bringen!)

Ich kann Ihnen beweisen, daß er nicht auf ein Wunder gehofft hat. Alles ist wohl und sorgfältig überlegt worden.

Ich stehe allerdings auf dem Standpunkt — den wiederhole ich noch einmal —: unsere Offensive mußte unternommen werden aus vielen Gründen. Aber wenn sie mißlang, dann war der Krieg verloren, und sie war mißlungen am 15. und 18. Juli, nicht erst am 8. August. Von dem Tage ab war der Krieg verloren, und es konnte sich nur darum handeln, jetzt das Heer möglichst widerstandskräftig zu erhalten, um für die zu beginnenden Verhandlungen einen starken Rückhalt zu haben.

Daß die Mannschaften die gesamte Kriegslage besser hätten beurteilen können als wir in den Stäben, dafür möchte ich auch um den Beweis bitten. Wer gar keine Übersicht hat, wer im Schützengraben liegt und nicht mehr als 20, 30 Schritt weit rechts und links sieht,

der konnte doch nicht besser beurteilen, ob der Krieg weitergeführt werden sollte oder nicht. Das muß ich bestreiten.

Abg. *Joos:* Wir sind alle auf Erfahrungen angewiesen, die wir während des Krieges von Leuten an der Front durch ihre Briefe gesammelt haben. Solche sind mir auch zugegangen in großer Anzahl, da ich ein Blatt während des ganzen Krieges geleitet habe, das auf christlichem und nationalem Boden stand und nur Fühlung mit diesen Kreisen hatte. Ich habe genau dieselben Erfahrungen aus all den Dokumenten gewonnen, wie sie uns Herr Kollege Dr. Bergsträßer vorgelegt hat. Und nun möchte ich folgendes fragen: Sie sagen fortwährend, Dichter, Leute, die so schreiben, geben keine Realitäten wieder, weil sie unfähig sind, die Realität zu sehen. Warum nicht? Sie sehen eben eine andere Realität, nämlich *nur das,* was sich in den Gesinnungen der Menschen ihrer Umgebung, also der Front verändert. Diese andere Realität, die dem Truppenführer verborgen blieb, haben sie uns eröffnet, und darum sahen wir schon von lange her, wie sich die Umbildung der Gesinnung weiter und weiter pflanzte, um schließlich ein Resultat zu bringen, vor dem Sie als Truppenführer überraschend stehen mußten. Ich möchte gern eine Antwort darauf haben: ist das denn nun wirklich so abwegig, wenn die Leute von sich aus meldeten und wir aus lebendiger Fühlung mit ihnen immer wieder hörten, dieses stärkere Betonen nämlich der Friedenssehnsucht bei Mannschaften gegenüber Offizieren?

Sachverständiger *v. Kuhl:* Ich möchte zunächst einmal fragen, weshalb wir die Front nicht genügend hätten kennen lernen, weshalb wir in die Denkweise der Mannschaften nicht hätten eindringen können?

Abg. *Joos:* Weil sich die Mannschaften nicht in ausreichendem Maße öffneten.

Sachverständiger *v. Kuhl:* Auch nicht gegenüber den Leutnants, die mit ihnen tagelang in den Granattrichtern in der Flandernschlacht lagen?

Abg. *Joos:* In der zweiten Hälfte des Krieges nicht mehr; in der ersten wohl.

Sachverständiger *v. Kuhl:* Dem Offizier gegenüber sollte er sich nicht geäußert haben, der mit ihm zusammen in dem Granattrichter lag, in der ständigen schweren Lebensgefahr, im Trommelfeuer, wo er sich am Tage wegen der feindlichen Flieger nicht rühren durfte, wo die Leute zwischen Leichen lagen? Da sollte der Mann, der mit seinem Leutnant im Granattrichter gelegen hat, ihm gegenüber sich nicht ausgedrückt haben? Und diese Leutnants sollen ihre Leute nicht gekannt haben?

Abg. Dr. *Bergsträßer:* Das waren doch keine Friedensoffiziere, sondern zuletzt hauptsächlich sehr junge Offiziere, denen gegenüber

die Älteren sich überhaupt nicht geäußert haben. Das ist doch psychologisch sehr erklärlich.

(Abg. *Brüninghaus:* Umgekehrt!)

Sachverständiger v. *Kuhl:* Ich sage das aus, was ich selbst empfunden habe. Ich bin sehr viel vorn gewesen. Ich bin nach vorn gegangen, wenn die Sorge zu schwer auf uns lastete und man das Gefühl hatte: wie wird das enden? Dann ging ich nach vorn, und dann sprach man mit den Leuten, oder man sah zu, wie sie sich hielten. Das hat jedesmal auf uns zuversichtlich und beruhigend gewirkt. Ich habe immer nur das Gegenteil kennengelernt. Daß die Friedenssehnsucht nachher groß war und daß sie stieg, als unsere Offensive mißglückte, und daß dann auch die unterwühlenden Einflüsse, die doch zweifellos feststehen — das wird ja von niemand bestritten —, hauptsächlich dann zur Geltung kamen, als unsere Offensive gescheitert war, das unterliegt gar keinem Zweifel. Das haben wir Offiziere aber selbst so empfunden.

(Abg. Dr. *Moses:* Also eine Vorbedingung, der Boden mußte da sein!)

— Ja, der Boden war da. Er war sehr gut vorbereitet durch eine lange Unterwühlung. Daß die Leute allein gemerkt hätten: jetzt ist es zu Ende —, das muß ich bestreiten; denn ich habe immer den Standpunkt betont: *damit war der Krieg verloren.*

Abg. *Joos:* Bei der Durchsicht der Jahrgänge 1917 und 1918 meiner Zeitung, da sich vor mir wieder das ganze Bild abrollte, ist mir wieder aufgefallen, wie gerade das Wirken der „Vaterlandspartei" in den Truppenmassen absolut die Vorstellung erwecken mußte, die Offiziere, die Stäbe denken weniger an den Frieden, an den „Verständigungsfrieden"

(Abg. *Dittmann:* Sehr richtig!)

— ich meine jetzt Verständigungsfrieden im Sinne eines „vernünftigen Friedens", oder „Friedens ohne Annexionen" — als die Mannschaften, d. h. die Stäbe mußten durch das Wirken der Vaterlandspartei in einem ganz verkehrten Licht bei den Mannschaften erscheinen. Ich fand, wie sich das auf Schritt und Tritt ausdrückt und unter den Soldaten ausprägt. Ich werde später einmal im Zusammenhang darlegen, wie gerade diese Vorstellungen, die die Vaterlandspartei erweckte, in den Köpfen der Soldaten im Gegensatz zu den Offizieren, sich nach und nach ganz übel auswuchsen.

Sachverständiger *v. Kuhl:* Ich muß von meinem Standpunkt sagen — und ich war in einem sehr hohen Stabe —: *ich habe von der Vaterlandspartei kaum etwas gewußt.*

(Abg. *Joos:* Die Soldaten wußten davon!)

— Dann haben die Soldaten mehr gewußt als ich. Aber ich habe auch in der Post nie darüber etwas gefunden, das stand auch in den Briefen nicht.

Abg. *Joos:* Das ist für mich ein untrügliches Zeichen für meine Auffassung — die Heerführer und Truppenführer nehmen das viel zu peinlich —, wie die Leute sich vor ihnen verschließen. Das ist aber etwas psychologisch durchaus Erklärliches, so wie ich heute sehe, wie sich die Leute vor ihrem Vorgesetzten, ja Seelsorger sogar verschließen. Obwohl sie der kirchlichen Gemeinde angehören, weiß ich positiv, daß ein großer Teil sich innerlich nicht mehr öffnet. Die Poren sind wie verstopft. Das ist ein Zeichen, daß etwas im Vertrauen zerbröckelt ist. Das war auch damals an der Kampffront der Fall.

Sachverständiger *v. Kuhl:* In der Stunde der Gefahr schließen sich die Seelen doch auf. Ich möchte einmal bitten, die Bücher von *Jünger* zu lesen. Das ist einer von den Leutnants. Der hat mit seinen Leuten im Granattrichter gelegen. Der hat alles durchgemacht. Der ist im Handgranatenkampf, im Schützengrabenkampf vorgegangen. Der kennt seine Leute.

(Abg. *Dittmann:* Es gibt Ausnahmen!)

Wir haben bei uns von diesen Verhältnissen in der Heimat und von den Kriegszielen außerordentlich wenig gewußt. Wir haben alle nur das eine gekannt: wir sind hierhergestellt, um unsere Schuldigkeit zu tun. Wir sollen den Feind schlagen, damit wir zum Frieden kommen; und das haben wir getan. Wir haben über Friedensziele, über Vaterlandspartei und dergleichen ungeheuer wenig erfahren und gesprochen. Ob die Mannschaft soviel davon wußte, das weiß ich nicht. Es mag aber sein, daß sie im Sommer 1918, wo die Urlauber alle aus der Heimat schlechter wiederkamen, als sie von der Front hingegangen waren, alles mögliche aus den Zeitungen erfahren haben, und zu Hause verhetzt worden sind.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:* Ich möchte sagen: das Entscheidende bei all diesen Dingen ist doch, aus welchen Quellen diese Nachrichten geschöpft werden. Wenn jemand die Nachrichten über die Tätigkeit der Vaterlandspartei aus der linksstehenden Presse geschöpft hat, dann entwickelte sich bei ihm ein Zerrbild. Ich gebe zu, daß ebenso über den Verständigungsfrieden ein Zerrbild bei dem naiven Leser einer rechtsstehenden Zeitung entstehen konnte. Die Masse der Soldaten stand unter einer einseitigen Pressepsychose, die durch die Eindrücke verstärkt wurde, die sie in der Heimat erhalten hatten; das galt besonders für die Frage „Vaterlandspartei und Verständigungsfrieden".

Abg. Dr. *Moses:* In dem Buch „Feldherr Psychologus" des Oberleutnants *Hesse* ist dargelegt, wie schon im Jahre 1914 in gewissen Kreisen von Offizieren es an dem „psychologischen Verständnis für die Masse" gemangelt hat. Schon 1914 spricht er davon.

Sachverständiger *v. Kuhl:* Meine Ansicht ist die, daß wir sehr wohl gewußt haben, mit der Seele der Leute zu rechnen. Ich kann

mir keinen Truppenführer vor dem Kriege denken, der nicht damit gerechnet hätte. Ich bin ein Gegner dieser Ansichten von Hesse, ebenso wie ihm auch aus dem neuen Heer ganz entschieden entgegengetreten worden ist.

Ich möchte doch noch einmal zum Schluß feststellen, daß es ein großer Trugschluß wäre, wenn man, wie der Herr Abg. Dittmann vorhin einwarf, glauben wollte, der Zusammenbruch wäre gekommen, weil wir mit den Nerven zusammengebrochen wären.

Ich habe gesagt: wer $4^1/_2$ Jahre lang dauernd diese Verantwortung zu tragen hatte, hatte eine solche Nervenlast zu tragen, daß es nur wenige auf die Dauer aushalten konnten. Ich habe es aushalten können, aber viele mußten von Zeit zu Zeit zur Ausspannung auf Urlaub gehen, um durchhalten zu können.

Abg. Dr. *Rosenberg:* Ich glaube, diese psychologischen Probleme, die erörtert wurden, sind in allen Heeren und zu allen Zeiten im Grunde dieselben gewesen. Die besonderen Verhältnisse der Niederlage und des Hungers und auch die eigenartigen politischen Verhältnisse in Deutschland führten nur zu besonderen Konsequenzen. Ich glaube, daß man mit rein psychologischen Betrachtungen kaum zu einem realen Ergebnis kommen kann.

Der Herr Sachverständige v. Kuhl sagte auch, daß mit dem Scheitern der Offensive der Krieg verloren war. Nun müssen wir unterstellen, daß dieser Begriff des verlorenen Krieges den maßgebenden Staatsmännern der Entente klar gewesen ist und daß diese Männer, die die Banken von London und Amerika hinter sich hatten, fest entschlossen waren, alle die Friedensziele herauszuholen, die sie für ihre Interessen für nötig hielten.

Glauben Sie nun, Herr Sachverständiger v. Kuhl, daß eine Weiterführung des deutschen Widerstandes um einige Wochen psychologisch auf Lloyd George, Clemenceau und Foch irgendwelchen Eindruck gemacht hätte? Haben diese Männer sich nicht ganz exakt berechnet: soviel Tage geht es noch; so groß ist unsere Übermacht, so steht es mit der Benzin- und Getreideversorgung in Deutschland; wir schlagen Deutschland restlos kaputt, wenn es seinen Widerstand verlängern will? Wieso trauen Sie den Staatsmännern der Entente zu — ich weiß ja nicht, ob Sie es tun —, daß sie auf Grund eines in zwölfter Stunde verlängerten Widerstandes etwas von ihren Entschlüssen über den Frieden geändert hätten?

Abg. *Brüninghaus:* Ich möchte den Herrn Sachverständigen bitten, bei seiner Antwort auch noch ein psychologisches Moment zu berücksichtigen. Uns ist immer von den Herren Abgeordneten Dittmann und Rosenberg erzählt worden, daß die Ernährung Deutschlands in wenigen Monaten zu Ende gewesen wäre und daß beim Anhalten der Hungerblockade überhaupt gar keine Gelegenheit gewesen

wäre, durchzuhalten. Ich weiß nun, daß die Hoffnung aller Revolutionäre die war, daß mit dem Aufhören des Krieges, mit den Waffenstillstandsverhandlungen die Blockade aufhören würde. Soweit ich orientiert bin, ist die Blockade noch weit über diesen Zeitpunkt hinaus fortgesetzt worden und hat erst im Juli 1919 aufgehört. Wir haben also doch den Zustand, daß, nachdem die Millionenheere nach Deutschland hereingeflutet waren und hier festgestellt wurde, daß bereits am 1. Januar nicht die Spur von Nahrung mehr für die Bevölkerung da war, *in Wirklichkeit diese ungeheuer vermehrte Bevölkerung in Deutschland noch bis zum Juli 1919 unter dem Druck der Hungerblockade gelitten und durchgehalten hat.*

Sachverständiger *v. Kuhl:* Die Entente war nicht etwa erst im Sommer 1918 entschlossen, ihre Kriegsziele durchzusetzen, sondern sie war es schon längst vorher. Wir wissen das ganz genau aus den später bekannt gewordenen Veröffentlichungen. Es war ja auch ganz klar: sie wußte, daß ihre großen Bestellungen an Tanks, an schwerer Artillerie, woran es in Frankreich immer noch fehlte, im Laufe des Sommers 1918 fertig wurden. Sie wußte, daß die Amerikaner kamen, und wußte auch, wie die Blockade wirken würde, daß der U-Bootkrieg sie wahrscheinlich nicht auf die Knie zwingen würde. Sie wollte sich zunächst defensiv verhalten und unseren Ansturm überstehen, dann im Sommer sollte die Offensive kommen.

Nun hat Herr Abg. Dr. Rosenberg gefragt, ob, wenn wir weiter ausgehalten hätten, im November, Dezember 1918, obwohl die Kriegsziele der Gegner feststanden und die Entente es in der Hand hatte, diese ihre Ziele durchzusetzen, durch ein weiteres Kämpfen die Entente doch veranlaßt worden wäre, von ihren Zielen nachzulassen. Ich kann darauf nur sagen, daß aktenmäßig feststeht: bei den Verhandlungen über die Waffenstillstandsbedingungen, die uns auferlegt werden sollten, hat der Feldmarschall Haig erklärt, es sollten mildere Bedingungen gestellt werden, weil wir in der Lage wären, weiter zu kämpfen, und noch in guter Ordnung zurückgegangen wären.

Marschall Pétain hat die schärferen Bedingungen gestellt; aber er hat hinzugesetzt: die werden die Deutschen voraussichtlich nicht annehmen. Damit ist also gerechnet worden. Es ist daraufhin mit Marschall Foch verhandelt worden: was wird daraus, wenn die Deutschen nicht annehmen? Wie lange kann der Krieg noch weiter gehen? Darauf hat Marschall Foch erwidert: das kann ich nicht sagen; das kann morgen sein und kann auch noch Monate dauern.

Es ist vom Marschall Foch vorher gesagt worden, er hätte eine große Offensive in Vorbereitung gehabt, die Mitte November 1918 beginnen sollte; dann hätte er uns ein Sedan bereitet, er wäre durch Lothringen vorgedrungen. Merkwürdigerweise hat Marschall Foch in diesen Waffenstillstandsverhandlungen, über die wir unterrichtet sind,

nie ein Wort davon gesprochen. Er muß seiner Sache also doch nicht so sicher gewesen sein!

Ich bin der Ansicht, daß wir wohl noch um die *Bedingungen* hätten *kämpfen* können. Nicht um einen Verständigungsfrieden! Der war ausgeschlossen. Aber es hätte vielleicht doch noch eine Anzahl entehrender Bestimmungen für uns beseitigt werden können, wenn wir noch widerstandskräftiger gewesen wären und uns widerstandskräftiger gezeigt hätten. Das glaube ich.

Auch waren doch die Belgier, der belgische König, keineswegs damit einverstanden, daß der Krieg durch die bisher unberührten Teile von Belgien weiter gehen sollte, was ja unbedingt zu einer Zerstörung aller dieser blühenden Städte nicht durch uns, sondern durch den Krieg geführt hätte. Das ist auch bekannt.

Es sind also verschiedene Momente, die dafür sprechen, daß die Entente wahrscheinlich doch hier und da in ihren Bedingungen nachgelassen hätte. Daß die Entente Wert darauf legte, zum Abschluß zu kommen, geht doch mit daraus hervor, daß sie nicht in Deutschland einmarschiert ist. Das ist ja das, was die Franzosen nie verwinden können. Wenn Marschall Foch seiner Sache so sicher gewesen wäre, wenn er uns in kurzer Zeit ein Sedan hätte bereiten können und die Franzosen mit Musik und Fahnen in Deutschland einmarschiert wären, weshalb glauben dann die Herren, daß er trotzdem am 11. November zu dem Waffenstillstand bereit war?

(Abg. *Dittmann:* Die Engländer waren auch noch da!)

— Die Engländer zögerten noch viel mehr.

(Abg. *Dittmann:* Ganz recht! Sie wollten nicht so weit gehen in der Unterwerfung wie die französischen Chauvinisten!)

Feldmarschall Haig hat seine Ansichten rein militärisch begründet. Die Gegner konnten nicht folgen. Ein französischer Eisenbahnsachverständiger, der damals im Eisenbahnbetrieb war, beweist, daß die Bahnen so zerstört waren, daß die Gegner haltmachen mußten. Die Engländer sind nicht in der Lage gewesen, als der Waffenstillstand geschlossen wurde, uns zu folgen. Sie haben so und so viel Tage warten müssen, ehe sie mit einer beschränkten Anzahl von Divisionen vorgehen konnten, weil, wie Marschall Haig ausdrücklich nachgewiesen hat, sie soweit von der Bahn entfernt waren, daß die Verbindungen nicht mehr funktionierten. Die Lastkraftwagen brachen zusammen, die Munition fehlte, und die Verpflegung hörte auf. Feldmarschall Haig und auch Franzosen haben gesagt: wenn die Deutschen weiter zurückgehen und die Bahnen so zerstören wie bisher, dann dauert es viele Monate, bis wir an den Rhein kommen. Aus alledem glaube ich, daß es durch einen Widerstand vielleicht — sicher kann das niemand im Kriege sagen — möglich gewesen wäre, die Bedingungen in gewisser Beziehung, vor allem, soweit sie uns ehrlos machten, abzuschwächen.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:* Sie haben den Begriff „Verständigungsfriede" in dem Sinne gebraucht, daß es sich um einen Frieden auf Grund des status quo handelt: ohne Annexionen und Kontributionen. Es tritt natürlich eine gewisse Verwirrung ein, wenn man einerseits sagt: der „Verständigungsfriede" ist der Friede auf Grund des status quo und andere Kreise unter einem „Verständdigungsfrieden" auch noch einen Frieden verstehen, der etwa nach Ablehnung der Waffenstillstandsverhandlungen — vielleicht auf dem Wege eines mehrmonatigen Kongresses — mit der Abtretung von Elsaß-Lothringen und mit einer Reihe von anderen Zugeständnissen aber ohne weiteren Landverlust geendet hätte.

Sachverständiger v. *Kuhl:* Ein Verständigungsfriede auf dem status quo war ebenso wie ein guter Friede ausgeschlossen. Es konnte sich nur um einen harten Frieden handeln, und nur darum, daß wir die schwersten, die entehrenden Bedingungen durch Widerstand unter Umständen hätten mildern können.

Abg. Dr. *Rosenberg:* Wir sind alle einig, daß im Kriege der Zufall eine große Rolle spielt, daß man eine Zukunft, die nicht gekommen ist, nicht methodisch feststellen kann.

Sie meinen, daß ein länger dauernder deutscher Widerstand in einzelnen „entehrenden" Punkten etwas anderes hätte bringen können. Aber Sie werden auch zugestehen, daß die Entente in den Fragen, die sie als ihre Lebensnotwendigkeit betrachtete, nicht nachgegeben hätte. Man muß Fragen unterscheiden wie einerseits die Auslieferung der sogenannten Kriegsverbrecher und andererseits Elsaß-Lothringen oder die Wiederherstellung Polens. Das steht auf zwei ganz verschiedenen Gebieten. Das eine sind Ornamente, das andere sind Lebensnotwendigkeiten im Sinne der Entente-Staatsmänner.

Sachverständiger *v. Kuhl:* Eine Lebensnotwendigkeit in diesem Sinne war auch die *Auslieferung der deutschen Flotte.* Die Auslieferung der Flotte hat Lloyd George aber nicht haben wollen. Er hat sich heftig dagegen gewehrt und ist überstimmt worden. Er war dagegen, weil er sagte: das werden die Deutschen nicht annehmen Deshalb glaube ich, wenn wir gesagt hätten: wir nehmen die Bedingungen nicht an, diese müssen gemildert werden, sonst kämpfen wir weiter —, daß es dann wohl möglich gewesen wäre, zu verhandeln.

Ob es zu weiteren Kämpfen gekommen wäre, steht noch sehr dahin; denn *der Kriegswille auf seiten der Entente war auch nicht groß.* Es wird gerade von der linken Seite immer gesagt, die Arbeiter wären international gesinnt gewesen, sie würden auch auf den Frieden gedrückt haben. Die Frontstimmung in England und Frankreich wäre sicherlich nicht für die Fortsetzung des Krieges und für einen neuen Winterkrieg gewesen.

Ich meine nur: dies alles hätte einen solchen Einfluß ausüben

können, daß die Entente über gewisse Bedingungen doch noch auf Verhandlungen eingegangen wäre, wenn wir den geschlossenen Willen gezeigt hätten, sie nicht anzunehmen und erforderlichenfalls weiterzukämpfen. Beweisen kann ich das nicht. Das Gegenteil ist auch nicht zu beweisen.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:* Gibt es irgendwelche Tatsachen, aus denen man schließen kann, daß der Feindbund die später erfolgte Regelung der Ostgrenze als „Lebensnotwendigkeit" aufgefaßt hat? Wenn wir auf dem Umwege der Ablehnung der Waffenstillstandsbedingungen zu Verhandlungen kamen, waren wir m. E. nicht gezwungen, die jetzige Regelung der Ostfragen auf uns zu nehmen. Die Ostfragen haben ja bis in die Zeit der Nationalversammlung hineingespielt. Bei den Verhandlungen über den Frieden von Versailles in Weimar gab es Tage, an denen selbst die Regierungsparteien damit gerechnet haben, der Netzedistrikt und Westpreußen könnten uns erhalten bleiben. Erst damals kam die berühmte „Demarkationslinie" im Osten auf, die uns dieser Hoffnung wieder beraubte.

Sachverständiger v. *Kuhl:* Ich kann darüber nichts sagen. Was ich ausgesagt habe, bezieht sich alles auf Dinge, die ich selbst erfahren, erlebt oder zuverlässig festgestellt habe.

Abg. *Dittmann:* Zwischen den Anschauungen des Sachverständigen v. Kuhl und der Mitglieder des Ausschusses scheint mir eine Überbrückung sehr zweifelhaft. Ich möchte den Herrn Sachverständigen v. Kuhl daran erinnern, daß er gesagt hat: es kommt nicht auf sensible Dichternerven an, sondern auf stahlharte Nerven. Daraus ziehe ich den Schluß: dann war also der Nervenzusammenbruch nach vier Kriegsjahren etwas Natürliches. Ich wüßte nicht, wie man um diese logische Folgerung sollte herumkommen können. Wir reden aber nicht allein von dem Nervenzusammenbruch, sondern auch von den anderen wirtschaftlichen und politischen Übeln, mit denen die Masse des Volkes zu rechnen hatte.

Sachverständiger *v. Kuhl:* Ich habe gesagt: nur wenige haben es dauernd ausgehalten; die meisten haben mehr oder weniger langen Urlaub nötig gehabt, um sich zwischendurch zu erholen. Daraus kann ich nicht schließen, daß aus dem Versagen der Nerven der Zusammenbruch gekommen wäre.

Ab. *Dittmann:* Ich ziehe aber diese Schlußfolgerung. Wir bleiben da konträr.

Der Herr Abg. Brüninghaus hat eine Bemerkung gemacht, die mich persönlich angeht. Ich bin es gewesen, der in seinem Bericht über die Marinevorgänge darauf hingewiesen hat, daß Staatssekretär *Wurm* im November 1918 dem Rat der Volksbeauftragten, dem ich damals angehört habe, mitgeteilt hat, *die Bestände der Reichsgetreidestelle reichten nur bis zum 1. Januar, längstens bis zum 1. Februar 1919.*

Es scheint mir zweckmäßig zu sein, daß wir das Protokoll der Länderkonferenz einfordern, die Ende November 1918 im Reichskanzlerpalais stattgefunden hat. Dort sind die Vertreter der Länder zusammengekommen und es ist dort von den Staatssekretären, zum Beispiel von Herrn Staatssekretär *Solf* über die auswärtige Lage gesprochen worden. Dort ist von Herrn Staatssekretär Wurm ein längeres Referat über die Ernährungslage gegeben worden, in dem dargelegt wurde, wie die Ernährungslage des Landes und Volkes steht.

Außerdem ist doch bekannt, daß nach dem Waffenstillstand sehr bald die amerikanischen Getreidelieferungen eingesetzt haben: lange vor Juni und Juli 1919, bis zu welcher Zeit wir nach Herrn Abg. Brüninghaus angeblich mit unserer eigenen Ernte ausgekommen sein sollen. Wenn wir diese Getreidelieferungen nicht in den ersten Monaten des Jahres 1919 bekommen hätten, dann wären wir mitten im Winter glatt verhungert.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:* Ich möchte den Vertreter des Innenministeriums bitten, sich um dieses Protokoll der Länderkonferenz zu bemühen.

Zweitens wäre es uns erwünscht, wenn uns jemand sagen könnte, wie groß die amerikanischen Getreidelieferungen gewesen sind.

Abg. Dr. *Bergsträßer:* Ich möchte zunächst zu den Ausführungen des Herrn Abg. Brüninghaus bemerken: es ist doch eine altbekannte Tatsache, daß während des Krieges das Heer verhältnismäßig mehr verbraucht als dieselben Menschen, wenn sie zu Hause sind, weil durch die Kriegshandlungen eine Masse von Ernährungsmaterial verloren geht. Das muß auch eingeschätzt werden.

Gegenüber Herrn Sachverständigen v. Kuhl ist folgendes zu sagen: Wenn man schon einmal den Versuch macht, Stimmungsangelegenheiten überhaupt zu untersuchen — ich habe diesen Versuch gemacht, aber ausdrücklich erklärt, daß ich ihn nur modellhaft gemacht habe —, dann ist es mir gänzlich unerfindlich, wie man ihn anders machen soll, als indem man auf die *primären Quellen* zurückgeht. Von diesen gibt es nur zwei; das eine sind Briefe, das andere Tagebücher. Alles, was jetzt gesagt wird, sind nachträgliche Erinnerungen, deren Wert außerordentlich gering ist, mit denen man bei einer derartigen Untersuchung gar nichts anfangen kann. Ich unterstelle das als historische Methode, und deshalb habe ich diese Briefe benutzt, weil ich mich überzeugt habe, daß sie unverändert sind.

Man kommt um die *Untersuchung der Stimmung* nicht herum, weil sie für das ganze Problem des Dolchstoßes, wie wir es zu untersuchen haben, des Zusammenbruchs der Front und der Momente des Zusammenbruchs, die nicht mit dem militärischen zusammenhängen, grundlegend ist.

Ferner möchte ich bemerken, daß ich mich in meinem Bericht

wesentlich vorsichtiger ausgedrückt habe, als mir unterstellt worden ist. Ich glaube, wenn man auf die Frage eingeht, ob der Offizier wirklich das Empfinden seiner Mannschaften gekannt habe, so könnte man das im Grunde genommen nur methodisch feststellen, indem man aus einer bestimmten Formation — es ist fast eine groteske Idee — Briefe und Tagebücher von Offizieren mit solchen der Mannschaften vergliche und daraus Folgerungen zöge. Das ist wohl ziemlich unmöglich. Ich habe mich darauf beschränkt, zu versuchen, eine psychologische Erklärung zu geben.

Zu *Binding* selbst und dem Satz von der Realität möchte ich das eine bemerken: das Wort „Realität" bezieht sich natürlich auf diese psychologische Realität, wie aus dem Zusammenhang klar hervorgeht, und da scheint mir Binding allerdings ein durchaus kompetenter Zeuge zu sein. Ich habe mich auch über die quellenkritische Seite der Benutzung von Binding ziemlich eingehend ausgelassen.

Nun möchte ich zu der *Wirkung auf die Truppe* kommen. Es handelt sich bei uns um zweierlei. Erstens darum: ist eine Wirkung einer subversiven Agitation dagewesen? Und zweites Problem: woher ist diese Wirkung gekommen? Nur so kommen wir den Dingen wirklich nahe. Und wenn ich von dem Wort ausgehe, das auch der Herr Sachverständige benutzt hat, von der „Verhetzung", so bin ich derartigen Worten gegenüber außerordentlich skeptisch, weil diese Worte nicht substantiiert genug sagen, in welcher Weise verhetzt worden ist, abgesehen davon, daß die Frage besteht, ob verhetzt worden ist und wer verhetzt hat.

Abg. *Joos:* Ich folge dem Gedankengang des Sachverständigen v. Kuhl: Wenn die Revolution nicht gekommen wäre, dann wäre es gelungen, einen gewissen Widerstand noch zu organisieren, oder sagen wir: wenigstens als geordnete, organisierte Macht vor dem Gegner stehen zu bleiben, und damit wäre es gelungen, *vielleicht* gewisse Milderungen nach der Seite der Ehrenpunkte und bezüglich der Flotte durchzusetzen. Was haben wir indes damit gewonnen, wenn wir sagen: Wenn die Revolution nicht gekommen *wäre,* hätten wir das und das erreicht? Wir stehen zuletzt doch wieder vor der Frage: Aber *warum* ist sie gekommen? Kraft einer Anstiftung oder wie ein Naturereignis? Die Frage, warum die Revolution kam, ist nicht nur die Frage: Wie stand es an den Fronten Ende Oktober, sondern auch: Wie stand es gesinnungsgemäß bei denen, die noch acht Wochen vor dem Feinde, sei es auch in geordneten Rückwärtsoperationen stehen bleiben sollten? Für mich bleibt immer wieder die Frage: *Warum ist diese Revolution gekommen und warum ließ sie sich nicht vermeiden?* Wir haben nichts gewonnen, wenn wir behaupten: Wenn sie nicht gekommen wäre, hätten wir das und das. Sie *ist* gekommen, und wir bleiben vor dem ewigen Rätsel des Untersuchenmüssens, warum sie kam, stehen.

Sachverständiger Dr. *Delbrück:* Ich könnte meine Rede mit derselben Wendung beginnen, mit der Sachverständiger v. Kuhl angefangen hat, nämlich, daß ich mit sehr vielem, was im Rosenbergschen Bericht gesagt worden ist, einverstanden bin. Freilich sind es zum Teil recht andere Punkte, denen ich zustimmen kann. Anderen muß ich widersprechen, denen gerade der Sachverständige v. Kuhl zugestimmt hat. Gleich in dem ersten Punkt, daß unsere Offensive 1914 gute Aussichten gehabt hätte zu gelingen, wenn wir keine Fehler gemacht hätten, bin ich grundsätzlich anderer Auffassung. Daß wir große Fehler gemacht haben, in der O. H. L. wie bei einzelnen Armeeführern, unterliegt keinem Zweifel; aber das geschieht im Kriege immer. Der große Fehler der Anlage war, daß der Sicherheitskoeffizient, der immer dabei sein muß, für den Fall, daß Fehler gemacht werden, viel zu klein war, unsere Kräfte reichten dafür nicht aus, und deshalb war nach meiner Auffassung diese Offensive 1914 falsch angelegt.

Der Abg. Dr. Rosenberg hat nach meiner Meinung vorhin mit Recht hervorgehoben, daß die *Revolution von rechts begonnen hat.* Die Revolution hat mit der Aufregung des Volkes gegen die Regierung Seiner Majestät schon im Jahre 1915 begonnen, als behauptet wurde, daß der vom Kaiser eingesetzte Kanzler die Interessen des Deutschen Reichs verrate. Die Revolution hat sich fortgesetzt im Juli 1917, als die O. H. L. mit Hilfe von einigen Abgeordneten den Kaiser zwang, den Staatsmann, dem er vertraute und der im Begriffe war, uns einen Verständigungsfrieden herbeizuführen, soweit es sich menschenmöglich berechnen läßt, zu entlassen. Damit ist tatsächlich — das hat der Herr Abg. Dr. Rosenberg mit einer mir sehr schmerzlichen Eindrücklichkeit dargelegt — die Monarchie bei uns schon ausgeschaltet gewesen. Ob sie wieder hätte eingeführt werden können, ist eine andere Frage. Aber *in Wirklichkeit hatten wir vom Juli 1917 an eine Militärdiktatur,* und der Kaiser war durch seine eigenen Generäle zu einer Art Schattenkaiser gemacht worden. Der Herr Abg. Dr. Rosenberg hat dafür auch jene Randbemerkung des Kaisers angeführt: „Das kommt davon, daß man von allen Seiten auf den Kaiser nicht mehr hört." Er selbst war sich dessen bewußt, daß er nichts mehr zu sagen hatte.

Daß der Beginn der Revolution also von rechts gekommen ist, ist für das Verständnis der nachher ausgebrochenen Revolution von links von der größten Bedeutung. Diese Revolution von rechts hat uns verhindert, das zu tun, was für den Verständigungsfrieden unerläßlich war. Der Sachverständige v. Kuhl hat besonders betont, und es ist neulich auch vom Abg. Brüninghaus gesagt worden: Ja, zum Verständigungsfrieden gehören zwei, wollten ihn denn die anderen? Herr v. Kuhl sagt immer wieder, wir wollten die anderen durch unsere Offensive nur friedensbereit machen. Nun, *fünfmal ist von jener*

*Seite der Friede angeboten worden auf Grund von Bedingungen, die Deutschland ehrenhafterweise durchaus hätte annehmen können.* Im Juni 1917 hat man, als die Franzosen in der größten Not waren, wo eine Division nach der anderen meuterte und wo man fast die Aussicht und Hoffnung, daß man Deutschland niederkämpfen könne, aufgegeben hatte, den Papst gebeten, wie jetzt vollkommen feststeht, in vorsichtiger, diplomatischer Weise bei uns einen Verständigungsfrieden anzubahnen, und Nuntius Pacelli ist hier gewesen, hat mit dem Kanzler verhandelt und ist auch beim Kaiser gewesen. Diese Verhandlungen haben sich bis in den September hingezogen. Ende Juli hat der Führer der Opposition im englischen Unterhaus Asquith immer wieder gefragt: Wie denkt Ihr über Belgien? Und es war keine Frage, daß er die Antwort erwartete: Wir werden Belgien räumen, und daß dann die Tür zum Verständigungsfrieden geöffnet war. Wir haben diese Frage nicht beantwortet. Es ist die große Frage, wer die größere Schuld hat, der Staatssekretär v Kühlmann oder General Ludendorff und die O. H. L. Für mich ist klar, daß Herr v. Kühlmann die Situation völlig falsch eingeschätzt hat; seine Diplomatie, den Verzicht auf Belgien, den er haben wollte, an den Schluß zu setzen, statt an den Anfang, war so verkehrt wie möglich. Trotzdem halte ich diese Verschuldung des Herrn v. Kühlmann für ganz sekundär, weil mir vollkommen sicher ist, daß, wenn er das andere getan hätte, nämlich gesagt hätte: Deutschland erklärt hiermit offen und in bindender Weise, Belgiens Integrität und Souveränität völlig wiederherzustellen, er am anderen Tag weggejagt worden wäre, geradeso wie Bethmann Hollweg und Valentini weggejagt worden sind, geradeso wie Kühlmann selber im Juli 1918 hat weichen müssen, als er endlich den Mut fand zu sagen: „Wir können den Krieg mit bloß militärischen Mitteln nicht zu Ende bringen, sondern müssen auch diplomatische Mittel anwenden." Es war nach meiner Meinung damals schon zu spät. Allerdings hat er sich nachher nicht getraut, zu seinen Worten zu stehen, und das entschuldigt die andere Seite einigermaßen.

Der Sachverständige v. Kuhl hat mit großer Energie und durchaus mit Recht dagegen polemisiert, daß die Offiziere nur den Krieg um des Krieges willen geführt hätten. Das war ganz gewiß nicht der Fall. Ich weiß sehr gut — ich habe den Krieg 1870 mitgemacht —, wie schon nach relativ kurzer Zeit die Müdigkeit auch im Offizierkorps eintritt und man sich sehr zusammenreißen mußte, um den Krieg weiterzuführen. Nicht darum handelt es sich, sondern darum, ob Deutschland das Nötige getan hat, um den Frieden möglich zu machen, nicht daß wir einen Verständigungsfrieden bekommen hätten — darin bin ich persönlich mit Herrn v. Kuhl durchaus einig, das können wir nicht entscheiden —, sondern darum, daß wir das schlechthin Unerläßliche, *die offene, feste, bindende Erklärung über*

*Belgien nicht haben abgeben wollen, und zwar letzten Endes immer aus dem Grunde, weil der General Ludendorff annektieren wollte.* Er wollte entweder Lüttich und die Maasgrenze annektieren, oder er wollte eine Suzeränität über Belgien schaffen, oder Belgien sonst an Deutschland binden, — annektieren braucht ja nicht gerade im engsten Sinne zu heißen, zum Gebiete des Deutschen Reiches zu schlagen, sondern im weiteren Sinne, die Rechte Deutschlands über Belgien auszudehnen. Das war eine Bedingung, die sich — jetzt sieht man doch wohl klar genug darüber — England, Frankreich, die Welt, Amerika, unter keinen Umständen gefallen lassen konnten; denn wenn Deutschland die Herrschaft über Belgien gewann, hatte es die Herrschaft über Europa. „Antwerpen", hat Napoleon gesagt, „ist die Pistole, die dauernd auf das Herz Englands gerichtet ist." Die Engländer konnten es nicht zulassen, daß wir uns eine Stellung in Antwerpen oder Zeebrügge oder sonst an der flandrischen Küste sicherten, was Tirpitz und die Vaterlandspartei wollten. Mit diesen Forderungen konnte die Welt mit uns keinen Frieden schließen. Immer wieder verteidige ich bei der Geschichte des Ausbruchs des Krieges die These: *Deutschland hat keinerlei Schuld am Ausbruch des Krieges im Sinne des bösen Willens;* Deutschland war durchaus auf den Frieden gestimmt und wollte nichts als Frieden, sowohl Kaiser wie Kanzler, wie der Chef des Generalstabes, wie Admiral v. Tirpitz. Keiner hat den Krieg gewollt, sie haben den Krieg gefürchtet, der eine aus diesem, der andere aus jenem Grund, und das muß immer tiefer in die öffentliche Meinung der Welt hineingepreßt werden, daß das die Wahrheit ist. Aber, was die andere Wendung anlangt, wer Schuld an der Kriegsverlängerung war, so muß ich zu meinem tiefen Leidwesen sagen: Die anderen hatten freilich auch ihre Kriegsparteien, die den Krieg verlängern wollten, aber sie sind nicht *allein* schuldig, sondern hier sind wir die Mitschuldigen, vielleicht sogar die Hauptschuldigen; denn es waren drüben nicht einige Nonvaleurs, die den Frieden wollten, sondern in England war eine sehr starke Friedenspartei, und wir haben viel Zeugnisse, daß sogar noch im Frühjahr 1918 Lloyd George zu einem Verständigungsfrieden bereit war, worunter ich einen Frieden auf Grund der Wilsonschen Punkte verstehe.

Ich sprach vorhin von der Asquithschen Opposition und Pacellis Vermittlung. Im Januar 1918 haben Lloyd George und Wilson ganz übereinstimmend ihre Friedensbedingungen, die berühmten 14 Punkte, bekanntgegeben. Diese waren so gefaßt, daß wir zum Beispiel Elsaß-Lothringen danach abtreten mußten, wenn es uns schlecht ging, aber nicht, wenn wir auf dieser Basis den Frieden schlossen, und wir waren noch stark. Es hieß nur, das Unrecht, das Frankreich 1871 zugefügt worden ist, solle wieder gutgemacht werden; in welcher Form, war nicht gesagt, das hing von den Verhandlungen ab. Wir konnten diese Basis durchaus annehmen, sei es Volksabstimmung, sei es Sprachgrenze,

sei es volle Autonomie Elsaß-Lothringens oder sonstwie. Kurz und gut, es war in den 14 Punkten Wilsons, die notabene auch die englischen leitenden Staatsmänner zu derselben Zeit öffentlich ausgesprochen haben, keiner, den wir nicht als Basis hätten annehmen können, und wir sind es gewesen, die nicht darauf eingegangen sind. Darum ist die Formel so falsch: Wir mußten zuschlagen, um die Gegner friedenswillig zu machen. *Sie waren friedenswillig, es handelte sich um die Bedingungen.*

Nichtsdestoweniger habe ich mich doch in meinem Gutachten dahin ausgesprochen: Die Offensive war gerechtfertigt, weil wir für die Offensive, allerdings in beschränktem Sinne, noch gute Aussichten hatten und damit unsere etwaigen Friedensbedingungen sehr verbessern konnten, aber nicht um die anderen friedenswillig zu machen; denn friedenswillig waren sie bereits, und daß wir nicht darauf eingingen, daran war eben schuld die Erregung der öffentlichen Meinung, die die Vaterlandspartei unter dem Großadmiral v. Tirpitz herbeigeführt hat, und die fortwährende Irreführung der öffentlichen Meinung durch die Heeresberichte der O. H. L. und der ganzen unter der Zensur stehenden Presse. Die Herren bildeten sich ja ein, daß, wenn man etwa große Kriegsziele aufstellte, das den Kriegsmut im Volke antrieb und aufrechterhielt. Gerade das Gegenteil war der Fall. Wer in das im August 1914 so herrlich einmütige deutsche Volk den Keil der Zwietracht getrieben hat, waren alle die Herren, die den Verteidigungskrieg in einen Eroberungskrieg haben umwandeln wollen und umgewandelt haben, wobei ich unter Eroberung nicht bloß Gebiete verstehe. Es genügt nicht, das damit zu entschuldigen, daß General Ludendorff Lüttich und die Maaslinie oder mittelbar eine Herrschaft über Belgien nur wollte, um unser Industriegebiet zu decken, nur um unserer Sicherheit willen. Alle Eroberungen werden gemacht um der Sicherheit willen. Um ihrer Sicherheit willen haben die Römer nach Mommsens Römischer Geschichte die ganze Welt erobert. Natürlich ist man am sichersten, wenn man den anderen totschlägt, dann kann er einem nichts mehr tun. Jetzt wollen Franzosen um ihrer Sicherheit willen das linke Rheinufer. Andere sind so verständig einzusehen, daß sie es nicht nötig haben. Aber mit der Formel „Sicherheit" ist eine moralische Rechtfertigung für irgendeine Eroberung nicht gegeben. Ein Volk, das sich soviel Sicherheit geben will, daß die anderen es nicht mehr angreifen können, das regiert die Welt, und die Weltvölker wollen sich nicht von *einem* Volk regieren lassen. Es gibt keine Weltherrschaft für *ein* Volk; dagegen erhebt sich die Welt mit Recht. Darum ist die These: Der Sicherheit halber mußten wir diese Erwerbung und Landerweiterung machen, die schwerste Irreführung, die nur vorstellbar ist. Und der entscheidende Punkt ist, daß die O. H. L. nichts dagegen getan hat, diese Empfindung im Volke hervorzurufen und zu schüren. Man hat sich gegenseitig in die Höhe ge-

schraubt. Aber das entscheidende Wort konnte nur von der O. H. L. kommen, weil das Volk sich einbildete, wir hätten die Möglichkeit von Erwerbungen, und es hätte es nie verziehen, wenn wir das nicht genügend ausgenützt hätten, ausgenommen, wenn die O. H. L. selber sagte: Das ist der Frieden, den wir wollen und der Deutschland genügt.

Man kann den Gegensatz an zwei Persönlichkeiten anknüpfen. Die eine ist General Ludendorff, der unbedingt sagte: Wir müssen erobern, und die andere ist kein anderer als Kronprinz Wilhelm, der immer gesagt hat: Wenn Deutschland einen Hubertusburger Frieden schließt, also einen Frieden auf der Basis des status quo ante, so hat es so ungeheuer viel erreicht, daß wir nichts mehr zu erreichen brauchen. Also es waren keineswegs bloß die Pazifisten, Sozialdemokraten und Professoren, sondern es waren auch sehr hochgestellte Leute bei der Regierung und in der Armee. Es war Kronprinz Rupprecht von Bayern, der ebenso dachte. Auch vom Grafen Schulenburg ist neuerdings in dem interessanten Buch „Profile“ von Viktor Naumann mitgeteilt worden, daß er im Kriege immer diesen Standpunkt vertreten hat. Wir haben aber das Richtige nicht getan, und das ist die ungeheuerliche Verschuldung, die die O. H. L. und die damalige Regierung, weil sie ihr nachgegeben hat, auf sich genommen haben. Also nicht die Formel: Um des Krieges willen hat man weiter Krieg führen wollen, ist es, was uns getrennt hat; getrennt aber hat uns die Idee des reinen Verteidigungskrieges, der nichts wollte als einen Hubertusburger Frieden und die Idee, daß der Krieg mit irgendwelchen wesentlichen Erwerbungen abschließen müßte. Das hat man nun in der Masse natürlich stärker empfunden als im Offizierkorps. Es scheidet sich nicht so absolut: Die Offiziere dachten so und die Mannschaft so. Das ist ganz falsch. Ich habe eben einige der hervorragendsten Offiziere genannt, die ganz ebenso dachten wie die Mannschaft. Aber natürlich ist das Empfinden in der Mannschaft noch stärker als im Offizierkorps, wo der natürliche Standes- und Ehrbegriff sich noch viel impulsiver und stärker bemerkbar macht.

Einer von den Herren formulierte es sehr gut: Ja, warum ist denn die Revolution gekommen? Ich habe in meinem Ergänzungsgutachten drei Gründe dafür angeführt und halte sie aufrecht. Der erste: *Der furchtbare moralische Zusammenbruch durch die plötzliche Waffenstillstandsforderung.* General Ludendorff hat nachher abgestritten, daß er das in einem moralischen Zusammenbruch getan hat. Ich stelle aber hier fest, daß Anfang Oktober sein nächster Vertrauter, der Oberst Bauer, in Berlin gewesen ist und allgemein gesagt hat: Ludendorff ist völlig zusammengebrochen, er muß sofort abberufen werden. Das hat Bauer in seinem Buche nachher nicht erzählt; aber wenn es bestritten wird, würde ich vorschlagen, sich bei Generalleutnant

Scheüch zu erkundigen. Der zweite Zeuge, von dem ich es gehört habe, war der jüngst verstorbene Generalmajor Wurtzbacher.

Der erste Grund also ist, daß der General Ludendorff statt das Volk von weither aufzuklären, plötzlich die Empfindung hervorrief: Es ist alles verloren.

Es ist vorhin gefragt worden: Haben die Offiziere genügend Kenntnis von der Meinung ihrer Mannschaft gehabt? Einer von den Marineoffizieren hat in München ausgesagt, von der Einwirkung der Waffenstillstandsbitte bei seinen Mannschaften habe er durchaus nichts bemerkt. Das ist mir der Beweis, daß er eben keine Ahnung gehabt hat, wie es bei seinen Leuten aussah. Wir haben den Beweis in dem Zeugnis des Herrn Marine-Oberpfarrers Klein, der es mit größter Bestimmtheit behauptet, und ein solches positives Zeugnis ist immerhin mehr wert als das Zeugnis: Ich habe nichts davon gemerkt, und ich befürchte, daß sich das nach vielen Seiten noch ausdehnen läßt.

Der zweite Grund, weshalb die Revolution im Oktober/November kommen mußte, ist die Wendung am 20. Oktober in der Note Wilsons, daß der *Kaiser abdanken müsse*. Es war zwar etwas verschleiert ausgedrückt, aber jeder las es heraus. Es war nicht gesagt, daß man die Republik einführen mußte, aber es war klar, daß es dem Volke in Aussicht gestellt wurde, daß wir Frieden haben würden, wenn der Kaiser abdankte. Der Prinz Max wünschte es. Er hat den Hausminister Grafen Eulenburg gebeten, es dem Kaiser vorzutragen. Er hat den Oberhofprediger v. Dryander gebeten, es dem Kaiser vorzutragen. Beide haben abgelehnt, und der wahre Grund, warum der Kaiser schließlich in das Hauptquartier gegangen ist, ist der, daß er befürchtet hat, der Kanzler werde jetzt direkt von ihm verlangen, er solle abdanken, und dem wollte er sich entziehen. Vielleicht hätte der Prinz-Kanzler den Schneid haben müssen, nicht durch Mittelsmänner, sondern direkt zu sagen: „Es ist jetzt unvermeidlich, daß Sie abdanken." Es ist nicht dazu gekommen. Der Kaiser zog ins Hauptquartier. Man mag das auffassen, wie man will, ob es Festhalten an seiner Pflicht war oder mangelnde Neigung, sich zu unterwerfen, oder sonst etwas. Jedenfalls war ein ungeheuerer Antrieb zur Revolution die Vorstellung: Wenn der Kaiser nicht freiwillig abdankt, müssen wir ihn zwingen. Diese Empfindung war nicht an der Front oder in der Armee, aber im Volke und namentlich in Süddeutschland. Von da sind die ersten Mitteilungen gekommen: Der Kaiser muß abdanken, und daß er das verweigert hat, war ein ganz wesentliches Moment, die Massen zu erregen, die nun eben vor Friedenssehnsucht sich nicht mehr halten konnten. Nachdem auch der Waffenstillstand im Gange war, mußte sie sich notwendig regen und es mußte dieser Gedanke aufkommen.

Nun kam das Dritte, das ist der *beabsichtigte Flottenvorstoß*, über den ja immer noch ein Schleier gelegt ist, was man eigentlich damit wollte, ob man wirklich der Armee in Flandern eine Hilfe

bringen oder ob man in ehrenvoller Weise zugrunde gehen wollte. Ich habe mit größter Betonung gesagt, daß nach meinem Empfinden, das ich mein Leben lang gehegt habe, *der Untergang in Ehren mir unendlich viel lieber und größer erschienen wäre, auch für die Zukunft des deutschen Volkes, als die spätere schimpfliche Übergabe.* Aber das ist eine subjektive Auffassung. Ich muß das nur hervorheben, damit mein Votum nicht etwa aus anderen Motiven abgeleitet wird. Indem ich aber sage, das wäre für mich die herrlichste Weise gewesen, sage ich zugleich, daß es psychologisch eine schlechthin unmögliche Zumutung an die Mannschaft war. Hier unterscheide ich scharf zwischen Offizier und Mannschaft. Ein Offizierkorps, das den alten kriegerschaftlichen Begriff erhält, der sich aus dem uralten Germanien von Arminius, durch die Ritterschaft und das Offizierkorps Friedrichs des Großen immer wieder bis in unsere Tage erhalten hat, den Begriff der Kriegerschaft und ihrer Ehre, kann so empfinden. Das kann aber nicht ein ganzes Volk, das 4 Jahre lang zermürbt worden ist durch alle diese unendlichen Drangsale, die hier vorgetragen worden sind.

Nun wurde also dieser unglückselige Versuch gemacht, dieser Flottenvorstoß. Er hätte ja der Armee in Flandern vielleicht etwas helfen können, ich glaube zwar sehr wenig. Es ist nicht gesagt, daß aus der Themse-Mündung nach Belgien überhaupt schon eine Verbindungslinie hergestellt war, es ist nicht gesagt, daß sie nach Ostende hin gelegt war, sie hätte, falls sie existierte, für einen Augenblick vielleicht gestört werden können. Aber das andere wäre wahrscheinlicher gewesen: entweder daß die große englische Flotte auslief und uns den Rückweg durch Minen und U-Boote versperrte, oder daß sie uns eine Schlacht lieferte und uns mit ihrer doppelten Überlegenheit in Grund und Boden schoß.

Jedenfalls eine wirklich wesentliche Hilfe, abgesehen von einem moralischen Auftrieb, konnte der Armee nach meiner Auffassung nicht mehr geleistet werden. Die Hauptsache aber ist, daß der Vorstoß, wie wir jetzt aus dem Auszuge des Prinzen Max von Baden wissen, ohne dessen Wissen unternommen worden ist. — Man denke: ein so ungeheures Unternehmen, nachdem der Kaiser ausdrücklich die Militärgewalt unter den Reichskanzler gestellt hatte, ohne ihn auch nur zu benachrichtigen. In einem solchen Falle hätte auch eine mündliche Benachrichtigung nicht genügt, sondern die Admirale hätten einen solchen Schritt nur mit ausdrücklicher und schriftlicher Bewilligung unternehmen dürfen; *sonst war es — ich scheue den Ausdruck nicht — Meuterei.* Ein solches Vorgehen mußte den politischen Plan des leitenden Staatsmanns in der furchtbarsten Weise durchkreuzen. Er konnte zwar hier und da vielleicht eine gewisse Hilfe bringen; aber der Soldat ist verpflichtet, der politischen Direktion, die ihm von der kompetenten Stelle gegeben wird, zu folgen. Ich muß leider dem Abg. Dittmann dahin Recht geben: die Meuterei ist von den Admiralen

ausgegangen, und da kommt man erst auf den richtigen Punkt: als *politische Meuterei.* Ich verkenne gar nicht, daß der Entschluß der Admirale an sich brav und tapfer gedacht war — sie sagten sich: wir wollen lieber untergehen! —, sage aber, daß es doch ein Entschluß war, der für Deutschland verhängnisvoll geworden ist.

Ich habe dem Herrn Abg. Dittmann vorhin sagen müssen, in dem einen Punkte müsse ich ihm Recht geben. Er möge mir erlauben, daß ich nun einen Punkt herausgreife, wo ihm eine große Entgleisung passiert ist. Er sagt nämlich, die Mannschaften hätten gehört, wie Offiziere beim Champagnertrinken gesagt hätten: lieber sterben in Ehren als leben in Schande! und er hat hinzugefügt: solche Weinlaunephrasen! — Nein, das waren keine Phrasen, sondern es war der furchtbarste Ernst. Zwei Weltanschauungen stehen sich hier gegenüber: die Weltanschauung, wie sie hochehrenwert und patriotisch im Offizierkorps lebte, die aber nun den Staat ins Unglück geführt hatte und im unglückseligsten Moment aufleuchtete und das Unheil herbeiführte, was uns getroffen hat.

Herr Abg. Dittmann, Sie haben nachher die richtige Wendung gefunden, indem Sie sagten: *zwei Weltanschauungen!* Hier sieht man den tragischen Konflikt, in welchem Deutschland war, daß die letzten Tapferen, die untergehen wollten, mit diesem Willen Deutschland erst recht in den Abgrund hineinrissen. Das ist die Anschauung, die ich mir über den Ursprung der Revolution gebildet habe.

Sachverständiger *v. Kuhl:* Es ist immer von einer Kabinettsordre vom 26. Oktober 1918 die Rede, in der die Militärgewalt unter die Zivilgewalt gestellt sei. Ich habe die Kabinettsordre nicht gekannt, ich habe sie auch bisher nirgendwo ermitteln können. Ich habe den General *Groener* gefragt, ob er sie kenne, und er hat mir nur gesagt, er hätte davon gehört. Ich habe auch General Groener gefragt: Haben Sie die Reichskanzlei gefragt, als wir uns vor dem Waffenstillstand entschlossen, in die Antwerpen-Maas-Stellung zurückzugehen? — Denn das war ein Entschluß von eminenter militärpolitischer Bedeutung; wir hatten bis dahin die Linie vorn gehalten, um nicht während der Verhandlungen durch den Rückzug ein Zeichen von Schwäche zu geben. Dann haben wir uns aber doch entschlossen, zurückzugehen und die Antwerpen-Maas-Stellung zu beziehen. General Groener sagte mir: Ich habe die Reichsleitung nicht gefragt! Damals handelte es sich auch um einen eminent wichtigen Schritt. Ich möchte bitten, daß die Kabinettsordre beschafft wird.

Sachverständiger Dr. *Herz:* Von einer Kabinettsordre ist nie die Rede gewesen, sondern nur davon — das ist durch die Ausführungen des Herrn Admirals *v. Levetzow* bekannt geworden —, der Kaiser habe gesagt, er habe heute seine Zustimmung zu einer gesetzlichen Bestimmung gegeben, daß das Militär dem Kabinett unterstellt werde. Ich habe sofort Zweifel gehabt, weil mir die be-

treffenden Gesetze bekannt waren. Die Gesetze vom 26. Oktober 1918 beziehen sich lediglich auf die Gegenzeichnung bei Beförderungen, Ernennungen usw. Offenbar liegt ein Irrtum des Kaisers vor, der über die Gegenzeichnung sehr gekränkt war. Er hielt sich der Kommandogewalt für entkleidet und hat Admiral v. Levetzow gegenüber das in anderer Form ausgedrückt. Das ist der rechtliche Standpunkt. Ich will damit nicht sagen, daß es nicht richtiger gewesen wäre, das Kabinett vorher von dem Schritt in Kenntnis zu setzen. Aber eine gesetzliche Bestimmung existiert nicht.

Vertreter des Reichsministeriums des Innern Reichsarchivrat *Volkmann:* Ich habe in den Akten eine Bestimmung im Reichsgesetzblatt, Jahrgang 1918, Nr. 144 vom 28. Oktober 1918 gefunden, in der es heißt:

> Wir Wilhelm usw. verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags, was folgt:
>
> Die Reichsverfassung wird wie folgt abgeändert: . . .
>
> Im Artikel 66 werden folgende Absätze 3 und 4 hinzugefügt:
>
> Die Ernennung, Versetzung, Beförderung und Verabschiedung der Offiziere und Militärbeamten eines Kontingents erfolgt unter Gegenzeichnung des Kriegsministers des Kontingents. Die Kriegsminister sind dem Bundesrat und dem Reichstag für die Verwaltung ihres Kontingents verantwortlich.

Weiter liegt noch ein Zweites vor. Staatssekretär Erzberger, der damals Leiter der Zentrale für Heimatdienst war, hat „Richtlinien für den Heimatdienst" unter dem 26. Oktober 1918 herausgegeben, darunter eine Zusammenstellung über „Abänderungen der Reichsverfassung":

> Die gesamte Regierungsgewalt wird in die Hand der *verantwortlichen* Regierung gelegt. Die Militärgewalt wird der Zivilgewalt unterstellt.

Darüber sind nun Ausführungen gegeben. Letzter Punkt „Kommandogewalt des Kaisers". Da heißt es:

A. Marine.

| Alte Form<br>Artikel 53 Abs. 1 | Neue Form<br>Artikel 53. |
|---|---|
| Die Kriegsmarine des Reichs ist eine einheitliche unter dem Oberbefehl des Kaisers. Die Organisation und Zusammensetzung derselben liegt dem Kaiser ob, welcher die Offiziere und Beamten der Marine ernennt, und für welchen dieselben nebst den Mannschaften eidlich in Pflicht zu nehmen sind. | Die Kriegsmarine . . . Die Ernennung, Versetzung, Beförderung und Verabschiedung der Offiziere und Beamten der Marine erfolgt unter Gegenzeichnung des Reichskanzlers. |

Durch diese Bestimmung wird das Marinekabinett der Kontrolle des Reichskanzlers und damit der parlamentarischen Aufsicht unterstellt. Jede unverantwortliche Macht ist dadurch auf dem Gebiet der Marine ausgeschaltet.

B. Landheer

| Alte Form<br>Artikel 64 Abs. 2. | Neue Form<br>Artikel 64 Abs. 2. |
|---|---|
| Der Höchstkommandierende eines Kontingents, sowie alle Offiziere, welche Truppen mehr als eines Kontingents befehligen, und alle Festungskommandanten werden von dem Kaiser ernannt . . . | Der Höchstkommandierende des Kontingents, sowie alle Offiziere, welche Truppen mehr als eines Kontingents befehligen, und alle Festungskommandanten werden von dem Kaiser unter Gegenzeichnung des Reichskanzlers ernannt . . . |
| Alte Form<br>Artikel 66 Abs. 3 u. 4. | Neue Form<br>Artikel 66 Abs. 3 u. 4. |
| (Bisher nicht vorhanden.) | Die Ernennung, Versetzung, Beförderung und Verabschiedung der Offiziere und Militärbeamten eines Kontingents erfolgt unter Gegenzeichnung des Kriegsministers des Kontingents.<br>Die Kriegsminister sind dem Bundesrat und dem Reichstag für die Verwaltung ihres Kontingents verantwortlich. |

Außerdem erfolgt die Unterstellung des *Militärkabinetts* unter den Kriegsminister und damit ebenfalls die Ausschaltung jedes unverantwortlichen Einflusses.

Bisher war die Frage nicht geregelt, wem die Kriegsminister verantwortlich waren. Auch diese Frage ist dadurch geregelt, daß die Kriegsminister sowohl dem Bundesrat als auch dem Reichstag verantwortlich sind. So ist auch in der Frage der Verantwortlichkeit der Kriegsminister Rücksicht genommen worden auf den bundesstaatlichen Charakter des Reichs.

Die Schlußbemerkung lautet:

So ist denn auch die Verantwortung für Marine und Kriegswesen endgültig klargelegt und wird in der Verfassung fest verankert.

Überschreitungen militärischer Machtbefugnisse von irgendwelcher Stelle sind nunmehr nach den formellen Verfassungsbestim-

mungen unter der Herrschaft der Volksregierung nicht mehr möglich, ohne sofort ihre Sühne zu finden.

In dieser Verfügung findet sich aber auch nichts darüber, daß die Heeresleitung oder Marineleitung der Volksregierung verantwortlich seien.

Sachverständiger Dr. *Delbrück:* Danach habe ich mich bezüglich der Kabinettsordre also in einem Irrtum befunden und bitte deshalb um Entschuldigung. Es war das bisher communis opinio. Aber an meinem Gesamturteil kann ich trotzdem nichts ändern; denn hier handelt es sich darum, daß ein solcher Flottenvorstoß mitten in den Waffenstillstandsverhandlungen eine so ungeheuer schwerwiegende Bedeutung hatte, daß die maßgebenden Stellen die Pflicht gehabt hätten, vorher mit dem Reichskanzler in Fühlung zu treten, und das ist nicht geschehen. Nach meiner Meinung war bei der ungeheuren Wichtigkeit und Bedeutung des Schrittes die Zustimmung des Reichskanzlers erforderlich.

Der Vergleich, daß General Groener in die Antwerpen-Maas-Stellung zurückgegangen sei, ohne den Reichskanzler vorher zu fragen, stimmt nicht. Das war zwar eine militärische Operation von großer Bedeutung, aber doch eine Operation ganz anderer Natur. Das eine war eine einfache militärische Operation, eine rückschreitende Defensive, die in der Richtung der bestehenden Politik lag; das andere ist eine Operation, die der bestehenden Politik aufs furchtbarste widersprach. Formal mag es richtig sein: alles war wichtig; aber die Richtung, in der man arbeitet, das ist entscheidend, und die Richtung des Flottenvorstoßes war mit Bewußtsein gegen die Waffenstillstandsverhandlungen, wie sie Prinz Max von Baden damals führte. *Wenn ich darum auch formal den Ausdruck „Meuterei" preisgebe und zurücknehme, in der Sache muß ich ihn festhalten: es war eine tatsächliche Auflehnung der Seekriegsleitung gegen den Reichskanzler.*

Abg. *Dittmann:* Zu diesem Punkte will ich nur darauf hinweisen, daß ich in meinem Bericht darüber folgendes gesagt habe:

„Kontreadmiral v. Levetzow berichtet weiter, daß am 26. Oktober Marine-Thronvortrag im Schloß Bellevue gewesen sei und sagt dann wörtlich:

‚Seine Majestät erwähnte, er habe der am selben Tage im Reichstag beschlossenen Unterstellung der Militärgewalt unter die Zivilgewalt seine Zustimmung erteilt.'"

Man kann aus den Drucksachen des Reichstags feststellen, daß der Reichstag, der kurz vorher einen Verfassungsausschuß eingesetzt hatte, eine Änderung der Reichsverfassung beschlossen hat, die das klipp und klar ausspricht, und in den hier verlesenen Richtlinien des Herrn Erzberger für den Heimatdienst ist nur enthalten, was die Verfassungsbestimmungen eigentlich besagen. Es ist damals ausdrücklich

beschlossen, daß nunmehr die Militärgewalt der Zivilgewalt unterstellt werden soll. Denn das war ja der Jammer in Deutschland während des ganzen Krieges: *die Militärs machten, was sie wollten, und kümmerten sich den Teufel darum, was die Zivilgewalt wollte.* Darüber ist während des ganzen Krieges der innere Zwist gewesen. Wir haben ihn doch hier im Haushaltsausschuß ausgekämpft und wir wissen, wie dieser Gegensatz zwischen Militärgewalt und Zivilgewalt bei jeder größeren Frage immer wieder auftauchte und die Militärs es verstanden haben, der Zivilgewalt ihren Willen aufzuzwingen. Dieser Zustand sollte geändert werden. Es ist klar, daß in einer Zeit, in der die Regierung den Waffenstillstand angeboten hatte und in Verhandlungen mit dem Gegner stand, ein solcher Vorstoß nicht gemacht werden durfte. Prinz Max von Baden hat auch offen ausgesprochen, daß er sonst den Vorschlag gemacht hätte, sie vorher zu kündigen.

Der Herr Sachverständige Dr. Delbrück hat bereits darauf hingewiesen, daß die Revolution in Deutschland von rechts begonnen hat. Derselben Meinung bin auch ich. Ich will nur auf einen Punkt hinweisen, der auch im Bericht des Kollegen Rosenberg und in dem des Kollegen Bergsträßer zu kurz gekommen ist, der aber gerade zur Beurteilung der Vorgänge von 1918 von sehr großer Bedeutung ist. Es ist nicht richtig, daß damals etwa die sozialistischen Massen zusammengebrochen seien. Zusammengebrochen sind 1918 die von der Vaterlandspartei, von den Alldeutschen und den Militärs zum Übernationalismus aufgepeitschten Massen. Sie sind deshalb zusammengebrochen, weil in ihnen Hoffnungen erweckt waren, die mit einem Schlage zertrümmert werden mußten, als das Vertrauen in die Kriegführung der Obersten Heeresleitung erschüttert war, nachdem die große Offensive im Sommer zusammengebrochen war und man das Waffenstillstandsangebot, das von Ludendorff ausgegangen war, erfahren hatte. Man muß sich einmal überlegen, welche Hoffnungen diesen nationalistischen Massen gemacht worden sind. Es ist schon richtig darauf hingewiesen worden: die O. H. L. hat in ihren Berichten immer von Siegen gesprochen — „Deutschland siegt auf allen Gebieten“! — *Da konnten sich die Leute nicht vorstellen, daß man zwar alle Schlachten gewinnen, den ganzen Krieg aber verlieren könne.* In England hat man das umgekehrte Verfahren eingeschlagen: man hat jede englische Schlappe aufgebauscht und gesagt: Wenn ihr nicht alle Kräfte anspannt und euer Letztes daran setzt, kommen die Deutschen über euch! Niemand konnte also in Deutschland glauben, daß die Sache schief gehen könnte. Schließlich war unter den nationalistischen Massen die Meinung verbreitet: wir haben große Opfer an Blut und Gut gebracht, aber alles wird durch den Enderfolg ausgeglichen werden. Daß Helfferich erklärte, wir brauchten in Deutschland keine Kriegssteuern einzuführen, wie es in England geschehen

sei, weil wir eine Kriegsentschädigung bekämen, alles das hat die verstiegensten Hoffnungen bei den nationalistisch eingestellten Massen erweckt. *Als dann nach dem Zusammenbruch der Sommeroffensive und dem Waffenstillstandsangebot bei diesen Massen die Erkenntnis aufdämmerte: Nichts von alledem, was versprochen ist, ist erfüllt! ist das Vertrauen und der Wille zum weiteren Durchhalten katastrophal zusammengebrochen.* Also diese nationalistisch eingestellten Massen sind es, bei denen man von einem Zusammenbruch sprechen kann, aber nicht bei uns Sozialisten, weder bei den Mehrheitssozialisten noch bei den Unabhängigen. Wir haben mit diesem Ausgang gerechnet und gesagt, ehe es schief geht, müsse man verhandeln. Uns war klar, daß jeder Monat länger das Ende des Krieges verschlimmere, während auf der Gegenseite immer das Gegenteil gesagt wurde: nur durchhalten, dann wird alles gut!

Wenn man über die Grundlagen des Zusammenbruchs vom Oktober und November klar werden will, muß man von der anderen Seite reden, von den *Annexionisten,* von dem Einfluß der *alldeutschen Annexionspolitiker* und der durch diese wieder beeinflußten leitenden militärischen und maritimen Kreise. Ich habe hier noch vom Kriege her die Broschüren, in denen Bethmann Hollweg von jenen Kreisen angegriffen wurde: „Das Deutsche Reich auf dem Wege zur geschichtlichen Episode. Eine Studie Bethmannscher Politik in Skizzen und Umrissen von Junius Alter“ und die Schrift vom Generallandschaftsdirektor Wolfgang Kapp: „Die nationalen Kreise und der Reichskanzler“. Als „Junius Alter“ hat man damals allgemein Tirpitz angesehen; ob er der Verfasser der ersten Broschüre ist, weiß ich nicht. Aber was in diesen Broschüren steht, gibt klar die Auffassung wieder, die von den annexionistischen und militaristischen Kreisen vertreten wurde. Daraus kann man klar erkennen, mit welcher Energie man damals für Bethmanns Beseitigung gekämpft hat, wie man die ganze Politik darauf einstellte und sich den Teufel um den Burgfrieden kümmerte, den man den Arbeitern fortgesetzt predigte. Dadurch ist die Stimmung erst bei den Arbeitermassen so erregt geworden. Ich kann das aus eigener Erfahrung bestätigen. Ein Buch „Das annexionistische Deutschland“ von Grumbach, das 1917 in der Schweiz herauskam, bringt nur die Dokumente bis Anfang 1917, und zwar solche, die ich auch aus eigenem kenne. Man kann sie für die Zeit bis zum Ende des Krieges verlängern. Auch darüber müssen wir ein zusammenhängendes Gutachten bekommen, welchen Einfluß die annexionistische Eroberungspropaganda auf den Willen, den Krieg für diese Ziele weiter durchzuhalten, und auf die Stimmung der werktätigen Massen ausgeübt hat. Ich schlage vor, über diesen Punkt einen Sachverständigen heranzuziehen, und würde meinerseits Herrn Dr. Martin Hobohm, Privatdozent an der Universität Berlin, vorschlagen. Ich weiß, daß er ein Kenner auf diesem Gebiete ist.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:* Zu der Frage der angeblichen Kabinettsordre hat das Wort Herr Abg. Dr. Rosenberg.

Abg. Dr. *Rosenberg:* Wir werden selbstverständlich über diese Frage noch sehr eingehend an der Hand der Akten zu sprechen haben. Ich will heute ohne alles Material nur einiges provisorisch sagen. Man muß sich darüber klar werden, daß die alte Reichsverfassung als wesentliches Ingrediens die Kommandogewalt des Kaisers hatte. Diese Kommandogewalt, die der parlamentarischen Verantwortung nicht unterlag, drückt sich sowohl in dem Recht der Offiziersernennung durch das Militärkabinett aus, als auch im Oberbefehl des Kaisers über Heer und Flotte im Krieg und Frieden. Nun ist die Kommandogewalt des Kaisers in der alten Form im Oktober 1918 beseitigt worden. Daß sie beseitigt wurde, ist vollkommen klar für jeden, der die Dinge im einzelnen in der Erinnerung verfolgt. Wenn man die Rechte des Militärkabinetts abschaffte, so bedeutete dies, daß alles, was im Heere geschah, nun dem Kriegsminister unterstellt war. Das war dieselbe konstitutionelle Form wie in England und Frankreich, daß alles, was militärisch vorging, dem Kriegsminister untergeben war und durch ihn der parlamentarischen Verantwortung unterlag. *Das Sondergebiet, das früher der alleinigen kaiserlichen Entscheidung unterstand, ist im Oktober beseitigt worden.* Die bloße Existenz des Kriegskabinetts, das doch an die Stelle der kaiserlichen Kommandogewalt treten sollte, zeigt ohne weiteres, wie die Veränderung damals im Reichstag und in der Öffentlichkeit empfunden wurde. Ich bin der Meinung, daß die Herren Unrecht haben, wenn sie die Offiziersernennung von der militärischen Kommandogewalt trennen und nun konstruieren wollen, der Kaiser habe die Kommandogewalt aufgegeben, habe aber immer noch das Oberkommando gehabt. Aber es nützt auch nichts für den Begriff der sogenannten Meuterei. Logisch gibt es nur zwei Möglichkeiten: entweder besteht die alte kaiserliche Kommandogewalt oder sie besteht nicht. Besteht sie nicht, so hat die Zivilstelle das Kommando. Bestand sie, hatte sie der Kaiser selber weiter. Auf keinen Fall ist die Regierung oder der Kaiser gefragt worden, so daß Admiral *Scheer auf eigene Verantwortung gehandelt hat und alle politischen und sonstigen Konsequenzen tragen muß.*

Abg. *Brüninghaus:* Diese berühmte und berüchtigte Kabinettsordre verflüchtigt sich ja nun allmählich immer mehr. Es kann gar keine Rede davon sein, daß in dieser Kabinettsordre, wie Herr Dr. Rosenberg eben konstruiert hat, gesagt war: nunmehr gehen die operativen Maßnahmen von Heer und Marine auf das Kriegskabinett über.

Das Kriegskabinett setzte sich zusammen aus dem Prinzen Max von Baden an der Spitze und den übrigen Ministern. Die Armee steht im allerstärksten Ringen an der Westfront, die Marine hat ihre ganz strikten Operationsbefehle von der Reichsleitung erhalten mit Ein-

schränkungen usw., und nun denkt man sich, daß die operativen Unternehmungen von Armee und Marine mit einem Mal vom Kriegskabinett in Berlin aus geleitet werden sollen? Das ist eine so absurde Idee, daß ich nicht verstehe, wie man darauf kommen kann. Wie denken Sie sich den Rückmarsch der Armee, die Einnahme der neuen Linie, die der Sachverständige v. Kuhl uns hier vorgetragen hat, wenn die Anordnung dazu seitens des Kriegskabinetts gegeben werden soll? Die Sachen liegen etwas anders. Sie liegen so, daß seinerzeit Admiral Scheer — und ich glaube, Kapitän v. Levetzow war mit dabei, das weiß ich aber nicht genau — dem Reichskanzler Prinz Max von Baden gegenüber festgestellt hat: *ich habe also vollständige operative Freiheit für die Flotte wieder.* Und dabei ist stillschweigend festgestellt worden: ja, aber unter Aufrechterhaltung der bestehenden drei Einschränkungen. Erstens kein U-Boot-Handels-Krieg mehr, zweitens die englische Flotte nur schlagen unter für uns günstigen Bedingungen, und drittens — und das ist für mich das Maßgebende — Vorstoß in den Kanal nur, wenn Luftaufklärung vorhanden ist. Das waren die Beschränkungen, die der Seekriegführung allgemein, also auch vom Kabinett des Prinzen Max von Baden auferlegt waren. Allein darin, daß darin die Beschränkung stand: Vorstoß in den Kanal nur mit Luftaufklärung und Angreifen oder Sichstellen der englischen Flotte nur unter für uns günstigen Bedingungen, geht für jeden militärisch klar Denkenden hervor, daß, wenn die Reichsleitung nunmehr nach 8 Tagen, oder wie lange es war, anderer Meinung war, sie unbedingt verpflichtet war, der Marineleitung zu sagen: diese Richtlinien gelten für dich nicht mehr, du bekommst jetzt andere Richtlinien. Wie soll überhaupt eine Seekriegsleitung Krieg führen, wenn sie ganz strikte Anweisungen hat, die ihr gegeben sind, und nun auf Grund dieser Anweisungen handelt? *Ich kann also nicht erkennen, daß durch die Kabinettsordre an dieser Sache etwas geändert worden ist.*

Der Herr Abg. Dittmann sagt: das werden wir aus den Reichstagsdrucksachen feststellen können. Ja, glauben Sie denn, daß damals die für die Seekriegführung verantwortlichen Befehlshaber die Reichstagsdrucksachen in die Hand bekommen haben und überhaupt nur eine Ahnung davon hatten, was man sich hier im Reichstage unter der Auslegung dieser verschiedenen Paragraphen vorgestellt hat?

(Abg. Dr. *Moses:* Aber daß sie mitten in den Waffenstillstandsverhandlungen war, wußte doch die Marineleitung ganz genau!)

— Selbstverständlich!

(Abg. Dr. *Moses:* Darauf kommt es an!)

—Es handelt sich ja hier nur um die rechtliche Frage. Ob das praktisch war, ob das angebracht war, ist eine Frage, über die die Ansichten bekanntlich sehr geteilt sind, wie der bekannte Brief, die Veröffent-

lichung des Prinzen Max von Baden beweist, die man nämlich so und so auslegen kann. Ich stelle hier nur eins fest, daß diese Kabinettsordre, mit der hier dem Inhalt nach operiert worden ist, auf die Seekriegsleitung ganz strikte Anweisungen darüber hatte, was sie nicht tun durfte. Sie durfte — das war in den Richtlinien vereinbart — keinen Vorstoß in den Kanal machen ohne Luftaufklärung.

(Sachverständiger Dr. *Delbrück:* Wo steht das, daß das mit dem Prinzen Max vereinbart war?)

— Die operativen Anweisungen für die Flotte!

(Sachverständiger Dr. *Delbrück:* Die sind vom Prinzen Max genehmigt worden? Das ist mir gänzlich unbekannt!)

Ich glaube, das wird man durch die Vernehmung der Sachverständigen und Zeugen, zum Beispiel des Admirals v. Trotha, ohne weiteres feststellen können.

Die ganze Frage, ob die Seekriegsleitung gemeutert hat, fällt meiner Ansicht nach vollständig in sich zusammen. Ich bedaure, daß der Ausdruck „Meuterei" hier gefallen ist. Denn Meuterei bedeutet nach meiner Auffassung bewußte Auflehnung gegen die vaterländischen und militärischen Pflichten eines Soldaten. Und ich bedaure ganz außerordentlich, daß dieser scharfe Ausdruck hier mit Bezug auf Leute gefallen ist, die wirklich ihre Schuldigkeit im Kriege auch dem Vaterland gegenüber getan haben.

(Abg. Dr. *Moses:* Die Beschuldigungen sind auch gegen andere gefallen!)

Ich will selbst einmal unterstellen, die Seekriegsleitung in Spa hätte sich in einem Irrtum befunden. Wie kann man dann, nachdem diese Seekriegsleitung ihre Befehle gegeben und dem Flottenchef pleinpouvoir gegeben hat, — und wir wissen aus den Ausführungen des Herrn Zeugen v. Trotha, daß die allerwenigsten Admirale, noch weniger die Kommandanten, noch weniger die sonstigen Offiziere überhaupt aus Gründen der Geheimhaltung darüber orientiert waren, was überhaupt beabsichtigt war —, wie kann man dann eine Konstruktion machen, wie sie Herr Abg. Dittmann gewählt hat, daß man sagt: diese ganze Gesellschaft auf den Schiffen sind Meuterer, die haben gegen die Befehle des Kriegskabinetts Max von Baden gehandelt? Die Sache liegt doch so: die Flotte sollte einen Vorstoß machen. Die Befehle dazu wurden von der Flottenleitung gegeben. Die Flottenleitung hatte sich vorher vergewissert, daß die Seekriegsleitung damit einverstanden war. Sollen denn die Offiziere, wenn Befehle kommen, auszulaufen usw., den Gehorsam verweigern? Wie denkt man sich überhaupt im Kriege die Sache? Es wird von der Flottenleitung ein Befehl an die einzelnen Admirale und Kommandanten gegeben, dann und dann auszulaufen. Da sollen sich die Offiziere hinstellen und sagen: das fällt mir nicht im Traume ein, das scheint mir den politischen Instruktionen des Kriegskabinetts zuwider-

zulaufen? Herr Abg. Dittmann hat den Admiralen auf den Schiffen den Vorwurf gemacht: ihr seid Meuterer, denn ihr habt gegen das Kriegskabinett gehandelt. Nein, die Offiziere haben nicht gegen das Kriegskabinett gehandelt, sondern haben die Befehle ihrer Vorgesetzten, die dazu befugt waren, ausgeführt.

(Abg. Dr. *Bergsträßer:* Und die haben gegen den Geist des Kriegskabinetts gehandelt!)

Ich habe selbst gesagt: wenn ich einmal unterstellen will, daß sich Herr Admiral Scheer in einem Irrtum befunden hat, so kann man doch unmöglich aus einem Irrtum, der in Spa oder Berlin unterlaufen ist, folgern, daß diejenigen Leute, die den Befehl von der Flotten- und Seekriegsleitung bekommen, sagen: das mache ich nicht. *Das würde den absoluten Zusammenbruch jeder Disziplin bedeutet haben.*

Ich komme also zu dem Schluß, daß nach meiner Auffassung die Richtlinien, die in gewissen Beschränkungen der Seekriegführung bestanden, noch aufrechterhalten waren, und daß auch die Flottenleitung, soviel ich weiß, gegen diese Richtlinien nach keiner Richtung verstoßen hat, *daß also von Meuterei und Auflehnung gegenüber dem Kriegskabinett gar keine Rede sein kann.* Ich habe nirgendwo finden können, daß die Kriegführung nicht mehr in den Händen der Befehlshaber lag, sondern in Händen des Kriegskabinetts. Das ist mir heute hier zum ersten Mal gewissermaßen auf dem Präsentierteller hingesetzt worden, jetzt nachdem diese Kabinettsordre, mit der, wie Herr Prof. Delbrück richtig gesagt hat, soviel herum operiert ist, in sich zusammenbricht, weil sie nichts bedeutet, als daß die Ernennung und Beförderung von Offizieren in Zukunft die Gegenzeichnung des Reichskanzlers und Kriegsministers tragen soll. Daraus zu konstruieren, daß nun den Befehlshabern in Armee und Marine die Befehlsgewalt weggenommen und auf das Kriegskabinett übergegangen war, kann ich nicht anerkennen; das ist unlogisch.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:* Die Schwierigkeiten, die hier geschildert worden sind, sind meines Erachtens auf eine Art verfassungsrechtliches Vakuum zurückzuführen. Man hat sich auf der einen Seite nicht getraut, bezüglich der Kommandogewalt der Heeresleitung und der Seekriegsleitung volle Klarheit zu schaffen, andererseits haben diese beiden Stellen auch ihre Selbständigkeit zu erhalten gewünscht; so ist ein Vakuum entstanden, dessen Folge ein gegenseitiges Nichtverstehen war, wie wir es auch bei den Vorgängen am Sommerende 1918 zwischen Ludendorff und v. Hintze haben beobachten können.

Zeuge Vizeadmiral a. D. v. *Trotha:* Ich möchte mich auf einige bestimmte Punkte beschränken, gerade bezüglich der Frage, die der Herr Sachverständige Dr. Delbrück gestellt hat. Wir im Flottenkommando haben nichts anderes getrieben und gedacht —

und das war unsere beschworene Pflicht —, als daß wir das Kriegsinstrument, das uns anvertraut war, so scharf und schneidig wie nur möglich gegen den Feind anzusetzen hatten. In dieser Anwendung der Kriegswaffe sind uns im Laufe des Krieges Beschränkungen auferlegt worden. Eine dieser Beschränkungen war: solange der U-Bootkrieg geht, steht der U-Bootkrieg im Vordergrund. Zweitens: einen Zusammenstoß mit der zahlenmäßig überlegenen englischen Flotte nur unter günstigen Bedingungen; und endlich die Einschränkung, die auch während des Krieges der Flotte auferlegt worden ist: Vorstöße in den Kanal nur mit Luftaufklärung! Diese Einschränkung war noch nicht aufgehoben und stammte aus einer Zeit von ungefähr einem Jahre vorher. Das waren die Bestimmungen, unter denen wir unsere Waffen anzuwenden hatten.

Es ist selbstverständlich, daß diese Anwendung der Waffe sich in die Ziele der großen Politik hineinzustellen hatte. Die hatten *wir* aber nicht zu besorgen.

(Sachverständiger Dr. *Delbrück:* Wer ist wir?)

— Das Flottenkommando!

(Sachverständiger Dr. *Delbrück:* Nicht die Seekriegsleitung?)

— Nein, nicht die Seekriegsleitung!

(Sachverständiger Dr. *Delbrück:* Von der Seekriegsleitung war es doch ausgegangen, und darauf kommt es an!)

Wir hatten uns selbstverständlich in die Ziele der großen Politik einzugliedern. Sonst ist die Kriegführung eine Unmöglichkeit. Wir haben auch während des Krieges ständig und in laufender Folge von der Regierung Befehle bekommen: diese Einschränkung wird aufgehoben, jene Einschränkung wird neu gefordert. Und es kann kein Mensch der Flotte nachweisen, daß sie irgendwo dagegen illoyal gehandelt hätte. Sie hat es selbstverständlich als ihre Pflicht erachtet, sich zu fügen.

Nun kam der Moment, wo der U-Bootkrieg aufgegeben wurde, und da ist von Admiral Scheer, der über der Flotte stand, dem Reichskanzler gesagt worden: *damit gewinnt die Flotte ihre operative Freiheit.* Das ist eine ganz klare Situation. Hielt es die Regierung, um ihre Pläne mit dem Waffenstillstand oder sonst etwas zu fördern — die wir gar nicht kannten und die uns auch nichts angingen — für notwendig, der Flotte Einschränkungen aufzuerlegen, so mußten wir die Anweisung von der Regierung bekommen, und das wäre loyal von uns eingehalten worden. *Wir haben aber keine neue Einschränkung auferlegt bekommen,* und deshalb hatten wir nach der beschworenen Pflicht zu handeln, dem Feind zu schaden wo und wie wir konnten, also wenn möglich anzugreifen.

Sachverständiger Dr. *Herz:* Über die Kabinettsordre heißt es in dem Aufsatz von Levetzow:

„Nachmittags Marinevortrag im Schloß Bellevue. Seine Majestät erwähnt, er habe der am selben Tage im Reichstag beschlossenen

Unterstellung der Militärgewalt unter die Zivilgewalt seine Zustimmung erteilt."

Aus dieser Bemerkung ist offenbar die Vorstellung der Kabinettsordre entstanden. Es bestand also keine gesetzliche Bestimmung, wonach die Operationen des Heeres dem Kriegskabinett unterstellt waren. Ich sage das lediglich formaljuristisch. Da liegt die Sache so, wie es Herr Vizeadmiral v. Trotha richtig ausgeführt hat. Wenn Jemanden ein Versehen oder böser Wille trifft, so kann es nur die Seekriegsleitung sein, die damals Admiral Scheer hatte.

## Sitzung, Freitag, den 5. Februar 1926

### Fortsetzung der Aussprache über die Berichte der Abgeordneten Dr. Rosenberg und Dr. Bergsträßer

Sachverständiger *Schwertfeger:* Ehe ich in die Erörterung der beiden Berichte eintrete, die zur Tagesordnung gehören, möchte ich mir erlauben, auf Darlegungen zurückzugreifen, die Herr Generalsekretär Dr. Fischer über den Dolchstoßprozeß in München gemacht hat[1]). In diesen Darlegungen findet sich ein mich persönlich betreffender Passus, der hier zu unserer Problematik gehört. Herr Dr. Fischer betont dort, daß die Aussagen, die die Sachverständigen Delbrück, Herz und v. Kuhl gemacht hätten, hier in Berlin bekannt seien, denn die Herren seien ganz bei ihren Gutachten geblieben.

Es heißt dann weiter:

Das gilt im allgemeinen auch von Oberst Schwertfeger. Nur ein Punkt stach aus seiner Bekundung hervor, der etwas Neues brachte und hier erwähnt werden muß. Die Wendung seines Gutachtens, daß das Waffenstillstandsersuchen der O. H. L. vom 29. September das Hissen der weißen Flagge bedeutete, hat Oberst Schwertfeger nun in einer, wie ich mich nicht enthalten kann zu sagen, überraschenden Weise interpretiert. Er erinnerte daran, daß das Hissen der weißen Flagge nur bildlich gemeint sein könne. Heute bestehe der Brauch ja nicht mehr. Das Bild sei genommen von der Gepflogenheit früherer Jahrhunderte. Da habe man die weiße Flagge gehißt, wenn man einen Tag oder einen halben Tag Waffenruhe brauchte, um etwa die Toten zu beerdigen oder um Verhandlungen zu führen, und dann sei der Kampf weitergegangen. Der Nachdruck lag darauf, daß Schwertfeger mit dem Wort vom Hissen der weißen Flagge, das in seinem Gutachten steht, nicht ausdrücken wollte, daß man nachdem nicht mehr habe weiterkämp-

[1]) S. o. S. 74 ff.

fen können. In der Frage des möglichen Weiterkämpfens und der damit zu erringenden günstigeren Friedensbedingungen stand Schwertfeger in einer Front mit den anderen Sachverständigen vom Militär.

Ich muß hier einen Irrtum klarlegen. Ich kann nicht zugeben, daß ich nicht in vollem Sinne bei meinem Gutachten geblieben und daß es etwas Neues gewesen sei, was ich in dieser Beziehung in München gesagt habe. Ich habe in dem Gutachten verbis expressis gesagt, daß ich in bezug auf die Möglichkeit des Weiterkämpfens durchaus mit den Darlegungen des Generals v. Kuhl übereinstimme. Ich habe auch noch an einer anderen Stelle des Gutachtens ausdrücklich gesagt, daß ich die Möglichkeit eines Weiterkämpfens bejahe. Ich *mußte* das auch sagen, da ich schon in einer früheren im Druck erschienenen Schrift mich ganz deutlich darüber geäußert habe, nämlich in der 1919 herausgegebenen Schrift „Der Irrtum des Marschalls Foch". Auch bei dieser Beurteilung einer französischen Propagandaschrift habe ich deutlich auseinandergesetzt, daß eine Möglichkeit vorhanden gewesen wäre, weiter zu kämpfen, daß aber diese letzten Möglichkeiten bei uns nicht ausgeschöpft worden sind. Ich muß deshalb betonen, daß mir die Darlegungen des Herrn Dr. Fischer, soweit sie meinen eigenen Standpunkt betreffen, nicht ganz zutreffend erscheinen. Es konnte, glaube ich, niemand darüber im Zweifel sein, wie ich zur Frage der Möglichkeit des Weiterkämpfens stand.

Ich komme nun zu dem Hauptgegenstande, zu meinen Darlegungen über die beiden hier erstatteten Berichte. Den Bericht des Herrn Abg. Dr. Rosenberg habe ich eingehender durchsehen können, den des Herrn Abg. Dr. Bergsträßer noch nicht ganz.

Ich möchte auf eine ausführliche Stellungnahme zu den Berichten heute verzichten und mir als Sachverständiger den Vorschlag erlauben, die Problematik des Dolchstoßes in einige Thesen zusammenzufassen und dem Untersuchungsausschuß zur Beschlußfassung vorzulegen. Dann kann über die einzelnen Punkte debattiert werden, es können einstimmige Voten, es können Mehrheits- oder Minderheitsvoten genau wie das vorige Mal gefaßt werden. Ich verspreche mir davon nichts, daß jetzt einzelne Punkte aus dem sehr schwierigen Gesamtkomplex hier zur Erörterung gestellt werden und verzichte meinerseits darauf, das zu tun, obwohl ich eine ganze Reihe von Materialien dazu vorzubringen hätte.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:* Ich habe die Herren Berichterstatter Dr. Rosenberg und Dr. Bergsträßer gebeten, das, was sie als gesicherte Ergebnisse der Untersuchung ansehen, in einer Anzahl von Thesen zusammenzufassen. Selbstverständlich glaube ich nicht, daß sich im Ausschuß ein Widerspruch erhebt, wenn auch die Sachverständigen von sich aus die Ergebnisse zusammenzufassen suchen. Wir werden dann in späteren Verhandlungen die Vorschläge der Herren

Sachverständigen und der Berichterstatter haben und prüfen, wieweit eine Übereinstimmung im Ausschuß in Frage kommen kann.

Sachverständiger *v. Kuhl:* Der Herr Abg. Dr. Bergsträßer greift in seiner Denkschrift meine Methode an. Er stellt seine Methode gegenüber, die die bessere sei. Er stützt sich hauptsächlich auf Briefe und Tagebücher. Ich möchte dazu erneut bemerken, daß Briefe mit großer Vorsicht als Dokumente zu benutzen sind. In Briefen schreibt man im Kriege alles mögliche. Ebenso sind die Tagebücher mit der größten Vorsicht als Dokumente in kriegsgeschichtlichen Untersuchungen zu verwenden. Natürlich sind diese Quellen zu benutzen, aber mit Vorsicht. „Aktenstücke" werden von dem Herrn Berichterstatter als wichtig hingestellt. Das ist selbstverständlich. „Streng methodisch kommen hauptsächlich nur Briefe und Tagebücher in Betracht. Militärische Berichte oberer Militärstellen sind als Material ganz unbrauchbar." So sagt der Herr Abg. Dr. Bergsträßer. Was die Leute in einem Brief sagen, das ist also Dokument. Aber was wir auf Grund eingehender Untersuchungen, Vernehmungen, Feststellungen und persönlicher Erfahrungen sagen, ist unbrauchbar. Ich halte diese Methode für einseitig.

Was die Veranstalter der Revolution nachher rühmend über ihre eigene Tätigkeit gesagt haben, wird gleichfalls als weniger belangvoll bezeichnet. Die Leute hätten sich mit einer Gloriole umgeben wollen. Das soll wohl heißen, das sei auch nicht maßgebend, ich halte es aber für außerordentlich wichtig, was die Leute damals selbst über ihre Tätigkeit in bezug auf die Vorbereitung der Revolution gesagt haben. — Persönliche Zeugnisse werden als aus getrübter Erinnerung hervorgehend auch als unwichtig bezeichnet.

Ich möchte demgegenüber feststellen, daß die persönlichen reichen Erfahrungen, die eigenen Erlebnisse und die amtlichen Feststellungen auch einen gewissen Wert haben und nicht bloß das, was in Briefen von Beschwerden und Klagen steht. Die Leute haben im Kriege zweifellos ungeheuer viel ausgehalten, und daß sie unter dem Druck manchmal oder oft schwere Klagen erheben, daß sie, wenn sie aus der Heimat hören, wie ihre Frauen und Kinder hungern müssen, trübselige Briefe schreiben und über alles anfangen zu schimpfen, ist durchaus erklärlich. Ich will nicht sagen, daß sie wertlos seien. Ich sage nur, sie *allein* als wertvoll zu bezeichnen im Gegensatz zu dem, was wir selbst erlebt, was die Führer, was unsere Offiziere gesehen haben, was auch in militärischen Berichten festgestellt worden ist, damit bin ich nicht einverstanden.

Abg. *Treviranus:* Ich will mich heute nur auf einzelne Punkte beschränken.

Ich stimme mit dem Herrn Kollegen Dr. Rosenberg vollkommen darin überein, daß es unbedingt erforderlich ist, der Frage näherzutreten, ob bisher die wissenschaftlich richtige Methode angewandt

ist. Es war sehr dankenswert von ihm, so klare und präzise Formulierungen gewählt und Entscheidungen vorgeschlagen zu haben, an die sich jetzt die Diskussion halten kann. Wenn er meint, daß es notwendig sei, zu einer scharfen Definition der Dolchstoßthese besondere Punkte oder Grundsätze zu trennen, dann bin ich mit ihm darin einig. Er erklärt, daß von selbst diese wissenschaftliche Prüfung in zwei Teile zerfallen werde. Der eine Teil müßte nachprüfen, welches die Ursachen der deutschen Niederlage waren, a) militärpolitische, militärische, b) innenpolitische Gründe. Der zweite Teil müßte sich mit einer möglichst klaren und scharfen Analyse solcher Bestrebungen und Strömungen befassen, die im Innern Deutschlands angeblich vorhanden waren und darauf abzielten, die Niederlage herbeizuführen. Ich glaube aber, wir kommen damit allein nicht weiter, wenn wir nicht eine *dritte* Grundthese aufsetzen. Wir müssen der Frage nachgehen: *Welche Wirkungen hatte das Vorhandensein von Strömungen, die, ob mit Recht, ob mit Unrecht, den Anschein erweckten, als ob sie eine Niederlage herbeiführen bzw. die Wehrmacht zwingen wollten, von sich aus die Waffen niederzulegen und dadurch den Frieden herbeizuführen?* Denn bei unseren ganzen Untersuchungen können wir feststellen, daß gerade die Vertreter der Dolchstoßthese die Wirkung hervorheben, die das Vorhandensein von innenpolitischen Kräften, die gegen die derzeitige Reichsleitung gerichtet waren, bei der Wehrmacht auslöste, bei all den Elementen, die glaubten, sie würden doch die nötige und richtige Unterstützung bei dem in ihren Köpfen gebrauten Urteil über die Unzweckmäßigkeit weiterer Kriegführung finden.

Wenn wir die methodische Scheidung, die Herr Dr. Rosenberg durchgeführt hat, lediglich damit abgrenzen, daß wir den Nachweis führen lassen oder führen, daß solche Bestrebungen, die auf eine Niederlage im Innern Deutschlands abzielten (These 2), nicht vorhanden waren, so werden wir damit der Frage nicht auf den Grund kommen: Welchen Einfluß hatten solche Bestrebungen auf die Wehrmacht, in der gleichartige Strömungen ihrerseits versuchten, zersetzenden Plänen nachzugehen? Er meint, daß der Nachweis des aktiven Willens irgendeiner politischen Richtung, für Revolution und Niederlage gearbeitet zu haben, dazu gehöre, ihr eine Dolchstoßabsicht zuzusprechen. Wenn er dabei die betreffenden politischen Richtungen sehr scharf umreißt, dann kann man seiner Auffassung zustimmen, daß, obschon bei beiden Strömungen, Friedenssehnsucht auf der einen Seite, andererseits bewußte Revolutionierung, Berührungspunkte vorhanden waren, dennoch beide Strömungen zu scheiden waren und von einer Zusammenarbeit nicht die Rede sein konnte. Damit erklärt er auch für sich den Beweis für erbracht, daß von solchen zersetzenden Wirkungen im Hinblick auf die Revolution durch USPD nicht die Rede sein kann.

Er führt weiter aus, daß die Frage verneint werden muß: Hatte die linksradikale Bewegung die Absicht, etwa den Sieg der Entente über

Deutschland im Endziel herbeizuführen? Hier ist die Problemstellung ebenfalls so eng, daß wir damit nach meinem Dafürhalten nicht weiterkommen. Denn ist der Beweis erbracht, daß diese linksradikalen Kräfte lediglich einen Verständigungs-, einen Ausgleichsfrieden erreichen *wollten* und den Sieg der Entente in *keiner* Weise herbeiwünschten, so konnte ihre Arbeit doch die Möglichkeit geben, den Sieg der Entente *tatsächlich* herbeizuführen. Ihre Arbeit im Innern konnte also unbewußt in ihren Folgen zu diesem Ziele führen.

Herr Kollege Dr. Rosenberg — er hat peinlich vermieden, Werturteile abzugeben — erklärt, daß die Behauptung, die USPD habe auf eine Revolutionierung hingearbeitet, absurd sei, daß die Zeugen, die man für das Vorhandensein von radikalen Bewegungen und Strömungen anführt, und die aus der Nachkriegszeit stammen, sehr skeptisch beurteilt werden müßten, weil es damals eine Modesache gewesen sei, sich in die Brust zu werfen und sich der Verdienste zu rühmen, die in jenen Tagen für die bewußte Revolutionierung bei den einzelnen vorgelegen haben. Ich muß dann aber auch der Auffassung recht geben, die der Herr Sachverständige v. Kuhl vertreten hat, daß man nämlich auch bei den Zeugnissen, die aus der Vorrevolutionszeit vorliegen, die Frage prüfen muß, wieweit sie überhaupt stichhaltige Urteile sind. Ich bin der Ansicht, daß es *nicht* angeht, zu erklären: Wenn briefliche Äußerungen oder Tagebücher vorliegen, so wird man sie zu den Akten legen müssen, weil immer das lebendige Zeugnis dabei fehlt, in welchem Zustand sie verfaßt worden sind, unter welchen Wirkungen und mit welchen Absichten diese Darlegungen gemacht sind. Man wird dann aber auch auf der anderen Seite nicht all das als Renommisterei abtun dürfen, was aus schriftlichen, gedruckten Aufzeichnungen, auch aus den heutigen Vernehmungen über die Arbeit der damals bei dem Umsturz aktiv oder mitwirkend beteiligten Kräfte hervorgeht.

Die Scheidung zwischen Mehrheitssozialdemokratie und USPD ist verhältnismäßig einfach und stichhaltig. Die Ergebnisse des Münchner Dolchstoßprozesses haben uns da wesentlich weiter gefördert. Aber die Frage, wieweit man so scharf, wie es Herr Dr. Rosenberg methodisch wünscht, unterscheiden kann zwischen USPD und *Spartakus* und all den Richtungen, die unter dem Namen Spartakus später zusammengefaßt waren, scheint mir auch aus den Unterlagen des Herrn Kollegen Dr. Rosenberg nicht genügend hervorzugehen. Denn es kann kein Beweis dafür sein, wie er anführt, daß Reichpietsch und Köbis keine Ahnung davon hatten, daß es außer der USPD noch etwas anderes gäbe, daß sie von der Bremer Richtung keine Ahnung hätten. Ich erinnere mich, daß Trotzki in seinem Buch über Lenin schreibt, daß in dem kanadischen Lager Armhurst die deutschen Matrosen, die nur dunkel etwas von Liebknecht gehört, aber sonst nichts geahnt haben, sehr aufhorchten, als die ersten Nachrichten über die russische Revo-

lution hinüberkamen. Das ist also ein Beweis — und er wird aus vielfältigen anderen Zeugnissen ergänzt —, daß gerade durch die sozialistische Presse, die ja von Kriegsbeginn an an Bord ungehindert gelesen werden konnte und auch sehr eifrig gelesen wurde, eine wesentlich bessere Information gerade auch der Mannschaften über diese Strömungen vorlag, als es vielleicht im Felde möglich war, zumal die Mannschaften auf den Schiffen wesentlich mehr Zeit hatten, sich mit diesen Dingen zu beschäftigen.

Wenn ich nun die Frage, woher die linksradikalen Flugblätter stammen, so abstemple, daß sie lediglich im allgemeinen zur Spartakusrichtung gehörten, wie es aus dem Bericht des Herrn Dr. Rosenberg hervorgeht, so werde ich auch dem nicht gerecht, was ich mit der dritten These meinte, daß es meiner Überzeugung nach außerordentlich schwierig war, damals zu verlangen, daß klar geschieden wurde zwischen den Bestrebungen, die in Form der Friedensbewegung oder in der Form des Widerstandes gegen Maßnahmen der Staatsgewalt durcheinanderliefen. Denn ich verweise auf die Aussagen des Herrn Abg. Landsberg in München, wo er, soweit ich mich erinnere, an einer Stelle sagte: „Wir haben in unseren Kreisen damals oft darüber gespottet, daß es in der USPD so viele Richtungen gab, wie sie Mitglieder hatte." Das ist doch ein Beweis dafür, daß zu jener Zeit, als die Dinge alle im Fluß waren, die methodische Scheidung nicht verlangt und vorgenommen werden konnte, die jetzt nachträglich Herr Dr. Rosenberg zu konstruieren versucht. Ich weiß nicht, ob die im übrigen mustergültige und vorbildliche Systematik des Herrn Dr. Rosenberg heute einen nachhaltigen Erfolg erzielen kann, weil die Dinge, die wir damals zur Erörterung gestellt haben, derart im Fluß waren, daß vielleicht bei den Befürwortern eines aktiveren Vorgehens selbst die Begrenzung der Frage, wieweit man die Dinge treiben konnte, völlig vage war. Ich glaube, das wird auch Herr Dr. Rosenberg bestätigen, weil er ja sagt: „In Deutschland war es gewissermaßen eine Revolution ohne Revolutionäre; es war überhaupt nichts da, was aktiv die Dinge weitertreiben konnte." Er verficht ja die These, daß dann gewissermaßen der Zusammenbruch aus sich heraus erfolgt sei. Als Herr Dr. Bergsträßer fragte: Bei mir ist da eine Lücke, was war denn das auslösende Moment, das diese Unzufriedenheit zum Durchbruch brachte, da warf Herr Dr. Rosenberg ein: Der erste Schritt war der Entschluß, die Ausfahrt zu verweigern, bzw. die Feuer herauszureißen. Das war maßgebend, alles andere war nachher mehr oder weniger eine Folge dieser ersten Überwindung der psychologischen Subordinationshemmung.

Der Herr Kollege Dr. Rosenberg gibt selbstverständlich zu: „Die linksradikalen Elemente haben die Bewegung nach Kräften gefördert und haben versucht, sie in ihre Hand zu bekommen." Das ist, soweit ich die Dinge beurteilen kann, das Wesentlichste, weil das Vorhanden-

sein eines Bestrebens, die Dinge in die Hand zu bekommen, bei dem Objekt in der Front bzw. an Bord, bei den Mannschaften ja die Voraussetzung dafür war, daß sie auf dem ihnen vorgezeichneten oder genehmen Wege weitergingen in der Überzeugung, daß in der Heimat die Kräfte mächtig genug waren, um sie zu stützen, wenn sie von *sich* aus die Dinge in die Hand nahmen.

Aus dem Bericht des Abg. Dr. *Bergsträßer* will ich nur auf die Frage eingehen, die der Herr Sachverständige v. Kuhl angeschnitten hat, und die mir besonders am Herzen lag, nämlich die *angebliche Scheidung zwischen dem Geist des soldatischen Bürgers und dem Geist des aktiven Offiziers bzw. des aktiven Unteroffiziers.* Herr Dr. Bergsträßer versucht auch da eine methodische Scheidung. Ich kann mich da den Ausführungen des Herrn Sachverständigen v. Kuhl nur anschließen. Ich bin aktiver Seeoffizier gewesen und habe vom ersten Mobilmachungstage bis zum letzten im Minensuchdienst auf kleinen Booten in der Front gestanden. Ich maße mir kein Urteil darüber an, wie die Verhältnisse auf den großen Schiffen waren. Aber ich kann feststellen, daß bei der wesentlich angestrengteren Tätigkeit auf den kleinen Fahrzeugen die Möglichkeit, daß sich eine irgendwie weitgreifende Unzufriedenheit solange durchfressen konnte, wie es aus den verschiedenen Zeugnissen, die der Herr Abg. Dittmann angeführt hat, hervorgeht, nicht bestand. Mißstände wurden sofort abgestellt, soweit es in menschlicher Macht stand. Auf der anderen Seite lebten wir in diesen engen Verhältnissen trotz der Notwendigkeit, eine äußere Scheidung zwischen Vorgesetzten und Mannschaften auch im Kriegsdienste beizubehalten, wesentlich enger zusammen, sodaß man mir zutrauen darf, daß ich ein etwas besseres Urteil über die psychologischen Vorgänge auch bei der Mannschaft haben kann, als es vielleicht an Bord der großen Schiffe oder auch bei den Stäben möglich war. Ich möchte diesen einen Punkt aus dem Bericht des Herrn Kollegen Dr. Bergsträßer herausnehmen. Er sagt dort: Es war in den Gemütern der ungedienten Landsturmleute — er hat aus seiner eigenen Erfahrung einige sehr bemerkenswerte Kennzeichen dafür angegeben —, es war in den Gemütern aller derer, die aus ihrer Werktätigkeit herausgerissen waren, die lediglich unter dem Zwang der allgemeinen Wehrpflicht in den Krieg hinauszogen, eine ganz andere Stimmung vorhanden, als in den aktiven Militärs, die ja den Tag herbeisehnen mußten, wo sie zeigen konnten, daß das Handwerk, das sie gelernt hatten und weitergegeben hatten, eine brauchbare Waffe war, daß sie in diesem Dienste etwas leisten konnten. Ich glaube doch, daß dieses, wie ich weiß, sehr verbreitete Urteil von falschen Voraussetzungen ausgeht. Als wir in den Augusttagen 1914 — ich habe die Abschiedsbriefe an meine Eltern und Verwandten zu Hause und habe sie neuerdings wieder durchgelesen, um zu sehen, in welcher Stimmung wir ausrückten, — hinauszogen,

war in den ersten Tagen vielleicht ein Rausch vorhanden, der eine ganz klare, nüchterne Einsicht, wie die Dinge laufen könnten, mit welchen Möglichkeiten man zu rechnen habe, nicht aufkommen ließ. Aber ich habe doch schon damals in den Briefen in einer ganz ruhigen, selbstverständlichen Einstellung kein Hehl daraus gemacht, daß wir nicht nur wüßten, wie schwer das Ringen sein würde, sondern daß wir angesichts der Übermacht gegen uns für die Erhaltung unseres eigenen Lebens im allgemeinen nichts mehr zu hoffen pflegten. Die Begeisterung der ersten Tage ist in dem harten, bitteren Erleben draußen ganz außerordentlich rasch zurückgegangen auf ein Gefühl der nüchternen, eisernen Pflichterfüllung und ein Gefühl, das ich in den Ausführungen des Herrn Kollegen Dr. Bergsträßer allerdings vollkommen vermißt habe, ein Gefühl dessen, was man als *Vaterlandsliebe zu bezeichnen pflegt,* ein Gefühl für die Notwendigkeit, die Heimat zu sichern, einzutreten für den Schutz derer, die man zu Hause ließ. Dies Gefühl kann ich nicht bei der uns auferlegten Untersuchung außer Acht lassen, wenn ich nicht soziologisch einseitig urteilen will. Und ich muß dies Gefühl auch allen denjenigen unterstellen, die trotz aller erlittenen persönlichen Unbill, die trotz aller körperlichen und seelischen Leiden die ganzen Jahre hindurch so lange ausgehalten haben. Es ist heute berechtigt, die Frage zu stellen: Wie ist es möglich gewesen, daß wir über 4 Jahre hinaus dieses Übermaß von Elend und Not ertragen haben, ohne darunter zusammenzubrechen? Wenn man dieses Moment der Vaterlandsliebe nicht einbezieht in den Kreis der Betrachtungen, dann muß man bei einer ganz kühlen und nüchternen materialistischen Auffassung allerdings sagen: Das ist nur ein Wunder gewesen. Denn wenn all das zuträfe, daß der einzelne bei soviel Ungerechtigkeit und Unbill als Mensch einfach versagen mußte, dann hätten wir vier Jahre lang nicht durchhalten können! Ich bin aus meinem persönlichen Erleben und aus dem, was ich in dem Zusammensein mit den alten Kameraden, dabei vor allen Dingen Untergebenen, bis in die letzten Jahre und Monate hinein immer wieder erlebt habe, aus dem, was ich in den Regimentsvereinen, aus persönlichen lebendigen Zeugnissen der Menschen gehört habe, bei denen man hier und da nachweisen konnte, daß sie während des Krieges in schriftlichen Äußerungen und Briefen nach Hause etwas anderes vertraten, der Auffassung, daß man doch bei dieser merkwürdigen Mischung und Verbundenheit von Einsicht als Materialist: Es ist ein Wahnsinn, weiter zu kämpfen — und innerem Drang, sich nicht zu versagen, wenn es hieß, das Todesopfer zu bringen, dann am Ende ist, wenn man lediglich methodisch so verfährt, wie es in dem Bericht des Herrn Dr. Bergsträßer geschehen ist. Denn die *Gegensätzlichkeit* in der Auffassung in diesen Dingen war zwischen dem aktiven Offizier und Unteroffizier und dem soldatischen Bürger meiner Überzeugung nach *nicht* gegeben.

In den ersten August- und Septembertagen waren die Aktiven großenteils hingemäht worden. Dann kam ein Nachschub an jüngeren Elementen, die von der Schulbank nach irgendwelchen Gesichtspunkten rasch durchbefördert wurden, die auch, wie einer meiner Brüder, mit 17 Jahren mit der Notreife nach vorn geschickt wurden, nach 6 Monaten als Fähnrich eine Korporalschaft in die Hand gedrückt bekamen, in der 7 Hamburger Straßenbahner — 43jährig — und 3 Landgerichtsräte waren. Meine Brüder haben mir zu dritt dieses persönliche Erleben von der Front bestätigt. Hieran kann man die Frage schließen: Wie war es denn möglich, das Heer bei solchen psychologischen Irrgängen in manchen Zweigen doch so mustergültig trotz aller Mängel zusammenzuhalten? Die Gegenurteile, die in der Unzahl von Beschwerden in den angeführten Tausenden von Briefen vorliegen sollen, verfangen meiner Überzeugung nach gegenüber den Millionen, die wir draußen hatten, nur zu einem ganz geringen Teil. Sie sind meiner Auffassung nach doch nur ein ganz kleiner Ausschnitt. Wenn der Herr Kollege Joos sagt: Jawohl, wir haben doch aus der Front Material bekommen, auch in Tausenden von Briefen, die — nach seiner Auffassung — zeigten, daß man draußen sich nicht mehr aussprach, daß es draußen überhaupt keine Möglichkeit gab, bei der straffen Zucht, die bis zum letzten Tage selbstverständlich herrschen mußte, sich gegenseitig ein richtiges Bild zu machen, so möchte ich auch da glauben, daß der Sachverständige v. Kuhl recht hat, wenn er sagt, es wäre ja widersinnig gewesen, wenn der Leutnant oder der Unteroffizier im Granattrichter, dann nämlich, wenn es an die letzte Stunde ging, nicht die Möglichkeit gehabt hätte, sich mit seinen Leuten anders, offener auszusprechen, als es schriftlich in Briefen oder in einem gewissen Nacherleben möglich war. So sehr ich geneigt bin, auch diese Ihnen und anderen Herren vorliegenden und mir selbst bekannten Stimmungsbilder aus der Front in Briefen zu werten als einen Beweis dafür, wie außerordentlich durcheinander die Strömungen gegangen sind, wie sie von Stunde zu Stunde gewechselt haben, daß es an dem einen Teil der Front nicht ganz befriedigend aussah, während an einem anderen Teil geordnete Verhältnisse herrschten, so muß ich doch aus meiner eigenen Erfahrung heraus sagen, daß wir sehr eingehende Aussprachen hatten, auch an Bord auf diesen Kleinfahrzeugen, wenngleich unser Dienst wesentlich aufreibender war bei der steten Kampfes- und Todesbereitschaft, die bei uns in stärkerem Maße vorhanden war als auf den Großkampfschiffen.

Es war allerdings einfach unmöglich, den *vaterländischen Unterricht* in einem Sinne durchzuführen, wie es heute von den nachschauenden Kritikern verlangt wird; denn wo sollten wir das persönliche und sachliche Material hernehmen, um solchen Unterricht wirklich objektiv durchzuführen? Wie kann man von einem Manne, der

im Kampf steht, verlangen, daß er überhaupt objektiv nachdenkt? Wie kann man von einem, der jahrelang selbst mitgekämpft hat und genau so gut nach Hause wollte, wie jeder andere, verlangen, daß er sein eigenes Werturteil zurückstellte? Wenn heute hier über die alldeutsche Propaganda geklagt wird, dann muß man doch daran denken, daß erst auf Grund der Diskussion, die in der *Heimat* über die Zwecke und Ziele der Vaterlandspartei anhub, um die wir uns blitzwenig gekümmert hatten, in den Köpfen der Mannschaften und auch der Unteroffiziere und Offiziere die Frage auftauchte, ob das eine oder das andere richtig war. Wäre nicht die Möglichkeit einer Pressebeeinflussung gegeben gewesen, dann würde sich an der Front gar nicht die Möglichkeit ergeben haben, diese Frage so eingehend zu besprechen, dann würde von einem Gegensatz zwischen den Auffassungen gar nicht die Rede gewesen sein können. Methodisch könnte ich das natürlich feststellen.

(Abg. Dr. *Rosenberg:* In einer solchen Volksmiliz sind immer alle politischen Strömungen der Heimat enthalten!)

Wir müssen ein Referat darüber haben, wie sich die annexionistische Propaganda *auswirkte,* weil man sonst mit Recht einwenden könnte, daß wir einseitig gewesen sind. Ich bin allerdings der Überzeugung, daß nichts dabei herauskommt, weil eben der Beweis geliefert würde, daß wir bei dieser Prüfung nicht weiterkommen. Trotzdem halte ich das Referat für notwendig, damit wir eben diesen Beweis erhalten.

Der Offizier, der angeblich die Gelegenheit ersehnen mußte, zu zeigen, was sein Handwerk wert war, hatte auch im Frieden eine ungeheure Befriedigung dadurch, daß er mit seiner Arbeit wuchs, daß er die Möglichkeit einer Erziehung der wehrfähigen Jugend hatte. Ich bin 3½ Jahre Untergebener gewesen, ehe ich Offizier wurde, und kann daher sagen, daß wohl jeder von uns gemerkt hat, wie außerordentlich wertvoll für die Ertüchtigung eine gewisse stramme Zucht zu sein pflegt. Jedenfalls brauchte ein Offizier nicht den Krieg herbeizusehnen, um zu seinem Glück zu kommen. Ich kann feststellen, daß niemand von uns mit dem Gefühl in den Krieg gezogen ist: Gott sei Dank, nun können wir endlich zeigen, was wir können! Natürlich sind wir mit einem berechtigten Stolz hinausgezogen, in der Überzeugung, daß wir die von uns verlangte Arbeit getan haben, und daß unsere Waffe blank und schneidig war. In der Zeit aber, in der ich in der Marine groß geworden bin, in den Jahren von 1909 bis zum Kriege, gab es eine solche Unzahl von technischen und anderen Verbesserungen, daß wir durch körperliche und geistige Arbeit auf Jahre hinaus voll in Anspruch genommen waren. Wir hatten so viele Möglichkeiten, unsere Arbeitskraft in den Dienst dieses besonderen Handwerks zu stellen, daß wir an einen Krieg nicht zu denken brauchten. Ich erinnere mich an die Zeit, wo wir vor Wladiwostok mit den Russen und nachher mit den Engländern zusammenlagen, wo wir in Shanghai uns an Bord der

„New Castle" in der englischen Offiziersmesse davon überzeugten, daß wir in der damaligen Krisenzeit, wo wir am nächsten Tage herausgerufen werden konnten, um in der japanischen See miteinander zu fechten, auch davon sprachen, daß wir dann als ehrliche Gegner die Waffen kreuzen würden. Es herrschte der Geist eines durchaus kameradschaftlichen Betrachtens kommender Gegner, wobei wir selbstverständlich den englischen Kameraden als den zunächst in Frage kommenden ansahen.

Ich möchte zur Frage des *Flottenvorstoßes* ausdrücklich feststellen, daß die Flottillenchefs erst am Morgen des 28. Oktober 1918 in See den versiegelten Befehl aufmachen konnten, um zu sehen, was weiter beabsichtigt war. Ich habe hinterher meine Mannschaft sehr eingehend darüber befragt, ob einer von ihnen die Möglichkeit gehabt hätte, vorher festzustellen, daß es losgehen solle. Es ist mir lediglich von einem Mann, von einem Mitglied der USPD — ich weiß nicht, ob er es schon vorher war oder erst hinterher geworden ist — erklärt worden, daß er damals mit geballten Fäusten dagesessen habe, als ich von der Brücke heruntergekommen sei, und mich habe fragen wollen, ob es denn nötig sei, daß wir jetzt so sinnlos geopfert würden. *Dieser Gedanke muß also in den Mannschaften vorher verbreitet worden sein.* Irgendeine subversive Strömung war unter den Leuten, die in ihnen das Gefühl aufkommen ließ, daß es nach dem Waffenstillstandsangebot keinen Zweck mehr habe, überhaupt noch eine Hand zu rühren. Ich habe an dem Tage auch Frau und zwei Kinder zu Haus gehabt und muß die häufig gemachte Unterstellung zurückweisen, daß jemand von uns Offizieren allein das Bedürfnis gehabt hätte, wenn es keinen Zweck mehr gehabt hätte, nur um der Ehre halber weiter zu kämpfen. Wir haben allerdings, solange ich denken kann, nicht zwischen Offiziersehre und Mannschaftsehre unterschieden. Wir kannten nur eine *Mannesehre,* die in der Überzeugung begründet war, daß *während des Kriegszustandes jeder bis zum Letzten seine Pflicht zu tun hatte.* Von einem besonderen Wunsch der Offiziere, dieser Ehre bis zum letzten Blutstropfen nachzuleben, auch wenn es keinen Sinn mehr hätte, kann keine Rede sein.

(Abg. *Joos:* Das wäre doch ein ehrenvolles Motiv!)

— Ja, aber es wird immer unterschieden zwischen Offizieren und Mannschaften, und dieser Unterscheidung wollte ich entgegentreten. Wir alle hatten jahrelang gekämpft und uns gequält, und diese menschlichen Regungen spielten in jedem einzelnen unter der Oberfläche mit, ganz gleich, ob er Offizier war oder nicht. Es ist auch falsch, zwischen dem aktiven Soldaten und dem anderen zu unterscheiden. Dieser Unterschied mußte unter den obwaltenden Verhältnissen von selbst verschwinden. Deshalb glaube ich, daß wir gut tun würden, festzustellen, daß diese *Scheidung methodisch nicht durchzuführen ist.* Eins darf ich allerdings sagen: ich kenne nur sehr vereinzelte Offiziere und Unter-

offiziere, die von diesem Begriff der Mannesehre, auf den wir mit Recht stolz gewesen sind, vorzeitig abgewichen wären. Im Gegensatz zu dem, was auf den großen Schiffen tatsächlich vorgegangen ist, habe ich auch nicht die Möglichkeit gehabt, unter den mir anvertrauten Mannschaften festzustellen, daß die Kriegsmüdigkeit einen solchen Grad erreicht hatte, daß aus sich heraus diese sogenannte Revolution als zwangsläufig erschien. Eine innere Sepsis, eine allgemeine Auflösung infolge der Kriegsmüdigkeit war gerade bei dem Teil der Marine, der in erster Linie an der Front stand und um sein eigenes Leben vielleicht am meisten zu fürchten gehabt hätte, nicht vorhanden. Ich bin am Vorabend des Hissens der roten Flagge in Cuxhaven Zeuge gewesen, wie ein früherer Deserteur Frasunkiewicz aus Bremen sich vor einer sehr großen Versammlung von Soldaten aller Waffengattungen der Marine damit brüstete, daß er mit seinen Freunden die Dinge jetzt so weit getrieben habe, daß das Heft in den nächsten Stunden oder Tagen in der Hand der Deserteure sein würde, derjenigen, die, wie er damals auf dem Marktplatz in Cuxhaven emphatisch ausrief, allein das Recht hätten, als Kämpfer für die Freiheit und für die Befreiung zu gelten. Ich habe dann hinterher meine erreichbaren Mannschaften zusammengeholt und mit ihnen die Beschwerdefragen durchgesprochen, die Frage der Erweiterung des Beschwerderechts, die Frage der Bestrafungen usw. Ich habe, und zwar mit Erfolg, versucht, ihnen klar zu machen, daß die Hoffnung, es könne nun mit einem Schlage in aller Welt der Kriegs- in den Friedenszustand übergeführt werden, trügerisch sei. Ich habe sie gebeten, die Kriegsflagge, unter der wir so lange gekämpft hatten, wehen zu lassen. Das ist mir einstimmig zugesichert worden. Nachts um $3^{20}$ kamen 300 bis 400 Mann von der Matrosenartillerie und den Landformationen, die niemals in der ganzen Zeit einen Schuß Pulver gegen den Feind abgeschossen hatten, die dafür aber auch niemals in der Gefahr gewesen waren, ihr Leben lassen zu müssen, und hißten die roten Flaggen, während unsere Mannschaft im Schlaf lag; dann stellten sie einige Bewaffnete an Bord auf, um zu verhindern, daß die Flagge am anderen Tage wieder heruntergeholt würde. Als ich davon Nachricht bekam, ging ich an Bord. Da wurde mir von meinen Leuten gesagt: „Das ist ja nicht so schlimm, auf den englischen Schiffen ist die rote Flagge gleichzeitig hochgegangen. Das hat man uns gestern schon gesagt, das ist uns heute früh noch einmal versichert worden. Damit fallen wir nicht den Brüdern an der Front in den Rücken, sondern wir haben nur das getan, was verabredet war.“ Es war also alles vorbereitet. Das war die Stimmung, das auslösende Moment, mit dem allein ich den Umsturz erklären kann. Das ist das auslösende Moment, nach dem der Herr Kollege Dr. Bergsträßer noch gesucht hat, *das eben von außen hineingetragen wurde,* allerdings, indem es sich innere Strömungen zunutze machte. Dadurch wurde das Ergebnis gezeitigt, das von den Vertretern der Dolchstoßtheorie be-

kämpft worden ist. Die nächsten Tage haben mir das immer klarer bewiesen. Die ganzen Mannschaften, mit denen ich zusammengekommen bin, haben nicht das Gefühl gehabt, daß sie irgend etwas getan hätten, was vom Standpunkt der Vaterlandsverteidigung aus zu bekämpfen oder auch nur zu bekritteln gewesen wäre. Sie sagten einfach: Da drüben ist auch die rote Flagge hochgegangen, es gibt also jetzt keinen Krieg mehr. Ich darf als revolutionäres Unbescholtenheitszeugnis anführen, daß meine Flottille, die nachher unter Führung einzelner Radikaler nach Hamburg auslief, weil dort die Tanzdielen wieder eröffnet waren, mich noch Mitte Januar zum Flottillenchef wählte und mir in einem freundlichen Telegramm nach Hause diese Mitteilung machte. Das ist ein Beweis dafür, daß das Vertrauen zu den Führern der Kriegsjahre nicht gebrochen war. Es sind nur einzelne Ausschnitte, die Herr Dittmann in seinem Bericht niedergelegt hat. Nach meiner Überzeugung hatte die Flotte am allerwenigsten das Recht, über ihr trauriges Los zu klagen, weniger jedenfalls als die Leute an der Front im Westen und im Osten, überhaupt im Feldheer.

Vertreter des Reichsministeriums des Innern Reichsarchivrat *Volkmann:* Ich möchte mir eine sachliche Bemerkung zu den Berichten der Herren Abgeordneten Dr. Rosenberg und Dr. Bergsträßer gestatten. In beiden ist die Notwendigkeit einer methodischen Arbeitsweise in den Vordergrund gestellt worden. Ich möchte das auf Grund meiner sehr eingehenden Beschäftigung mit diesen Dingen ganz besonders unterstreichen und dazu noch folgendes sagen. Bei diesem ganzen Komplex heben sich immer mehr zwei große Thesen heraus. Die eine These legt die Hauptschuld am Ausgang des Krieges dem Offizierkorps des Heeres und der Marine zur Last, die andere These schiebt einen wesentlichen Teil der Schuld der revolutionierenden Tätigkeit der USPD und der Radikalen zu. Diese beiden Dinge werden hier immer zusammen behandelt. Ich glaube aber, es wird sich als notwendig erweisen, eine Trennung vorzunehmen. Wenn man zu sachlichen Ergebnissen kommen will, muß man nach meinen Erfahrungen eine auch äußerlich getrennte sachliche Behandlung vornehmen.

Weiterhin sind hier Ursachen und Wirkungen immer zu gleicher Zeit behandelt worden. Man wird, glaube ich, auch hier trennen müssen. Die Ursachen wird man leichter feststellen können als die Wirkungen. Man wird leicht feststellen können, ob die USPD bei dem revolutionären Vorgängen überhaupt wesentlich beteiligt gewesen ist oder nicht. Sehr viel schwerer wird es sein, festzustellen, welche Wirkungen und welche Bedeutung für den Ausgang diese revolutionären Vorgänge gehabt haben. Es wird sich empfehlen, als Primäres die Ursachen zu untersuchen, und in zweiter Linie erst die Wirkungen zu betrachten. Wenn man diese Scheidung zugrunde legt, dann ergeben sich ganz von selbst weitere Unterabschnitte. Beispielsweise würde man inner-

halb des Dolchstoßkomplexes das Verhalten der USPD herausgreifen können, das ja ein Kernstück bildet, ferner den Einfluß der russischen Revolution usw. Es ergeben sich noch einige andere große Gebiete, die sozusagen die Elemente der ganzen Betrachtung bilden und auf Grund deren man überhaupt später erst zu einer Synthese kommen kann.

Ich werde demnächst weitere Ausführungen darüber machen.

Abg. Dr. *Rosenberg:* Was der Herr Kollege Treviranus aus seinen eigenen Marineerlebnissen erzählte, zeigt die unendliche Unklarheit und Naivität, mit der die große Masse der Matrosen 1918 in der Bewegung stand. Die Matrosen empfanden im allgemeinen gar nicht, was die rote Fahne bedeutete. Das habe ich schon angeführt, und das hat der Herr Kollege Treviranus bestätigt. Das stimmt zu der These, daß die Hauptmasse der Matrosen nur von der allgemeinen Friedensstimmung getragen war. Ohne irgend ein Urteil abzugeben, kann man wohl sagen, daß die Sache etwas anders geworden wäre, wenn russische Bolschewiki auf den Flottillen gewesen wären.

(Abg. *Treviranus:* Ich erinnere daran, wie schwer es Lenin gehabt hat, in seinem engsten Kreise seine bolschewistische Theorie durchzudrücken!)

— In Rußland war aber eine wirklich revolutionäre Tradition vorhanden, wovon in Deutschland noch gar keine Rede war.

Das waren psychologisch ganz andere Menschentypen. Das waren Leute, die 10 Jahre und mehr in Sibirien gesessen, die Straßenkämpfe mitgemacht hatten, Menschen, die aufs Ganze, die für ihre Sache unbedingt in den Tod gingen, die ohne jede Hemmung und Naivität ihre Ideen durchsetzten. Eine ungeheure Widerstandskraft und ein innerer Stolz steckte in diesen russischen Bolschewiki. Wenn wir solche Männer in Deutschland gehabt hätten, wäre vielleicht manches anders gekommen.

Ein Wort noch über die Frage: *Offiziere und Mannschaften.* Ich lege auf diese Stimmungsanalyse keinen großen Wert, weil ich der Meinung bin: das sind Dinge, die schließlich in allen Armeen, in allen Kriegen, zu allen Zeiten mehr oder weniger vorgekommen sind, und es wird bei dieser Analyse vielleicht für unsere spezielle Frage nichts Entscheidendes herauskommen. Was die Stimmung der Offiziere betrifft, so habe ich auch im Kriege von vielen Frontoffizieren, aktiven und inaktiven, den Eindruck gewonnen, daß sie die Dinge sehr ernst ansahen. Von einer sportsmäßigen Freude am Krieg habe ich nichts gemerkt. Ich fand schon 1914 bei aktiven Offizieren ein furchtbar ernstes Gefühl. Die wollten kaum von dem Wort Sieg etwas hören, so schwer empfanden sie das, was auf ihnen lastete. Und daß diese Leute genau so gern nach Hause wollten wie die Soldaten, ist selbstverständlich.

Der Gegenstand, um den es sich handelt, ist ein ganz anderer. Gerade das Aussterben des aktiven Offizierkorps ist von größter Wichtigkeit. Der aktive Offizier hatte einen ganz starren Begriff der Unterordnung, der Subordination, des dynastischen Elements, und die „Revolution von rechts", von der Herr Dr. Delbrück sprach, ist nur dadurch möglich gewesen, daß die Psyche des aktiven Offiziers aus der Armee verschwand. Noch 1890 war es möglich, einen Bismarck mit einem Federstrich zu beseitigen, ohne daß sich in der Armee etwas rührte. Die völlige Veränderung der Psyche der Armee hängt damit zusammen, daß durch die neuen Offiziersschichten neue politische Ideen in die Armee hineingekommen sind.

(Sachverständiger Dr. *Delbrück:* Ludendorff gehörte doch zu der alten Schicht und war doch der Führer!)

— Das kann man bei jeder einzelnen Person nicht so scheiden.

Und wenn die Dinge gerade in der Marine auf den großen Schiffen zu einem so heftigen Gegensatz geführt haben, so hat das meines Erachtens zwei Gründe. Der erste Grund ist der, daß auf den großen Schiffen der Marine ungefähr eine Art „Frieden im Kriege" war. Der Kasernengeist, der sonst nicht so herrschte, war auf den großen Schiffen ganz ausgeprägt, und die Kasernenverhältnisse drückten die Mannschaften viel mehr als die größte Lebensgefahr an der Front. Der zweite Grund ist der: es ist nicht so, daß die Marineoffiziere etwa unpolitisch und naiv gewesen wären, sondern das Umgekehrte war der Fall. Die Marineoffiziere waren durch ihre Auslandskenntnisse usw. viel mehr politische Menschen als die Landoffiziere, und gerade weil sie innerlich so sehr an der Politik der Heeresleitung Anteil hatten, weil sie die imperialistischen Methoden innerlich miterlebten, mußte in ihnen ein viel schärferer Gegensatz zu den Mannschaften entstehen, als auf anderen Gebieten, so daß gerade auf den großen Kriegsschiffen diese beiden Elemente, einerseits das Kasernenmäßige des Lebens, und zweitens die politische Psyche der Marineoffiziere, mitwirkten, um die Gegensätze, die in anderen Teilen der Armee vielleicht auch da waren, aber nicht so akut, zum Ausbruch kommen zu lassen.

Abg. *Dittmann:* Ich bitte um die Zuziehung eines Sachverständigen über die Wirkung der Annexionspropaganda während des Krieges und schlage als solchen Professor Dr. *Hobohm* vor.

Der Ausschuß ist damit einverstanden, daß der Abgeordnete Dittmann und Professor Dr. Delbrück zunächst Fühlung mit Professor Dr. Hobohm nehmen sollen.

Der Vorsitzende legt darauf folgenden Entwurf einer Antwort auf das Schreiben des Reichswehrministers vom 25. Januar betreffend die Stellung der Kommissare vor[1]:

[1]) S. Bd. 9, I dieser Reihe S. 165/66.

Berlin, den 5. Februar 1926.

An Herrn Reichswehrminister Dr. Geßler, Hier.

In Beantwortung Ihres Schreibens vom 25. Januar 1926 erlaubt sich der Unterausschuß Ihnen Folgendes mitzuteilen:

Der 4. Unterausschuß ist mit Ihnen der Auffassung, daß die Aufgabe der Kommissare der Regierung darin besteht, den Untersuchungsausschuß bei seinen Arbeiten zur Erforschung der Wahrheit zu unterstützen, insbesondere mit gegebenen Hinweisen auf etwa vorhandenes Material, und dafür Sorge zu tragen, daß dieses Material dem Untersuchungsausschusse zur Verfügung gestellt wird.

Außerdem betrachtet es der Untersuchungsausschuß als erwünscht, daß Personen, die bei den zu behandelnden historischen Vorgängen in amtlicher Eigenschaft und an hervorragender Stelle tätig gewesen sind, als Sachverständige bzw. als Auskunftspersonen von Fall zu Fall zu den Verhandlungen des Untersuchungsausschusses zugezogen werden. Demgemäß hat in der Sitzung vom 26. Januar 1926 der Ausschuß beschlossen, den Vize-Admiral a. D. v. Trotha als sachverständige Auskunftsperson für die Behandlung der Marinevorgänge herbeizuziehen.

Es ist im Interesse der Arbeiten des Untersuchungsausschusses erwünscht, daß diesen Auskunftspersonen von Seiten der Reichsministerien möglichst weitgehende Unterstützung gewährt wird.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Albrecht Philipp, M. d. R.

Vorsitzender des 4. Unterausschusses

Der Ausschuß billigt diese Antwort[1]).

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:* Der Sachverständige *Katzenstein* erscheint nicht mehr. Wenn jetzt ein neuer Sachverständiger berufen wird, wird die Parität bei Verteilung der Sachverständigen auf die verschiedenen Anschauungen verschoben.

Abg. Dr. *Moses:* Der frühere Abgeordnete Katzenstein hat sein Amt als Sachverständiger seit langem nicht mehr praktisch ausgeübt. Er hat immer aufgefordert werden müssen, Gutachten abzugeben, aber sie sind nicht eingetroffen. Der Ausschuß hat schließlich mit meiner Zustimmung nicht anders gekonnt, als zu erklären: wir bringen überhaupt nichts mehr von ihm, wir betrachten ihn überhaupt nicht mehr als Sachverständigen. Ich habe auch mit meinem Fraktionsvorsitzenden Müller (Franken) darüber Rücksprache genommen. Es soll noch einmal an Herrn Katzenstein herangetreten werden, und

[1]) Das Schreiben ist am 9. Februar 1926 an den Reichswehrminister abgegangen.

dann wird eine endgültige Antwort gegeben werden. Die Art und Weise, wie Herr Katzenstein seine Sachverständigentätigkeit auffaßt, kann unmöglich gebilligt werden.

## Sitzung, Dienstag, den 9. Februar 1926

### Fortsetzung der Aussprache über die Berichte der Abgeordneten Dr. Rosenberg und Dr. Bergsträßer

Abg. Dr. *Moses:* Das Problem des militärischen Zusammenbruchs und damit im Zusammenhang stehend das sogenannte Problem des Dolchstoßes ist hier im Ausschuß von den verschiedensten Gesichtspunkten und von den Vertretern der verschiedensten Richtungen erörtert worden. Neben rein militärischen und militärpolitischen Sachverständigen haben auch Vertreter fast aller Fakultäten das Wort ergriffen: Juristen, Philologen, Historiker, Staatsrechtslehrer; es fehlen eigentlich nur noch zwei Fakultäten: das sind die theologische und die medizinische Fakultät. Es ist ja nun ganz naturgemäß, daß jeder glaubt, von seinem speziellen Standpunkte aus den allerwichtigsten Beitrag zu dem Problem des Zusammenbruchs geliefert zu haben, und so dürfen Sie es mir nicht verargen, wenn ich der Meinung Ausdruck gebe, daß die rein physischen, die *gesundheitlichen Belange,* das Problem der Ernährung und alles, was damit im Zusammenhang steht, in all unseren Erörterungen viel zu wenig bisher beobachtet worden sind. Wenn man in diesen Problemen nicht einen maßgebenden, ja zuweilen sogar ausschlaggebenden Faktor für den Zusammenbruch erkennt und anerkennt, dann wird man meiner Meinung nach überhaupt nicht dem ganzen Komplex der Zusammenbruchsprobleme gerecht werden.

Auch der seelische Zusammenbruch unseres Volkes und damit auch der deutschen Kampffront ist nicht in letzter Beziehung zurückzuführen auf die jahrelange Not und Entbehrung, denen unser Volk durch die Hungerblockade ausgesetzt gewesen ist. Es ist schon so, wie der berühmte Physiologe Rubner einmal gesagt hat: „Gute Ernährung gibt Kraftgefühl, schlechte Ernährung das Gefühl der Ohnmacht und Schwäche."

Der psychische Zusammenbruch ist eine der ersten Auswirkungen eines physischen Zusammenbruchs, sowohl beim einzelnen Menschen wie bei einem ganzen Volke, und ich betone daher nochmals: es will mir erscheinen, ols ob man bei der Beurteilung des ganzen Komplexes der Fragen, die mit dem Problem des Zusammenbruchs, des Dolchstoßes, der politischen Verhetzung und anderer Dinge mehr im Zusammenhang stehen, der Frage der *Ernährung* respektive Unterernährung, der Erschöpfung unserer Truppen wie in der Heimat,

eine allzugeringe Bedeutung beigemessen hat. Gewiß, auch unsere Sachverständigen haben hier und da von diesen Dingen gesprochen. Auch Herr Kollege Dr. Rosenberg weist an einer Stelle seines Berichts auf die ungeheure physische Erschöpfung des deutschen Volkes hin. Vielleicht hat er auch an diese physische Erschöpfung unseres Volkes gedacht, als er von „gewissen aktiven Gegenwirkungen im Innern" gesprochen hat. Ich weiß es nicht. Aber auch Abgeordneter Graf von der Schulenburg kommt in seiner Denkschrift[1]) über die Lage bei der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz in den letzten Kriegsmonaten auf die mangelhafte Ernährung der Truppe zu sprechen und sagt:

> Ein Soldat muß einen vollen Magen haben, wenn er Schlachten schlagen soll und ihm übermenschliche und langandauernde Anstrengungen physischer und seelischer Art zugemutet werden sollen. Im Sommer 1917 hatten die Truppen keine Kartoffeln, sondern nur Dörrgemüse zur Verfügung.

Und er fügt hinzu:

> Um so mehr muß ihre vortreffliche Haltung hervorgehoben werden.

An einer andern Stelle spricht er von der „so notwendigen Ruhe zur Erholung, die in den kritischen Augusttagen des Jahres 1918 durch die fortgesetzten Angriffe der Feinde den Truppen nicht gewährt werden konnte". Es heißt da ausdrücklich:

> Wenn unsere Truppen in diesen Angriffen ihre Stellungen nicht zu behaupten vermochten, so hat das an der feindlichen Überlegenheit gelegen, an der Frische ihrer gut ernährten und ausgeruhten Truppen.
>
> So entstand — und zwar je länger, desto mehr — ein Zustand seelischer Überspannung und körperlicher Erschöpfung, der schon dadurch begründet ist, daß unsere durch die Angriffsschlachten bereits mitgenommenen Truppen monatelang ohne Atempause, bei beschränkter Ernährung, bei Wind und Wetter, ohne jemals ein Dach über dem Kopfe zu haben, in den ungeheuren Anstrengungen der Abwehrkämpfe aushalten mußten. Ihre Gefechtsstärke schwand dementsprechend immer weiter zusammen, und die Möglichkeit zur Erholung, Ruhe und Ausspannung war nicht mehr gegeben.

Trotzdem erklärt auch er, daß unsere Truppen sich bis zuletzt die Kraft und den Willen zum Widerstand erhalten haben, obwohl zahllose Erfahrungen des Krieges bestätigt haben, daß selbst die beste Truppe trotz größerer Erfolge nicht unentwegt weiterkämpfen kann, sondern der Ruhepausen bedarf.

Aber

— so fährt er fort —

die allgemeine Lage hatte sich außerordentlich ernst gestaltet. Die

---

[1]) Vgl. Bd. 6 dieser Reihe S. 309 ff.

steigende Not und Sorge, die weitere Abnahme an Menschen, Nahrung und Rohstoffen löste in der Heimat eine Stimmung größter Niedergeschlagenheit aus.

Man hatte dies alles getragen, hatte gehungert und gefroren und doch darauf gebaut, daß es dem deutschen Heere gelingen würde, einen für das deutsche Volk erträglichen Frieden zu erkämpfen. Diese Hoffnung war begraben. Der Krieg war verloren. Auch auf das Feldheer wirkte die Erkenntnis dieser unabänderlichen Tatsachen lähmend.

Und wenn Abgeordneter Graf von der Schulenburg am Schluß seiner Denkschrift von dem „seit langer Hand vorbereiteten Umsturz" spricht und „diejenigen, die den Umsturz vorbereiteten, des Verrats am deutschen Volk bezichtigt", so ist es doch auch charakteristisch, daß er in denselben Sätzen davon spricht, daß „durch die Erschöpfung der Aufreiz zum Umsturz in zunehmendem Maße an Boden gewonnen und infolge der zunehmenden Erschöpfung auch die Heimat für revolutionäre Ideen empfänglicher geworden" [1]).

Wie lagen die *Ernährungsverhältnisse* in den letzten Jahren in der Heimat, wie bei der Front, wie bei dem Zusammenbruch? Konnten wir wirklich bis zum Frühjahr 1919 weiterkämpfen? Insbesondere konnten das unsere Soldaten, unser Heer? Hat der Ukraine-Frieden, der sogenannte Brotfrieden, unserem Volke und unserem Heer wirklich den Dienst geleistet, oder hätte er das, was man sich von ihm versprochen hat, noch im Laufe des Winters 1918/19 gehalten, wenn wir die Front meinetwegen am Rhein noch hätten halten können? Gestatten Sie mir, Akten und Tatsachen sprechen zu lassen, so daß Sie sich tatsächlich ein Urteil selbst bilden können.

Zunächst einmal hatte bereits im Jahre 1917 die *wissenschaftliche Deputation für das Medizinalwesen* ein Gutachten erstattet, in dem es heißt:

> Die Ernährung eines großen Teils der Bevölkerung geschah und geschieht noch heute teilweise auf Kosten des früheren guten Ernährungszustandes. Das Kapital ist aber angegriffen, gleich große Eingriffe wie die bisherigen dürfen nicht bestehen bleiben und können sich nicht öfter wiederholen.
>
> Im Interesse der öffentlichen Gesundheitspflege erscheint es uns von allergrößter Bedeutung, daß von Eurer Exzellenz an den zuständigen Stellen aufklärend gewirkt und auf den verhängnisvollen Einfluß der Kriegsernährung auf die Volksernährung hingewiesen wird. Jeder Tag bringt neue Opfer. Vor allem müßte es erwünscht sein, die vorgefaßte Meinung zu beseitigen, daß die bisherige Ernährungswirtschaft bewiesen habe, daß man auch mit kaum der Hälfte des früher betonten Nahrungsmaßes auskommen könnte. Es

[1]) Vgl. Bd. 6 dieser Reihe S. 320.

muß daher Aufgabe der Verwaltung sein, die öffentliche Kost über die heutige Ration zu erheben.

Diese amtliche Untersuchung wurde dann im Jahre 1918 noch ergänzt durch die Mitteilung des Geheimrats und vortragenden Rats beim Volkswohlfahrtsministerium Dr. *Beninde,* der auf Grund amtlicher Ergebnisse über den Ernährungs- und Gesundheitszustand der Bevölkerung Preußens in der Zeit vom Frühjahr 1917 bis Ende des Jahres 1918 berichtet hat. Ich will aus seinen Berichten Ihnen nur die letzten Leitsätze vorlesen. Diese Leitsätze lauten:

1. Die Säuglingssterblichkeit ist in den letzten beiden Jahren an manchen Orten ungünstig beeinflußt worden; ebenso hat die Entwicklung der Säuglinge gelitten.

2. Die Entwicklung und die Gesundheit der Kleinkinder hat Schaden genommen, indem sie magerer geworden sind und Skrophulose, Rachitis, Drüsenschwellungen, Hautausschläge, Blutarmut, Magendarmstörungen und auch Tuberkulose in stärkerem Maße als vor dem Kriege unter ihnen verbreitet sind. Die Sterblichkeit nimmt erheblich zu.

3. Die Schulkinder verhalten sich im allgemeinen wie die Kleinkinder; die ungünstigen Momente sind jedoch etwas stärker ausgeprägt.

4. Die gesunden 15—50 jährigen sind magerer, besonders in den letzten beiden Jahren, weniger leistungsfähig und weniger widerstandsfähig gegen Angriffe auf die körperliche Gesundheit geworden.

Die Kränklichen und die mit schlechter Konstitution erliegen Erkrankungen, wie namentlich der Tuberkulose, Lungenentzündung, Erkrankungen der Kreislauforgane, Infektionskrankheiten weit eher als sonst.

Die Sterblichkeit, namentlich auch die an Tuberkulose, hat außerordentlich stark zugenommen.

5. Die Sterblichkeit der Personen über 50 Jahre ist bedeutend erhöht. Sie ist zum Teil der alleinige Ausdruck der ungenügenden Ernährung.

6. Die Gesundheitsverhältnisse sind zwar auf dem Lande und in den kleinen Landstädten besser als in den großen Wohnbezirken, doch verschlechtern auch sie sich von Tag zu Tag infolge der immer schärferen behördlichen Erfassung der ländlichen Erzeugnisse.

7. Die in geschlossenen Anstalten Lebenden leiden sehr schwer. Die Sterblichkeit ist dort — namentlich an Tuberkulose — eine ganz ungeheure.

8. Die Tuberkulosesterblichkeit ist, bei den Kleinkindern angefangen, außerordentlich stark gestiegen. Die frischen Erkrankungen nehmen gleichfalls bedeutend zu.

Trotz des schon im Jahre 1917 in die Erscheinung getretenen *katastrophalen Zusammenbruchs unserer Ernährung* und damit *unserer*

*Volksgesundheit* überhaupt unterdrückte die *Zensur* erbarmungslos, auch in streng wissenschaftlich medizinischen Zeitschriften, jede Erörterung des immer drohender sich gestaltenden Ernährungsproblems. Es ist charakteristisch, daß am 18. Dezember 1918 die *Berliner Medizinischen Gesellschaften* zusammengetreten waren zu einer großen, ich möchte sagen, Demonstrationsversammlung, die sich mit dem Problem *„Die Aushungerung Deutschlands"* befaßte. In dieser Versammlung nahmen die Vertreter der verschiedenen Richtungen innerhalb der Gesundheitsfrage Stellung, die bekanntesten Autoritäten. Das Hauptreferat hatte *Rubner,* und ich lese nur einzelne Stellen aus den Äußerungen der verschiedensten Autoritäten in dieser Demonstrationsversammlung vor.

Rubner sagt:

Wenn man den *zensurierten Presseaussagen* von damals hätte glauben dürfen, wäre es mit der Gesundheit aufs beste bestellt gewesen. Man beglückwünschte sich förmlich zum Körpergewichtsverlust, sprach von einer Abnahme der Magenkrankheiten, weil die Völlerei aufgehört habe; — seit dem Fleischmangel sollte auch die Gicht wie weggeblasen sein, und was dergleichen Dinge mehr waren.

Wir wissen alle, warum das geschah, aber es hat uns, wie wir jetzt sehen, auch Schaden gebracht. Es gelang sogar durch die Hemmnisse der Berichterstattung tatsächlich, die Ärzteschaft über die eigentlichen Vorgänge im Lande weitgehendst im Unklaren zu lassen. Schon 1916 und noch mehr mit Beginn des Jahres 1917 waren schon recht erschütternde Wirkungen der Blockade in großem Umfange in geschlossenen Anstalten, aber auch unter der freien Bevölkerung in die Erscheinung getreten. Auf stetes Drängen wurde der Erfolg erzielt, daß eine allgemeine vertrauliche Enquête über die Gesundheitsverhältnisse in allen Bundesstaaten zustande kam, über deren ernste Ergebnisse ich gerade vor einem Jahr im Reichsgesundheitsrat hinter geschlossenen Türen berichtet habe. Vielfach war das, was man bei einer solchen allmählichen Aushungerung zu erwarten hatte, den Ärzten noch unbekannt. Erst allmählich hob sich der Symptomenkomplex immer deutlicher heraus und konsolidierte sich zu schärfer umrissenen Krankheitsbildern. Die Enquête 1917 zeigte zur großen Überraschung, wie weit sich die Wirkungen der Kriegskost bereits erstreckten, wie rasch die Mortalität stieg, wie weit verbreitet Ödeme und andere Begleiterscheinungen der Inanition, die starke Abmagerung, Schwächung der Leistungsfähigkeit um sich gegriffen hatten, vor allem auch in den Mittelklassen, wie erschreckend stark die Tuberkulosesterblichkeit in die Höhe ging. Die *Berichte* mancher Anstaltsärzte *klangen verzweifelt,* wenn sie den Hunger der Insassen schilderten, die weggeworfene Kohlstrünke und allerlei Unverdauliches zu verschlingen suchten, um nur die Hungerqual zu

stillen. Der von einem Siechenhaus eingeforderte Bericht lautete lakonisch: *Die Insassen sind alle gestorben.*

Ich will mich auf das Gesagte beschränken. So notwendig es gewesen wäre, nach Jahresfrist weiter die Fortschritte des Hinsiechens zu verfolgen, so scheiterte eine solche von medizinischer Seite gewünschte Unternehmung an dem *Widerstand gewisser mächtiger Persönlichkeiten.*

An anderer Stelle sagt Rubner:

Von Jahr zu Jahr ist auch die *seelische Umstimmung* eine vollkommen andere geworden. In diesem vierjährigen Kampf ums tägliche Brot, bei der eisernen Einschnürung auf die Ration und ihre genußarme Kost nimmt die Ernährungssorge allein den Gedankenkreis gefangen. Alle Unternehmungslust, jede Initiative, jeder Schwung des Gedankens liegt zu Boden in unproduktiver Depression. Auch das Kind hat verlernt zu lernen, zu lachen und zu spielen. Nur krankhaft kann man die Gleichgültigkeit nennen, wie die Masse unseren Niederbruch der Gesundheit hinnimmt. Sterben *in* der Front und *hinter* der Front, alles scheint in der allgemein herrschenden Stimmung ohne Eindruck zu bleiben.

Wenn in den letzten Jahren an 800 000 Menschen in Deutschland der Blockade zum Opfer gefallen sind, nicht rasch und schmerzlos, wie die feindliche Kugel in der Schlacht den Soldatentod fordert, sondern langsam in qualvollen Tagen, unter der Verzweiflung von Vätern, Müttern und Kindern, so vermag man nicht zu fassen, wie diese Bürde noch weiter getragen werden kann. Und welche Sorgen für die Zukunft, wenn man an die Hunderttausende von Waisen denkt, die hilflos ihren künftigen Weg durchs Leben finden müssen, wenn man weiter denkt an die Zahllosen, welche durch die schlechte Ernährung dauernd geschädigt sind, an die Tuberkulösen, die noch nach Jahren, auch Kriegsinvaliden in ihrer Art, der Pflege und Heilung bedürfen.

Genaue Zahlen über die heutigen wirklichen Nahrungsvorräte können wir als Privatpersonen nicht erhalten. Aber es scheint mir durchaus glaubhaft, daß im Frühjahr, wie man sagt, eine Reduktion auch der jetzt geltenden Rationen eintreten muß. Man darf sich nicht vorstellen, daß wir etwa wie im Winter 1916/17 nochmals eine solche Attacke der Nahrungskürzung aushalten werden. Dazu ist der Ernährungszustand schon zu schlecht geworden und eine Erholung und Aufbesserung des letzteren war bei den ohnehin spärlichen Rationen unmöglich. Wir haben von unserem Körper hergegeben, was möglich war, keine andere Nation hat je in Ruhe und Duldsamkeit solche Prüfungen überstanden. *Nun endet schließlich jede Widerstandskraft und Vernunft,* das soll man sich gesagt sein lassen.

Solche Äußerungen sind charakteristisch und wertvoll für die-

jenigen, die da meinen, wir hätten noch den Winter 1918/19 hindurch die Front aufrechterhalten können bei einer solchen Situation, wie sie sich im Volke in bezug auf den Ernährungszustand herausgebildet hat.

Es sprach weiter der Geheimrat Dr. *Czerny,* der Direktor des Kinderkrankenhauses der Charité in Berlin. Er sagte:

Dabei wurde aber übersehen, daß die scheinbar guten Erfolge bei Säuglingen und Kindern nicht der Nahrungsmittelverteilung zuzuschreiben waren, sondern vielmehr dem Umstande, daß die Eltern zugunsten ihrer Kinder hungerten. In allen Volksschichten war die Sorge um das Wohl der Kinder so groß, daß namentlich die Frauen ohne Rücksicht auf ihren eigenen Körperzustand alles aufwandten, um die Ernährung der Kinder ausreichend zu gestalten. Deshalb zeigten sich die Nährschäden an der Jugend später als an den Erwachsenen. Sie blieben aber nicht aus, traten immer deutlicher in Erscheinung, und ihre rapide Zunahme fordert dringend rasche Abhilfe.

Wie in früheren Zeiten von Hungersnot zeigt sich auch jetzt der Einfluß der unzureichenden Ernährung auf die Milch stillender Frauen. So wird selbst das Brustkind indirekt in Mitleidenschaft gezogen. Wenn es sich auch mit einer vorwiegend fettärmeren Muttermilch zufrieden geben muß, so ist es doch noch besser daran, als das künstlich genährte. Während wir für Säuglinge in normalen Zeiten Kuhmilch mit besonderen Qualitäten forderten, müssen wir jetzt zufrieden sein, wenn wir irgendeine Kuhmilch nur in genügender Quantität erhalten. Nach Qualität dürfen wir nicht mehr fragen. Die schlechten Futterverhältnisse der Tiere und die Transportschwierigkeiten haben das Problem der Kindermilch auf ein unhaltbares Niveau zurückgeworfen. Dies hat eine größere Morbidität der Säuglinge zur Folge, welche noch mehr dadurch gesteigert wird, daß uns nicht zu jeder Zeit und an jedem Orte die für die Säuglingsernährung notwendigen Mehlsorten zur Verfügung stehen. Ergeben sich daraus schon bei gesunden Kindern Schwierigkeiten, so steigern sich diese bei Kindern mit Ernährungsstörungen oft zur Undurchführbarkeit einer Therapie. Mancher Säugling erliegt gegenwärtig nur diesen ungünstigen Umständen. Daß sich die Säuglingssterblichkeit nicht in erschreckend hohen Zahlen geltend macht, erklärt sich ungezwungen dadurch, daß die Gesamtzahl der Säuglinge auf ein Minimum abgesunken ist.

Es sprach dann als Vertreter des Reichsministeriums des Innern der Geheimrat *Hamel,* der auch jetzt noch Medizinalreferent im Reichsministerium des Innern ist. Er sagte:

Im Jahre 1917 betrug die Zunahme der Sterbefälle der Zivilbevölkerung bereits etwa 32% und im Jahre 1918 sogar 37% gegenüber dem Friedensjahre 1913. Nach sorgfältiger Berechnung ergibt

sich für die Jahre 1915 bis Ende 1918 insgesamt eine Zahl von rund 763 000 Todesopfern der Blockade.

Ich will betonen: wir rechnen heute folgendermaßen: draußen im Felde sind 2 055 000 Mann gefallen, und die Zahl der Todesopfer ist noch nicht abgeschlossen. Es sterben heute noch zahllose Menschen an den Folgen des Krieges. Zu diesen 2 055 000, die draußen im Felde gefallen sind, kommt eine weitere Million aus der Zivilbevölkerung, Frauen, Kinder, Greise, Erkrankte, die vorzeitig an den Folgen der Ernährung, der Erschöpfung, der Hungerblockade zugrunde gegangen sind.

Hiervon entfallen allein auf das Jahr 1917 260 000 und auf 1918 294 000 Todesfälle, unter Ausschluß der durch die Grippe verursachten Todesfälle.

Damals war die Zahl der Todesfälle 1918 bei der bekannten Grippe-Epidemie auf 170 000 berechnet. Natürlich ist auch diese hohe Zahl wiederum nur eine Folge der Erschöpfung, die bereits im Volk eingetreten war.

Hamel sagt weiter:

Es ist bekannt, daß unter diesen Todesopfern die schwächlichen Personen und die älteren Leute, sowie die Tuberkulösen einen beträchtlichen Anteil hatten. Weniger bekannt aber war bisher, daß auch unter den Kindern und den jugendlichen weiblichen Personen die Opfer der Unterernährung sehr schwer gewesen sind. Eine für das Jahr 1917 vorgenommene Auszählung der Sterbefälle nach Altersklassen hatte in dieser Hinsicht das erschreckende Ergebnis, daß im Alter von 1 bis 5 Jahren ein Mehr von rund der Hälfte, im Alter von 5 bis 15 Jahren sogar ein *Mehr von 55 % an Todesfällen* gegenüber dem Friedensjahre 1913 zu verzeichnen war; bei den weiblichen Personen von 15 bis 30 Jahren ergab sich eine Zunahme der Todesfälle um rund 45%. Allein im Jahre 1917 sind über 50 000 Kinder im Alter von 1 bis 15 Jahren und 15 000 Mädchen und Frauen im Alter von 15 bis 30 Jahren durch die Blockade dahingerafft worden. Bei den mehr als 60jährigen Männern und Frauen aber führte 1917 die Blockade in rund 127 000 Fällen zum vorzeitigen Tode.

Über die Ernährungslage sagt Hamel:

Unsere Ernährungslage redet eine so klare und harte Sprache, daß kein Zweifel übrig bleiben kann, daß wir *einem Abgrund zusteuern.* Es ist vollkommen ausgeschlossen, daß unsere Volksgesundheit, die bereits auf die jetzigen Ernährungsverhältnisse mit einer Zunahme der Todesfälle von mehr als einem Drittel reagiert hat, diese weitere Belastungsprobe noch aushält, ohne daß eine geradezu katastrophale Übersterblichkeit einsetzt.

Soweit Hamel.

Der Vertreter der Stadt Berlin, der Stadtmedizinalrat *Weber* sagt:

Im Januar dieses Jahres habe ich mich an anderer Stelle dahin ausgesprochen, daß unsere Bevölkerung Reservestoffe aus dem eigenen Körperbestand nicht mehr zuzusetzen habe, daß wir daher Experimente wie die Kohlrübenperiode 1917 unter keinen Umständen wiederholen dürfen, daß überhaupt jede weitere Verschlechterung unserer Ernährung zu den bedenklichsten Folgen führen müßte. Seitdem hat die Bevölkerung wieder beinahe ein weiteres Jahr durchgehalten. Mit welchen Opfern allerdings namentlich aus den Reihen unserer Frauen dieses Durchhalten erkauft worden ist, haben Sie aus den mitgeteilten Zahlen ersehen. Seit zwei Jahren bewegen wir uns in bezug auf unsere Ernährungslage gerade noch an der Grenze des Möglichen und Erträglichen. Nach dem, was uns heute gesagt worden ist, stehen wir am *Rande des Abgrundes,* denn es kann keinem Zweifel unterliegen, daß eine auch nur geringe Verschlechterung unserer Ernährung zum *gesundheitlichen Zusammenbruch* der Bevölkerung führen muß. Erhalten wir nicht bald Fette und Mehlfrüchte, so müssen wir infolge schnellen Sinkens unserer Vorräte an Kartoffeln und Brotgetreide unrettbar einem Zustande der allgemeinen Unterernährung oder gar der Hungersnot verfallen, der die Sterblichkeit zunächst der Frauen und Kinder und dann auch der übrigen Bevölkerung in einer Weise anschwellen lassen wird, von der wir uns auch unter Zugrundelegung der Kriegsverhältnisse keine Vorstellung machen können.

Dann sprach noch der Geheimrat *Kuttner,* und zwar im Namen der Direktoren der städtischen Krankenhäuser. Er sagt:

Eine weitere Herabsetzung der schon jetzt unter dem als dringend notwendig erkannten Mindestmaß liegenden Ration würde *die Heilstätten zu Hungerstätten machen* und würde vielen Kranken ein qualvolles Siechtum oder ein vorzeitiges Ende bereiten.

Bei einer weiteren Beschränkung der Ration wäre es den Leitern der Krankenanstalten unmöglich, die Verantwortung zu übernehmen für die ihnen anvertrauten Kranken.

Nun kommt in dieser Versammlung eigentlich erst der Höhepunkt, und zwar insofern, als in dieser Versammlung als Letzter der damalige Staatssekretär des Reichsernährungsamts, der frühere Abgeordnete Wurm das Wort nahm. Er erklärte:

Wir sind auf einem Tiefpunkt unserer Ernährungsverhältnisse angelangt. Das Reichsernährungsamt der neuen Regierung hat eine *Bankrottwirtschaft* übernehmen müssen, wie sie so schlimm keiner von uns sich gedacht hat, keiner sich denken konnte. (Hört, hört!) Wie schlimm es schon seit Jahren mit dem armen Volke gestanden hat, zeigen die heute abend vorgetragenen Ziffern. Heute erst erfährt sie die Bevölkerung! Man hat ja *die Statistik während des Krieges schweigen lassen,* sie durfte ja nicht sprechen! Und

das hat mit dazu beigetragen, daß es so weit kommen mußte — daß wir heute, wie hier mit Recht gesagt wurde, *vor einem Abgrund stehen.* Daß wir uns aus eigener Kraft von ihm zurückhalten können, ist unmöglich. Vier Jahre Hungerkur, vier Jahre Unterernährung und im fünften Jahre dann nicht allein eine an und für sich schon geringe Ernte, sondern alle die Ausfälle an Erfassung der Ernte, wie sie durch den militärischen Zusammenbruch eben herbeigeführt werden mußten. In den besetzten Gebieten lagen Vorräte für die Armee; sie sind verloren. Auf dem Transport sind große Mengen, ja, man kann sagen, Riesenmengen vernichtet worden. Sie sind nicht so vernichtet, daß sie zugrunde gingen; sie kamen Menschen, die Hunger hatten, in die Hände und in den Magen, nur sind sie nicht mehr rationiert worden, nur kommen sie nicht mehr der Gesamtbevölkerung zugute; sie sind abgewandert mit den heimkehrenden Soldaten, hierhin und dorthin, mitunter in den Schleichhandel, mitunter auch in die Hütten der Armen, wo hungernde Frauen und Kinder schon auf sie warteten.

Dazu kommt jetzt die Transportkrisis, die uns vor eine neue Katastrophe bringt. Es fehlt an Wagen und damit an Kohlen. Es sind nicht allein die Stockungen in der Produktion der Kohlen, die die Not herbeiführen. Sie würde nicht so schwer sein, wenn nicht gleichzeitig der Wagenmangel bestände, der uns verhindert, die vorhandenen Kohlen an die Stellen zu bringen, wo sie nötig sind, so daß z. B. die Zuckerindustrie stockt, daß die Stickstoffindustrie nicht voll arbeiten kann, daß die Dreschmaschinen nicht richtig mit Kohlen beliefert werden und nicht voll arbeiten können und dergleichen mehr. Dazu verhindert uns der Wagenmangel, greifbare Waren, die dem Verderben ausgesetzt sind, wie Kartoffeln, Rüben, rechtzeitig in Sicherheit zu bringen.

So haben sich denn die Verluste gemehrt und gemehrt, und wir müssen besonders bei Getreide große Abstriche von dem machen, was unter normalen Bedingungen von dieser Ernte noch hätte erfaßt werden können.

Nun kommt aber noch hinzu, daß, selbst wenn wir alles, was in diesem Jahr geerntet wurde, hätten erfassen und in richtiger Rationierung an die Bevölkerung bringen können, wir dennoch nicht vor einer Hungerkatastrophe bewahrt worden wären, denn bei der Arbeit, die unser Volk zu leisten hatte, draußen wie daheim, verträgt man nicht fünf Jahre eine Rationierung auf durchschnittlich ein Drittel der Kalorien, die der Mensch braucht.

Man muß sich doch angesichts dieser grauenerregenden Zahlen die Frage vorlegen und sie ganz leidenschaftslos zu beantworten suchen: *konnten wir wirklich noch weiter kämpfen, mußte die Heimat nicht zusammenbrechen, mußte die Front nicht zusammenbrechen, auch wenn es keinen Dolchstoß gegeben?* Und weiter: ist es wirklich so,

daß wir, um einen besseren Frieden zu bekommen, das Heer bis an den Rhein oder meinetwegen über den Rhein zurückgezogen hätten und uns noch bis zum Frühjahr den ganzen Winter hindurch hätten halten können? Ich sage ganz offen, ich bewundere diejenigen, die mit einem Ja diese Frage zu beantworten vermögen. Die gesundheitliche Lage unseres Volkes und unseres Heeres war schon 1917 furchtbar. 1918 war sie katastrophal. Und noch Generationen werden die physischen Folgen dieses Zusammenbruchs zu spüren haben.

Auch hier wiederum konstatieren wir die *schweren Sünden der Regierung, wie der Militärs, wie der Zensur,* die jede Erörterung der gesundheitlichen Gefahren auch in streng wissenschaftlichen medizinischen Zeitschriften systematisch unterdrückten. Und nicht nur die *Sünden* der Regierung und der Militärs, sondern auch *die der Wissenschaft* und deren Vertreter, die *ihre Wissenschaft in den Dienst der Durchhaltepolitik gestellt hatten.*

(Abg. Dr. *Schücking:* Sehr richtig!)

— Ich weiß nicht, ob Sie auch dieses Verhalten der Wissenschaft billigen, billigen, daß *Vertreter der medizinischen Wissenschaft das Volk* über den wahren Gesundheitszustand *systematisch belogen und betrogen* haben.

Ich habe bereits im Plenum des Reichstags vor einigen Jahren darauf hingewiesen, wie z. B. Autoritäten vom Schlage eines Professor *Boas* während des Krieges wiederholt Erklärungen abgegeben haben, daß eine Beeinträchtigung unserer Volksgesundheit durch die Einschränkung der Lebensmittel nicht zu befürchten sei. Als Tatsache könne betrachtet werden — ein Wissenschaftler sagt es! —, daß wir mit der Hälfte der früher verlangten Eiweißration unserer Nahrung ohne Beeinträchtigung von Kraft und Arbeitsfähigkeit auskommen, *ja sogar noch unser körperliches Wohlbefinden steigern können.*

Es ist interessant, daß noch im November 1917 Geheimrat *Zuntz,* eine der größten Autoritäten auf dem Gebiete der Ernährungsphysiologie, ausdrücklich erklärte, daß eine verminderte Leistungsfähigkeit bei der jetzigen Ernährung nicht in Frage kommen könne, und wörtlich sagte:

> Allerdings wird in weiten Kreisen eine Unterernährung dadurch herbeigeführt, daß die Leute keine Lust haben zur Aufnahme ausreichender Mengen der wenig konzentrierten vegetabilischen Nahrungsmittel.

Also der Kohlrüben, Kohlstrünke usw. Und das Interessante: noch am 2. Dezember 1918, also vier Wochen nach dem Zusammenbruch erschien in der „Berliner klinischen Wochenschrift", also einem unserer ersten rein wissenschaftlichen Organe, ein Artikel von einer unserer ersten Autoritäten, dem Geheimrat Professor *Rosenfeld* in Breslau, unter der Überschrift „Kriegskost und Körperkraft". Da lesen wir:

> Unsere Bevölkerung ist bei aller Unterernährung gesünder ge-

worden, und die große Angst um die Unterernährung hat sich als müßig erwiesen. Im Gegenteil, die Überernährung der Friedenszeit stellt eine größere Gefährdung des Lebens dar als die Kostknappheit der Kriegsjahre.

So haben wissenschaftliche Autoritäten damals gewütet; anders kann man es nicht nennen.

Weiter ist noch folgendes charakteristisch. Im Dezember 1917, also in jener Zeit, als die Vertreter der ärztlichen Wissenschaft doch schon klar sehen mußten, wie der Gesundheitszustand im Volk und auch draußen im Heere war, erließ *der Vorstand des Ärzteausschusses von Groß-Berlin* ein Zirkular an die *Berliner Ärzte* des Inhalts:

Kollegen, ihr seid die Beichtväter eurer Kranken, ihr habt die vaterländische Pflicht, mündlich und in jeder anderen Form aufklärend und belehrend eure Patienten zum Durchhalten zu ermutigen. Den Kleinmütigen müßt ihr auf das entschiedenste entgegentreten.

Um das nun besser bewerkstelligen zu können, so heißt es in dem Anschreiben, haben wir ein großes Plakat entworfen, und dieses Plakat sollt ihr in euren Wartezimmern aufhängen. In der Tat wurden dann Riesenplakate verteilt, und auf diesen Plakaten standen mit großen fetten schwarzen Lettern etwa folgende Sätze:

Die einfache Lebensweise und Kost, das Maßhalten in der Aufnahme von Eiweiß und Fett ist vielen gesundheitsdienlich. Die Kindersterblichkeit ist zurückgegangen. Schulärzte haben einwandfrei festgestellt, daß die erste Jugend keine gesundheitliche Schädigung gegen früher erkennen läßt.

In einem anderen Satz heißt es:

Erst kürzlich hat ein erster Fachmann gezeigt, daß es den Säuglingen *noch nie so gut gegangen ist wie jetzt.*

Weiter, der *Geheimrat Bumm,* der ja heute noch an der Spitze des Reichsgesundheitsamtes steht, ist unserem Freunde Abgeordneten *Kunert* während des Krieges wiederholt im Reichstage entgegengetreten, als dieser die traurigen Ernährungsverhältnisse innerhalb der arbeitenden Bevölkerung geschildert hat. Als Kunert 1917 im Reichstag von einem Notstand beim Proletariat gesprochen hat, den man mit Recht als *Hungersnot* bezeichnen konnte, da erklärte Herr Bumm ganz einfach im Reichstag:

Davon, daß das Volk bereits Not leidet, kann keine Rede sein.

Noch am 10. Juni 1918, also wenige Wochen vor dem Zusammenbruch hat derselbe Präsident des Reichsgesundheitsamts in einer Rede im Reichstag am Schlusse gesagt:

Ich glaube, wir können der guten Zuversicht sein, daß wir den Krieg ohne schwere Erschütterung der Volksgesundheit im Innern überstehen werden, daß wir auch auf gesundheitlichem Gebiete bis zum erhofften Siege durchhalten werden.

Meine Herren Militärs! Wollen Sie denn alle diese Imponderabilien nicht auch in Ihre Rechnung stellen? Wollen Sie wirklich alles nur von Ihrem rein militärischen Standpunkt aus betrachten, den physischen Zusammenbruch etwa auch als das Werk der Dolchstößler betrachten, als das Werk von Hetzern und Agitatoren?

Zu dem Ausdruck *„Hetzern und Agitatoren"* vielleicht ein Wort. Ich stehe auf dem Standpunkt, Tausende von Agitatoren, und mögen sie mit der größten Beredsamkeit ausgestattet gewesen sein und vertraut mit allen Künsten der Demagogie, sie wären niemals in der Lage gewesen, physisch und psychisch jene Zustände zu zeitigen, die mit Naturnotwendigkeit in jenen Novembertagen zur Entladung, zum Zusammenbruch drängen mußten. Ja, nicht nur physisch, sondern auch psychisch mußte in jenen Novembertagen — das ist meine Überzeugung, es war gar nicht mehr länger hinauszuschieben — das ganze Volk, Heimat wie Heer, unter der Wucht alles dessen, was auf Heimat wie Heer hereinstürmte, zusammenbrechen. *Es bedurfte dazu gar keines Dolchstoßes, es bedurfte dazu keiner Verhetzung,* es bedurfte dazu gar keiner solchen Agitation. Um so schwerer wiegt für mich das Urteil über diejenigen, die, sei es aus subjektiven oder aus objektiven Gründen, bewußt oder unbewußt, um die eigene Verantwortlichkeit von sich auf andere abzuwälzen oder nicht, die Dolchstoßlegende in den Vordergrund stellen und sie zum allergrößten Teil als Grund an dem Zusammenbruch benennen.

Daß der *seelische Zusammenbruch unseres Volkes,* Heimat wie Heer, auch eine Folge des physischen Zusammenbruches ist, dafür gibt ja den besten Beweis jenes eigenartige, feine, psychologische Bekenntnis, das der Mannheimer Nervenarzt Dr. Eugen *Neter* in Heft 10 der *„Süddeutschen Monatshefte"* unter dem Titel *„Der seelische Zusammenbruch der deutschen Kampffront, Betrachtungen eines Frontarztes"* veröffentlicht hat. Daß dieser Aufsatz gerade in den „Süddeutschen Monatsheften" erschien, also von der Tribüne herab laut wurde, von der die schmetterndste Fanfare für die Dolchstoßlegende geblasen wurde, macht ihn besonders wertvoll, und man wird gerade diese Niederschrift nicht mit einer gleichen Handbewegung abtun können, wie man das etwa dem Tagebuch des Dichters *Binding* oder dem eines *Richard Dehmel* gegenüber zu tun beliebt. Es handelt sich auch um das Bekenntnis eines Mannes, an dessen patriotischer Gesinnung ja auch den Nationalisten kein Zweifel erlaubt ist.

Neter sagt, losgelöst von allen militärischen oder politischen Gesichtspunkten will er nur die seelischen Grundlagen, die Vorgänge während der letzten Kriegsjahre erforschen. Er glaubt, dazu ganz besonders disponiert zu sein, weil nach seiner Meinung gerade der *Truppenarzt* wie kein anderer Gelegenheit hatte, die Verhältnisse an der Front zu beobachten, vor allem den Geist und die Stimmung der

kämpfenden Truppe aus direktem Erleben heraus kennen zu lernen und zu beurteilen. Und dieses Urteil — so spricht er sich weiter aus — habe insofern Anspruch auf eine gewisse Sachlichkeit, weil es in der ganzen Heeresorganisation wohl keinen Soldaten gegeben habe, der in jeder Beziehung so unabhängig gewesen sei wie der Bataillonsarzt bei der Infanterie. Auch zu den Offizieren stand der Verfasser stets in lebendiger Beziehung, es fehlten auch nicht Beziehungen zu den Stäben. Der Autor hat auch oft Gelegenheit gehabt, mit Truppenärzten anderer Divisionen über Stimmung und Geist der Truppen zu sprechen, und immer deckte sich die Auffassung der Kollegen mit seinen eigenen Erfahrungen. „Damit erweitere sich der stets nur sehr kleine Querschnitt der persönlichen Beobachtung und gestatte ein gewisses Recht auf Verallgemeinerung."

Aus der Etappe, „wo mich schon damals das unsympathische Treiben abstieß", kam Neter im Jahre 1915 nach den Argonnen zur Front. Ihm schwebte noch der soldatische Geist aus der eigenen, schon ziemlich weit zurückliegenden Dienstzeit vor. Daran hatte allerdings die rauhe Wirklichkeit schon manches geändert. Im großen und ganzen jedoch war die Stimmung in Anbetracht des schweren, mühseligen, bisher wenig erfolgreichen, hinsichtlich seines Endes nicht übersehbaren Kriegsdienstes gut zu nennen. Im Laufe des dritten und vierten Kriegsjahres allerdings begann dieser Geist sich langsam zu ändern, der aufreibende, trostlose Stellungskrieg begann seine lähmende Wirkung auf Geist und Stimmung der Truppe auszuüben:

> Es war nicht mehr der alte Geist, nicht mehr der frohe, von heller Begeisterung zeugende Rausch, der die alte, im Frieden herangewachsene Armee beim Sturm auf den Feind beseelt hatte, sondern die Entfesselung der in drei Jahren entarteten Stellungskrieges gesammelten Wut, die dieses im Kriege entstandene Heer, diese gehärteten, durch Entbehrungen geprüften Männer, diese entkräfteten, darbend aufgeschossenen Jünglinge ins Feuer treibt... Der Wille zum Sieg durchdrang die *ausgemergelten Leiber,* die *gehetzten Nerven, die gemarterten Seelen der müden deutschen Streiter* . . . Es ist das letzte große Opfer auf dem erkaltenden Altar des Vaterlandes.

So lautete das von Neter angeführte Urteil des Schriftstellers *Stegemann.* Und in diesem Geiste entwickelten sich Menschen und Mentalitäten bis zur letzten großen Katastrophe des August 1918. Das alte Geschlecht war bis auf einen geringen Rest ausgestorben. Wohl kam aus der Heimat Ersatz, aber dieser Ersatz war schon von ganz anderem Fleisch und Blut, sowohl was die Mannschaften wie die Offiziere anbetraf, körperlich wohl noch immer tauglich, in seiner geistigen Verfassung aber von anderer Art als die Truppe bisher. „Es fehlte diesem Ersatz zumeist der gute Wille und die Kraft, den immer mehr sich steigernden Ansprüchen an die Willens- und Nervenenergie

des Frontkämpfers zu genügen." Und „dieser Mangel an gutem Willen mußte bei den veränderten Kampfmethoden ganz besonders schwere Folgen nach sich ziehen".

Das sind Zitate aus Neter. Neter betont ausdrücklich, daß der gute Wille in allen Schichten der Armee fehlte, aus denen sich der Ersatz rekrutierte.

Neter kommt in seiner Schrift dann auch auf die „politische Verhetzung" zu sprechen und sagt:

> Die engere Auffassung versteht unter jener Verhetzung ausschließlich eine parteipolitische Propaganda, zumeist die linksradikale und pazifistische Agitation. Die weitergehende Deutung des Wortes „politische Verhetzung" wendet diesen Begriff an auch auf die „Politik der Schwäche" unserer Regierung, auf die „Verständigungs"-Bestrebungen, auf all das, was mit dem Wort „Defaitismus" erfaßt werden soll, ferner auf den auch in den höchsten verantwortlichen Stellen weit verbreiteten Mangel an unerschütterlichem Siegesglauben, auf Begehungs- und Unterlassungssünden der Volksvertretungen und bestimmter Kreise, kurz auf die Fehler, die nicht geeignet waren, das Erlahmen des Siegeswillens und der Siegeshoffnung zu verhindern bzw. den ermattenden Siegesglauben wieder aufzurichten.

Auch Neter steht auf dem Standpunkt, daß die Wirkung politischer Verhetzung weit überschätzt werde. Seiner Meinung nach wird hier *Ursache und Wirkung verwechselt. Nicht die Verhetzung ist nach ihm das Vorhandene, das Primäre, sondern die Grundstimmung: „Wir wollen nicht mehr!"* Das gab den fruchtbaren Boden ab für die sogenannte „politische Verhetzung". Mit Recht weist der Verfasser darauf hin, daß diese Stimmung des „wir wollen nicht mehr" durchaus nicht allein die Psyche der linksgerichteten Volksschichten beherrschte, sondern bis weit hinein in die Kreise der Rechtsgerichteten sich erstreckte, vor allem in die *Landbevölkerung* hinein, die doch gewiß nicht im Verdacht steht, linksradikal zu sein. An einzelnen Beispielen erhärtet der Autor alsdann, wie aus den verschiedensten Gedankengründen heraus die verschiedensten Menschen alles daransetzten, der aktiven Teilnahme am Kriege sich zu entziehen. In der Heimat war der Gedanke an den Sieg längst schwer erschüttert. Woher sollte da noch Begeisterung kommen, Opferbereitschaft, guter Wille bei den Ausziehenden wie bei den Daheimgebliebenen? *Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende!* Bis zu diesem Grade der Apathie, der völligen Verzweiflung verstieg sich damals bei vielen die Stimmung dieser Tage.

Mehr noch als den Leib zerstörte die Seele die Hungerblockade jener Tage. Um so mehr, als in dieser Zeit Millionen Mangel litten am Allernotwendigsten, wo Kinder, Schwache, Kranke, Greise umfielen wie die Fliegen im Winter, während die freche Gewinnsucht ihre Orgien feierte, am Kriege sich mästete. Aus dieser Mentalität heraus

entstand das Wort: *„Der Krieg ist nur für die Reichen, der Mittelstand muß weichen, und die Armen liefern die Leichen“.* Zweifel und Hoffnungslosigkeit beherrschten das Terrain.

Und wieder betont der Autor, daß es sich hier nicht einzig und allein um die Angehörigen bestimmter Stände handelt, die vielleicht durch Naturanlage, Beruf und politische Tradition leichter geneigt sind zu diesem zweifelsüchtigen und zersetzenden Geiste, sondern durch alle Stände, Reiche und Arme, Besitzende und Besitzlose, ging dieser Geist der Verneinung. Dazu die Briefe aus der Heimat, in denen die Angehörigen den ganzen Jammer der Zeit ausströmen ließen.

„Die vom Urlaub zurückkehrenden Kameraden klagten oft über das ungeduldige Verhalten der Heimat. Als dumm wurde man angesehen, wenn man nach so langem Frontdienst immer noch draußen durchzuhalten gewillt war. Solchen Spott erfuhren meine Kollegen, die Offiziere und die Mannschaften in gleichem Maße.“

An diese allzu bekannte Tatsache sei ganz besonders erinnert, weil sie zeigt, daß diese Flaumacherei, diese Demoralisierung und Verhetzung der Front kein Privileg eines einzelnen Volksteils war, und diese Erinnerung erscheint auch heute noch besonders nötig, weil man auch heute noch „gewisse Volksteile“ allein verantwortlich machen möchte für den Geist, der damals in der Heimat wie beim Heere alle Schichten der Bevölkerung durchdrang. Und vor allem soll man nicht glauben, als ob das Land, das bei vielen damals und auch heute noch als die Hochburg galt für Vaterlandsliebe und militärischen Geist, eine Ausnahme gebildet hätte. Forstrat *Escherich,* der vor allen anderen sich hervorgetan hat durch seinen wütenden Kampf gegen alles, was politisch links steht, muß doch von seiner engeren bayrischen Heimat bekennen:

„Die allgemeine Unzufriedenheit erfaßte auch den Bauern, der bekanntlich 65% des bayrischen Volkes ausmacht. Obwohl es ihm finanziell ausgezeichnet ging, so überwog doch auch bei ihm der Unwille allmählich die Gunst der wirtschaftlichen Lage, und das Wort „Revolution“ war im Sommer 1918 ein Begriff, der selbst überall auf dem Lande immer mehr Anklang fand. Die *deutsche Revolution* des Jahres 1918 ist im wesentlichen *die Folge* des verlorenen Krieges, besser gesagt *der erschöpften Kraft.*“

Mit bitterem Hohn geißelt Neter die Art, in der sich die leitenden Stellen Illusionen über die Schwäche des Feindes machten:

Noch im Frühjahr spöttische Kritik über die amerikanischen Hilfstruppen. „Die große Armee über dem Wasser kann nicht schwimmen, sie kann nicht fliegen, sie wird nicht kommen“, *(Hergt);* „durch den Eintritt Amerikas in den Krieg hat sich so gut wie nichts geändert“, *(Brüninghaus);* „Amerikas militärische Hilfe ist und bleibt ein Phantom“, *(Tirpitz),* Januar 1918; „Die Wirkungen des amerikanischen Eingreifens bewerte ich gleich Null“, *(Capelle);* jetzt liegt

unsere Truppe in der Hölle amerikanischen Artillerie- und Maschinengewehrfeuers und sieht sich einer unerschöpflichen Übermacht amerikanischer Divisionen gegenüber. Amerikanischer „Bluff". Hart für die Truppe, die solche Irrtümer büßen muß. — „Der U-Bootkrieg zwingt die Feinde auf die Knie; sie hungern schon ebenso wie wir." Das Aussehen der Gefangenen strafte diese Märchen Lügen, ebenso die Beute, bei denen unsere ausgehungerten Soldaten sich vielleicht manchmal länger aufhielten, als gut war. „Wenn die Karte des rücksichtslosen U-Boot-Krieges ausgespielt wird, und sie sticht nicht, dann sind wir verloren, dann sind wir auf Jahrhunderte hinaus verloren" *(Helfferich)*. Immer kleiner wurde die Zahl der versenkten Tonnen, immer größer die Masse der Amerikaner, die an der Front auftauchten.

Besonders ausführlich spricht Neter über die Ernährungsverhältnisse bei der Truppe. Die Ernährung war unzureichend und zu einförmig. In langen Kriegsjahren schoben die Soldaten fast immer Kohldampf. Auf den physischen Zustand hatte die mangelnde Ernährung weniger Einfluß. Die Truppe leistete trotzdem alle Strapazen und Anstrengungen: „Wenn somit, vom gesundheitlichen Standpunkt aus betrachtet, unseren elenden Ernährungsverhältnissen vielleicht nicht jene weitgehende Wirkung zukommt, wie dies im allgemeinen angenommen wird, so war ihr verderblicher Einfluß um so tiefgehender hinsichtlich der Rückwirkung auf die Seele." Nicht einmal bei den Offensiven 1918 war die Verpflegung ausreichend. Auch über die Wirkung, die die *bessere Verpflegung und Unterbringung der Offiziere gegenüber den Soldaten* hatte, äußert sich *Neter*. Er meint, daß in Fällen, wo der Offizier wirklich Außerordentliches leistete, der Soldat ihm gern die Vorrechte gönnte. „Nicht jeder Führer aber machte taktvollen Gebrauch von ihnen und weckte dadurch Erbitterung. Der einfache Soldat erwartete vom Offizier vor allem, daß dieser für ihn sorgte und Gefahren und Mühen gegenüber mit gutem Beispiel voranging. Wo dies geschah — wo der Offizier zuerst seine Leute versorgte und dann erst sich, sah ich nie eine besondere Mißgunst oder Erbitterung bei der Mannschaft, die weniger zu essen hatte und schlechter untergebracht war." Wiederum weist Neter darauf hin, daß *Ludendorff* auch die seelische Lage des Heeres vollkommen verkannte. *Ludendorff merkte nichts von dem Einfluß des Hungers auf die Psyche.* „Das ewige Einerlei der Feldkost und das absolut Unzureichende in bezug auf ihre Menge wirkte außerordentlich ungünstig auf die Stimmung des Soldaten und minderte seine seelische Widerstandskraft und seine Leistungsfähigkeit. Daß unsere Fronttruppe jahrelang gehungert, daß sie dies geduldig ertragen hat, schien mir stets als eine unfaßbare Leistung, die freilich unserer armen Truppe die letzte Kraft aus dem Marke sog."

Noch einmal stellt Neter fest, daß die Disziplin der Truppe nach

außen hin bis zum letzten Tage vorhanden war. Freilich — die seelische Widerstandskraft der Truppe war gebrochen. Die Schuld dafür will Neter keinem Bestimmten aufbürden, wenn er auch immer wieder die Fehler, besonders auf psychologischem Gebiet, aufzeigt. *„Wir sind zusammengebrochen aus Mangel an Psychologie."* So urteilt ein Feldgeistlicher. Er sagt:

> Wer sehr viel Kanonen hat, kann der Psychologie leichter entraten, aber in einer gefährdeten Lage wie der unsrigen war ohne sie nicht durchzukommen. Was an Bewältigung von Menschenmassen, an Organisation, an technischem Können und glänzenden militärischen Operationen überhaupt möglich war, das ist vom deutschen Heere mit einer Sicherheit und Ruhe, ja mit einer Selbstverständlichkeit geleistet worden, die schwerlich überboten werden kann. *Aber uns fehlte im Großen die Kunst der Menschenkenntnis und Menschenbehandlung.* Über dem Menschenmaterial (dem furchtbarsten Worte, das der Krieg zutage gefördert hat) haben *wir den Menschengeist vergessen.* Auch Staatsmänner und Feldherren dürfen nie straflos vergessen, daß der *Mensch keine Maschine* ist, sondern *eine geistige Seele hat,* die mehr gilt und mehr entscheidet als der Körper mit seinen psychischen Kräften. Und man soll weder einen Einzelnen noch ein ganzes Volk über seine Kraft hinaus versuchen.

Aber auch die Führung hat oft versagt: „Die mittlere Führung vom Divisionskommandeur bis zum Gruppenkommando aber, und, mit wehem Herzen muß es ausgesprochen werden, die allerhöchste Spitze haben die Front in den ernstesten Lagen oftmals, und gerade zuletzt, am Ende, schwer enttäuscht. Man gebot uns Frontoffizieren, immer nach unten aufzuklären, man gestattete aber nicht, *nach oben ein offenes Wort zu sprechen* ... Man schickte uns theoretische Studien über die Psychologie der vaterländischen Unterrichtserteilung bis in die Kampflinien hinein, man *versäumte* es aber, die *Lehren der Psychologie des Krieges selber oben praktisch anzuwenden."*

Ich weise noch auf eine andere Kundgebung hin, die ebenfalls den *„Süddeutschen Monatsheften"* entnommen ist. Es geschieht nicht ohne Absicht, daß ich mich gerade auf Kundgebungen der „Süddeutschen Monatshefte" stützte. Nach dem Zusammenbruch im Dezember 1918 ist in den „Süddeutschen Monatsheften" ein Artikel erschienen unter der Überschrift *„Die Zertrümmerung der Front",* Verfasser ist wiederum *ein Arzt,* der seit dem August 1914 bis zum Zusammenbruch ununterbrochen im Felde gestanden hat. Er hat 40 Monate hindurch ärztlichen Truppendienst gemacht, davon 28 Monate bei der Infanterie im Westen. Der Artikel war unmittelbar nach dem Zusammenbruch der bulgarischen Front geschrieben und wurde noch im Oktober 1918 von der Zensur verboten.

Der Autor kommt auf die ungerechte Verteilung der Lebensmittel in der Heimat wie an der Front zu sprechen und beantwortet die Frage,

ob der Abstand zwischen den Lebensbedingungen von Mann und Offizier wirklich ungerechtfertigt groß sei, mit einem klaren Ja. Er spricht von dem schwammigen Gebiet der Gefälligkeitserweisungen auf Gegenseitigkeit — wohlgemerkt in den „Süddeutschen Monatsheften" ein national, patriotisch gesinnter Arzt! —, von dem schmutzigen Netz von kleinen Geschenken, vom Intendanten, dem das Proviantamt und die Marketenderei untersteht und der die besten Stücke, die größten Mengen von Fleisch und anderen Dingen den Offizieren zuschanzt.

Sie wissen, *Ludendorff* hat in seinen *Kriegserinnerungen* auf Seite 521 gesagt:

> Nun kamen Klagen: der Offizier lebt auf Kosten des Mannes. Das war schändliche Verleumdung feindlicher und inländischer Propaganda.

War das, so allgemein gesprochen, wirklich nur schändliche Verleumdung feindlicher und inländischer Propaganda? Sind nicht als Gegenbeweis für die Anschauung Ludendorffs *Hunderte von Menukarten* aus dem Großen Hauptquartier, aus der Etappe, aus dem Felde, den Offizierskasinos veröffentlicht worden? Wir haben in unserem Parteiarchiv eine Sammlung angelegt.

Es fällt mir nun gar nicht ein, in den *Fehler der Verallgemeinerung* zu verfallen und *den* Offizieren oder gar *dem* Offizierskorps im allgemeinen solche Verfehlungen zuzuschreiben oder ihnen gar zu unterstellen, daß sie sich in der Verpflegung und der Ernährung auf Kosten des gemeinen Mannes ein Wohlleben verschafft haben. Im Gegenteil, wir wissen ganz genau, daß es Tausende von Offizieren gegeben hat, insbesondere an der Front — d. h. was wir unter Front verstehen, die wirklich vorn im Schützengraben waren, nicht die Herren wie der Abgeordnete *Graf Spee,* der zurückgekommen und im Landtag aufgetreten ist und gesagt hat: Ich komme gerade von der Front; in Wirklichkeit war er ein *Teppichroller,* wie man zu sagen pflegt, er hat die Front vorn gar nicht gesehen —, daß es also Tausende von Offizieren an der Front gegeben hat, deren Hauptsorge den Untergebenen galt. Ich kann mir sehr wohl vorstellen, daß das Verhältnis der Mannschaft zu ihrem Vorgesetzten *Treviranus* ausgezeichnet gewesen ist, wie mir vielleicht an dieser Stelle überhaupt die Bemerkung gestattet sei, daß die Ausführungen des Herrn *Kollegen Treviranus* auf mich starken Eindruck gemacht haben. Aber dem gegenüber — und darüber kann gar kein Zweifel sein — hat es doch *Tausende von Offizieren* gegeben, die durch ihr Verhalten den Mannschaften gegenüber *mehr zum Zusammenbruch der Front beigetragen haben als alle Dolchstößler zusammengenommen.* Und hier erblicke ich eine sehr große Unterlassungssünde der Obersten Heeresleitung und des besseren Teils der Frontoffiziere, daß sie auf ihre Kameraden nicht mehr eingewirkt haben, als es der Fall gewesen ist.

Man soll nicht immer alles Gute bei sich und alles Schlechte bei den anderen sehen. Ich sage ganz offen: was wir beklagen, ist die Tatsache — wir sehen es wenigstens als Tatsache an —, daß die Militärs glauben, sich und dem alten Heere schuldig zu sein, die Rolle *des Verteidigers um jeden Preis* zu übernehmen. Es soll kein Makel auf dem alten Heer, auf den Heerführern und dem Offizierkorps bleiben. Und in der Rolle des Verteidigers gehen sie zu weit, sie schießen über das Ziel hinaus. Das mag ihrem kameradschaftlichen Gefühl alle Ehre machen; ob aber diese Methode zur Erforschung der Wahrheit beiträgt, möchte ich stark bezweifeln.

*Der Zusammenbruch 1918* — nicht nur der militärische — war *nicht das Werk der Revolutionäre und nicht das Werk der Dolchstößler.* An diesem Zusammenbruch haben Dutzende von Faktoren mitgewirkt, und nicht die letzte Ursache des Zusammenbruchs ist *die völlige Erschöpfung physischer und psychischer Natur unseres ganzen Volkes!* Das wird auch eine spätere Geschichtsschreibung anerkennen müssen. *Das deutsche Volk wollte nicht mehr, weil es tatsächlich nicht mehr konnte.* So hat *Delbrück* gesagt, und diesem Urteil schließe ich mich an.

Es mag für die Vertreter des alten Systems bitter sein, von einem so national gesinnten Mann, wie es der *deutschnationale Abgeordnete Walter Lambach* ist, als zusammenfassendes Urteil über den Zusammenbruch die Worte hören zu müssen:

> Wer den Ursachen des Zusammenbruchs nachspürt, muß die Dokumente gerade aus jenen Anfängen der schlechten Stimmung heraussuchen; sonst findet er die Wurzel des Übels nicht. Alle Mißstände haben sich zwischen Ende 1915 und Ende 1918 ja lawinenhaft vergrößert. Aber damals wäre es vielleicht noch Zeit gewesen, den rechten Weg zu finden. 1918 war es zu spät. Die maßgebenden Stellen können sich nicht darauf berufen, daß man ihnen keinen Einblick in die Seele des gemeinen Mannes gewährt habe. Sie sind vielmehr mit allem Ernst auf das Nachlassen der geistigen Widerstandskraft des Heeres hingewiesen worden. Von links nach rechts. Es war vergebens. *Die „herrschenden" Klassen im „Obrigkeitsstaat" waren unbelehrbar ... Deutschland brach zusammen, ohne daß seine herrschenden Kreise auch nur geahnt hätten, daß und in welcher Weise sie selbst das Zerstörungswerk vollbracht haben. Sie wissen es heute noch nicht.*

Abg. *Joos:* Was ich zu sagen habe, hört sich wie eine Illustration zu dem an, was wir soeben von Herrn Dr. Moses gehört haben. Im Ursachenkomplex der Niederlage handelt es sich um die Frage der Ernährung und um das Versagen der Psychologie. Herr Kollege Dr. Rosenberg hat in seinen Darlegungen unter den Ursachen der Niederlage methodisch scharf zwischen den Friedensströmungen und der linksradikalen Agitation unterschieden. Wir haben in anderem Zusammen-

hang klar gesehen, wie wir außerdem zwischen Heimat und Front und schließlich auch zwischen Landheer und Flotte unterscheiden müssen.

Wir haben uns auch über die *Quellen* unterhalten, aus denen wir Wahrheit schöpfen können. Namentlich der Sachverständige v. Kuhl hat sich dazu geäußert, insbesondere auch kritisch geäußert gegenüber irgendwelchen Briefen und Tagebüchern, die man als Quellen ansprechen wolle.

Ich glaube, mehr als summarische Feststellungen selbst von Sachverständigen, die nur ganz allgemeine, zusammenfassende Urteile abgeben, nützen uns exakte Studien auf einem eng begrenzten Raum, auf den wir jeweils sehen: wie ist es denn nun da wirklich vor sich gegangen? Man braucht das Ergebnis nicht zu verallgemeinern; aber das, was sich da feststellen läßt, ist nicht zu erschüttern. Ich will mich nicht an Briefe hängen, die mir im Laufe von vier Jahren zugegangen sind. Ich weiß, sie kommen aus Stimmungen. Die sind heute so, sie wechseln und vergehen, sie sind morgen andere.

Etwas ganz anderes ist es mit *Tagebüchern,* geschrieben nicht irgendwie von einem Dichter unter interessanten Impressionen. Wenn wir da Tagebücher von einfachen Leuten mit gesundem Menschenverstand finden, dann können wir schon, vorausgesetzt, daß sie andauernd geführt worden sind oder sich über eine Reihe von Jahren erstrecken, ein begründetes Urteil daraus entnehmen.

Mir liegt nun eine Tagebuchsammlung vor, die ich in den letzten Tagen durchgearbeitet habe und die mich überrascht, erstaunt und erschüttert hat. Das ist ein Tagebuch, drei Jahre lang geführt von einem Matrosen auf dem Linienschiff „Helgoland". Der Mann hatte mir in der letzten Zeit geschrieben, seine Tagebücher stünden mir zur Verfügung. Es ist, wie ich vorausschicken will, ein national eingestellter Matrose. An verschiedenen Stellen seines Tagebuches zeigt er seine Abneigung gegen den „Juden Liebknecht" und die ganze USPD. Er widerstrebt der Juli-Revolution, er stellt sich auf Seiten des Kaisers, den er noch Ende 1917 als denjenigen verteidigt, der zu wenig gehört wird, den man auf die Seite schiebt, in dessen Gerechtigkeit er keinen Zweifel setzt. Er wird von den Matrosen als „patriotisch" angesehen; er wird später von den Offizieren als „rot" angesehen. Er ist heute noch christlicher Gewerkschaftler, wie er es damals gewesen ist, als er in die Flotte kam. Er kam auf das Schiff im Jahre 1912. Die mir vorliegenden Tagebuchblätter befassen sich indes nur mit dem Zeitabschnitt zwischen Juli 1914 bis Herbst 1917.

Das erste Heft des Tagebuches beginnt: „Erinnerung aus dem deutsch-englischen Seekrieg, angefangen am 25. Juli 1914." Das ganze „Vorwort" charakterisiert die Persönlichkeit des Verfassers wie seine Aufzeichnungen selbst. Wir lesen:

„In den vorliegenden Zeilen habe ich mich bemüht, ein getreues Bild meiner Erlebnisse und Beobachtungen, die ich während des

Krieges auf dem Großkampfschiff „Helgoland" machte, niederzulegen. Alle Geschehnisse stützen sich auf die Eintragungen meines Tagebuches, welches ich, bevor noch jemand von uns an den Krieg dachte, angefangen habe. Von da ab habe ich tagtäglich alles aufgeschrieben, was mir irgendwie von Bedeutung schien. Wichtige Ereignisse sogar stündlich. In späteren Jahren wird mir dieses Buch eine werte Erinnerung sein. Besonders an diejenigen Persönlichkeiten, an deren Seite ich meine aktive Dienstzeit verlebte und das geliebte Vaterland gegen feindliche Mächte verteidigen half."

In allen fünf Büchern, aus denen dieses umfangreiche Tagebuch besteht, finde ich all die Momente, die hier überhaupt vorgebracht worden sind. Alle spiegeln sich wider, nur bekommen sie eine ganz besondere Färbung im Zusammenhang der Dinge: Verpflegung, die späteren Menageprüfungskommissionen, Verhältnis zwischen Offizier und Mannschaft, die Meutereien und die Urteile.

Aber was mich besonders interessiert, ist, was Ende 1914 bereits auf diesem Schiff beginnt. Der Matrose spricht von der Mannschaft, vom Bordleben, von den Offizieren, und nun ist es interessant, daß ich bis 1917 einschließlich der Meuterei bei dem Verfasser kaum eine Spur von irgendwelchen revolutionären Einflüssen von außen finde. Alles was ich lese, belegt offenbar den Satz im Bericht des Herrn Kollegen Dr. Rosenberg: „Wenn ich forsche, welcher Anteil der linksradikalen Bewegung in den Marinedokumenten 1917/18 festzustellen ist, so muß ich sagen: gar keiner."

Ich finde weiter, daß viel früher, als wir alle miteinander ahnen, die Zersetzung und der Zusammenbruch der Stimmung bei den Mannschaften vor sich gegangen ist. Ich will das an der Hand einiger charakteristischer Äußerungen nachweisen.

Was ich in dem Buch finde, ist zunächst einmal eine sich immer weiter steigernde Ungeduld des Matrosen hinsichtlich des Einsatzes der Flotte. Er kann nicht warten, bis die Flotte ins Gefecht kommt. Er leidet unter dieser Untätigkeit. Er beneidet jedes U-Boot, das hinausfährt oder hereinkommt. Die Taten der „Emden" werden beschrieben, die „Möve" sieht er zurückkommen. Er ist am Skagerrak und beschreibt die Schlacht. Seine erste Klage bezieht sich auf die *Untätigkeit*. Er wünscht einen energischen Flottenchef. Dann kommen die Kleidermusterungen, die er bald für sinnlos hält. Er klagt über Mangel an Abwechselung im Dienst. Keine Aufklärung! Durch drei Jahre hindurch nicht ein einziger Vortrag, der den Leuten die bleierne Schwere des Lebens hätte erleichtern können. Er spricht näher über die Wirkungen des Müßiggangs:

„*Müßiggang* ist aller Laster Anfang. Man gewöhnt sich an alles, aber das Warten im Bewußtsein seiner Riesenkraft ist schwer. Eine überreizte, verärgerte Stimmung herrscht überall. Man merkt's an den Kameraden und an den Vorgesetzten. Kein fröhliches Lied erschallt

mehr und kein übermütiges Spiel. Einer steht dem andern fast feindselig gegenüber. Verschwunden ist die frohe Kameradschaft und einer grantigen, mißmutigen Stimmung gewichen. Kein Wunder, daß sich alles von Bord wegsehnt. Wenn mal Freiwillige gesucht werden auf U-Booten oder nach Belgien, ist alles dabei. Einzelne sind auch weggekommen, von den andern gebührend beneidet."

Diese Eintragung ist vom 13. April 1915. Am selben Tage hatte er bemerkt:

„Für wen sollen wir uns denn totschießen lassen?"

„Für die Geldsäcke?"

Es kommt später viel schärfer und krasser!

„Nach dem Krieg wird es genau so gehen, wie vorher, und wir werden der leidende und zahlende Teil doch bleiben. Ich muß dazu bemerken, daß solche Äußerungen in der Mannschaft nur dem Unmut über die Untätigkeit entspringen. Wenn's mal doch zum Klappen kommt, sind alle mit Feuer und Flamme dabei."

Nun beginnen Betrachtungen über das *Verhältnis zwischen Offizier und Mannschaft.*

„Es berührt mich oft tief schmerzlich", so klagt der Verfasser, „sehen zu müssen, wie sehr das einst so gute Verhältnis zwischen Offizier und Mann gelitten hat. Vielleicht wird es anders, wenn wir erst mal im Gefecht gewesen sind."

Er will dem Offizier gerecht sein und sucht das Körnchen Gerechtigkeit, wo immer er es finden kann. Aber, schon Anfang 1915, kommt ein ominöses Wort, und dieses Wort heißt: „Kluft". Wörtlich:

„Von der Stimmung, die jetzt an Bord herrscht, kann sich wohl schwer jemand eine Vorstellung machen. Es ist tiefe Verbitterung, verbunden mit Unlust zu jeder Tätigkeit. Die besten und intelligentesten Offiziere sind von Bord gekommen, meistens auf Kreuzer, Torpedo- oder Unterseeboote. Dort werden sie ja auch notwendiger gebraucht. Was geblieben ist, sind, von wenigen Ausnahmen abgesehen, jene, mit denen nicht viel los ist, also jene, die sich mehr um die Mannschaft bekümmern, wie erlaubt. Was hat es denn jetzt für Zweck, wenn man die Kerle täglich so und sovielmal den Kleidersack auspacken läßt? Die Folge ist eine tiefe *Kluft* zwischen Offizier und Mann, ein maßloser Grimm gegen die Offiziere und auch den Krieg. Überall hört man den Wunsch: ‚Wäre es erst mal wieder Friede. Wir wollen keine Schlacht mehr, wir haben auch so genug'. Wo ist die herrliche Begeisterung der Augusttage? Man hat sie verfliegen lassen, sie ist elend erstickt in dem Übelwollen der Vorgesetzten. Nicht aller! Dem ersten Offizier wird niemand seine Hochachtung versagen. Es sind die kaum beförderten Leutnants und Fähnriche, welche sich wichtig machen wollen, indem sie die Leute unnötig schikanieren."

Diese Eintragung ist vom 29. März 1915.

Dann kommen Gegenüberstellungen zwischen Offiziersmesse und Back. Ich zitiere eine Tagebuchseite vom 15. Juni 1915:

„Ich kann sagen, daß während meiner Dienstzeit noch niemals die Kluft zwischen der Messe und der Back, dem Offizier und dem Mann, so klaffend tief gewesen, wie gerade jetzt während der Kriegszeit. Nicht wenig hat zu diesem unerfreulichen Verhältnis die Tatsache beigetragen, daß sich die Offiziere zu keinerlei Einschränkung bequemen. Während wir uns mit halber Brotration begnügen müssen, finden in der Messe Eß- und Trinkgelage statt."

Später kommen Ausdrücke wie „Drohnen" für Offiziere.

„Schikanen und Bosheiten werden förmlich erdacht, um uns zu quälen."

Er sieht Mißhandlungen, die ihm unverständlich bleiben und erzählt von einem anderen Kriegsschiff:

„Vor uns liegt der größte und beste Linienschiffskreuzer unserer Flotte, der ‚Derfflinger'. Auf der Schanze stehen zwei Posten mit Gewehr. Es soll da eine böse Sache vorgekommen sein. Der erste Offizier Max Fischer hat eine Tracht Prügel erhalten, was bei uns große Genugtuung hervorruft, denn Max war früher bei uns an Bord und durch seine Ungerechtigkeit verhaßt. Der Haupttäter erhielt 18 Jahre Zuchthaus. Auch auf andern Schiffen ist ähnliches passiert. Ein Wunder ist dies wahrhaftig nicht. Wenn man sieht, wie verächtlich die Leute oft behandelt werden, kocht einem das Blut."

Zusammenfassend heißt es im vierten Heft des Tagebuches:

„Ich weiß nicht, ob ich mich eines Tages nicht doch vergesse. Wäre nicht die Rücksicht auf Eltern und Angehörige, hätte ich meinen Ingrimm schon längst an einem Kerl gekühlt, der alles getan hat, um die Ideale von Vaterlandsliebe und Gerechtigkeit in meinem Herzen zu zerstören. Was kein Buch, keine Zeitung und kein Sozialist vermocht hat, das gelang dem System des Militärs. Ich habe diese verkörperte Autorität hassen und verachten gelernt, wie nichts auf der Welt. *Diese* Autorität, die ihren Rückhalt nicht in der fühlbaren Überlegenheit, sondern einzig in der Furcht vor den Paragraphen des Militärstrafgesetzbuches hat."

Und im fünften:

„Um wieviel mal lieber würde ich mich Deutscher nennen, wenn ich in meiner fünfjährigen Dienstzeit nicht als Tier, sondern als Mensch behandelt worden wäre."

Er sagt dann später, daß er ein Freund der allgemeinen Dienstpflicht gewesen ist und daß ihm stückweise alles aus dem Herzen gerissen worden wäre.

Über die *Verpflegung* finde ich hier Eintragungen, die eine Illustration zu dem geben, was wir soeben von Herrn Dr. Moses gehört haben:

„Ja, ja, ich wundere mich selbst, daß der Küchenzettel und die Magenfrage einen so großen Raum in meinem Kriegstagebuch einnehmen. Verwunderlich ist das weiter nicht. Wer einmal acht Tage hier gewesen ist und sich mit dem Seelenleben des Matrosen beschäftigt, wird finden, daß die Haupt- und Kardinalfrage des Tages heißt: „Was gibt's heute zu essen?" In zweiter Linie erst fragt man: „Was ist heute für Dienst?" Selbstredend wird über das Essen fast immer hergezogen und wenn der Proviantmeister alle die Qualen erdulden müßte, die ihm nach dem Mittagessen angewünscht werden, dann wäre er der unglücklichste Mensch auf Gottes Erdboden."

Der Oberstabsarzt ist da, und es wird Gewicht gemessen. Dabei entwickelt sich ein Gespräch, das charakteristisch für die Sachlage ist. Es handelt sich um das vierte Buch, das am 16. September 1916 begonnen ist und bis zum Jahre 1917 geht. Unser Matrose hat 5 Kilo abgenommen. Er wird dem Oberstabsarzt vorgestellt, und es entspinnt sich folgender Dialog:

„Sie haben minus 5.. Haben Sie sich über etwas zu beklagen? — Nein! — Bekommen Sie genug zu essen? — Nein! — Werden Sie also nicht satt? — Nein! — Bekommen Sie nichts von zu Hause? — O doch, ziemlich häufig sogar! — Und werden doch nicht satt? — Nein! — Ja, Sie werden eben nicht alles aufessen, was sie bekommen. — Doch, Herr Oberstabsarzt, ich esse alles. — Mit Appetit? — Jawohl! — Ist gut, Sie können gehen."

Das Gespräch ist höchst charakteristisch für die Art, wie sich die Dinge bei den Matrosen abspielten und dann weitergingen. Diese Verpflegungsfrage beginnt bereits 1915 eine bedeutende Rolle zu spielen. Es wird vom Abzug der Rationen gesprochen. Später hören wir vom Hungern reden. Indes, unser Matrose sagt immer wieder: Es ist Krieg, die Kameraden im Felde haben es noch schlimmer, wir wollen das tragen. Aber nie kann er den Unterschied zwischen Mannschaft und Offizieren tragen. Die Weihnachtstransparente vom Jahre 1916 sind wiedergegeben, worin der Spruch „Ihr müßt sparen!" variiert wird. Hier heißt es:

„Ihr müßt sparen, damit *wir* zu braten haben!" Darunter rechts die Gemeinschaftsküche mit einem Kessel voll Oldenburger und links die Lordsküche voller Schinken, Gänse, Würste und dergl. Die Heizer hatten eine große Puppe in Matrosenkleidern ausgestellt. In der einen Hand hielt dieselbe einen Blecheimer, in der anderen einén Zettel, worauf folgendes zu lesen war: Hein, wo wulle du hin? Zum Prowi, um meinen Jam(mer) zu holen. Die meisten anderen Transparente beschränkten sich auf einen Friedenswunsch."

Das war ein Weihnachtstransparent vom Jahre 1916. Als er dann erwähnt, daß Staatssekretär v. Capelle im Reichstag gemeldet habe, die Offiziere hätten ihre Rationen zugunsten der Mannschaften verkürzt,

*nennt er das „eine grobe Lüge, die dem Reichstag vorgesetzt worden ist".*

Die *Menageprüfungskommissionen* kommen. Der Verfasser des Tagebuches begrüßt sie. Er sagt: wir haben Betrügereien entdeckt, die mit dem Proviant vorgekommen sind. Er lobt die Einrichtung der Menageprüfungskommissionen. Von irgendwelchen politischen Einflüssen, die sich dabei geltend machen, finde ich nichts.

Jetzt beginnen sich die Mannschaften mit *Politik* zu beschäftigen. Wann ist der Zeitpunkt, wo sie das tun? Bereits 1915!

„Es ist erstaunlich, wie sich alle Mann jetzt um die Politik kümmern. Alles ist sich darüber einig, daß nach dem Kriege die Bevorzugung der Offizierskaste aufhören muß. Es ist doch wahr: diese haben viel zu viel Recht. Da verfügt jeder über Leben und Freiheit des Untergebenen."

Im Juni 1916 lesen wir:

„Wir sind uns klar, es gibt keine Sieger und keine Besiegte in diesem Kriege."

Später wird ein Zettel an der Kantine angeschlagen, daß sich Elemente im Lande breit machen, um die Stimmung zu verderben. Es ist interessant, welchen Eindruck dieser Zettel auf diese Mannschaften macht, nämlich gar keinen.

„An der Kantine ist ein Zettel angeschlagen, auf welchem zu lesen ist, daß Elemente an der Arbeit sind, die im deutschen Volke Mißtrauen und Zwietracht verbreiten. Pflicht jedes guten Deutschen sei es, an der Entlarvung solcher Verräter mitzuwirken. Wer einen dieser Rädelsführer so zur Anzeige bringt, daß er gerichtlich bestraft werden kann, erhält eine Belohnung von 3000 Mark."

Ich bin entsetzt darüber, was der Matrose am 14. 4. 1917, also *vor* den Meutereien, dazu sagt:

„So ist es immer gewesen, der verfolgte Spitzbube schreit: Haltet den Dieb. Diese schlechten Kerle, die uns durch ihre Protzigkeit die Vaterlandsliebe vergällen und durch ihre Überhebung halb zur Verzweiflung bringen, suchen Rädelsführer. Da ist ja jeder Denunziation Tür und Tor geöffnet und Schufterle kann jede unüberlegte Äußerung seines Nachbarn benutzen, um ihn zu verderben. Es sind wahrlich keine dunklen Mächte aus dem Ausland mehr nötig, um das geduldigste und disziplinierteste Volk der Welt auf's Stänglein zu treiben. Oft habe ich schon gewünscht, daß es die Offiziere noch toller treiben möchten, damit die dünne Rinde, welche unser Aufkommen hindert, zersprengt werde. Bis jetzt aber war man von oben her immer klug genug, den Überdruck rechtzeitig abblasen zu lassen. Es konnte sich bis jetzt noch an keiner Stelle konzentrieren und sich zu einer befreienden Explosion entladen."

Und dann kommt ein Gespräch über den *Frieden,* das die Leute untereinander haben. Ich muß immer wieder sagen: Ich finde nichts von

direkten, bestimmten parteipolitischen Einflüssen. Wir hören nichts von irgendwelchen Verabredungen. Der Verfasser redet nie von Zeitungen oder Flugblättern, die er gelesen habe. Daß viele seiner Kameraden Sozialisten sind, spürt er natürlich. Auch später, nach der Meuterei, lehnt er immer wieder die Sozialdemokratie und die USPD ab. Er sagt:

„Oft, wenn ich meine Kameraden über die Zustände schimpfen höre, trete ich unter sie und frage: Nun, was würdest Du tun, wenn Du Zeus wärest? Womit würdest Du beginnen, unsere traurige Lage zu verbessern? Da gibt es schöne Sachen zu hören. ‚Sofort Frieden schließen!', das ist die häufigste Antwort. ‚Heer und Marine auflösen und entlassen.' ‚Scheidemann zum Kanzler.' ‚Liebknecht als Kriegsminister' und was dergleichen Sprüche mehr sind."

Jetzt wird ihnen eine Rede über *Kriegsziele* gehalten. Die Politik von der *anderen* Seite erscheint auf dem Schiff. Der Kommandant hält am 31. Mai 1917 eine Rede, die der Verfasser des Tagebuches in folgender Weise kennzeichnet:

„Heute feiern wir also richtig den Jahrestag der Seeschlacht. Darum ist Sonntagsroutine mit großer Musterung angesetzt. Der Kommandant selbst hält eine längere Rede, in welcher er sich zunächst mit dem Entstehen und dem Verlauf der Schlacht beschäftigt. Etwas Neues bringt er nicht. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen fiel er aus der Rolle; denn er kam auf die Kriegsziele unserer Gegner zu sprechen. Ich habe den sonst so leutseligen Mann schwer im Verdacht, daß er sich das Manuskript hierzu von einem Sekretär des Bundes der Landwirte besorgt hat. Er scheute sich nicht, davon zu sprechen, daß unsere Feinde nur das eine Ziel fest im Auge hätten, das Band zwischen dem Obersten Kriegsherrn und Armee und Marine zu zerreißen. Wenn dann die Hohenzollern verjagt sind, dann soll uns ein parlamentarisches Regime ähnlich dem von England und Frankreich aufoktroyiert werden. Dann werden hier wie dort Koofmichs, Advokaten und Zeitungsschreiber regieren. Man sieht es ja alle Tage: wenn denen da drüben ein General oder Heerführer nicht mehr paßt, setzen sie ihn einfach ab. Auch nach dem Kriege werden wir ein stärkeres Heer und eine größere Flotte brauchen. Ihr sollt allen denen entgegentreten, die das parlamentarische System in Deutschland einführen wollen und nie vergessen, daß Deutschlands Größe mit dem Bestand seines Kaiserhauses, seines Heeres und seiner jungen Marine steht und fällt. Merkt euch das: Die Sozialdemokraten aller mit uns im Kriege liegenden Länder wollen uns vernichten, sie sind streng national, nur die unsrigen sind international... Es ist schwer, die Empfindungen zu beschreiben, welche mein Herz bestürmten, nachdem ich die Rede angehört hatte. Wer die ehrliche Begeisterung in den Augen des Mannes gesehen hat, muß sich wohl oder übel sagen, daß vieles wahr ist, was er gesprochen

und daß er als pflichtgetreuer Diener des Kaisers gar nicht anders sprechen kann. Wäre ich Offizier, würde meine Zustimmung und Bewunderung keine Grenzen finden. Aber mein jetziger Standpunkt: die Überzeugung des besitzlosen Proleten ist es nie und nimmer. Wie konnten wir einer Ausdehnung der Herrschergewalt, einer Vermehrung des Heeres und einer Vergrößerung der Marine das Wort reden! Wer nicht mit zu bezahlen braucht, hat leicht reden. Lieber den Engländern Sklave als wie den Deutschen Soldat. Mein Ideal ist, daß wir uns den englisch-amerikanischen Regierungsformen nähern. Vor dem Worte ‚parlamentarisches Regiment' habe ich keine Angst. Man sehe sich die Erfolge an. Fast die ganze Welt liegt mit uns in Fehde und warum? Weil sie in Wien und Berlin die letzten Hochburgen des autokratischen Absolutismus sehen... So friedliebend der Monarch im einzelnen auch sein kann, auch er kann nicht gegen den Strom der Kriegsinteressenten anschwimmen."

Über die Stimmung der Besatzung äußert sich der Schreiber folgendermaßen:

„Wenn ich berufen wäre, über die augenblickliche Stimmung der Flottenbesatzung ein Urteil abzugeben, so würde es im ärztlichen Diagnosenstil etwa folgendermaßen lauten: Hochgradige Erregung, hervorgerufen durch gänzlichen Mangel an Vertrauen zu den Vorgesetzten."

Die Urteile gegen die Meuterer werden den Mannschaften verkündet. Die Auffassung des Verfassers ist (wenn er es auch für möglich hält, „daß eine auf direkte Aktion hinauszielende Friedensaktion innerhalb der Marine existiert"): „Schandurteile, die zu Unrecht gefällt worden sind."

„Dem Gericht war es darum zu tun, auf jeden Fall ein abschreckendes Exempel zu statuieren. Es mag vielleicht richtig sein, daß eine auf direkte Aktion hinauszielende Friedensaktion innerhalb der Marine existiert. Aber sicherlich unrecht ist es, wenn jene harmlose Zusammenkunft im „Banter Schlüssel" damit in Verbindung gebracht wird. Keiner von all denen, die dabei waren, dachte etwas zu tun, was man mit dem Worte „Kriegsverrat" bezeichnen könnte... Ein deutsches Feldstandgericht aber stolpert über solche Zwirnsfäden nicht. Ich glaube, wenn der Erzengel Michael für die Unschuld dieser Leute gezeugt hätte, es ihm der Staatsanwalt nicht geglaubt hätte... Welche Folgen wird nun diese Brutalität nach sich ziehen? Das ist heute schwer zu sagen. Die Hälfte der Leute ist gleichgültig, ein Viertel vielleicht empört und voll Mitleid für die armen Teufel, und ein schwaches Viertel zur raschen Tat und Sühne bereit. Nur ganz wenige sind eingeschüchtert."

Das ist der Ausgang: ein Mann, an dessen nationaler Grundstimmung und Gesinnung wir nicht zweifeln konnten, zerbricht an dem Leben auf dem Schiff infolge von Untätigkeit, denn er will die Aktion

der Flotte, er wird müde an dem bleiernen Leben auf dem Schiff, er zerbricht an dem *Gegensatz zwischen Offizier und Mannschaft.*

Sie müssen lesen, was er über die jungen Kadetten schreibt, die die Leute mit „Schweinehund" betiteln. Man läßt die Leute strafexerzieren, man läßt sie sich in den Kohlenstaub hineinlegen, daß sie schweißgebadet sind. Es kommt ein Trupp russischer Gefangener, die das mit ansehen. Unser Matrose schreibt:

„Ich schämte mich wie ein Hund vor diesen Gefangenen angesichts dieses Vorganges."

Was er von sich und den anderen spricht, zeigt, daß bereits von 1915 an, aus einem vielverschlungenen Komplex von Ursachen, die mit der USPD an sich nichts zu tun haben, ein anderer Geist hochkommt, der sich 1917 entlädt und in absoluter Verbindung mit den Meuterei-Urteilen zu einer neuen Entladung 1918 führt. Es ist hier einmal gefragt worden, worin denn die Verbindung zwischen 1917 und 1918 bestehe. Diese Verbindung scheint mir gegeben. Was 1917 vor sich gegangen ist und als ungerecht empfunden wurde, wirkte in den Mannschaften nach, und es war nur die Frage: Wann wird unsere Niederlage offenbar, wann kommt der Augenblick, wo es hoffnungslos ist? Dann wird es explodieren.

Wenn wir die Wahrheit erforschen wollen, können wir an solchen Dokumenten wie diesem Tagebuch nicht vorbeigehen. Der Verfasser des Tagebuches ist der heutige Zinngießer *Stumpf,* den wir als Zeugen oder Sachverständigen noch zuziehen können.

Zeuge Vize-Admiral a. D. *v. Trotha:* Ich darf zu dem Thema, das durch die Tagebücher angeschnitten ist, auf das hinweisen, was ich schon einmal ausgesprochen habe. Es ging in der Ausbildung alles darauf hinaus, den Mann zur höchsten Entwicklung des Verantwortungsgefühls und der Persönlichkeit zu bringen. So waren die großen Gefechtsübungen angelegt, und so hat es sich auch im Kriege im höchsten Maße bewährt. Es war ganz gleich, ob an der Stelle dann in dem Schiff ein Leutnant oder ein höherer Offizier oder ein gewöhnlicher Matrose seine Station hatte; denn hier kam es lediglich darauf an, hinzuwirken, daß sich die Persönlichkeit voll einsetzte. Ich kann es nur so ausdrücken: Die Chargeneinteilung war nur da, um für die Ausbildung das notwendige Gerippe darzustellen; wenn es vor den Feind ging, war das alles abgestreift, da konnte nur die Persönlichkeit wirken, die zugriff, die die Dinge übersah, die Entschlußfähigkeit besaß. Und so, wie es hier versucht wurde und auch nach meiner innersten Überzeugung einzigartig gelungen war, überall die Persönlichkeit zu wecken, so war es auch bei jedem anderen Dienst. Wenn der Fähnrich mit einem Boot über den Hafen fuhr, so lag auf ihm ja eine kolossale Verantwortung. Wenn er mit Hunderten von Beurlaubten im Schleppboot in dem Gedränge des Hafen-

betriebes, oder wenn Nebel eintrat, in gefährliche Situationen kam, so stand die schwerste Verantwortung vor ihm, und das sah die ganze Besatzung. Ein Vorgesetzter, der da nicht seinen Mann stand, konnte sich gar nicht halten. In jedem Dienstbetrieb trug der Offizier überall sichtbar vor der Mannschaft die Verantwortung und wurde zur Verantwortung in höchstem Maße erzogen.

Auf dem Boden des hochentwickelten Verantwortungsgefühls hatte sich nun ein Zusammenstehen und eine gegenseitige Fühlung und Kenntnis entwickelt, die wohl nirgends anderswo erreicht worden ist. Nur dadurch war es möglich, das an sich eintönige Leben an Bord zu einer solchen Lebendigkeit zu bringen, wie es tatsächlich der Fall war.

Nun ist es klar, daß mit Beginn des Krieges für die Heimatflotte schwerwiegende Veränderungen eintraten. Wir hatten keine Bewegungsfreiheit, wir konnten keine größeren Übungen mehr machen. Es war keine Abwechslung möglich. Die Rekruten kamen nicht mehr mit den Offizieren zusammen an Bord, um so im Dienst unter gegenseitigem Sichabschleifen aus dem kleinsten Dienst in die Höhe heranzuwachsen. Zuerst hatte man die Besatzungen möglichst zusammengehalten. Dann gab man alte Leute ab und *gelegentlich* rückten neue, junge Mannschaften ein. Es war also dieses Heraufwachsen des Offiziers und Mannes von Anfang an unterbunden. Dadurch ist schon eine große Belastung für die Entwicklung des gegenseitigen Vertrauensverhältnisses eingetreten. Vorgesetzter und Untergebener konnten sich gar nicht mehr in der früheren Art persönlich nahekommen. Dazu kam dieses stumpfsinnige Liegen in Wartestellung, immer bereit, sofort herauszugehen, aber doch zu nichts kommend. Es war das eine schwere Belastung, die zweifellos die Mannschaft schwerer ertragen konnte als das Offizierskorps. Die Schiffe hatten in ihrer Eintönigkeit alles hergeben müssen, was an Wohnlichkeit vorhanden war. Selbst die Farbe war abgekratzt worden, damit sie keine Brandgefahr bildete.

Das ganze Leben an Bord wurde weiter dadurch erschwert, daß durch die Kriegsverluste und die Vergrößerung des Aufgabenkreises der Marine gerade die Mitte des Offizierkorps herausgezogen wurde. Wenn ich mein Offizierkorps auf S. M. S. „Kaiser", das Linienschiff, das ich geführt habe, zu Beginn des Krieges mit der Zusammensetzung am Ende des Krieges vergleiche, so ist unverkennbar, daß der für das Zusammenleben mit den Mannschaften wesentlichste Teil, die Mitte des Offizierkorps, was man in der Armee die Kompagnieführer und die älteren Leutnants nannte, heraus war. Da waren Reserveoffiziere und Offiziere eingeschoben, die so oder so noch zum Ausfüllen dieser Lücken herangeholt werden mußten. Es war also gerade der Teil des Offizierkorps, der mit der Mannschaft am engsten zusammenleben mußte, am schwersten belastet. Ebenso war es bei den Unteroffizieren, die für U-Boote und was sonst alles ständig herausgezogen und abkommandiert wurden. Auf der anderen Seite hatten wir alte Leute, die vielleicht schon

im dritten Jahre dienten, als der Krieg ausbrach, und schließlich 6 bis 7 Jahre hintereinander ihren eintönigen Dienst dort zu leisten hatten.

Nun kam das Einströmen der jungen Offiziere, die, wie gesagt, nicht mit den Mannschaften zusammen aufgewachsen waren.

Die Marine hat sich ferner im Kriege verdreifacht, ja sogar noch etwas mehr vergrößert. Dadurch kam schon eine kolossale Dehnung, und so mußten auch aus dieser Mittellage die Offiziere herausgenommen werden, um alle die Minensuchverbände, Flottillen, U-Boote zu besetzen. Immerhin hatten wir im ganzen einen Verlust von ungefähr 900 Offizieren gegenüber einem Offizierkorps der Marine bei Kriegsausbruch von rund 2400 Mann.

Das Zusammenleben an Bord mußte natürlich bei der Eintönigkeit des Dienstes zu gegenseitigen Reibungen führen. Alle Versuche, mit Ausflügen, Kino usw. etwas Abhilfe zu schaffen, konnten nicht ausreichen. Es ist behauptet worden, daß die Rationen der Mannschaft heruntergesetzt wurden. Das kann ich nicht ohne weiteres zugeben. Denn es ging ja bei uns um das Geld, und die Verpflegungsgelder der Mannschaften sind ständig in die Höhe gegangen. Ich bitte da einen Herren, der das Verpflegungswesen bearbeitet hat, heranzuziehen. Die Mannschaftsverpflegung bekam ihren Proviant vom Proviantamt zugewiesen, und ich wüßte nicht, daß es nicht möglich gewesen wäre, die Rationierungssätze aus den Geldern, die flüssig waren, zu bezahlen. Denn die Marine hatte ihre Bestände für Jahre gedeckt und lebte infolgedessen aus den sehr billigen Friedensbeständen.

(Abg. *Joos:* Ich habe ein Moment außer acht gelassen, das mir noch wichtig erscheint: „Es mehren sich 1916/17 die Einbrüche, Diebstähle auf dem Schiff, die sich immer um Lebensmittel drehen, aus der Offiziersmesse wurden Sachen gestohlen.")

— Die Offiziersmesse lebte unter den gleichen Bedingungen, sie hatte mit ihrem Gelde zu wirtschaften und war in bezug auf Mehl, Fleisch usw. ebenso rationiert wie die Mannschaftsverpflegung. Die Offiziersmessen hatten sich in Friedenszeiten immer einem Koch zur Verpflegung in die Hand gegeben, der die ganzen Schwierigkeiten der Wirtschaft natürlich am leichtesten übersehen konnte, und für eine Offiziersmesse von 20 Herren ist es selbstverständlich leichter möglich, einmal irgendwo etwas für das Geld aufzutreiben, was für die Menge der Mannschaft zu kaufen einfach nicht möglich war; einige Sachen gab es ja immer freihändig.

Bei der Eintönigkeit des Dienstes trat die Magenfrage, die Frage: was gibt es heute zu essen? ganz selbstverständlich immer mehr in den Vordergrund als die Frage: was ist heute für Dienst? Der Dienst mußte ja in irgendeiner Form weiter betrieben werden; denn immer wieder wurden Mannschaften herausgezogen, ein Unteroffizier wurde abkommandiert, er war Hauptbefehlsübermittler, da mußte ein Ober-

matrose hinein, und nun mußte immer wieder der ganze schwierige Betriebsapparat neu geölt werden. Er konnte ja jeden Augenblick vor die Kampfprobe gestellt werden. Das war aber sehr eintönig, weil die Übungen, die auf der Schilligreede abgehalten wurden, keine Spur von der Anregung geben konnten, die sie früher gegeben hatten. Auch Gefechtsdienst wurde so selten wie möglich gemacht. Die Kleidermusterung, auf die hingewiesen wurde, war nicht immer zu umgehen; denn es sollte ja auf das sorgfältigste darauf geachtet werden, daß nur solches Zeug für die Mannschaft angefordert wurde, das unbedingt notwendig war. Das konnte man nur, indem man die Mannschaften auf ihre Kleider musterte, und auch da spielte eine Rolle, daß ja leider die Schwäche der Menschen dahinwirkt, daß sich sehr viele darum drückten, daß sie nicht zeigen wollten, wieviel Zeug sie noch hatten. So führte also die Nachlässigkeit und das Sichherumdrückenwollen um den Ernst der Frage dazu, daß mehr Musterungen vorgenommen werden mußten, als man vielleicht selbst mochte.

So stimme ich also dem durchaus zu, daß das *Zusammenleben schwer belastet wurde.* Wir haben uns oft darüber den Kopf zerbrochen, wie man das ändern könnte. Einen allgemeinen Vortrag über die Kriegslage in der Nordsee, wie er hier angeregt wurde, konnten wir zu unserem großen Schmerze nicht halten. Es war ganz ausgeschlossen, daß man das, was sich in der Nordsee an Minensuchen, an Versuchen, Wege zu machen für die U-Boote, für Aktionen der Flotte, in die Mannschaft hineinbrachte. Das konnte man selbst dem Offizierkorps nicht bringen, weil in Wilhelmshaven die ungeheure Gefahr bestand, daß alle Sachen nach England hinausdrangen, wodurch uns dann die größten Schwierigkeiten entstanden.

So hat das Zusammenleben an Bord eine schwere Belastung erfahren, die mit den Jahren ständig wachsen mußte. Aber das, was uns in unseren Gedanken und Empfindungen immer hochhielt, war, daß bis zum Schlusse, sobald wir aus dem Hafen herausgingen, um wirklich dem Feinde Schaden zu tun, alle diese Stimmungen wie weggeblasen waren und daß sich das Schiff wieder einheitlich in allen Bestandteilen auf die Zielrichtung einstellte, für die wir letzten Endes doch unsere Pflicht taten. Wenn nachher bei dem Zusammenbruch die auf die Revolution hingehende Hetzarbeit, die ja in den verschiedenen Gutachten als vorhanden festgestellt worden ist, einen Boden fand, der sehr günstig dafür war, so ist das für mich Niederschmetterndste immer, daß die Leute glaubten: Es ist ja gar kein Unrecht, wenn wir hier militärisch den Dienst versagen; denn wenn bei uns die rote Flagge hochgeht, so geht sie drüben bei den anderen Nationen auch hoch. *Das kann unmöglich von innen herausgekommen sein, das muß von außen hereingetragen sein!*

Sachverständiger *Schwertfeger:* Von dem Bestreben geleitet, in dieser schwierigen Marinefrage nur die ganz großen Linien

zu geben, möchte ich darauf hinweisen, daß meiner Überzeugung nach der eigentliche Keim dieser ganzen Dinge in dem *Nichteinsatz der Flotte* als Kriegsmittel von vornherein liegt und daß ein großer, ja der entscheidende Teil der Verantwortung diesem Nichteinsatz der Flotte zugemessen werden muß. Es ist ein Unding, ein hochkultiviertes Kriegsmittel $4^1/_2$ Jahre unter Volldampf halten zu wollen, ohne es einzusetzen. Aus allem, was wir hier sowohl bei den Betrachtungen „von oben her" wie bei den Betrachtungen „von unten her" gehört haben, scheint mir alles in der Erkenntnis zusammenzuklingen, daß hier etwas Widernatürliches versucht worden ist, eine fleet in beeing zu haben, eine hochwertige Kampfflotte in einem Hafen liegen zu lassen und zu erwarten, daß sie $4^1/_2$ Jahre ihren eigenen Enthusiasmus und ihre eigene innere Kriegstüchtigkeit nicht aufzehrt.

(Sachverständiger Dr. *Delbrück:* Die Engländer haben es fertigbekommen!)

— Aber doch wirklich unter ganz anderen Verhältnissen! Ich glaube, daß hier eine entscheidende Grundlage für die Erklärung dieser Verhältnisse gegeben ist und daß deshalb mit dieser Problematik unbedingt der Entschluß und die Verantwortung für den Nichteinsatz der Flotte zusammenhängt. Im Kriege 1870/71 haben die Franzosen sich dazu entschlossen, als sie keine Verwendung ihrer Flotte sahen, die Mannschaft in die Landarmee hineinzunehmen. Wir haben ja auch einen großen Teil im Marinekorps in Flandern gehabt. Es war zu erwägen, ob ein derartiger Entschluß der Herunternahme der Mannschaften von der Flotte, wenn sie doch einmal nicht eingesetzt werden sollte, möglich war. Jedenfalls darf ich den Gedankengang der Erwägung anheimgeben, daß der Nichteinsatz der Flotte, ganz einerlei, wem die Verantwortung dafür zufällt, im letzten Ende die entscheidende Grundlage für alles bildet, was sich auf der Flotte ereignet hat.

Dann noch eine kleine persönliche Erfahrung in München beim Dolchstoßprozeß. Als ich eines Tages von der Sitzung zurückkehrte, wurde ich von jemand angesprochen, der vermutete, daß ich vom Dolchstoßprozeß kam. Er gab sich als ein Obermatrose zu erkennen, der vom Jahre 1910 bis 1918 an Bord des Schiffes „von der Tann" gewesen war, und sprach mit der größten Begeisterung davon, wie erlösend es auf die Mannschaft eingewirkt hätte, als der Korvettenkapitän Scheibe, ich glaube, Erster Offizier geworden war, der jeden Tag einmal die Mannschaften versammelt und ihnen in seiner lebhaften Art Mitteilungen über den Stand der Dinge auf allen Fronten gemacht hätte. Da wäre es wie ein frischer Geist der Erlösung durch das ganze Schiff gegangen, von diesem Tage an, wo Korvettenkapitän Scheibe eintraf, und alles hätte sich den ganzen Tag auf diese eine Stunde gefreut, wo er an Hand von Akten und unter Anzeichnen auf der Tafel die Leute beschäftigt hätte durch Mitteilungen darüber, wie es im Kriege stand und was an der Front vor sich ging. Eine derartige Persönlichkeit, wie dieser

Korvettenkapitän Scheibe, war natürlich nicht für jedes Schiff zu haben.

Sachverständiger *v. Kuhl:* Der Abgeordnete Dr. Moses steht auch auf dem Standpunkt, daß man die Frage des Zusammenbruchs nicht auf rein militärischem Wege erledigen kann. Ich habe diese Ansicht immer vertreten. Es sind viele Gründe zusammengekommen, um das deutsche Volk zu Falle zu bringen, und darunter rechne auch ich die Blockade mit in erster Linie. Sie hat das Volk zermürbt, und diese Zermürbung hat sich natürlich auch auf die Front übertragen. Das ist ganz zweifellos.

Die Verpflegungsfrage ist außerordentlich wichtig. Ich habe mich auch in meinem Gutachten eingehend damit befaßt. Die Lage 1918 war außerordentlich schwierig. Aber die Wirkung unserer Maßnahmen in der Ukraine konnte erst im Herbst 1918 eintreten. Bis dahin war noch nicht das erreicht worden, was wir erhofft hatten. Es dauert eben in solchen Verhältnissen sehr lange, bis eine neue Organisation etwas schafft. Es war aber im besten Wege, und nach menschlichem Ermessen wäre doch dort eine ganze Menge zu holen gewesen.

Ich bin der Überzeugung, daß die politische und revolutionäre Unterwühlung von langer Hand planmäßig eingesetzt hat, daß sie aber ihre Wirkung hauptsächlich geäußert hat, als unsere Offensive scheiterte und damit offenbar der Krieg verloren war. Dann hat sie aber erheblich zur Verschlechterung unserer Lage beigetragen. Ich bleibe auch dabei, daß schließlich der Dolchstoß der Revolution uns wehrlos gemacht hat.

Ich möchte auch darauf hinweisen, daß wir den Menschen nicht als Maschine betrachtet haben. So schwere Fehler darf man uns doch auch nicht zutrauen. Wie hätten wir den Krieg nur mit Maschinen führen können? Wir haben sorgfältig den Zustand und die Stimmung der Leute beobachtet. Wir haben auch gewußt, wie erschöpft sie 1918 waren und wie das, was man alles von ihnen verlangte, bis an die äußerste Grenze dessen ging, was ein Mensch leisten kann, und wir haben unsere Leute bewundert. Wir waren aber im Sommer und Herbst 1918 nicht mehr in der Lage, die Leute zu schonen. Wir konnten nicht die Divisionen herausziehen und ihnen Ruhe geben, wie es die Gegner machen konnten. Wir mußten sehen, uns aufrecht zu erhalten und widerstandsfähig zu bleiben, um der politischen Leitung die Möglichkeit an die Hand zu geben, im Laufe des Sommers und Herbstes irgendwie den Krieg abzuschließen.

Es sind Tagebücher vorgebracht worden. Sie sind, wie in diesem Falle, zweifellos von Wert. Ich möchte aber doch glauben, daß ein einzelnes Tagebuch allein nicht beweiskräftig ist. Wir werden sicher auch eine Menge Tagebücher finden, die in anderer Richtung gehalten sind, und ich möchte anregen, ob wir uns nicht mit dem Reichsarchiv in Verbindung setzen können, ob vielleicht dort eine Samm-

lung oder eine Auswahl vorhanden ist, oder ob jemandem die Möglichkeit gegeben werden kann, eine Auswahl zu treffen, die beiden Seiten gerecht wird.

Vertreter des Reichsministeriums des Innern Reichsarchivrat *Volkmann:* Es ist bekannt, daß im Reichsarchiv ganz ungeheure Bestände von Tagebüchern und Briefen von Kriegsteilnehmern vorhanden sind (etwa 500 000). Die Bestände sind so groß, daß es unmöglich für den Außenstehenden ist, sich ein klares Bild zu machen. Über die Tagebücher haben sich die Besitzer das jeweilige Verfügungsrecht vorbehalten. Man ist bereits damit beschäftigt, Auswahlen zu treffen und die Briefe nach bestimmten Gesichtspunkten zu ordnen. Unter anderem ist in der Bildung begriffen eine Sammlung von Briefen von jungen Akademikern, hauptsächlich Studenten, die an der Front gestanden haben. Man hat, soweit ich unterrichtet bin, etwa 5000 Briefe zusammengenommen, die wertvolle Angaben enthalten, und hat diese 5000 Briefe auch schon geordnet. Ich glaube, daß dieses Material für die Beurteilung der Fragen, wie sie heute hier angeschnitten worden sind, sehr wichtig sein könnte. Allerdings wäre noch festzustellen, ob die Auswertung bereits so weit gediehen ist, daß man zu bestimmten Ergebnissen kommen kann.

Abg. *Joos:* Sind auch Tagebücher von der Marine da?

(Abg. *Dittmann:* Von Mannschaften! Darauf kommt es an!)

Vertreter des Reichsministeriums des Innern Reichsarchivrat *Volkmann:* Marinesachen sind bestimmt nicht da. Da müßte man sich an das Marinearchiv wenden. Es sind mir zwar gelegentlich auch Tagebücher von Marineleuten vorgekommen, aber das waren, soweit ich mich entsinne, Tagebücher von Offizieren.

Abg. Dr. *Schücking:* Ich habe in diesem Ausschuß immer die Meinung vertreten, daß, wenn wir der Dolchstoßlegende oder der Dolchstoßthese, will ich einmal ganz neutral sagen, wirklich nachgehen wollten, wir dann ein ungeheures Material von Tagebüchern und Briefen durcharbeiten müssen.

Zur Sache selber folgendes: Je ungeheurer die Leistungen unseres deutschen Volkes in all seinen Schichten während des Krieges gewesen sind, um so schmerzlicher bin ich persönlich davon berührt, daß man das Volk selber an dem Mißerfolge schuldig sprechen will, indem man erklärt, daß es versagt und dem Dolchstoß sich nicht widersetzt habe, der angeblich geführt worden ist. Goethe, der wirklich kein Revolutionär war, hat einmal gesagt: an Revolutionen sind immer noch die Regierenden schuld gewesen, und ich teile in dieser Beziehung ganz die Anschauungen, denen Herr Dr. Moses Ausdruck gegeben hat, daß nur die regierenden Schichten die Verantwortung für die Katastrophe des deutschen Volks tragen. Die sind in Wirklichkeit, wenn überhaupt Schuldige gefunden werden können, als die Schuldigen anzusehen. Und bei allen Leistungen, die Heer und Marine aufzuweisen

haben, sind doch auch hier außerordentliche Fehler gemacht worden. Einer der hauptsächlichsten ist wiederholt zum Ausdruck gebracht worden, daß nämlich die zentralen Instanzen gar nicht im Bild gewesen sind über die wirklichen *Stimmungen* innerhalb des Heeres und der Marine.

Ich möchte hier auf ein Gespräch Bezug nehmen, das ich einmal mit dem so bedeutenden und patriotischen Gelehrten Professor Haber geführt habe. Dieser hat mir berichtet, daß er an einem Tage zu Gaste bei der Obersten Heeresleitung gewesen sei und bei dieser Gelegenheit die Herren sich mit ihm ganz intim über die Möglichkeiten einer weiteren Fortsetzung des Krieges unterhalten hätten und daß er am selben Abend an demselben Ort in einem Offizierskasino zu Gaste gewesen sei, in dem Offiziere mittleren und unteren Ranges vorhanden gewesen seien, und da sei ein so furchtbarer Unterschied zwischen den Anschauungen der Obersten Heeresleitung und den Anschauungen dieser Offiziere, die an der Front gewesen wären, hervorgetreten, daß er sich gesagt habe: hier ist etwas faul, hier ist ein Fehler in der Organisation, offenbar gehen die Anschauungen hier viel zu weit auseinander. Und warum gingen die Anschauungen so weit auseinander? Der Sachverständige v. Kuhl hat das vorige Mal darauf hingewiesen, wir sollten, wenn wir Tagebücher und Briefe lesen, auch die militärischen Berichte studieren. Ich habe nichts dagegen, daß auch diese herangezogen werden. Aber die Tatsache steht fest, daß diese militärischen Berichte, die der Obersten Heeresleitung über die Stimmung der Truppen mitgeteilt worden sind, größtenteils der Wahrheit nicht entsprachen.

So sehr ich die Pflicht habe, mich in militärischen Dingen zurückzuhalten, weil ich selber nicht dabei gewesen bin, so habe ich leider immer wieder den schmerzlichen Eindruck gewonnen, daß zu den Kardinalfehlern der Armee vor dem Weltkriege und während des Krieges der gehört hat, daß die Wahrhaftigkeit eine zu geringe Rolle gespielt hat. Mir persönlich ist das unfaßbar gewesen, denn ich habe immer die Überzeugung gehabt, daß Offiziere Leute von ehrenhafter Gesinnung seien und daß ehrenhafte Gesinnung hier ganz besonders gepflegt sei. Aber zu ehrenhafter Gesinnung gehört doch auch, daß man nicht lügt und daß man seinem Vorgesetzten keine Berichte schreibt, die durchaus falsche Angaben enthalten.

Welche Erfahrungen habe ich denn selber gemacht? Während des Krieges bin ich wiederholt im Auslande bei pazifistischen Organisationen gewesen. Ich bin niemals im Auslande gewesen ohne Vorwissen des Auswärtigen Amtes. Ich habe kein Wort gesprochen oder geschrieben, über das nicht das Auswärtige Amt vollständige Aufklärung erhalten hätte. Ich habe mich an das Landratsamt in Marburg gewandt, um einen Paß für Holland zu bekommen. Das Landratsamt in Marburg hat mir gesagt: Sie müssen sich an das Generalkommando in Cassel

wenden. Ich habe das getan, habe aber keine Antwort vom Generalkommando bekommen. Ich habe nochmals geschrieben, habe telegraphiert, dringend telegraphiert; ich habe keine Antwort bekommen. Darauf bin ich hingereist, und da hat der Major Freiherr v. Soundso beim Stellvertretenden Generalkommando den Mut gehabt, mir ins Gesicht zu sagen: Herr Professor, wir wissen gar nichts von der Angelegenheit, wir haben niemals ein Gesuch um einen Paß von Ihnen bekommen.

Wenn der Mann gesagt hätte: Herr Professor Schücking, wir halten es nicht für gut, daß Sie ins Ausland reisen, dann hätte ich gesagt: Der Mann ist ein Ehrenmann, er tut seine Pflicht, er glaubt dem Vaterlande genau so zu dienen, wie du dem Vaterlande dienen willst. Aber solche Dinge abzuleugnen, was ist das für eine Moral, und was ist das für eine Kläglichkeit!

Aber das ist ja nicht der einzige Fall. Immer wieder hört man solche Fälle. Ein vertrauenswürdiger Mann hat mir erzählt: Hier in Berlin lebte noch der Mann, der der Koch im Großen Hauptquartier gewesen sei, und der mache sich ein besonderes Vergnügen daraus, als Restaurateur gelegentlich seinen Gästen das Menu zu zeigen, das er angewiesen worden sei an dem Tage herzustellen, wo Herren aus dem Deutschen Reichstag im Großen Hauptquartier zu Besuch gewesen seien. Ja, so dumm, so töricht sind doch die Reichstagsabgeordneten nicht gewesen, daß sie geglaubt hätten, die Leute im Großen Hauptquartier, auf denen eine ungeheure Arbeit, eine ungeheure, unermeßliche, weltgeschichtliche Verantwortung lastete, könnten ihrer Arbeit genügen, wenn sie nicht ein anständiges Mittagessen bekämen. Niemand hätte daran von den Reichstagsabgeordneten Anstoß genommen, ohne Unterschied der Partei. Aber nur eine Kartoffelsuppe oder ich weiß nicht was, absichtlich auf das Menu zu setzen, um bei den Herren vom Deutschen Reichstag den Glauben zu erwecken, man hungert im Großen Hauptquartier, das ist eine Lüge. Welche unheilvollen Wirkungen das Lügen auch für ein Volk und für ein System hat, das hat sich wirklich aus der Geschichte dieses Krieges ergeben.

Was weiter das Verhältnis zwischen Offizieren und Mannschaften angeht, so hat uns Herr Admiral v. Trotha die Schwierigkeiten geschildert, die ja unzweifelhaft durch die Notwendigkeit des Offiziersatzes bestanden haben. Ich habe einmal in Friedenszeiten von Siegmund Schultze, der eine besondere Fühlung mit der Arbeiterseele gehabt hat, zu meinem großen Schmerze als Professor gehört, daß in der sozialdemokratischen Arbeiterschaft der junge Offizier, der Leutnant viel angesehener wäre und viel mehr respektiert werde als der Student, denn die Arbeiter kennten den militärischen Betrieb und sie wüßten von den Offizieren, auch von den jungen Offizieren, selbst wenn nicht alle erstklassig gewesen sind — das gibt es in keinem

Betriebe —, daß sie ein ungeheures Pflichtgefühl besäßen, während sie eine Verachtung für einen großen Teil der Studentenschaft zeigten, die Stipendiaten der Nation seien und trotzdem ihre Zeit mit Müßiggang hinbrächten.

Nun ist im Kriege der Fall eingetreten, daß diese Offiziere, die im preußischen und im deutschen Heere unzweifelhaft ein hohes Pflichtgefühl besaßen, zum großen Teil totgeschossen wurden und daß der Ersatz nicht vollwertig gewesen ist. Aber wenn unsere Oberste Heeresleitung mehr auf seelische Dinge eingestellt gewesen wäre, als sie es leider Gottes gewesen ist, so hätte sie sich über diese Gefahr klar sein und ganz andere Versuche machen müssen, dem Wirken dieser Konfirmanden-Leutnants Einhalt zu tun, als das geschehen ist. Schließlich war die Stellung der Offiziere von der der Mannschaft so stark unterschieden, wie mutatis mutandis, auf ganz anderen Grundlagen, mit ganz anderen Wirkungen in der katholischen Kirche ein Unterschied zwischen Priestern und Laien besteht. Auch da weiß jeder, der die katholische Kirche aus eigener Anschauung kennt, daß die ungeheure Bedeutung, die die katholische Kirche in unserem Volksleben hat, nicht gegeben sein würde, wenn nicht dieser würdige Priesterstand vorhanden wäre.

Eine solche Scheidung läßt sich eben nicht anders durchführen als mit ganz qualifizierten Elementen. Das beweist die Geschichte.

So haben die Dinge auch hier gelegen. Es sind leider Gottes zahlreiche Elemente unter den Offizieren gewesen, die offenbar nicht das Pflichtgefühl gegenüber den Mannschaften gehabt haben, das ihre Stellung erforderte. Es scheint wirklich zu wenig geschehen zu sein, um dem entgegenzuwirken.

Aus den Zahlen, die Herr Dr. Moses angeführt hat, hat sich auch bei mir wiederum der Eindruck verstärkt, daß eine Fortsetzung des Krieges eine Unmöglichkeit gewesen wäre. Deshalb ist aber in meinen Augen immer noch zwischen der Fortsetzung des Krieges und der Liquidierung des Krieges in denjenigen Formen zu unterscheiden, wie sie eintreten mußte, nachdem auch bei uns noch eine Revolution hinzugekommen war.

In dieser Beziehung hat mich das besonders interessiert, was Herr Treviranus angeführt hat und worauf auch Herr Admiral v. Trotha heute zu sprechen gekommen ist: die merkwürdige Tatsache, daß in weiten Kreisen der Marine die Vorstellung verbreitet gewesen ist: Wenn wir hier die rote Flagge hissen, wird sie sofort auch auf den anderen Schiffen gehißt werden, und wir werden einen guten Frieden bekommen. Wie Herr Treviranus es ausgezeichnet hier formuliert hat: die Leute glaubten nicht im geringsten gegen das Vaterland zu handeln, wenn sie neben der Flagge schwarz-weiß-rot ihre rote Flagge aufzogen.

Meinem Freunde Dr. Petersen in Hamburg sind damals in seiner Eigenschaft als Senator zu seiner persönlichen Bewachung in den Revolutionstagen ein paar Matrosen beigeordnet worden. Da hat er diese Matrosen eingeladen, mit ihm ein Glas Wein zu trinken, um sie kennen zu lernen. Er hat mir erzählt, es wären ganz prächtige Leute gewesen;

(Abg. *Dittmann:* Die Erfahrung haben wir hier auch gemacht!) — was ihn aber so fürchterlich erschüttert hätte, sei der naive Glaube auch dieser Leute gewesen, daß sie dadurch, daß sie die rote Flagge auf ihren Schiffen gehißt hätten, den Krieg unter den für Deutschland günstigsten Bedingungen, d. h. ohne Kriegsentschädigung und ohne Landverlust zu Ende gebracht hätten. Woher kommt dieser naive Glaube? Ist er bei den Leuten selber entstanden? Ist er bei den Leuten wachgerufen worden, ist er mit gutem Glauben, ist er mit schlechtem Glauben wachgerufen? Hier ist ein außerordentlich schweres Problem, mit dem wir uns noch weiter beschäftigen müssen.

Sachverständiger Dr. *Delbrück:* Herr Oberst Schwertfeger hat, glaube ich, mit vollem Recht darauf hingewiesen, daß das Nichteinsetzen der Flotte eine überaus verderbliche psychologische Wirkung auf die Mannschaften ausgeübt hat. Es wird also auch für unsere Untersuchung ein sehr wesentliches Objekt sein, weshalb die Flotte nicht eingesetzt worden ist. Nun ist bekannt, daß der Großadmiral v. Tirpitz die Behauptung aufgestellt hat, er sei immer dafür eingetreten, aber unter Herrn v. Bethmanns Einfluß sei dieser sein Rat und sein Plan nicht befolgt worden. Es scheint mir von der höchsten Wichtigkeit zu sein, daß sichergestellt wird, ob das wahr ist oder ob das auf einer Selbsttäuschung beruht.

Ich möchte deshalb vorschlagen, da ich aus sicherer Quelle weiß, daß der Großadmiral v. Tirpitz in den ersten Tagen nach der Mobilmachung sich zu Herren aus der allernächsten, intimsten Umgebung Seiner Majestät in ganz entgegengesetztem Sinne geäußert hat, daß darüber ein Zeuge vernommen wird, und würde, wenn das prinzipiell gutgeheißen wird, als Zeugen den Oberstallmeister Freiherrn von Reischach vorschlagen, den wir darüber vernehmen können, welche Stellung der Großadmiral v. Tirpitz in den ersten Wochen zu der Idee der Seeschlacht gehabt hat. Wenn es sich bewahrheiten sollte, wie ich sicher bin, daß er damals selber gegen die Seeschlacht gewesen ist, dann würde sich herausstellen, daß er sich in seiner Erinnerung darüber getäuscht hat und mit der festen Forderung der Seeschlacht erst herausgekommen ist, nachdem er wußte, daß Seine Majestät und die anderen Berater dagegen waren.

Es würde von sehr großer Wichtigkeit sein, festzustellen, daß dieser Vertreter der Seeschlacht selber damals zum wenigsten geschwankt hat, ob die Seeschlacht für uns geboten, nützlich, notwendig, durchführbar wäre.

Sachverständiger *Schwertfeger:* Ich möchte bemerken, daß der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg auf das Energischste in Abrede gestellt hat, für diesen Nichteinsatz der Flotte verantwortlich zu sein. Er hat mir in dieser Angelegenheit selbst einmal einen Brief geschrieben. Nachdem er damals hier im Reichstag, ich glaube, im Jahre 1919, vernommen worden war, sprach er mit mir in höchster persönlicher Erregung gerade über dieses Problem und setzte mir auseinander, daß der Vorwurf, er habe den Nichteinsatz der Flotte gefordert und durchgesetzt, unberechtigt sei. Ein solcher Vorwurf könne gegen ihn nur erhoben werden — schrieb er mir daraufhin nachher —, wenn die maßgebenden Admirale in kontradiktorischer Form in Gegenwart des Obersten Kriegsherrn ihre Bedenken dagegen zur Sprache gebracht hätten und er dann bei diesem Thronvortrage den Sieg über die Auffassung der Admirale davongetragen hätte. Es sei aber eine derartige kontradiktorische Aussprache in Gegenwart des Obersten Kriegsherrn niemals erfolgt.

Ich glaube, daß hierzu auch etwas Material die Aufzeichnungen des vor kurzem verstorbenen Geheimen Kabinettsrats v. Valentini enthalten dürften, der Tagebücher hinterlassen hat, die aber im Besitz der Familie sind und von denen es noch nicht feststeht, ob sie der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden können. Vielleicht ist es aber möglich, in bezug auf einen solchen einzelnen Punkt eine Auskunft zu erhalten. Ich würde, wenn der Untersuchungsausschuß Wert darauf legt, erbötig sein, mit dem rechtmäßigen Besitzer dieser Aufzeichnungen darüber in Verbindung zu treten.

(Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:* Der Ausschuß dankt Ihnen für die Anregung und bittet Sie, die Sache weiter zu verfolgen.)

Abg. Graf *zu Eulenburg:* Der Herr Abgeordnete Joos hat von einem Tagebuch Kenntnis gegeben, welches — ich weiß nicht, ob ich recht verstanden habe — kurz vor dem Kriege begonnen und während des Krieges jahrelang fortgeführt worden ist. Da ist mir nun bei den Teilen, die hier verlesen wurden, aufgefallen, daß doch eine ganze Menge Äußerungen darin vorkommen, die sich nicht nur mit den Magenfragen, sondern auch mit politischen Dingen befassen. Der Herr Abgeordnete Joos hat eine Äußerung verlesen, die ungefähr folgendermaßen lautet: Wenn man die Dinge als besitzloser Proletarier betrachtet, käme man zu der Auffassung: lieber englischer Sklave als deutscher Soldat! — Ich glaube doch, daß diese Auffassung nicht die allgemeine gewesen ist, und daß man zahllose Äußerungen von anderen Matrosen beibringen könnte, die ganz entgegengesetzt sind.

Im übrigen kommt es ja doch darauf an, zu untersuchen, ob diese ganze Einstellung aus dem Manne selbst, aus diesen Leuten selbst gekommen oder hineingetragen worden ist, und soweit ich das Material bis jetzt übersehe, bin ich zu der Auffassung gekommen — im Gegen-

satz zu der Auffassung anderer Herren, die darüber gesprochen haben —, daß sie eben *von außen bewußt* hineingetragen worden ist.

Nun hat Herr Dr. Schücking gesagt: hier soll das deutsche Volk schuldig gesprochen werden. Nein, Herr Dr. Schücking, nicht das deutsche Volk soll schuldig gesprochen werden, wir wissen alle, was das deutsche Volk im Kriege geleistet hat. Es handelt sich vielmehr um die Schuldfrage derjenigen, die eben, wie ich und andere Herren glauben, diese Keime der Zersetzung in die Armee und Marine hineingetragen haben.

Der Herr Abgeordnete Dr. Moses hat sich hier eingehend mit ärztlichen Gutachten befaßt, wobei er allerdings auf die Gutachten, die seine Auffassung nicht bekräftigen, weniger Wert zu legen schien. Er hat dann gesagt: die Agitation hätte keinen Erfolg gehabt, wenn nicht die katastrophale Ernährungslage vorhanden gewesen wäre.

Der Sachverständige v. Kuhl ist schon darauf eingegangen. Es wird gar nicht bestritten, daß das sehr stark mitgesprochen und mit die Grundlage für die Gesamtstimmung abgegeben hat. Aber wie ist es denn in Rußland gewesen? Rußland hat auch einen Zusammenbruch erlebt, obwohl Rußland nicht unter einer Blockade zu leiden hatte.

(Abg. *Dittmann:* Deutschland hat doch Rußland rund herum blockiert. — Sachverständiger Dr. *Delbrück:* Rußland brauchte keine Zufuhr von Lebensmitteln, es war ja ein Exportland!)

— Eben! Diese Lage ist durch einen Zusammenbruch der Front infolge der revolutionären Zersetzung erfolgt. Wer das gesehen hat, kann bezeugen, daß die Zersetzung derart gewesen ist, wie man sie sich schlimmer gar nicht vorstellen kann.

Dann hat Herr Abgeordneter Dr. Moses hier ausgeführt, daß wir Angehörigen der alten Armee, namentlich die Offiziere, in unseren Anschauungen nicht objektiv genug vorgingen. Denselben Vorwurf könnten wir Ihnen, meine Herren von der Linken, machen. — Wo Licht ist, ist auch Schatten, der eine sieht nur den Schatten, der andere auch das Licht. Wir geben offen zu, daß Mißstände vorhanden gewesen sind, aber wir wollen nicht, daß hier Dinge über die Armee und das Offizierkorps behauptet werden, die nach unserer persönlichen Erfahrung den Tatsachen nicht entsprechen.

(Abg. Dr. *Moses:* Ich habe ausdrücklich erklärt: ich will nicht verallgemeinern!)

— Wenn Sie das auch erklärt haben, die Art, wie Sie es vortrugen und wie Sie andere Dinge vortrugen, bedeutete einen Angriff auf uns. Das muß ich zurückweisen, ebenso wie ich es zurückweisen muß, was der Herr Abgeordnete Dr. Schücking gesagt hat, daß nicht die nötige Wahrheitsliebe vorhanden gewesen wäre. Er hat davon gesprochen, daß die unteren Chargen des Offizierkorps in einem Gegensatz zur Obersten Heeresleitung und zur obersten Führung gestanden hätten.

Ich habe zu den unteren Chargen gehört: ich war Bataillonskommandeur, vorher Schwadronsführer, und ich kann nicht zugeben, daß das der Fall gewesen ist. Gewiß ist es immer mal vorgekommen, daß mal eine andere Auffassung herrschte. Aber im Grunde genommen bestand nach wie vor großes Vertrauen in die obere Führung.

Wenn der Herr Abgeordnete Dr. Moses gesagt hat, daß wir nicht objektiv wären, wenn er gesagt hat, wir wollten hier die Ehre der alten Armee verteidigen und gingen darin zu weit, so werden Sie es verstehen müssen, daß wir allen Grund haben, die Ehre der alten Armee und des Offizierkorps wegen der Angriffe auf sie zu verteidigen. Wir tun das nicht nur um der Ehre der alten Armee willen, sondern auch vor allen Dingen um der Wahrheit willen!

Sachverständiger v. *Kuhl:* Es sollten keine Thesen aufgestellt werden; sie müssen bewiesen werden.

Ich stütze mich auf die Erfahrungen der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht, die fast die halbe Westfront innehatte und zu der zum Schluß etwa 1½ Millionen Mann gehörten. Wir haben aufs sorgfältigste zu ermitteln versucht: wie ist der Zustand der Truppe? Wir haben immer wieder betont: wir wollen wissen, wie es wirklich zugeht. Wir haben zahlreiche Berichte, die auf das schwärzeste die Lage schildern — ich habe sie noch in meinen Akten —, wo mir ein höherer Offizier, ein Divisionskommandeur, schreibt: „Sie ruinieren die Truppe, wenn Sie so weiter machen; die Truppe ist völlig erschöpft; die Truppe kann es nicht mehr leisten, sie ist fertig.“ Wir haben die Post kontrolliert, und darüber sind Zusammenstellungen gemacht worden. Da werden die Herren finden, wie der Zustand wahrheitsgetreu geschildert wird. Ich kann also feststellen und beweisen, daß die Kenntnis über den Zustand der Truppe bis zum Oberkommando der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht durchgedrungen ist.

Ich persönlich habe immer wieder mit General Ludendorff über diese Frage gesprochen und habe ihm das alles mitgeteilt, und es sind ihm auch die Berichte zur Kenntnis gekommen. Ich möchte also doch bitten, daß aus Einzelfällen, die übrigens noch des Beweises bedürfen, nicht ohne weiteres verallgemeinert wird, und ich stelle dem die persönliche Erfahrung entgegen.

Es ist auch ein Fall vorgeführt worden, wo die Reichstagsabgeordneten zur Obersten Heeresleitung kamen und das Essen absichtlich schlechter gemacht worden sei. Ich kann darüber keine Auskunft geben. Ich stelle dem die umgekehrte Erfahrung bei der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht gegenüber, wo das Essen spartanisch einfach war. Aber wenn die Herren Reichstagsabgeordneten kamen, dann haben wir uns mit Mühe etwas verschafft — in Belgien oder sonstwo — und haben etwas Besseres gegeben.

Als vorhin gesagt wurde, es sollten vom Reichsarchiv Briefe und Tagebücher zur Verfügung gestellt werden, da hat der Herr Ab-

geordnete Dittmann gleich eingeworfen: „Von Offizieren nicht!" Also Offiziere sollen nicht zu Worte kommen, dürfen nichts sagen, nur die Mannschaften, und zwar nur die, die irgendwelche Beschwerden führen! Briefe von Offizieren, Tagebücher, auch wenn es Leutnants sind, die mit dem Manne im Schützengraben, im Schlammtrichter gelegen haben, sollen nicht vorgebracht werden!

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:* Mit diesen Frontbesuchen hat man mitunter die merkwürdigsten Dinge erlebt. Die Herren kamen und sagten: wir wollen die unverfälschte Feldkost haben. Daraufhin wurde der übliche „blaue Heinrich" verabreicht. Wenn die Heimatgäste solche Gerichte drei Tage lang genossen hatten, dann legten sie Wert darauf, die sogenannte Offizierskost zu haben. Daraus erklären sich manche Mißverständnisse.

Von den Herren, die die Front besucht haben, ist aber immer erklärt worden, daß das, was sie bekamen, viel besser und reichlicher war als das, was in der Heimat geboten wurde.

Abg. *Dittmann:* Wenn ich bezüglich der Briefe der Offiziere eine Zwischenbemerkung gemacht habe, so deshalb, weil wir an Bekundungen von Offizieren genug haben. Was uns fehlt, sind Briefe von Mannschaften. Wir haben hier militärische Sachverständige, die nur zu militärischen Dingen sprechen sollten. Wir lassen die Herren auch über politische Dinge sprechen. Aber wenn die Dinge paritätisch behandelt werden sollen, müssen wir uns überlegen, ob wir jetzt, wo es sich um politische Fragen handelt, nicht auch Politiker aus den einzelnen Fraktionen und Parteien als Sachverständige heranziehen. Jetzt ist von einer Parität keine Rede mehr. Sobald ein Mitglied des Ausschusses gesprochen hat, marschieren die Herren militärischen Sachverständigen auf und geben ihre Meinung zum besten, die Gegenseite kommt nicht zu Wort, und dann beschwert sich noch Herr General v. Kuhl darüber, daß die Offiziere nicht gehört werden sollen. Die Imparität ist nach der anderen Seite hin, die andere Seite kommt nicht zur Geltung; die Militärs kommen genug zur Geltung. Es handelt sich doch um die Auskunftspersonen und um die Gutachter, die vom Ausschuß herangezogen werden, und wenn ich in bezug auf die Studentenbriefe einen Zwischenruf gemacht habe, so wird niemand leugnen können, daß Studentenbriefe wirklich für niemand beweiskräftig sein können. Das sind Leute, denen jede Lebenserfahrung fehlt, die erst in das praktische Leben hineinwachsen sollen. Wenn sie nun auch mit Begeisterung hinausgegangen sind und alle ihre Kräfte an den neuen Beruf, der ihnen zufiel, gewendet haben, so wird doch kein Mensch sagen, daß gerade die Briefe dieser Studenten diejenigen seien, die man gerade haben und die man nun im Reichsarchiv sammeln müsse.

Sachverständiger *Schwertfeger:* Zur Frage der Berichterstattung nach oben möchte ich auf die Zusammenstellung hinweisen, die uns zugänglich gemacht worden ist, aus der schlagend hervor-

geht, daß die Berichte über den Zustand der Divisionen an der Westfront im großen und ganzen doch sehr ernst und sehr der Wahrheit entsprechend gewesen sind; denn es geht daraus deutlich hervor, wieviel Divisionen noch kampffähig, wieviel vollständig erschüttert und nicht einsetzbar binnen soundsovielen Wochen waren. Diese Zusammenstellung beweist im hohen Grade, daß gerade da, wo es hauptsächlich von Wert war, über die Kampfkraft der Truppen orientiert zu sein, nämlich an der Westfront, im großen und ganzen wahr berichtet worden ist, wobei ich zugebe, daß es vielleicht schwache Persönlichkeiten gegeben hat, die um ihre eigene Stellung besorgt waren und durch eine genaue Berichterstattung ihre eigene Stellung nicht erschweren wollten. Aber im großen und ganzen zeigt die Zusammenstellung, daß im hohen Maße der Ernst der Sachlage im Oktober 1918 und wahrscheinlich auch früher zum Ausdruck gekommen ist.

## Sitzung, Mittwoch, den 10. Februar 1926

### Fortsetzung der Aussprache über die Berichte der Abgeordneten Dr. Rosenberg und Dr. Bergsträßer

Sachverständiger Dr. *Herz:* Ich möchte nur zu dem, was der Herr Abgeordnete Joos über die Stimmung in der Marine bemerkt hat, aus dem kleinen Schriftchen, das unter dem Pseudonym „Antinauticus“ erschienen ist: „Deutschlands revolutionäre Matrosen“, dessen Verfasser der seinerzeit zum Tode verurteilte und dann begnadigte Willy *Sachse* ist, folgendes mitteilen. Es hatte bereits schon einmal vor den Vorgängen, die den Grund zur Untersuchung der Marinemeuterei gegeben haben, passive Resistenz der Heizer auf einem Schiffe stattgefunden, auf dem Sachse war, und zwar wegen Verkürzung der Seifenration. Bei dieser Gelegenheit hatte der erschossene Reichpietsch erklärt: Diese Aktion müssen wir zunächst verschieben, weil die Flotte zum Kampf auslaufen muß. Das scheint mir charakteristisch für die Psychologie dieser revolutionären Matrosen. Noch charakteristischer erscheint mir folgendes. Sachse, der zugibt, daß er den ganz Linksradikalen angehört hat, erzählt, daß seine ganze Aktion sehr geringe Fortschritte in der Marine gemacht hätte, weil die Marine sich jeglicher revolutionärer Agitation gegenüber ablehnend verhalten hat. Diese ganz geringen Fortschritte seien durch Scarborough und durch die Seeschlacht am Skagerrak vollkommen vernichtet worden, weil sofort danach ein Umschwung in der Stimmung eingetreten ist.

Was die Rede betrifft, von der in dem Tagebuch gesprochen wird, so möchte ich darauf hinweisen, daß nach Mitteilungen von Wrisberg in seinem Buche „Heer und Heimat“ Seite 52 und 53 damals von

seiten des Kriegsministeriums eine politische Aktion eingeleitet worden ist, um einer allzu starken Radikalisierung und allzu starken Linksorientierung der Regierung entgegenzutreten, daß da Besprechungen stattgefunden haben mit maßgebenden Zivilinstanzen und daß dabei ausdrücklich geltend gemacht worden ist, man müßte die Stellung der Hohenzollern und gegenüber dem allzu starken Drängen nach links die Rechte stärken. Inwieweit die oben erwähnte Rede auf diese Besprechungen zurückzuführen ist, entzieht sich meiner Kenntnis.

Was die *Mißstände* in Heer und Heimat betrifft, so glaube ich, daß von diesen Mißständen eine ganze Anzahl abstellbar waren. Ich glaube aber nicht, daß die Abstellung dieser Mißstände an dem äußeren Verlauf des Krieges und der wirtschaftlichen und moralischen Zerrüttung Deutschlands sehr viel oder überhaupt etwas geändert hätte. Es wird mir schwer, das auszusprechen. Ich habe immer auf dem Standpunkt gestanden, daß der Mensch mehr ist als der homo sapiens aus der Klasse der Säugetiere; er ist ein zoon politicon, begabt mit reiner Vernunft. Aber: Der Krieg hat bewiesen, daß das frivole Wort: „Der Mensch *ist,* was er *ißt*" sehr viele Teile Wahrheit hat. Wir sind abhängig geworden von unserem Magen. Der Hunger hat das Volk moralisch zerrüttet.

Nun kommt allerdings dabei ein seelisches Moment hinzu. Der Steckrübenwinter hat auf die Leute namentlich in Süddeutschland psychologisch verheerend gewirkt. Die Leute konnten einfach die Steckrüben nicht mehr vertragen. Das Wesentliche war aber der Unterschied zur Schleichhandelsernährung. Das trifft nicht nur, wie hier vielfach behauptet worden ist, den Unterschied zwischen Offizier und Mann. Das war im Innern genau ebenso.

Es kommt weiter hinzu, daß es sehr schwer war, die städtische Bevölkerung darüber aufzuklären, daß der Schleichhandel an sich nicht die Ernährung so schlecht gemacht hat. Selbst wenn restlos alles abgeliefert worden wäre, wären die Zustände nicht viel besser gewesen.

(Abg. Dr. *Schücking:* Sehr richtig!)

— Das war den Leuten sehr schwer klarzumachen, weil die Statistik ihnen vor dem Kriege gesagt hatte, Deutschland könne sich bis auf 10% mit eigenem Getreide ernähren, wobei nur vergessen wurde, daß wir 500 000 Wanderarbeiter brauchten, und weil ihnen weiter erzählt worden ist, Deutschland liefere sein Fleisch bis zu 95% aus der eigenen Produktion, wobei ihnen aber wiederum nicht erzählt wurde, daß 60 Millionen Tonnen Futtermittel nötig waren, um dieses Fleisch zu schaffen. Nachdem der Begriff der Autarkie so in das Volk hineingetragen war, war das den Leuten nicht klarzumachen. Sie glaubten es einfach nicht.

Daß dieser Gegensatz sehr viel dazu beigetragen hat, die Stimmung zu verschlechtern, viel mehr noch als der Hunger, beweist auch ein Antrag der Deutschkonservativen aus dem Kriege, auf Verdoppelung der

Löhnung der Mannschaften, Erhöhung der Offiziersgehälter und gleiche Beköstigung für Offiziere und Mannschaften. Dieser Antrag ist leider erst am 22. Oktober 1918 gestellt worden, als es zu spät war. Ich bin persönlich, soweit wie ich konnte, dafür eingetreten, daß auch in der Heimat die Privatküchen aufhörten und in irgendeiner Form gemeinschaftlich gekocht werden sollte. Ich habe diese Vorschläge verschiedentlich gemacht. Man hat mir technische Schwierigkeiten eingewendet, die tatsächlich bestanden, die aber nach meiner Meinung zu überwinden gewesen wären. Mir ist dann aber von sozialdemokratischen Herren erwidert worden, eine solche Gemeinschaftsküche vertrage die Psyche der Arbeiterfrau nicht. Das würde noch schlimmer sein, als wenn sie so anstehen müßten usw.

Nehmen wir diesen Hunger so wichtig, wie er tatsächlich zu nehmen ist, so müssen wir eigentlich sagen: Er ist für die Frage des Dolchstoßes entscheidend. Der Krieg war in demselben Augenblick verloren, in dem England in den Krieg eintrat und damit die Möglichkeit der Blockade gegeben war, die, wie der Bericht des Admirals Scheer ergibt, nicht zu durchbrechen war. Der Krieg war ein zweites Mal verloren, als die erste Marneschlacht verloren ging. Wenn politische und militärische Leitung es auf sich nahmen, die Neutralität von Belgien zu brechen, so muß das die letzte Möglichkeit gewesen sein, um überhaupt den Sieg zu erfechten und die Niederlage zu vermeiden. Denn ohne diese Möglichkeit konnte kein Militär und kein Politiker die Gefahr des Rechtsbruches auf sich nehmen. Der Krieg war damit moralisch in der Welt verloren. Ich stelle nur fest, ich werte nicht. Er war moralisch ganz verloren, als wir mit Annexionsplänen herauskamen. Wir waren auch vor der öffentlichen Meinung der Welt, die ja bei den Agitationen eine große Rolle gespielt hat, deswegen im Nachteil, weil wir den Krieg erklärt hatten. Die Beweislast, daß wir nicht die Angreifer waren, lag daher auf unserer Seite.

Was nun den Dolchstoß betrifft, so möchte ich noch feststellen, daß nach Meinung aller sachverständigen Herren die große Offensive nicht verloren wurde durch irgendwelche revolutionäre Agitation. Das ist, glaube ich, jetzt communis opinio. Die Niederlage an sich ist also nicht auf revolutionäre Agitation zurückzuführen. Denn auch darüber sind wir einig, daß mit dem Mißlingen der großen Offensive der Krieg verloren und die Niederlage besiegelt war.

Ich möchte diese Gelegenheit benutzen, um auf das einzugehen, was uns Herr General Wetzell über den Verrat der großen Offensive vom 15. Juli 1918 gesagt hat. Er hat gesagt: ein „pazifistisch-sozialistisch angehauchter Wachtmeister" hätte diese Offensive verraten. Ich will nicht darauf eingehen, ob es überhaupt nötig war, diese Offensive zu verraten. Wir alle wissen, daß man vom Schwarzen Meer bis zu den Alpen von ihr sprach. Die Behauptung ist aber un-

richtig. Durch einen Zufall ist es möglich gewesen, festzustellen, wer eigentlich diesen Verrat begangen hat. Er war erstens einmal kein Wachtmeister, sondern ein Fahrer der Artillerie, der ganz hinten war. Er ist übergelaufen aus Furcht vor Strafe und hatte ein ziemlich langes Sündenregister. Er hat, wie die Akten der Voruntersuchung ergeben, erklärt, daß er als Sachse die Preußen gehaßt habe. Deswegen sei er übergelaufen. Dann bestreitet er, einen großen Teil der Mitteilungen gemacht zu haben, die auf ihn zurückgeführt werden. Ob das wahr ist, weiß man nicht. Jedenfalls kann er diese detaillierten Beobachtungen als Fahrer kaum gemacht haben. Er muß sie irgendwo von Offizieren erlauscht haben. Daß er irgendwie zur sozialistischen Partei gehört, daß er sozialistische oder pazifistische Gedanken hätte, davon steht in den ganzen Akten kein Wort. Es ist mir ganz unerfindlich, wie Herr Wetzell einfach aus dem Handgelenk diese Behauptung aufstellen kann, für die auch nicht die allerleiseste Unterlage vorhanden ist.

(Abg. Dr. *Schücking:* Hört! Hört! — Abg. *Dittmann:* Das ist typisch!)

Kann nun der Dolchstoß, wenn er für die Niederlage nicht verantwortlich ist, für den Zusammenbruch verantwortlich gemacht werden? Da möchte ich einige Bemerkungen zu den Berichten der Herren Dr. Rosenberg und Dr. Bergsträßer machen. Den dort entwickelten psychologischen Gedankengängen stimme ich im wesentlichen zu. Herrn Professor Bergsträßer gegenüber möchte ich nur eins betonen. Er verwischt einmal die Kategorien. Er kommt mir in mein juristisches Gehege, wenn er sagt, diejenigen, die den Dolchstoß behaupteten, müssen ihn beweisen. Bei einem Beleidigungsprozeß mag das richtig sein. Wir müssen aber objektiv untersuchen, ganz gleichgültig, ob die Behauptung von links oder rechts aufgestellt wird. Ferner glaube ich nicht, daß das Nichtweitertreiben der Revolution, wie man es wohl genannt hat, auf Erschöpfung zurückzuführen ist. Ich glaube, die Revolution ist nicht weitergetrieben worden, nicht, weil die deutsche Arbeiterschaft erschöpft war, sondern hauptsächlich, weil die deutsche Arbeiterschaft marxistisch geschult, gewerkschaftlich organisiert war und den Kommunismus prinzipiell ablehnte und ablehnen mußte, weil nach der Theorie von Marx die Zeit für die Übernahme der Herrschaft durch das Proletariat mangels der Konzentration und Akkumulation des Kapitals noch nicht gekommen war. Das ist der Hauptgrund, weswegen der Bolschewismus bei uns keinen Boden gefunden hat. Für die entgegengesetzte Meinung des Dr. Rosenberg spricht allerdings die Tatsache, die General Groener in München bekundet hat, daß damals, als die Spartakusunruhen hier in Berlin waren, die Sache nicht zum Klappen gekommen ist, weil sowohl seine Truppen wie die Spartakisten Weih-

nachten feiern wollten und infolgedessen die Kämpfe zu einer Zeit aufhörten, als es schlecht um die Regierung stand.

Ich glaube, es liegt auch daran, daß wir in Deutschland eine revolutionäre Tradition nicht haben. Wenn Sie den Unterschied sehen wollen, wie Völker mit einer revolutionären Tradition die Revolution sehen und wie wir sie sehen, deren politische Tradition auf Einheit gerichtet war, dann lesen Sie, wie Paléologue erzählt, daß selbst rechtsstehende französische Sozialisten, wie der Munitionsminister Thomas, nach Petersburg kommen und dort von den wehenden roten Fahnen, von dieser ganzen revolutionären Romantik so begeistert werden, daß sie erklären: Die russischen Bolschewisten hätten recht, man müsse sogar Elsaß-Lothringen aus dem Ballast der Kriegsziele herauswerfen. *Ich glaube, daß also die ganze Frage des Dolchstoßes eine psychologische und keine Tatsachenfrage ist.* Ich kann mir daher auch nicht viel versprechen, wenn wir hier weiteres Tatsachenmaterial zusammentragen.

Auf annexionistischer Seite gibt es genau soviel Nuancen wie auf revolutionärer Seite, beginnend von den Dingen, die da in Bayern gemacht wurden, hauptsächlich im Verlag von Lehmann, bis weit hinein in die sozialistischen Kreise, Cohen-Reuß und andere. Der eine wollte hier, der andere dort annektieren. Ich glaube, der Standpunkt, daß Annexionen gegen den Willen der Bevölkerung unsittlich sind, ist im Kriege nur von sehr wenigen vertreten worden. Und wenn ich auf die Frage der Kontributionen komme: wenn wir einen Frieden, der uns unsere Kriegslasten abgenommen hätte, hätten bekommen können, so würde ihn, glaube ich, auch keiner selbst der linksstehendsten Politiker abgelehnt haben. Man hätte sich vielleicht aus Prinzip der Stimme enthalten, hätte aber das Geld sehr gern genommen, weil es zur Entlastung der eigenen Wirtschaft beigetragen hätte. Es entsprach auch dem allgemeinen Volksempfinden, es entsprach der Idee, daß ein Krieg eine Art Prozeß sei, bei dem derjenige, der verliert, die Kosten zu tragen hat.

(Abg. *Dittmann:* Wollen Sie nicht die Frage beantworten, ob Annexionen und Kontributionen eng miteinander zusammenhängen; wenn man keine Annexionen wollte, konnte man auch keine Kontributionen fordern!)

Wir wollen uns da alle nicht besser machen, als wir sind. Ich bin auch für einen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen eingetreten. Ich muß aber erklären: wenn ich Abgeordneter gewesen wäre, und es wären uns soundsoviel Milliarden zugesprochen worden, ich hätte glatt dafür gestimmt. Darüber wollen wir uns doch nichts vormachen.

(Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:* Es kam darauf an, was mit dem Gelde geschehen sollte: wenn es in dem Sinn der Freunde des Herrn Dittmann verwendet worden wäre, so glaube ich nicht,

daß die Sozialdemokraten es abgelehnt hätten, eine Kriegsentschädigung zu nehmen.)

Mit der psychologischen Frage kommen wir vollkommen ins Irrationale. Wir können nicht irgendwie abwägen, was mehr gewirkt hat: diese oder jene Agitation. Und die Sache wird doppelt schwer, weil wir ja nicht wissen, was primär war bei allen den Einzelnen. Ist der Mann, der ein Drückeberger war, deswegen Drückeberger gewesen, weil er linksradikal eingestellt war, oder war er feige; war es ihm eine wundervolle Entschuldigung zu sagen: ich türme nach Holland, weil ich es mit meiner politischen Überzeugung nicht für vereinbar halte, die Waffen zu tragen?

Es handelt sich nun weiter bei der Dolchstoßfrage um die Frage des Zusammenbruchs. Darüber, glaube ich, sind wir uns alle einig, daß die Revolution das Weiterkämpfen unmöglich gemacht hat. Selbstverständlich war ohne sie physisch möglich, weiterzukämpfen. Nun kommen wir aber wieder auf eine Vermutung: was wäre geworden, wenn wir weitergekämpft hätten? Hätten wir bessere Bedingungen bekommen, konnten wir es verantworten? Der General v. Gallwitz erklärt z. B. am 28. Oktober 1918: wir müssen mit dem Kriege aufhören, sobald wir an die deutsche Grenze kommen. Man kann da überhaupt keine Antwort finden, weil eine Frage nicht zu beantworten ist, was geworden wäre, wenn die Dinge anders gelaufen wären.

Der Sachverständige v. Kuhl ist der Meinung, daß wir wenigstens die Ehrenpunkte aus dem Friedensvertrag hätten herausbekommen können. Es ist mir schmerzlich, da widersprechen zu müssen. Aber eine Überzeugung habe ich — und das werden mir wohl die meisten bestätigen, die die Stimmung im Lande kannten —: *um die Auslieferungsfrage hätte nicht ein Prozent der deutschen Bevölkerung den Krieg fortgesetzt.*

(Sachverständiger Dr. *Delbrück:* Ich muß widersprechen!)

— Die einzige Auslieferung, gegen die sich das Volk gesträubt hätte, wäre die Auslieferung Hindenburgs gewesen. Der Offiziershaß — ich will nicht untersuchen, ob er berechtigt war oder nicht — war im Volke so groß, daß man für Auslieferung der Offiziere, deren Namen man meist nicht kannte, keinen Finger gerührt hätte. Ich betone ausdrücklich dabei, daß ich mir keineswegs diesen Offiziershaß in dieser Form zu eigen mache. Ich glaube, daß Verallgemeinerungen viel daran schuld sind. Aber wo Sie in der Heimat hinhörten, fanden Sie diese Abneigung, diesen bis zum äußersten gesteigerten Haß gegen die Offiziere.

(Sachverständiger *Schwertfeger:* Auch gegen die Heerführer, die kannte man doch?)

— Aber es war nur Hindenburg, der populär war. Über den Fall Ludendorff haben wir schon einmal gesprochen. Da ist mir von Seiten

eines Herrn, ich glaube vom damaligen Abg. Dr. Deermann, bestätigt, daß bereits 1917 der Name Ludendorff zu den gehaßtesten Namen in Deutschland gehörte.

Nun kommen wir bei der Frage der Revolution auf eine andere Frage, nämlich die: *kann man die Revolution überhaupt machen?* Ich glaube es nicht. Revolutionen sind die Auflehnung derjenigen Leute, die die Machtmittel des Staates nicht in der Hand haben, gegen den Staat, der die Machtmittel in der Hand hat. Der Staat muß also vollkommen zermorscht sein, wenn die unbewaffnete Menge gegenüber der bewaffneten Macht den Sieg erringt. Man kann Gegenrevolutionen machen — Mussolini ist dafür das typische Beispiel —, man kann Militärputsche machen, aber Revolutionen kann man überhaupt nicht machen; sie entstehen gewissermaßen zwangsläufig. Und die Revolution als solche verantwortlich zu machen, kommt mir ein wenig vor, wie wenn primitive Völker ihre Götzen züchtigen, wenn es hagelt, weil es hagelt.

In Wirklichkeit ist ja alles, was revolutionäre Agitation war, getrieben worden auf der Grundlage des Hungers. Wir haben das alle erlebt in den Zeiten nach der Revolution.

Das Merkwürdige an der Revolution ist, daß kein Widerstand geleistet worden ist. Das scheint mir der Beweis, daß es im letzten Ende gar keine Revolution war, sondern es brach eben das Gebäude in sich zusammen. Der äußere Anstoß war so gering, daß man ihn kaum mehr dafür verantwortlich machen kann.

Der Sachverständige v. Kuhl — und da kommen wir auf die viel diskutierte Frage des Gegensatzes zwischen Offizier und Mann — hat gesagt, die Offiziere hätten die Seele des Mannes verstanden. Nach meinen Erfahrungen ist es sehr schwer, überhaupt an die Seele der Arbeiter heranzukommen. Das liegt zum Teil daran, daß sich Menschen überhaupt schwer öffnen. Das liegt aber auch daran, daß das Mißtrauen der Sozialdemokratie und der ganzen Arbeiterschaft gegen den Gebildeten sehr stark und kaum zu überwinden ist. Das war die Schuld der Verhältnisse, das war wohl auch die Schuld des Sozialistengesetzes, das noch nachwirkte, das war aber auch die Schuld der Sozialdemokratie, die ihre Leute systematisch von allen bürgerlichen Veranstaltungen ausschloß, von Turnvereinen, Sportvereinen usw.

(Widerspruch des Abg. *Dittmann.*)

— Herr Dittmann, davon werden Sie mich nicht abbringen.

(Abg. *Dittmann:* War es nicht auch umgekehrt?)

— Es waren zwei Keile, die sich gegenseitig trieben.

(Abg. *Joos:* Aber heute werden keine Keile getrieben, und es ist nicht viel besser geworden als früher!)

— Das ist bedauerlich. Ich glaube, wenn man sich verstehen will, muß man irgend etwas Gemeinschaftliches finden, wo man sich trifft.

Und solange sich die bürgerlichen Schichten gegen die Arbeiterschaft abschließen, solange wird dieses Mißtrauen bestehen bleiben.

Es kommen aber noch eine ganze Menge anderer Imponderabilien hinzu. Es ist vielleicht das, was Nietzsche das Tschandalaressentiment, was man jetzt das Minderwertigkeitsgefühl nennt. Letzten Endes ist es das, was in dem Heineschen Spruch ausgedrückt ist:

Es gibt zwei Arten Ratten,
Die Hungrigen und die Satten.

Und die Hungrigen und die Satten die verstehen sich eben nicht.

(Abg. *Joos:* Schwäche des Nationalgedankens!)

Jedenfalls möchte ich die Tatsache feststellen, und ich glaube, jeder, der als Nichtarbeiter mit Arbeitern zu tun hat, wird dieselbe Erfahrung machen: es kommt der Augenblick, wo das Verständnis aufhört. Ich glaube sogar, daß nach den Friedenserfahrungen das Offizierkorps nicht einmal eine Ahnung gehabt hat, wie es in der Seele weiter bürgerlicher Schichten ausgesehen hat. Sie waren — ich weiß, daß viele Offiziere darunter gelitten haben — auf das Kasino beschränkt; sie verkehrten in einer ganz ausgewählten bürgerlichen Schicht. Andererseits war es so, daß weite intellektuelle Kreise unter den Offizieren genau so sichteten, wie die Offiziere unter den bürgerlichen Kreisen sichteten. Sie lehnten einen Verkehr mit Offizieren im ganzen ab, sie sagten aber: die und die, das sind Leute, mit denen ich verkehren kann. Infolgedessen kam jene große Kluft zwischen Offizierkorps und bürgerlicher Bevölkerung, die dazu beigetragen hat, daß die Antipathie gegen die Offiziere einen so großen Umfang im Volke angenommen hat.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:* Sie gestatten mir vielleicht als Abgeordneter auch einmal ein paar Worte. Zunächst zu den Ausführungen des Herrn Dr. Herz. Er prägte den Satz: „ich stelle nur fest, ich werte nicht", aber unmittelbar hinterher kamen nach meiner Auffassung eine Reihe von „Werturteilen", die mit „Feststellungen" nichts mehr zu tun hatten. So wenn er behauptet: wir hatten den Krieg verloren bei Eintritt der englischen Hungerblockade, wir hatten den Krieg verloren nach der Marneschlacht usw. Das sind doch alles „Behauptungen", mit denen wir nicht weiterkommen. Der Untersuchungsausschuß soll „Tatsachen" feststellen. Psychologische Probleme zu lösen, ist erst eine untergeordnete Aufgabe. Wir sollen die Mittel, die wir als parlamentarische Einrichtung haben, benutzen, um „Tatsachen" aufzuklären beziehentlich neue „Tatsachen" feststellen. Deswegen möchte ich vor allen hypothetischen Urteilen und was damit zusammenhängt warnen.

Wenn Herr Dr. Herz erklärt, kaum 1% des deutschen Volkes hätte bei den Friedensverhandlungen Wert auf die Beseitigung der sog. Ehrenpunkte gelegt, so läßt sich das nicht beweisen. Ich glaube aber,

daß ein großer, vielleicht der größte Teil des deutschen Volkes gerade besonderen Wert auf die Ablehnung dieser Punkte gelegt hat. Das geht daraus hervor, daß selbst die Regierung der Nationalversammlung tagelang gegen diese Punkte gekämpft hat, und man kann doch nicht behaupten, daß die Herren Minister Scheidemann und Bauer bei den damaligen Verhandlungen sich auf einen besonders freundlichen Standpunkt gegenüber der O. H. L. gestellt haben.

Ebenso ist es ein ungerechtes Werturteil, wenn Dr. Herz sagt: außer Hindenburg hatte keiner der Heerführer eine große volkstümliche Kraft in sich. Das Volk hat zwischen den verschiedenen Heerführern nicht allzu große Unterschiede gemacht. Schon 1917 hat man Hindenburg und Ludendorff als die beiden „Bluthunde" und „Massenmörder" usw. in den Industriegegenden planmäßig gebrandmarkt, vielleicht ohne sich allzuviel dabei zu denken. Ich glaube, daß solche Männer, wie die Generäle v. Gallwitz, v. Below, Sixt v. Armin — das hat man noch 1919 gesehen — bei der Bevölkerung volkstümliche Gestalten waren, so daß tatsächlich die ganze Auslieferungsfrage auf breiteste volkstümliche Grundlage gestellt werden konnte.

Was die Frage betrifft, ob eine Revolution „gemacht" werden kann, so ist zu sagen: es handelt sich um einen äußerst verwickelten Vorgang, den wir durch den Nachweis bestimmter Tatsachen aufhellen sollen. Deswegen kommen wir nicht weiter, wenn wir die Untersuchung auf *eine* bestimmte Formel zu bringen suchen und etwa im Sinne des Herrn Dr. Herz: das ganze deutsche Unglück 1918 auf die Magenfrage zurückführen. Ich gebe zu, von einer materialistischen Einstellung kann man darauf kommen. Ebensogut kann man aber von anderer Seite behaupten: das Unglück ist gekommen aus der schwächlichen Einstellung zum Kriege, aus Mißachtung der pazifistischen Grundsätze usw.

Wir als Untersuchungsausschuß müssen alle solche einfachen Formeln auf ihren Wert prüfen und das Richtige an ihnen dann zusammenzufassen suchen, wenn wir einigermaßen den Dingen gerecht werden wollen.

Die Vorbereitungen für den deutschen Zusammenbruch müssen weit rückwärts gesucht werden. Sie liegen nicht bloß im Kriege, sie liegen weiter zurück. Wenn man bis an die letzten Quellen zurückgeht, kann man mit gutem Gewissen sagen, daß sie auch in der Lehre vom Klassenkampf und in der marxistischen Einstellung der deutschen Arbeiter zu finden sind.

Ich möchte nach diesen kritischen Bemerkungen zu etwas Tatsächlichem zurückkehren. Herr Dr. Moses hat in sehr eindringlicher Weise die Frage des Zusammenbruchs vom medizinischen Standpunkte aus behandelt und ist da nach seiner Auffassung zu niederschmetternden Ergebnissen gekommen. Ich habe ein soeben erschienenes Buch

zur Hand von Friedrich Seeßelberg [1]). Darin findet sich ein Abschnitt: Die deutsche Nervenkraft im Stellungskrieg von Stabsarzt Dr. med. Hermann Hofmann [2]). Vielleicht kann ich ein paar Tatsachen daraus zur Ergänzung dessen, was Herr Dr. Moses gesagt hat, anführen.

Der Verfasser sagt ganz richtig: „Der Bewegungskrieg ist mehr Muskelkrieg gewesen, der Stellungskrieg mehr Nervenkrieg". Infolgedessen zieht er daraus die Folgerung: für die ganze seelische Einstellung der Menschen ist der Stellungskrieg zermürbender gewesen. Das wird jeder Soldat bestätigen. Der Beginn der Offensive wurde wie ein Weichen des Albdrucks empfunden. Es kam neuer Schwung in die ermatteten Seelen hinein. Es wird in dem Aufsatze weiter untersucht, wie die Krankheiten im Feldheere sich entwickelt haben, und da wird für den Augenblick befremdend festgestellt, daß tatsächlich im Laufe des Krieges unter den Feldtruppen ein Rückgang der Nervenkrankheiten eingetreten ist. Es werden dort folgende Unterlagen über die Zugänge an Krankheiten des Nervensystems gegeben: 1914/15 betrug die Zahl der Nervenkranken im Feldheere 23,6 v. H. der Kranken, im Besatzungsheer 27,3. Alle Ziffern für das Besatzungsheer sind größer wie für das Feldheer. Das liegt in der Natur der Dinge, denn die weniger leistungsfähigen Soldaten wurden von der Front an das Besatzungsheer beziehentlich an die Heimat abgeschoben; so hat sich die Front von Jahr zu Jahr in bezug auf die Nervenkrankheiten gebessert. 1915 zu 1916 kommen wir für das Feldheer zu 21,4 v. H. Nervenkranken, für das Besatzungsheer zu 28,1 v. H.; von 1916 zu 1917 für das Feldheer zu 17,2 v. H., für das Besatzungsheer zu 27,9 v. H.; von 1917 zu 1918 für das Feldheer zu 15,5 v. H., für das Besatzungsheer zu 25,8 v. H. Also 1918 sind in bezug auf Nervenkrankheiten die günstigsten Verhältnisse in der Truppe gewesen. Das Verhältnis mußte sich verbessern durch die beständige Ausmerzung der Kranken, aber andererseits muß auch berücksichtigt werden — wenigstens nach meiner Auffassung — daß, wer eben drei Jahre den Kampf mitgemacht hatte, in seinen Nerven, um das berühmte Wort zu gebrauchen, ein „Stahlbad" durchgemacht hatte, so daß er nicht mehr so leicht wie die Frontneulinge durch die Kriegsschrecken erschüttert werden konnte.

Wenn man bedenkt, daß die Zahl der Armee von Jahr zu Jahr immer größer geworden und von 1914 mit 2,7 Millionen Soldaten bis 1918 auf 5,8 Millionen gestiegen ist und die Prozentsätze an Nervenkranken sich tatsächlich gebessert haben, so ist m. E. erwiesen, daß in bezug auf die Nervenkraft der fechtenden Truppe die Dinge günstiger lagen, als man bisher vielleicht angenommen hat.

[1]) Der Stellungskrieg 1914—1918 auf Grund amtlicher Quellen und unter Mitwirkung namhafter Fachmänner technisch, taktisch und staatswissenschaftlich dargestellt, Berlin 1926, 487 S.

[2]) S. 449—457.

Es findet sich in dem Aufsatze auch einiges über die Selbstmorde in der Armee. Der Verfasser geht dabei davon aus, daß Selbstmorde im allgemeinen die Folge einer schweren Nervenerschütterung sind. Es ergeben sich folgende Zahlen: 1914 zu 1915: 0,09 v. H., 1915 zu 1916: 0,13 v. H. — also ein Ansteigen — 1916 zu 1917: 0,11 v. H. und 1917 zu 1918, wo der Bewegungskrieg einsetzte: 0,07 v. H., also ein auffälliger Rückschlag.

Der Verfasser kommt zu dem Ergebnis, daß die mittelbare Folge des Stellungskrieges sich darin äußerte, daß er zum Zermürbungsmittel der Volksstimmung geworden ist, so hat er auch in die Heimat hineingewirkt, wo die Nervenerkrankungen oft in verstärkter Form aufgetreten sind.

Herr Sachverständiger Dr. Herz hat in seinen Ausführungen eine Broschüre von „Antinauticus“ besprochen. Mir liegt ein Schreiben des Polizeipräsidenten von Berlin vor; dieses ist an den preußischen Minister des Innern weitergegangen und dann mir hier übermittelt worden. In diesem Schreiben wird die Broschüre übersandt mit dem Hinweis, daß diese als Beitrag zur Erforschung der Ursachen des Zusammenbruchs, insbesondere zur Aufklärung der Marinemeuterei in Betracht komme. Die Broschüre ist wegen ihres hochverräterischen Inhalts durch den Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik beschlagnahmt worden. Sie scheint mir aber für diese Untersuchung wichtig zu sein. Ihr Titel ist: „Deutschlands revolutionäre Matrosen“. Die Schrift ist gewidmet: „Der Roten Marine“. Sie trägt ein Vorwort vom 7. November, das vom Reichstagsabg. Thälmann unterzeichnet ist. Herr Dr. Herz hat den Verfasser genannt, es soll Willy Sachse sein. Thälmann sagt:

> Die Schrift ist verfaßt von einem Proletarier, der mitten im Strom der revolutionären Kampfbewegung steht. Er schreibt mit ungelenken Händen zwar, aber aus eigenem blutvollen Erleben heraus, und darum umso packender die Geschichte jener Helden, die auf Vorposten der Revolution standen. Die Schrift sollte zum 7. Jahrestag der deutschen Revolution erscheinen.

Die Schrift bildet ein entgegengesetztes Zeugnis zu dem, was der Herr Kolloge Joos aus Tagebüchern vorgetragen hat. Wir hatten bei ihm den typischen Fall, daß ein „patriotisch“ eingestellter Matrose im Laufe der Zeit in die revolutionären Verhältnisse mit hineingezogen wird und schließlich widerstandslos die Dinge laufen läßt. Hier haben wir das Beispiel eines ausgesprochenen Stürmers, der von vornherein — er bekennt das auch offen — auf die Revolution hingearbeitet hat. Also es liegt wieder ein besonderes „Modell“ für die ganze revolutionäre Entwicklung vor. Was Sachse sagt, ist nach meiner Auffassung vielfach einleuchtend. Er sagt ganz richtig:

Die ganze Flottenbewegung ist nur zu verstehen aus der imperialistischen Politik heraus. Wer deswegen diesen Imperialismus bekämpfen will, der muß die Flotte kaputtschlagen.

Er sagt weiterhin:

Die Flotte ist dazu gewissermaßen prädestiniert, denn in der Flotte haben wir die gewerkschaftlich geschultesten Soldaten, die intelligentesten Soldaten, weil hier nämlich in der Flotte das Gros der Soldaten die Techniker bilden.

Interessant ist nun, daß der Nachweis geliefert wird, daß die revolutionären Bestrebungen in einer ununterbrochenen Folge von 1914 bis 1918 vorhanden waren und daß, was Herr Dr. Herz richtig sagte, die Tätigkeit der Flotte als Kriegsmittel immer wieder hemmend auf die revolutionäre Propaganda gewirkt hat. Nach der Schlacht am Skagerrak glaubten die Revolutionäre, ihre ganze Organisation bräche zusammen. Dann ist sie wieder mühselig aufgebaut worden, bis die Sache entdeckt wurde. Der Verfasser schreibt:

Bei den engen Bindungen, die zwischen Marine-Mannschaften und der Heimatbevölkerung gegeben waren (sie wurden vom Reichsmarineamt geschaffen), färbte dieser Stimmungsumschwung in der Bevölkerung selbstverständlich auch auf die Mannschaften ab. Im Zusammenhang mit der Verschlechterung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Marinemannschaften wuchs sich dann im Laufe der Kriegsjahre diese Mißstimmung zu einer organisierten Bewegung gegen den Krieg überhaupt aus.

Hier wird darauf hingewiesen, daß die Bewegung hauptsächlich durch *die enge Verbindung mit der Heimat* möglich geworden war, und man fühlt heraus, daß man dieser Bewegung gewissermaßen eine freundlichere Maske umgehängt hat, indem man sagte, es sei eine „Bewegung gegen den Krieg" überhaupt gewesen. Die revolutionäre Einstellung wurde also mit einem pazifistischen Mäntelchen verhüllt.

Nun kommt das Interessanteste:

Was 1915 nur ganz lose und unzusammenhängend hier und da unter den Flottenmannschaften aufkam, das wurde noch einmal unterdrückt durch den gewaltigen Stimmungsumschwung, den die Seeschlacht am Skagerrak in der Heimat sowohl wie unter den Flottenmannschaften hervorrief.

Erst das Durchsickern von Gerüchten über die Tätigkeit Karl Liebknechts und seiner Antikriegspropaganda gestattete den Mannschaften wieder ein Besinnen auf ihre Klassenlage und das Organisieren einer Bewegung, die sich ganz bewußt, unter Ausnutzung der vorhandenen Stimmungen, den organisierten Kampf gegen den Krieg innerhalb der Flotte zum Ziel steckte.

Wir hatten schon Ende 1915, in der Zeit, als die ersten Urlaubssperren einsetzten, auf einigen Schiffen kleine Mannschaftsgruppen, die ernsthaft über die Fragen des Kampfes gegen den Krieg dis-

kutierten, die gegenseitig die Verbindungen aufnahmen und mit Hilfe der Orientierung durch linkssozialdemokratische Zeitungen versuchten, Bindungen mit revolutionären Arbeitergruppen in der Heimat zu bekommen.

Das Ziel war also, kleine Zellen zu schaffen, sie miteinander zu verbinden und die Verbindung mit den Organisationen in der Heimat herzustellen.

Aber diese Gruppen waren lose, nicht festorganisiert, und arbeiteten teilweise unter den verschiedensten Voraussetzungen nach ganz verschiedenen Zielen hin.

Die Methode und alles war äußerst unklar, die Dinge liefen durcheinander.

Erst als an Bord der Schiffe zum erstenmal die Nachricht kam, daß unter der Arbeiterschaft in der Heimat sich organisatorisch eine Bewegung beginne zu entwickeln, die zielbewußt, mit allen Mitteln gegen den Krieg arbeitete, erst dann konnten wir beginnen, zentral eine solche Marinebewegung aufzubauen, wie sie später in Erscheinung getreten ist.

Also die ursprünglichen Versuche der revolutionären Organisation auf der Flotte scheiterten nach Auffassung des Sachse. Man wartete daher, bis in der Heimat die Dinge weiter gediehen waren, und schuf dann die zentrale Marinebewegung.

Sobald wir ernsthaft, gestützt auf die Heimatorganisationen, darangingen, eine zentrale Organisation in der Flotte aufzubauen, fanden wir überall wider Erwarten sehr günstigen Boden dafür vor. Im Anfange des Jahres 1916 bildete dann unsere Bewegung schon einen sehr respektablen Bestandteil der revolutionären Bewegung gegen den Krieg.

Hier sieht man wieder das Revolutionäre und Pazifistische durcheinandergehen.

(Abg. *Joos:* Er nennt aber keine Schiffe, es ist nur eine allgemeine Bemerkung. — Abg. *Dittmann:* Das ist ein typischer Fall einer Quelle, auf die man sich nicht stützen kann.)

— Wir müssen eben die verschiedenen Typen der Quellen hier durchprüfen.

Dann schreibt er weiter:

Die Bewegung bekam noch einmal einen sehr spürbaren Rückschlag durch die Skagerrakschlacht, doch bald, nach Aufkommen der nationalen Agitation gegen Karl Liebknecht, wie sie besonders von den Offizieren durchgeführt wurde, verspürten wir wieder einen Aufschwung in unserer Organisation. Dieser Aufschwung auf Grund der ideologischen Klärung innerhalb des Mannschaftsbestandes über den wahren Charakter des Krieges wurde noch in der Flotte gefördert durch die täglich sich zuspitzende Situation auf wirtschaftlichem Gebiete.

Hier haben wir also zwei Erscheinungen: auf der einen Seite die ideologische Beeinflussung, auf der anderen Seite die Auswirkung des Hungers und der Mißstände, die sich in der Flotte bemerkbar machten. Jetzt kommt die Fundgrube für Herrn Dr. Herz:

Kürzungen der Brotrationen, Verschlechterungen der Urlaubsbedingungen, Verschärfung des Dienstes, alles das trug mit dazu bei, die Bewegung zu fördern. Ja, wir sagen, gerade letzteres war die Ursache unseres großen Aufschwunges, den wir bei rein ideologischer Kampagne mit den geringen illegalen Mitteln, die uns zur Verfügung standen, zweifellos nie erreicht hätten.

Also die sogenannten Mißstände waren das Hinzugekommene, die ideologische Bewegung das Ursprüngliche.

Die Bewegung schwoll unheimlich an, und bald zeigten die ersten kleinen Ausbrüche des Kampfgeistes auf den einzelnen Schiffen die politische Erstarkung dieser Bewegung an.

Der Verfasser bringt dann eine Reihe von Einzelheiten: so die bekannte Seifenrevolution, von der Herr Dr. Herz gesprochen hat, sie begann damit, daß illegitime Seife gemacht wurde und infolgedessen es an technischen Ölen fehlte. Die Untersuchung deswegen ist der Anfang zu dem ersten revolutionären Ausbruch.

Dann haben auf den Schiffen immer Zusammenkünfte stattgefunden, und nach diesem Nautikus-Zeugen erkennt man, wie dabei die Meinungen auseinandergingen. Ich glaube, aus dieser Schrift bereits auf verschiedene Richtungen unter den revolutionären Matrosen schließen zu können. Der Verfasser scheint sich ungefähr auf einer mittleren Linie zwischen den verschiedenen revolutionären Auffassungen bewegt zu haben. Köbis, der zum Tode verurteilt und nachher hingerichtet wurde, ist, wenn ich Sachse richtig verstehe, ihm zu radikal oder zum mindesten nicht vorsichtig genug, denn er bekennt vor Gericht: Ich bin ein Anarchist und ich will die Revolution, ich will alles aus meiner anarchistischen Auffassung heraus kaputtschlagen.

(Abg. *Dittmann:* Wer das Protokoll der Hauptverhandlung gelesen hat, weiß, daß das alles nicht richtig ist!)

— Selbstverständlich ist die Schrift ein „Heldengedicht", das bestreite ich gar nicht. Aber wir müssen auch einen Typ solcher Quellen hier kurz durcharbeiten.

Der Verfasser kommt dann auf die Vorgänge auf „Prinzregent Luitpold" zu sprechen, wo das Feuer ausgelöscht worden ist. Immer wieder erkennt man, daß eine *zentrale Organisation* vorlag. Ich habe mich als Laie an den Kopf gegriffen, wie so etwas überhaupt möglich war. Sachse hat angeblich auch den ganzen Funkapparat beherrscht. Aus seinen Äußerungen geht hervor, daß er manche Dinge früher gewußt haben will, als wie sie die Admiralität an die einzelnen Schiffe weitergegeben hatte. Die zentrale Matrosenbewegung muß es also verstanden haben, eine Reihe von technischen Soldaten in ihre Dienste

einzustellen, die bei der Bedienung der Funkapparate gleichzeitig ihre eigenen Befehle mitgaben, sonst hätte auch das Auslöschen des Feuers auf dem 3. Geschwader gar nicht organisiert werden können. Aufklärung über diese Dinge kann natürlich nur jemand geben, der genau über die Möglichkeiten der Nachrichtenübermittlung in der Marine Bescheid weiß.

Der Verfasser kommt auch auf gewisse russische Einflüsse zu sprechen. Auf der „Pillau", die im Rigaer Busen den Russen weggenommen wurde, war ein Russe geblieben, der nun auf dem Schiffe den Zentralpunkt für die revolutionäre Organisation bildete. Bei den Zusammenkünften der Revolutionäre von verschiedenen Schiffen hat dieser russische Revolutionär das große Wort. Er will Vorschriften machen über die Methoden der Revolutionierung. Das verbittet sich Herr Sachse mit seinen Freunden. Es ist interessant, was dieser Genosse von dem ehemals russischen Kreuzer „Pillau" vorschlägt. Er sagt, der Kameradschaftsboykott müsse durchgeführt werden und gibt dafür einige Winke.

So empfahl er, daß man den streng katholischen Bayern, die auf jeder Wache geschickt von dem 2. Offizier verteilt wurden, wenn sie abends nach dem „Klar bei Hängematten" ihren Rosenkranz herleierten, versuchen müsse, den Rosenkranz zu stibitzen. Daß man weiter bei Wachwechsel des Nachts ab und zu den stark nationalistisch eingestellten Elementen unter den Heizern und Matrosen die Hängemattsleine durchschneiden sollte, damit sie aus ihrem ohnehin kargen Schlaf durch einen ganz gefährlichen Fall an Deck aufgeschreckt und mürbe gemacht würden.

Dazu sagt Sachse:

Nach dieser Diskussionsrede des Genossen sprach ich selbst und schlug andere, geeignetere, politische Mittel vor, vor allen Dingen zum Kampf gegen die verbohrten katholischen Matrosen und Heizer. Bei der Abstimmung über die von dem Genossen gestellten Anträge blieb der Genosse in der Minderheit, und es wurden die bisher gebräuchlichen Methoden, vor allem das intensive Ausnutzen der schlechten wirtschaftlichen Lage der Matrosen, weiter behalten. Nach der Abstimmung gab der russische Genosse gegenüber dem Zentralkomitee eine Erklärung ab, die ungefähr besagte, daß er diese Beschlüsse nicht anerkennen konnte. Er sei mit der Organisation an Bord seines Schiffes, eben der „Pillau", weiter vorgeschritten und sehe sich deshalb gezwungen, wenn er die Organisation noch mehr verbreitern wolle, zu schärferen, terroristischen Mitteln gegenüber den anders eingestellten Heizern und Matrosen zu greifen.

Schließlich ist nach Sachse die revolutionäre Organisation durch die unzweckmäßige revolutionäre Methode dieses Russen auf der „Pillau" entdeckt worden. Einer der Haupträdelsführer wurde auf Urlaub in

Lörrach in Baden festgenommen. Dabei fand man bei ihm einen Zettel, auf Grund dessen das Verfahren gegen die anderen eingeleitet werden konnte. Die ganze Bewegung brach damit zusammen, das Strafgericht erfolgte, und es setzte wieder für einige Zeit Ruhe auf der Marine ein.

Ich habe Ihnen diese Dinge etwas ausführlicher vorgetragen. Es schien mir notwendig als Ergänzung zu dem, was der Herr Kollege Joos gesagt hat.

Als Vorsitzender will ich noch eine kurze Bemerkung über die *Zuschriften* machen, die an den Unterausschuß kommen. Wir werden mit zahlreichen Zuschriften bedacht, die mehr oder minder wertvolle Angaben über unsere Untersuchungen enthalten. Jetzt liegt zum Beispiel ein Brief eines ehemaligen Obermatrosen vor, der es für notwendig hält, festzustellen, daß der Abgeordnete Dittmann von der ganzen Umsturzbewegung „keine Ahnung hat" oder „nicht haben will", wie er hinzufügt. Er gibt in dem Schreiben eine Reihe von weiteren Mitteilungen auf Grund seiner Erfahrungen und nennt dabei bestimmte Personen. Der Brief ist ohne Namensunterschrift und in Aschersleben in den Briefkasten geworfen. Man wird selbstverständlich einer solchen anonymen Zuschrift keine entscheidende Beachtung beimessen können. Aber es werden doch eine ganze Reihe von im Sinne des Verfassers beachtliche Tatsachen darin erwähnt. Beim Hinweise auf die Vorgänge in Wilhelmshaven im November 1918 werden bestimmte Namen genannt, z. B. Thomas, ferner wird von dem jetzigen Reichstagsabgeordneten Kuhnt gesprochen. Es finden sich in all den Zuschriften auch manche Nachrichten über die Ereignisse in der Blütezeit der deutschen Revolution. Ich möchte vom Ausschusse möglichst erfahren, wie wir dieses ganze apokryphe Material behandeln wollen. Wir haben beschlossen, das, was mit Vernehmungen usw. zusammenhängt, an den Herrn Abg. Joos zu leiten. Ich als Vorsitzender habe aber die Pflicht, von dem, was an den Ausschuß kommt, zunächst auch hier kurz Kenntnis zu geben. Ich fürchte bloß, wenn wir alle Eingänge hier zur Sprache bringen, wird das im Laufe der Zeit etwas zu viel werden.

Sachverständiger Dr. *Delbrück:* Alle Diskussionen über diese Frage lassen sich, glaube ich, auf die sehr einfache Formel zurückführen, die lauten würde: Was war stärker, die Agitation, die mehr oder weniger systematisch betrieben worden ist, oder all die anderen Umstände, der Hunger, die Unzufriedenheit mit dem Offizierkorps und mit der Politik, anders ausgedrückt: die sozialistischen Ideen oder die nationalen Ideen? Darüber läßt sich, wie schon gesagt worden ist, eine Einigung nicht erzielen. Das wird immer wieder subjektiv beurteilt werden. Es läßt sich nicht objektiv beweisen. Aber der Herr Vorsitzende hat sehr mit Recht darauf hingewiesen, daß wir hier vor allem Tatsachen feststellen sollen, die nachher so oder so beurteilt

werden mögen. Da scheint mir eine Tatsache noch immer nicht genug beobachtet zu werden. Nämlich Herr Dr. Moses hat uns ein erschütterndes Bild von der Wirkung der Hungerblockade entworfen, und man kann nur sein Erstaunen und seine Verwunderung aussprechen, daß unser Volk so etwas jahrelang ausgehalten hat. (Zustimmung.)

Nun sage ich weiter, unser Volk würde das noch besser und vielleicht noch länger ausgehalten haben, wenn es die Überzeugung gehabt hätte, daß der Krieg für einen Zweck geführt wird, den es will.

(Abg. *Dittmann:* Sehr richtig!)

Die entscheidende Frage und die Tatsache, die festgestellt werden muß, ist deshalb die: konnten wir einen Verständigungsfrieden haben? oder besser und richtiger: *haben wir das Nötige getan, um einen Verständigungsfrieden zu erlangen?* Ob wir ihn haben konnten, darüber wird man auch wieder streiten können. Die Friedens-Anerbietungen gingen vielleicht von Leuten aus, die keinen Einfluß hatten, oder sie waren nichts als eine Falle. Diese Einwände hätten auf einfachste Weise beseitigt werden können, und es hätte eine klare Situation geschaffen werden können, wenn von unserer Seite das geschah, was notwendig war, und das war die Erklärung über die Freigabe Belgiens. Daß sie nicht abgegeben wurde und daß man nicht auf die Annäherungen, die von jener Seite kamen, einging, ist der Kernpunkt und die Tatsache, die die Stimmung im Volke wie auf der Flotte beherrschen mußte. Alles wäre anders orientiert worden, wenn man die Leute immer wieder darauf hätte hinweisen können: wir tun alles, was möglich ist, für den Frieden! Aber es war ganz deutlich, daß das nicht geschah, und diese Tatsache muß allen unseren Erwägungen zugrunde liegen. Hier ist eine Tatsache, die objektiv festgestellt werden kann. Was man mit der einen Matrosenbroschüre beweist, kann mit einer anderen widerlegt werden. Der Auseinandersetzung: der Hunger hat uns ruiniert, wird entgegengehalten: der Gesundheitszustand hatte sich sogar verbessert. Das eine kann immer wieder aufgehoben werden durch das andere, und wir kommen nicht zu einem Schluß. Die Tatsache aber und dieser Schluß: die Regierung hat die unendliche und unverzeihliche Schuld, den Krieg verlängert zu haben dadurch, daß sie nicht das ihrige tat, den Frieden herbeizuführen, kann auf keine Weise widerlegt werden, und um diese muß also alles weiter gruppiert werden.

Damit schiebe ich meinerseits alles, was hier vorgebracht worden ist, beiseite. Was ich darin anerkenne und nicht anerkenne, tritt dagegen zurück.

Nur eine Bemerkung des Herrn Kollegen Sachverständigen Dr. Herz zwingt mich noch, ein Wort zu sagen, nämlich seine Meinung, daß, wenn es sich schließlich nur noch darum gehandelt hätte, die

Schmachparagraphen aus dem Friedensvertrag herauszubringen, das deutsche Volk keinen Finger gerührt hätte, um gegen diese Schmachparagraphen aufzutreten. Dagegen muß ich die allerentschiedenste Verwahrung einlegen. Da hat jeder wie auch bei anderen Fragen nur seine subjektiven Erfahrungen aus den Kreisen, in denen er seine Beobachtungen gemacht und gelebt hat, aus den Quellen, die er studiert hat. Das kann aber immer nur ein kleiner Ausschnitt sein. Wenn der Herr Sachverständige Dr. Herz diese Schlußfolgerung aus seinen Eindrücken zieht, dann hat er in anderen Kreisen gelebt, sich in anderen Anschauungen bewegt und andere Quellen studiert als ich. Die Situation ist ja nicht gekommen, aber wenn das deutsche Volk für diese Schmachparagraphen aufgerufen wäre, so wäre ein sehr großer Teil immer noch, trotz allem Jammer und allem Verbrechen, was an dem guten Willen dieses Volkes durch eine falsche Politik der Reichsregierung geschehen war, bereit gewesen, gegen diese Ungeheuerlichkeiten weiter zu kämpfen.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:* Wenn die damalige Regierung nicht der Volksstimmung Rechnung getragen hätte, würde — nach meiner Auffassung — man wegen der Ehrenpunkte einen monarchistischen Putschversuch bekommen haben.

(Sachverständiger Dr. *Herz:* Ein Jahr später, — 1919, nicht 1918.)

Abg. Dr. *Bergsträßer:* Herr Geheimrat Delbrück hat von „subjektiven Erfahrungen" gesprochen. Ich glaube, wir laufen hier die Gefahr, daß wir die subjektiven Erfahrungen des einen gegen die subjektiven Erfahrungen des anderen setzen, und die zweite Gefahr, die mir noch größer erscheint, daß wir mit Wenn-Konstruktionen arbeiten. Alle diese Wenn-Konstruktionen halte ich für vollkommen unmöglich. Mir scheint es vielmehr unsere Aufgabe zu sein, daß wir versuchen, die subjektiven Erfahrungen auf methodischem Wege zu typisieren, und wenn wir sie typisieren wollen, so müssen wir bestimmte große Quellenkomplexe methodisch durcharbeiten. Es hat wenig Zweck, wenn wir ein Tagebuch nehmen und dagegen eine andere Darstellung setzen, ohne sie methodisch erörtert zu haben.

Herr Geheimrat Delbrück sagt, die belgische Frage sei die entscheidende. Ich gebe das vollständig zu: sie ist die entscheidende Frage für die Möglichkeiten, einen Frieden zu schließen, die etwa bestanden haben, und dafür, ob dadurch, daß keine Erklärung über Belgien abgegeben wurde, der Krieg tatsächlich verlängert worden ist. Aber für uns handelt es sich doch darum, daß wir einmal untersuchen: seit wann setzt sich in Heimat und Heer der Gedanke fest: der Krieg wird auf diese Weise verlängert? Denn es handelt sich auch da nicht um die Tatsache an sich, sondern um die seelische Wirkung dieser Tatsachen auf die Kreise des Volkes und des Heeres. Ich glaube nicht, daß eine tatsächliche Untersuchung über die Wirkung dieser Dinge vorliegt.

Sachverständiger *Schwertfeger:* Wenn ich die heutigen Ausführungen im Ganzen zusammenfasse, so scheinen mir als Hauptgründe unseres Zusammenbruchs in Frage zu kommen die Mißstände im Heer und in der Heimat und der Offiziershaß.

(Zuruf: Der Hunger.)

— Das waren zwei Dinge, die heute sehr stark im Vordergrunde standen. Daran möchte ich eine allgemeine Bemerkung knüpfen. Wir behandeln hier dieses unglückselige Dolchstoßproblem. Gegen den Ausdruck „Dolchstoß" habe ich schon immer schwere Bedenken gehabt und habe mich auch in München ausführlich darüber ausgesprochen. Jeder kann unter diesem Ausdruck etwas anderes verstehen. Es wird zeitlich und sachlich nicht präzisiert, was gemeint ist, und jetzt entsteht ungefähr folgendes Bild: Rechts — das ist die eine Auffassung — hat den Krieg gewonnen bzw. hätte ihn gewonnen, wenn nicht Links ihn umgeworfen hätte. Auf diese ganz einfache und, wie ich meine, innenpolitisch sehr gefährliche Formel dürfen wir die Erörterung nicht kommen lassen. Denn als Reaktion gegen diese Auffassung, die man vielleicht aus dem Münchener Dolchstoßprozeß hat entnehmen können, erfolgt nun von der angegriffenen Seite eine erbitterte Gegenwehr. Jetzt auf einmal steht im Vordergrund der Offiziershaß, von dem hier die Rede gewesen ist.

Der Sachverständige v. Kuhl, dem ich mich anschließe, hat ausgeführt: es ist etwa nicht *nur* die revolutionäre Unterwühlung am Zusammenbruch schuld, sondern diese revolutionäre Unterwühlung, an der tatsächlich kein Zweifel besteht, ist ein *Teil* der Ursachen des Zusammenbruchs; im ganzen und großen haben viele Dinge zusammengewirkt, um Deutschland schließlich dahin zu bringen, daß es die Waffen aus der Hand legen mußte, nicht zum wenigsten die unglückselige weltpolitische Lage, in der wir uns befanden, und die darin bestand, daß wir eingekreist und auf allen Seiten vom Weltmarkt abgeschlossen waren, daß das Volk beinahe am Verhungern war und unter schwerster körperlicher und seelischer Beanspruchung stand.

Alle möglichen anderen Dinge haben auch mitgewirkt. Da der Verständigungsfrieden und der Annexionismus behandelt worden sind, möchte ich auf einen wichtigen Gesichtspunkt hinweisen, nämlich auf die Entstehung des Annexionismus in Beziehung auf *Belgien.* Ich habe diese Frage in meinem Buch „Der geistige Kampf um die Verletzung der belgischen Neutralität" sehr genau untersucht. Der Gedanke, sich Belgien in irgendeiner Form anzueignen, ist durch eine falsche Propaganda der deutschen Regierung erzeugt worden, und zwar unter dem Eindruck der unglückseligen Publikation aus dem Brüsseler Archiv im September, Oktober, November 1914. Man glaubte damit den Beweis liefern zu können, daß Belgien sich schon vorher in verräterischer Weise seiner Neutralität endgültig entledigt und ein festes Bündnis mit England abgeschlossen hätte. Das ging

in den Veröffentlichungen, die damals erschienen und propagandistisch weiterverbreitet worden sind, so weit, daß schließlich gerade die gutartigen, christlich eingestellten und ethisch denkenden Elemente der deutschen Bevölkerung nicht nur eine Berechtigung, sondern fast eine Pflicht darin erblickten, dieses Land, das uns verraten und in eine so schwere Situation gebracht hätte, nachher in irgendeiner Form an Deutschland anzugliedern. Ich selber bin vom Jahre 1916 ab mit wichtigen Aufträgen in Belgien gewesen und habe sehr oft in der deutschen Heimat, wenn ich zur Berichterstattung in Deutschland war, mit Leuten aus dem Volke, mit Soldaten, mit Bauern und Arbeitern gesprochen. Jedesmal wenn das Wort „Belgien" fiel, wurde mir gesagt: „Belgien müssen wir unbedingt behalten; die Leute haben uns ja verraten". Oder es wurde mir erklärt: „Wir müssen Belgien behalten; denn dort liegt mein Sohn begraben; das Land können wir nicht wieder herausgeben, wo die Deutschen im Franktireurkriege diese schrecklichen Erfahrungen gemacht haben; wir sind verpflichtet, Belgien zu behalten". Es wurde beinahe ein Glaubenssatz: Wir haben das Recht, Belgien zu behalten, wir wollen und müssen es behalten.

(Abg. *Joos:* Haben Sie auch dem Umstande Ihre Aufmerksamkeit gewidmet, daß zum Schluß seitens der Schwerindustrie neue Begründungen für die Annexion Belgiens herausgebracht wurden?)

Mir ist sehr genau bekannt, daß damals schwerindustrielle Neigungen entstanden, beispielsweise durch Ausnutzung der Campine und durch gewisse andere wirtschaftliche Maßnahmen, Belgien in einen wirtschaftlichen Zusammenhang mit Deutschland nach dem Kriege zu bringen, und daß auch damit als mit einer feststehenden Tatsache bei Kriegsende gerechnet wurde. — Das belgische Problem bildete jedenfalls damals in der öffentlichen Meinung ein sehr starkes Agens. Das habe ich in meiner Schrift nachgewiesen. Die Regierung fand nachher nicht mehr den Mut, gegen die von ihr selbst geförderte Überzeugung öffentlich aufzutreten. Sie wagte nicht, über Belgien das klare und deutliche Wort zu sprechen, weil sie leidenschaftliche Angriffe der Presse befürchtete und weil etwas Kompromittierliches darin lag, die deutsche Politik bezüglich Belgiens im Kriege umgebogen zu haben. Hier hat der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg sich leider im Jahre 1914 zu einer Maßnahme hinreißen lassen, die ihm innerlich gar nicht sympathisch gewesen ist, deren Tragweite er anfangs offenbar nicht übersehen hat. Denn durch diese Veröffentlichungen im Jahre 1914 ist ein Wunsch auf Annexion Belgiens in der deutschen Bevölkerung erzeugt worden, der nachher selbständige Bedeutung und Gestalt annahm und der von der Regierung, nachdem er einmal da war, nicht mehr beseitigt werden konnte.

(Sachverständiger Dr. *Delbrück:* Nicht erzeugt, nur verstärkt!) — Auch erzeugt! Ich möchte bei dem Ausdruck „erzeugt" bleiben.

Diese Meinung über das Behalten Belgiens ist tatsächlich zu einer politisch sehr wichtigen Frage im Kriege geworden.

Wir wollen alle die Wahrheit. Wenn wir aber die Wahrheit wollen, dann werden wir es auch nicht nötig haben, Führer und Geführte, Offiziere, Soldaten und Unteroffiziere, Marineoffiziere und Matrosen in diesen scharfen, rücksichtslosen Gegensatz zu stellen, der im Kriege tatsächlich nicht in dem Maße vorhanden und ausschlaggebend gewesen ist. Denn ohne Überhebung können wir meines Erachtens sagen: wenn es auch im deutschen Heere und in der deutschen Marine Mißstände gab, so waren doch diese Mißstände geringer als in irgendeinem andern Heere oder in irgendeiner anderen Marine der Welt. Diese Überzeugung habe ich in meiner ganzen Berufstätigkeit und in jahrzehntelangen kriegsgeschichtlichen Studien gewonnen. Es ist immer so, daß bei einem sehr lange dauernden Kriege die Gegensätzlichkeiten schärfer hervortreten. Aber die Tatsache, daß der Krieg nach so unermeßlichen Anstrengungen erst nach 4½ Jahren verlorengegangen ist, darf doch auch als ein Beweis dafür gelten, daß wir in unserer Armee eine ganz ungeheure Beharrungs- und Widerstandskraft gehabt haben, ebenso wie im gesamten deutschen Volke. Die Gegenüberstellung „Heer, Marine und Volk" ist bedauerlich; denn eines ist das andere, und tausend Fäden verbanden Heer und Marine mit dem Volke!

(Zurufe: So sollte es sein!)

Abg. *Dittmann:* Der Herr Abgeordnete Dr. Philipp hat eine Broschüre zum Teil zur Vorlesung gebracht, die ihm vom Berliner Polizeipräsidium übermittelt worden ist. Dies zwingt mich, ein wenig näher auf diesen neuen Gewährsmann — wenn ich mich so ausdrücken soll — einzugehen.

Ich will darauf hinweisen, daß der Verfasser, Oberheizer Sachse, den wesentlichen Inhalt der Broschüre zuerst während des Münchener Dolchstoßprozesses in der Münchener „Neuen Zeitung" veröffentlicht hat. In dieser Zeitung ist unter dem Strich der Inhalt der Broschüre „Deutschlands revolutionäre Matrosen von Antinautikus" erschienen. Hier ist allerdings gesagt worden, daß der Inhalt in der Broschüre selbst etwas ergänzt worden sei. Ich kann das nicht kontrollieren, weil ich die Broschüre nicht zu Gesicht bekommen habe. Sachse hat während des Münchener Dolchstoßprozesses gleichzeitig in zwei Artikeln, die die Münchener „Neue Zeitung" als Leitartikel gebracht hat, zu dem Dolchstoßprozeß, zum Dolchstoß und auch zu der Marinemeuterei Stellung genommen. Dieses Material lag mir bereits vor. Ich habe trotzdem davon Abstand genommen, es in meinem Bericht zu erwähnen, weil ich auf Grund des Aktenstudiums zu der Überzeugung gekommen bin, daß man schwerlich, weder von der einen noch von der anderen Seite, auf Sachse als einen absolut zuverlässigen Zeugen zurückgreifen kann. Ich will Ihnen nur einmal zeigen, welche Stellen aus den Artikeln dieses Sachse ich für mich hätte verwenden können.

Ich habe diese Artikel überhaupt nicht verwandt, und ich werde Ihnen auch sagen, warum nicht. Sachse schreibt unter der Überschrift „Welche Schuld tragen Dittmann, Zietz usw. am Matrosenaufstand?“ folgendes:

> Wenn an der Hand der Gerichtsakten Herr Dobring in München in seiner bekannten Schwatzhaftigkeit und Überhebung feststellt, daß die Alleinschuld am Matrosenaufstand den unabhängigen Abgeordneten zukommt, so ist dies eine völlig absichtliche Verdrehung der Tatsachen. Diese Märtyrerkrone verdienen sie nicht. Man kann mit ruhigem Gewissen heute sagen: bei aller Begeisterung, die scheinbar diese Abgeordneten für unsere Bewegung hatten, an einen ernsthaften Kampf, an eine Organisierung des Kampfes in der Marine glaubten und dachten sie nie. Im Gegenteil, durch ihre vorsichtig gehaltenen Anweisungen an uns und das Ablenken vom politischen Ziel unserer Bewegung in der Richtung der Stockholmer Konferenz bewiesen sie nur, wie wenig es ihnen ernst war mit der Organisierung der Revolution. Ihr einziges Verdienst für die revolutionäre Matrosenbewegung besteht darin, daß sie durch ihre unklare, schwankende und passive Haltung unserer Bewegung gegenüber den Prozeß der Klärung bei uns selbst förderten und damit der revolutionären Bewegung jenes konkrete Ziel gaben, das auch ohne unsere Mithilfe und trotz der Ermordung von Reichpietsch und Köbis am 7. November 1918 erreicht wurde.

An einer anderen Stelle heißt es:

> Da wir nun wußten — und wir sind uns über unsere Prozeßführung im Falle einer Verhaftung im Zentralkomitee längst klar gewesen —, daß es sehr gefährlich für die Bewegung sei, wenn die direkten Verbindungen von der Landbevölkerung zu den Schiffsgruppen gestört seien, deckten wir im Prozeß unsere direkten Verbindungsleute dadurch ab, daß wir die dem Gericht bekannten Tatsachen über die Verbindung mit den USPD-Abgeordneten als richtig hinstellten und so den ganzen Heloteneifer der Kriegsgerichtsräte auf eine falsche Spur lenkten. Es ist uns dadurch ohne Schädigung dritter Personen, und, wie es gerade jetzt der Prozeß in München beweist, auch ohne Schädigung der unabhängigen Abgeordneten gelungen, unsere Bewegung zu schützen und die Spur der Polizeispitzel auf eine falsche Fährte zu lenken und so zur Ausreifung der revolutionären Bewegung bis zum 7. November mitbeizutragen.

In dem zweiten Artikel, der ebenfalls hierhin gehört, findet sich eine Stelle, in der Sachse sagt:

> Schon diese Zusammensetzung im Zentralkomitee, die auf Grund von Wahlen zustandegekommen war, zeigt ganz deutlich, daß Wilhelm Dittmann wahrhaftig nicht der Schuldige an dieser Bewegung ist. Denn der Einfluß seiner Gruppe war, wie angezeigt, sehr gering im Zentralkomitee. Im Kampfe um die Durchführung unserer

Politik innerhalb der illegalen revolutionären Matrosenbewegung bildeten Köbis, Beckers und ich fast immer einen festen Block gegen die übrigen Genossen und setzten uns meist durch. . . . Die Tatsache des sehr geringen Einflusses der USPD auf diese Organisation kommt auch darin zum Ausdruck, daß stets in der Bewegung eine Abneigung gegen die Vertreter dieser Richtung bestand und daß nach einer Rede des sozialdemokratischen Redakteurs Herre in einer illegalen Versammlung die Mehrheit unserer illegalen Schiffsgruppen es ablehnte, sich noch weiter über diese Gruppe hinweg politisch informieren zu lassen, da nach ihrer Auffassung diese nicht zielklar auf das revolutionäre Endziel hinarbeite. Diese Tatsache kommt auch darin zum Ausdruck, daß die ganze Bewegung bewußt und in Verbindung mit revolutionären Arbeitergruppen an Land organisatorisch und politisch auf den revolutionären Kampf für den Frieden hinarbeitete. Während einen Kampf in dieser Form Dittmann mir gegenüber in Berlin — und auch Luise Zietz — ablehnten und nicht für einen geschlossenen, gut vorbereiteten Kampf zu haben waren, sondern sich vor jeder Entscheidung drückten und uns zur äußersten Vorsicht mahnten im Hinblick auf die Kriegshetze!

Dann stellt Sachse Betrachtungen darüber an, wie die Gruppen auf den einzelnen Schiffen vertreten waren.

Sachse hat die Artikel geschrieben mit dem Untertitel: „Von Willi Sachse, ehem. Mitglied des Zentralkomitees der revolutionären Matrosen, zur Zeit Moskau". Ich habe den Eindruck, daß es ihm darauf ankommt, sich bei den Kommunisten als revolutionärer Kämpfer aus der Kriegszeit in empfehlende Erinnerung zu bringen und daß er aus diesem Motiv heraus seine ganze Darstellung sowohl in der Broschüre wie auch in diesen Artikeln gibt. Daß Sachse die revolutionäre Rolle, die er jetzt gespielt haben will, tatsächlich nicht gespielt hat, ergibt sich klar aus den Gerichtsakten. Sachse ist derjenige gewesen, der zweifellos dem Herrn Dr. Dobring, dem Untersuchungsführer beim IV. Geschwader, insofern am meisten entgegengekommen ist, als er bei den Vernehmungen immer alles sorgfältig von seiner Person ferngehalten hat, sich aber wenig darum gekümmert hat, ob in die Protokolle Beschuldigungen gegen Kameraden oder allgemeine Behauptungen über angebliche Zusammenhänge der Bewegung aufgenommen wurden. Wenn man die ganzen Protokolle liest, bekommt man oftmals den Eindruck, daß dieser Mann einen Teil der Verantwortung dafür trägt, daß die Urteile gegen seine Kameraden so haben ausfallen können.

Sachse ist selbst ursprünglich zum Tode verurteilt worden, weil er zu denen gehörte, die als die Haupträdelsführer angesehen wurden. Aber er war der Liebling Dobrings, der Sachse zur Begnadigung empfohlen und auch in der amtlichen Bemerkung, die er zu der Frage der Begnadigung machen mußte, ausdrücklich darauf hinge-

wiesen hat, daß zweifellos aus Sachse noch mehr herauszubekommen sei, daß Sachse von vornherein das Seine dazu beigetragen habe, die ganze Bewegung aufzudecken. Sachse wird auch in Aussprachen, die über die Leute stattfanden, immer als der Mensch hingestellt, der sich zwar mit auf die schiefe Bahn habe bringen lassen, der aber ein ganz patenter Kerl sei, im Gegensatz zu all den anderen. Das geht so weit, daß Sachse, als er verurteilt war und im Zuchthaus zu Celle saß, seiner Braut gelegentlich eines Besuches einen Brief zugesteckt hat, der aber von dem Gerichtsschreiber abgefangen wurde und nun Herr Dr. Dobring sich gegenüber dem Oberreichsanwalt auf diesen Brief beruft und bemerkt, aus diesem Brief ergebe sich klar und deutlich, daß Sachse lediglich von Reichstagsabgeordneten verführt worden sei; das sei der beste Beweis dafür, daß die Abgeordneten dahintergesteckt hätten. Der Oberreichsanwalt aber erklärte: im Gegenteil, der Brief Sachses beweist, daß es Sachse darauf angekommen ist, alle Beamten, mit denen er zu tun gehabt hat, über seine wahre Gesinnung zu täuschen und daß er lediglich die Gefängnisbeamten für sich günstig stimmen wollte, weil er damit rechnete, daß sie eine Begnadigung seiner Person befürworteten.

Ich will aus dem Brief nur einige Stellen zitieren, die das klar zeigen. Da schreibt er an seine Braut:

> Außerdem mußt Du natürlich die Schrift etwas ändern! Denn da kontrolliert alles der Pastor. Teile auch den Eltern mit, daß sie über die Frömmigkeit und sonstige Art meiner Briefe aus Celle sich nicht erschrecken sollen. Aber wer dort nicht fromm und heilig ist und kein reuiges Herz hat, dem macht man kolossale Schwierigkeiten. Also darum werde ich während meiner Gefangenschaft ein sehr frommer Mensch, wenn es auch schwer fällt!!!

An einer anderen Stelle desselben Briefes schreibt Sachse:

> Mit den Herren hier muß ich mich trotz allen anderem sehr gut stellen, denn die sollen einmal meine Begnadigung durchführen, obwohl ich sie hasse wie den Teufel selbst.

In demselben Brief heißt es weiter:

> Sechs Tage vor Kaisers Geburtstag sollen die Eltern ein Gnadengesuch an den Kaiser und eines ans Kriegsministerium (preußische) richten um Strafaufschub und Verschickung an die Front für mich. Darin sollen sie natürlich betonen meine Unbescholtenheit, meinen kriegsfreiwilligen Eintritt, und daß ich Oberheizer war, sowie daß doch nur eine Verführung von seiten der Abgeordneten vorlag. Auch sollen sie sich auf das Zeugnis des Herrn Marinekriegsgerichtsrats Dr. Dobring vom Gericht des Aufklärungsschiffes S.M.S. „Seydlitz“ berufen, der als mein Ankläger gern bereit ist, für mich einzustehen.

Dazu bemerkt der Oberreichsanwalt: „Gerade die Tatsache, daß er sich auf Dobring als den Ankläger beruft, muß zu ganz besonderer Vorsicht mahnen.“

Nun die Briefe, die Sachse teils aus dem Zuchthaus, teils zu der Zeit, als er verurteilt in Wilhelmshaven saß, geschrieben hat. Da ist zunächst eine Vernehmung vor Dobring vom 28. August 1917. In dem Protokoll über diese Vernehmung heißt es unter anderem:

Da ich lediglich bitte, mich der Gnade Seiner Majestät zu empfehlen, so kann ich auf rechtliche Ausführungen verzichten. Ich berufe mich darauf, daß selbst das erkennende Gericht in meinem reumütigen Geständnis einen Milderungsgrund gesehen und meine gnadenweise Berücksichtigung empfohlen hat. Ich kann nur angeben, daß ich mir der letzten Tragweite meiner Handlungsweise nicht so bewußt geworden bin und daß mir die Bewegung schließlich über den Kopf gewachsen ist. Als ich die Gefahr erkannte, war es zu spät, um sie noch einzudämmen, und einem freiwilligen Geständnis, das ich beabsichtigt hatte, kam meine schnelle Verhaftung zuvor. Ich weise darauf hin, daß ich mich von Anfang an bemüht habe, die volle Wahrheit zu sagen und die Untersuchung zu fördern, soweit es in meinen Kräften lag. Ich habe auch in der Hauptverhandlung in keiner Weise versucht, Ausflüchte zu machen. Schließlich weise ich darauf hin, daß ich der einzige Sohn meiner Eltern bin, die in absehbarer Zeit vollständig auf meine Hilfe angewiesen sein werden. Alles dies und mein jugendliches Alter, sowie meine Parteiverblendung bitte ich zu berücksichtigen und mir Gelegenheit zu geben, durch eine zeitliche Strafe zu beweisen, daß ich noch ein nützliches Mitglied der Gesellschaft werden kann und ein guter Deutscher bleiben will, wenn es mir auch nicht vergönnt ist, weiterhin mit der Waffe für mein Vaterland einzutreten.

gez. Sachse.

Ein anderer Brief ist zwei Tage später geschrieben, am 30. August 1917. Es handelt sich da um ein Gesuch des Oberheizers Willi Sachse an den höchsten Gerichtsherrn des IV. Geschwaders. Der Kontrast zeigt, wie wenig man auf Sachse geben kann. Jetzt sucht er sich als den großen Revolutionär hinzustellen. Er sagt in dem Gesuch:

Der Unterzeichnete bittet gehorsamst Eurer Exzellenz folgendes Gesuch unterbreiten zu dürfen.

Durch Urteilsspruch des Feldkriegsgerichts des IV. Geschwaders wurde ich am 26. August 1917 zum Tode verurteilt.

Nur Parteiverblendung hat mich unbewußt diese schwere Tat gegen mein Vaterland begehen lassen, und jene Kette unglückseliger Auffassungen meiner Kameraden hat auch mir das „Schuldig" meiner Anklage eingebracht. Aber ich war mir schon vor meiner Verhaftung der Folgen solcher Auslegungen, wie es manche meiner Kameraden mit den Zielen jener gefährlichen Partei taten, bewußt, und es war mein fester Entschluß, mich freiwillig den Gerichten zu stellen, und nur meine zu frühe Verhaftung hinderte mich, diesen Entschluß aus-

zuführen. So konnte ich denn nur durch ein sofortiges offenes Geständnis die Beweisführung erleichtern. Ich bin mir aber bewußt, mich sehr strafbar gemacht zu haben. So bitte ich Eure Exzellenz dennoch gehorsam, Gnade walten zu lassen.

Hier sind noch andere Briefe, die alle in demselben Ton gehalten sind und die dem Ausschuß zur Verfügung stehen. In den Zeitungsartikeln, die ich vorhin verlesen habe, sind eine Anzahl Stellen, die ich hätte verwerten können, wenn es mir nur darauf angekommen wäre, darzulegen: die USPD hat nichts damit zu tun gehabt. Ich habe das nicht getan, weil eine solche Quelle von keiner Seite als zuverlässig angesehen werden kann. Man kann ihn nach seinen Artikeln, die er veröffentlicht hat, als den großen Revolutionär anführen, und man kann ihn nach den Akten anführen als einen Menschen, über dessen Charakterschwächen kaum Meinungsverschiedenheiten bestehen können. So habe ich es für richtig gehalten, auf diesen Zeugen für das, was ich vorgetragen habe, zu verzichten. Ich nehme an, daß auch die andere Seite nach den Andeutungen, die ich gemacht habe und die ich erforderlichenfalls aus den Akten belegen kann, auf diesen Kronzeugen kein Gewicht legt. Wenn es gewünscht wird, bin ich bereit, dazu beizutragen, daß dieser Spezialfall geklärt wird. Nach dem, was ich vorgetragen habe, wird wohl niemand sagen können, das ist ein Zeuge, der hieb- und stichfest ist, den man heranziehen kann.

Er hat übrigens auch an mich unter dem 16. Juni 1925 folgendes Schreiben gerichtet:

In der heutigen Morgenausgabe des „Vorwärts“ lese ich unter anderem auch Ihre Erklärung, die Sie im Reichstage gegen den völkischen Abgeordneten Kube abgegeben haben.

Aus dieser Erklärung ersehen wir, daß Sie in der Lage waren, auf Grund der Akteneinsicht den tatsächlichen Sinn der Marinebewegung in den Jahren 1917—1918 klarzustellen.

Aus Ihrer Erklärung geht weiterhin hervor, daß Sie in der nächsten Zeit beabsichtigen, der Öffentlichkeit das von Ihnen gesammelte Tatsachenmaterial, das Sie aus der Einsicht der Akten gewannen, zu unterbreiten. Wir begrüßen diesen Ihren Schritt. Zumal wir selbst seit längerer Zeit eine Arbeit vor uns haben, die den Zweck und die Absicht hat, zunächst einmal die Fälscher- und Spitzelmethoden der damaligen Marine-Feldkriegsgerichte in diesen Prozessen aufzudecken, um Klarheit über den tatsächlichen Sinn und Inhalt dieser Marinebewegung zu schaffen.

Wir ersuchen Sie nun höflichst, soweit Sie das mit Ihren Abgeordneten-Eigenschaften vereinbaren können, uns Einblick in Ihr gesammeltes Material zu gewähren, damit auch wir unsere Arbeit fördern können.

— Das ist mir nicht eingefallen, was ich kaum zu erwähnen brauche. — Wir sind, als damalige Verurteilte, leider bis heute noch nicht in der

Lage gewesen, einen genauen Einblick in die amtlichen Akten zu tun und mußten deshalb unser Material auf die Erfahrungen der einzelnen Kameraden, die damals in diesen Prozessen als Angeklagte fungierten, aufbauen. Was sehr schwierig sich gestaltet, da ein Teil unserer Kameraden im Auslande lebt und durch berufliche Tätigkeit nicht immer in der Lage ist, ausführlich seine Anschauungen darzustellen. Wir wären Ihnen deshalb sehr zu Dank verpflichtet, wenn Sie uns mit amtlichem Tatsachenmaterial an die Hand gehen würden. Wir sind zu Gegenleistungen gern bereit, soweit sie im Rahmen des Möglichen liegen.

Als Person wende ich mich deshalb an Sie mit der Bitte, weil ich es war, der, außer meinem Kameraden Reichpietsch, damals an Sie im Reichstage herantrat mit der Bitte, unsere wirtschaftliche Bewegung in der Marine (1917) zu unterstützen. Und weil ich es war, den man aus dem Zuchthaus Celle zur Zeit Ihres Prozesses herausholte und nach Moabit brachte, um zu versuchen, politisch unsere Bewegung gegen Sie, und wie die Sache damals lag, gegen die Arbeiterbewegung in Deutschland auszuwerten. Erst mein beharrliches Verweigern jeglicher Aussagen in dieser Angelegenheit vor Ihrem Untersuchungsrichter sowohl, wie die Drohung mit dem Hungerstreik, ließ die Herren davon Abstand nehmen, ihre Erpressermethoden an uns weiterzuführen, um aus Ihrem Prozeß eine Zuchthausangelegenheit zu machen.

Indem wir hoffen, daß Sie unserem Verlangen Rechnung tragen werden, sprechen wir Ihnen im voraus unseren besten Dank aus...

Ich habe daraufhin ihn aufgefordert, nach Berlin zu kommen, sonst würde ich ihn aufsuchen. Er schrieb zurück, es sei ihm nicht möglich, nach Berlin zu kommen. Darauf habe ich ihn in Frankfurt a. M. aufgesucht, und er hat mir eine ganze Anzahl tatsächlicher Mitteilungen gemacht über die Vorgänge, die Menagesache usw. Ich hatte ursprünglich einen Teil dieses Materials in meinen Bericht aufgenommen, da ich nach der ganzen Darstellung keinen Anlaß hatte, und auch jetzt noch nicht habe, an der Richtigkeit der mitgeteilten Tatsachen zu zweifeln. Ich habe trotzdem diese Stellen wieder herausgenommen, nachdem ich die Artikel in der „Neuen Zeitung" gelesen hatte und zu der Auffassung kam: auf diesen Zeugen sollst du dich nicht stützen. Er hat dann geschrieben, daß er in Moskau sei. Zweifellos wird er jetzt bei der Kommunistischen Partei sein. Ich habe den Eindruck gewonnen, daß er durch diese Artikel versucht hat, sich bei der Kommunistischen Partei als einen großen revolutionären Helden hinzustellen, dessen Eintritt ein Gewinn für die Kommunistische Partei sei. In meinem Bericht ist nur eine Wendung stehen geblieben, wo er sagt, daß im Jahre 1918 im Zuchthaus zu Rendsburg die Beköstigung noch besser gewesen sei als 1917 auf dem Schiff. Wenn die Marineleitung meint, es sei ein zuverlässiger Zeuge, bin ich

gern bereit, weitere Aufklärung zu schaffen. Aus den Akten geht klar genug hervor, daß ein zuverlässiger Zeuge in ihm nicht zu sehen ist. Nachdem ich den Münchener Artikel gelesen hatte, sagte ich mir: es ist vielleicht möglich, daß du gezwungen sein wirst, die Frage der Zuverlässigkeit und Glaubwürdigkeit Sachses näher zu erläutern. Darauf habe ich erst diese Abschriften seiner Briefe gemacht. Ich entsinne mich, daß Graf Pestalozza im Münchener Dolchstoßprozeß eine Wendung Sachses benutzt hatte. Ich glaube, es war diese:

> während einen Kampf in dieser Form Dittmann mir gegenüber in Berlin — und auch Luise Zietz — ablehnte und nicht für einen geschlossenen und gut vorbereiteten Kampf zu haben war, sondern sich vor jeder Entscheidung drückte und uns zur äußersten Vorsicht mahnte im Hinblick auf die Kriegshetze — — —

Diese Wendung hat Graf Pestalozza ausgemünzt in dem Sinne: wenn Dittmann es abgelehnt hat, sich darauf einzulassen, beweist das, daß von Sachse etwas vorgetragen worden sein muß. Wenn „ablehnen" im Wortsinn ausgelegt wird, kann er es so hinstellen. Wenn „ablehnen" ausgelegt werden soll als Schlußfolgerung, die jemand aus dem ganzen Verhalten einer Person zieht, kann man die Schlußfolgerung nicht ziehen, die Graf Pestalozza gezogen hat.

Abg. *Joos:* Die Bemerkungen des Herrn Sachverständigen Schwertfeger waren erheblich, und gerade die Bemerkung des Herrn Kollegen Dittmann, der wieder das ominöse Wort „Dolchstoß" als Gegenstand unserer Untersuchung anführte, hat mich darin bestärkt. Wir müssen endlich dieses Wort ausmerzen. Wir haben nicht den „Dolchstoß" zu untersuchen, sondern haben den Ursachen des Zusammenbruches nachzugehen. Wenn sich das Wort „Dolchstoß" in unseren Köpfen festsetzt, dann steht die Frage ganz anders: nämlich: auf Schuld oder Nichtschuld. Dann bekommen wir „rechts" und „links", und dann ist das Übel da, von dem Herr Oberst Schwertfeger gesprochen hat.

Ich frage ferner: Gibt es irgendeine Untersuchung, aus der ersichtlich wird, warum wir eigentlich, obschon die Mißstände in anderen Ländern und Heeren genau so groß oder noch größer waren, unter diesen Wirkungen anders als die übrigen Länder gelitten haben?

(Zuruf: Wegen des Hungers!)

— Sie sprechen vom Hunger. Ich spreche von etwas ganz anderem. Hier spielt nicht nur die Tatsache der belgischen Frage hinein, sondern auch die Idee des Weiterkämpfens um die Ehrenpunkte, nachdem durch das Waffenstillstandsangebot, psychologisch gesehen, ein Kriegswille nicht mehr zu erzeugen war. Nachdem in die Truppen hinein der Gedanke kam: wir sind am Ende, dann hörte es auf, dann war psychologisch der Boden zu weiterem Kriegführen untergraben. Aber später — unter dem Druck unerhörter Waffenstillstandsbedingungen — hätte eine allgemeine Volksbewegung erzeugt werden

können. Sind wir dem Gedanken nachgegangen, wie kümmerlich doch unser *nationaler Zusammenhang* früher gewesen und bis in die neue Zeit auch geblieben ist? Diesen Zustand kennt kein anderes Volk, und das spielt sehr wohl mit in die Ursachen des Zusammenbruchs hinein. Der nationale Gedanke hat uns auch im Jahre 1914 nicht tief innerlich zusammengehalten, sondern mehr ein Gefühl der Furcht. Eine nationale Idee, die uns einigte, wie es die Franzosen, die Engländer und andere Völker haben, hatten wir doch nicht, und im Augenblick, wo Hunger und Hoffnungslosigkeit stieg, brach eben alles auseinander, weil nichts tieferliegendes Gemeinsames mehr da war. Es ist eine Tatsache von eminenter Bedeutung, daß dieser innere nationale Zusammenhang fehlte.

(Sachverständiger Dr. *Delbrück:* Inwiefern war der nationale Zusammenhang nicht da? Er war genau so gut da wie am 1. August 1914!)

— Er war leider nicht da.

Sachverständiger Dr. *Delbrück:* Das Zusammenwirken war nicht mehr da, weil das Volk über der Frage: Eroberungskrieg oder Verteidigungskrieg gespalten war. Der nationale Gedanke als solcher war eher noch stärker.

(Zuruf: Der Heimatgedanke!)

— Nein, der nationale Gedanke. Er war ganz unverletzt. Das gilt für alle, abgesehen von einigen Sowjetleuten, die nie daran teilgenommen hatten. Aber für die Massen war er bis auf ganz geringe Ausnahmen ganz stark. Die Frage: Eroberungskrieg oder Verteidigungskrieg hat uns zerrissen. Wir hören auch von Herrn Dittmann, daß die allerextremsten Leute, die die Revolution nicht wollten, plötzlich wieder fest wurden und sagten: wir müssen Deutschland verteidigen.

Abg. *Joos:* Ich spreche hier nicht von rationalen Ideen der Nützlichkeit, daß wir zusammenhalten usw., sondern ich spreche von dem irrationalen Moment, das bei anderen Völkern zu finden ist, bei den Franzosen zum Beispiel, indem jeder Franzose sagt: „Ich bin und bleibe vor allem Franzose", bei den Engländern ebenso. Das ist etwas, was dem deutschen Volke bis jetzt noch fehlt. Nach meinen Beobachtungen und Erfahrungen, die ich im Volke als Arbeiterführer und als Mensch, der in den Seelen der anderen zu lesen sich bemüht, gemacht habe, ist der Mangel tatsächlich vorhanden.

Abg. *Rauch* (München): Ich möchte kurz zu den Ausführungen des Herrn Kollegen Bergsträßer Stellung nehmen. Der Herr Kollege Dr. Bergsträßer findet den pointiertesten Ausdruck der Friedenssehnsucht in der ländlichen Bevölkerung *Bayerns*. Ich bin natürlich der Überzeugung, daß der Herr Kollege Dr. Bergsträßer damit nicht einen Sondervorwurf gegen Bayern erheben wollte. Im Gegenteil, er suchte die Sache psychologisch zu begründen und damit auch zu erklären. Aber ich möchte seine Ausführungen nicht unwidersprochen

lassen. Wenn ich auch bei der Kürze der Zeit nicht in der Lage bin, quellenmäßige Gegenbelege zu erbringen, so kann ich vielleicht doch einige methodologische Feststellungen machen, von denen ja der Herr Abg. Bergsträßer selber ein großer Freund ist.

Der Herr Kollege Bergsträßer führte eine Reihe von Zitaten aus verschiedenen Werken an, aus dem Werk von Dr. Hundhammer über den Bayerischen Bauernbund, aus einer Schrift von Dr. Mattes, einer Doktordissertation; er brachte Bemerkungen von Dr. Schlittenbauer und Dr. Heim. Da möchte ich zunächst einmal feststellen, daß ich die beiden ersten Herren Dr. Hundhammer und Dr. Mattes nicht als klassische Zeugen gelten lassen kann. In dem einen Falle handelt es sich um eine Doktordissertation, also um das Werk eines Anfängers. Die zweite Schrift von Dr. Hundhammer hat natürlich eine parteipolitische Tendenz zur Beleuchtung des Radikalismus des Bayerischen Bauernbundes. Insofern sind diese beiden Quellen in dieser Frage mit einer gewissen Vorsicht zu bewerten. Aus den Zitaten, die uns der Herr Kollege Dr. Bergsträßer bekanntgegeben hat, spricht das Mißvergnügen mit der kriegswirtschaftlichen Organisation, mit der ungerechten Verteilung der Lasten auf die ländliche Bevölkerung einerseits, auf die städtische Bevölkerung und auf die Industrie andererseits, das Mißvergnügen über die Ungerechtigkeit in der Festsetzung der Preise für die landwirtschaftlichen Produkte auf der einen Seite, für die Industrieprodukte auf der anderen Seite. Nun muß aber das Ziel der Äußerung dieses Mißvergnügens nicht notwendigerweise die Beseitigung der beklagten Zustände durch die Beendigung des Krieges sein. Das Ziel kann auch die *Beseitigung dieser Mißstände durch geeignete Reformen* sein. Für die Monitorien, wie sie von Dr. Heim und Schlittenbauer sowohl an die bayerische Regierung wie an die Reichsregierung gerichtet wurden, möchte ich diese Absicht unter allen Umständen unterstellen.

(Abg. Dr. *Bergsträßer:* Sehr richtig!)

Der Herr Kollege Dr. Bergsträßer gibt als Grund auch noch die schweren Menschenverluste an, die insbesondere die bayerische Bevölkerung getroffen haben, und er begründet das ganz logisch damit, daß diese in der Hauptsache agrarische Bevölkerung sich für technische Waffengattungen, die mitunter an weniger gefährdeten Posten standen, weniger eignete. Ich möchte aber zur Ergänzung dieser Ausführungen noch auf einen weiteren Grund hinweisen, nämlich auf das bekannte Draufgängertum des bayerischen Volkes, das namentlich in den ersten Schlachten in Lothringen außerordentlich schwere Mannschaftsverluste gebracht hat.

(Abg. Dr. *Bergsträßer:* Das müßte aber dann ebenso bei der städtischen Bevölkerung gewirkt haben, deren Draufgängertum mir gleich groß gewesen zu sein scheint!)

— Da möchte ich doch einen gewissen Unterschied machen. Sie

scheinen die innerbayerischen Verhältnisse nicht so genau zu kennen. Sie kennen insbesondere unsere altbayerischen und niederbayerischen Bauern nicht. —

Der Herr Kollege Dr. Bergsträßer hebt die Friedenssehnsucht der ländlichen Bevölkerung in Bayern hervor, weil er für das dort herrschende Mißvergnügen quellenmäßige Belege gefunden hat und zugleich auch vollständig einleuchtende psychologische Gründe. Aber dieses Mißvergnügen mit den kriegswirtschaftlichen Verhältnissen nun der Friedenssehnsucht oder gar der Bereitschaft zur revolutionären Beendigung des Krieges gleichzustellen, das ist meines Erachtens eine Schlußfolgerung, die nicht ohne weiteres zulässig ist.

(Abg. Dr. *Bergsträßer:* Ich habe die zweite Schlußfolgerung der revolutionären Bereitschaft in diesem Zusammenhang nicht gezogen!)

— Die Friedenssehnsucht sollte doch die Unterlage, sollte das Milieu sein, in dem die revolutionäre Stimmung entstehen konnte!

(Abg. Dr. *Bergsträßer:* Aber nicht nur die Friedenssehnsucht!)

— Ich darf vielleicht zur Illustrierung meiner Bemerkung darauf hinweisen, daß noch 8 Tage vor der Revolution in München in einer großen Bauernbundversammlung — wenn ich mich nicht täusche, war es in Tuntenhausen — eine Erklärung für die Monarchie losgelassen wurde und sogar ein Huldigungstelegramm an den König Ludwig III. abgegangen ist. Also das Material, das Sie in diesen Werken über die Unzufriedenheit der ländlichen Bevölkerung, die ja zweifellos feststeht, gefunden haben, ist in Ansehung dessen, was hier zu beweisen ist, mit großer Vorsicht zu gebrauchen. Ich glaube, der Herr Kollege Dr. Bergsträßer würde bei weiterem Suchen vielleicht auch in anderen Teilen des Deutschen Reiches, die eine ähnliche wirtschaftliche Struktur, insbesondere eine ähnliche landwirtschaftliche Struktur, eine ähnliche Teilung in Kleinbauerntum und Mittelbauerntum haben wie Bayern, ähnliches Material finden.

(Abg. Dr. *Bergsträßer:* Gewiß, das habe ich ausdrücklich gesagt!)

— Wenn Sie noch weitere Fälle dieser Art feststellen können, dann können Sie vielleicht die methodische Typisierung vornehmen, von der Sie vorhin gesprochen haben. So aber handelt es sich hier um einen Einzelfall, der an und für sich nichts beweist, insbesondere aber in seiner Isolierung keinen kritisch einwandfreien Beweis für Ihre Feststellung darstellt: „Den *pointiertesten* Ausdruck fand . . . die Friedenssehnsucht bei der ländlichen Bevölkerung in Bayern . . .“

Im übrigen muß man, wenn man die ungerechte Behandlung der landwirtschaftlichen Bevölkerung durch kriegswirtschaftliche Maßnahmen als Grund der Friedenssehnsucht unterstellen will, doch sehr stark zwischen Landwirtschaft und Landwirtschaft unterscheiden. Es ist selbstverständlich, daß, wenn die Ablieferung der Lebensmittel von

einem Gut von 1000 Morgen erfolgen muß, für den Eigenverbrauch des Besitzers viel größere Möglichkeiten der Schätzung usw. gegeben sind als bei einem kleinen Bauerngut. Es wird also, möchte ich sagen, mit großer Vorsicht zwischen Großlandwirtschaft und Kleinlandwirtschaft zu unterscheiden sein. Ich bin fest überzeugt, daß es dort, wo Kleinbauernbetriebe ähnlicher Natur wie in Bayern sonst noch in Deutschland vorhanden sind, mit Leichtigkeit gelingen wird, genau die gleichen Erscheinungen festzustellen, wie sie in Bayern festgestellt wurden.

(Abg. Dr. *Bergsträßer:* Ich auch!)

— Also irgendeine exzeptionelle Stellung Bayerns in dieser Frage möchte ich unter allen Umständen ablehnen.

(Abg. Dr. *Bergsträßer:* Ich habe sie nie behauptet!)

— Es scheint mir, daß auch Herr Dr. Bergsträßer, wie ich aus seinen Zwischenrufen entnehme, eine solche Sonderstellung Bayerns selbst nicht behaupten will. Aber ich würde es für sehr verdienstlich halten, den Beweis zu erbringen, daß auch anderswo derartige Stimmungen vorhanden waren. In einem nahm Bayern vielleicht eine exzeptionelle Stellung ein, und zwar darin, daß in den allerletzten Tagen vor dem Zusammenbruch die Friedensbereitschaft dort stärker hervortrat. Das gebe ich ohne weiteres zu, und dafür sind psychologische Gründe vorhanden. So große Opfer auch die bayerische Bevölkerung — in gleicher Weise wie alle anderen Teile des deutschen Volkes — gebracht hat, so war die dortige Zivilbevölkerung doch während der Hauptzeit des Krieges vor einer unmittelbaren Waffenbedrohung mehr oder minder durch seine Lage an der äußersten Südostgrenze des Reiches geschützt, während im Osten und Westen derartige Bedrohungen von Beginn des Krieges an gegeben waren. Im Osten waren die Leute wenigstens bis zum Abschluß des russischen Feldzuges sozusagen in ständiger Marschbereitschaft. Im Westen stand die Bevölkerung fortwährend unter der Bedrohung durch Fliegergeschwader. Im Laufe der Kriegsjahre hat sich die dortige Bevölkerung an diese Bedrohungen bis zu einem gewissen Grade gewöhnt. Als nun mit dem Zusammenbruch unserer Front im Süden, in Italien, und im Südosten, auf dem Balkan, die Gefahr eines Einmarsches der Italiener, die Gefahr eines Hereinbruchs großer Fliegergeschwader nach Bayern immer größer wurde, das daran noch gar nicht gewöhnt war — denn der bescheidene Versuch des französischen Hauptmanns Beauchamps mit den paar kleinkalibrigen Bomben über München kommt nicht in Betracht —, als diese unmittelbare Waffenbedrohung der Zivilbevölkerung plötzlich in Frage kam, entstand — das gebe ich ohne weiteres zu — eine gewisse Panikstimmung und daraus im Zusammenhalt mit der geradezu lähmenden Wirkung des jähen Waffenstillstandsangebotes der Obersten Heeresleitung eine größere Friedensbereitschaft. Das war aber im letzten Augenblick vor dem

Zusammenbruch, als die Dinge eigentlich schon praktisch im Rollen waren.

Sachverständiger Dr. *Herz:* Zunächst habe ich persönlich auf dem Standpunkt gestanden, daß der Friedensvertrag überhaupt nicht unterzeichnet werden sollte. Daß weite Kreise, die auf demselben Standpunkt standen, sich auch gegen die Auslieferungsformel gewendet hätten, ist selbstverständlich. Bloß die große Masse des Volkes wäre nach meiner Kenntnis der Stimmung nur für Hindenburg zu haben gewesen. Eine Tatsachenfrage, wie Herr Dr. Philipp meinte, ist das eben leider nicht; es ist eine psychologische Frage.

Ich möchte mich noch gegen das wenden, was Herr Schwertfeger gesagt hat. Ich habe ausdrücklich betont, daß die inneren Mißstände und die Mißstände an der Front, auch wenn sie nachgewiesen wären, am Schlußresultat sehr wenig geändert hätten. Ich habe weiter betont, daß ich den Offiziershaß lediglich feststelle, daß ich ihn selbst nicht teile und daß ich ihn im wesentlichen auf die Verallgemeinerung zurückführe. Solche Verallgemeinerung finden Sie überall da, wo eine gewisse Antipathie vorhanden ist und diese Verallgemeinerung den Betreffenden in seiner Meinung unterstützt.

Der 4. Unterausschuß bestellt sodann Reichsarchivrat Professor Dr. Hobohm zum Sachverständigen mit der Aufgabe, die Frage der Mitschuld der annexionistischen Agitation der Alldeutschen und anderer Gruppen am Zusammenbruch zu prüfen, der in der Sitzung des Gesamtausschusses vom 11. Februar 1926 bestätigt wird.

## Sitzung, Freitag, den 5. März 1926

### Bericht des Abgeordneten Grafen zu Eulenburg über die Frage der Schuld am inneren Zusammenbruch und Aussprache hierüber

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:* Ich habe dem Ausschuß Kenntnis von einigen seit der letzten Sitzung am 10. Februar 1926 eingegangenen Schreiben zu geben.

1. Auf die Stellungnahme des Ausschusses bezüglich der Auskunftspersonen und Kommissare ist am 18. Februar 1926 ein Bescheid des Reichswehrministers eingegangen:

Aus Ihrem Schreiben vom 5. II. 26 — IV. 16 — (s. o. S. 189) ersehe ich, daß sich Ihre Ansicht über die Aufgaben der Kommissare völlig mit der meinigen deckt und somit die Gewähr für eine der Erforschung der Wahrheit dienende, sachliche und reibungslose Zusammenarbeit mit den von mir zu stellenden Kommissaren gegeben ist. Auch möchte ich Ihnen mitteilen, daß ich den im Interesse der Arbeiten des Untersuchungsausschusses für bestimmte Fragen be-

sonders herangezogenen Auskunftspersonen eine weitgehende Unterstützung zuteil werden lasse.

2. Am 3. März 1926 ist ein Schreiben des Sachverständigen Dr. Herz eingegangen:

Es ist mir zu Ohren gekommen, daß im Reichstag das Gerücht kolportiert wird, ich wäre in irgendeiner Form an dem von Herrn Abg. Dittmann erstatteten Bericht über die Marinemeutereien beteiligt, hätte sogar an der Abfassung mitgearbeitet. Ich betone dabei ausdrücklich, daß mir dieses Gerücht nicht aus den Kreisen des 4. Unterausschusses zur Kenntnis gebracht worden ist.

Trotzdem also der 4. Unterausschuß in keiner Weise an diesen Behauptungen beteiligt ist, lege ich doch Wert darauf, ihm gegenüber festzustellen, daß an diesem Gerücht kein wahres Wort ist; ich bin weder direkt noch indirekt irgendwie an der Abfassung, Vorbereitung oder Materialbeschaffung beteiligt. Ich würde eine solche Hilfsarbeit mit meiner Stellung als Sachverständiger nicht für vereinbar halten.

3. Am 26. Februar 1926 ist ein Schreiben des Herrn Landgerichtsrats Dr. jur. Dobring eingegangen:

Durch Herrn Korvettenkapitän Canaris, sowie durch Herrn Abgeordneten Brüninghaus habe ich zu zwei verschiedenen Malen den unter ihrem Präsidium tagenden Unterausschuß bitten lassen, mich zur Klarstellung der Behauptungen ihres Berichterstatters eidlich als Zeugen zu hören.

Mir ist bislang von einer entsprechenden Beschlußfassung nichts bekannt geworden. Ich sehe mich daher veranlaßt, nunmehr ganz offiziell an Sie mit der Bitte heranzutreten, dem Ausschuß meine dringende Bitte zu unterbreiten, mich nach Erstattung des Korreferats des Herrn Abgeordneten Brüninghaus mit möglichster Beschleunigung als Zeugen zu vernehmen. Ich erlaube mir schon jetzt die weitere Bitte, daß die Herren des Ausschusses in der weitestgehendsten Weise von ihrem Fragerecht Gebrauch machen möchten.

Landgerichtsrat Dr. Dobring gehört zu denjenigen Personen, die nach Meinung des Ausschusses in erster Linie für Zeugenvernehmungen in Frage kommen. Ich halte es für zweckmäßig, für die Öffentlichkeit zu bemerken, daß irgendwelche Wünsche auf Zeugenvernehmungen unmittelbar an den Ausschuß und nicht an einzelne Mitglieder oder Regierungsvertreter gerichtet werden, da sonst die Gefahr einer Verzögerung vorliegt. Ich bin der Meinung, daß dem Wunsch des Landgerichtsrats Dr. Dobring Rechnung getragen werden muß.

4. Am 18. Februar 1926 ist eine Eingabe des Vereins ehemaliger Matrosen der Kaiserlichen und der Reichsmarine E. V. eingegangen. Nach den getroffenen Vereinbarungen werden Zuschriften, die sich auf Zeugenvernehmungen im Anschluß an den Bericht des Abg. Ditt-

mann erstrecken, dem Abg. Joos zugeführt, damit dieser später darüber berichten kann.

5. In der letzten Sitzung hat der Sachverständige Dr. Delbrück angeregt, über die Stellung des Großadmirals v. Tirpitz bezüglich des Einsetzens der Flotte 1914 zu einer Vernehmung zu kommen. Ich habe mich wegen dieser Angelegenheit mit dem Großadmiral v. Tirpitz in Verbindung gesetzt und den folgenden Bescheid bekommen, der vielleicht die Frage der angeregten Vernehmung des Freiherrn v. Reischach klären wird. Großadmiral v. Tirpitz hat mir zu dieser Sache geschrieben [1]:

Auf die Leitung des Seekrieges war mir ein Einfluß nur insoweit eingeräumt, als der Chef des Admiralstabes angewiesen war, sich vor dem Vortrage beim Kaiser mit mir „in Verbindung zu setzen" und im Vortrage selbst „auf etwaige abweichende Ansichten des Staatssekretärs aufmerksam zu machen".

Bereits am 7. August 1914 habe ich dem Chef des Admiralstabes in eingehender Erörterung dargelegt, daß ich nicht an den im Operationsbefehl vorgesehenen Kräfteausgleich durch den Kleinkrieg glauben könne und statt des engen Sicherheitsgürtels um die deutsche Bucht Vorstöße in weiterem Umfange und mit der ganzen Flotte für notwendig halte.

In demselben Sinne sprach ich an demselben Tage mit dem Chef des Marinekabinetts. Seine Aufzeichnung („Deutsche Politik", Jahrg. IV, S. 657) zeigt, daß ihm ebenso wie dem Chef des Admiralstabes das Verständnis für meine in jahrzehntelanger Arbeit erworbenen strategischen Anschauungen vollständig abging.

Am 8. August schrieb Admiral v. Pohl über meine Stellungnahme zu der geplanten Störung der englischen Truppentransporte: „Tirpitz hielt nichts vom Einsetzen der U-Boote und wollte, daß die Flotte zum Schlagen käme." Diese Stelle ist in dem aus Pohls Nachlaß herausgegebenen Buche unterdrückt, sie ist gedruckt in dem Seekriegswerk des Marinearchivs: Der Krieg in der Nordsee, Bd. I, S. 81/82.

Am 15. August unterbreitete ich dem Chef des Marinekabinetts eine von Kapitänleutnant Erich Edgar Schulze niedergeschriebene Aufzeichnung, in der meine strategischen Auffassungen über die Lage vor und nach Herstellung der Gefechtsbereitschaft bei den Reservegeschwadern eingehend dargestellt waren. Es hieß darin, für den Zeitpunkt der Fertigstellung des IV. und V. Geschwaders sei offensives Vorgehen mit der gesamten Hochseeflotte unter allen Umständen erforderlich.

Noch bevor der Flottenchef (in einer mir schwer verständlichen „rage de perfection" um Wochen verspätet) die Reservegeschwader

[1]) Vgl. auch Bd. 10 dieser Reihe S. 344 ff.

für gefechtsbereit erklärte, erfolgte das Vorpostengefecht bei Helgoland am 28. August. Ich schrieb daraufhin am 29. an den Chef des Admiralstabes: „Mit Eurer Exzellenz stimme ich darin überein, daß bedeutsame Entscheidungen lediglich durch die Schlacht zu erreichen sind. Der Kleinkrieg wird m. E. keinen erheblichen Kräfteausgleich zu unseren Gunsten herbeiführen." In demselben Sinne habe ich auf den Kaiser am 29. August in Koblenz und am 4. September in Luxemburg einzuwirken versucht. Da ich kein Recht hatte, mich an den Flottenchef unmittelbar zu wenden, sandte ich am 31. August dem Chef des I. Geschwaders eine ausführliche Darlegung meiner auf die Offensive gerichteten Gedanken.

Ich muß mich hier auf diese Andeutungen beschränken, die ich Ihnen zu beliebiger Verwendung freigebe.

Sachverständiger Dr. *Delbrück:* Auch nach dieser Darstellung, die die Sache nicht vollständig aufklärt, behalte ich mir vor, auf die von mir beantragte Vernehmung zurückzukommen.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:* Ich habe aus dem Schreiben des Großadmirals v. Tirpitz nur das, was sich auf die Sache selbst bezieht, vorgetragen. Ich bin aber bereit, auch *den* Teil zu verlesen, der die Frage der Vernehmung betrifft. Großadmiral v. Tirpitz erklärt dazu:

1. Wenn ich überhaupt mit dem Oberstallmeister und Oberhofmarschall Freiherrn v. Reischach über diese Frage gesprochen habe — es ist möglich, obwohl ich mich dessen nicht entsinne —, so handelt es sich dabei naturgemäß nur um die private Unterhaltung mit einem Außenstehenden. Diesem gegenüber ließ ich mich von dem taktischen Gesichtspunkt leiten, meinen Gegensatz zu den Anschauungen der maßgebenden Stellen nicht zu betonen, vielmehr die Einheitsfront der Marine zu wahren und meine Waffe besonders vor Vertretern der Armee zu verteidigen.

2. Authentische Auskunft über meine damaligen Anschauungen können selbstverständlich, abgesehen von mir selbst, nur geben die Aussagen meiner derzeitigen Mitarbeiter und gleichzeitige Niederschriften der Beteiligten, wobei zu berücksichtigen ist, daß der schriftliche Niederschlag ausgedehnter mündlicher Verhandlungen oft einen fragmentarischen Charakter trägt.

Als meine Mitarbeiter, die aus täglicher Zusammenarbeit mit mir mit meiner Auffassung vertraut waren, nenne ich den derzeitigen Chef der Zentralabteilung des Reichsmarineamts, Vizeadmiral a. D. *Hopman* (Bad Harzburg, Amsbergstr. 9) und den zweiten Offizier der Zentralabteilung, meinen Neffen Korvettenkapitän a. D. Erich Edgar *Schulze* (Duisburg, Karl-Lehr-Str. 9).

Die mir zur Verfügung stehenden Niederschriften werde ich im Rahmen einer bereits im Druck befindlichen Stellungnahme demnächst der Öffentlichkeit unterbreiten. Auf die Äußerung Admiral

Hopmans in der Zeitschrift „Die Kriegsschuldfrage", III. Jahrg., S. 539 ff. weise ich hin.

Sachverständiger Dr. *Delbrück:* Es kommt darauf an, ob der Großadmiral sich nicht gleichzeitig ganz anders geäußert hat, so daß also ein wesentliches Schwanken festzustellen wäre.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:* Der Großadmiral betont ausdrücklich, daß er gegenüber Dritten aus Loyalität stets den amtlichen Standpunkt der Seekriegsleitung vertreten hat, auch wenn er ihm innerlich ablehnend gegenüberstand. Einen parallelen Vorgang haben wir ja bei der Stellung des Staatssekretärs Helfferich zu Bethmann Hollweg in der Frage des U-Bootkrieges. Ich erinnere an die dramatische Szene im Reichstage, in der Abg. Dr. Helfferich diese Dinge auseinandersetzte.

Sachverständiger Dr. *Delbrück:* Ich habe eine andere Auffassung als der Herr Vorsitzende.

Vizeadmiral v. *Trotha* wird darauf zum Sondersachverständigen des 4. Unterausschusses für die Untersuchung der Marinevorgänge unter Bezugnahme auf den früher von ihm geleisteten Eid bestellt. Abg. *Dittmann* erklärt, daß er beabsichtige, als weitere Sondersachverständige einen Heizer, einen Matrosen und einen Deckoffizier vorzuschlagen. Dieser Vorschlag findet keinen Widerspruch.

Darauf erstattet der Abg. Graf zu Eulenburg seinen Bericht.

Abg. Graf *zu Eulenburg:* Der Abg. Dr. Rosenberg hat in seinem Bericht, zu dem ich heute den Gegenbericht zu halten habe, den Begriff des „Dolchstoßes" folgendermaßen formuliert: „Es ist die Auffassung, daß Deutschland zu einem anderen Frieden, einem wesentlich besseren Kriegsausgang gekommen wäre, wenn nicht gewisse aktive Gegenwirkungen im Innern dagewesen wären". Mit dieser Formulierung kann ich mich mit der Einschränkung einverstanden erklären, daß ich statt des Ausdrucks „gewisse aktive Gegenwirkungen", der mir nicht klar genug erscheint, „die revolutionäre Agitation" setze, „die den Umsturz herbeiführte", und statt „wären" entsprechend „wäre". Dr. Rosenberg führt ferner aus: „Die wissenschaftliche Prüfung dieser Behauptung zerfällt dadurch ganz von selbst in zwei Teile. Der eine Teil müßte nachprüfen, welches die Ursache der deutschen Niederlage war, ob sie nur militärische Gründe hatte, oder ob innerpolitische Gründe dabei von Bedeutung waren, und der zweite Teil müßte sich mit einer möglichst klaren und scharfen Analyse solcher Bestrebungen und Strömungen befassen, die im Innern Deutschlands angeblich vorhanden waren und darauf abzielten, die Niederlage herbeizuführen. Das sind die beiden Grundaufgaben, die wissenschaftlich gestellt sind, wenn man der Dolchstoß-Frage nähertreten will." Meiner Ansicht nach ist dem Abg. Dr. Rosenberg vielleicht dadurch, daß er sich an den

Satzbau seiner Dolchstoß-These gehalten hat, ein Irrtum unterlaufen. Mir scheint die umgekehrte Reihenfolge der Untersuchung folgerichtiger zu sein. Dieser Auffassung ist anscheinend im Unterbewußtsein auch Dr. Rosenberg, denn er beginnt mit seinem zweiten Teil. Das ist durchaus erklärlich, denn es handelt sich hier um Ursache und Wirkung. Die Ursache war die revolutionäre Agitation (bzw. die aktiven Gegenwirkungen), deren Wirkung nach Ansicht der Vertreter der Dolchstoß-Anklage der schlechte Frieden, nach Ansicht der Verteidiger — wenn ich mich so ausdrücken darf —, eine nur unwesentliche Änderung der Lage gewesen ist.

Einleitend werde ich mich mit der von Dr. Rosenberg aufgestellten und erläuterten Einteilung der sozialistischen Bewegung in drei Hauptgruppen beschäftigen, danach zu verschiedenen von ihm aufgestellten Thesen besonders Stellung nehmen, da ich vielfach auf Grund meiner Untersuchungen zu einem anderen Ergebnis gekommen bin. Sodann werde ich eine Schilderung der Gesamtentwicklung der sozialistischen Bewegung während der Kriegszeit bringen. Mit Absicht gebrauche ich den von Dr. Rosenberg gewählten Ausdruck „Arbeiterbewegung" nicht, denn er ist insofern unzutreffend, als einerseits ein großer Teil der Arbeiterschaft nicht sozialistisch, geschweige denn revolutionär, anderseits ein großer Teil der Sozialisten, insbesondere auch der Revolutionäre, niemals Arbeiter gewesen ist. Ich werde dann auf die Frage eingehen, welche Wirkungen die revolutionäre Agitation auf die militärischen Ereignisse und den Friedensschluß gehabt hat, um zum Schluß das Gesamtergebnis, wie es sich mir darstellt, zusammenzufassen.

Der Abg. Dr. Rosenberg unterscheidet einerseits zwischen drei Strömungen in der sozialistischen Bewegung, anderseits stellt er fest, daß als Parallelerscheinung eine Friedensbewegung vorhanden war, die weite Kreise der Bevölkerung zu ihren Trägern zählte. Innerhalb der sozialistischen Bewegung räumt er Liebknecht und Rosa Luxemburg eine Sonderstellung ein. Auch ich bin der Auffassung, daß in diesen Persönlichkeiten die erste, ich möchte sagen, aktivtätige, revolutionäre Zelle der ganzen späteren Bewegung zu erblicken ist, kann mich aber nicht dem anschließen, was Dr. Rosenberg aus den Gegensätzlichkeiten zwischen der Spartakusgruppe und der später sich aus der Sozialdemokratischen Partei loslösenden Arbeitsgemeinschaft (der späteren USPD) gefolgert hat. Auch kann man meines Erachtens *eine allzu scharfe Grenze zwischen den einzelnen Gruppen nicht ziehen,* und zwar aus folgenden Erwägungen: Liebknecht, der bereits bei der zweiten Abstimmung über die Kriegskredite diese abgelehnt hatte, konnte es nicht entgangen sein, daß die Mitglieder der sich später im März 1916 zu seiner Ansicht (der Ablehnung) bekennenden Gruppe der Arbeitsgemeinschaft, wenn auch noch nicht in vollem Radikalismus, so doch wenigstens, was die letzten Ziele betraf, sich

in Übereinstimmung mit vielen von ihm vertretenen Anschauungen befand oder zum mindesten auf dem besten Wege dahin war. Es scheint mir praktisch wie psychologisch betrachtet durchaus verständlich, wenn Liebknecht durch herausforderndes Verhalten in Wort und Schrift ständig versuchte, die Arbeitsgemeinschaft (USPD) auf dem anfangs nur zögernd eingeschlagenen Wege rascher vorwärts zu treiben. In der Natur der beiden entschlossenen Revolutionäre Liebknecht und Rosa Luxemburg lag es viel mehr, auf die Säumigen mit Peitschenhieben statt mit sanfter Überredungskunst einzuwirken, und wenn ich die Auszüge aus den Schriften der Spartakusbriefe im Bericht des Abg. Rosenberg betrachte, so scheint mir daraus viel weniger eine Gegensätzlichkeit der Anschauungen, als das Bestreben erkennbar zu werden, den zögernden Gesinnungsgenossen gewissermaßen den Absprung zu erleichtern. Bittere Vorwürfe, scharfer Sarkasmus, ja offene Beschuldigung sozialistischer Grundsatzlosigkeit sind die Mittel dazu. Ich halte die Spartakusgruppe nicht für so kurzsichtig, daß sie nicht Bundesgenossen für das von ihr erstrebte Ziel genommen hätte, wo sie sie finden konnte, mit dem unausgesprochenen Gedanken, wenn erst einmal die Zeit der Ernte gekommen sei, dann den zaghafteren Brüdern das Heft aus der Hand zu nehmen und die Führung an sich zu reißen. Ton und Sprache der Spartakusbriefe erscheinen nicht nur vom rein revolutionären Standpunkte aus folgerichtig, sondern auch verständlich aus der Erwägung heraus, noch zaudernde Bundesgenossen zu aktivem Handeln fortzureißen; und so, wie sich die Grenze zwischen Spartakusgruppe und Unabhängiger Partei flüssig gestaltet, verwischt sie sich vielfach auch zwischen dieser und den Mehrheitssozialisten. Dr. Rosenberg gibt selber zu, daß „beide Strömungen (USPD und Spartakus) Berührungspunkte hatten, daß Übergangsstellen vorhanden waren". Die zitierten Äußerungen von Lipinski sind ein typisches Beispiel dafür.

Dr. Rosenberg meint, es sei „besonders unfreundlich", daß Rosa Luxemburg ihrer Schrift gegen die USPD das Motto vorausschickt: „Ach, daß du kalt oder warm wärest, weil du aber lau bist und weder kalt noch warm, werde ich dich ausspeien aus meinem Munde." Daß unfreundliche Äußerungen über Angehörige von Nachbarparteien vorkommen, dürfte jedem im politischen Leben Stehenden bekannt sein, auch daß solche keine Entfremdung auf ewige Zeit hervorzurufen brauchen. Der Spruch: „Ach, daß du kalt oder warm wärest" ist wirklich noch „recht freundlich" gegenüber dem harten Urteil, das beispielsweise Noske in seinem Buch „Von Kiel bis Kapp" über den Reichstagsabgeordneten Kuhnt fällt. Als der Abg. von Ramin die betreffende Stelle im Reichstag zitiert hatte, antwortete der Abg. Kuhnt, „daß Noskes Buch in einer Zeit geschrieben wurde, in der die Sozialdemokratische Partei in zwei Lager gespalten war". Er fügte weiter hinzu, „das Werturteil, das Noske über mich abgegeben hat, wird

durch zahlreiche Werturteile kompensiert, die wir damals über ihn abgegeben haben". Auch über den Abg. Dittmann liegen beispielsweise mehr als unfreundliche Werturteile von mehrheitssozialistischer Seite vor[1]). Heute sind Noske sowohl wie Kuhnt und Dittmann angesehene Mitglieder derselben Partei, der SPD. Man ersieht hieraus, daß abfällige Äußerungen im politischen Leben nicht allzu tragisch genommen werden.

Dr. Rosenberg schildert in seinem Bericht die Versuche der meuternden Matrosen 1917, sich an die USPD anzulehnen, und versucht nachzuweisen, daß die Meuterer keine Revolution, sondern lediglich eine Stütze für ihre auf Herbeiführung des Friedens gerichteten Wünsche erstrebt hätten, wobei die Matrosen die Unabhängige Partei als die hierfür geeignete Stelle angesehen hätten. Ich muß zunächst auf einen grundsätzlichen Unterschied zwischen meiner Auffassung und der des Abg. Rosenberg hinweisen. Ich stehe durchaus auf dem Standpunkt, daß, wenn Soldaten mitten im Kriege in ihren Reihen eine Propaganda für Herbeiführung eines Friedens um jeden Preis — dieses taten sie nach Aussage von Sachse — entfalten und sich zur Stützung derartiger Aktionen an politische Parteien wenden, ein solches Verhalten unter den Begriff des *Landesverrats* fällt. Zweifellos war den Matrosen das Strafbare ihres Handelns auch bewußt. Bekanntlich sollen sie von Abgeordneten der Unabhängigen Partei darauf hingewiesen worden sein, sich bei ihrem Vorgehen äußerster Vorsicht zu befleißigen, da es sich um gefährliche Dinge handele[2]). Eine solche Warnung wäre sinnlos gewesen, wenn sie sich nicht auf strafbare Handlungen bezogen hätte.

Ich werde mich in meinen späteren Darlegungen bemühen, die Gründe zu zeigen, durch welche die Matrosen bewogen wurden, sich gerade an die USPD zu wenden. Ein näheres Eingehen auf die Marinemeutereien soll dem Korreferate des Abg. Brüninghaus überlassen bleiben. Ich will darum nur kurz auf jene speziellen Punkte eingehen, die vom Abg. Dr. Rosenberg für seine These angeführt werden, daß es sich bei der Meuterei um harmlose Kindereien gehandelt habe, und soweit es mir zur Vervollständigung des Gesamtbildes nötig erscheint.

Es ist ohne weiteres zuzugeben, daß in den von den Matrosen aufgestellten Forderungen manches Kleinliche, fast Kindliche enthalten war. Aber wir wissen, daß es bei diesen Forderungen nicht geblieben ist. Die beiden Seeoffiziere sind nicht deswegen ermordet worden, weil sie es nicht zugeben wollten, nur einmal im Anfang eines Satzes

---

[1]) S. „Dittmanns Enthüllungsschwindel, nach Eingeständnissen seiner Genossen" von Emil Kloth, ehemaligem sozialdemokratischem Verbandsvorsitzenden und Stadtverordneten. 1926. Brunnenverlag Karl Winkler, Berlin.

[2]) v. Wrisberg, „Der Weg zur Revolution 1914—1918". Verlag von K. F. Koehler, Leipzig 1921. S. 75.

mit „Herr Kapitän“ angeredet zu werden. Für mich ist es klar, daß gerade die Anstifter und Treiber der revolutionären Bewegung, da sie von Anfang an keine größeren Mißstände entdecken konnten, versuchten, die Matrosen durch Kleinigkeiten aufzureizen, diese Kleinigkeiten zu vergrößern und zu vergröbern, durch Vorbringen von Forderungen ihre Macht zu erproben, um schließlich die Revolution zu entfesseln. Die dem Ausschuß vorliegende Schrift „Antinauticus“ gibt ein anschauliches Bild davon, wie die Revolution der Marine gemacht worden ist. Wenn auch der Verfasser seinen Namen verschweigt, so gibt doch der Name des Herausgebers Thälmann der kleinen Schrift eine gewisse Bedeutung. Die Schilderungen von Antinauticus werden wertvoll ergänzt durch Ausführungen von Sachse, sowie durch die Äußerungen von Cohen-Reuß, der auf dem Rätekongreß in Berlin am 10. 4. 1919 von seiner Partei sagte: „Wir haben jahrzehntelang gehetzt, obgleich wir wußten, daß wir übertrieben“, als er, als Vertreter der gemäßigten Richtung, das Verhalten seiner Partei scharf kritisierte. Aus dieser Äußerung Cohen-Reuß' geht hervor, daß die Schilderungen von Mißständen, da vielfach bewußt übertrieben, mit Vorsicht gewertet werden müssen. Die Schrift des anonymen Revolutionärs (Antinauticus) beweist, ebenso wie die Aussagen Sachses, daß die Taten der Matrosen von einem *zielbewußten politischen Willen zur Revolution geleitet worden sind,* und daß die Behauptung, daß es sich bei den Meutereien nur um „Kindereien“ gehandelt habe, nicht aufrechterhalten werden kann. Klar und deutlich geht aus den Äußerungen, die ich für meinen Bericht aus der erdrückenden Fülle des Materials herausgegriffen habe, das Vorhandensein der revolutionären Absicht hervor.

Ich weiß nicht, welche Merkmale eine Revolution tragen muß, um von dem Abg. Rosenberg als solche anerkannt zu werden. Ob es seiner Ansicht nach vielleicht notwendig ist, daß, wie in Rußland, Hunderttausende von Menschen aller Gesellschaftsschichten vom Arbeiter bis zum Universitätsprofessor und hochgestellten Offizier hingemordet werden müssen, oder ob es genügt, wenn nur eine geringere Anzahl der tödlichen Waffe aufgepeitschter Massen zum Opfer fällt. Mir genügen die Ereignisse vom November 1918 und Januar bis März 1919, die der Abg. Rosenberg selber ein „Blutbad“ nennt, vollkommen. Wenn die Entwickelung in Deutschland nicht den blutigen Verlauf der russischen Revolution genommen hat, so verdanken wir es in erster Linie der Gegenwehr der sich als Freiwillige zur Verfügung stellenden staatserhaltenden Elemente unter Führung kampferprobter Offiziere. Wie machtlos die Männer der neuen Regierung waren, geht daraus hervor, daß das Kabinett Ebert-Scheidemann in den Weihnachtstagen 1918 Berlin aufzugeben beschlossen hatte und sich nur durch das Kriegsministerium von der Flucht abhalten ließ — unter der Bedingung, daß ein Zug ständig unter Dampf gehalten werden mußte —. Ebert bat das Kriegsministerium in jenen kritischen

Tagen telephonisch dringend um Hilfe mit den Worten: „Schicken Sie uns um Gottes willen Offiziere, sonst sind wir verloren[1])!“ — Wir verdanken die Rettung vor dem Schicksal Rußlands ferner den Freiwilligen-Verbänden, die es mit der Waffe in der Hand verhinderten, daß die im Januar 1919 in Litauen und Kurland gegen Ostpreußen vordringenden Bolschewiki den Revolutionären in Deutschland die Hand reichten.

In diesem Zusammenhange will ich kurz auf die Ausführungen eingehen, die der Abg. Dr. Rosenberg am Schlusse seines Berichtes gemacht hat. Er stellt die These auf, eine deutsche Revolution im Jahre 1916 hätte günstige Zukunftsmöglichkeiten für Deutschland geschaffen, da damals auch Rußland den Weg der Revolution beschritt. Er meint wörtlich: „Ein sog. Dolchstoß von linksradikaler Seite, der früher gekommen wäre und wirklich eine aktive rote Regierung hätte schaffen können, hätte sicher ein besseres Los gebracht, als das Los, das Deutschland jetzt beschieden ist.“ Wer die chaotischen Zustände, welche die russische Revolution hervorrief, wer die durch den russischen „linksradikalen Dolchstoß“ — um diesen Ausdruck zu übernehmen — hervorgerufene Ohnmacht und völlige Auflösung der russischen Armee mit eigenen Augen gesehen hat und sich dann vorstellt, daß sich gleiches bei uns hätte ereignen sollen, der weiß, daß in dem Falle Deutschland heute ein Trümmerfeld wäre, zerstampft von feindlichen Heeren, ein Elendsland, schlimmer als das heutige Deutschland, schlimmer als Rußland, das mit seinen Bodenschätzen, geschützt durch seine Lage, vielleicht den Weg einer langsamen Gesundung gehen kann. Darum war auch der Kampf vor den Grenzen Ostpreußens im Jahre 1919 eine notwendige Rettungstat.

Der Abg. Rosenberg führt aus, daß die Soldatenräte des Jahres 1918 zu 95 % der Mehrheitssozialdemokratie, zu 5 % den Unabhängigen angehörten, und schließt daraus, daß eine Revolution im eigentlichen Sinne nicht stattgefunden hätte. Ich ziehe hieraus, vorausgesetzt, daß die Zahlen zutreffen, einen anderen Schluß, nämlich den, daß damals in den Augen vieler Soldatenräte beide Parteien, sowohl die Sozialdemokraten, wie die Unabhängigen, als Träger der Revolution galten, da beide Richtungen in der neuen Regierung vertreten waren und in Aufrufen und Äußerungen sich als die Urheber der Revolution ausgaben. MSPD und USPD suchten die Massen dadurch für sich zu gewinnen. In einem Aufruf am 12. 11. 1918, unterzeichnet von dem Vorstand der USPD finden sich folgende Sätze: „Die Träger der Gewalt sind heute die Arbeiter- und Soldatenräte, die USP Deutschlands hat vom ersten Tage ihres Bestehens an das bevorstehende Ende des Militarismus und Imperialismus ge-

[1]) Mitgeteilt durch Generalmajor a. D. v. Wrisberg. „Deutscher Offizier-Bund“, Nr. 4 v. 5. Februar 1926.

fühlt und alles getan, um die revolutionären Kräfte der arbeitenden Klassen zu entfesseln[1])." Am 29. 11. 1918 berichtet der „Vorwärts" über Ausführungen Eberts im Parteiausschuß, die besagen, daß die Initiative zur Revolution von der SPD ausgegangen sei[2]).

Ich darf in diesem Zusammenhange auf die Ausführungen über die Einwirkungsmöglichkeiten von Parteien auf Nachbarparteien hinweisen, die der Abg. Dr. Bergsträßer in seinem Berichte gemacht hat. Er sagt sinngemäß, daß die Einwirkung einer Partei auf die radikalere Nachbarpartei so gut wie unmöglich sei. — Umgekehrt müßte gefolgert werden, daß die radikalere Partei unbegrenzte Möglichkeiten der Einwirkung auf die gemäßigtere besitzt.

Der Abg. Rosenberg ist der Ansicht, daß es im Jahre 1918 nur zwei Alternativen gegeben habe, nämlich: entweder die Offensive oder die Revolution. Soll das vielleicht heißen, daß man erst den Erfolg der Offensive abwarten wollte, um dann je nach dem Ausgang Revolution zu machen oder nicht? *Die Revolution ist nicht erst nach dem Zusammenbruch der Offensive, sondern von langer Hand vorbereitet und organisiert worden,* wie aus zahlreichen Dokumenten hervorgeht, von denen ich im folgenden einige herausgreifen werde.

Nach einem Bericht des „Berliner Tageblatts" vom 17. 12. 1918 hat an diesem Tage der Abg. Ledebour sich in öffentlicher Versammlung folgendermaßen geäußert: „Der Entschluß von 1916 verstärkte sich nach dem Januarstreik von 1918. Nach diesem Streik reifte der Entschluß, wenn es noch einmal losginge, dann ganze Arbeit zu machen. Alle Vorbereitungen wurden getroffen und besonders haben sich Barth, Wegmann, Eckert, Däumig und andere Vollzugsratsmitglieder um die Sache verdient gemacht. Es fragte sich immer nur, wann losgeschlagen werden könnte, und so haben wir Monat für Monat gewartet; als der Zusammenbruch an der Westfront erfolgte, hielten wir die Zeit für gekommen. Wir hatten auch Verbindungen mit der Front angeknüpft und arbeiteten erfolgreich, denn die Regierung war ja so gütig gewesen, alle Revolutionäre einzuziehen und in die Armee zu stecken. Wir wußten, daß ganze Regimenter übertreten würden." Ledebour führte weiter aus: „Sie (d. h. die Regierung) hat nach dem Januarstreik alles, was als am Streik beteiligt denunziert wurde, zusammengeklaubt und an die Front geschickt. Da war jeder Mann ein Agitator für die Revolution der USPD." In einer Versammlung vom 30. 8. 1919 erklärte der Führer des Seemanns-Bundes Haas: „Wir haben schon von Beginn des Krieges, von Anfang des Jahres 1915 an, systematisch für die Revolution der Flotte gearbeitet. Wir haben von unserer Löhnung alle Tage 50 Pfennige gesammelt, uns mit Reichs-

[1]) Breithaupt, „Volksvergiftung 1914—1918". Verlag von Koehler, Berlin und Leipzig 1925. S. 148.

[2]) „Vorwärts" vom 29. November 1918.

tagsabgeordneten in Verbindung gesetzt und revolutionäre Flugblätter verfaßt, drucken lassen und verteilt, um so für die Novemberereignisse die Bedingungen zu schaffen. Ich selbst bin für diese Agitation mit mehreren Kameraden zum Tode verurteilt worden, bei zweien ist das Urteil aber nur ausgeführt. Nicht also seit 1917, wie der Unabhängige Vater-Magdeburg erwähnte, ist die Agitation gegen Heer und Flotte systematisch betrieben worden, sondern seit Beginn des Krieges[1])." — So sehen bei näherer Betrachtung die angeblichen „Kindereien" aus.

Es ist von Dr. Rosenberg der Versuch gemacht worden, Zeugnisse wie die oben angeführten, die für eine zielbewußte Vorbereitung der Revolution sprechen, dadurch zu entkräften, daß er sie als Renommage hinstellt. Ohne das Renommierbedürfnis einzelner Persönlichkeiten bestreiten zu wollen, möchte ich hier doch die Frage aufwerfen, wie lange die Renommierlust wohl gedauert haben soll? Es liegt eine so große Anzahl von Aussagen aus einer langen Reihe von Jahren vor, auch aus Zeiten, in denen es nicht „Mode", sondern gefährlich war, revolutionär zu erscheinen, daß die These vom Renommieren im allgemeinen nicht aufrechterhalten werden kann. Es ist vielmehr m. E. durchaus erklärlich, daß nach dem wider Erwarten leichten Erfolge der Revolution der Revolutionär das aussprach, was er jahrelang aus Furcht vor Strafe nicht öffentlich hatte äußern können.

Nachdem ich an der Hand von Einzelbeispielen bereits gezeigt habe, daß ein zielbewußter Wille zur Revolution von Anfang an, sowohl in der USPD, als auch selbstverständlich bei Spartakus vorhanden war, will ich nunmehr in Umrissen die innere politische Entwicklung schildern, wie sie sich nach meinen Feststellungen seit dem Jahre 1914 in der gesamten deutschen Sozialdemokratie vollzogen hat, unter Berücksichtigung der gleichzeitigen pazifistischen Bewegung.

Um die Entwicklung zu verstehen, muß man sich daran erinnern, daß die Sozialdemokratische Partei in Deutschland seit mehr als 50 Jahren einen erbitterten Kampf gegen die Staatsform geführt hatte. Insbesondere wurden scharfe Presseangriffe gegen das Heer als die Hauptstütze der Monarchie gerichtet. Es war für weite Kreise eine Überraschung, daß die Sozialdemokraten die Kriegskredite bewilligten und sich am 4. 8. 1914 für die Landesverteidigung erklärten. Man hat vielfach auf die bekannten Worte Bebels hingewiesen, daß er noch als Siebzigjähriger die Flinte auf den Rücken nehmen wolle, um für Deutschland zu kämpfen, und es so darzustellen versucht, als ob die Sozialdemokratische Partei diese Einstellung stets gehabt habe. Demgegenüber muß, insbesondere auch was Bebel betrifft, an folgende Begebenheit erinnert werden. Am 23. 12. 1870 brachte die „München-Augsburger Abendzeitung" die Nachricht, daß Bebel, Liebknecht und Heppner verhaftet wurden, weil Zusammenhänge zwischen ihnen und

[1]) S. v. Wrisberg, a. a. O. S. 178.

einem am 5. 9. 1870 in Braunschweig erlassenen Manifest aufgedeckt waren, in dem die Arbeiter unter Hochrufen auf die Republik und das Proletariat aufgefordert wurden, in Massen jeder Fortsetzung des Krieges und jeder Annektion von Elsaß-Lothringen entgegenzutreten und diese nicht zu dulden. Auch die Agitationsarbeit unter den Soldaten wird geschildert. Damals scheiterte die Absicht an der Wachsamkeit und der Energie der Staatsleitung. In Paris erklärte der Abg. Bebel später: „daß ihm ein deutsches Sedan willkommen sein würde, wenn es die deutsche Republik brächte[1])". In welcher Form diese von dem alten Führer der Sozialdemokratie durch Wort und Tat vertretene Anschauung in den Jahren 1914 bis 1918 in der Partei wieder in Erscheinung trat, soll Gegenstand der Untersuchung sein, in deren Verlauf ich auf die verschiedenen Strömungen und Gruppenbildungen eingehen werde.

Ich verweise auf das oppositionelle Schreiben der „Vorwärts"-Redakteure vom 4. 8. 1914, in dem es heißt: „Ausschließlich die Rücksicht auf die jetzige gefährliche Lage unserer Partei und die Erhaltung unserer Presse hindert uns, diese Bewegung der Kriegskreditforderung im ‚Vorwärts' einer öffentlichen Kritik zu unterziehen. Doch können wir nicht darauf verzichten, den Parteivorstand und die Pressekommission wissen zu lassen, daß wir die Haltung der Fraktion für inkonsequent und in ihren Folgen für parteischädigend halten." Man erinnerte sich, daß man jahrzehntelang den Standpunkt vertreten hatte: „Diesem Staate keinen Mann und keinen Groschen[2])." Es waren demnach taktische Rücksichten, die die Haltung der Partei am 4. 8. 1914 bestimmten, wenn auch gewiß ein Teil der Fraktion den Beschluß ohne Einschränkung guthieß. Man ersieht das aus Julian Borchardts Broschüre „Vor und nach dem 1. August 1914", in der es heißt: „Wenn also die Sozialdemokratische Fraktion, um das Prinzip zu wahren, die Kredite abgelehnt hätte, . . . was wäre die unweigerliche Folge gewesen? Auflösung der Wahlvereine und Gewerkschaften, Verbot der Zeitungen, das Standrecht gegen alle irgendwie bekannten Führer, vielleicht sogar gegen die Abgeordneten. Was wäre dann aus der Sozialdemokratie geworden? Völlige Vernichtung wäre ihr Los gewesen."

Im „Vorwärts" vom 30. 7. 1914 findet sich bereits ein Aufruf der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der mit den Worten schließt: „Das sozialistische Proletariat lehnt jede Verantwortung für die Ereignisse, die eine bis zum Aberwitz verblendete herrschende Klasse heraufbeschwört, ab. Es weiß, daß gerade ihm neues Leben aus den Ruinen blühen wird. Alle Verantwortung fällt auf die Machthaber von heute. Für sie handelt es sich um Sein oder Nichtsein[3])."

---

[1]) S. „Deutsche Zeitung" Nr. 7 B, Abendausgabe, vom 6. Januar 1926, Aufsatz Merckel.

[2]) S. Breithaupt. a. a. O. S. 147.

[3]) S. Breithaupt. a. a. O. S. 4.

Diese im Juli 1914 ausgesprochene Drohung ist im November 1918 nach sorgfältiger Vorbereitung in die Tat umgesetzt worden.

„Die Begeisterung der Augusttage 1914 hatte weite Kreise der Sozialdemokratie ergriffen. . . . Im großen und ganzen hielt diese Stimmung während des Jahres 1914 an. Die gemeinsame Not des Vaterlandes hatte das durch den Klassenkampf erschütterte Gefühl der Zusammengehörigkeit neu erweckt[1])." Die unvergleichlichen Leistungen des Heeres straften die die Armee herabsetzenden Kritiken der Vorkriegszeit Lügen. Man hoffte auf den deutschen Sieg.

Die Gewerkschaften beschlossen im August 1914, während der Dauer des Krieges Streikunterstützungen nicht zu zahlen, wodurch praktisch jede für die Kriegswirtschaft gefährliche Arbeitseinstellung ausgeschaltet wurde. Als jedoch die Aussicht auf eine schnelle Beendigung des Krieges schwand, die auflodernde Begeisterung nachzulassen begann und an ihre Stelle ein ernster und entschlossener Kampfwille treten mußte, versuchten die sozialistischen Führer immer offener, die Massen wieder auf die alte Linie des Klassenkampfes, der internationalen Solidarität des Proletariats und der Kriegsunlust zu führen. Die Schuld am Kriege wurde der Regierung oder den Kapitalisten zugeschoben und die internationale Solidarität der Arbeiterschaft bei jeder Gelegenheit betont.

Die Mehrzahl der deutschen Bürger und Arbeiter tat indessen zunächst unbeirrt weiter ihre vaterländische Pflicht mit der Waffe in der Hand oder in den Betrieben der Heimat. „Streiks kamen zwar vor, aber noch nicht in einem die Kriegswirtschaft schädigenden Maße. Wo sich Neigung hierfür zeigte, rief der allgemeine Unwille die Widerspenstigen sofort zur Arbeit zurück. Vielen Führern der Gewerkschaften, wie dem verstorbenen Abg. Legien, gebührt Anerkennung für ihr Wirken in dieser Zeit[1])." Aber schon am 23. 2. 1915 erklärte der sozialdemokratische Abg. Ströbel im Landtage: „Ich bekenne ganz offen, daß ein voller Sieg des Reiches den Interessen der Sozialdemokratie nicht entsprechen würde." Während die Sozialisten in Frankreich und Belgien sich für die Fortführung des Krieges entschieden, trat die Sozialdemokratie in Deutschland in Wort und Schrift für den Frieden ein. Die Feinde Deutschlands sahen solche Kundgebungen begreiflicherweise als ein Zeichen der Schwäche an, der gegnerische Kampfwille wurde dadurch gestärkt[2]). Die deutschen Pazifisten waren ebenfalls nicht untätig.

Eine *pazifistische* Bewegung braucht an und für sich gewiß nicht revolutionär zu sein. In Deutschland half sie jedoch den Boden für die Revolution vorzubereiten. Die Revolutionäre nutzten dieses für ihre Zwecke aus. Ein Beweis dafür ist die Tatsache, daß ein Schreiben

---

[1]) S. v. Wrisberg a. a. O. S. 2.
[2]) Vgl. Sembat (v. Wrisberg a. a. O. S. 19).

des dem „Bund neues Vaterland“ angehörenden Tepper-Laski vom 8. 6. 1915 an die „Norddeutsche Allg. Zeitung“, das von dieser nicht abgedruckt, im Spartakusbrief Nr. 7 veröffentlicht und damit dessen Lesern zugänglich gemacht wurde. Es kann nicht bestritten werden, daß die pazifistische Agitation von den Revolutionären als wertvolle Unterstützung betrachtet wurde. Es ist vielfach bei der Beurteilung der revolutionären Entwicklung in Deutschland der Wert, den die pazifistische Bewegung für die Revolutionäre gehabt hat, unterschätzt worden. Die Artikel von Professor Foerster in der „Friedens-Warte“ [1]) und zahlreiche andere Schriften gleicher Richtung geben wertvollen Aufschluß darüber. Die durch die pazifistische Bewegung angestrebte Lähmung des Wehrwillens lag im dringendsten Interesse der aktiven Revolutionäre. Diese Lähmung war die Voraussetzung zum Gelingen der Revolution und zur Behauptung ihres Erfolges.

In der Darstellung der politischen Ereignisse bis Ende 1915 bin ich absichtlich auf das Wirken des Abg. Liebknecht nicht näher eingegangen. Über seine von Anfang an revolutionäre Tätigkeit besteht nirgends ein Zweifel. Es wird daher auch weiterhin meine Aufgabe sein, mich vorwiegend mit den anderen beiden sozialistischen Gruppen, der USPD (Arbeitsgemeinschaft) und der SPD, zu beschäftigen.

Das Jahr 1916, das wir wohl als erstes Jahr der offenen revolutionären Entwicklung bezeichnen können, brachte die Gründung des Spartakusbundes und die Fraktionsspaltung, d. h. die Bildung der sog. „Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“. Wie die letztere und insbesondere die schwächliche Haltung der Fraktionsmehrheit gegen die sog. Disziplinverächter auf die Gewerkschaften wirkten, zeigt die Tatsache, daß bei ihren Führern allen Ernstes der Gedanke erwogen wurde, eine eigene reine Arbeiterpartei auf gewerkschaftlicher Grundlage zum Zwecke konsequenter Fortsetzung der Politik des 4. 8. 1914 ins Leben zu rufen. So schrieb der „Grundstein“ (Organ der Bauarbeiter) am 18. 3. 1916: In den Gewerkschaften komme der Arbeiterwille viel reiner zum Ausdruck als in der Partei. Am wenigsten aber dürften sich die Arbeiter den Liebknecht, Pannekoek, Radek anvertrauen, die für die Gewerkschaftsarbeit niemals etwas übrig gehabt hätten. Hierzu sei bemerkt, daß, nachdem bereits am 21. Dezember 1915 20 Abgeordnete im Plenum gegen die Kredite gestimmt hatten, das führende Organ der gemäßigten Parteifreunde, die „Chemnitzer Volksstimme“, am 22. Dezember folgende beachtenswerte Mitteilung machte: „Ein ganz sicherer Gewährsmann schreibt uns aus der Schweiz, daß der französische Minister Sembat bereits am 6. September gesagt hat, Frankreich müsse das Kriegsgeschäft liquidieren, wenn es fest-

[1]) Man lese in diesem Zusammenhange auch die „Aktion“ von Franz Pfemfert, die Schriften von Hiller und anderen „Intellektuellen“.

stehe, daß die deutsche Arbeiterschaft bis zum Ende durchhielte; aber glücklicherweise habe er sehr beruhigende Nachrichten, daß sich ein großer Umschwung anbahne[1])." Für die Richtigkeit dieser Zeitungsmeldung trat damals auch der Abg. Scheidemann ein. Unter den Abgeordneten der Arbeitsgemeinschaft befand sich kein einziger führender Gewerkschaftler.

Am leichtesten zeigte sich allenthalben die *Jugend den radikalen Einflüssen zugänglich.* Am 23. 4. 1916 tagte eine Jugendkonferenz in Jena, auf welcher der Beschluß gefaßt wurde, sich von der Jugendbewegung der Mehrheitssozialisten zu trennen, und eine Resolution angenommen wurde, in der es u. a. hieß: „Die Konferenz verwirft die Verwirrungsphrase von der Landesverteidigungspflicht und der Lüge von der nationalen Klassenharmonie während des Krieges und stellt die Pflicht zur internationalen Solidarität und zum Klassenkampf vor alle anderen." „Damit war auch innerhalb der proletarischen Jugendbewegung der Bruch mit der Parteimehrheit vollzogen, und von dieser Tagung an marschierte die internationale sozialistische Jugend in Deutschland an der Spitze der revolutionären Bewegung[2])." Es ist dieses um so bemerkenswerter und verhängnisvoller, als gerade aus diesen Kreisen sich der Ersatz des Heeres und der Nachwuchs der Fabrikarbeiter rekrutierte. Diese revolutionäre Jugend besaß bereits im Jahre 1916 eine über ganz Deutschland ausgedehnte Organisation, bestimmt, Fahnenflüchtigen den Übertritt in das neutrale Ausland zu ermöglichen. In dem bekannten Buch „Volksvergiftung 1914—1918" schildert der Verfasser Breithaupt, der selbst jener Organisation angehört hat, seine eigenen Erlebnisse als Fahnenflüchtiger (und den Rat, den ihm der Unabhängige Haase erteilte). Er bringt zahlreiche Dokumente im Abdruck, deren Echtheit m. E. nicht bezweifelt werden kann[3]).

„Nach den schon früher festgelegten Grundsätzen sah die neue ‚Unabhängige Sozialdemokratische Partei' ihre Hauptaufgabe in der Wiederherstellung der ‚Internationale'. Neben den unausgesetzten Bemühungen, mit den radikalen Minderheiten der feindlichen Sozialisten die Fühlung aufzunehmen und zu verschärfen, sollte der Pressearbeit im eigenen Lande und im neutralen Auslande erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt werden. Besonders an die Front sandte man seit längerem systematisch Flugblätter, die sich neben den internationalen politischen Zielen mit der Teuerung in der Heimat beschäftigten und beunruhigend und aufreizend wirkten. So wurde über eine am 30. 11. 1915, abends gegen 9 Uhr, von einigen hundert Teilnehmern in Berlin Unter den Linden veranstaltete Friedenskund-

[1]) v. Wrisberg a. a. O. S. 19.
[2]) Breithaupt a. a. O. S. 43.
[3]) Vgl. auch Breithaupt, „Dokument über Paul Levi", S. 164.

gebung, die ohne Zwischenfälle von der Polizei aufgelöst wurde, in einem an der Front verbreiteten Flugblatt unter dem Titel ‚Hungerrevolte in Berlin' dahingehend berichtet, daß blutige Zusammenstöße mit Schutzleuten zahlreiche Tote und Verwundete gekostet hätten [1]." Ich erinnere in diesem Zusammenhange wieder an den Ausspruch vom 10. 4. 1919: „Wir haben jahrzehntelang gehetzt, obgleich wir wußten, daß wir übertrieben." „‚Lose Blätter' von 16 Seiten in Briefformat, einzelne kleine Merkblätter mit Aufstellungen über die deutschen Verluste, über die Finanzlage usw. wanderten in Massen ins Feld. Man schätzte seinerzeit den wöchentlichen Aufwand für diese Literatur auf 10- bis 20000 Mark [1]."

Der 1. Mai 1916 brachte große Straßendemonstrationen. Liebknecht wurde infolge seines Hochs auf die Republik auf dem Potsdamer Platz verhaftet. In Dresden, Pirna, Jena, Stuttgart, Frankfurt, Braunschweig, Leipzig, Kiel, Bremen, Duisburg fanden Kundgebungen statt. Über die damals besonders stark einsetzende Propaganda hat Ledebour später auf dem allgemeinen Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte (16. bis 21. Dezember 1918) folgendermaßen berichtet: „Genosse Müller hat in einleitenden Worten schon ausführlich mitgeteilt, daß mindestens seit dem Jahre 1916 bei einer Anzahl von Vorkämpfern der USPD, besonders in Arbeiterkreisen, der Entschluß und die Hoffnung bestand, durch eine gewaltsame Revolution diese nichtswürdige verbrecherische Gesellschaft, die Deutschland zugrunde gerichtet hat, zu stürzen [2]."

In welchem Maße die revolutionäre Propaganda unter den Truppen dann im Jahre 1917 betrieben wurde, erhellt am besten aus dem von der „Sozialistischen Jugendbewegung Deutschlands" herausgegebenen Flugblatt „Demonstrationsstreik", in dem es zum Schluß heißt: „An Euch Arbeitsbrüder im bunten Rock ergeht der Mahnruf: Wenn sich das bis zur Verzweiflung getriebene Volk nun endlich einmal zur revolutionären Tat aufrafft, den Vernichtungskampf wagt, unerschüttert das Banner der Revolution entfaltet, dann kämpft mit uns, widerhandelt den Befehlen, werdet selbst Soldaten der Revolution [3]." Es fragt sich nun, woher das Geld für diese Tätigkeit kam? Die Vermutung spricht dafür, daß diese revolutionäre Arbeit neben der Beschaffung von Mitteln im Inlande [4] im Einverständnis und mit Unterstützung der damaligen Feinde Deutschlands geleistet worden ist, ähnlich wie 1918 nachweislich Geld und Propagandamaterial aus Rußland zu Propagandazwecken an den Unabhängigen Cohn geschickt worden sind. Das Breithauptsche Buch bringt darüber wertvolle Auf-

---

[1]) v. Wrisberg a. a. O. S. 17.
[2]) Breithaupt a. a. O. S. 64.
[3]) Breithaupt a. a. O. S. 66, v. Wrisberg a. a. O. S. 178.
[4]) Vgl. Emil Barths Schilderungen in „Aus der Werkstatt der deutschen Revolution".

schlüsse, sowie das Werk von Johann Plenge „Zur Vertiefung des Sozialismus", in dem sich gelegentlich der Besprechung des später noch zu erwähnenden Streiks im Jahre 1918 der Satz findet: „und Amerika gab Geld[1])". Im Jahre 1917 konnte die Revolution ihre ersten Erfolge buchen.

„Die Spaltungsbestrebungen fanden auch bei den Gewerkschaften, namentlich in Berlin, Eingang. Sie machten sich besonders geltend im Kampf gegen das Hilfsdienstgesetz. Das ‚Korrespondenzblatt der Generalkommission' wandte sich allerdings energisch gegen dieses Treiben, und die ‚Bergarbeiter-Zeitung' betonte in einer Polemik gegen die ‚Leipziger Volkszeitung' mit ungewöhnlicher Schärfe die strenge parteipolitische Neutralität des Bergarbeiter-Verbandes. Die ‚Chemnitzer Volksstimme' sprach bereits vom bewußten Landesverrat, den die ‚Arbeitsgemeinschaft' triebe, und faßte deren Wirken dahin zusammen, daß sie als Hauptaufgabe der Sozialdemokraten ‚die Verschärfung der krassen Gegensätze und höchste Steigerung der Unzufriedenheit' ansähe[2])."

In diesem Zusammenhange will ich kurz auf die durch die Blockade geschaffene *Ernährungslage* eingehen. Sie stellte eine schwere Belastungsprobe für das deutsche Volk dar. Namentlich in der Zeit des sog. „Kohlrübenwinters". Niemand wird bezweifeln, daß die Ernährungsschwierigkeiten und die dadurch hervorgerufenen harten Maßnahmen der Zwangswirtschaft in weiten Kreisen der Bevölkerung große Mißstimmung hervorriefen. Eine Mißstimmung, die sich in so manchem an Frontkämpfer gerichteten Klagebriefe aus der Heimat Luft machte und dadurch nicht gerade zur Hebung der Stimmung an der Front beitrug.

Dr. Bergsträßer hat auf die Stimmung in Bayern hingewiesen und die dortigen Zustände als „Modell" herausgearbeitet. Ob es besonders glücklich war, gerade Bayern mit seinen in vieler Hinsicht besonderen Verhältnissen herauszugreifen, mag dahingestellt bleiben. Bekanntlich arbeitete in Bayern eine wahrscheinlich von der Entente unterstützte Propaganda, welche den Gegensatz zu Preußen zu verschärfen suchte. Gerade das Beispiel Bayern scheint mir jedoch der Beweis dafür zu sein, daß die Ernährungslage *allein* nicht die Revolution hervorgerufen hat, sondern daß unter Ausnutzung der Stimmung es einer geschickten Agitation gelang, selbst in Landesteilen mit vorwiegend ländlicher Bevölkerung, die verhältnismäßig weniger unter den Ernährungsschwierigkeiten zu leiden hatten als Bezirke mit großen Städten, der Revolution die Wege zu ebnen.

Die eingehenden Ausführungen von Dr. Moses beschäftigen sich mit den Wirkungen der Ernährungslage auf die Gesundheit und Sterb-

---

[1]) v. Wrisberg a. a. O. S. 100.
[2]) v. Wrisberg a. a. O. S. 39.

lichkeit der Bevölkerung, wobei mir aufgefallen ist, daß die Ärzteschaft zu keiner einheitlichen Stellung in dieser Frage gekommen ist. Die ärztlichen Gutachten und Äußerungen widersprechen sich so sehr, daß eine einseitige Auswertung dieses Materials zu einem vollkommen falschen Ergebnis führen würde. Ich nehme an, daß beide Richtungen innerhalb der Ärzteschaft ihr Urteil nach bestem Wissen und Gewissen abgegeben haben.

Die Revolution kann nicht als eine natürliche oder selbstverständliche Folge der Ernährungslage angesehen werden. *Zur Entfesselung von Revolutionen bedarf es stets treibender revolutionärer Kräfte.* Die russische Revolution brach aus, trotzdem Rußland niemals unter ähnlichen Ernährungsschwierigkeiten wie Deutschland zu leiden hatte, die deutsche Revolution, weil die Revolutionäre die durch die Ernährungslage und die Länge des Krieges gedrückte Stimmung in ihrem Sinne zu beeinflussen verstanden und den Augenblick der höchsten Gefahr, als die Front in die schwersten Kämpfe verstrickt war, für die Verwirklichung ihrer revolutionären Ziele ausnutzte.

Die revolutionäre Entwicklung nahm im Jahre 1917 ihren Fortgang. Die Opposition gewann an Einfluß. „Am 6. Januar fand im Hause Liebknechts eine Konferenz der Vertreter der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft und der Spartakusanhänger statt, auf der man sich über die Frage des organisatorischen Zusammengehens aussprach. Daran anschließend tagte am 7. 1. eine Konferenz der Vertrauensleute aller Richtungen der Opposition in Berlin, deren Einberufer Haase, Ledebour und Vogtherr waren. An ihr nahmen 157 Genossen teil, unter ihnen auch Kurt Eisner[1])." Die Mehrheitssozialdemokratie sah sich hierdurch wie immer gezwungen, nun auch ihrerseits etwas zu unternehmen, und berief zum 18. 1. 1917 den Parteiausschuß ein, bei dessen Sitzung eingehend über die Konflikte innerhalb der Partei verhandelt wurde.

Ich greife hier einige Ausführungen Eberts heraus. Er erklärte, daß die Politik vom 4. August der Sozialdemokratie lediglich die Pflicht der Landesverteidigung auferlegt habe, und daß diese Politik eine Frage der Taktik gewesen sei[2]). In dieser Sitzung bezeichnete Ebert die Führer der Opposition als „Sonderlinge, die niemand ernst nähme", am 9. November 1918 — welche Ironie des Schicksals! — saßen diese „Sonderlinge" mit Ebert zusammen im Rate der Volksbeauftragten.

Am 9. Februar 1917 forderte die „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft" in einem Aufruf ihre Mitglieder zum organisatorischen Zusammenschluß auf. Es folgte dann eine offene Spaltung in den

---

[1]) Breithaupt a. a. O. S. 79.

[2]) Vgl. Richard Berger: „Die deutsche Sozialdemokratie im dritten Kriegsjahr."

einzelnen Reichstagswahlkreisen, so in Königsberg, das sich auf die Seite seines Abg. Haase stellte, Groß-Berlin, Gotha, Erfurt, Merseburg, Pirna, Elberfeld, Barmen, Halle, Essen und Solingen. Am 9. April 1917 konstituierte sich in Gotha die neue „Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands". 143 Delegierte nahmen an der Konferenz teil, darunter allein 23 aus Berlin. Haase und Ledebour wurden Vorsitzende, Dittmann und Frau Zietz Sekretäre der neuen Partei. Die Unabhängigen sagten in ihren Richtlinien, sie „ständen in grundsätzlicher Opposition zum herrschenden Regierungssystem, zur Regierungspolitik der Reichsregierung und zu der vom Parteivorstand im Regierungsfahrwasser geführten Politik der nominellen Partei". Die Stellung zur Landesverteidigung wurde nicht geklärt. Die Vertreter der Spartakusgruppe traten größtenteils in die neue Partei unter Vorbehalt weitgehender Selbständigkeit und Aktionsfreiheit und mit der kaum verhüllten Absicht, die Partei als Rekrutierungsgebiet zu betrachten, um so die eigene inoffizielle Organisation auszubauen [1]).

Am 12. 4. 1917 machte die USPD in ihrem Aufruf einen Trennungsstrich gegen die SPD, die sie als „nationalsoziale Regierungspartei" bezeichnete. Am 16. 4. kam es in Berlin und Leipzig zu großen Streiks. In Leipzig bildeten Lipinski und Liebmann mit den Streikenden zum ersten Male einen Arbeiterrat, der seine Forderungen dem Reichskanzler übermittelte. Charakteristisch bei diesem Streik, an dem in Berlin fast 200000 Arbeiter teilnahmen, ist die Haltung der Mehrheitssozialdemokratie. Sie unternahm nichts, um dem Streik energisch entgegenzutreten, noch ihn aktiv zu fördern. Den Aufruf an die Munitionsarbeiter, den General Groener als Chef des Kriegsamtes erließ, brachte sie erst dann im „Vorwärts", als sie die Möglichkeit hatte, gleichzeitig ihre Kritik zu veröffentlichen. Diese bestand u. a. in der Rede des Abg. Bauer, der erklärte: „Für Befehle von einer militärischen Stelle haben die Arbeiter kein Verständnis, sie lachen über eine solche Sprache [2])." Bekanntlich wurde der Streik durch die energischen Maßnahmen des Kriegsministeriums sehr rasch niedergeschlagen.

In einer Sitzung am 19. 4. 1917 nahm der Parteivorstand der Mehrheitssozialdemokratie im Prinzip die Formel der Arbeiter- und Soldatenräte an. Er war also bereits durch das Vorgehen der Opposition zu weitgehenden Entschließungen gedrängt worden. Als die ersten Nachrichten über die Umwälzung in Rußland eintrafen, versuchte man sofort, aus dem russischen Ereignis für die eigenen innerpolitischen Ziele Nutzen zu ziehen [3]).

---

[1]) v. Wrisberg a. a. O. S. 44.

[2]) v. Wrisberg a. a. O. S. 45, Breithaupt a. a. O. S. 84.

[3]) 25. Februar 1917 erste revolutionäre Unruhe in Petersburg, 14. März 1917 Abdankung des Zaren.

Am 4. 6. 1917 brach die *Meuterei auf der Hochseeflotte in Wilhelmshaven* aus. Über die Agitation, die dieser Revolte vorausging, äußern sich die späteren Mitglieder des Kieler Soldatenrates Popp und Artelt in ihrer Schrift „Ursprung und Entwicklung der November-Revolution 1918" folgendermaßen: „Die ‚Leipziger Volkszeitung' und einige andere Organe der USPD hatten eine weite Verbreitung in der Marine gefunden. Regelrechte Organisationen der USPD waren innerhalb der Marine entstanden. Große Hoffnungen wurden an die Ereignisse in Stockholm geknüpft. Die Genossen Reichpietsch und Köbis u. a. traten an den Vorstand der USPD in Kiel und Berlin heran zwecks Fühlungnahme und Erhalt von Agitationsmaterial. Das Ziel der Bewegung war schon damals die Erzwingung des Friedens und die Durchführung der sozialistischen Revolution." In gleichem Sinne hat sich Sachse geäußert.

Wie die Ereignisse weitergingen, erzählen Popp und Artelt wie folgt: „Wenn die Machthaber geglaubt hatten, durch ihr brutales Vorgehen die unabhängige Bewegung unterdrücken zu können, so hatten sie sich schwer verrechnet. In die entstandenen Lücken traten sofort neue Genossen. . . . Nachdem die Genossen den Vorstand und den Vertrauensmännerkörper wieder aufgerichtet hatten, gingen sie, wenn auch mit größter Vorsicht, wieder an den Aufbau (ich bitte, den Ausdruck Vorsicht zu beachten). Viele Kameraden der verurteilten Matrosen traten an den Vorsitzenden Genossen Strunk heran, und dieser versorgte sie dann mit dem nötigen Material. Von Friedrichsort aus arbeitete der Genosse Vögeding sehr erfolgreich weiter. Ihre Absicht war es, beim nächsten Streik loszuschlagen, den Krieg durch die Revolution zu beenden und alle Genossen im Lande, die infolge ihrer politischen Tätigkeit hinter Zuchthaus- und Gefängnismauern schmachteten, zu befreien. Bei den Zusammenkünften unterbreiteten die Genossen den Soldaten folgenden Plan, der auch die lebhafteste Unterstützung der Marinesoldaten fand: Genosse Strunk erbot sich, mit einem kleinen Teil der Marinesoldaten den Gouverneur zu verhaften. Genosse Vögeding sollte das Rathaus besetzen. Ferner je ein Genosse die Post und den Bahnhof. Auf diese Weise hoffte man, Blutvergießen zu vermeiden. Soldaten verschiedener Waffengattungen standen in größerer Zahl zur Verfügung." Die Schrift „Antinauticus" deckt sich mit dieser Schilderung bzw. ergänzt dieselbe.

Wenn wegen solcher Umtriebe von den Behörden gegen die Unabhängigen durch Presse- oder Versammlungsverbote eingegriffen wurde, erhob die Mehrheitssozialdemokratie jedesmal sofort dagegen Einspruch mit der eigenartigen Begründung, derartige Verbote seien nur eine indirekte Begünstigung der unabhängigen Bewegung. In den maßgebenden Kreisen folgte man den Argumenten der Sozialdemokratie, dabei lag es doch auf der Hand, daß völlige Agitationsfreiheit

den Unabhängigen erst recht Zulauf bringen mußte, wie die weitere Entwicklung gezeigt hat.

Mitte August 1917 setzte wiederum eine allgemeine Streikwelle ein. Diese Streiks hatten einen ausgesprochen politischen Einschlag. Die Forderungen der Streikenden enthielten u. a. Aufhebung des Belagerungszustandes, Gewährung des freien Versammlungsrechtes und Freilassung der politischen Gefangenen.

Auf dem Würzburger Parteitag war die Mehrheitssozialdemokratie bereits so weit, die Bewilligung von Kriegskrediten von der Erfüllung politischer Forderungen abhängig zu machen. Der Abg. Hoch äußerte am 3. Verhandlungstage: „Unsere Reichstagsfraktion kann der jetzigen Reichsleitung keine Kriegsforderungen bewilligen und ebensowenig einer anderen Reichsleitung, die sich nicht ausdrücklich und unzweideutig zu unseren Friedensforderungen und den notwendigen Verfassungsänderungen bekennt.“ Man vergleiche die Haltung der Partei 1917 in Würzburg mit der des August 1914. Man sprach jetzt offen aus, daß man die deutschen Erfolge bedauere. Der „Vorwärts“ schrieb am 6. 11. 1917: „Wir müssen uns heute darüber klar sein, daß die eigentliche und tiefste Ursache, daß es so ungeheuer schwer ist, zum Frieden zu kommen, in den militärischen Erfolgen Deutschlands liegt.“ Die gleiche Auffassung vertraten die deutschen Pazifisten. Auf einer Tagung in Bern (19. bis 23. 11. 1917) erklärte Prof. Quidde: „Das Verhängnisvollste, was Deutschland widerfahren könnte, wäre ein überwältigender endgültiger Sieg.“ Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Lensch entrüstete sich sogar über diese Äußerung und schrieb im „Hamburger Echo“ vom 15. November 1917, er könne sich „kein sichereres Mittel denken, die eigene Widerstandskraft zu schwächen, als diese hier gepredigte Angst vor den eigenen Erfolgen. Was uns bisher gerettet hat, sind lediglich unsere militärischen Erfolge gewesen“. Die Stimme verhallte, denn die Leser des „Vorwärts“ fanden diese Widerlegung nicht in den Spalten des Zentralorgans der Partei. Es wird nun vielfach angeführt, die Partei hätte auf die Veröffentlichungen des „Vorwärts“ keinen Einfluß gehabt. In der Lage, in der sich unser Vaterland befand, hätte sie Einfluß nehmen müssen. Daß dieses möglich war, geht aus der Rede des Abg. Ebert im Reichstag vom 31. 10. 1916 hervor. Ebert sagte: „Das Oberkommando forderte, nachdem der ‚Vorwärts‘ zum zweitenmal im September 1914 verboten wurde, daß in Zukunft mit Rücksicht auf die mit Kriegsausbruch hervorgetretene Einmütigkeit des deutschen Volkes das Thema ‚Klassenhaß und Klassenkampf‘ nicht mehr berührt würde. Hierauf ging die Redaktion im Einverständnis mit den Aufsichtsinstanzen (Parteiinstanzen) ein. Der Abg. Haase erklärte am 30. 9. 1914 dem Oberkommando, daß künftig ein Redakteur und ein Mitglied des Parteivorstandes selbständig über Form und Inhalt der Artikel entscheiden sollten.“ Wenn also hier Wandel ge-

schaffen wurde, wäre es auch später möglich gewesen, wenn der Wille dazu vorhanden gewesen wäre.

Das Ergebnis des Jahres 1917 ist eine ungeheure Stärkung und Ausbreitung der revolutionären Bewegung in Deutschland, die durch den Sieg der Bolschewisten in Rußland erheblich gefördert wurde. Die Sozialisten aller Schattierungen sahen ihre Zeit kommen. Der jetzige sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Kuhnt, der vor dem Kriege sozialdemokratischer Stadtverordneter und Parteisekretär in Kiel und Chemnitz war, soll damals schon die Pläne für „seine" Republik ausgearbeitet haben. Alle Einzelheiten einschließlich der Ämterbesetzung in der Regierung durch seine Freunde und Parteigenossen waren angeblich bis ins kleinste vorgesehen[1]). Es ist ihm bekanntlich tatsächlich nach dem Umsturz, wenn auch nur für kurze Zeit, gelungen, das Amt eines Präsidenten von Oldenburg-Friesland zu bekleiden.

Das Jahr 1918 steht schon im ersten Monat im Zeichen jener Katastrophe, die am Ende des Jahres eintreten sollte. Das damalige Verhalten der Unabhängigen beleuchtet ein Artikel der „Mehrheitssozialistischen Internationalen Korrespondenz" vom 6. 1., der Andeutungen darüber enthält, daß Belege dafür vorhanden seien, in welcher Weise die Unabhängigen auf die Bolschewiki eingewirkt hätten, um sie vom Abschluß eines Sonderfriedens abzuhalten und sie zu veranlassen, die Verhandlungen in die Länge zu ziehen. Am 19. 1. wurde diese Anklage in der „Glocke" bestätigt unter Berufung auf bolschewistische Gewährsmänner. Inzwischen nahmen die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk ihren Fortgang, die Entente leistete der Einladung zur Teilnahme keine Folge und zerstörte damit die Hoffnung, zu einem allgemeinen Frieden zu kommen.

Da die Friedensverhandlungen nicht den von sozialistischer Seite erwarteten Verlauf nahmen, hielt man den Zeitpunkt für gekommen, durch einen politischen Massenstreik einen entscheidenden Druck auf die Regierung auszuüben. Dieser Streik, der bekanntlich von Wien ausging, wurde von den Unabhängigen inszeniert und von der Mehrheitspartei gebilligt. Später beteiligte sich die SPD an dem Streik und entsandte Ebert, Scheidemann und Braun in die Streikleitung. Ebert erklärte am 22. 1. 1918 im Hauptausschuß des Reichstages: „Wir begrüßen das Vorgehen des Proletariats in Österreich und Ungarn und drücken ihm unsere Sympathie aus." Am 25. 1. rief Adolf Hoffmann im Preußischen Abgeordnetenhaus: „Das Menetekel in Österreich sollte als Warnung dienen, selbst Scheidemann hat mit der Opposition gedroht. Wir stehen wie in Österreich 10 Minuten vor einer Katastrophe." Und einen Monat später, am 22. 2. 1918,

---

[1]) Fikentscher, „Die Wahrheit über den Zusammenbruch der Marine", S. 20, und Breithaupt a. a. O.

prophezeite der Abg. Dr. Cohn im Reichstag: „Die Revolution wird Deutschland erreichen, sie wird aus dem Lande selbst geboren werden. *Ich sehne den Tag herbei, wo es dazu kommen wird.*“ Inzwischen war die Agitation so weit fortgeschritten, daß auch in Deutschland mit einem Gelingen des politischen Massenstreiks zu rechnen war. Er wurde für den 28. 1. proklamiert. Führende Männer der SPD haben erklärt: man sei nur in die Streikleitung eingetreten, um die Bewegung in der Hand zu behalten. Dazu ist folgendes zu bemerken. Vom Reichsgericht war Streik als Landesverrat erklärt worden [1]). Um die Strafbarkeit der Handlung auszuschließen, hätte also die Parteileitung die Regierung von dem beabsichtigten Schritte verständigen müssen. Das ist aber nicht geschehen. Mit Recht hielt damals der Abg. v. Payer im Reichstage der SPD vor, daß sie die Bewegung unterstützt habe, und der Führer des Zentrums verurteilte das Verhalten der Partei auf das schärfste. *Durch die Beteiligung der SPD hatte der Streik in den Augen der Bevölkerung besondere Bedeutung erlangt.*

„Der Massenstreik selbst dauerte vom 28. 1. bis 3. 2. 1918. Er erfaßte fast alle großen Städte Deutschlands, so Berlin, München, Kiel, Bremen, Hamburg, Danzig, Barmen, Breslau, Bielefeld, Halle, Jena, Kassel, Wilhelmshaven u. a. m. Er bedeutet im Rahmen der ganzen geschichtlichen Entwicklung der Revolution die Generalprobe, deren Verlauf die Revolutionäre zu großen Hoffnungen berechtigte [2]).“

Die Zwangseinziehung der Streikenden zum Heeresdienst erwies sich als zweischneidig. „Die Ausbildung und die Organisation der revolutionären Kräfte war bereits so weit fortgeschritten, daß für die entstandenen Lücken sofort Ersatz da war [2]).“ In seinem Buche „Vom Kaiserreich zur Republik“ sagt darüber Richard Müller: „Der Kreis der revolutionären Obleute war politisch so gut geschult und auf organisatorischem Gebiet so reich an Erfahrungen, daß die Arbeit auch ohne Führung erfolgreich weiterging.“

Es scheint mir nicht erforderlich zu sein, aus der erdrückenden Fülle der gerade für das letzte Kriegsjahr in reichem Maße vorhandenen Presseäußerungen und Reichstagsreden sozialdemokratischer und unabhängiger Abgeordneter noch weitere Beispiele herauszugreifen. Ich bin selbstverständlich bereit, wenn es gewünscht wird, dieses nachzuholen. Mir kam es in erster Linie darauf an, nachzuweisen, daß nicht erst *nach dem Zusammenbruch der deutschen Offensive im Westen, sondern bereits vorher* die Vorbereitungen zur Staatsumwälzung zielbewußt und von langer Hand getroffen waren. Betrachtet man die Entwicklung der sozialistischen Bewegung von 1914 bis 1918 auf dem Wege zur Revolution, so war Spartakus der

---

[1]) Am 19. Juli 1917.
[2]) Breithaupt a. a. O. S. 112.

Rufer im Streit. Ihm folgte, wenn auch zunächst zögernd und vorsichtig, die Unabhängige Partei, und halb wollend, halb widerstrebend glitten die Mehrheitssozialisten nach.

Um zu zeigen, wie die Mehrheitssozialdemokratie ihre Haltung mehr und mehr der radikaleren Richtung anpaßte, bringe ich eine kleine Gegenüberstellung mit Daten, die noch durch weitere Angaben ergänzt werden könnte:

Am 19. Juni 1915 erscheint das oppositionelle Manifest „Das Gebot der Stunde".

Am 2. Dezember 1915 verbreitet die Opposition das Flugblatt „Erklärung von 36 sozialdemokratischen Abgeordneten".

Am 13. Mai 1916 beginnen die ersten Unruhen in Leipzig, weitere Streiks folgen im Juni in Berlin, Stuttgart, Bremen, Braunschweig und im Dezember bei Krupp.

Am 16. April 1917 Massenstreiks in Berlin und Leipzig.

Am 27. Januar 1918 beschließt die Opposition abermals einen allgemeinen Streik (200000 Streikende allein vom Metallarbeiterverband).

Am 2. November 1918 entschließt sich die Opposition zur bewaffneten Revolution.

Am 9. November 1918 morgens sind Dittmann, Vogtherr und Ledebour im Reichstag, um die Berichte über die revolutionäre Erhebung in Berlin abzuwarten.

Am 25. Juli 1915 erläßt die Sozialdemokratie ihr Friedensmanifest im „Vorwärts".

Am 9. Dezember 1915 bringt die Sozialdemokratie im Reichstag eine Friedens-Interpellation ein.

Am 18. Januar 1917 Eberts Äußerung, daß die Politik der Partei hinsichtlich der Landesverteidigung eine Frage der Taktik gewesen sei.

Am 19. April 1917 Annahme der Formel der A.- u. S.-Räte durch die SPD.

Am 28. Januar 1918 beteiligt sich die Mehrheitssozialdemokratie auf Aufforderung der Opposition an der Streikleitung.

Am 7. November 1918 stellt die Mehrheitssozialdemokratie das Ultimatum betreffs Abdankung des Kaisers.

Am 9. November 1918 im Laufe des Vormittags kommen Ebert, Scheidemann und Bauer zu den Führern der Revolution in den Reichstag, um mit ihnen gemeinsame Sache zu machen.

Es folgt nun der bereits erwähnte Streit zwischen SPD und USPD um das Urheberrecht der Revolution, in dessen Verlauf Ebert Ende November 1918 ausführte: „Die Initiative zu den Vorgängen in Berlin ist von der Sozialdemokratischen Partei ausgegangen. Am Freitag vor dem Revolutionsabend stellten wir das bekannte Ultimatum, dessen Folge war, daß wir die Leitung der Regierung in die

Hände bekamen. Unter diesen Umständen nahmen wir Fühlung mit den Unabhängigen wegen ihrer Beteiligung an der Regierung. Dies muß festgestellt werden, weil die Dinge draußen vielfach so dargestellt werden, als hätten die Unabhängigen die Revolution gemacht und hätten uns erst nachgezogen [1]).“

Man muß sich zur Beurteilung der Lage im November 1918 ein Bild von der Kräfteverteilung innerhalb der sozialistischen Gruppen machen. Dr. Rosenberg schildert die sog. Liebknecht-Gruppe als kleine Minderheit und physisch schwach; demgegenüber die USPD als Millionenbewegung, als „starke Kraft für innere Politik“ und führt weiter aus, daß die SPD in den Tagen der Novemberrevolution die Situation beherrscht hätte, also die stärkste der drei Gruppen war. Die Lage änderte sich, als nach dem Ausscheiden der Unabhängigen aus der Regierung die bewaffneten Angriffe der USPD- und Spartakus-Leute einsetzten und die Stellung der Mehrheitssozialisten so heftig erschütterten, daß nur der Einsatz der Freiwilligen-Verbände das Reich vor dem Chaos bewahrte. Die Truppen machten in schweren Kämpfen dem Treiben der Unabhängigen und Kommunisten ein Ende, deren Führer damals nach dem Urteil Noskes „eine ungeheure Blutschuld“ auf sich geladen haben.

Wenn man sich der blutigen Straßenkämpfe jener Revolutionsmonate erinnert, so erscheint der Gedanke m. E. geradezu absurd, daß dieselben Unabhängigen, die nach dem Abschluß des Krieges sich nicht scheuten, im revolutionären Kampfe gegen eine sozialistische Regierung Hunderte von Menschenleben zu opfern, während des Krieges gegenüber der Monarchie *frei von revolutionären Absichten* gewesen sein sollten. Wenn auch ein großer Teil wichtiger Dokumente, wie der sog. „Abwehr-Akten“, in der Revolution wohlweislich verbrannt worden ist, so sprechen doch die zahlreichen vorhandenen Belege eine Sprache, die keinen Zweifel an der revolutionären Absicht der beiden Gruppen USPD und Spartakus mehr aufkommen läßt.

Ich komme nun zu der Frage, welche *Wirkung* die geschilderte revolutionäre Agitation gehabt hat. Ich kann mich den Ausführungen des Sachverständigen v. Kuhl vollkommen anschließen. Aus eigener Erfahrung weiß ich, daß unter der Wirkung der Propaganda der Geist der Truppe litt. Vor allem bei den Ersatzmannschaften. An der eigentlichen Kampffront trat die Zersetzung weniger in Erscheinung. Die treibenden Kräfte der Revolutionäre hielten sich bewußt der Front fern. Gerade der Geist der älteren kampferprobten Mannschaften, die, von einem Kampf in den anderen geworfen, fast übermenschliche Leistungen vollbrachten, blieb verhältnismäßig unversehrt. Die Fronttruppe schlug sich tapfer bis zum

[1]) „Vorwärts“ vom 29. November 1918 (Nr. 328).

letzten Tage. Anders war es mit dem Ersatz, der in der Heimat und der Etappe den revolutionären Gedanken in sich aufgenommen hatte. Die Parole des Kampfstreiks fand schließlich immer willigere Ohren, den Schaden davon hatte die kämpfende Truppe, die durch das Ausbleiben des Ersatzes und damit der Ablösung um die wohlverdiente Ruhe kam. Es ist für jeden Soldaten selbstverständlich, daß diese nicht zu leugnende Tatsache die Kampfkraft der Truppe vermindern mußte. Ich will nicht, wie es der Abg. Rosenberg getan hat, hier Urteile darüber abgeben, welche strategischen Maßnahmen zu einem Siege hätten führen können. Daß wir im Spätherbst 1918 keinen entscheidenden Sieg mehr erfechten konnten, ist sowohl vom Sachverständigen v. Kuhl wie vom Abg. Graf v. d. Schulenburg dargelegt worden. Die Gründe waren mannigfaltig, die Ersatzlage aber einer der schwerwiegendsten. Unter anderem hat General Groener darauf besonders hingewiesen.

Was die Frage betrifft, ob wir noch weiterkämpfen konnten, so ist diese von Generalfeldmarschall von Hindenburg, General Groener sowie im Gegensatz zu den Nichtmilitärs von sämtlichen militärischen Sachverständigen dieses Ausschusses, deren Urteil ich mich anschließe, bejaht worden. Auch ausländische Militärs, wie General Bliss, teilen diese Auffassung.

Keine Übereinstimmung der Ansichten besteht ferner darüber, ob es einen *Zweck* gehabt hätte, weiterzukämpfen. Ich schließe mich bei Beurteilung dieser Frage den überzeugenden Ausführungen des Abg. Grafen v. d. Schulenburg an. Auch Prinz Max von Baden kommt interessanterweise zu dem gleichen Ergebnis wie Graf v. d. Schulenburg. Es ist seine Überzeugung, „daß sich unser Wille zum Verzweiflungskampfe nur wenige Wochen hätte zu bewähren brauchen, um den Feinden das Ziel unserer Vernichtung zu verleiden". Er sagt ferner: „Die Waffenstillstandsbedingungen, die wir dann hätten annehmen müssen, wären sehr hart gewesen, aber sie hätten — das ist mein Glaube — Deutschland dem Versailler Diktat nicht wehrlos ausgeliefert."

Zum Schluß sei mir gestattet, zusammenfassend meine eigene Auffassung zur Dolchstoßfrage darzulegen:

*Es ist meine feste Überzeugung, daß Deutschland zu einem anderen Frieden, einem wesentlich besseren Kriegsausgang gekommen wäre, wenn nicht die revolutionäre Agitation sich ausgewirkt und den Umsturz herbeigeführt hätte. Daß Deutschland wehrlos dem Feinde ausgeliefert wurde, war die Folge des von langer Hand vorbereiteten Umsturzes. Die Revolution war der letzte, der tödliche Stoß in den Rücken der Kampffront. Volksvergiftung unter Ausnutzung der Leichtgläubigkeit, Streiks und Meutereien waren die vorbereitenden Handlungen.*

*Nicht das deutsche Volk, das einen Heldenkampf ohnegleichen*

*vier Jahre lang bestanden hat, soll schuldig gesprochen werden, wohl aber diejenigen, die Deutschland durch die Vorbereitung und Entfesselung der Revolution wehrlos den Feinden auslieferten.*

*Es ist keine Schande für das deutsche Volk, diejenigen beim rechten Namen zu nennen, die ihr Vaterland durch die Revolution ins Verderben stürzten. Deutschland kann an Achtung in der Welt nur gewinnen, wenn es sich von dem Schandfleck der Revolution reinigt. Entehrend würde es nur sein, wenn unser Volk den Mut zu dieser Reinigung nicht aufbringen wollte.*

Der Reichsarchivrat *Volkmann* wird zum Sondersachverständigen des 4. Unterausschusses über die Frage „Die Stellung der USPD im Kriege zur Frage der Landesverteidigung und zum nationalen Staat" bestellt.

## Sitzung, Donnerstag, den 18. März 1926

### Aussprache über den Bericht des Abgeordneten Grafen zu Eulenburg in Verbindung mit den Berichten und Gutachten der übrigen Abgeordneten und der Sachverständigen zur Frage der Schuld am inneren Zusammenbruch

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:* Vor Eintritt in die Tagesordnung gebe ich Kenntnis von einem Schreiben des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft, das dieser auf Anregung des Ausschusses übersandt hat und das die Ernährungslage Ende 1918 und Anfang 1919 schildert. Das Schreiben lautet:

Abschrift.

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft.

Berlin W 8, den 9. März 1926. Wilhelmstraße 72.

I. — 3690.

An
den Parlamentarischen Untersuchungsausschuß des Reichstags
4. Unterausschuß
Berlin NW 7.

Auf das Schreiben vom 15. Februar 1926 — IV. 42 —.

Über die Ernährungslage Deutschlands nach Abschluß des Waffenstillstandsvertrages gibt die unter Rückerbittung beigefügte Denkschrift des Reichsgesundheitsamts vom Dezember 1918 (C I 9078[18]) Aufschluß [1]).

Über den Stand der Brotversorgung am 1. November 1918 hat mir der Reichskommissar bei der Reichsgetreidestelle, Geschäfts-

[1]) Vgl. Bd. 6 dieser Reihe S. 387 ff.

Abteilung, nach Benehmen mit der Statistischen Abteilung der Reichsgetreidestelle, Geschäfts-Abteilung, wie folgt berichtet:

Ende Oktober 1918 befanden sich in den Händen der Reichsgetreidestelle Brotgetreidebestände in Höhe von insgesamt 600000 t. Diese Menge deckte nicht ganz den Bedarf von 2 Monaten für die von der Reichsgetreidestelle zu versorgende Zivilbevölkerung (in den nicht selbstwirtschaftenden Kommunalverbänden) und für Heer und Marine.

In diesen 600000 t sind aber nicht die Bestände der selbstwirtschaftenden Kommunalverbände, deren Bedarf nicht über die Reichsgetreidestelle, sondern zunächst aus eigener Erfassung gedeckt wurde, enthalten, und deren Höhe sich deshalb nicht feststellen läßt.

Wie sich die weitere Brotversorgung im Wirtschaftsjahre 1918/19 (16. 8. 18 bis 15. 8. 19) nach dem Stande vom 1. November 1918 gestaltet hätte, ist aus folgendem Wirtschaftsplan, der den damals in der Reichsgetreidestelle vorliegenden Ziffern entnommen ist, des näheren zu ersehen.

| | | |
|---|---|---|
| Man rechnete damals mit einer Brotgetreideernte von rund . . . . . | | 10400000 t |
| Davon hatte man für den Eigenbedarf der Landwirtschaft (Saatgut und Verzehr der Selbstversorger) freigeben müssen . . . . . | | 2870000 t |
| Demnach verbleiben als Ablieferungssoll der Landwirtschaft . . . . . | | 7530000 t |
| Von diesen Mengen waren bis zum 1. November 1918 bereits von der Zivilbevölkerung, von Heer und Marine und von Nährmittelbetrieben, zum Teil schon vor dem 15. August 1918, verbraucht worden . . . . . | | 1940000 t |
| Demnach verblieben bei voller Erfassung der geschätzten Ernte für die Versorgung ab 1. 11. 18 von denen, wie bereits oben erwähnt, ca. 600000 t sich Ende Oktober in den Händen der RG. befanden. | | 5590000 t |
| Für das Wirtschaftsjahr 1918/19 wurden ab 1. November 1918 noch benötigt: | | |
| Für Versorgungsberechtigte der Zivilbevölkerung, einschließlich Schwer- und Schwerstarbeiter und Nährmittelbetriebe . . . | 3680000 | |
| für Heer und Marine . . . . . | 1580000 | |
| Sicherungsbestand im Falle verspäteter Ernte 1919 und für Notfälle | 250000 | 5510000 t |
| Demnach wäre bei voller Erfassung der geschätzten Ernte noch ein Überschuß geblieben von . | | 80000 t. |

Dieser Wirtschaftsplan nach dem Stand vom 1. November 1918 ergab sich bei knappsten Rationen (200 g Mehl täglich pro Versorgungsberechtigten und 9 kg Brotgetreide monatlich pro Selbstversorger) und bei höchster Ausmahlung (94 %); des ferneren war bei diesem Wirtschaftsplan Voraussetzung, daß die offiziell geschätzte Ernte auch tatsächlich in dieser Höhe voll erfaßt wurde. Die Vorjahre aber hatten bereits gezeigt, daß eine solche volle Erfassung, sei es infolge teilweiser Überschätzung des Ernteergebnisses oder aber infolge Mehrverbrauchs der Landwirtschaft usw., auch bei den rigorosesten Überwachungsmaßnahmen unmöglich war. Günstigstenfalls konnte mit einer 90%igen Erfassung des Liefersolls der Landwirtschaft gerechnet werden, so daß sich in dem obigen Versorgungsplan statt eines Überschusses von 80000 t ein Fehlbedarf von mindestens 10 % des

| | |
|---|---|
| Ablieferungssolls = . . . . . | 750000 t |
| abzüglich . . . . . | 80000 t |
| | = 670000 t |

ergeben würde, der im Falle einer rechtzeitigen Ernte 1919 und unter Mitverbrauch des Sicherungsbestandes sich auf einen Fehlbedarf von ca. 420000 t vermindert hätte; diese Menge entsprach nahezu einem Monatsbedarf, der also im Wirtschaftsjahr 1918/19 bei der Brotversorgung gefehlt hätte und auch nicht aus anderweitigen Quellen (Ukraine, Rumänien und sonstigen besetzten Gebieten), die entweder für Österreich in Anspruch genommen oder infolge der militärischen Lage für uns verlorengegangen waren, hätte gedeckt werden können.

| | |
|---|---|
| Gegenüber dem geschätzten Ablieferungssoll von | 7530000 t |
| wurden aus der Ernte 1918 tatsächlich erfaßt . . . | 5592000 t |
| so daß sich ein Ausfall von . . . . . | 1938000 t |

gleich rund 26 % des Ablieferungssolls, ergab.

Dieser Ausfall dürfte auf Erschwerung der Erfassungstätigkeit, die sich mit der Fortdauer der Zwangswirtschaft immer steigerte, zum Teil auf erhöhten Verbrauch der Selbstversorger zurückzuführen sein.

Nach den Feststellungen aus den Akten standen im November 1918 außerdem folgende weitere Lebensmittelvorräte zur Verfügung:

an Fetten . . . . . 53000 t

(bei einer wöchentlichen Kopfquote von 23 g für 9 Monate ausreichend),

an Milchdauerwaren etwa . . . . . 10000000 l.

Durch die Übereinkommen von Trier vom 17. Januar 1919 und Brüssel vom 14. März 1919 wurde zunächst die Einfuhr von 200000 t Brotgetreide und 70000 t Schweinefleischerzeugnissen zugestanden. Die erste statistische Angabe über die Einfuhr von ausländischem

Getreide und Mehl lautet vom 15. Mai 1919. Hiernach waren bis zum 15. Mai 1919 insgesamt 173302 t eingeführt worden. Bis zum 28. Juni 1919, dem Tage der Unterzeichnung des Friedensvertrages, sind insgesamt 346029 t Brotgetreide, Mehl und Futtermittel eingeführt worden.

I. V. Dr. Hagedorn."

Sachverständiger Dr. *Delbrück:* Ich habe bereits darauf hingewiesen, daß mit der Frage des Flottenvorstoßes am 30. Oktober 1918 offenbar die generelle Frage der Seeschlacht zusammenhängt und daß sich deshalb die Frage erhebt, wie der Großadmiral v. Tirpitz sich dazu gestellt hat. Ich habe deshalb in Anregung gebracht, Zeugen darüber zu vernehmen. Das hat die Folge gehabt, daß der Herr Vorsitzende bereits Herrn Großadmiral v. Tirpitz zu einer Äußerung darüber aufgefordert hat, die uns mitgeteilt worden ist. Dieser Brief des Admirals von Tirpitz ist öffentlich in der „Kreuz-Zeitung" erschienen. Damit sind wir in eine etwas schiefe Lage gekommen, daß nun diese *eine* Aussage in die Öffentlichkeit gekommen ist, während die Feststellung der Zeugenaussagen, auf die ich hinaus wollte, auf unbestimmte Zeit verschoben ist. Ich möchte deshalb den Antrag stellen, daß außerhalb der Reihe der sonstigen Zeugenvernehmungen die Zeugen, die zu dieser Flottenfrage zu vernehmen sind, schon jetzt vernommen werden, damit nicht die eine einseitige Aussage in der Öffentlichkeit lebt und die anderen vorläufig noch im Verborgenen bleiben. Als Zeugen schlage ich vor Herrn Oberhofmarschall Freiherrn *v. Reischach* und Admiral *v. Müller,* den ehemaligen Chef des Marinekabinetts.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:* Der Brief des Großadmirals v. Tirpitz ist nur zum Teil veröffentlicht worden, nämlich soweit die materielle Frage in Betracht kam. Der Großadmiral hat ausdrücklich in seinem Schreiben an mich geschrieben: „Ich bitte, davon jeden Gebrauch zu machen." Also verhindern konnte der Ausschuß die Veröffentlichung nicht. Sie nimmt übrigens gar nicht auf Herrn v. Reischach Bezug. Ich nehme ohne weiteres an, daß wir der Anregung des Herrn Geheimrats Delbrück Folge leisten. Die sachliche Seite der Frage ist auch bereits von Admiral Scheer in den „Leipziger Neuesten Nachrichten" erörtert worden.

Abg. *Dittmann:* Vielleicht wäre es richtiger gewesen, der Vorsitzende hätte den Brief des Admirals v. Tirpitz hier nicht zur Verlesung gebracht; dann könnte man sagen: man will das Thema der Untersuchung nicht erweitern. Nachdem aber der Brief hier zur Verlesung gekommen ist und dann als ein dem Ausschußvorsitzenden zugestellter Brief des Großadmirals v. Tirpitz in die Presse gekommen ist, wird es nicht anders gehen, als daß wir dem Wunsche des Herrn Sachverständigen Dr. Delbrück nachgeben und die beiden Herren als Zeugen vernehmen.

Der Ausschuß beschließt, die von dem Sachverständigen Dr. Delbrück genannten Zeugen, Oberhofmarschall Freiherrn von Reischach und Admiral v. Müller, um schriftliche Aussagen zu bitten und tritt dann in die Tagesordnung ein.

Abg. Dr. *Bergsträßer:* Ich gehe zunächst nur auf den Teil des Berichts des Kollegen Grafen zu Eulenburg ein, der sich mit den Zusammenhängen zwischen Dolchstoß und Sozialdemokratischer Partei, das heißt später Sozialdemokratischer Mehrheitspartei, beschäftigt. Der Münchener Prozeß hat ergeben, daß auf der einen Seite die Mehrheitssozialdemokratie für unser Problem ausscheide, auf der anderen Seite Spartakusbund und Linksradikale ganz sicher eine solche Agitation betrieben hätten, während die Frage der USPD noch nicht geklärt sei. Nun hat Herr Kollege Graf zu Eulenburg die These aufgestellt, daß die Mehrheitssozialdemokratie ihrerseits auch sehr stark an Einwirkungen beteiligt gewesen sei, die man in den Begriff Dolchstoß einordnen könne. Er geht davon aus, daß der frühere Abg. Cohen-Reuß gesagt habe, die Sozialdemokratische Mehrheitspartei habe Jahrzehnte hindurch in sehr stark übertreibender Weise gehetzt. Diese Äußerung habe ich nicht nachprüfen können. Ich habe das Protokoll des Rätekongresses erst später bekommen. Ich unterstelle es hier zunächst als richtig, möchte dazu aber bemerken, daß das für die Haltung dieser Partei, die eine absolute Oppositionspartei gewesen ist, nichts an sich Auffälliges wäre. Ich glaube, es ist das die Methode einer jeglichen Oppositionspartei, und da wir im Laufe der Zeit bis 1926 sehr viele Oppositionsparteien kennengelernt haben, kann man das wohl in diesem Kreise, besonders unter den Mitgliedern des Hohen Hauses, als gerichtsnotorisch unterstellen.

Herr Abg. Graf zu Eulenburg hat dann davon gesprochen, daß der damalige Volksbeauftragte Ebert in einer Parteiausschußsitzung vom 29. November 1918 gesagt habe, daß die Initiative zur Revolution von der SPD ausgegangen sei. Ich habe mir diese immerhin wichtige Äußerung von Ebert in dem mir zugänglichen Original des „Vorwärts" angesehen, wo sie folgendermaßen heißt:

> „Die Initiative zu den Vorgängen in Berlin ist von der Sozialdemokratischen Partei ausgegangen. Am Freitag vor dem Revolutionssonnabend"

— also am 8. November —

> „stellten wir das bekannte Ultimatum, dessen Folge es war, daß wir die Leitung der Regierung in die Hände bekamen."

Nun ist es zunächst ein Unterschied, ob man sagt: wir sind schuld an den Vorgängen in Berlin oder schuld an der Revolution; denn der Ausbruch der Revolution liegt in Kiel. Ferner ist, wenn Ebert damals gesagt hat: Wir haben die Vorgänge in Berlin entriert dadurch, daß wir dieses Ultimatum stellten, dies Zugeständnis, das Ebert gemacht

hat, für den 8. November gegeben, also nicht für eine frühere Zeit, und liegt eben nur darin, daß er, was ich im Augenblick geschichtlich nicht nachprüfen will, sagt: durch das Ultimatum der Sozialdemokraten in bezug auf die Abdankung des Kaisers seien die Vorgänge in Berlin provoziert worden. Ich persönlich halte das sachlich für falsch; denn die Diskussion über die Abdankung des Kaisers war längst in der Öffentlichkeit; ich glaube, besonders in bayerischen Zeitungen. Überdies wissen wir — ich habe Akten darüber gelesen —, daß seit Ende Oktober zwischen den Regierungen unter Initiative der bayerischen Regierung die Frage der Abdankung des Kaisers offiziell innerhalb des Bundesrats diskutiert worden ist. Also das ist kein beweiskräftiges Zitat.

Ich komme dann zu den Vorgängen am 4. August. Darüber wird im Bericht vom Kollegen Grafen zu Eulenburg gesagt:

> Es waren demnach taktische Rücksichten, die die Haltung der Partei am 4. 8. 1914 bestimmten. . . .

Es handelt sich um die Zustimmung zu den Kriegskrediten. Dann zitiert der Herr Kollege eine Äußerung nach Berger, die Ebert als Parteiführer gemacht haben soll, daß die Politik vom 4. August der Sozialdemokratie lediglich die Pflicht der Landesverteidigung auferlegt habe und daß diese Politik — also die Politik der Pflicht der Landesverteidigung — eine Frage der Taktik gewesen sei. Wenn man das Original der Äußerung Eberts ansieht, wie es in der Ausgabe der Parteiausschußprotokolle vorliegt, so sieht auch das wesentlich anders aus. Ich möchte umfangreich zitieren:

> „Die jetzige Situation zeigt auch, wie lächerlich das Gerede vom Verrat der Parteigrundsätze ist. Mit der Politik vom 4. August ist grundsätzlich lediglich die Pflicht zur Landesverteidigung festgelegt. Diese Pflicht ist vor dem 4. August in der Partei allgemein anerkannt worden, abgesehen von einigen Sonderlingen, die niemand ernst nahm. Im übrigen ist die Politik des 4. August nur eine Frage der Taktik."

— Das „im übrigen" heißt also: mit Ausnahme der Frage der Landesverteidigung, die eine Frage der Taktik nicht ist, und was Ebert darunter versteht, geht klar aus dem weiteren hervor:

> „War diese Taktik richtig oder falsch? Sollten wir etwa blindwütig auf die Politik Bethmanns losschlagen und damit die Geschäfte der Alldeutschen und Eroberungspolitiker besorgen?" . . . „Nein! Unsere Aufgabe war, die Annexionspolitiker zu isolieren und die Bethmannsche Politik eines baldigen verständigen Friedens nach Möglichkeit zu stützen und zu fördern."

Damit ist gesagt: als Frage der *Taktik* bezeichnet Ebert in diesem Falle die *Stellung der Sozialdemokratie zur Regierung*. Also ist auch dieses Zitat aus Berger „Die deutsche Sozialdemokratie im dritten

Kriegsjahre", das der Herr Kollege Graf zu Eulenburg übernommen hat, nicht zutreffend.

Der Herr Kollege zitiert zum Beweis seiner These als Quelle die Broschüre von Borchardt. Ich habe dieses Zitat nicht nachgeprüft. Aber das Zitat ist an und für sich, auch wenn es im Wortlaut stimmt, nicht wesentlich, da Borchardt damals weder Mitglied der Reichstagsfraktion, noch der Landtagsfraktion, noch des Parteiausschusses war und die Broschüre selbst in einer Zeit geschrieben worden ist, wo er im schroffsten Gegensatz zur SPD stand.

Nun liegen fernerhin Äußerungen über den Verlauf der Fraktionssitzung der Sozialdemokratischen Partei am 3. und 4. August 1914 vor. Man kann sich dabei wesentlich stützen auf das Protokoll des Parteitages vom Jahre 1917, wo diese Frage noch einmal sehr eingehend behandelt worden ist. Aus diesen Äußerungen geht mindestens folgendes hervor, daß am 3. oder am Morgen des 4. August der Gralswächter des Marxismus, Kautsky, der zu dieser Sitzung zugezogen war, den Antrag stellte, die Sozialdemokratische Fraktion solle zwar den Kriegskrediten zustimmen, sie solle aber ihre Zustimmung davon abhängig machen, daß die Regierung bestimmten Forderungen der Sozialdemokratie entspreche. Kautsky wollte also mit anderen Worten mit der Regierung einen Kuhhandel abschließen; ich unterstelle dieses Wort als parlamentsgebräuchlich. Die Fraktion hat es abgelehnt, und zwar, wie aus anderen Äußerungen hervorgeht, weil sie sagte: Die Frage der Landesverteidigung ist eine prinzipielle Frage, die man nicht zu einem Kuhhandel benutzen darf. Damit sind die Schlüsse, die der Herr Kollege Graf zu Eulenburg zieht, hinfällig geworden.

Er kommt dann auf einen Artikel des „Vorwärts" vom 30. Juli 1914, also vor Ausbruch des Krieges geschrieben, zu sprechen. Ich habe dieses Zitat nicht nachgeprüft, möchte aber auf folgendes aufmerksam machen, was mir für die ganze Haltung der Sozialdemokratischen Partei sehr entscheidend zu sein scheint, nämlich, daß zwischen der Sozialdemokratischen Partei und der Regierung bis zum Ausbruch des Krieges eine politische Verbindung überhaupt nicht bestand. Die Sozialdemokratische Partei wurde in Deutschland behandelt — sagen wir einmal: als räudiges Tier. Erst, soviel ich mich erinnere, am 29. Juli, als es hart auf hart ging, hat der Reichskanzler dem damaligen Abgeordneten Dr. Südekum einen Brief geschrieben, in dem er den Abgeordneten Dr. Südekum zu einer Unterredung bat und dann über die allgemeine politische Lage informierte. Darauf hat Südekum seinerseits den Parteiausschuß informiert und dem Reichskanzler geantwortet, daß der Parteiausschuß sehr erfreut darüber sei, daß der Reichskanzler die Sozialdemokratische Partei informiere. Mit anderen Worten: die Sozialdemokratische Partei ihrerseits war durchaus bereit, in großen politischen Fragen eine derartige Information entgegenzunehmen und in dem Rahmen,

wie politische Parteien es an sich tun, mit der Regierung zusammenzuarbeiten. Die Sache ist deswegen interessant, weil in Frankreich zum Beispiel, wo die Sozialdemokraten genau ebenso in Opposition standen, es alter Brauch war, daß der Leiter der Sozialdemokratischen Partei, Jaurès, und auch andere immer von der Regierung über derartige Fragen unterrichtet wurden. Bei der Beurteilung der Sozialdemokratischen Partei während des Krieges liegt es also von vornherein so, daß man diese andere Stellung der Sozialdemokratischen Partei, die nicht von ihr, sondern von der Regierung herbeigeführt worden ist, einrechnen muß, um ihre ganze Stellung und auch die Schwierigkeiten, die sie am 4. August hatte, und ebenso die Schwierigkeiten, die sie taktisch nachher ihren Wählern gegenüber hatte, richtig würdigen zu können.

Ich komme zu einem weiteren. In dem Bericht des Herrn Grafen zu Eulenburg findet sich an einer Stelle eine Äußerung, die Ströbel am 23. Februar 1915 getan haben soll. Ich habe versucht, diese Äußerung nachzuprüfen. Im Protokoll des Landtages findet sie sich schon deswegen nicht, weil Ströbel an diesem Tage überhaupt nicht geredet hat, sondern der Sozialdemokrat Hofer.

Dann gehe ich auf etwas anderes über. Der Herr Kollege sagt, daß am 19. April 1917 die Sozialdemokratische Partei im Parteiausschuß das Programm der Arbeiter- und Soldatenräte im Prinzip angenommen habe. Die Formulierung ist falsch; denn im Parteiausschuß ist eine längere Resolution angenommen worden, in der nur an einem Punkte nicht das Programm, sondern *die außenpolitischen Grundsätze der russischen Arbeiter- und Soldatenräte* angenommen worden sind. Es heißt wörtlich — ich zitiere wieder aus dem Original —:

„Wir erklären unser Einverständnis mit dem Kongreßbeschluß der russischen Arbeiter- und Soldatenräte, einen gemeinsamen Frieden vorzubereiten ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen auf der Grundlage einer freien nationalen Entwicklung aller Völker."

Damit ist also gesagt, daß die Sozialdemokratie, was auch im Sinne ihrer Bestrebungen und des von Scheidemann Ende 1914 aufgestellten Programms lag, diese außenpolitische Diskussionsbasis zur Herbeiführung eines Friedens annimmt. Daß sie sonst von der russischen Revolution sehr stark abrückte, geht aus einer Äußerung hervor, die das Mitglied des Parteivorstandes Hermann Müller in derselben Parteiausschußsitzung machte; er sagt nämlich, er habe, obwohl er sonst keine Lust habe, das Mitteilungsblatt Adolf Hoffmanns besonders hervorzuheben, einige Sätze daraus an den „Vorwärts" gegeben, „damit das Ausland sieht, daß es nicht auf die deutsche Revolution rechnen kann und daß nach dieser Richtung gehegte Hoffnungen falsch sind. Es ist notwendig, daß wir keinen Zweifel lassen, daß die Dinge in Deutschland nicht so liegen wie in Rußland". — Das ist also die bewußte Ablehnung nicht nur der Revolution, sondern

auch jedes Versuchs, durch eine etwa zweideutige oder ausdeutbare Haltung der Sozialdemokratischen Partei Mißverständnisse nach dieser Richtung herbeizuführen. Die Ausführungen des Herrn Kollegen Graf zu Eulenburg in seinem Bericht sind also in dieser Beziehung mindestens mißverständlich.

Er kommt weiter auf Äußerungen zu sprechen, die der Abgeordnete Hoch am dritten Verhandlungstage des Sozialdemokratischen Parteitages vom Jahre 1917 gemacht habe. Die Äußerungen sind an sich richtig. Aber es ist hervorzuheben, 1. daß Hoch als Vertreter der Minderheit in der Fraktion sprach, daß also seine Äußerungen für die Politik der Fraktion nicht maßgebend sind, und 2. daß auf demselben Parteitage — es findet sich in dem Protokoll, das ich hier zur Hand habe — die Sozialdemokratische Partei den Beschluß faßte, die Kriegskredite zu bewilligen. Man kann unmöglich die geschichtliche Linie der Politik einer Partei schreiben, wenn man Einzeläußerungen eines sogar in der Minderheit befindlichen Mitgliedes dieser Partei zur Grundlage der Kritik und der Darstellung macht.

Ich gehe dann auf eine Äußerung ein, die der Herr Kollege aus dem „Vorwärts“ des Jahres 1917 zitiert. Diese Äußerung schließt aus einem Satz des „Vorwärts“, daß die Sozialdemokratische Partei die deutschen Kriegserfolge bedauert habe. Der ganze Artikel unter der Überschrift: „Warum noch Krieg?“ beschäftigt sich mit der außenpolitischen Lage. Es wird gesagt: trotzdem die Regierung erklärt habe, sie werde Belgien wiederherstellen, trotzdem von einer Autokratie in Deutschland nicht die Rede sein könne, da der Kanzler — es handelt sich um Bethmann Hollweg wie um Michaelis — von dem Parlament gestürzt worden sei, komme man nicht zum Frieden. Ein Grund sei Elsaß-Lothringen. Die elsaß-lothringische Frage kommt für die Sozialdemokratische Partei überhaupt nicht in Betracht. Dagegen: „Wir müssen uns heute darüber klar sein — das ist die Äußerung, die der Herr Kollege zitiert —, daß die eigentlichste und tiefste Ursache dafür, daß es so ungeheuer schwer ist, zum Frieden zu kommen, in den militärischen Erfolgen Deutschlands liegt. Indem Deutschland einer so ungeheuren Koalition widerstand, hat es der Welt eine Kraftprobe gegeben, die sie überrascht und erschreckt hat. Und so ergibt sich der tragische Konflikt, daß uns der militärische Erfolg den Frieden nicht bringen kann, weil das politische, wirtschaftliche, geographische Übergewicht der anderen zu groß ist, und daß wir das einzige Mittel, das uns nach feindlicher Behauptung den Frieden bringen soll, nämlich den eigenen militärischen Mißerfolg, aus Gründen der Selbsterhaltung nicht wollen können.“

Damit ist nachgewiesen, daß diese Äußerung genau das Gegenteil von dem sagt, was der Herr Kollege aus ihr glaubte herauslesen zu können.

Ich komme dann zum Streik vom Jahre 1918. Ich glaube, man

kann die Einzelheiten des Streiks von 1918 beiseite lassen. Ich wäre nicht in der Lage, sie vollständig aufzurollen, weil es mir in der Kürze der Zeit nicht möglich gewesen ist, den ganzen Ebert-Prozeß durchzuarbeiten. Ich habe auch das Zitat von Ebert aus dem Hauptausschuß nachgeprüft. Es stimmt dem Wortlaut nach. Aber dieses Zitat ist nichts anderes als die energische Ankündigung des Führers der Sozialdemokratischen Partei, daß sie den Annexionismus, der sich, wie die Sozialdemokratische Partei sagte, durch den Friedensschluß von Brest-Litowsk wieder ungeheuer deutlich als das leitende Prinzip der Regierung, der von der Obersten Heeresleitung abhängigen Regierung herausgestellt habe, mit allen Mitteln bekämpfen müsse.

Daraus ergibt sich für mich nun, daß die *Zusammenstellung des Grafen Eulenburg ganz unmöglich ist.* Selbst wenn ich auf die übrigen Einzelheiten der Darstellung nicht eingehe, sind einzelne Punkte auf dem rechten Teil dieser „Zusammenstellungs"-Seite als ersichtlich vollkommen falsch erwiesen, wobei der Herr Kollege zu diesen falschen Schlüssen wahrscheinlich gekommen ist, weil er Äußerungen, wie sie z. B. in dem Buch von Wrisberg und in anderen von ihm benutzten Büchern stehen, eben nicht nachgeprüft hat. Aber das Buch von Wrisberg ist auch von der wissenschaftlichen Kritik längst als ein Buch bezeichnet, das — ich will mich vorsichtig ausdrücken — einer genauen Nachprüfung auf das dringendste bedarf; schon deswegen, weil der Verfasser das Buch zum Teil nicht selbst geschrieben, sondern von Mitarbeitern hat anfertigen lassen. Wir wissen ja aus anderen Vorgängen der Geschichte — ich erinnere an Lamprecht —, daß das Arbeiten auf Grund von Exzerpten anderer eine höchst zweifelhafte Sache ist.

Darum kann man, glaube ich, die These, die in diesem Bericht aufgestellt ist, ad acta legen, und ich würde mich freuen, wenn sie in unserem Kreise endgültig begraben würde.

Ich komme noch auf einige Einzelheiten. Der Herr Kollege beschäftigt sich mit den Äußerungen, die ich in bezug auf die Friedenssehnsucht in Bayern getan habe, und er sagt da:

> „Bekanntlich arbeitete in Bayern eine wahrscheinlich von der Entente unterstützte Propaganda, welche den Gegensatz zu Preußen zu verschärfen suchte."

Nun ist es mir vollständig klar, daß der Gegensatz zwischen Bayern und Preußen während des Krieges kolossal verschärft worden ist. Es gingen ja in Bayern die wildesten Gerüchte um, daß man die Preußen absichtlich von den gefährlichen Stellen zurückschickte und die Bayern dahin schickte und ähnliche merkwürdige Dinge mehr. Es ist aber nirgends belegt, daß überhaupt eine Propaganda in diesem Sinne stattgefunden hat. Denn eine Propaganda muß doch verstanden werden als eine von einer größeren Gruppe oder vielleicht einer Organisation versuchte Agitation in einer bestimmten Richtung. Noch weniger ist

mir bekannt — und das halte ich auch für gänzlich unwahrscheinlich —, daß eine solche Agitation vom Auslande aus bezahlt worden sei.

Es ist überhaupt mit dieser Bezahlung vom Ausland eine höchst zweifelhafte Sache. Das einzige, was mir festzustehen scheint, sind die Beziehungen zwischen den Unabhängigen und der Sowjet-Botschaft im Jahre 1918. Ich will auf die Einzelheiten nicht eingehen.

Ich möchte noch eins hinzusetzen. Ich habe einmal eine Kritik der Darstellung gegeben, die der Major v. Roeder in den Stimmungsberichten von Ewald Beckmann über den Dolchstoßprozeß gegeben hat. Er stellt auch die These auf, daß Beziehungen zwischen inländischer Agitation und ausländischen Stellen vorhanden gewesen seien. Ich kann dem, was ich damals gesagt habe, noch hinzusetzen, daß nach den aktenmäßigen Auskünften erstens feststeht — was der Herr Kollege Joos schon gesagt hatte —, daß der Arbeiterverein in Magdeburg-Sudenburg eine Organisation ist, die den katholischen Arbeitervereinen der Zentrumspartei nahesteht; zweitens daß es in Kaiserslautern irgendeinen Arbeiterverein überhaupt nicht gab; drittens daß es in Worms den Ortsgewerbeverein gab, der nach aktenmäßigen Auskünften der Polizei aus biederen Handwerkern und Gewerbetreibenden bestand.

Also alles, was wir von derartigen Dingen hören, hält der wissenschaftlichen Nachprüfung in keiner Weise stand. Es sind vielleicht Spitzelberichte, aber diese Spitzelberichte sind höchst zweifelhaften Wertes.

Ich komme nun zu einer weiteren Äußerung in diesem Bericht. Da ist gesagt worden, in der Revolution seien wichtige Dokumente wie die der sogenannten „Abwehr“ „wohlweislich“ verbrannt worden. Es ist mir nicht recht klar, auf was der Herr Kollege diese Äußerung „wohlweislich“ bezieht. Es scheint so, als meinte er, die Akten seien von revolutionärer Seite verbrannt worden. Tatsächlich liegen die Dinge bei verschiedenen derartigen Aktenkomplexen umgekehrt. Es sind die Akten des Polizeipräsidiums Berlin in bezug auf Sozialdemokratie, USPD, Kommunisten usw. am ersten Tage der Revolution verbrannt worden. Es sind ebenso solche Akten im preußischen Ministerium des Innern verbrannt worden. Es sind Akten des stellvertretenden Generalkommandos in den Marken verbrannt worden, auch die Akten „Abwehr“ des stellvertretenden Generalstabes. Alle diese Akten sind verbrannt worden — ich weiß es bezüglich der Akten des Polizeipräsidiums von dem Mann, der sie selber verbrannt hat, es ist der Polizeirat Henniger, ich weiß es bezüglich des preußischen Ministeriums des Innern durch eine Auskunft, die mir offiziell gegeben ist —, weil in diesen Akten Spitzelberichte waren mit den Namen der Spitzel, und man natürlich nicht wollte, daß diese Leute, die man bezahlt hatte, die dem Staat gedient hatten, nun durch Nachprüfung

der Akten von revolutionärer Seite ums Leben kämen, was ja natürlich leicht hätte sein können. In jenen aufgeregten Zeiten hätte es leicht geschehen können, daß man diese Leute als Spitzel und Verräter totgeschlagen oder gehängt hätte. Das „wohlweislich" ist also richtig. *Es bezieht sich aber auf die alten Gewalten.*

Wieweit diese Akten überhaupt wissenschaftlich zu benützen sind, ist mir eine einigermaßen fragliche Sache, besonders weil wenigstens aus den Äußerungen des Herrn v. Roeder hervorgeht, daß er manche Dinge behandelt, von denen er ungefähr so viel wußte wie der Blinde von den Farben.

Ich gehe auf etwas anderes über, auf die *Ersatzfrage.* Herr Kollege Graf Eulenburg hat sich auch mit dieser Frage beschäftigt, und er sagt, daß die sozialistische Jugend an der Spitze der revolutionären Bewegung marschiert sei.

> „Es ist dieses um so bemerkenswerter und verhängnisvoller, als gerade aus diesen Kreisen sich der Ersatz des Heeres und der Nachwuchs der Fabrikarbeiter rekrutierte."

Und er spricht davon, daß durch den Mangel dieses Ersatzes das Heer schwer geschädigt worden sei.

Nun möchte ich gern, daß wir qua Ausschuß einmal eine Zusammenstellung machen, oder vielleicht wäre der Herr Vertreter des Reichswehrministeriums in der Lage, uns dazu das Material zu geben. Ich glaube, wir können diese Frage überhaupt sachlich nur nachprüfen, wenn wir den Soll- und Istbestand des Ersatzes miteinander vergleichen. Ich möchte dies nur als Problem aufwerfen.

Was die Ersatzfrage selbst anlangt, so habe ich die Berichte, die ich mir seinerzeit im Reichsarchiv habe geben lassen, durchgesehen. Darin befinden sich auf sehr vielen Seiten Angaben über den Ersatz nach einer anderen Seite hin, die mindestens die mangelhafte Zahl des Ersatzes als nicht so unbedingt wichtig und ausschlaggebend erscheinen läßt, wie es hingestellt wird. Es steht da verschiedentlich, daß Ersatz angekommen sei, daß dieser Ersatz aber infolge mangelhafter Ausbildung nicht die nötige Wirkung ausgeübt habe, daß er vielfach nur sehr begrenzt verwendungsfähig gewesen sei, vor allen Dingen infolge mangelhafter Ausbildung am leichten oder schweren Maschinengewehr und in ähnlichen Spezialitäten. Besonders interessant ist dort eine Äußerung von einer Garde-Infanterie-Division aus dem Oktober 1918:

> „Der eingetroffene Ersatz macht im allgemeinen einen guten Eindruck. Auffallend ist, daß sich fast keine am leichten Maschinengewehr ausgebildete Mannschaften darunter befanden. Bei allen Truppen ist der Ausbildungsgrad gering."

Mir scheint, daß das auch mindestens zu der Frage des Dolchstoßes ein recht wichtiges Moment ist.

Ich will dann noch eine letzte Bemerkung machen. Es ist verschiedentlich unter uns hier von dem *Quellenwert von Briefen und Tagebüchern* gesprochen worden. Ich möchte grundsätzlich bemerken, daß ich persönlich in meinem Bericht, der ja vom Abg. Grafen Eulenburg nur in dem einen Punkte Bayern angegriffen worden ist, wohlweislich so vorsichtig gewesen bin, die Briefe, die mir zugänglich waren, nur zu benutzen, um aus diesen Briefen ein Bild der Stimmung zu geben. Stimmung ist etwas Subjektives. Für dieses Subjektive kann man die subjektive Quelle der Briefe und Tagebücher ohne weiteres benutzen. Es ist etwas anderes, ob man einzelne Briefe etwa benutzt, um daraus Schlüsse zu ziehen über die Zustände, über die Kampfhandlungen, über Mißstände. Ein Beispiel: wenn in einem Brief steht: „Ich, der Musketier Müller, sage, mein Feldwebel Meier hat heute einen Zentner Speck unterschlagen", so würde ich doch sagen, das muß erst nachgeprüft werden. In der Beziehung bin ich durchaus vorsichtig. Ich bestreite aber, daß man an meiner Quellenbenutzung zur Frage der Stimmung der Truppe eine Kritik üben kann. In dieser Beziehung halte ich meine Äußerungen vollständig aufrecht.

Sachverständiger Dr. *Herz:* Der Abg. Graf zu Eulenburg schildert die Entwicklung der verschiedenen sozialdemokratischen Richtungen. Ich glaube nicht, daß man zu einem wirklich richtigen Bild kommen kann, wenn man sie ganz losgelöst aus dem Zusammenhang und aus den historischen Vorgängen betrachtet. Politik ist, wenn ich den Ausdruck gebrauchen darf, in Taktik und Strategie doch abhängig von dem, was unterdessen noch in der Welt passiert, ist nichts Absolutes. Aus diesem Grunde glaube ich auch, daß die Gegenüberstellung des Grafen zu Eulenburg gegen Ende seines Berichts, wo aus einem post hoc ein propter hoc gefolgert wird, nicht schlüssig ist. Ich glaube auch weiter nicht, daß man aus einzelnen Äußerungen und Artikeln irgendwelche Schlüsse ziehen kann. Ich möchte einige Gegenbeispiele geben. Ich erinnere an die viel zitierte Äußerung des Herrn v. Oldenburg-Januschau, er bebaue soundso viel Morgen seines Gutes wegen der Kriegsverordnung nicht. Es wird kein Mensch daraus folgern können, der Bund der Landwirte oder die Konservative Partei hätte das Volk aushungern wollen.

Dann ist im Reichstage besprochen worden, in irgendeiner rechtsstehenden Versammlung wäre gesagt worden: wir warten auf den Reichskanzler, auf den geschossen wird und der schießen läßt. Das war eine törichte Äußerung, aber kein Mensch wird annehmen, daß der betreffende Redner oder seine Partei einen Bürgerkrieg hätte entfesseln wollen. Ich könnte diese Beispiele noch vermehren.

Sodann halte ich weder Herrn Breithaupt noch Herrn Kloth für klassische Zeugen. Jede Partei hat wohl erlebt, daß Leute ausgetreten sind und dann aus Renegateneifer oder einer Verdienstmöglichkeit wegen den ganzen Ascheneimer geleert haben. Was da alles aus ver-

traulichen Versammlungen, Parteiausschüssen, Parteiversammlungen usw. ans Licht gezogen werden kann, das haben wir alle im politischen Leben erfahren. Die gegnerischen Parteien leben ja von solchen Sachen. Da wird dann eine Broschüre geschrieben: „Die Konservativen, geschildert durch sich selbst", oder: „Die Demokraten als Feinde der Landwirtschaft". Solche Broschüren erscheinen zu Dutzenden. Sie haben aber keine historische Beweiskraft.

Ich will mich, ohne prinzipiell Stellung zu nehmen, damit begnügen, einige kleine Bemerkungen zu machen. Zum Teil hatte ich dasselbe festgestellt, was schon Herr Abg. Dr. Bergsträßer festgestellt hat. Es ist gesagt worden, daß eine Propaganda für einen Frieden um jeden Preis Landesverrat sei. Auf diesem Standpunkt stehe ich auch. Ich stehe aber auch auf dem Standpunkt, daß, wenn eine Regierung einen Verständigungsfrieden machen will, eine Propaganda im Heer auf Durchführung eines Annexionsfriedens ebenso Landesverrat sein würde.

Abg. Graf Eulenburg zitiert eine Aussage von Sachse. Nach meiner Kenntnis ist bei der Marine niemals von einem Frieden um jeden Preis gesprochen worden, sondern nur von einem Frieden ohne Annexionen und Kontributionen, was mir etwas anderes zu sein scheint. Die Frage des Friedens um jeden Preis, das heißt der Gedanke: lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende, ist erst später, im Jahre 1918, in der Bevölkerung aufgetreten.

(Abg. *Brüninghaus:* Wenn Sie mein kurzes Korreferat durchlesen, werden Sie zwei Zeugenaussagen finden, die wörtlich nach den Akten zitiert sind, wo die Betreffenden aussagen: für sie handle es sich um den Frieden um jeden Preis. So haben diese Leute das aufgefaßt.)

Die Schilderungen im Bericht des Grafen Eulenburg, die auf Mitteilungen des Generalmajors v. Wrisberg beruhen, stehen diametral dem entgegen, was General Groener über das Verhalten Eberts an diesem Tage im Münchener Dolchstoßprozeß bekundet hat. Danach hat Ebert gar nicht daran gedacht, zu fliehen.

Die Rede Ledebours. Es handelt sich zunächst nicht um eine Zeugenaussage, General v. Kuhl hat es als Sachverständiger im Dolchstoßprozeß mitgeteilt. Ledebour hat weiter gesagt: „Am 2. November haben sich Dittmann und Haase gegen das Losschlagen am 4. November erklärt." Der „Vorwärts" hat bis zum letzten Moment die Revolution bekämpft. Ich glaube, Ledebour hat das als Grund angegeben, warum er nicht mit Dittmann und anderen Herren zusammen in einen Vollzugsausschuß hat eintreten wollen.

Wichtig ist in diesem Zitat, daß in ihm ausdrücklich steht: „Und so haben wir Monat für Monat gewartet. Als der Zusammenbruch an der Westfront erfolgte, hielten wir die Zeit für gekommen." Das stützt die von mir aufgestellte These, *daß nicht die Niederlage eine*

*Folge der Revolution, sondern die Revolution eine Folge der Niederlage und erst nach einer Niederlage möglich war.*

Dann sagt Graf Eulenburg: „Es war für weite Kreise eine Überraschung, daß die Sozialdemokraten die Kriegskredite bewilligten." Ich glaube nicht, daß man in ernsthaften politischen Kreisen einen Augenblick daran geglaubt hat, daß ein Krieg, der als Verteidigungskrieg angesehen wurde, auf einen Widerstand der Sozialdemokratie stoßen würde. Man hat im Ausland infolge der Agitation gegen die „vaterlandslosen Gesellen" darauf gehofft. Tatsächlich hat Clemens v. Delbrück durchgesetzt, daß die bei der Mobilmachung vorgesehene Verhaftung der Sozialdemokratischen Führer nicht erfolgte, weil er wußte, daß die Sozialdemokratie jedenfalls die Dienste nicht verweigern würde.

Der Artikel des „Vorwärts" vom 30. Juli 1914 ist vor der russischen Mobilmachung geschrieben. Es hat nicht nur die Sozialdemokratie solche Antikriegsartikel gebracht. Ich erinnere an Artikel der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung", die sich um dieselbe Zeit stark gegen das österreichische Vorgehen wandte, weil es zum Kriege führen müsse.

Nun komme ich auf die Frage des *Pazifismus*. Ich glaube, es ist eine völlige Verkennung des Pazifismus, von der Herr Abg. Graf Eulenburg ausgeht. Der Pazifismus hält nicht den Mut *im* Kriege, sondern nur den Mut *zum* Kriege für verwerflich. Er sagt, man darf einen Krieg nicht führen. Es gibt aber, glaube ich, keinen regelrechten Pazifisten — mit Ausnahme von Tolstoianern und Quäkern und anderen Extremisten —, der heute sagt: ich halte es für pazifistisch, im Kriege keinen Mut zu zeigen und den Wehrwillen zu lähmen. (Zuruf: Foerster!) — Ich sage, mit Ausnahme von extremen Pazifisten. Aber die sind ebensowenig beweiskräftig wie diejenigen, die ganz phantastische Annexionsziele aufgestellt haben, wie die von Claß und die sogenannten Lehmann-Ziele im Lehmann-Verlag.

Die angeführten Pfemfert und Hiller sind ebenfalls zu den Extremen zu rechnen. Pfemfert ist, soviel ich weiß, Kommunist. Außerdem sind, glaube ich, Pfemfert und Hiller erst nach dem Kriege aufgetreten. (Widerspruch.) Es wäre sehr interessant, die Äußerungen der „Friedenswarte" kennenzulernen, die den Wehrwillen gelähmt haben sollen. Die „Friedenswarte" ist, wenn ich recht unterrichtet bin, während des Krieges überhaupt in der Schweiz erschienen und nicht nach Deutschland gekommen.

Nun zur Frage Tepper-Laski. Ob Herr von Tepper-Laski, der bekannte Rennreiter, zu den extremen Pazifisten gehört, ist mir nicht bekannt. Er gehörte zum „Bund neues Vaterland". Ob ein Artikel von ihm der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" angeboten und zurückgewiesen ist, weiß ich nicht. In den Spartakusbriefen von 1915 kann er nicht erschienen sein, denn die sind zuerst 1916 erschienen. Die Spartakusbriefe von 1916 sind nicht veröffentlicht, weil sie zum

Teil verlorengegangen sind. Die Veröffentlichung des im Druck erschienenen kleinen Heftes geht erst auf 1917 zurück. Ich habe mich an Herrn von Tepper-Laski gewandt und ihn gebeten, mir mitzuteilen, was an der Sache wahr sei. Daß aber Herr von Tepper-Laski mit den Spartakisten irgendeine Verbindung gehabt haben soll, scheint mir unwahrscheinlich. (Ergebnis der Anfrage siehe Beilage 2, S. 345 f.)

Ferner das Zitat von Plenge, in dessen Werk sich der Satz finden soll: „und Amerika gab Geld". Das wäre allerdings, wenn es richtig wäre, ein neues Moment. Man müßte Herrn Professor Plenge darüber vernehmen, auf welche Tatsachen sich diese Behauptung stützt. (Ergebnis der Anfrage bei Prof. Plenge s. Bd. 9, I dieser Reihe S. 451.)

Dann ist Abg. Graf Eulenburg auf die *partikularistischen Strömungen in Bayern* eingegangen. Mir sind Verbindungen mit der Entente aus dem Royalistenprozeß Fuchs-Machhaus nur nach dem Kriege bekannt.

Daß die Landwirtschaft nicht durch das Elend zu der revolutionären Stimmung getrieben worden ist, ist klar. Aber die Kriegsverordnungen haben die Leute aufsässig gemacht.

Zur Frage des *Munitionsarbeiterstreiks 1917* bezieht sich Abg. Graf zu Eulenburg auch auf das Buch von Berger. Ich verweise auf die ganz anders lautenden Aussagen Groeners in München. Tatsächlich ist der berühmte „Hundsfott-Erlaß" von Groener am 27. April 1917 erschienen und am 28. April 1917 im „Vorwärts" abgedruckt. Allerdings ist ihm eine kleine Kritik angefügt; Groener solle lieber den Kontakt mit der Arbeiterschaft suchen — den Groener tatsächlich auch mit Haase gesucht hat, was erst durch den Münchener Prozeß bekannt geworden ist. Die Generalkommission und der Parteivorstand haben sich auch gegen den Streik im Mai ausgesprochen, und im Hauptausschuß hat sich Groener am 26. April 1917 sehr scharf geäußert. Diese Äußerungen Groeners sind am 27. April 1917 im „Vorwärts" abgedruckt. Man kann also nicht sagen, daß irgend etwas verschleppt worden ist.

Ferner sagt Abg. Graf Eulenburg:

„Die Schrift ‚Antinauticus' deckt sich mit dieser Schilderung"

— nämlich mit der Schilderung von Popp und Artelt. Im „Antinauticus" beschäftigt sich der Verfasser Sachse überhaupt nicht mehr mit den Vorfällen nach 1917. Er hat damals im Zuchthaus gesessen und seine Schrift schildert im wesentlichen sein Leben im Zuchthaus.

Ich möchte darauf hinweisen, daß ganz ähnliche Beschlüsse, wie auf dem *Würzburger Parteitag* und nachher auf der Reichskonferenz, auch von den französischen Sozialdemokraten gefaßt worden sind. Ungefähr zur selben Zeit hat nämlich deren Parteitag in Bordeaux stattgefunden. Der Bericht darüber findet sich im „Vorwärts" vom 22. Oktober 1917. Dort waren auch Mehrheiten und Minderheiten, Kienthaler usw., man hat auch dort einen Beschluß gefaßt,

daß man der Regierung die Kriegskredite nur so lange bewilligen würde, als sie nicht imperialistische Ziele verfolge.

Die Berner Tagung war eine pazifistische Tagung, die von der „Organisation für einen dauerhaften Frieden" einberufen war. Sie hatte ihren Sitz im Haag. Im Vorstand saßen außer Neutralen auch Deutsche, Engländer und Amerikaner. Ich selbst bin auf der Berner Konferenz gewesen. Das Auswärtige Amt hat den Besuch dieser Tagung erleichtert; die Militärbehörde hat ihn denkbar erschwert. Das ging so weit, daß ein Telegramm, welches ich an Herrn Professor Schücking gerichtet hatte und in dem ich anfragte, in welchem Lokal die Tagung stattfände, 11 Tage gebraucht hat, um von Berlin nach Marburg zu kommen. Das ist seinerzeit auch im Ausschuß des Reichstages zur Sprache gekommen. Ob Herr Professor Quidde auf der Berner Tagung war, weiß ich nicht mehr. Jedenfalls wäre eine Äußerung, wie sie Professor Quidde gemacht haben soll, mir in Erinnerung geblieben. Sie erscheint mir deswegen unwahrscheinlich, weil die aktuellen Fragen überhaupt von der Diskussion ausgeschlossen waren, und auch deswegen, weil gerade in diesen Novembertagen kein Grund war, von einem endgültigen Siege zu sprechen; damals war den Engländern in Flandern der große Einbruch geglückt, der im Ausland als eine starke Schlappe Deutschlands dargestellt wurde. Leider verlief die Berner Tagung wie das Hornberger Schießen. Es waren zwar ein paar Russen erschienen, nicht aber Engländer und Franzosen. Ich habe mich in dieser Angelegenheit an Professor Quidde gewandt. Lensch hat übrigens im „Hamburger Echo" nicht gegen Quidde Stellung genommen; das war drei Tage vorher. Er wandte sich bloß gegen die Theorie des „Vorwärts", daß die deutschen Erfolge den Frieden erschweren würden. (Ergebnis der Anfrage s. Bd. 7, I dieser Reihe S. 1/2.)

Zur *Äußerung Eberts* im Hauptausschuß will ich hinzusetzen, daß der Abgeordnete Graef (Thüringen) diese Äußerung des Herrn Ebert als eine Drohung gegenüber dem Reichskanzler bezeichnet hat, während Scheidemann entgegnete, es wäre keine Drohung, sondern eine Warnung vor dem Munitionsarbeiterstreik. Die späteren Ereignisse haben ihm darin recht gegeben.

Dabei möchte ich noch bemerken, daß am 18. Januar 1918 Staatssekretär Graf Roedern eine Besprechung mit den Abgeordneten gehabt hat, in der namentlich von sozialdemokratischer Seite, aber nicht allein von ihr, dringend darauf hingewiesen wurde, daß der Anschein vermieden werden müsse, daß ein Bruch, der damals mit Sowjetrußland drohte, auf deutsche Schuld zurückzuführen sei.

Sehr interessant ist die Mitteilung des Abg. Grafen zu Eulenburg, daß Unabhängige und Bolschewiki zusammengearbeitet hätten, um die Weltrevolution damals herbeizuführen. Eine ähnliche Agentennachricht ist der Obersten Heeresleitung einmal aus Stockholm zugegangen, die Quelle ist wohl Parvus (Helphand), der damals mit

den Unabhängigen im Kampf stand. Leider ist er tot, und es ist nicht festzustellen, was an dieser Sache wahr ist.

Ich komme nunmehr zum *Munitionsarbeiterstreik 1918*. Die Rede des Herrn v. Payer ist keine Abgeordnetenrede gewesen, sondern die berühmte Antrittsrede, die er als Vizekanzler gehalten hat und die damals die ungeheure Empörung bei den Konservativen auslöste. Er hat damals auch nicht scharf gegen den Eintritt der Sozialdemokraten in die Streikleitung gesprochen, sondern er hat dies lediglich als einen Fehler bezeichnet. Ob das richtig war, möchte ich bezweifeln. Ich glaube, daß durch den Eintritt der Sozialdemokraten in die Streikleitung der Streik in geordnete Bahnen geleitet worden ist. Eine Rede des Zentrumsabgeordneten habe ich nicht finden können. Es hat nur Erzberger gesprochen, und Erzberger hat über diesen Streik überhaupt nicht gesprochen. Vor ihm hat Gröber nicht über den Eintritt der Mehrheitssozialdemokratie in die Streikleitung gesprochen, sondern er hat sich nur gegen den Abgeordneten Dittmann persönlich gewandt.

Dann noch eine generelle Bemerkung! Herr Abg. Graf zu Eulenburg spricht davon, „den Schandfleck der Revolution abzuwaschen". Wenn man das, was damals passierte, überhaupt eine Revolution nennen will, so war sie sicher sinnlos, zwecklos, ideenlos. Es war ein Einsturz in sich, und ein Werturteil kann man über Erdbeben, Überschwemmungen und Hagelwetter nicht abgeben. Das Charakteristische dieses Einsturzes war, daß die Bewegung keinen Widerstand fand: es gab weder Monarchen noch Monarchisten, die sich schützend vor die Throne gestellt hätten. In München ist überhaupt niemand gefallen; dort ist die Bewegung blutlos verlaufen. In Berlin ist ein Hauptmann vor der Maikäferkaserne ums Leben gekommen, der sich der Bewegung entgegengestellt hatte; es war nur einer von den vielen Tausenden von Offizieren in Berlin. In Kiel ist ein Offizier ums Leben gekommen, der sich einem Zug entgegenstellte, und außerdem die drei Offiziere vom „König", die das Hissen der roten Flagge verhindern wollten. In Hannover ist es zu ein paar Schießereien gekommen. Sonst herrschte überall Kopflosigkeit. In Kiel stand Admiral Souchon, ein sehr beliebter Offizier, der Bewegung ratlos gegenüber; Noske gelang es, in ein paar Tagen Ordnung zu schaffen. Die Bourgeoisie hat sich nicht besser benommen. Die Hoflieferanten umkränzten alle ihre schönen Schilder mit roten Bändern. Ein Klub, der sich sehr große Mühe gegeben hatte, das Prädikat „Kaiserlich" zu bekommen, berief ein paar Wochen nach der Revolution eine Generalversammlung ein, um das Wort wieder zu streichen. Ich stehe sehr links, habe aber daraufhin meinen Austritt erklärt, weil mir dieses Vorgehen doch zu wenig angemessen schien. Die Bourgeoisie wurde im wesentlichen von der Furcht vor der Sozialisierung beherrscht. Es strömten massenweise Novemberdemokraten und Novembersozialisten herbei.

Es ist gewiß bei den Nichtrevolutionären viel Menschliches, Allzumenschliches und auch viel Beschämendes zu beobachten gewesen. Aber trotzdem möchte ich auch auf dieses Verhalten das Werturteil „schmählich" nicht anwenden. Es war alles körperlich und seelisch so zermürbt, daß man nicht weiterkonnte und die Überzeugung durchdrang: *das alte System hat den Krieg nicht verhindern können, es hat ihn verloren; es muß etwas Neues kommen!* — Ein Werturteil möchte ich also nicht aussprechen.

Nun darf ich zum Schluß noch etwas Grundsätzliches sagen. Es ist wohl gerichtsnotorisch, daß von links und rechts agitiert wurde, einerseits von der Vaterlandspartei und andererseits sozialrevolutionär. Ob dafür ein Dutzend Beispiele mehr oder weniger angegeben werden, erscheint mir gleichgültig. Die Frage, was mehr auf die Psyche eingewirkt hat, ist eine Frage, die sich exakt wissenschaftlich nicht beweisen läßt. Wenn man nun die Frage des Dolchstoßes selbst betrachtet, so müssen wir davon ausgehen — darüber sind wohl alle rechts und links einig —, daß eine Offensive im Frühjahr gemacht werden mußte, wenn der Friede nicht gemacht wurde. Die Frage ist also: Ist Arras und Amiens der Agitation aus der Heimat wegen nicht erreicht worden und weil der Geist der Truppe unterwühlt war? Ist der Vorstoß auf Reims mißglückt, weil der Geist der Truppe unterwühlt war? Ist der Gegenstoß aus dem Walde von Villers-Cotteret geglückt, weil der Geist der Truppe unterwühlt war? Ich glaube, diese Fragen werden allgemein mit Nein beantwortet. Es kommt der 8. August. Da wissen wir, daß die Anschauung von Ludendorff der des Kaisers und der des Kronprinzen gegenübersteht. Es scheint aber doch wohl nur eine augenblickliche Panik gewesen zu sein. Trotz des Wortes „Streikbrecher": Die 41. Division hat sich, wie sich aus den „Urkunden zum Waffenstillstand" ergibt, nachher wieder vorzüglich geschlagen. Diese Frage scheint mir also gelöst zu sein, daß der Verlust des Krieges nicht auf Unterwühlung aus der Heimat zurückzuführen ist.

Nun kommt die andere Frage: Mußte die Niederlage zum Zusammenbruch führen? Konnten wir weiterkämpfen? Da haben wir drei Phasen. Die erste Phase: War das Waffenstillstandsangebot nötig? Die zweite Phase: Konnten wir weiterkämpfen, als der Notenwechsel mit Wilson hin und her ging? Die Frage muß man so stellen: Konnten wir damals die Waffenstillstandsverhandlungen abbrechen? Die Oberste Heeresleitung selbst hat sich, wie aus den Urkunden hervorgeht, an den Abbruch der Waffenstillstandsverhandlungen nicht herangetraut. Die dritte Phase: Compiègne. Es ist keine Frage, daß ein Weiterkämpfen nach Ausbruch der Revolution unmöglich war, ebenso daß es militärisch ohne die Revolution möglich gewesen wäre, die Front noch einige Zeit lang zu halten. Damit kommen wir auf die Frage: Hätte dieses Halten

einen Zweck gehabt? Da steht Ansicht gegen Ansicht; da kommen wir in Konjekturen hinein.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:* Über das angebliche Versagen der Offiziere am 9. November in Berlin ist bereits gesprochen worden. Meines Erinnerns hat Helfferich irgendwo einmal geschrieben oder erklärt, daß er und Tausende von anderen Offizieren sich dem Generalkommando in den Marken an jenem Tage zur Verfügung gestellt haben; aber man hat davon nicht Gebrauch machen wollen. Das, was der Sachverständige Dr. Herz über das Versagen der Offiziere gesagt hat, ist also in seiner Allgemeinheit meines Erachtens nicht richtig.

Abg. *Dittmann:* Ich habe nicht die Absicht, im einzelnen auf den Bericht des Abg. Grafen zu Eulenburg einzugehen. Nach dem, was bereits über die Mangelhaftigkeit und Unzuverlässigkeit der Quellen gesagt ist, kann ich nur mit Wilhelm Busch sagen:

„Hier sah man seine Trümmer rauchen,
Der Rest ist nicht mehr zu gebrauchen!"

Ich habe selten einen Bericht gehört, der so leichtfertig und so oberflächlich aufgebaut war wie der des Abg. Grafen Eulenburg. Die Quellenkritik scheint ihm ganz unbekannt zu sein. In der „Kreuz-Zeitung" stand dieser Tage ein Artikel über dieses Thema von Wolfgang Foerster, Oberarchivrat am Reichsarchiv und Oberstleutnant a. D. Er besprach das Buch von Emil Ludwig über Wilhelm II., und er sagt da:

„Emil Ludwig will darum auch kein Historiker sein. Ganz sicher ist er es auch nicht. Denn er weiß nichts von der ersten und obersten Pflicht des Historikers, der Quellenkritik. Ich sollte aber meinen, daß diese Pflicht nicht nur dem historisch geschulten Fachmanne, sondern jedem obliegt, der über historische Persönlichkeiten und Ereignisse ein eigenes Urteil fällt, insbesondere jedem, der den Versuch macht, die historische Wahrheit zu ergründen."

Den Zweck sollen doch unsere Referate und unsere ganzen Ausführungen hier haben. Aber Graf Eulenburg hat sich nicht die Mühe gegeben, seine Quellen auch nur einmal kritisch zu prüfen. Wenn Sie, wie es geschehen ist, in dieser Ausführlichkeit sich auf die Herren Breithaupt und v. Wrisberg stützen wollten, dann waren Sie auch verpflichtet, kritisch diese Quellen zu prüfen und zu sagen, weswegen Sie trotz all der in der Öffentlichkeit bekanntgewordenen Ausstellungen an diesen beiden Quellen sich doch noch auf sie stützen.

Für mich war Ihr ganzer Bericht erledigt, als ich von Ihnen hörte, daß der Abgeordnete Cohen-Reuß ein früherer Unabhängiger gewesen sei [1]). Denn von einem Mann, der über das Verhältnis zwischen

[1]) Im mündlichen Vortrag hatte Abg. Graf zu Eulenburg den früheren Abgeordneten Cohen-Reuß wohl in Verwechslung mit Oskar Cohn als Mitglied der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei bezeichnet. D. Her. (S. o. S. 273.)

SPD und USPD berichten will und dabei Cohen-Reuß für einen Unabhängigen erklärt, steht fest, daß er nicht die geringste Ahnung von den Personen hat, die in den beiden Parteien maßgebend gewesen sind, daß er auch keine Ahnung hat von den Gegensätzen, die zwischen den beiden Parteien vorhanden waren. Das ist etwa so, als wenn jemand über den Krieg 1870/71 schreibt und feststellt: Bismarck war der Reichskanzler Napoleon Bonapartes. Wer weiß, wie Cohen-Reuß sich in der letzten Zeit vor der Revolution und in den ersten Wochen der Revolution gestellt hat, der kann überhaupt gar nicht dazu kommen, Cohen-Reuß für einen Unabhängigen zu halten.

Das ist schon ein Beweis, mit welcher Oberflächlichkeit der ganze Bericht zusammengestellt ist, daß Graf Eulenburg sich überhaupt nicht die Mühe gegeben hat, zu versuchen, die Parteien und auch die hauptsächlichen Vertreter dieser Parteien, über die er referieren wollte, kennenzulernen.

Ich komme zurück auf die Frage der Quellen. Wer den Oberst, späteren Generalmajor, v. Wrisberg als authentische Quelle über die Kriegsverhältnisse ansieht, der ist zu bedauern. Ich habe den Obersten v. Wrisberg hier im Reichstag kennengelernt und weiß, wie er vom ganzen Reichstag ohne Unterschied der Partei eingeschätzt worden ist. Der Oberst v. Wrisberg hat sich hier immer als ein weltfremder Philanthrop und Idealist gegeben, so daß er allgemein für die *Karikatur eines Militärs* hier im Reichstag galt, und kein Mensch hat ihn ernst genommen. Jeder hat sich nur gefragt: wie kann das Kriegsministerium einen solchen Herrn als Vertreter hierher schicken? Und die Kritik, die an seinem Buche über die Revolution geübt worden ist, ist nicht nur von uns, sondern hauptsächlich von bürgerlicher Seite aus geübt worden; wie ja überhaupt während des Krieges die schärfste Kritik an dem Kaiser, dem Kronprinzen und den Vertretern der Obersten Heeresleitung immer von bürgerlichen Politikern geübt worden ist. Wir Sozialdemokraten konnten erst diese Kritik übernehmen, weil wir gar keine Beziehungen, gar keine Verbindungen nach dieser Seite hatten. Die bürgerlichen Abgeordneten und bürgerlichen Kreise waren die Quellen, aus denen wir erst diese Einzelheiten erfuhren.

Und nun gar dieser Herr Breithaupt, die Hauptquelle des Grafen Eulenburg. Es ist doch bekannt, daß Breithaupt, dessen Vater der Generalsekretär der Nationalliberalen Partei war — er stammt also absolut nicht aus proletarischen Kreisen —, während des Krieges als Spion der deutschen Regierung nach Holland gegangen ist und dort unter deutschen Deserteuren versucht hat, Propaganda zu treiben. Hinterher hat er dann ein Buch, ein Pamphlet gegen die Sozialdemokratie, herausgegeben, worin er allerhand Behauptungen über die Sozialdemokratie, über die USPD und einzelne Personen aufgestellt hat. Und derselbe Mann ist es gewesen, der im vorigen Jahr bei der

Barmat-Hetze dem „Vorwärts“ Material gegen rechts angeboten hat, und zwar immer nur gegen Geld. Jeder, der den Mann kennt, weiß, daß er sich stets gegen Geld demjenigen zur Verfügung stellt, der ihm das meiste bietet.

Das sind die Quellen, auf die Herr Graf Eulenburg einen angeblich wissenschaftlichen Bericht stützt; ich bin fest überzeugt, die späteren Geschichtsschreiber, die die Referate des Untersuchungsausschusses und die Diskussion hier als Material benutzen werden, werden es ablehnen, sich auf den Bericht des Grafen Eulenburg irgendwie zu beziehen. Sie haben es ja auch viel bequemer, sie können die Bücher von Breithaupt und v. Wrisberg selbst benutzen und brauchen nicht die Auszüge, die Herr Graf Eulenburg daraus gemacht hat.

Die Unzuverlässigkeit dieses Materials ist genügend nachgewiesen worden durch den Sachverständigen Dr. Herz und durch den Abgeordneten Dr. Bergsträßer. Ich will nur noch auf eins hinweisen. Abg. Graf zu Eulenburg kümmert sich gar nicht um Tatsachen, die seinerzeit von anderer Seite festgestellt sind. Er verwendet Behauptungen, als wenn darüber kein Wort gesagt worden wäre. Mein Bericht über die Marinemeutereien hat für ihn einfach nicht existiert. Er hatte ja die Möglichkeit zu sagen: ich bleibe trotz der Auffassung des Abgeordneten Dittmann und trotz der und der Feststellungen bei der und der Behauptung, die er natürlich dann begründen mußte. Darüber ließe sich reden. Er stellt aber einfach fest: die Marinemeuterei ist am 6. Juni 1917 ausgebrochen. Dabei muß er aus meinem Bericht wissen, daß dieses Datum in gar keiner Weise in Frage kommt. Und wenn er schon den Ausbruch der Meuterei auf diesen Tag verlegt, dann mußte er wissen, daß vor dem 6. Juni weder Reichpietsch, noch Sachse, noch irgendein anderer Matrose mit mir oder einem anderen USPD-Abgeordneten gesprochen hatte. Er gibt damit also zu, daß die USPD mit der ganzen Meuterei gar nichts zu tun gehabt hatte. Eine solche Oberflächlichkeit ist mir noch nicht vorgekommen!

Dann hat Herr Graf Eulenburg in der Polemik gegen den Abgeordneten Dr. Rosenberg gesagt, es sei gar nicht richtig, wie Dr. Rosenberg es hinstelle, daß eine Kluft zwischen USPD- und Spartakusleuten bestanden habe; im Gegenteil, die Spartakusleute hätten nur durch ihre scharfe Kritik die USPD vorwärts treiben wollen. Bittere Vorwürfe, scharfer Sarkasmus, offene Beschuldigung sozialistischer Grundsatzlosigkeit seien die Mittel dazu. Darin offenbart sich eine merkwürdige Kenntnis der Parteipsychologie und der Massenpsychologie. Herr Graf Eulenburg weiß nicht, welche Rute er sich selbst damit bindet. Wir haben in der Nachkriegszeit doch die rechtsradikale Bewegung. Wir haben doch erlebt, daß zunächst die völkischen Kreise sich in der Deutschnationalen Volkspartei, auch in ihrer Reichstagsfraktion, befunden haben: Herr v. Graefe, Herr Wulle

und ihre engeren Freunde. Sie sind dann ausgeschieden, haben eine eigene Partei gegründet, und Herr v. Graefe und seine Freunde haben die Deutschnationale Volkspartei und deren Führer in einer so bitterbösen Weise bekämpft, daß kein Mensch davon reden kann, daß darin irgendwie der Ausdruck einer freundschaftlichen Gesinnung zu erblicken wäre. Aber wir haben weiter festzustellen, daß auch um die Völkische Partei herum sich allerlei Organisationen gebildet haben: Schwarze Reichswehr, Geheimorganisationen, Fememordorganisationen, ich will sie nicht alle bei Namen nennen. Wenn man sich die Theorie des Grafen Eulenburg zu eigen machen wollte, so könnte man sagen: Deutschnationale Volkspartei, Völkische, Schwarze Reichswehr, Femenmörder, das ist ein und dasselbe, gleiche Brüder, gleiche Kappen. Es fällt mir natürlich nicht ein, mir eine solche Theorie zu eigen zu machen. Ich habe immer hier scharfe Unterschiede gemacht. Das wird jeder tun müssen, der mit seinem Urteil ernst genommen werden will. Dasselbe müssen Sie aber auch tun gegenüber der linksradikalen Bewegung während des Krieges. Auch da müssen Sie die *einzelnen Gruppen und Persönlichkeiten scharf auseinanderhalten,* wenn Sie von politischer Moral und politischer Verantwortlichkeit reden wollen. Sie verfahren aber nach dem Grundsatz: gleiche Brüder, gleiche Kappen.

Im übrigen verrät diese ganze Auffassung, daß man jemand dadurch gewinnen könnte, daß man auf ihn einhackt, einen solchen Mangel an Psychologie, daß ich es nicht verstehen kann, wie man so verfahren kann. Ich weiß, daß im Kriege die Dinge umgekehrt waren. Liebknecht hat mit seinen Argumenten niemand angezogen, sondern nur abgestoßen. Darum blieb er auch isoliert. Er war alles andere, nur kein Taktiker, er war ein Mann, der mit seiner Meinung losplatzte, der sich aber keine Gedanken darüber gemacht hat, ob es in den Rahmen hineinpaßte. Herr Graf zu Eulenburg vertritt hier eine Psychologie, die der Berliner drastisch dahin präzisiert: „Liebe mir oder ick zerhack' dir die Kommode." Nein, wenn man jemand gewinnen will, muß man versuchen, mit ihm in Konnex zu kommen und auf ihn einzuwirken.

Ich will nur noch auf eins hinweisen. Herr Graf Eulenburg bezieht sich an mehreren Stellen auf die Broschüre „Antinauticus". Auch andere Herren glauben, in dieser Broschüre ein historisches Dokument vor sich zu haben. In der Broschüre sind in einer Weise Wahrheit und Dichtung durcheinandergemischt, daß jeder, der die amtlichen Aktenvorgänge über die Marine kennt, es leicht feststellen kann. Hier ist z. B. auf Seite 20 der Broschüre eine Schilderung gegeben, wie der Kapitän des Schiffes „Friedrich der Große" in den Heizraum hinunterkommt, nachdem die Heizer vorher die Feuer gelöscht und den Dienst verweigert haben. Es heißt hier:

„Als der Kapitän unsere Forderungen hörte, brauste er heftig

auf, daß sogar seinem schön gepflegten Spitzbart das Zipperle ankam. Dann zog er seinen kleinen Dolch und drohte in blinder Wut, die Fordernden niederzustechen. Einer unserer Freunde, ein kleiner Riese, nahm sofort eine von den schweren Kohlenschaufeln in die Hand und bot ihm damit den Zweikampf an. Die den Kapitän begleitenden Offiziere sahen selbst das Unmögliche seines Vorgehens ein und drängten den Kapitän, daß er sich mäßige. Trotzdem schienen die Verhandlungen aussichtslos zu sein.

Plötzlich wurde von der Kommandobrücke durch Sprachrohre die Meldung durch alle Räume gegeben, daß ein Teil der Matrosen ebenfalls den Dienst an den Geschützen verweigere. Das wirkte auf den ollen Käptn wie eine kalte Dusche. Sofort gab er nach und erklärte sich bereit, mit dem Admiral über die Durchführbarkeit unserer Forderungen zu verhandeln. Gewitzigt durch die Erfahrungen auf ‚Prinzregent Luitpold' erklärten ihm aber unsere Leute, daß er mitsamt seinen Offizieren nicht eher wieder aus dem Heizraum herauskäme, bevor er nicht die Bewilligung unserer Forderungen zugesagt habe. Als er die drohende Haltung der Reckengestalten unserer Heizer sah und ihnen ihre Unerschütterlichkeit an den Augen ablesen konnte, gab er klein bei und versprach die Bewilligung der Forderungen.

Als er den Heizraum verließ, begleitete ihn, mißtrauisch, wie wir nun einmal geworden waren, eine Eskorte von Heizern, mit Holzpantoffeln bewaffnet, über das Oberdeck zum Admiral. Sie wichen nicht eher von der Admiralskajüte, bis von da aus der Befehl an alle Schiffe gegeben war: ‚Alle Strafmaßnahmen gegen Mannschaften von ‚Prinzregent Luitpold' und die der übrigen Schiffe auf Grund der Vorgänge in den letzten Tagen sind einzustellen!'

Mit Freudengeheul traten unsere Genossen wieder in die Heizräume und überbrachten uns die durchgeführte Meldung.

Ohne einen Befehl abzuwarten, machten wir sofort nach Ablösung in den Kesseln wieder ‚Dampf auf', steckten die Feuer an und hatten binnen 4 Stunden das Schiff wieder fahrbereit. Kurz nach 8 Uhr morgens wurden die Anker gelichtet, und mit äußerster Kraft voraus ging es in See. Neuen Kämpfen — und hoffentlich dem baldigen Siege der Revolution entgegen."

Was ist nun aus den Akten dazu feststellbar? Sachse behauptet hier, daß die Order herausgegeben sei, die Strafmaßnahmen sollten eingestellt werden. In Wirklichkeit war der Ausmarsch der Mannschaft von „Prinzregent Luitpold" der Anlaß, daß überhaupt die kriegsgerichtlichen Verfahren eingeleitet wurden. Von diesen ganzen Vorgängen, die hier geschildert sind, ist in den kriegsgerichtlichen Verhandlungen mit keiner Silbe die Rede gewesen. Kann man sich vorstellen, daß der Kapitän den Vorgang verschwiegen hätte? Kann

man sich vorstellen, daß die begleitenden Offiziere das verschwiegen hätten?

Das ist *ein* Beispiel. Ich will ein weiteres Beispiel anführen. Sachse behauptet, daß der erschossene Köbis in der Hauptverhandlung „plötzlich aufgesprungen sei, vor Wut leichenblaß, und erklärt habe, daß er sich von einem solchen feigen Lumpen nicht ehrlose Handlungen im Sinne des revolutionären Kampfes nachsagen lasse und er offen eingestehe, daß er als Anarchist mit ganzer Kraft dahin gestrebt hätte, durch individuellen Terror die Flotte lahmzulegen, um so den Frieden zu erzwingen".

Glaubt jemand, wenn das vorgekommen wäre, daß der Anklagevertreter sich das nicht zunutze gemacht hätte, daß er es nicht in seinem Schlußplädoyer verwertet hätte? Er hat es nicht getan. Auch im Urteil ist davon keine Rede. Der beste Beweis, daß *alles frei erfunden ist.*

Dann ist in der Broschüre weiter eine Schilderung gegeben von der letzten Nacht in Wilhelmshaven, wo am Morgen des 4. September Reichpietsch und Köbis aus der Zelle geholt wurden. Sachse schildert:

„Der Schlüssel klirrte, — doch nicht an meiner Tür!
Es galt Genossen Köbis.
Ich hörte Stimmengewirr, dann eine einzelne Stimme, es mußte dem schnarrenden Tone nach ein Offizier sein. Er verlas noch einmal monoton das Urteil. Ich drückte das Ohr an die Türspalte, um genau zu hören, was vorging. Das Herz pochte fieberhaft. Ich konnte nur noch hören, wie er sagte:
‚Die Begnadigung des Heizers Köbis ist abgelehnt, das Urteil wird vollstreckt!' — —
Dann war sekundenlang Totenstille."

Nun habe ich aber einen Brief des Reichpietsch, den er am 4. September vom Transport nach Köln an einen Freund in Berlin geschrieben hat, worin er mitteilt: „Wir sind mit 18 Mann auf dem Transport, darunter Köbis und ich, die wir zum Tode verurteilt sind. Unser Urteil ist noch nicht bestätigt. Wir hoffen noch auf Begnadigung durch den Kaiser." Das war also während des Tages auf der Fahrt, und am Morgen um 5 Uhr soll bereits dem Köbis das Urteil verlesen worden sein mit der Mitteilung, seine Begnadigung wäre abgelehnt.

So haben Sie Beispiel über Beispiel, daß es sich bei Sachse nicht um historische Beweise, sondern um Dichtung und Phantasie handelt. Auf Seite 31 der Broschüre schildert Sachse, daß die beiden Verurteilten in eine rheinische Festung gebracht und dort erschossen worden seien. Er schreibt:

„Die Soldaten weigerten sich, sie zu erschießen. Es half nichts. Sie wurden an einen anderen Ort transportiert. Auch da wieder Weigerung. Bis endlich ein Ort gefunden wurde, zu dem noch

nicht die Kunde von dem wahren Sinn und Inhalt unserer Bewegung und unserer Taten gedrungen war."

Alles Phantasie! Ich habe aus den Akten festgestellt, daß tagelang vor der Verurteilung eine Vereinbarung zwischen dem Flottenkommando und dem Gouvernement in Köln bestanden hat, daß wenn Todesurteile herauskämen, die Verurteilten nach Köln überführt und dort erschossen würden. Das ist auch geschehen.

Das sind nur einzelne Beispiele für die Glaubwürdigkeit dieser Broschüre. Sie ist, wie Kollege Joos treffend gesagt hat, als der Vorsitzende Dr. Philipp zum erstenmal Stellen daraus hier verlesen hat, ein „revolutionäres Heldengedicht", aber alles andere als ein geschichtliches Dokument.

Ich möchte diejenigen, die sich auf diesen „Antinauticus" berufen, warnen, es in der leichtfertigen Weise zu tun, wie es Herr Graf zu Eulenburg in seinem Bericht getan hat.

Abg. Dr. *Moses:* Ich wollte auch nur kurz sagen: mir ist noch niemals eine Arbeit vorgekommen, in der so außerordentlich wenig von Gründlichkeit und Sachlichkeit die Rede ist wie in dieser Arbeit des Abg. Grafen zu Eulenburg. Schon Emil Barth, Breithaupt, Kloth, v. Wrisberg sind doch alles keine Quellen, auf die man sich bei solcher Arbeit kritiklos beziehen kann. Ebenso möchte ich gegen die Äußerung des Berichts Einspruch erheben, daß die Ärzte sich in ihren Äußerungen widersprochen hätten. Ich habe nachgewiesen, wie die Medizinalabteilung gearbeitet hat, wie Herren wie Professor Rubner usw. darüber gedacht haben. Ich habe keinen Grund, sachlich auf dieses Elaborat näher einzugehen, weil es in keiner Weise irgendwie dazu beiträgt, die Wahrheit zu erforschen.

Abg. *Brüninghaus:* Herr Abg. Dittmann hat aus der Broschüre „Antinauticus" eine Reihe von Sachen verlesen, die an sich mit dem Bericht Eulenburg doch nur in ungemein losem Zusammenhang stehen. Ich stimme da in gewissem Grade dem Sachverständigen Dr. Herz bei: so kann man die geschichtliche Wahrheit doch nicht ergründen, daß jeder für sich allein die Wahrheit in Anspruch nimmt und andere Meinungen überhaupt nicht gelten läßt. Der Ausschuß muß eine Art Resultante aus den verschiedenen Anschauungen ziehen.

Ich bin des weiteren der Ansicht des Herrn Dr. Herz, die er in seinem Gutachten zum Ausdruck bringt, wo er ungefähr sagt: es wird überhaupt sehr schwer sein, festzustellen, wie die Anteilnahme der einzelnen sozialistischen Parteien bei all den Begebenheiten und dem Zusammenbruch des Deutschen Reiches schließlich zu bewerten ist. Er sagt ganz richtig: diese Kreise überschneiden sich so, daß es eigentlich praktisch nahezu unmöglich ist, zu sagen: die Mehrheitssozialdemokratie ist bei dem Zusammenbruch vielleicht mit 5 %, die Unabhängigen mit 20 und andere mit 75 % beteiligt. Das ist ziffernmäßig schwer zu fassen. Das geht schon aus dem Umstand hervor,

daß gerade innerhalb der sozialistischen Partei unter den leitenden Persönlichkeiten nach der Revolution und vor der Revolution ein dauerndes Hin und Her stattgefunden hat. Wir haben heute eine ganze Menge Herren in der Vereinigten Sozialdemokratie, die früher die Mehrheitssozialdemokratie auf das schärfste bekämpft haben. Wir haben Kommunisten, die jetzt bei der Vereinigten Sozialdemokratie sitzen. Das sind Überschneidungen, die durch die Praxis erwiesen haben, daß viele von den Herren, die früher vielleicht einen prozentual höheren Beitrag an den nach meiner Ansicht unberechtigten Zerwühlungen des deutschen Volkes geliefert haben, als sie jetzt nach ihrer Parteizugehörigkeit in Anspruch nehmen können.

Dann ist es doch auch merkwürdig: in der Maienblüte der Revolution nahmen alle sozialistischen Parteien bis zu einem gewissen Grade das Verdienst in Anspruch, die Revolution gemacht zu haben; heute will es keiner gewesen sein.

(Abg. Dr. *Moses:* Haben wir immer abgelehnt!)

Der Mensch macht im Laufe der Zeit viele Wandlungen durch, die ihm selbst nicht, die aber anderen zum Bewußtsein kommen.

Es liegt doch so, daß, nachdem die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft geschlossen war, aus der die Unabhängigen sich entwickelten, zunächst ein scharfer Schnitt in der Auffassung von Vaterlandsverteidigung zwischen Mehrheitssozialdemokratie und den links von ihr stehenden Kreisen eintrat. Daß Liebknecht und Rosa Luxemburg erheblich weiter gingen, ist bekannt. Aber man muß sich auch vergegenwärtigen, wie die Parteiaufrufe der Unabhängigen Sozialdemokratie damals lauteten. Ich gebe den Herren Kollegen bis zu einem gewissen Grade recht, daß man allen Veröffentlichungen mit einer gewissen Skepsis gegenüberstehen muß. Wenn aber Herr Dittmann sich hier fanatisch gegen den „Antinauticus" gewendet hat, so greift er damit schon vor, weil er sich im Innern vielleicht darüber klar ist, daß ich in meinem Korreferat unter Umständen darauf eingehen werde.

Man kann doch nicht so weit gehen, zu sagen: alles, was irgendwie von Leuten geschrieben ist, die wir nicht als einwandfrei ansehen, die renommiert haben, ist nicht wahr. So weit zu gehen, zu sagen: wer aus dem Buch von Breithaupt etwas zitiert, begeht ein Unrecht, weil Breithaupt das geschrieben hat, scheint mir doch nur bis zu einem gewissen Grade richtig zu sein. Wenn man z. B. Faksimileabdrücke von den Veröffentlichungen und Protokollen nimmt, die die Unabhängige Sozialdemokratie von sich gegeben hat, so scheint es mir doch zu weit zu gehen, wenn man sagt: weil diese Veröffentlichungen in Faksimile in dem Buch von Breithaupt stehen, erkenne ich sie nicht an.

In einem Aufruf der Unabhängigen Sozialdemokratie, der nach der Revolution erschien, wird gesagt: „Die USP Deutschlands hat

vom ersten Tage ihres Bestehens das bevorstehende Ende des Militarismus und des Imperialismus verkündet und alles getan, um die revolutionären Kräfte der Arbeiterklasse zu entfesseln.“ Bei der historischen Würdigung derjenigen Kräfte, die letzten Endes die Revolution herbeigeführt haben, kann man daran nicht vorbeigehen. *Erst die Revolution hat das Auseinanderlaufen der Armee zur Folge gehabt und den Friedensvertrag von Versailles ermöglicht.* Bei weiterem Widerstand auch nur auf kurze Zeit hätten wir bessere Waffenstillstands- und Friedensbedingungen erzwingen können, was u. a. aus einer Äußerung des Vertreters des amerikanischen Generalstabes hervorgeht, wonach die Ausrüstung der amerikanischen Truppen in kürzester Zeit auf unüberwindbare Schwierigkeiten gestoßen wäre, und daß, wenn die Deutschen nicht Schluß gemacht hätten, die amerikanische Armee es hätte tun müssen. (Parlamentarische Verhandlungen Washington 15. Juli 1919.)

Zu persönlichen Bemerkungen erhält das Wort

Abg. Graf *zu Eulenburg:* Ein Wort zu der Kritik, die sich der Abg. Dittmann, meinen Bericht betreffend, erlaubt hat. Sie ist schon, was die Quellenbenutzung betrifft, vom Abg. Brüninghaus zurückgewiesen. Diese Kritik hat mich weder überrascht noch erschüttert. Es ist selbstverständlich, daß wir auf einem ganz verschiedenen Standpunkt stehen. Völlig unzulässig erscheint mir die Art, wie hier versucht wird, den Wert der von mir benutzten Quellen dadurch herabzusetzen, daß sämtliche Autoren als unglaubwürdig hingestellt werden. Ferner ist Generalmajor v. Wrisberg in einer Form angegriffen worden, die ich zurückweisen muß. Er hat sein Buch auf Grund amtlichen Materials geschrieben. *Ich bleibe bei der in meinem Bericht vertretenen Auffassung.*

## Sitzung, Freitag, den 19. März 1926

Gutachten des Sondersachverständigen Reichsarchivrat Volkmann: Die Stellung der oppositionellen sozialdemokratischen Parteigruppen im Weltkriege zum nationalen Staat und zur Frage der Landesverteidigung

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Abg. Graf *zu Eulenburg:* Im Verlaufe der gestrigen Debatte bin ich nicht mehr zu Wort gekommen außer zu einer kurzen persönlichen Bemerkung. Es sei mir daher gestattet, hier einige Ausführungen zu den Angriffen zu machen, die gegen mich bzw. gegen meinen Bericht gerichtet worden sind.

Wenn hier von den Herren Dr. Herz und Dr. Bergsträßer in sachlicher Form versucht worden ist, meine Ausführungen anzufechten, so ist das von mir nicht anders erwartet worden, und darüber ist kein Wort weiter zu verlieren. Wir werden ja im Laufe der Verhandlungen, wie ich annehme, noch über manche strittige Frage zu debattieren haben, u. a. auch über die Auffassung, die ich vertreten habe, daß die Mehrheitssozialdemokratie in gewisser Weise an den revolutionären Vorgängen mitbeteiligt gewesen ist oder, wie ich mich ausgedrückt habe, sich von den anderen Strömungen stark hat beeinflussen lassen. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß ich zu dieser Auffassung nach Kenntnisnahme der Vorgänge des zweiten Magdeburger Prozesses gekommen bin.

Es scheint mir notwendig, kurz auf die Art der Kritik einzugehen, die der Abgeordnete Dittmann für gut befunden hat. Er hat versucht, fast sämtliche Quellen, die ich herangezogen habe, dadurch von vornherein auszuschalten, daß er die Autoren der zitierten Schriften abfällig kritisiert und als unglaubwürdig hingestellt hat. So Breithaupt, Kloth und v. Wrisberg. Er greift mich in wenig sachlicher Form deswegen an, weil ich Schriften der genannten Autoren als Quellen benutzt habe, und stellt den eigenartigen Satz auf, ich sei verpflichtet gewesen, zu sagen, warum ich das getan hätte.

Diese These erscheint mir reichlich naiv. Ich habe die Zitate natürlich deshalb gebracht, weil sie nach meiner Auffassung das Bild, das ich zu zeichnen versuchte, zu vervollständigen geeignet waren.

Nun hat sich der Abgeordnete Dittmann anscheinend dadurch gekränkt gefühlt, daß ich seinen Bericht nicht als Quelle herangezogen habe. Das ist natürlich mit Absicht geschehen. Ich habe nicht die Absicht gehabt, den Bericht Dittmanns besonders heranzuziehen, einmal, weil ich ja zu dem Bericht von Dr. Rosenberg zu referieren hatte und nicht zu dem des Abgeordneten Dittmann. Und dann muß ich doch sagen, daß ich mir ein abschließendes Urteil über das Elaborat des Abgeordneten Dittmann erst bilden kann, wenn ich das Korreferat des Herrn Kollegen Brüninghaus gehört habe. Es war also meines Erachtens durchaus korrekt, daß ich den Dittmannschen Bericht nicht herangezogen habe.

Wenn nun Breithaupt als unglaubwürdig hingestellt wird, so kann m. E. unmöglich das umfangreiche Material angefochten werden, das er aus Zitaten linksgerichteter Blätter und Flugblätter usw. bringt. Ich habe mich davon überzeugt, daß die Originale dieser Zitate vorhanden sind, und habe aus diesem Grunde keinen Anstoß genommen, mich auf das Quellenwerk zu stützen.

Das gleiche gilt hinsichtlich der Quellen von Emil Kloth, der ebenfalls seine Schrift „Dittmanns Enthüllungsschwindel" auf Material stützt, das mir durchaus einwandfrei erscheint. Ich würde es im übrigen begrüßen, wenn gerade eine Persönlichkeit wie Kloth, der

wegen seiner betont vaterländischen Einstellung aus der Sozialdemokratie ausgeschieden ist, hier als Zeuge vernommen würde. Daß solche Persönlichkeiten, die früher der Sozialdemokratie angehört haben, jetzt aber nicht mehr in dieser Partei sind, von den Abgeordneten der Sozialdemokratie besonders ungern gesehen werden, ist verständlich. Man kann aber deswegen nicht ohne weiteres sagen, daß der betreffende Mann unglaubwürdig bzw. daß das Material, das er besitzt, unglaubwürdig ist.

Daß ich gerade solche Personen herangezogen habe, die der Linken angehört und damit mitten im Getriebe der revolutionären Entwicklung gestanden haben, das erschien mir selbstverständlich und kann mir meines Erachtens unmöglich zum Vorwurf gemacht werden.

Aber mit diesen Angriffen war es nicht genug. Auch der hochverdiente und von mir persönlich besonders verehrte General v. Wrisberg ist hier von dem Abgeordneten Dittmann in einer Weise angegriffen worden, die jeder Berechtigung und jeder Sachlichkeit entbehrt. Es ist bekannt, daß das Buch des Generals v. Wrisberg auf der Grundlage amtlichen Materials geschrieben worden ist. Außerdem stand Herr v. Wrisberg als Leiter des Kriegsdepartements mitten im politischen Getriebe, so daß er als scharfer Beobachter sich ein klares Urteil über die Geschehnisse bilden konnte. Die Art, wie General v. Wrisberg vom Abgeordneten Dittmann angegriffen wurde, war nach meiner Auffassung derart empörend, daß auch die anderen Ausführungen Dittmanns damit gerichtet sind.

Ich habe nicht die Absicht, auf die Thesen, die der Abgeordnete Dittmann über Psychologie und Einwirkung aufgestellt hat, die er mit Versen und Zitaten aus dem Schatz seiner literarischen Bildung zu belegen suchte, einzugehen. Ich habe nicht erwartet, hier von Abgeordneten der Sozialdemokratie gelobt zu werden; das Lob ausgesprochener politischer Gegner hat leicht etwas Kompromittierendes!

Was den weiteren Gang der Untersuchung anbetrifft, so möchte ich nur sagen, daß nach meiner Kenntnis des vorhandenen Materials noch sehr vieles zur Sprache kommen wird, was meine These von der *sorgfältigen Vorbereitung der Revolution* bekräftigen wird. Ich bin überzeugt, daß wir trotz aller Verschleierungsversuche näheren Einblick in das Getriebe der Revolution erhalten werden. Denn es ist nichts so fein gesponnen, es kommt doch ans Licht der Sonnen.

Abg. Dr. *Moses:* Ich möchte nur auf die Ausführungen des Abg. Grafen Eulenburg ganz kurz erwidern. Ich möchte zurückweisen, daß wir Verschleierungsversuche machen wollen. Das zu beweisen, wird Herrn Grafen Eulenburg verflucht schwer werden. Uns liegt daran, Material für die Erforschung der Wahrheit nach jeder Richtung zu bringen, auch aus unseren eigenen Reihen. Wir haben gar nichts zu verschleiern, nicht die Spur. Im Gegenteil, uns liegt daran, daß alles der breiten Öffentlichkeit von jedem Standpunkte und jedem

Gesichtspunkte aus hier unterbreitet wird und daß wir uns dann auf Grund des Materials ein Urteil bilden. Ich weise also jede Beschuldigung, daß wir Verschleierungsversuche unternehmen, auf das allerentschiedenste zurück.

Im übrigen bleibe ich dabei bestehen, daß es charakteristisch ist, daß Männer wie Breithaupt, Kloth und Emil Barth nicht nur als Quellen, sondern in dem Bericht des Herrn Grafen Eulenburg fast ausschließlich — neben v. Wrisberg — als Gutachter benutzt worden sind. Diese Herren haben weder in der Revolution noch nachher irgendwelche Rolle in der Partei gespielt, auch nicht die geringste.

(Abg. *Brüninghaus:* Herr Barth war doch Volksbeauftragter!) — Ich komme gleich auf Emil Barth. — Ich habe seit dem Beginn der Revolution in der Parteileitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei gesessen und bin jetzt in der Parteileitung der Sozialdemokratischen Partei und kann nur sagen: Emil Barth hat bei uns eine geradezu lächerliche Rolle gespielt, den haben wir noch niemals für ernst genommen.

(Abg. Graf *zu Eulenburg:* Warum wurde er dann Volksbeauftragter?)

— Das werden wir auseinandersetzen.

Abg. Dr. *Bergsträßer:* Herr Kollege Graf Eulenburg scheint mir in einer Beziehung die Basis etwas zu verschieben. Es handelt sich ja nicht nur darum, daß er Zitate benutzt hat — ich gebe ihm vollkommen zu, daß das Material, das bei Breithaupt faksimiliert ist und sonst im Anhang steht, nach meiner bisherigen Prüfung einwandfrei ist —, sondern er hat auch Stücke aus dem Text von Wrisberg benutzt. Der Text von Wrisberg soll zwar auf amtlichem Material beruhen. Ich unterstelle das auch als richtig, aber ich unterstelle als ebenso richtig, daß dieses amtliche Material im alleräußersten Maße vollkommen unzuverlässig ist, und daß es zweitens nicht quellenmäßig so benutzt ist, wie man es quellenmäßig benutzen muß. Das Entscheidende ist nämlich, wie man ein Zitat benutzt. Wenn man ein Zitat derart benutzt, wie es z. B. vom Herrn Grafen Eulenburg geschehen ist oder in dem von ihm angezogenen Artikel der „Deutschen Zeitung", so bekommen die Zitate, indem sie aus dem Zusammenhang herausgenommen werden, ein vollkommen falsches Gesicht. Es wird also mit diesen Zitaten anscheinend etwas bewiesen, weil der Wortlaut stimmt. Es wird aber sachlich, geschichtlich überhaupt nichts bewiesen, weil diesem Zitat, ich möchte sagen, der Kopf herumgedreht wird.

(Abg. Graf *zu Eulenburg:* Das ist Auffassungssache, was man herausliest!)

— Nein, nicht was man herausliest, sondern ich erinnere nur an einige Fälle, die ich angezogen habe, wo ich den schlüssigen Nachweis habe

bringen können, daß Ihre Zitate falsch benutzt sind. Ebenso ist es bei v. Wrisberg.

(Widerspruch des Abg. Graf zu Eulenburg.)

Zweitens stammt das Material von Wrisberg zum großen Teil aus den Akten „Abwehr", und diese Akten sind äußerst unzuverlässig. Sie sind zum Teil aufgebaut auf Spitzelberichten u. ä. Die Bearbeiter dieses Materials haben, was ich schon gestern hervorgehoben habe und was auch aus dem Bericht hervorgeht, das Herr v. Roeder, der Leiter der „Abwehr", in dem Dolchstoßprozeßheft der „Süddeutschen Monatshefte" als Anlage gegeben hat, gar nicht gewußt, was sie vor sich hatten, weil sie Linksradikale, USPD und SPD nicht unterscheiden konnten. Das sind äußerst zweifelhafte Dinge.

Sachverständiger *v. Kuhl:* Der Herr Abgeordnete Dr. Bergsträßer hat gestern den Wunsch ausgesprochen, die Ersatzfrage möchte noch in bezug auf den Soll- und Istbestand geklärt werden, und die Bestände möchten einander gegenüber gestellt werden. Ich glaube, in meinem ersten Gutachten ist die Ersatzfrage so ausführlich wie möglich behandelt worden und ist gerade die Frage des Soll- und Istbestandes nach dem amtlichen Material, nach meinem eigenen Material und nach meiner persönlichen Kenntnis bis ins kleinste hinein bearbeitet worden. Es wird dort alles zu finden sein, was gewünscht wird.

Dann ist der Wunsch ausgesprochen, klarzulegen, inwieweit Klagen von den Truppenteilen eingegangen sind, der Ersatz, der an die Front gekommen wäre, wäre nicht genügend ausgebildet. Ich nehme an, es soll damit zum Ausdruck gebracht werden, daß nicht bloß die revolutionäre Verhetzung der Leute, sondern auch die mangelhafte Ausbildung der Leute der Anlaß gewesen ist, weshalb die Leute nachher nicht das geleistet haben, was man erwarten konnte. Nun ist ja zweifellos richtig, daß die Ausbildung mangelhaft war und nur mangelhaft sein konnte. Wir hatten kein ausreichendes Personal in der Heimat, das den modernen Krieg genügend kannte. Es hat oft auf Grund früherer Ausbildungsmethoden die Ersatzmannschaften ausgebildet. Wir brauchten unsere Offiziere und guten Unteroffiziere an der Front. Wir haben alles mögliche getan, wir haben das Ausbildungspersonal zeitweise an die Front genommen, um es zu orientieren Aber unsere Technik, unsere Bewaffnung und unsere Taktik wechselten ja dauernd; sie sind im ganzen Kriege einer fortgesetzten Evolution unterworfen gewesen. Die leichten Maschinengewehre sind gestern zur Sprache gekommen. Die leichten Maschinengewehre sind erst im Kriege entstanden, der Gebrauch und die Anwendung hat sich erst allmählich entwickelt, so daß die Leute, die aus der Heimat kamen, in dem Punkte öfters im Rückstande waren. Die Instandhaltung war schwierig. Wir haben nachher auch die kriegsbeschädigten Offiziere, die zu Hause waren, so gut wir konnten zur

Ausbildung mitherangezogen. Aber Nachteile und Schäden waren nicht zu vermeiden.

Das hat aber, glaube ich, keinen wesentlichen Einfluß in dem Sinne gehabt, in dem wir hier die Frage untersuchen, nämlich ob die Leute revolutionär oder sonstwie verhetzt gewesen sind. Darüber liegt Material genug vor, und zwar authentisches und unbestreitbares Material, wie schon die Leute bei dem Ersatztransport sich die größten Exzesse haben zuschulden kommen lassen, wie sie an der Front geradezu gewaltsam in Empfang genommen werden mußten, um sie überhaupt in Ordnung zu bringen. Daß die Leute, die in der späteren Kriegszeit aus der Heimat kamen, verseucht und verdorben waren, ist ganz klar und hat verschiedene Gründe, auf die ich hier nicht eingehen kann.

Es sind gestern einige Punkte in bezug auf die Haltung der Offiziere berührt worden. Es ist gesagt worden, das Bürgertum und die Offiziere hätten der Revolution nicht in dem Maße entgegengewirkt, wie man es von ihnen hätte erwarten können. Ich darf dazu eine Aufklärung geben. Was hier an Offizieren in Berlin war, teils zufällig, auf der Durchreise, teils mit besonderen Aufträgen, teils kriegsbeschädigt, teils auf Urlaub, kurz, was hier sonst in Berlin in Behörden und privatim an Offizieren vorhanden war, das ist auf eine Aufforderung hin samt und sonders auf der Kommandantur erschienen, hat sich dort gemeldet. Es waren viele Hunderte. Die Offiziere waren sofort bereit, ihr Leben in die Schanze zu schlagen. Das ist nicht geschehen durch einen *Versager an einer Stelle*. Dafür kann man aber das Offizierkorps als solches nicht verantwortlich machen. Die Offiziere sind bereit gewesen, das steht unumstößlich fest.

Es ist der schwere Vorwurf erhoben worden, es sei von amtlicher Stelle ein Schießverbot erlassen worden. Das ist an sich richtig. Aber das Schießverbot ist eigentlich nur die Bestätigung einer fertigen Tatsache gewesen, daß nämlich niemand mehr schießen wollte. Es war nichts da. Die Ersatztruppenteile, die sich noch hier befanden, waren überhaupt nur aus einem Rest mindertauglicher Leute zusammengesetzt. Denn alles, was brauchbar war, zogen wir an die Front. Diese Leute sind verseucht gewesen, darüber ist kein Zweifel. Fast alle Ersatztruppenteile haben versagt. Die paar Jägerbataillone, die wir hierher brachten, die angeblich zuverlässig sein sollten, haben sich hier sofort aufgelöst. Es war also niemand da, der schießen konnte und schießen wollte, und das Schießverbot, das erlassen worden ist, war lediglich die Folge dieser Tatsache, obwohl man trotzdem sehr verschiedener Meinung darüber sein kann, ob es richtig war oder nicht.

Dann muß ich auch ganz entschieden Einspruch dagegen erheben, daß der General v. Wrisberg als die Karikatur eines Militärs bezeichnet worden ist. Das ist verletzend und kränkend, nicht bloß für den General selbst, sondern für uns alle. Denn der General

v. Wrisberg ist die Seele der Tätigkeit im Kriegsministerium gewesen. Was das Kriegsministerium im Kriege in organisatorischer Beziehung, in bezug auf Ersatz, in bezug auf Bewaffnung und Ausrüstung geleistet hat, ist so erstaunlich, daß man es nur bewundern kann. Das ganze Heer dankt es dem Kriegsministerium, was es für uns getan hat, die wir an der Front standen. Wir hätten nicht so lange Jahre kampfbereit sein und den Kampf durchführen können, wenn nicht das Kriegsministerium in dieser Weise für uns gearbeitet hätte. Die Leistung des Kriegsministeriums war die Grundlage für die Leistung des Heeres an der Front, und die Leistung des Kriegsministeriums steht ebenbürtig neben dem, was das Heer an der Front geleistet hat! Der General v. Wrisberg kam sehr häufig an die Front und hat mit uns darüber verhandelt, was wir brauchten, und hat sich die größte Mühe gegeben, allen Forderungen nachzukommen. Er hat ganz ausgezeichnete Gedanken gehabt, die wir durchgeführt haben und die uns große Vorteile gebracht haben. Das kann ich hier nicht alles ausführen, das weiß jeder in der Armee, und die Armee ist von Dank erfüllt für den General v. Wrisberg.

Die Kritik an General v. Wrisberg ist offenbar nur geschehen, um ihn als Quelle zu entwerten. Denn General v. Wrisberg ist hier vielfach als Quelle zum Beweise der Unterwühlung des Heeres angeführt worden.

Vertreter des Reichswehrministeriums Oberstleutnant *Bührmann:* Ich darf eine kurze persönliche Bemerkung, nicht als Vertreter des Ministeriums, über die Vorgänge am 9. November machen. Ich bin zufällig am 9. November morgens in Berlin angekommen. Ich war vom Südosten zur Obersten Heeresleitung nach dem Westen versetzt worden, kam aus Ungarn, hatte den D-Zug in Strausberg verlassen müssen, war dann mit dem Stadtbahnzuge bis zum Bahnhof Zoo gefahren, meldete mich vorschriftsmäßig bei der Bahnhofskommandantur, bekam die Mitteilung von einem braven Landsturmmann: Herr Major, hier ist „dicke Luft", alle Offiziere sollen sich bei der Kommandantur melden. Ich begab mich dann in die Wohnung, gab die Sachen ab und habe bei der Kommandantur angerufen. Da wurde mir die Auskunft: Es ist nicht notwendig, daß Sie sich melden, es sind genügend Offiziere da, über tausend; Sie sind zur Obersten Heeresleitung versetzt, machen Sie, daß Sie dorthin kommen. Sie wissen nicht, ob morgen noch ein Zug geht. Ich habe mich selbstverständlich daran gehalten, da ich wußte, daß ich im Westen dringend gebraucht wurde.

Ich habe dann, als ich mittags auf dem Wittenbergplatz die ersten Autos mit Matrosen und roten Fahnen fahren sah, das Kriegsministerium angerufen und habe mich dort an den Vertreter der Obersten Heeresleitung wenden wollen; dieser war aber nicht zu erreichen, er war in einer Sitzung. Ich habe dann einen anderen Stabsoffizier be-

kommen, der mir dem Namen nach, nicht persönlich, bekannt war, und habe gefragt, ob nichts gegen die Aufrührer geschähe. Ich käme aus Ungarn und hätte da an zwei verschiedenen Stellen erlebt, daß eine Truppe, die rücksichtslos eingesetzt würde, die Sache wieder in Ordnung bringen könnte. Ich stände zur Verfügung und bäte um Mitteilung, ob ich mich zur Verfügung stellen solle. Darauf wurde mir gesagt: Es hat keinen Zweck, sehen Sie zu, daß Sie zur Obersten Heeresleitung kommen; es ist hier die Anordnung gegeben: es wird nicht geschossen, Sie können die innerpolitischen Verhältnisse nicht übersehen; wenn hier Wandel zu schaffen ist, kann es nur von außerhalb geschehen.

Ich habe mich an diese Mitteilung, die von verantwortlicher Stelle kam, gehalten und bin abends weitergefahren. Wenn Herr Dr. Moses den Offizieren Vorwürfe macht, darf ich vielleicht sagen, daß die Offiziere am 9. November in Berlin nur befehlsmäßig gehorcht und Disziplin gezeigt haben, ohne die ein Heer nicht bestehen kann.

Abg. Dr. *Bergsträßer:* Ich habe die Frage des Ersatzes und seiner Ausbildung nur deswegen herbeigezogen, weil mir scheint, daß die Tatsache, die ja nicht bestritten wird, der Ersatz sei teilweise mangelhaft ausgebildet gewesen, den Erschöpfungszustand deutlich charakterisiert und also für den Zusammenbruch wesentlich mitspricht.

Abg. *Brüninghaus:* Ich wußte von dem Schießverbot, daß es von Generaloberst von Linsingen, dem damaligen Oberkommandierenden in den Marken, ausging. Ich weiß nur nicht, weil ich mich nicht eingehend damit habe befassen können, ob dieses Schießverbot, das Linsingen an die ihm unterstellten Organe abgegeben hat, vom Kriegskabinett befohlen war, oder ob er es aus eigener Machtvollkommenheit erlassen hat. Es ist meiner Ansicht nach von großer Bedeutung, ob das Kriegskabinett als solches diese Anordnung gegeben hat oder der höchste militärische Befehlshaber aus eigener Machtvollkommenheit. Das ist eine Frage, die für mich jedenfalls heute noch nicht ganz geklärt ist.

Abg. Dr. *Moses:* Worüber wir uns in jenen Tagen immer gewundert haben und worüber wir uns auch heute noch wundern, ist die Tatsache, daß, selbst wenn ein solches Schießverbot von Linsingen allein oder vom Kabinett erlassen worden ist — ich bin dafür, daß festgestellt werden müßte, wer die Verantwortung dafür trägt; damals war hier die Rede von mehreren tausend Offizieren, die in Berlin gewesen wären, sagen wir aber tausend Offiziere — *diese tausend Offiziere sich nicht über das Verbot hinweggesetzt haben.* Von ihrem Standpunkt aus war doch Berlin in höchster Not und Gefahr. Das hat in unseren Kreisen damals ein gewisses Kopfschütteln erregt. Wir haben uns gefragt: warum halten die Offiziere sich so strikt an ein solches Verbot und warum sind sie nicht von ihrem Standpunkt aus

eigener Macht dagegen aufgetreten? Es war damals nur eine geringe Zahl von Matrosen hier.

Sachverständiger *v. Kuhl:* Herr Abgeordneter Dr. Moses, Sie würden diese Offiziere heute höchstwahrscheinlich als Meuterer bezeichnen, ebenso wie die Marineoffiziere.

(Abg. Dr. *Moses:* Das ist noch die Frage!)

— Im übrigen ist es ja ganz klar für uns Soldaten: wenn die Offiziere sich versammeln und sie bekommen den offiziellen Befehl von oben: Ihr geht auseinander, es wird nicht geschossen, es wird von euch nicht Gebrauch gemacht, so kommen die Offiziere diesem Befehle nach. Wir wären auch an der Front mit den Soldatenräten usw. sehr schnell fertig geworden, wenn wir nicht den Gegenbefehl bekommen und befolgt hätten. Das müssen wir, wir sind nun einmal so organisiert. Es kann nicht in das Belieben der Offiziere gestellt werden, ob sie gehorchen wollen oder nicht. So sind wir erzogen, so sind wir gewesen, und so sind wir bis zum letzten Augenblick geblieben.

Abg. *Brüninghaus:* Ich habe mir schon gestattet, Herr Dr. Moses, Ihnen zu sagen, daß die einsichtigen Offiziere Ende September und Anfang Oktober merkten, daß die Sache voraussichtlich schief gehen würde. Ich habe damals den Vorschlag gemacht — mein Staatssekretär hat ihn unterzeichnet —, daß dafür gesorgt werden müßte, daß die in Berlin sich aufhaltenden Offiziere organisatorisch zusammengenommen würden, damit sie etwas machen könnten. Wenn damals mein Vorschlag durchgeführt worden wäre, der aber von der Regierung — wir haben nicht einmal eine Antwort darauf bekommen — scheinbar in den Papierkorb geworfen ist, und die Offiziere vor allen Dingen bewaffnet worden wären, dann hätte die Regierung die Offiziere ganz anders ansetzen können als so, wo die Leute überall verstreut in Berlin herumsaßen.

Die Verantwortung dafür, daß diese Revolution so, möchte ich sagen, ohne Sang und Klang sich hier entwickeln konnte, trifft nach meiner Ansicht nicht die Offiziere, die ihre Pflicht und Schuldigkeit gegenüber dem alten Staat tun wollten, sondern trifft diejenige Macht oder Instanz, die es verabsäumt hat, die Vorschläge, die ihr von den Militärs gemacht worden waren, in die Tat umzusetzen. So liegen die Verhältnisse in Wirklichkeit.

Sachverständiger *Schwertfeger:* Die mehrfach erwähnte Meldung an die Offiziere bei der Kommandantur hat meiner persönlichen Erinnerung nach am 7. oder 8. November, also ein oder zwei Tage vor dem Ausbruch der Revolution in Berlin, stattgefunden. Ich selber war damals hier im Auswärtigen Amt tätig, und mir wurde von einigen Herren, die in die Kommandantur gegangen sind, nachher gesagt, es wäre ihnen eröffnet worden: „Wir brauchen euch nicht, geht ruhig nach Hause, haltet euch bereit, falls ihr einmal gebraucht werdet; wir haben jetzt zuverlässige Truppen hierher bekommen.“ Es wurden da

besonders die Naumburger Jäger genannt; sie trafen etwa am 8. November ein und machten hier sozusagen militärische Demonstrationszüge. Einzeln konnten aber die Offiziere, wie Herr Abg. Brüninghaus eben zutreffend gesagt hat, gar nichts leisten, weil sie gar nicht bewaffnet waren. Sie hatten vielleicht ihren Säbel an der Seite oder einen Revolver, viele auch nicht einmal das. Nur wenn sie organisatorisch zusammengefaßt wurden, war allerdings mit zwei Offizierskompagnien eine Stadt wie Berlin vielleicht in Ordnung zu halten. Das widerspricht dem, was gestern einer der Herren sagte, aber es entspricht durchaus der Auffassung, die auch Noske vertreten hat, der im Münchener Dolchstoßprozeß betonte: Was mit zwei Kompagnien entschlossener und gut bewaffneter Leute auszurichten ist, das habe ich persönlich bewiesen. Das war damals die Auffassung von Noske, und auch ich bin der Meinung, daß man alles mögliche hier in Berlin hätte leisten können, vorausgesetzt, daß die Kommandantur die Organisation in die Hand nahm. Aber als Einzelpersönlichkeiten waren die Offiziere wehrlos und konnten nichts leisten.

Nunmehr wird der Sondersachverständige *Volkmann* vereidigt und erhält das Wort zum Vortrag seines Gutachtens [1]).

Sachverständiger Dr. *Hobohm:* Wir stehen vor der schwierigen Situation, daß die Dolchstoßtheorie in dem Bericht des Herrn Abgeordneten Grafen zu Eulenburg von neuem eine überaus entschiedene Formulierung gefunden hat, und ich habe auch nicht den Eindruck, daß die Ausführungen des Herrn Sachverständigen Volkmann, so sachlich und inhaltreich sie waren, diese Auffassung erheblich zurückdrängen werden. Ich muß zunächst über den wissenschaftlichen Wert des Berichts des Grafen Eulenburg auch ein Wort sagen. Ich glaube in der Tat, daß das, was namentlich die Herren Dr. Bergsträßer und Dr. Herz hier gestern ausgeführt haben, geeignet ist, den wissenschaftlichen Wert des Berichtes entscheidend einzuschränken.

Nun ist die Frage nach dem wissenschaftlichen Wert durchaus wichtig; denn es handelt sich, wie auch in dem Bericht selber sehr scharf formuliert ist, um die große Meinungsverschiedenheit, ob die revolutionäre Propaganda wesentlich oder unwesentlich gewesen ist. Daß die Propaganda bei der Entstehung der Revolution eine Rolle gespielt hat, erkenne auch ich an und glaube, das kann niemand in Abrede stellen. Aber ich bin überzeugt, daß die Wirkung bei weitem nicht so riesengroß gewesen ist, wie der Herr Abgeordnete Graf zu Eulenburg ausgeführt hat. Er hat ein sehr entschiedenes Werturteil an seine Beurteilung der Dinge geknüpft; er hat namentlich in den Schlußausführungen des Berichts den allerschwersten Vor-

[1]) Das Gutachten ist abgedruckt in Bd. 6 dieser Reihe, S. 249.

wurf gegen die revolutionären Agitatoren erhoben, die nach seiner Auffassung die Urheber des Unheils waren. Das ist doch eine Situation von großer Tragweite für unsere Untersuchung.

Er hat sich auch die Formulierung zu eigen gemacht, man könne von einer *„Dolchstoßanklage"* reden, die hier erörtert würde, und hat den Leuten, die gegen die Dolchstoßtheorie auftreten, die Rolle der *„Verteidiger"* ausdrücklich zugewiesen.

Das sind sehr scharfe Werturteile! Wenn man so zu Werke geht, dann ist es unerläßlich, auf den Ursprung, die Wurzel der revolutionären Propaganda wenigstens mit einigen kräftigen Worten hinzuweisen. Wenn man anklagen will, dann muß man auch fragen, wer denn eigentlich die Linke innerpolitisch auf diesen Weg geführt hat. Es handelt sich doch meines Erachtens nicht um eine Entstehung aus dem Nichts heraus; sondern es ist eine Entstehung aus den historischen Verhältnissen heraus. Es sind die Entwickelungen der Ideengeschichte und der Weltanschauungen in der Vorkriegszeit und in der Weltkriegspolitik in Deutschland mit heranzuziehen.

Unter Weltanschauungen verstehe ich hier die grundlegenden ideengeschichtlichen Unterschiede in bezug auf die Beurteilung der grundsätzlichen politischen Fragen. Ich kann auf jenes Exempel aus dem Bericht des Herrn Grafen zu Eulenburg bezüglich des Elsaß und Lothringens im Jahre 1870 verweisen. Er hat gewisse Bestrebungen aus dem Kriege 1870/71 herangezogen, welche gegen die Annektierung von Elsaß-Lothringen Stellung genommen haben, und hat das unzweifelhaft dem Zusammenhange nach als einen Tadel gemeint. Unzweifelhaft war im Sinne des nationalen Zeitalters, des 19. Jahrhunderts, eine solche antiannexionistische Stellungnahme ein schwerer Tadel; aber ich stehe auf dem Standpunkt, daß es unendlich viel segensreicher für Deutschland und die Welt gewesen wäre, wenn die Annektierung Elsaß-Lothringens unterblieben wäre, und daß das vielleicht auch unsere heutigen Nöte zum Teil mit hätte vermeiden helfen können. Das sind also sehr grundlegende Meinungsunterschiede. Die Sozialdemokratie hat doch unter allen Umständen schon vor dem Kriege, und ganz besonders gerade in dem Sommer vor dem Kriegsausbruch, den nationalen Machtstaat auf das allerschärfste abgelehnt und ist der Auffassung nähergetreten, daß ein anderes Zeitalter heraufgeführt werden müsse und schon angefangen habe, anzubrechen.

Als nun der Krieg kam, da entstand für die Sozialdemokratie ein sehr schwerer Konflikt. Der Herr Sachverständige Volkmann hat in sehr wertvoller Weise nebeneinandergestellt, wie die beiden Tendenzen der Sozialdemokratie sich nebeneinander feststellen lassen: einerseits die nationale, andererseits die internationale. Es war mir sehr wertvoll, als er hervorhob, daß „international" durchaus nicht „anational" bedeute. Die Sozialdemokratie war national, und Haenisch hat in seinem Buch über die Sozialdemokratie im Weltkriege in sehr

wertvoller Weise hervorgehoben: Wir lassen uns von links her gern „national“ schelten; denn wir waren national.

Aber die Sozialdemokratie war andererseits in außerordentlich wirksamer Weise in die Opposition gegen den alten nationalen Macht- und Klassenstaat hineingedrängt worden durch die Regierung der Vorkriegszeit. Es ist das Erbe Bismarcks, an dem wir hier kranken; an dem kranken wir in hohem Grade in der ganzen innerpolitischen Entwickelung überhaupt. Die Sozialdemokratie war politisch durchaus nicht in die Rechte eingesetzt, die sie hätte haben müssen, wenn man berücksichtigt, wie notwendig sie war für die Friedenspolitik und die Kriegspolitik und die Durchführung des Krieges.

Und als der Krieg ausbrach, da ergab sich das Erstaunliche: Als diese Partei der Millionen, die man bisher so ungerecht behandelt hatte, nun plötzlich gebraucht wurde, da wollte das wilhelminische Regime plötzlich die alte Politik ganz und gar negieren und verlangte, daß sich die Sozialdemokratie willig in den Dienst der Kriegspolitk stellte, in den Dienst dieses Krieges, den die Sozialdemokratie ganz gewiß nicht gewollt und nicht bewirkt hat. Der Krieg war durchaus auf Fehler zurückzuführen, die auf bürgerlicher Seite, und zwar nicht bloß in Deutschland, gemacht worden waren. Und was geschah? Die Sozialdemokratie hat diesen großen nationalen Schritt getan und sich zur Verfügung gestellt. *In dem ungeheuren Konflikt der Pflichten zwischen Landesverteidigung und internationaler Zukunftsarbeit entschied sie sich für Landesverteidigung.*

Ich bitte den Herrn Grafen zu Eulenburg, doch überlegen zu wollen, ob es richtig ist, wenn er sagt, das sei aus *„taktischen Rücksichten“* geschehen. Wenn man sich für eine Sache totschießen läßt, dann kann nicht von „taktischen Rücksichten“ geredet werden. Es sind Hunderttausende von Sozialdemokraten gefallen, und alle Sozialdemokraten haben unter dem Kriege schwer gelitten und haben viel geleistet.

Wenn man im Lande von diesen Dingen spricht, bekommt man oft entgegengehalten: ja, die Sozialdemokraten *mußten;* sie haben es nur unter dem Zwange getan. Ich hoffe, daß eine solche Argumentierung hier nicht gutgeheißen wird. Es wäre für den alten Staat nicht gerade ehrenvoll, wenn man sagte, daß er eine so starke Schicht nur mit Zwang an die Front gebracht habe. Das wäre eine außerordentliche Herabsetzung des wilhelminischen Regimes.

Tatsächlich ist aber in kurzer Frist die Überzeugung, daß es sich um einen Verteidigungskrieg handele, wankend geworden, und Ende 1914, vollends 1915 ist diese Überzeugung zunichte geworden durch die sich entwickelnde annexionistische Propaganda. Erst dadurch ist die revolutionäre Seite des sozialistischen Programms wieder in den Vordergrund gezogen worden. Als man auf der Linken bemerken mußte, daß man nicht nur für die Verteidigung kämpfte, besann man

sich auch immer stärker darauf, daß man durch das Eintreten für diesen Krieg Dinge tat, die der inneren Einstellung zuwiderliefen. Es ist die annexionistische Propaganda, die eigentlich erst alle Geister klar enthüllt hat: erst drüben die Chauvinisten und dadurch auch die Revolutionäre und alle, die dazwischen stehen. Dieser Zusammenhang ist eins der wesentlichen Elemente, die man hinzunehmen muß, wenn man verstehen will, welche Rolle die revolutionäre Propaganda im Kriege gespielt hat.

Ich glaube also, daß der Herr Abgeordnete Graf zu Eulenburg nicht exakt verfahren ist, wenn er die revolutionäre Propaganda so isoliert betrachtet hat, wie er es verhältnismäßig stark getan hat. Er hat allerdings über die schwere Ernährungslage einige Bemerkungen gemacht und ist zu der Formulierung gekommen, die Ernährungslage allein hätte die Revolution nicht zustande gebracht; erst durch die Revolutionäre sei sie ausgenutzt worden. Er hat aber leider versäumt, den gegenteiligen Schluß ebenfalls zu ziehen, daß die revolutionäre Propaganda allein nicht die Revolution hätte zustande bringen können und zustande gebracht hat, sondern daß die Ernährungslage und nicht nur diese, sondern auch die annexionistische Propaganda und alles, was damit zusammenhing, und die Mißstände, die sonst noch vorhanden waren, mit zur Revolution geführt haben.

Alles in allem glaube ich sagen zu dürfen, daß man die revolutionäre Propaganda in einem sehr hohen Grade verstehen muß als die Frucht, die Auswirkung von Vorgängen und Zusammenhängen, die durchaus nicht der Sozialdemokratie zur Last fallen, und daß durch diese Ergänzung, die man immer vor Augen haben muß, gegenüber dem Standpunkt des Herrn Grafen zu Eulenburg doch ganz wesentliche Einschränkungen erzielt werden. Ich bin der Überzeugung — und ich glaube, das Material, das der Herr Sachverständige Volkmann in so wertvoller Weise vorgebracht hat, wird das noch weiter belegen —, daß die Wirkung der revolutionären Propaganda sehr zusammenschrumpft, wenn man alles im ganzen überblickt.

Vorsitzender Abg. *Dr. Philipp:* Der Bericht des Herrn Abgeordneten Grafen zu Eulenburg sollte das Gegenstück zu den Ausführungen der Herren Abgeordneten Dr. Rosenberg und Dr. Bergsträßer sein. Abg. Graf zu Eulenburg hatte nicht den Auftrag, die annexionistische Propaganda in seinem Bericht mit zu untersuchen.

Sachverständiger *Schwertfeger:* Ich bitte den Herrn Sachverständigen Volkmann, sich auch einmal der Frage zuzuwenden, die ich an den Schluß meiner Erörterungen im Münchener Dolchstoßprozeß setzte, welchen Einfluß nämlich die Mehrheitssozialdemokratie am 8. und 9. November 1918 auf die Entwickelung der Dinge in Berlin genommen hat. Ich meine damit die Frage, inwieweit die Mehrheitssozialdemokratie durch das Ausscheiden aus der Regierung und den Austritt Scheidemanns am 9. November 1918 Einfluß auf die

Entwickelung der Dinge genommen hat. Ich beziehe mich in dieser Hinsicht auf meine Darlegungen im Münchener Dolchstoßprozeß.

Abg. Graf *zu Eulenburg:* Ich möchte kurz auf das antworten, was hier Prof. Hobohm gesagt hat. Er hat bemängelt, daß ich von den Vertretern der Dolchstoßanklage und den Verteidigern gesprochen habe. Im Grunde genommen kommt die politische Einstellung des Vortragenden wesentlich hier zum Ausdruck. Wenn nun Herr Prof. Hobohm den Wert meiner Ausführungen anzweifelt, weil ich zu einem anderen Ergebnis komme als er selber oder irgendein anderer, so scheint mir dieser Vorwurf nicht berechtigt zu sein. Es hat doch wohl jeder das gute Recht, seine Ansicht zum Ausdruck zu bringen, und diese Ansicht wird nie bei allen die gleiche sein. Ich glaube nicht, daß wir, Herr Prof. Hobohm, wenn wir dieselben Quellen studieren, zu derselben Auffassung kommen werden. Der eine faßt die Sache anders auf als der andere. Der eine sieht in der revolutionären Agitation ein Verbrechen, der andere sagt: das sind nur Auswirkungen von irgendwelchen Strömungen, die niemand zum Vorwurf gemacht werden können.

Dann hat Herr Prof. Hobohm gesagt, daß meine Formulierung am Schluß ohne jede Einschränkung gemacht worden sei. Ich habe ausdrücklich gesagt, daß das meine eigene Auffassung ist, und diese halte ich aufrecht. Ich bin da genau so vorgegangen wie der Referent Dr. Rosenberg, der ebenfalls am Schluß seines Berichts eine Art Zäsur gemacht hat und dann mit einer persönlichen Bemerkung geschlossen hat.

Nun ist noch von Herrn Prof. Hobohm gesagt worden, es sehe so aus, als ob ich den Vorwurf machen wollte, daß alle Sozialdemokraten, die an die Front geeilt wären, nur unter Zwang gehandelt hätten. Davon habe ich gar nicht gesprochen.

(Sachverständiger Dr. *Hobohm:* Das habe ich nicht behauptet! Ich habe gesagt, im Lande würde vielfach so argumentiert, und ich hoffe, daß der Ausschuß eine solche Argumentation nicht gutheiße!) — Ich habe das so verstanden, als ob Sie mir daraus einen Vorwurf machten. Es war im Zusammenhang mit meinen letzten Ausführungen.

(Sachverständiger Dr. *Hobohm:* Sie hatten die Haltung der Sozialdemokratie als aus taktischen Gründen gewählt angesehen!) — Es liegen gewisse Äußerungen vor, daß die Parteileitung aus taktischen Gründen der Gesamtstimmung Rechnung tragen mußte. Das läßt sich, glaube ich, nicht bestreiten. Damals war die allgemeine Begeisterung für den Krieg, und darauf stellte sich die Partei ein, und es wird weiter zu untersuchen sein, in welcher Form das geschehen ist.

Über das, was ich zur Haltung der Mehrheitssozialdemokratie gesagt habe, habe ich mich schon anfangs geäußert. Ich habe ausgeführt, aus welchen Gründen ich zu der Auffassung gekommen bin, an der ich unbedingt festhalte.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:* Ich möchte Ihnen vorschlagen, daß wir die Berichte der Abgeordneten von den Gutachten der Sachverständigen in der Beurteilung trennen. Es hat keinen Zweck, wenn der eine Berichterstatter dem anderen Unwissenschaftlichkeit vorwirft. Es hat niemand erwartet, daß Herr Dittmann oder Herr Graf zu Eulenburg uns ein „Gutachten" mit allen wissenschaftlichen Schikanen bringen. Dagegen setzen wir das als selbstverständlich voraus bei den „Gutachten", die wir von den „Sachverständigen" anfordern. Die Notwendigkeit einer gewissen Einseitigkeit der „Berichte" geht schon daraus hervor, daß wir mit der Bearbeitung derselben Frage verschiedene Abgeordnete gleichzeitig betraut haben: die Herren Dr. Rosenberg, Dr. Bergsträßer und Graf zu Eulenburg. Wir wollten durch die verschiedenen Berichte einmal feststellen, welche Auffassungen über die zu erörternde Frage im Ausschusse vorhanden sind. Dazu kommen als etwas völlig anderes die wissenschaftlich begründeten Gutachten der Sachverständigen, bei denen es sich darum handelt, einwandfrei „Tatsachen" festzustellen. Auf Grund der Gutachten und Berichte hat dann die eigentliche parlamentarische Untersuchung mit Zeugenvernehmungen einzusetzen, und schließlich haben wir als Ausschuß zuletzt zu prüfen: wie weit Tatbestände durch unsere Untersuchung geklärt sind. Es ist der Vorteil der Berichte der Abgeordneten, daß wir durch sie zunächst eine feste Plattform für unsere Verhandlungen bekommen. Ob die Berichte in jeder Hinsicht wissenschaftlich begründet sind, ist für den Gang der Untersuchung eine untergeordnete Frage. Selbstverständlich ist es erwünscht, wenn ein solcher Bericht wissenschaftlich gut unterbaut ist. Der Herr Abgeordnete Dr. Rosenberg als Gelehrter tritt selbstverständlich an die zu untersuchende Frage anders heran als der Herr Abgeordnete Dittmann, der vielleicht zu sehr unter politischen Gesichtspunkten seine Ausführungen gebracht hat. Der Herr Abgeordnete Dr. Rosenberg hat bei seinem Bericht gewissermaßen seine Person gespalten und in seinen Ausführungen einen deutlichen Einschnitt gemacht: zuerst hat er als Gelehrter rein wissenschaftlich gesprochen, hinterher brachte er aber sein persönliches politisches Urteil. Der Bericht Dr. Rosenbergs war die Vorlage, nach der sich Herr Graf zu Eulenburg gerichtet hat. Ich bitte also nochmals, die Anforderungen an die Sachverständigengutachten und an die Berichte der Abgeordneten möglichst scharf zu trennen.

---

In einer geschäftlichen Sitzung am 27. März 1926 wird Reichsarchivrat *Volkmann* neben dem Sachverständigen Dr. *Hobohm* zum Mitgutachter über die Frage der annexionistischen Propaganda bestellt.

---

In den Sitzungen vom 29. und 30. April 1926 beschäftigt sich der Ausschuß mit der durch den Sachverständigen Professor Dr. *Hobohm* veröffentlichten Broschüre „Untersuchungsausschuß und Dolchstoßlegende“ [1]). Nach eingehender Aussprache faßt der Ausschuß einstimmig folgenden Beschluß:

Der 4. Unterausschuß ist der Ansicht, daß Sachverständige Presseveröffentlichungen oder sonstige Publikationen über die Materie, die sie vor dem Untersuchungsausschuß zu behandeln haben, nicht unter Berufung auf ihre Eigenschaft als Sachverständige oder unter Bezugnahme auf Ausschußverhandlungen herausgeben dürfen, bevor sie ihr Referat gehalten und mit dem Ausschuß Fühlung genommen haben.

Der Sachverständige Professor Dr. *Hobohm* gibt dazu die Erklärung ab: „er habe mit seiner Broschüre nicht die Absicht gehabt, gegen den Unterausschuß den Vorwurf mangelnder Objektivität zu erheben“.

Zinngießer *Stumpf* aus Nürnberg, der Verfasser der vom Abg. Joos in der Sitzung vom 9. Februar 1926 verlesenen Tagebuchauszüge wird zum Sondersachverständigen des Ausschusses für die Untersuchung der Marinevorgänge bestellt.

---

In der Sitzung vom 5. Mai 1926 erstattet Abg. Dr. Moses seinen Bericht zu dem Gutachten des Sondersachverständigen Abg. D. Dr. Dr. Bredt „Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg“. (Vgl. Bd. 7, I, S. 1 ff.)

---

In den Sitzungen vom 6., 7., 11., 12., 14. und 15. Mai 1926 findet die Aussprache über das Gutachten des Sondersachverständigen Abg. D. Dr. Dr. Bredt „Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg“ und den von Abg. Dr. Moses dazu erstatteten Bericht statt. Es sprechen als Altparlamentarier die Abgeordneten Graf v. Westarp, Dr. David, Scheidemann, Dr. Bell u. a. (Vgl. Bd. 7, I, S. 74 ff.)

Der Marinesekretär a. D. Alboldt wird in der Sitzung vom 15. Mai 1926 zum Sondersachverständigen für die Marinevorgänge bestellt. (Vgl. Bd. 7, I, S. 273 ff.)

---

In den Sitzungen vom 18., 19. und 20. Mai 1926 erstattet Abg. Brüninghaus seinen Gegenbericht zu dem Bericht des Abg. Dittmann vom 22., 23. und 25. Januar 1926 über die Marinevorgänge 1917. Abg. Dittmann erwidert darauf. (Vgl. Bd. 9, I, S. 235 ff.)

---

[1]) Verlag der „Weltbühne“, Charlottenburg 1926.

In der Sitzung vom 8. Juni 1926 trägt der Sachverständige Dr. Hobohm den ersten Teil seines Gutachtens „Die deutsche annexionistische Propaganda und der deutsche Zusammenbruch 1918“ vor.

---

In der Sitzung vom 9. Juni 1926 erstattet der Sondersachverständige Volkmann sein Gutachten „Das Annexionsproblem im Weltkriege“.

---

In der Sitzung vom 10. Juni 1926 setzt der Sachverständige Dr. Hobohm den Vortrag seines Gutachtens „Die deutsche annexionistische Propaganda und der deutsche Zusammenbruch 1918“ fort.

---

In der Sitzung vom 11. Juni 1926 findet die Fortsetzung der Aussprache über das Gutachten des Sondersachverständigen Abg. D. Dr. Dr. Bredt „Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg“ und den von Abg. Dr. Moses dazu erstatteten Bericht statt. (Vgl. Bd. 7, I, S. 301 ff.)

---

In der Sitzung vom 12. Juni 1926 trägt der Sachverständige Dr. Hobohm den Schluß seines Gutachtens „Die deutsche annexionistische Propaganda und der deutsche Zusammenbruch 1918“ vor.

---

In der Sitzung vom 23. Juni 1926 wird die Aussprache über das Gutachten des Sondersachverständigen Abg. D. Dr. Dr. Bredt „Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg“ und den Bericht des Abg. Dr. Moses dazu fortgesetzt. Als Altparlamentarier spricht Abg. Landsberg. (Vgl. Bd. 7, I, S. 341 ff.)

---

In der Sitzung vom 24. Juni 1926 erstattet Abg. Joos Bericht über die Weiterbehandlung der Marinevorgänge.

Abg. Dr. Philipp wird zum Berichterstatter über die Gutachten der Sachverständigen Dr. Hobohm und Volkmann über den Annexionismus bestellt. (Vgl. Bd. 9, I, S. 449 ff.)

---

In der Sitzung vom 25. Juni 1926 erstatten die Sondersachverständigen Alboldt und Stumpf ihre Gutachten über die Marinevorgänge 1917/18. (Vgl. Bd. 9, I, S. 476 ff.)

---

In den Sitzungen vom 4., 9., 12., 23., 24. November und 4. Dezember 1926 wird die Aussprache über die Marinevorgänge fortgesetzt. Es machen längere Ausführungen der Abg. Dr. Pfleger, der frühere Abgeordnete Oberpräsident Noske und der Sondersachverständige v. Trotha. Abg. Joos gibt einen weiteren Bericht über die Behandlung der Marinevorgänge. (Vgl. Bd. 9, II, S. 1 ff.)

---

In der Sitzung vom 10. Dezember 1926 wird beschlossen, den früheren Reichskanzler Dr. *Michaelis* unter Hinzuziehung der früheren Mitglieder des „Siebener-Ausschusses" über sein Verhalten gegenüber dem Reichstage bei Behandlung der Friedensaktion des Papstes im Jahre 1917 zu vernehmen. (Vgl. Bd. 7, II, S. 2 ff.)

---

In den Sitzungen vom 14., 15., 17., 20., 25. Januar, 8., 22. und 25., Februar 1927 wird außer dem früheren Reichskanzler Dr. Michaelis der Staatssekretär a. D. Dr. *v. Kühlmann* über das Verhalten der Regierung gegenüber dem Reichstag bei Behandlung der Friedensaktion des Papstes im Jahre 1917, desgleichen der Schriftsteller Adolf *Stein* über die Herkunft einer vom „Deutschen Pressedienst" verbreiteten Notiz „Erzberger 1917" vernommen. (Vgl. Bd. 7, II, S. 7 ff.)

In der Sitzung vom 22. Februar 1926 wird beschlossen, den früheren Oberheizer *Sachse* über die Marinevorgänge 1917 zu vernehmen. (Vgl. Bd. 9, II, S. 214 ff.)

---

In der Sitzung vom 11. März 1927 findet die Vernehmung des früheren Oberheizers Sachse über die Marinevorgänge 1917 statt. (Vgl. Bd. 9, II, S. 219 ff.)

---

In der Sitzung vom 18. März 1927 wird die Aussprache über das Gutachten des Sondersachverständigen Abg. D. Dr. Dr. Bredt „Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg" und die dazu erfolgten Vernehmungen fortgesetzt. (Vgl. Bd. 7, II, S. 260 ff.)

Es wird beschlossen, die früheren Marineangehörigen *Beckers* und *Weber* über die Marinevorgänge 1917 zu vernehmen. (Vgl. Bd. 9, II, S. 253 ff.)

---

In den Sitzungen vom 22., 23., 25., 29. März, 7. und 9. April 1927 werden außer den Marineangehörigen Beckers und Weber der Untersuchungsrichter bei den Marinevorgängen 1917 Land-

gerichtsrat Dr. *Dobring,* sowie die früheren Marineangehörigen *Sachse, Geisteuer, Schneider* und *Steilemann* vernommen. (Vgl. Bd. 9, II, S. 255 ff.)

---

In den Sitzungen vom 6., 7., 12., 14., und 18. März 1927 findet die Schlußaussprache über das Gutachten des Sondersachverständigen Abg. D. Dr. Dr. Bredt „Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg", sowie die erste und zweite Beratung einer Entschließung: „Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg" statt. (Vgl. Bd. 7, II, S. 315 ff.)

# Beilagen

## Beilage 1

### *Aussagen des Kapitäns z. S. Gladisch*[1])

Bericht über das zwischen dem ehemaligen Reichskanzler Prinz Max von Baden und mir im Beisein des damaligen Staatssekretärs des Reichsmarineamtes, Admiral Ritter v. Mann Edler von Tiechler, geführte Gespräch, betreffend die Ende Oktober 1918 auf der Hochseeflotte aufgetretenen Meutereien.

#### *I. Vorgänge in Wilhelmshaven*

Ich schicke kurz voraus, mit welchen Eindrücken ich das Flottenflaggschiff S. M. S. „Baden" in Wilhelmshaven verließ und welchen Auftrag ich hatte. Die Vorgänge, wie sie sich im einzelnen Ende Oktober 1918 auf Schiffen der Hochseeflotte abgespielt haben, setze ich als bekannt voraus.

Am 29. Oktober 1918 wurde die Hochseeflotte auf der Reede von Schillig versammelt. Wie in früheren Fällen bei Versammlung der Hochseestreitkräfte auf den Außenreeden war Offizieren und Besatzungen nicht bekannt, ob es sich um Vorbereitung einer Unternehmung gegen den Feind oder um Vorbereitung einer gemeinsamen Übung handelte. Auch mir als 2. Admiralstabsoffizier des Flottenstabes war der Zweck des Auslaufens der Schiffe nicht bekannt, da weder Operationen noch Fahrübungen unmittelbar in mein Arbeitsgebiet fielen und die Geheimhaltung so streng wie möglich gehandhabt wurde. Der vom Flottenchef ausgegebene Grund beabsichtigter Übungen war für keinen Beteiligten ein Anlaß, eine Feindunternehmung nicht für wahrscheinlich zu halten, da derartige Scheingründe häufig ausgegeben wurden und durch die Lage geboten waren.

Am Abend des 29. Oktober versammelte der Flottenchef die Admirale, Kommandanten und Unterführer auf S. M. S. „Baden" und gab seine Absichten für eine mit der Flotte geplante Unternehmung in der üblichen knappen, militärischen Form bekannt. An dieser

[1]) Eingegangen beim 4. Unterausschuß am 29. August 1926. Herr Gladisch war aufgefordert, den Hergang bei seinem am 1. November 1918 beim Reichskanzler Prinz Max v. Baden erstatteten Bericht dem Ausschuß zu schildern. Eine an den Prinzen Max v. Baden ergangene Anfrage in demselben Sinne ist bislang nicht beantwortet worden. Vgl. jedoch den Auszug aus den Denkwürdigkeiten des Prinzen Max v. Baden o. S. 117.

Sitzung, die sich von anderen bei ähnlichen Gelegenheiten nicht wesentlich unterschied, nahm ich teil. Es ist mir nicht mehr erinnerlich, ob in dieser Sitzung schon bekannt war, daß auf einigen Panzerkreuzern beim Auslaufen am 29. Oktober Unregelmäßigkeiten durch unerlaubte Entfernungen von Besatzungsteilen vorgekommen waren, ich glaube dies verneinen zu können. Da das Auslaufen für den nächsten Morgen zu ziemlich früher Stunde festgesetzt war, legte ich mich früh schlafen und erfuhr erst am nächsten Morgen von den in der Nacht vom 29. zum 30. Oktober auf einer Reihe von Schiffen stattgehabten Unbotmäßigkeiten. Am 30. Oktober blieben die Verbände auf Schillig-Reede liegen, es fanden mehrere Sitzungen beim Flottenchef statt, in denen Verbandschefs und Kommandanten über die Vorkommnisse auf einzelnen Schiffen berichteten. Das Bild über die Haltung der Besatzungen war sehr unerfreulich, wenn auch noch unklar. Im Laufe des 31. Oktober wurde der Entschluß zur Aufgabe der geplanten Unternehmung, wie auch eines statt dessen zeitweilig in Betracht gezogenen Evolutionierens gefaßt und die Verbände planmäßig detachiert. Soweit ich mich erinnere, wurde das 1. Geschwader zum Vorpostendienst befohlen, während das 3. Geschwader nach Kiel ging. Bei dem auf Vorposten bleibenden 1. Geschwader kam es weiterhin auf den Linienschiffen „Thüringen" und „Helgoland" zu besonders schweren Ausschreitungen, indem die Mannschaften das Ankerlichten zu verhindern suchten.

Das Flottenflaggschiff S. M. S. „Baden" lief nach Wilhelmshaven ein. Im Laufe des Spätnachmittags am 31. Oktober traf beim Flottenkommando die Nachricht ein, daß es auf einem der beiden Linienschiffe des 1. Geschwaders („Helgoland" oder „Thüringen") gelungen war, den Widerstand der Mannschaft zu brechen und einen Teil der Aufrührer festzunehmen. Die Lage auf dem andern Schiff war noch nicht klar erkennbar.

In dieser Lage etwa erhielt ich den Befehl, noch am gleichen Abend nach Berlin zu fahren und dem Staatssekretär des Reichsmarineamtes Meldung von den Vorgängen zu machen.

### *II. Vortrag beim Staatssekretär des Reichsmarineamtes*

Am Vormittag des nächsten Tages, 1. November, wurde ich im Reichsmarineamt mit der Nachricht empfangen, daß ich vor meinem Vortrag einen telephonischen Anruf des Stabschefs der Hochseeflotte, Admirals von Trotha, abwarten solle. Dieser Anruf erfolgte bald: Admiral von Trotha teilte mir telephonisch mit, daß es ohne Blutvergießen gelungen sei, den Widerstand auf dem zweiten Schiff des 1. Geschwaders zu brechen und daß erhebliche Teile der Besatzung dieses Schiffes festgenommen seien. Im übrigen sei die Lage nicht wesentlich verändert. Es bestände die Hoffnung, daß die Stimmung

der Besatzungen sich infolge Aufgabe der Feindunternehmung und infolge der angeordneten Aufnahme des planmäßigen Dienstes be ruhige.

Ich wurde nunmehr umgehend vom Staatssekretär Admiral Ritter v. Mann empfangen und trug die Vorgänge auf der Flotte während der letzten Tage vor. Während ich die geplante Unternehmung nur kurz erwähnte, schilderte ich die vorgekommenen Unbotmäßigkeiten im einzelnen, so daß kein Zweifel an der Schwere der Vorfälle eintrat. Schon die Notwendigkeit des Abbruchs einer eingeleiteten Operation auf Grund von Meutereien sowie die Verhaftung großer Teile von Schiffsbesatzungen machten starken Eindruck auf den Staatssekretär. Über Ursache und Entstehung der Meuterei konnte ich naturgemäß bei dem kurzen zeitlichen Abstand zwischen den Vorgängen und meiner Abreise keine bestimmte Ansicht des Flottenchefs übermitteln: es blieb zunächst offen, ob es sich um einen aus politischen Gründen erfolgten Aufstand oder um eine Gehorsamsverweigerung aus Feigheit oder um eine Kombination aus beiden Motiven handelte. Ich gab der Ansicht Ausdruck, daß wahrscheinlich letzteres der Fall ist. Auch habe ich es als möglich hingestellt, daß bei Fortfall des Feigheitsmotivs, das zurzeit nach Art einer Hypnose die durch die bevorstehende Waffenstillstandsmöglichkeit geistig in Verwirrung gebrachte Mannschaft zu beherrschen schien, der gesunde Sinn der Besatzungen wieder die Oberhand gewinnen und es dem Flottenchef gelingen würde, die aufsässigen Mannschaften wieder in die Hand zu bekommen. Bei dieser Möglichkeit setzte ich damals voraus, daß politische Verhetzungen nur eine untergeordnete Rolle spielten.

### *III. Vortrag beim Reichskanzler Prinzen Max v. Baden*

Der Staatssekretär des Reichsmarineamtes, Admiral Ritter v. Mann, hielt die Vorgänge bei der Hochseeflotte naturgemäß für so schwerwiegend, daß er telephonisch einen dringlichen Vortrag beim Reichskanzler nachsuchte, der sofort gewährt wurde.

Admiral v. Mann und ich wurden noch am Vormittag des 1. November vom Reichskanzler gemeinsam empfangen. Prinz Max v. Baden hatte eine Grippeerkrankung hinter sich und machte auf mich einen noch kranken, sehr müden, in Anbetracht der ihm vorgetragenen schwerwiegenden Ereignisse einen auffallend ruhigen Eindruck. Ich erhielt den Auftrag, das dem Staatssekretär bereits Vorgetragene dem Reichskanzler gegenüber zu wiederholen. Ich tat dies, indem ich einleitend den geplanten Vorstoß erwähnte und im kurzen Umriß beschrieb. Ich konnte hierbei nicht feststellen, wieweit der Reichskanzler hierüber bereits informiert war, da er das von mir Vorgetragene ohne wesentliche Zwischenfragen und ohne erkennbare Teilnahme in ruhiger Haltung hinnahm. (Betreffs Schilderung der Meutereien und ihre

voraussichtliche Entstehung verweise ich auf meine Ausführung unter II.)

Zum Schluß gab der Reichskanzler, der mir während des ganzen Vortrages, bei Empfang und Abschied sehr liebenswürdig entgegentrat, der Hoffnung Ausdruck, daß es dem Flottenchef gelingen möge, die gelockerte Mannszucht wiederherzustellen.

*IV. Bei meiner Rückkehr nach Wilhelmshaven habe ich dem Stabschef der Hochseeflotte, Admiral v. Trotha, von dem Verlauf meiner Reise Meldung gemacht.* Auf weitere Einzelheiten weiß ich mich in Anbetracht der Länge der Zeit und der Fülle inzwischen eingetretener Ereignisse nicht mehr zu erinnern. Auch halte ich es für möglich, daß ich mich in bezug auf die angegebenen Daten irre.

## Beilage 2

*Äußerung des Sachverständigen Dr. Herz vom 12. April 1927*[1])

Bei der Besprechung des Berichtes des Abgeordneten Grafen zu Eulenburg ist der von ihm angezogene Fall des Rittmeisters a. D. v. Tepper-Laski unerledigt geblieben, da mir das Material seinerzeit nicht zugänglich gewesen ist. Feststellen konnte ich lediglich, daß das Schreiben Tepper-Laskis nicht in einem Spartakusbrief von 1915 veröffentlicht worden sein kann, da die ersten Spartakusbriefe im Januar 1916 erschienen sind.

Die Prüfung der Angelegenheit ergibt folgendes Bild: Anfang April 1915 fand im Haag eine Konferenz statt, in der ein Mindestprogramm für einen dauernden Frieden aufgestellt und die Zentralorganisation für einen dauernden Frieden gegründet wurde. Vertreten auf dieser Konferenz waren von den Neutralen: Holland, die Schweiz und die drei skandinavischen Staaten; von den kriegführenden Ländern: Belgien, Österreich-Ungarn, England und Deutschland. Für England war der Prof. Lowes Dickinson erschienen, für Deutschland die Professoren Schücking und Quidde, Dr. Lehmannn-Rüßbüldt und der erwähnte Herr v. Tepper-Laski. Den Vorsitz führte der Generalsekretär im holländischen Justizministerium, der spätere Führer der holländischen liberalen Partei, der kürzlich verstorbene Dresselhuys.

Der Zweck der Konferenz war keineswegs, irgendwelche Friedensvermittlungen in die Wege zu leiten. Sie wollte lediglich nach Wegen suchen, um spätere Kriege unmöglich zu machen oder wenigstens zu erschweren. Außerhalb des Programms wandte sich Dresselhuys an Schücking und Tepper-Laski, um mit ihnen über die Aussichten einer von ihm geplanten Friedensvermittlung zu sprechen; denselben Schritt tat er gegenüber Dickinson. Dresselhuys teilte den Deutschen dabei mit, nach Mitteilung seines nach England gesandten Vertrauensmannes würde eine Friedensvermittlung dort günstige Aufnahme finden, falls Deutschland eine Erklärung über die völlige Wiederherstellung Belgiens abgeben würde. England sei voraussichtlich bereit, dafür Kompensationen auf kolonialem Gebiete zuzugestehen.

Die Deutschen wünschten außer mit dem Prof. Dickinson noch mit einem angesehenen Parlamentarier zu verhandeln. Auf ein Telegramm

[1]) Vgl. o. S. 307.

erschien sofort der auch dem Kaiser bekannte J. Allan Boker M. P., Vorsitzender der britischen Gruppe der Weltallianz der Kirchen für internationale Freundschaft. Beide Herren erklärten, daß sie mit der englischen Regierung ähnlich in Fühlung ständen wie die deutschen Herren mit der ihrigen. Schücking verfaßte darauf eine Denkschrift und ließ sie durch Vermittlung des früheren Botschafters v. Stumm an das Auswärtige Amt gelangen.

Es ist nicht Aufgabe dieses Untersuchungsausschusses, zu untersuchen, ob damals Friedensmöglichkeiten bestanden. Wichtig ist jedoch für ihn, daß am 25. April 1915 die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" eine offiziöse Ablehnung von Friedensgerüchten brachte. Wir müssen, so hieß es schroff, jeden Vorteil der militärischen Lage benutzen, um Sicherheiten zu schaffen, daß keiner mehr unseren Frieden zu stören wagen werde. Der Grund dieses Enterfilets ist mir nicht bekanntgeworden. Am 15. Juni 1915 kam als Antwort auf einen Artikel der „Berner Tagwacht", zu der Gerüchte über die erwähnten Besprechungen durchgesickert waren, ein neues Dementi der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung". Herr v. Tepper-Laski richtete darauf ein nicht zum Abdruck bestimmtes Schreiben an die Redaktion dieser Zeitung, in dem er die Vorgänge im Haag schilderte. Er übermittelte es zugleich streng vertraulich dem Reichskanzler und den Mitgliedern des Hauptausschusses. Es blieb trotz aller Vorsicht ähnlich wie die Schrift des Fürsten Lichnowsky nicht auf den Kreis der Adressaten beschränkt und kam genau wie die vielbesprochene Denkschrift Dietrich Schäfers vom 20. Juli 1915 auf irgendwelchen Umwegen in die Hände der „Berner Tagwacht".

Das Schreiben und die Vorgänge im Haag haben dann in den Auseinandersetzungen zwischen rechtem und linkem Flügel der Sozialdemokratie eine entscheidende Rolle gespielt. Die Polemik erreichte ihren Höhepunkt in der Nummer vom „Vorwärts" vom 5. April 1916, in der Scheidemann und Haase ihre abweichenden Auffassungen betonten.

Ob das Schreiben später dann in einem Spartakusbrief wörtlich abgedruckt worden ist, habe ich nicht feststellen können. Eine vollständige Sammlung der Spartakusbriefe scheint nicht zu existieren. Herr Lehmann-Rüßbüldt hat mir jedoch mitgeteilt, daß seiner Erinnerung nach gelegentlich in Spartakusbriefen auf die Verhandlungen im Haag Bezug genommen sei.

# Register

v. Abeken, Kapitän z. S. S. 107.
Albert I., König der Belgier. S. 151.
Alter, s. „Junius Alter".
„Antinauticus", „Deutschlands revolutionäre Matrosen", s. Sachse.
Artelt und Popp, Mitglieder des Kieler Soldatenrates: „Ursprung und Entwicklung der November-Revolution 1918". S. 285. 307.
Asquith, Lord, englischer Ministerpräsident von 1908—1916, Führer der liberalen Partei, als Oppositionsführer für Verständigungsfrieden. S. 157. 158.

Babeuf, französischer Sozialist, 1797 hingerichtet. S. 125.
Ballin, Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie: „Die englische Flotte darf nicht angegriffen werden." S. 40.
Barmat, Kriegsgewinnler. S. 313.
Barth, Emil, Volksbeauftragter, rühmte sich, er habe die deutsche Revolution gemacht. S. 11. 30. 35. 60. 91. 275. 281. 322.
— „Aus der Werkstatt der deutschen Revolution", keine zuverlässige Quelle (Moses). S. 317.
— „Der Hofnarr der Revolution" (Rosenberg). S. 110.
v. Batocki, Dr., Präsident des Kriegsernährungsamts bis 5. August 1917. S. 127.
Bauer, Oberst, Chef der Abteilung IIb der Operationsabteilung des Chefs des Generalstabes des Feldheeres: „Der große Krieg in Feld und Heimat." S. 21.
— Vertrauter Ludendorffs. S. 160.
Bauer, Gustav, M. d. R. (Sozialdemokrat), Staatssekretär des Reichsarbeitsamts (3. Oktober 1918). S. 284. 289.
Beauchamps, französischer Fliegerhauptmann, warf Bomben über München ab. S. 264.
Bebel, Führer der deutschen Sozialdemokratie: „Ein deutsches Sedan ist uns willkommen." S. 276. 277.
Beckmann, Ewald, Schriftsteller in München: „Dolchstoßprozeß" 1925. S. 140 ff. 302.
Behncke, Admiral, stellvertretender Chef des Admiralstabes in Berlin. S. 37. 40.
v. Below, General d. Inf., Oberbefehlshaber der 17. Armee. S. 241.
Benedikt XV., Papst: Friedensvermittlung 1917. S. 157.
Beninde, Dr., Vortragender Rat beim Volkswohlfahrtsministerium: Berichte über den Gesundheitszustand des Volkes 1917. S. 193.
Berger, Richard: „Die deutsche Sozialdemokratie im dritten Kriegsjahr." S. 283. 297. 307.
Bergsträßer, Dr., M. d. R. (Demokrat), Mitglied des 4. Unterausschusses, Mitberichterstatter über die Dolchstoßfrage. S. 62. 67; Bericht S. 123 ff. 142. 143. 145. 146. 154. 155. 167. 172. 174. 176, 185, 186. 190. 233. 236. 250. 261. 262. 264. 275. 282. Zum Bericht Eulenburg S. 296 ff. 305. 313. 320. 322. 326. 328. 331. 333.
— „Abwehr"-Akten. S. 124. 125. 140. 141. 302.
— Agitation des Feindes. S. 71. 302; aus der Heimat. S. 72. 73. 137. 302; der Russen. S. 71. 137. 138.
— „Arbeiterpolitik", radikale Zeitschrift. S. 124.
— Aussprache über seinen Bericht. S. 142—264.
— Belgische Frage entscheidend für Frieden. S. 250.

Bergsträßer, Dr. (Fortsetzung):
— Berichte der Militärstellen wertlos als Quellen. S. 72.
— Bolschewistische Arbeiter nach Deutschland überführt. S. 108.
— Briefe und Tagebücher als Erkenntnisquellen. S. 70. 129. 143. 146. 154. 155. 176. 304.
— „Bund der Kaisertreuen", Kriegsverlängerer. S. 128.
— Champagneschlacht 1918. S. 134.
— „Denkschrift zur Prüfung der Dolchstoßfrage." S. 70—74.
— „Dolchstoß", Begriffsbestimmung. S. 70. 123.
— Dolchstoßheft der „Süddeutschen Monatshefte". S. 73. 124. 139.
— Eberts Haltung. S. 296. 301.
— Ehrbegriff bei Offizier und Volk verschieden. S. 136.
— Ersatz des Heeres 1918 noch gut. S. 303. 326.
— Friedenssehnsucht der Bauern, insbesondere in Bayern. S. 125 ff. 261 ff. 282. 301; — der Arbeiterschaft. S. 129; — des Feldheeres. S. 130 ff. 143. 154.
— Hilfsdienstgesetz als Grund der Unzufriedenheit. S. 138.
— Hochverratsprozesse. S. 74.
— KPD s. Scheidung.
— Linksradikale s. Scheidung.
— Marinedenkschrift. S. 67. 124.
— Marinemeuterei 1917. S. 73.
— Marinerevolte 1918. S. 74. 137.
— Marneschlacht 1918. S. 134.
— Märzoffensive 1918. S. 133.
— Methode der Untersuchung. S. 72. 139. 141. 186.
— Offizierkorps während des Krieges. S. 129. 131. 133. 134. 136. 143 ff. 172.
— Propaganda s. Agitation.
— Scheidung der sozialistischen Parteien in SPD, USP, Linksradikale, Kommunisten und ihre verschiedenartige Stellung u. Agitation. S. 71. 123 ff. 137. 141. 275. 296.
— Stimmung s. Friedenssehnsucht.
— Stimmung der Militärgewalt gegen Parlament. S. 73.
— Streik Januar 1918. S. 74. 300.
— Tagebücher s. Briefe.
— Ultimatum der Sozialdemokratie: Abdankung des Kaisers. S. 297.

Bergsträßer, Dr. (Fortsetzung):
— „Ungerechtigkeit der Welt" — Grunderlebnis des Krieges. S. 138.
— USP s. Scheidung.
— Vaterländischer Unterricht. S. 132.
— Vaterlandspartei. S. 128.
— Vorfruchttheorie (Scheidung der Parteien). S. 125.

Bernstein, M. d. R. (Sozialdemokrat, während des Krieges USPD). Der Spionage beschuldigt. S. 57. 58.

v. Bethmann Hollweg, Reichskanzler von 1907 bis 1917. S. 5. 77. 156. 297.
— Belgien und der Friede. S. 157. 252. 300.
— Kampf um seine Beseitigung. S. 156. 168.
— Seekrieg. S. 36. 40. 228. 229. 269.

Binding, Rudolf G., Dichter, im Kriege Offizier: „Aus dem Kriege", Feldbriefe. S. 130 ff. 135. 143 ff. 145. 202.

Birk, G., Schriftsteller in München: „Der Dolchstoßprozeß. Eine Ehrenrettung des deutschen Volkes." S. 126.

v. Bismarck, Fürst, Deutscher Reichskanzler 1871—1890. S. 85. 122. 125. 312. 330.

Bliss, amerikanischer General, Vertreter Amerikas im Obersten Kriegsrat der Entente: „Die Deutschen konnten noch weiterkämpfen." S. 14. 291.

Bloch, Dr., Sekretär des 4. Unterausschusses des 20. (Untersuchungs-) Ausschusses. S. 140.

Boas, Professor: Volksgesundheit. S. 200.

Boker, J. Allan, Vorsitzender der britischen Gruppe der „Weltallianz der Kirchen für internationale Freundschaft". Haager Konferenz 1915. S. 340.

Borchardt, Julian, Linksradikaler: „Vor und nach dem 1. August 1914." „Verweigerung der Kriegskredite hätte völlige Vernichtung der Sozialdemokratischen Partei nach sich gezogen." S. 277. 298.

Braun, preußischer Ministerpräsident: Beim Januarstreik 1918. S. 287.

Bredt, D. Dr. Dr., Professor, M. d. R. (Wirtschaftliche Vereinigung), Mitglied und Sachverständiger des 4. Unterausschusses, Berichterstatter über die Frage der „Verantwortlichkeit des Reichstages". S. 52. 60. 70. 109.

Breithaupt, Sohn des früheren Generalsekretärs der Nationalliberalen Partei, im Kriege fahnenflüchtig, zeitweise Sozialist. S. 275. 277. 280. 281. 283. 304. 311. 312. 317. 318. 320. 322.

— „Dokument über Paul Levi." S. 280.

— „Volksvergiftung 1914—1918." S. 275 ff.

— Wert seiner Schriften als Erkenntnisquelle bestritten. S. 311 ff.

Brüninghaus, Konteradmiral, M. d. R. (Deutsche Volkspartei), Mitglied des 4. Unterausschusses. S. 62. 68. 103. 117. 147. 149. 266. 272. 305.

— „Amerikas Eintritt in den Krieg ändert nichts an der Gesamtlage." S. 205.

— Barth hat in der Revolution eine lächerliche Rolle gespielt. S. 322.

— Beteiligung der einzelnen sozialistischen Parteien an der Revolution. S. 317.

— Dittmanns Bericht zu den Marinemeutereien kann nur einseitig und muß daher bedenklich sein. S. 63. 65. 68.

— zum Flottenvorstoß 1918. S. 79. 80.

— Hungerblockade s. Nahrungsmittel.

— Kommandogewalt des Kaisers. S. 169.

— Marinedenkschrift kein offizielles Dokument der Reichsmarine. S. 65. 66.

— Nahrungsmittel waren Ende 1918 noch zur Genüge vorhanden, um bis Juli 1919 zu reichen. S. 149. 150. 153. 154.

— Offiziere in Berlin bei Ausbruch der Revolution und Schießverbot. S. 326. 327. 328.

Bührmann, Oberstleutnant, Vertreter des Reichswehrministeriums beim 4. Unterausschuß. Der 9. November in Berlin. S. 325.

Bumm, Dr., Geheimrat, Präsident des Reichsgesundheitsamtes: Volksgesundheit 1918. S. 201.

v. d. Bussche, Freiherr, Major in der Operationsabteilung beim Chef des Generalstabes des Feldheeres: Waffenstillstandsverlangen vom 29. September 1918 vor dem Reichstage. S. 82.

Canaris, Korvettenkapitän, Vertreter der Marineleitung beim 4. Unterausschuß. S. 117. 266.

— Marinedenkschrift. S. 66.

v. Capelle, Staatssekretär des Reichsmarineamts von 1916—1918. Amerikas Eintritt in den Krieg. S. 205.

— Offiziersrationen. S. 214.

— Marinemeuterei 1917. S. 64.

Churchill, englischer Staatssekretär der Marine: „Der Sieg der Alliierten hat bis zum Schluß an einem Fädchen gehangen." S. 78.

Claß, Vorsitzender des Alldeutschen Verbandes. S. 306.

v. Clausewitz, preußischer General, der „Vater der deutschen Kriegskunst", gest. 1831. S. 122.

Clémenceau, französischer Ministerpräsident. S. 114. 149.

Cohen-Reuß, früher M. d. R. (Sozialdemokrat). S. 3. 11. 312.

— Annexionist. S. 237.

— „Wir haben gehetzt!" S. 273. 296.

Cohn, Dr. Oskar, früher M. d. R. (USPD). S. 288. 311.

— Joffes Helfer. S. 14.

— Russisches Geld. S. 281.

v. Conrad, Freiherr von Hoetzendorff, Feldmarschall, von 1906 bis Februar 1917 Chef des k. u. k. Generalstabes für die gesamte bewaffnete Macht, schlug 1916 Offensive in Italien statt Verdunoffensive vor. S. 111.

Coßmann, Professor in München, Kläger im Münchener Dolchstoßprozeß: Parteien. S. 87.

— Bericht über die Prozeßlage. S. 74 ff. (s. Fischer).

Czerny, Geheimrat Dr., Direktor des Kinderkrankenhauses der Charité in Berlin: Zur Hungersnot 1916 und 1917. S. 196.

Däumig, Vollzugsratsmitglied, erstrebte nach dem Januarstreik 1918 besonders rührig die Revolution. S. 275.

David, Dr., M. d. R. (Sozialdemokrat). S. 7. 103.

Deermann, Dr., früher M. d. R. (Bayerische Volkspartei), Mitglied des 4. Unterausschusses. S. 6, 19, 35. 239.

— Reserve-Regiment 39 wirft in Düsseldorf die ganze revolutionäre Regierung über den Haufen. S. 20.

Dehmel, Richard: „Kriegstagebuch zwischen Volk und Menschheit." S. 22. 202.

v. Deimling, General d. Inf., Führer des 15. Reservekorps bis Mai 1917: Zur Judenfrage. S. 25.

Delbrück, Dr., Professor, Geheimrat, Sachverständiger im 4. Unterausschuß. S. 6. 15. 19. 31. 36. 40. 45. 50. 55. 86. 87. 136. 156 ff. 166. 167. 171. 172. 173. 174. 188. 209. 222. 228. 230. 238. 248. 250. 252. 261. 267. 268. 269. 295. 296.

— Abdankung des Kaisers. S. 161.

— Aussprache zum Bericht Rosenberg und Bergsträßer. S. 156 ff.

— Belgien. S. 157. 249. 250. 252.

— Ehrbegriff des Volkes. S. 19. 136. 238. 250.

— Entwicklung der Revolution. S. 156.

— Flottenvorstoß s. Seekrieg.

— Friedensmöglichkeit. S. 50. 87. 165. 157 ff. 249.

— Hungerblockade. S. 248 ff.

— Kommandogewalt des Kaisers. S. 163 ff.

— Kriegsschuld. S. 158.

— Offensive 1914. S. 156.

— Seekrieg. S. 31. 36. 40. 161 ff. 171 ff. 222. 228. 267. 268. 269. 296.

— Waffenstillstandsforderung 1918. S. 160.

— Wilsons 14 Punkte. S. 158.

v. Delbrück, Dr., Clemens, Preußischer Minister, Staatssekretär des Innern bis Mai 1916, seit 9. Oktober 1918 Chef des Zivilkabinetts des Kaisers: Vertrauen, daß Sozialdemokratie den Kriegsdienst nicht verweigert. S. 306.

Dickinson, Lowes, Englischer Professor: auf der Haager Konferenz 1915. S. 339.

Dietz, Otto: „Der Todesgang der deutschen Armee" 1919. S. 22.

Dittmann, M. d. R. (Sozialdemokrat, früher USPD), Mitglied des 4. Unterausschusses. S. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 63. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 77. 82. 88. 103. 112. 136. 137. 145. 147. 148. 149. 151. 153. 162. 163. 166 ff. 170. 171. 172. 180. 186. 188. 224. 228. 230. 232. 236. 237. 239. 245. 246. 248. 249. 253 ff. 266. 269. 272. 284. 289. 295. 301. 305. 309. 311 ff. 321. 333.

— Agitationsmaterial und Instruktionen 1917 den meuternden Matrosen zugeleitet. S. 77. 103.

— Aussprache zum Bericht Eulenburg. S. 311 ff.

— Bedenken gegen seine Berichterstattung. S. 63. 65. 69.

— Lebensmittelnot und Stimmung. S. 58. 61. 88.

— Marinedenkschrift. S. 55. 57. 59. 63. 67. 69.

— Revolutionäres Losschlagen von ihm verworfen. S. 305.

— Sachse und dessen Schriften (keine Quellen für die Geschichtsforschung). S. 253 ff. 314 ff.

Dobring, Dr., Landgerichtsrat, während des Krieges Marinekriegsgerichtsrat beim Feldkriegsgericht des IV. Geschwaders.

— Untersuchungsführer beim Gericht des Aufklärungsschiffes S. M. S. „Seydlitz" in Sachen der Marinemeutereien 1917. S. 254 ff. (s. Sachse).

— Zeuge im Münchener Dolchstoßprozeß. S. 67. 68. 77 (s. Fischer).

— Will als Zeuge vor dem Untersuchungsausschuß erscheinen. S. 266.

Dresselhuys, Generalsekretär im holländischen Justizministerium, Führer der holländischen liberalen Partei: Friedensfühler 1915. S. 339.

v. Dryander, Dr., Oberhofprediger. S. 161.

Ebert, Friedrich, früher M. d. R. (Führer der Mehrheitssozialdemokratie). S. 5. 64. 82. 296. 297. 301.

Ebert (Fortsetzung):
— Bündnis mit Groener Nov. 1918. S. 85. 116.
— Fluchtgedanken Weihnachten 1918, „schicken Sie Offiziere, sonst sind wir verloren!“ S. 273. 305.
— Führer der Revolution. S. 289.
— „Die Initiative zur Revolution ist von der SPD ausgegangen.“ S. 296.
— Klassenkampf sollte wegen der Einmütigkeit des Volkes während des Krieges nicht gepredigt werden. S. 286.
— Kriegskreditbewilligung eine Frage der Taktik. S. 283.
— Streik im Januar 1918. S. 301. 308.

Eckart, Dietrich, Münchener Antisemit. S. 25.

Eichhorn, früher M. d. R. (Kommunist), Mitglied des 4. Unterausschusses, im November 1918 Polizeipräsident von Berlin. Mitglied des 4. Unterausschusses. Berichterstatter über die Dolchstoßfrage, gestorben am 26. Juli 1925, an seine Stelle trat Dr. Rosenberg. S. 54. 56. 57. 59. 60. 62.

v. Einem, Generaloberst, Führer der 3. Armee: Deutschland konnte noch kämpfen. S. 14.

Eisner, Dr., Kurt: Beschluß zur Revolution. S. 13.
— Spartakuskonferenz am 7. Januar 1917. S. 283.

Eltgen, Dr., stellte 1919 das der Marinedenkschrift zugrunde liegende Material zusammen. S. 59.

Engels, Sozialist, forderte 1848 einen deutsch - russischen Krieg. S. 95.

Erzberger, früher M. d. R. (Zentrum), Staatssekretär ohne Portefeuille, Leiter der Zentrale für Heimatdienst. S. 164. 166. 309.

Escherich, Dr., Forstrat: Unzufriedenheit in Bayern 1918. S. 295.

zu Eulenburg, Botho, Graf, M. d. R. (Deutschnationale Volkspartei), Mitglied des 4. Unterausschusses, Mitberichterstatter über die Dolchstoßfrage. S. 62. 229 ff. 265. 269 ff. 292. 296—313. 317. 319. 320. 321. 322. 328. 329. 330—333. 339.

zu Eulenburg (Fortsetzung):
— Annahme der Formel der Arbeiter- und Soldatenräte seitens der SPD nach russischem Muster bereits am 19. April 1917. S. 284.
— Antinauticus. S. 273.
— Ausbruch der Revolution und Haltung der SPD. S. 289 ff.
— Bericht über die Dolchstoßfrage. S. 269 ff.
— „Berliner Tageblatt“ vom 17. Dezember 1918: Entschluß zur Revolution bestand seit 1916 und verstärkte sich nach dem Januarstreik 1918. S. 275.
— Cohn am 22. Februar 1918 im Reichstag: „Die Revolution wird Deutschland erreichen.“ S. 288.
— „Demonstrationsstreik“, Flugblatt der „Sozialistischen Jugendbewegung Deutschlands“. S. 281.
— „Dolchstoß“ - Begriffsbestimmung. S. 269.
— Ebert über die „Sonderlinge“ der Opposition. S. 283.
— Ernährungsfrage. S. 282 ff.
— Flugblätter der USPD an der Front. S. 280.
— Freiwilligenverbände als Schutz gegen den Bolschewismus und des Kabinetts Ebert - Scheidemann. S. 273. 274.
— Hoffmann am 25. Januar 1918 im Landtag. S. 287.
— Januarstreik 1918. S. 288.
— Jugendkonferenz vom 23. April 1916.
— Konferenzen der sozialistischen Parteien vom 6., 7. und 18. Januar 1917 hinsichtlich der Frage des organisatorischen Zusammengehens. S. 283.
— Kriegskredite. S. 286. 297.
— Liebknechtdemonstration am 1. Mai 1916. S. 281.
— Marinemeuterei und Marinerevolution durch Agitation der USPD und der Linksradikalen hervorgerufen. S. 272. 285 ff.
— Mißtrauen der Gewerkschaften gegen die Parteipolitik. S. 279.
— Pazifistische Agitation. S. 278 ff.
— Pressestimmen zur sozialistischen Bewegung:
„Bergarbeiter-Zeitung“. S. 276.

zu Eulenburg (Fortsetzung):
„Chemnitzer Volksstimme". S. 276.
„Correspondenzblatt der Generalkommission". S. 276.
„Glocke". S. 287.
„Grundstein". S. 279.
„Leipziger Volkszeitung". S. 276.
„Mehrheitssozialistische Internationale Korrespondenz". S. 287.
— Propagandamaterial aus Rußland. S. 281.
— Zur Quellenkritik. S. 319 ff.
— Scheidung der sozialistischen Parteien in drei Richtungen (SPD, USPD, Linksradikale) ist nicht wesentlich für die Frage der revolutionären Agitation, alle drei haben die Revolution herbeigeführt (a. A. Rosenberg). S. 270 ff.
— Schluß des Berichts: Die revolutionäre Agitation hat den Umsturz herbeigeführt. S. 291.
— Stimmung in Bayern. S. 282.
— „USPD": ihre Gründung S. 283 und Haltung zur SPD S. 284.
— „Vorwärts" vom 29. November 1918: Die Initiative zur Revolution ist von der SPD ausgegangen. S. 275.
— Wirkung der revolutionären Agitation. S. 290 ff.
— Würzburger Parteitag 1917. S. 286.
zu Eulenburg, August, Graf, Minister des Königlichen Hauses. S. 161.

v. Falkenhayn, Generaloberst, Kriegsminister, Chef des Generalstabes des Feldheeres vom September 1914 bis 1916, später Führer einer Armeegruppe. S. 144.
Fechenbach, Sekretär Eisners: Revolutionäre Propaganda. S. 12. 13.
Fehrenbach, früher M. d. R. (Zentrum), Reichstagspräsident. S. 77.
Fikentscher: „Die Wahrheit über den Zusammenbruch der Marine." S. 287.
Fischer, Max, Erster Offizier auf S. M. S. „Derfflinger". S. 213.
Fischer, Dr., Generalsekretär des Parlam. Untersuchungsausschusses, Sachverständiger im Münchener „Dolchstoß"-Prozeß.

Fischer, Dr. (Fortsetzung):
— Bericht über den Prozeß. S. 74 ff.
— Dobrings Aussage: Die USPD, auch Dittmann leitete den Marinemeuterern Material und Instruktionen zu. S 77.
— Flottenvorstoß Ende Oktober 1918: es bestand die Absicht, eine Seeschlacht zu schlagen. S. 77. 80.
— Friedensmöglichkeiten. S. 87.
— Geist der Flotte 1917 noch gut. S. 79.
— Groeners Aussage S. 83 ff.: Bündnis mit Ebert. S. 85. Kaiserfrage. S. 85. Preußische Wahlrechtsfrage. S. 84. Unterredung mit Haase 1. Mai 1917. S. 83.
— Hildebrands Aussage. S. 81.
— Jochims Gutachten. S. 86 ff.
— Kriegslage am 29. September 1918 für Deutschland durchaus günstig. S. 87.
— Kuttners Aussage. S. 79 ff.
— Marinemeuterei. S. 75 ff.
— Prozeßlage. S. 87 ff, Parteien S. 87; entscheidende Punkte: 1. Konnte man vom November 1918 an durch Ablehnung der Waffenstillstandsbedingungen und Fortsetzung des Kampfes politisch etwas gewinnen? S. 88 ff.; 2. Ist in Deutschland das allmähliche Nachlassen des Willens zum weiteren Kampfe hervorgerufen worden durch künstliche Agitation der USPD, die zur Macht kommen wollte? S. 88.
— v. Röders Aussage. S. 75.
— Sachverständige. S. 86 ff.
— SPD-Zeugen: Die SPD hat unentwegt am Standpunkt der Landesverteidigung festgehalten. S. 81.
— Trothas Aussage. S. 75. 79.
— Trotha und Brüninghaus nach Ausbruch der Revolution beim „Vorwärts". S. 79 ff.
— USPD-Zeugen: selbst Ledebour war ein „glühender Patriot". S. 82.
— Vertrauensverhältnis zwischen Offizieren und Mannschaft bestand bei der Marine bis zum Schluß ungetrübt, die USPD hat den bösen Geist hineingetragen. S. 76.
— Zeugengruppen. S. 75.
Foch, Marschall, Generalissimus der französischen Armee, Oberbefehls-

haber der alliierten Truppen seit März 1918. S. 149. 150. 151. 175.
Foerster, Wolfgang, Oberstleutnant a. D., Oberarchivrat am Reichsarchiv, Artikel in der „Kreuzzeitung" zu Ludwigs Buch über Wilhelm II. S. 311.
Foerster, Professor, Pazifist. S. 306.
— „Friedens-Werke". S. 279.
Frasunkiewicz, Deserteur, bei der Marinerevolution in Cuxhaven. S. 185.
Freund, Dr., Rabbiner, zur Judenfrage. S. 25.
v. Freytagh-Loringhoven, Freiherr, General der Infanterie, Generalquartiermeister, Chef des stellv. Generalstabes des Feldheeres, Militärschriftsteller: „Menschen und Dinge, wie ich sie in meinem Leben sah." S. 5.
Frölich, Paul, Mitglied der linksradikalen Bewegung: „10 Jahre Krieg und Bürgerkrieg" 1924. S. 94. 105. 124.
Fuchs, Professor, bekannt durch seinen Prozeß vor dem Münchener Volksgericht vom 4. Juni 1923. S. 307.

v. Gallwitz, General der Artillerie, Oberbefehlshaber der Heeresgruppe v. Gallwitz. S. 14. 238. 241.
Gandorfer: früher M. d. Bayer. L., Kritik der Kriegswirtschaft. S. 128.
Geßler, Dr., Reichswehrminister. S. 189.
Geyer, M. d. R. (USPD). S. 103.
Gladisch, Kapitän z. S.: Berichte vom 1. November 1918 über die Marinemeuterei an den Reichskanzler und an das Reichsmarineamt. S. 335 ff.
— Friedensfühler anläßlich der Haager Konferenz 1915. S. 339.
Göhre, Pastor a. D., früher M. d. R. (Sozialdemokrat), Beigeordneter zum Preußischen Kriegsministerium am 9. November 1918; im Kriege Offizier. S. 43.
Gothein, Dr.-Ing., M. d. R. (Fortschrittliche Volkspartei): „Warum verloren wir den Krieg?" S. 22.
Goetz, Walter, Dr., Professor, M. d. R. (Demokrat): zur Dolchstoß-„legende". S. 9.
Graef (Thüringen), M. d. R. (Deutschnationale Volkspartei): Munitionsarbeiterstreik. S. 308.
v. Graefe (Mecklenburg), M. d. R. (früher Deutschnationale Volkspartei, jetzt völkisch). S. 313. 314.
Grelling: „J'accuse" vom Feind als Agitationsmittel nach Deutschland gebracht. S. 81.
Groener, Generalleutnant, seit dem 28. Oktober 1918 Generalquartiermeister beim Chef des Generalstabes des Feldheeres.
— Antwerpen—Maaslinie ohne Zustimmung des Reichskanzlers bezogen. S. 88. 163. 166.
— Aussage im Dolchstoßprozeß. S. 83 ff. 305.
— Bündnis mit Ebert. S. 85. 116.
— Vor dem Ehrengericht. S. 39.
— Mit Haase den Munitionsarbeiterstreik 1917 unterbunden. S. 82. 83.
— Hundsfotterlaß vom 26. April 1917. S. 83. 284. 307.
— Kaiserfrage. S. 85.
— Chef des Kriegsamtes. S. 84.
— Preußische Wahlrechtsfrage. S. 84.
— Weihnachtskämpfe 1918. S. 236.
— Weiterkämpfen war vor dem 9. November 1918 noch möglich. S. 291.
Gruber, Redakteur der „Münchener Post", Beklagter im Dolchstoßprozeß. S. 75. 87. 126. (s. Fischer.)
Grumbach, Sozialdemokratischer Journalist (Elsässer), nahm im Kriege Aufenthalt in Frankreich, veröffentlichte 1917 in der Schweiz „Das annexionistische Deutschland". S. 168.

Haas, Mitglied der USPD, Führer des Seemanns-Bundes: „Wir haben schon von Anfang 1915 systematisch für die Revolution der Flotte gearbeitet." S. 275.
Haase, früher M. d. R. (Führer der USPD). S. 51. 82. 280. 284. 305.
— Ebert über Haase. S. 64.
— Konferenz der Vertrauensleute aller Richtungen der Opposition am 7. Januar 1917. S. 17.
— Kriegskredite. S. 102. 103.

Haase (Fortsetzung):
— Liebknecht. S. 101.
— Marinemeuterei 1917 veranlaßt. S. 63.
— Munitionsarbeiterstreik 1917 mit Groener beigelegt. S. 82. 83. 307.
— „‚Vorwärts' und Oberkommando"; Haases Erklärung vom 30. September 1914. S. 286.
Haber, Dr., Professor, Geheimrat, Anschauungsunterschiede hinsichtlich der Fortsetzung des Krieges in den Offizierskreisen. S. 225.
Haig, Englischer Feldmarschall. S. 14. 151.
Hamel, Geheimrat, Medizinalreferent im Reichsministerium des Innern: zur Ernährung und Statistik der Sterbefälle 1917. S. 196 ff.
Haenisch, Preußischer Unterrichtsminister 1918—1921. Buch „Die deutsche Sozialdemokratie in und nach dem Weltkriege." S. 329/30.
Harder, Kommodore, Führer der II. Aufklärungsgruppe der Marine. S. 33.
Haußmann, früher M. d. R. (Fortschrittliche Volkspartei), Staatssekretär ohne Portefeuille. Bei Ausbruch der Marinerevolution 1918 als Vertreter der Regierung nach Kiel entsandt. S. 119.
Heim, Dr., früher M. d. R. (Bayerische Volkspartei): „Kampf um das tägliche Brot", zur Kriegszeit in Bayern. S. 126. 129. 262.
Heine, früher M. d. R. (Sozialdemokrat). S. 103.
Heinrichs, Admiral, im Münchener Dolchstoßprozeß: Die USPD Bringerin des bösen Geistes in die Marine. S. 76.
Helfferich, Dr., Staatssekretär des Reichsschatzamtes, seit Juli 1916 des Innern, seit August 1917 Stellvertreter des Reichskanzlers.
— Kriegsentschädigung. S. 167.
— Offiziere beim Ausbruch der Revolution in Berlin: man wollte sie nicht brauchen. S. 311.
— U-Bootkrieg: „wenn die Karte des rücksichtslosen U-Bootkrieges nicht sticht, sind wir auf Jahrhunderte hinaus verloren." S. 206. 269.
Hellingrath, bayerischer Kriegsminister, machte schon 1917 auf die wachsende Friedenssehnsucht aufmerksam. S. 129. 131.
Helphand, s. Parvus.
Henniger, Polizeirat: Verbrennung der Abwehrakten im Berliner Polizeipräsidium durch Behörde angeordet. S. 302.
Heppner, Führer der Sozialdemokratie, wurde 1870 anläßlich des Braunschweiger Manifestes verhaftet. S. 276.
Herz, Ludwig, Dr., Sachverständiger im 4. Unterausschuß. S. 5. 15. 16. 17. 19. 29. 30. 44. 46. 47. 48. 50. 51. 54. 86. 163. 173. 174. 233 ff. 243. 245. 249. 250. 265. 266. 304 ff. 310. 311. 313. 320. 328. 335.
— Annexionismus. S. 237.
— Antinauticus. S. 233.
— Aussprache über sein Gutachten über die Dolchstoßfrage. S. 5 ff.
— Aussprache zum Bericht Eulenburg. S. 304 ff.
— Zum Bericht Dittmann. S. 266.
— Berner Tagung einberufen von der „Organisation für einen dauerhaften Frieden." S. 308.
— Brief des Kronprinzen Rupprecht vom 1. Juni 1918. S. 47.
— Drückeberger. S. 238.
— Ehrenpunkte und Friedensvertrag. S. 238. 240. 249. 250.
— Ernährungslage. S. 234.
— Gladisch zur Marinerevolution. S. 308.
— Kommandogewalt des Kaisers. S. 173. 174.
— Levée en masse. S. 48.
— Materialkrieg. S. 47.
— Munitionsarbeiterstreik. S. 309.
— Mußte die militärische Niederlage zum Zusammenbruch führen? S. 311 ff.
— Offiziershaß. S. 238 ff.
— „Daß sich die Offiziere Lebensmittel der Mannschaft angeeignet hätten, wird niemand behaupten, der die Frage objektiv betrachtet." S. 51.
— Die preußische Wahlrechtsfrage hat im Inland katastrophal gewirkt. S. 50.
— Pazifistische Agitation. S. 306 ff.

Herz (Fortsetzung):
— „Keine Revolution nach außen, sondern ein Zusammenbruch nach innen.“ S. 19.
— SpartakusaufstandWeihnachten1918. S. 236.
— Der Ruf „Streikbrecher“ am 8. August 1918 hat nicht verhindert, daß sich die Truppe bis zum letzten Tag des Krieges glänzend schlug. S. 310.
— Totenopfer der Revolution vom 9. November nur gering. S. 309.
— Verhalten der Bürgerkreise bei Ausbruch der Revolution. S. 309.
— Verrat der großen Julioffensive 1918. S. 235.
— Weiterkämpfen hat der Ausbruch der Revolution verhindert, darüber besteht Einigkeit. S. 238.

Hesse, Kurt, Oberleutnant, Militärschriftsteller: „Feldherr Psychologus.“ S. 22. 148. 149.

v. Hildebrand, General, Sachverständiger im Münchener Dolchstoßprozeß. S. 75.
— Zustand der Landsturmformationen; Aufsichtspersonal verhetzt. S. 81.

Hiller, Pazifist. S. 279. 306.

v. Hindenburg, Generalfeldmarschall, Chef des Generalstabes des Feldheeres, Reichspräsident. S. 88. 89. 108.
— Zur Dolchstoßfrage. S. 7.
— Seine Volkstümlichkeit so groß, daß das Volk nie in seine Auslieferung an den Feind gewilligt hätte. S. 238. 241. 265; daher auch Hetze gegen ihn von der revolutionären Propaganda sehr vorsichtig betrieben. S. 13.
— Weiterkämpfen war Ende 1918 noch möglich. S. 291.

Hintzmann, Korvettenkapitän: zum Flottenvorstoß Okt. 1918. S. 77.

v. Hipper, Admiral, Chef d. Hochseeflotte, ließ bei Ausbruch der Marinerevolution die meuternden Schiffe von Torpedobooten umzingeln. S. 118.

Hirsch-Dunkersche Gewerkschaften im Kriege gewillt durchzuhalten. S. 129.

Hobohm, Dr., Professor, Reichsarchivrat, Sachverständiger im 4. Unterausschuß. S. 168. 188. 265. 328 ff. 333. 334.
— Annexionistische Propaganda hat schon 1914 die Überzeugung wankend gemacht, es handele sich um einen Verteidigungskrieg, und damit der revolutionären Strömung die Wege geebnet. S. 168.
— Elsaß-lothringische Frage 1870. S. 329.
— Eulenburg zum Gutachten Hobohm. S. 332.
— Nationale und internationale Tendenzen der Sozialdemokratie während des Krieges. S. 329.
— Propaganda spielt bei Entstehung der Revolution allerdings eine Rolle, doch keine wesentliche. S. 328.
— „Untersuchungsausschuß und Dolchstoßfrage“, Broschüre. S. 334.

Hoch, M. d. R. (Sozialdemokrat), auf dem Würzburger Parteitag 1917: „Unsere Fraktion kann der Reichsleitung keine Kriegsforderungen mehr bewilligen.“ S. 286. 300.

Hofer, früher M. d. L. (Sozialdemokrat). S. 299.

Hoffmann, Adolf, früher M. d. R. und d. L. (linke Gruppe der USPD). S. 287. 299.

Hofmann, Hermann, Dr. med., Stabsarzt: „Die deutsche Nervenkraft im Stellungskrieg“ zur Statistik der Nervenkranken im Feldheere. S. 242.

Hopmann, Vizeadmiral a. D., Chef der Zentralabteilung des Reichsmarineamts. S. 268.

v. Hoetzendorff, s. Conrad.

Hundhammer: „Geschichte des bayerischen Bauernbundes“ 1924; zur Kriegsnot in Bayern. S. 126. 127. 128 ff. 262.

Ingenohl, Admiral, Chef der Hochseeflotte. S. 37. 40.

Jaurès, französischer Sozialist, von seinen Landsleuten bei Ausbruch des Krieges ermordet. S. 299.

Jochim, Oberst, Oberquartiermeister bei der 17. Armee, später Direktor im Reichsarchiv, Sachverständiger im Münchener Dolchstoßprozeß. S. 75. 82. 85 ff.
— Ernährungsfrage. S. 89.
— Lage am 29. September 1918. S. 87.
Joffe, Botschafter der russischen Sowjetrepublik 1918 in Deutschland. S. 14.
Jonas, Arbeiter, ermordet 1924. Sogen. Mecklenburger Tscheka-Prozeß. S. 104.
Joos, M. d. R. (Zentrum), Mitglied des 4. Unterausschusses. S. 69. 139. 140. 146. 147. 148. 155. 182. 184. 209 ff. 220. 224. 229. 233. 239. 240. 243. 245. 248. 252. 260. 261. 267. 302. 317. 334.
— Tagebuch des Matrosen Stumpf. S. 209 ff. (s. Stumpf.)
Junius Alter, Deckname, hinter dem man Tirpitz vermutete: „Das Deutsche Reich auf dem Wege zur geschichtlichen Episode. Eine Studie Bethmannscher Politik in Skizzen und Umrissen." S. 168.
Jürgens, Landgerichtsdirektor, Untersuchungsrichter im Mecklenburger Tscheka-Prozeß. S. 104.
Jüttner, Hauptmann, Sachverständiger im Münchener Dolchstoßprozeß. S. 75.

Kahl, D. Dr., M. d. R. (Deutsche Volkspartei), Vorsitzender des 4. Unterausschusses 1920—24. S. 26. 30. 35.
— „Dolchstoß", zur Begriffsbestimmung. S. 16.
— Zwischenfall Katzenstein. S. 41. 44.
Kapp, Generallandschaftsdirektor, früher M. d. R. (konservativ): „Die nationalen Kreise und der Reichskanzler." S. 168.
Katzenstein, Schriftsteller, Sachverständiger im 4. Unterausschuß.
— Dolchstoß. „Daß revolutionäre Propaganda im Heer betrieben worden ist, ist nie bestritten worden." S. 19. 20.
— Haltung der Offiziere bei Ausbruch der Revolution. S. 40 ff. 44.
Katzenstein (Fortsetzung):
— Seine Tätigkeit wird vom Ausschuß mißbilligt. S. 189. 190.
Kautsky, Schriftsteller (Sozialdemokrat): Kuhhandel hinsichtlich der Kriegskredite. S. 298.
Klein, Marine-Oberpfarrer: Die Offiziere haben nicht genügend Kenntnis von der Meinung der Mannschaft gehabt. S. 161.
Kloth, früher sozialdemokratischer Verbandsvorsitzender und Stadtverordneter: „Dittmanns Enthüllungsschwindel, nach Eingeständnissen seiner Genossen" 1926. S. 272. 304. 317. 320. 322.
Köbis, Heizer auf „Prinzregent Luitpold", beteiligt an der Marinemeuterei 1917, wegen Kriegsverrats zum Tode verurteilt und in Köln standrechtlich erschossen. S. 77. 104. 178. 246. 254. 285. 316.
Korell, M. d. R. (Demokrat), Mitglied des 4. Unterausschusses 1920 bis 1924: Zur Judenfrage. S. 28.
Köster, Dr. M. d. R. (Sozialdemokrat): „Konnten wir 1918 noch weiterkämpfen?" S. 29. 31.
Kube, M. d. R. (Deutsch-völkisch). S. 258.
v. Kuhl, General d. Inf., Sachverständiger im 4. Unterausschuß über die Dolchstoßfrage. S. 5. 6. 9. 11. 13. 15. 16. 17. 26. 28. 36. 37. 39. 44. 45. 46. 47. 54. 57. 86. 87. 88. 89. 92. 112. 113. 114. 133. 134. 137. 145. 146. 147. 148. 149. 150. 152. 153. 154. 155. 156. 157. 163. 170. 174. 176. 178. 180. 182. 210. 223. 225. 230—232. 238. 239. 251. 290. 305. 323. 326.
— Ausbildung der Truppen 1918. S. 323.
— Auslieferung der Flotte wurde von Lloyd George nicht gefordert und auch nicht erwartet. S. 152.
— Im Dolchstoßprozeß als Sachverständiger. S. 86.
— Drückeberger. S. 17.
— Die Engländer hielten eine scharfe Disziplin. S. 46.
— Friedensbestrebungen. S. 145. 150.
— Seine Gutachten zur Dolchstoßfrage ein Werk von wissenschaftlicher Bedeutung (Rosenberg). S. 92.

v. Kuhl (Fortsetzung):
— Haltung der Offiziere bei Ausbruch der Revolution. S. 39. 40. 44.
— Judenfrage. S. 26.
— Judenstatistik. S. 28.
— Ludendorff hat nie geäußert, er hoffe auf den Zufall. S. 45.
— März-Offensive 1918. S. 134.
— Eine Kabinettsorder vom 26. Oktober 1918 (Kommandogewalt des Kaisers) ist unbekannt. S. 163.
— Seekrieg. S. 36. 37. 40.
— Vaterlandspartei ziemlich unbekannt auch bei den höheren Stäben. S. 147.
— Volksehre und Friedensvertrag. S. 16. 17. 46.
— Zusammenbruch erfolgte aus vielen Gründen. S. 223.
— Zustand der Truppen, insbesondere bei der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. S. 30—32.
v. Kühlmann, Dr., Staatssekretär des Äußern vom 7. August 1917 bis 9. Juli 1918: Friedensmöglichkeit falsch eingeschätzt. S. 157.
Kuhnt, M. d. R. (Sozialdemokrat), früher Stadtverordneter und Parteisekretär in Chemnitz und Kiel, im Kriege Obermaat, November 1918 Präsident der Republik Oldenburg-Friesland. S. 248. 271. 272. 287.
Kunert, früher M. d. R. (Sozialdemokrat): Hungersnot 1917. S. 201.
Kuttner, M. d. L. (Sozialdemokrat), früher Redakteur des „Vorwärts". Zeuge im Münchener Dolchstoßprozeß. S. 79.
Kuttner, Dr. med., Geheimrat: Hungersnot 1917. S. 198.

Lambach, Walter, M. d. R. (Deutschnat. Volkspartei): „Ursachen des Zusammenbruchs." S. 209.
Landsberg, M. d. R. (Sozialdemokrat), Zeuge im Münchener Dolchstoßprozeß. S. 81. 83. 179.
Lassalle, sozialistischer Führer. S. 125.
Ledebour, früher M. d. R. (USPD)
— Ausbruch der Revolution. S. 275. 289. 305.
Ledebour (Fortsetzung):
— Gründung der USPD Gotha 9. 4. 1917. S. 284.
— Kriegskredite. S. 101. 102. 103.
— „Glühender Patriot." S. 82.
— Zur Revolution seit 1916 entschlossen. S. 281.
— „Die Revolution habe er gemacht" — Selbstüberhebung. S. 30. 35.
— Spartakuskonferenz 6. 1. 1918. S. 283.
Legien, früher M. d. R. (Sozialdemokrat). S. 278.
Lehmann, Verleger annexionistischer Schriften; „Lehmann-Ziele". S. 237. 306.
Lehmann-Rußbüldt, Schriftsteller: Haager Konferenz 1915. S. 340.
Leipart, Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Zeuge im Münchener Dolchstoßprozeß. S. 81.
Lensch, Dr., früher M. d. R. (Sozialdemokrat): Gegen die Angst der Pazifisten vor Deutschlands Erfolgen. S. 286. 308.
Lenin, Bolschewist. S. 178. 187.
— Für den Frieden mit Deutschland nicht aus pazifistischen Gründen, sondern um eine Atempause zu gewinnen. S. 97. 98.
— „Gegen den Strom." S. 95.
Leschig, Matrose. S. 140.
v. Levetzow, Konteradmiral a. D., Chef des Stabes der Seekriegsleitung: Flottenvorstoß 1918. S. 77. 120. 170.
— Unterstellung der Militärgewalt unter die Zivilgewalt. S. 163. 164. 166. 173.
Levi, Dr., M. d. R. (Sozialdemokrat) S. 280.
Lewinsohn, Vorsitzender des Soldatenrats der 4. Armee. S. 47.
Lichnowsky, Fürst, Botschafter in London bis zum Kriegsausbruch: „Meine Londoner Mission 1912 bis 1914." S. 340.
Liebknecht, Dr. Karl, früher M. d. R. (SPD, später „wild"). S. 85. 129. 178. 210. 216. 279. 314. 318.
— Demonstration am 1. Mai 1916. S. 19; kurz vor Ausbruch der Revolution. S. 281.

Liebknecht, Dr. (Fortsetzung):
— Der Krieg in der sozialistischen Lehre. S. 95 ff.
— Pazifistische Propaganda auf der Flotte. S. 244. 245.
— Revolutionsausschuß des Spartakusbundes in Berlin. S. 110.
— Scheidung zwischen USPD und Linksradikalen. S. 101 ff. 270. 290. 318.
— Spartakuskonferenz vom 6. Januar 1917. S. 283.
— In der Zirkus-Busch-Versammlung vom 10. November 1918 offenbarte sich die Schwäche der Gruppe Liebknecht-Rosa Luxemburg. S. 111.

Liebmann, Mitglieder der USPD, Arbeiterrat während des Streiks am 12. 4. 1917. S. 284.

Liman, Paul, Leitartikler der „Leipziger Neuesten Nachrichten". S. 34.

v. Linsingen, Generaloberst, Oberkommandierender in den Marken: Schießverbot bei Ausbruch der Revolution. S. 326.

Lipinski, Richard, M. d. R. (Sozialdemokrat): 1916 Kandidat der USPD im Wahlkreis Oschatz-Grimma. S. 100.
— Beim Streik 1917 Arbeiterrat. S. 284.

Lloyd George, englischer Ministerpräsident seit Dezember 1916. S. 114. 149. 150. 158.

Löffler, hessischer Generalleutnant: „Die Ursachen des Zusammenbruchs." S. 23.

Ludendorff, Erster Generalquartiermeister beim Chef des Generalstabes des Feldheeres. S. 145. 188. 231. 238.
— Belgische Frage. S. 157. 158. 160.
— Erlaß: Sinken der Stimmung sei auf Agitation staatszerstörender Elemente zurückzuführen. S. 72.
— Friedenswille. S. 112. 144.
— Hetze gegen ihn planmäßig betrieben. S. 241.
— Hunger und Stimmung. S. 206. 208.
— „Kriegserinnerungen." S. 21. 208.
— Levée en masse abgelehnt. S. 48.
— Militärdiktatur. S. 108. 109. 110.
— Panik am 8. August 1918. S. 310.

Ludendorff (Fortsetzung):
— Stinnes: „Ludendorff wird siegen." S. 84.
— Waffenstillstandsforderung. S. 161. 167.
— Daß dem Zufall — dem Deus ex machina — die Entscheidung anheimzustellen sei, ist nie seine Ansicht gewesen; Brief des Kronprinzen Rupprecht vom 1. Juni 1918 soll diese Äußerung nicht enthalten; Wertung der Anrede an den Bund „Oberland" im Januar 1920. S. 45.

Ludwig, Emil, Schriftsteller: „Kaiser Wilhelm II." S. 311.

v. Luxburg, Graf, Sachverständiger im Münchener Dolchstoßprozeß. S. 75.

Luxemburg, Rosa, Führerin des Spartakusbundes. S. 95. 96. 98. 111. 270. 271. 318.; vgl. Liebknecht. „Entweder — Oder." 1916 abgedruckt in der „Kommunistischen Internationale" 1925, Heft 9. S. 101.

Machhaus, Kapellmeister, s. Fuchs.

v. Mann, Ritter, Admiral, Staatssekretär des Reichsmarineamts seit August 1918: Marinerevolution 1918. S. 118. 119. 335. 337.

v. Manthey, Oberst beim Stellvertretenden Generalkommando des Gardekorps. Sachverständiger im Münchener Dolchstoßprozeß. S. 75. 81.
— Sedanschrift (1918). S. 81.

Marx, Dr. Karl, Sozialist. Kein Pazifist. S. 95.

Mattes: „Die bayerischen Bauernräte." S. 126 ff. 262.

Maurice, englischer General, leitete seit 1905 bis zum Frühjahr 1918 die Operationsabteilung im britischen Generalstab. Soll das Wort vom „Dolchstoß" geprägt haben. S. 14. 16.

Max v. Baden, Prinz, Reichskanzler vom 3. Oktober bis 10. November 1918.
— Abdankung des Kaisers. S. 161.
— Flottenvorstoß 1918. S. 117. 162.

Max v. Baden (Fortsetzung):
— Gespräch mit Admiral v. Mann betreffend die Meutereien auf der Hochseeflotte. S. 335.
— Haltung der Sozialdemokratie bei Eintritt in die Regierung. S. 82.
— Kriegskabinett und Kommandogewalt. S. 169—171.
— Vortrag über die Marinerevolution am 1. Nov. 1918. S. 337.
— Weiterkämpfen möglich gewesen? S. 291.
Michaelis, Dr., Reichskanzler vom 13. Juli bis 2. November 1917. S. 300.
Michelsen, Konteradmiral, Chef der U-Bootstreitkräfte. S. 33.
Mommsen, Dr., Privatdozent: „Um ihrer Sicherheit willen haben die Römer die Welt erobert." S. 159.
Moses, Dr., M. d. R. (Sozialdemokrat), Mitglied und stellv. Vors. des 4. Unterausschusses. S. 18. 24 ff. 34. 38 ff. 52. 54. 56. 59. 62. 79. 147. 148. 170. 171. 189. 190 ff. 213. 223. 224. 227. 230. 231. 242. 249. 282. 317. 318. 321. 326. 327.
— Amerikas Eintritt in den Krieg verspottet. S. 205.
— Auftrag, Bericht über die Frage der „Verantwortlichkeit des Reichstages" zu erstatten. S. 52. 62.
— Aussprache zum Bericht Eulenburg. S. 317. 321.
— Aussprache zum Bericht Rosenberg und Bergsträßer. S. 190—209.
— Barth „Macher der Revolution" — eine lächerliche Überhebung. S. 35.
— Haltung der Offiziere bei Ausbruch der Revolution. S. 38 ff.
— Der Hungerblockade fielen 800 000 Menschen zum Opfer. S. 195.
— Judenfrage. S. 24. 27.
— Marinedenkschrift. S. 59.
— Den Offizieren hat das psychologische Verständnis für die Masse gemangelt. S. 148.
— Schießverbot bei Ausbruch der Revolution. S. 326.
— Zusammenbruch der Widerstandskraft infolge der Hungersnot: Ernährungslage bei den Truppen. S. 206.
— Ernährungsprobleme. S. 209 ff.
— Haltung der Offiziere. S. 208.
Moses, Dr. (Fortsetzung):
— Nervenkrankheiten und Hunger. S. 202 ff.
— Statistik der Todesfälle (Neter). S. 196 ff.
— Stimmen zur Erschöpfung der Volkskraft 1917/1918:
Beninde. S. 193.
Binding. S. 202.
Boas. S. 200.
Czerny. S. 196.
Dehmel. S. 202.
Deputation für das Medizinalwesen. S. 192.
Hamel. S. 196 ff.
Kuttner. S. 198.
Medizinische Gesellschaften. S. 194.
Neter. S. 202 ff.
Rubner. S. 194 ff.
Zuntz. S. 200.
— Verschweigungspolitik der Regierungsstellen. S. 261 ff.
— Zirkular des Vorstandes des Ärzteausschusses von Groß-Berlin. S. 201.
— „Die Zertrümmerung der Front" von einem Arzt in den „Süddeutschen Monatsheften", Dezember 1918. S. 207.
v. Mudra, General d. Inf., seit Oktober 1918 Oberbefehlshaber der 17., vorher der 1. Armee. S. 14.
v. Müller, Admiral, Chef des Marinekabinetts. S. 37. 40. 295. 296.
Müller (Franken), M. d. R. (Sozialdemokrat). S. 189.
Müller, Richard, revolutionärer Obmann der freien Gewerkschaften. S. 30. 51. 281. 288.
Müller-Brandenburg, im Kriege Hauptmann: „Von der Marne zur Marne." S. 23.
Mussolini, Italienischer Ministerpräsident. S. 239.

Napoleon I.: „Antwerpen ist die Pistole, die auf das Herz Englands gerichtet ist." S. 158.
Naumann, Viktor, Schriftsteller: „Profile". S. 160.
Neter, Dr., Eugen, Nervenarzt: „Der seelische Zusammenbruch der deutschen Kampffront, Betrachtungen

eines Frontarztes“ in den „Süddeutschen Monatsheften“, Heft 10. S. 202 ff.

Northcliffe, Lord, Englischer Propagandaminister während des Krieges: Sein Propagandafeldzug in dem Buch „Geheimnisse aus Crewe-House“. S. 13.

Noske, früher M. d. R. (Sozialdemokrat). S. 272.

— Im Dolchstoßprozeß als Zeuge. S. 81. 83.

— In Kiel. S. 30. 106. 119. 120. 309.

— „Von Kiel bis Kapp.“ S. 271.

— „Was mit 2 Kompanien entschlossener und gut bewaffneter Leute auszurichten ist, habe ich persönlich bewiesen.“ S. 271.

v. Oldenburg-Januschau, Kammerherr und Rittergutsbesitzer, früher M. d. R. (konservativ). S. 304.

Oppenheimer, Prof.: Judenstatistik des preußischen Kriegsministeriums. S. 25.

Paasche, Kapitänleutnant. S. 140.

Pacelli, päpstlicher Nuntius. S. 157.

Paléologue, Französischer Botschafter in Petersburg: „La Russie des Tsars.“ S. 237.

Pallavicini, Techniker in Kiel: „Seine Aussagen sind in tendenziöser Weise benutzt worden“ (Dittmann). S. 55.

Pannekoek, radikaler holländischer Sozialist. S. 279.

Parvus (Pseudonym für Helphand), sozialistischer Schriftsteller. S. 308.

v. Payer, früher M. d. R. (Fortschrittliche Volkspartei), Stellvertreter des Reichskanzlers 1917/18: „Von Bethmann-Hollweg bis Ebert“ S. 5.

— Munitionsarbeiterstreik 1918. S. 288. 309.

Persius, Kapitän a. D.: „Der Seekrieg.“ S. 22. 35.

Pestalozza, Graf, Rechtsanwalt in München: Dolchstoßprozeß. S. 75. 260.

Pétain, Marschall, Französischer General, Oberbefehlshaber der französischen Armee von April 1917 bis Mai 1918, rechnete damit, daß die harten Waffenstillstandsbedingungen von den Deutschen nicht angenommen würden. S. 150.

Petersen, Dr., früher M. d. R. (Fortschrittliche Volkspartei), Hamburger Senator. S. 228.

Pfemfert, Franz, Linksradikaler: „Aktion“. S. 279. 306.

Philipp, Dr., M. d. R. (Deutschnationale Volkspartei), Vorsitzender des 4. Unterausschusses seit 1924. S. 5 ff. 18. 20. 24—26. 27. 29. 31. 35. 43. 48. 49. 50 ff. 59. 61. 63. 64. 66. 67. 68. 70. 123. 139. 148. 152. 153. 154. 169. 172. 175. 189. 229. 232. 237. 240. 250. 265. 268. 292. 295. 311. 317. 331. 333.

— Abreißen der Achselstücke. S. 43.

— Aussprache über seinen Bericht. S. 24 ff.

— Bericht über das Gutachten v. Kuhl zur Dolchstoßfrage. S. 6 ff.

— Bescheid des Reichswehrministers vom 18. Februar 1926 auf die Stellungnahme der Auskunftspersonen und Kommission. S. 265.

— Bolschewisierung des Heeres. S. 14.

— Demarkationslinie s. Ostfragen.

— „Dolchstoß“: Begriffsbestimmung. S. 9 ff. 15 ff.
Entstehungsgeschichte der Wortprägung S. 7 ff.· General Maurice S. 7. 8; Hindenburg S. 7; Deutschnationale S. 8· Demokraten und Sozialdemokraten S. 8. 9.

— Dolchstoßverhandlungen S. 10 ff.: I. Sabotage der Kriegführung: Drückebergerei und Überläuferunwesen (S. 10. 11); Meutereien, Streiks S. 11; II. moralische Unterwühlung des Heeres S. 11. 12.; III. revolutionäre Propaganda. S. 12 ff.

— Eingabe des Vereins ehemaliger Matrosen der Kaiserlichen und der Reichsmarine E. V. an den Ausschuß. S. 266.

— Zur Entstehungsgeschichte seiner Vorschläge: Marinedenkschrift und Dolchstoßheft der „Süddeutschen Monatshefte“ sind nicht berücksichtigt. S. 54. 64.

Philipp, Dr. (Fortsetzung)
— Entwurf einer Entschließung über die Frage der Schuld der revolutionären Propaganda am Zusammenbruch. S. 50 ff.
— Ernährungslage 1918 nach dem Schreiben des Ministers für Ernährung und Landwirtschaft. S. 291 ff.
— Frontbesuche der M. d. R. S. 232.
— Haltung der Offiziere bei Ausbruch der Revolution. S. 311.
— Judenfrage. S. 10. 24 ff. 26.
— Judenstatistik des Preußischen Kriegsministeriums. S. 25.
— Lücken in den Gutachten zur Dolchstoßfrage. S. 48. 49.
— Marinedenkschrift. S. 54. 59.
— Marinemeuterei 1917. S. 11.
— Northcliffe-Presse: „Geheimnisse aus Crewe-House." S. 13.
— Ostfragen: noch die Nationalversammlung hatte Hoffnung, den Netzedistrikt und Westpreußen zu erhalten. S. 153.
— Preußische Wahlrechtsreform. S. 48.
— Psychologische Probleme zu lösen, ist eine Frage von untergeordneter Bedeutung. S. 238. 240.
— SPD hat die Entstehung der Revolution gefördert. S. 11.
— Streik im April 1917: erster größerer Streik zur Sabotage des Krieges. S. 11.
— Tirpitz und die Leitung des Seekriegs. S. 267. 295.
— Verluststatistik 1918. S. 11.
— Überläuferunwesen. S. 11.
— Verständigungsfriede, Vaterlandspartei und Pressepsychose. S. 148. 152.
— Vertraulichkeit der Sitzungen. S. 63. 67. 70.

Plenge, Dr., Johann, Universitäts-Professor in Münster: „Zur Vertiefung des Sozialismus." S. 282. 307.

v. Pohl, Admiral, Chef des Admiralstabes der Marine bis Januar 1915, später Chef der Hochseeflotte bis Januar 1916: Zum Seekrieg. S. 40. 267.

Popp s. Artelt.

Prager: „Geschichte der USPD." S. 99. 100.

Quaet Faslem, Kapitän z. S., Kommandant auf „Nürnberg", geht als Kommodore der Torpedoboote des Vorpostendienstes noch nach Ausbruch der Marinerevolution der englischen Flotte entgegen. S. 33.

Quidde, Dr., Prof., früher M. d. Nationalvers. (Demokrat), Pazifist. S. 286. 308. 339.

Radek, Linksradikaler, Gruppe „Internationale". S. 16.

v. Ramin, M. d. R. (völkisch) S. 271.

Rathenau, Walter, Dr., regt das Massenaufgebot des Volkes (Levée en masse) in der „Vossischen Zeitung" Oktober 1918 an. S. 48.

Rauch (München), M. d. R. (Bayerische Volkspartei): Friedenssehnsucht in Bayern. S. 261 ff.

Reichpietsch, Obermatrose auf „Friedrich der Große", beteiligt an der Marinemeuterei 1917, wegen Kriegsverrats zum Tode verurteilt und in Köln standrechtlich erschossen (vgl. auch Köbis, Sachse). S. 178. 233. 254. 259. 285. 313. 316.

Reimer, Kapitänleutnant, Vertreter der Marineleitung beim 4. Unterausschuß: Aufklärungen über das der Marinedenkschrift zugrunde liegende Material. S. 59.

v. Rheinbaben, Freiherr, M. d. R. (Deutsche Volkspartei). S. 62.

v. Reischach, Freiherr, Oberstallmeister und Oberhofmarschall des Kaisers: Zum Seekrieg. S. 228. 267. 268. 295. 296.

v. Roeder, Major, Leiter der Spionageabwehr bei der O. H. L.
— „Abwehr"-Akten des X. A. O. K.s, Dokumente für die Schuld der Linksradikalen am Zusammenbruch. S. 140 ff. 302. 303. 323.
— Im Dolchstoßprozeß als Zeuge. S. 80. 302.
— „Feststellung": Artikel im Dolchstoßheft der „Süddeutschen Monatshefte". S. 124. 139 ff.

v. Roedern, Graf, Staatssekretär des Reichsschatzamts seit 1. Juni 1916. S. 5. 308.

Rosenberg, Dr., M. d. R. (Kommunist), Mitglied des 4. Unteraus-

schusses und Berichterstatter über die Dolchstoßfrage an Stelle des verstorbenen Abg. Eichhorn. S. 62. 68. 87. 89. 92ff. 123. 124. 125. 137. 142. 149. 152. 156. 167. 169. 174. bis 179. 183. 186. 187. 190. 191. 209. 211. 232. 233. 236. 269—276. 290. 291. 313. 320. 331. 332. 333.
— Ausbruch der Revolution, Stimmungsbilder. S. 107.
— Aussprache zu seinem Bericht. S. 117 ff.
— Bericht über die Dolchstoßfrage. S. 91 ff.
— Der Bolschewismus in Rußland und die deutsche Revolution. S. 97.
— „Dolchstoß", Begriffsbestimmung. S. 92 ff. 177.
— „Dolchstoß", die klassische Formulierung des Begriffs schiebt der USPD die Schuld am Zusammenbruch zu. S. 99.
— Ehrenfragen und Friedensbedingungen. S. 152.
— Flottenvorstoß Oktober 1918. S. 113. 114.
— Die Friedensströmung im Volke — wahre Ursache des Kriegsendes. S. 108.
— Haltung der Truppen war bis zuletzt gut; im Landheer keine Meutereien. S. 106 ff.
— Hoetzendorffs Italienoffensive statt der Verdun-Offensive. S. 111.
— In den Januarkämpfen 1919 ist die sozialistische Minderheit, die eine Revolution hätte herbeiführen können, schnell zusammengeschlagen worden. S. 111. 117.
— Kommandogewalt des Kaisers ist im Oktober 1918 eingeschränkt worden. S. 169.
— Krieg und Landesverteidigung in der Anschauung der drei sozialistischen Richtungen: nationaler Verteidigungskrieg (SPD) oder imperialistischer Eroberungskrieg (Linksradikale); Stellungnahme der USPD unklar. S. 96. 100 ff.
— Kriegslage spitzte sich dahin zu, daß nur die beiden Möglichkeiten blieben — Offensive oder Revolution. S. 112 ff.

Rosenberg (Fortsetzung):
— Lenins Rede in der Sitzung des Zentral-Exekutiv-Komitees in Moskau vom 1. Oktober 1918. S. 97.
— Liebknechtgruppe — bedeutungslos. S. 98.
— Linksradikale hatten keinen Anteil an der Revolution. S. 211.
— Marinemeutereien 1917. S. 103.
— Marinerevolution 1918 „Kinderei", nicht durch revolutionäre Agitation hervorgerufen, die 13 Revolutionspunkte. S. 105. 187.
— Marne-Offensive 1918 ist trotz stärksten Widerstandes des Feindes gelungen. S. 107.
— Methode der Untersuchung: 1. Ursachen der Niederlage; 2. Analyse der Bestrebungen, die vorhanden waren, die Niederlage herbeizuführen; Parallelismus: revolutionäre Strömung und Friedensbewegung im Volk. S. 92. 97. 209.
— Militärdiktatur der O. H. L. S. 108 ff. 156.
— Pazifismus; Sozialismus nicht notwendigerweise pazifistisch. S. 95.
— Psychologische Betrachtungen allein führen zu keinem Ergebnis. S. 149.
— Scheidung der sozialistischen Anschauung in drei Richtungen: SPD, USPD, Linksradikale (Spartakus, Liebknechtgruppe); ihre Stellung zur Landesverteidigung, ihre Agitation und Bedeutung für die Revolution: Den Zusammenbruch hat keine verschuldet! S. 94 ff. 100 ff. 270 ff. 290 ff. 313.
— Schluß des Berichts: Keine Revolution, sondern Zusammenbruch. S. 115.
— Spartakus-Agitation. S. 104.
— Spartakus-Briefe. S. 101.
— Spartakusbund s. Scheidung.
— Spartakus-Konferenz und Aufruf vom 1. Oktober 1919. S. 105.
— USPD, Entwicklungsgeschichte. S. 99 ff.
— Vertraulichkeit der Verhandlungen des Ausschusses. S. 68.
— Waffenstillstandsangebot. S. 109.

Rosenfeld, Geheimrat, Professor: „Kriegskost und Körperkraft" in der „Berliner klinischen Wochenschrift". S. 200.

Rubner, Geheimrat, Professor, Physiologe. S. 24. 190. 194 ff. 317.
— Demonstrationsversammlung der Berliner Medizinischen Gesellschaften am 18. Dezember 1918: „Die Aushungerung Deutschlands". S. 194.

Rupprecht, Kronprinz von Bayern, Generaloberst, Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.
— Gegensatz zu Ludendorff: Brief vom 1. Juni 1918. S. 45. 47; Kriegsziele. S. 160.
— Zustände bei seiner Heeresgruppe. S. 17. 231.

Saint-Simon, Graf, Gründer des nach ihm benannten sozialistischen Systems, gest. 1825. S. 125.

Sachse, Oberheizer auf „Friedrich der Große", anläßlich der Marinemeuterei 1917 wegen Kriegsverrats zum Tode verurteilt, doch begnadigt; schrieb unter dem Decknamen Antinanticus die Broschüre „Deutschlands revolutionäre Matrosen", zuerst veröffentlicht in der Münchener „Neuen Zeitung", ebd. während des Dolchstoßprozesses zwei Artikel: „Welche Schuld tragen Dittmann, Zietz usw. am Matrosenaufstand". S. 103. 233. 243. 246. 247. 253 ff. 273. 285. 307. 313 ff.
— Dittmann z. Antinauticus. S. 253 ff.
— Eulenburg z. Antinauticus. S. 285.
— Herz z. Antinauticus. S. 233 ff.
— Philipp z. Antinauticus. S. 243 ff.
— Wert des Antinauticus: Ein revolutionäres Heldengedicht — kein historisches Dokument. S. 259. 314 ff.

Schaefer, Dietrich, Dr., Universitätsprofessor: Denkschrift vom 20. Juli 1915. S. 340.

Scheer, Admiral, seit August 1918 Chef der Obersten Seekriegsleitung.
— Flottenvorstoß Okt. 1918. S. 169. 170. 172. 173.
— Hungerblockade. S. 235.
— Seekriegsführung. S. 79. 115. 120. 121. 122.
— „Vom Segelschiff zum U-Boot." S. 120.

Scheibe, Korvettenkapitän, im Kriege Erster Offizier auf S. M. S. „Von der Tann". S. 222.

Scheidemann, M. d. R. (Sozialdemokrat). S. 15. 103. 116. 241. 280. 287. 289. 299. 308. 331.
— Im Dolchstoßprozeß als Zeuge. S. 81. 83.
— Flugblatt des Reichsmarineamts anläßlich des beabsichtigten Flottenvorstoßes Oktober 1918. S. 80.
— Flugblatt an die aufständischen Matrosen November 1918. S. 119.
— Haager Konferenz 1915. S. 340.
— Machtlosigkeit des Kabinetts Ebert-Scheidemann Weihnachten 1918. S. 273.
— Wortwechsel mit General v. Winterfeldt anläßlich der Waffenstillstandsbedingungen. S. 118.

Scheüch, Generalleutnant, Chef des Kriegsamtes im Kriegsministerium, später preußischer Kriegsminister (3. Oktober 1918). S. 39. 161

v. Schlieffen, Graf, Generaloberst mit dem Range eines Generalfeldmarschalls, Chef des Großen Generalstabs von 1891 bis 1. Januar 1906: Feldzugsplan. S. 111, 142.

Schlittenbauer, Dr., Professor, M. d. bayer. L.: Kriegsnot in Bayern. S. 127. 262.

Schücking, Dr., M. d. R. (Demokrat). S. 61. 200. 230. 234. 236. 308. 339.
— Stimmungen im Volk und Heer gegen Regierung und Offiziere. S. 224 ff.

v. d. Schulenburg, Graf, Generalmajor, M. d. R. (Deutschnationale Volkspartei), Mitglied des 4. Unterausschusses 1925. S. 55. 79. 90. 91. 133. 134. 135. 160. 191. 192. 291.

Schulze, Erich Edgar, Kapitänleutnant. S. 268. 287.

Schwertfeger, Oberst a. D., Sachverständiger im 4. Unterausschuß. S. 5. 6. 29 ff. 37 ff. 42. 43. 86. 92. 108. 109. 117 ff. 136. 174 ff. 221 ff. 228. 229. 232. 238. 251 ff. 260. 327. 331.
— Abreißen der Achselstücke. S. 42. 43.

Schwertfeger (Fortsetzung):
— Aussprache zum Bericht Fischer. S. 174 ff.
— Belgien: Entstehungsgeschichte des Annexionsgedankens. S. 251.
„Der geistige Kampf um die Verletzung der belgischen Neutralität." S. 251.
— Berichterstattung der militärischen Stellen über Kampfkraft der Truppen war wahrheitsgemäß. S. 233
— Bethmann Hollweg will nicht verantwortlich sein für Nichteinsetzen der Flotte. S. 229.
— „Dolchstoß": Begriffsbestimmung. S. 18.
— „Dolchstoß der Heimat", Aufsatz im „Tag" 1921. S. 18.
— Einspruch gegen den Gegenbericht Delbrück zum Gutachten Kuhl und Schwertfeger. S. 6.
— zur Entstehungsgeschichte seines Gutachtens. S. 5.
— Flottenvorstoß Oktober 1918: Hat die oberste Reichsleitung davon gewußt? S. 117 ff. 120. 121.
— Gegensatz zwischen Marine und Reichsleitung. S. 121.
— Haltlosigkeit der großen Garnisonen bei Ausbruch der Revolution. S. 37 ff.
— Haltung der Offiziere am 9. November. S. 327. 328.
— „Der Irrtum des Marschall Foch", 1919. S. 175.
— Judenfrage. S. 29.
— Kaiserfrage. S. 108.
— Marinerevolution 1918: Ausbruch S. 118 ff.; Keine Untätigkeit der Flotte. S. 228, 229; — hat der nationalen Verteidigung das Rückgrat gebrochen. S. 17 ff. 30 ff. 37 ff.; — „ohne Kiel keine Revolution, ohne Revolution keine Kapitulation. S. 122.
— Scheidemanns Flugblatt an die aufständischen Matrosen. S. 119.
— Mit Waffenstillstandsangebot wurde die „weiße Flagge gehißt"? S. 86. 109. 136. 174.
— Weiterkämpfen war vor dem 9. November noch möglich. S. 175.
Seeberg, Professor der Theologie, als Militärgeistlicher bei der Märzoffensive 1918. S. 133.
Seeßelberg, Friedrich: „Der Stellungskrieg 1914—1918." S. 242.
Sembat, französischer Sozialist, äußerte als Minister am 6. September 1915, Frankreich müsse das Kriegsgeschäft liquidieren, wenn es feststehe, daß die deutsche Arbeiterschaft bis zum Ende durchhielte. S. 278.
Sichler und Tiburtius: „Die Arbeiterfrage, eine Kernfrage des Weltkrieges." S. 139.
Siegmund-Schultze, Friedrich, D., Direktor des Berliner Jugendamtes: Kenner der Arbeiterseele. S. 226.
Sinowjew, russischer Volkskommissar: „Gegen den Strom." S. 95.
Sixt v. Arnim, General d. Inf., Führer der 4. Armee. S. 241.
Smuts, General, seit 1915 Verteidigungsminister, bevollmächtigter Vertreter für Südafrika im englischen Kriegskabinett. S. 50.
Solf, Dr., Staatssekretär des Äußern seit Oktober 1918. Länderkonferenz Nov. 1918. S. 154.
Sollmann, M. d. R. (Sozialdemokrat). S. 8.
Souchon, Admiral, während der Marinerevolution 1918 in Kiel. S. 309.
Spahn, Dr., Professor, M. d. R. (Deutschnationale Volkspartei), Mitglied des 4. Unterausschusses 1925. S. 55. 62.
v. Spee, Graf, früher M. d. L. (Zentrum): „Teppichroller". S. 208.
Steffan, Kapitänleutnant, Vertreter der Marineleitung beim 4. Unterschuß. S. 54.
— z. Flottenvorstoß Oktober 1918. S. 31. 36.
— Marinedenkschrift. S. 54.
Stegemann, Dr., Schriftsteller: Unberufener Berater der O. H. L. S. 45.
— Geist der Truppen 1915. S. 203.
v. Stein, Generalleutnant, preußischer Kriegsminister vom 29. Oktober 1916 bis 3. Oktober 1918. Judenfrage. S. 26.
Stinnes, Hugo, Kaufmann aus Mülheim an der Ruhr: „Ludendorff wird siegen." S. 84.

Ströbel, früher M. d. L. (Sozialdemokrat), Redakteur des „Vorwärts", am 23. Februar 1915: Ein voller Sieg des Reiches würde den Interessen der Sozialdemokratie nicht entsprechen." S. 12. 278. 299.

Strunck, Vertrauensmann der meuternden Marinesoldaten 1917. S. 285.

Stuart, Campbell, „Geheimnisse aus Crewe House". S. 13.

v. Stülpnagel, Oberstleutnant, Vertreter des Reichswehrministeriums beim 4. Unterausschuß, früher Major beim Chef des Generalstabes des Feldheeres. S. 36. 57.

— zur Judenfrage. S. 26. 28.

v. Stumm, Freiherr, Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt. S. 340.

Stumpf, früher Obermatrose auf S. M. S. „Helgoland", Sondersachverständiger im 4. Unterausschuß für die Untersuchung der Marinevorgänge. S. 334; sein Kriegstagebuch. S. 218 ff.

— Agitation. S. 215.

— Kadetten. S. 218.

— Meuterei auf S. M. S. „Derfflinger". S. 213. 217.

— Der Müßiggang und seine Wirkungen. S. 211.

— Offiziere und Mannschaft. S. 212 ff.

— Rede des Kommandanten über die Kriegsziele am 31. Mai 1917. S. 216.

— Trothas Erwiderung auf das Tagebuch. S. 218 ff.

— Umschwung der Stimmung. S. 213 ff.

— Ungeduld hinsichtlich des Einsetzens der Flotte. S. 211.

— Verpflegung. S. 223.

Südekum, Dr., früher M. d. R. (Sozialdemokrat): Brief des Reichskanzlers 1914; die Sozialdemokratische Partei erhält Informationen der Regierung. S. 298.

v. Tepper-Laski, Rittmeister a. D., Rennreiter, Pazifist u. Angehöriger des Bundes „Neues Vaterland". S. 279. 306. 307. 339. 340.

Thälmann, M. d. R. (Kommunist): Vorwort z. Broschüre: Antinauticus, „Deutschlands revolutionäre Matrosen." S. 243. 273.

Thomas, beteiligt an der Marinerevolution 1918 in Wilhelmshaven. S. 248.

Thomas, französischer Munitionsminister, während der russ. Revolution in Petersburg. S. 237.

Tiburtius s. Sichler.

v. Tirpitz, Großadmiral, M. d. R. (Deutschnat. Volkspartei), Staatssekretär des Reichsmarineamts bis 1916.

— „Amerikas militärische Hilfe ein Phantom." S. 205.

— Ansicht über die Seekriegführung. S. 36. 37. 40. 228. 267; nur aus Loyalität den amtlichen Standpunkt der Seekriegsleitung vertreten. S. 269.

— Flottenvorstoß 30. Oktober 1918: Brief in der „Kreuz-Zeitung". S. 295.

— Friedenswille. S. 158.

— Junius Alter? S. 168.

— Schreiben an den Ausschuß über seine Stellungnahme zum Seekrieg. S. 267 ff.

— Vaterlandspartei. S. 159.

Treviranus, M. d. R. (Deutschnat. Volkspartei), Mitglied des 4. Unterausschusses. S. 176. 187. 208. 227.

— Aussprache z. Bericht Bergsträßer S. 180 ff., zum Bericht Rosenberg S. 177 ff.

Troeltsch, E.: „Spektatorbriefe". 1924. S. 129.

v. Trotha, Vizeadmiral a. D., Chef des Stabes der Hochseeflotte, Zeuge und Sachverständiger im 4. Unterausschuß. S. 117. 171.

— Ausbildung und Stimmung d. Marinemannschaften. S. 76. 218 ff. 222. 226.

— Aussage im Münchener Dolchstoßprozeß. S. 64. 75 ff. 68; vgl. Volkmann.

— Marinerevolution. S. 63. 338. 339.

— Militärgewalt durch Kabinettsorder der Zivilgewalt unterstellt? S. 174. vgl. Volkmann.

— Rücksprache mit dem Redakteur des „Vorwärts", Kuttner. S. 79 ff.

— Sachverständiger für die Marinevorgänge. S. 189. 269.

v. Trotha (Fortsetzung):
— Seekrieg. S. 172. 219 ff.
— Zum Tagebuch des Matrosen Stumpf. S. 218 ff.
— Verhältnis zwischen Offizieren und Mannschaft. S. 76. 218 ff.
Trotzki, Bolschewist, verwirft den Frieden mit Deutschland. S. 97.

v. Valentini, Dr., Geheimer Kabinettsrat, Chef des Geheimen Zivilkabinetts des Kaisers bis Januar 1918. S. 108. 157. 229.
Vater, Mitglied der USPD, tauchte 1918 plötzlich als revolutionärer Führer auf. S. 8. 21. 276.
Vögeding, „Genosse", 1917 Vertrauensmann der meuternden Matrosen. S. 285.
Vogtherr, früher M. d. R. (USPD), S. 55.
— Marinedenkschrift. S. 55.
— Verhalten bei Ausbruch der Revolution. S. 283. 289.
Volkmann, Major a. D., Reichsarchivrat, Vertreter des Reichsministerimus des Innern und Sondersachverständiger beim 4. Unterausschuß über die Frage der „Stellung der USPD im Kriege zur Frage der Landesverteidigung und zum nationalen Staat".
— Im Dolchstoßprozeß Sachverständiger. S. 86. 91.
— Gutachten. S. 292. 319. 328 ff.
— Kommandogewalt des Kaisers RGBl. 1918 Nr. 144 vom 28. Oktober 1918. S. 164 ff.
— „Der Marxismus und das deutsche Heer im Weltkriege." S. 86. 91.
— Methode der Untersuchung. S. 186.
— Tagebücher und Briefe aus dem Felde im Reichsarchiv. S. 224.

Weber, Max, Soziologe. S. 126.
Weber, Stadtmedizinalrat in Berlin: Ernährungslage 1917. S. 198.
Wegmann, Vollzugsratsmitglied beim Januarstreik 1918. S. 275.
Wels, M. d. R. (Sozialdemokrat): Zeuge im Münchener Dolchstoßprozeß. S. 81.
Wetzell, Generalmajor, Chef der Operationsleitung beim Chef des Generalstabes des Feldheeres. S. 87.
— Verrat der großen Offensive vom 15. Juli 1918. S. 107. 235.
Wildgrube, Dr., früher M. d. R. (konservativ). S. 100.
Wilhelm II., Deutscher Kaiser. S. 210. 216. 312.
— Abdankung. S. 161. 289. 297.
— Friedensfühler 1915. S. 340.
— Gegensatz zu Ludendorff. S. 108. 310.
— Groener zur Kaiserfrage. S. 85.
— Ludwigs Buch — Dichtung nicht Geschichte. S. 311.
— Militärgewalt der Zivilgewalt unterstellt. S. 162. 163 ff.
— Seekrieg. S. 37. 268.
Wilhelm, Deutscher Kronprinz, Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.
— Frieden auf der Basis des Status quo ante — ein ungeheurer Erfolg. S. 160.
— Gegensatz zu Ludendorff. S. 160. 310.
— Haltung und Stimmung seiner Heeresgruppe 1917. S. 191.
— Kritik an seiner Person am schärfsten von bürgerlichen Politikern geübt. S. 312.
Wilson, Präsident der Vereinigten Staaten.
— „Belgien" — eine Formel für die Naiven. S. 112.
— Friedensbedingungen. S. 121. 123. 158. 159. 161.
— Notenwechsel wegen der Waffenstillstandsbedingungen. S. 310.
v. Winterfeldt, General.
— Wortwechsel mit Scheidemann hinsichtlich der Waffenstillstandsbedingungen. S. 118.
Wrisberg, Generalmajor a. D., Direktor des Allgemeinen Kriegsdepartements im Preußischen Kriegsministerium.
— Agitation gegen Heer und Flotte seit Kriegsbeginn systematisch betrieben. S. 276.
— Amerikanisches Geld für Munitionsarbeiterstreik. S. 282.

Wrisberg (Fortsetzung):
— „Chemnitzer Volksstimme“ vom 6. November 1915: Der französische Minister Sembat erklärt zu wissen, daß sich in Deutschland ein Umschwung der Volksstimmung anbahne. S. 280.
— Eberts Haltung Weihnachten 1918. S. 274. 305.
— Friedenskundgebungen der deutschen Sozialdemokratie vom Feind als Schwäche angesehen. S. 278.
— „Heer und Heimat“. S. 25.
— Judenfrage. S. 10. 25. 26. 27.
— Kriegsministerium leitet eine politische Aktion ein gegen Linksorientierung der Regierung. S. 233. 234.
— Landesverräterische Strömungen in der SPD. S. 282.
— Persönlichkeit und Wirken Wrisbergs. S. 234 ff.
— „Der Weg zur Revolution 1914 bis 1918.“ S. 272.
Wrisberg (Fortsetzung):
— Wert der Schriften Wrisbergs. S. 301. 312. 313. 319—323.
Wulle, Reinhold, früher M. d. R., jetzt M. d. L. (Deutschnationale Volkspartei, jetzt Deutschvölkisch). S. 313.
Wurm, früher M. d. R. (Sozialdemokrat), Staatssekretär des Reichsernährungsamts 1918: Ernährungslage 1918. S. 24. 153. 154.
Wurtzbacher, Generalmajor, Zeuge für den Zusammenbruch Ludendorffs. S. 161.

Zietz, Luise, früher M. d. R. (USPD). S. 55. 82. 254. 260. 284.
Zuntz, Geheimrat, Physiologe: Ernährung und Leistungsfähigkeit. S. 200.
v. Zwehl, General: Artikel in der „Kreuz-Zeitung“ über die Dolchstoßfrage. S. 18.

## Berichtigung

S. 349 bei „Bebel“ muß es heißen:
„Führer der deutschen Sozialdemokratie. ‚Ein deutsches Sedan wäre ihm willkommen, wenn es die deutsche Republik brächte.‘“

S. 352 bei „Dittmann“ muß es heißen:
„Beschuldigung, Agitationsmaterial und Instruktionen 1917 den meuternden Matrosen zugeleitet zu haben.“

S. 354 bei „Fischer“, vorletzter Absatz, muß es heißen:
„Zeugnis der Seeoffiziere: Vertrauensverhältnis zwischen Offizieren und Mannschaften usw.“

S. 358 bei „v. Kuhl“, letzter Absatz, muß es heißen:
„Sein Gutachten über den militärischen Zusammenbruch ein Werk von wissenschaftlicher Bedeutung.“

S. 361 bei „Mommsen“ muß es heißen:
„Mommsen, Theodor, römische Geschichte: ‚Um ihrer Sicherheit willen . . .‘“

S. 365 bei „Scheidemann“ „Haager Konferenz 1915“ muß es heißen:
Seite 346.

S. 366 bei „Stegemann“ sind die Worte:
„Unberufener Berater der O. H. L.“ zu streichen.

DATE DUE